



Nutzungsbedingungen der retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Die retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) werden zur nichtkommerziellen Nutzung gebührenfrei angeboten. Die digitalen Medien sind im Internet frei zugänglich und können für persönliche und wissenschaftliche Zwecke heruntergeladen und verwendet werden.

Jede Form der kommerziellen Verwendung (einschließlich elektronischer Formen) bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FZH, vorbehaltlich des Rechtes, die Nutzung im Einzelfall zu untersagen. Dies gilt insbesondere für die Aufnahme in kommerzielle Datenbanken.

Die Verwendung zusammenhängender Teilbestände der retrodigitalisierten Veröffentlichungen auf nichtkommerziellen Webseiten bedarf gesonderter Zustimmung der FZH. Wir behalten uns das Recht vor, im Einzelfall die Nutzung auf Webseiten und in Publikationen zu untersagen.

Es ist nicht gestattet, Texte, Bilder, Metadaten und andere Informationen aus den retrodigitalisierten Veröffentlichungen zu ändern, an Dritte zu lizenzieren oder zu verkaufen.

Mit dem Herunterladen von Texten und Daten erkennen Sie diese Nutzungsbedingungen an. Dies schließt die Benutzerhaftung für die Einhaltung dieser Bedingungen beziehungsweise bei missbräuchlicher Verwendung jedweder Art ein.

Kontakt:

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Beim Schlump 83

20144 Hamburg

Tel. 040/4313970

E-mail: fzh@zeitgeschichte-hamburg.de

Web: <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de>

DIETER ROSS

Die deutsche Österreich-Politik 1933-1934

**HITLER
UND
DOLLFUSS**



LEIBNIZ



DIETER ROSS

Hitler und Dollfuß

Die deutsche
Österreich-Politik
1933-1934

LEIBNIZ - VERLAG

HAMBURGER BEITRÄGE
ZUR ZEITGESCHICHTE BAND III
*Im Auftrag der
Forschungsstelle für die Geschichte
des Nationalsozialismus in Hamburg
herausgegeben von
Dr. Werner Jochmann
und Dr. Bernd Nellessen*

© Leibniz-Verlag Hamburg 1966
Alle Rechte, auch die des auszugsweisen
Nachdrucks und der photomechanischen
Wiedergabe, vorbehalten
Ausstattung Alfred Janietz
Umschlagfotos: Ullstein-Bilderdienst
und Bildarchiv Österreichische
Nationalbibliothek, Wien
Gesamtherstellung Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany

INHALT

Vorwort 7

Einleitung 9

ERSTES KAPITEL

Enttäuschte Erwartungen

Januar–August 1933

Die gescheiterte Partnerschaft 13

Der Druck auf Österreich 29

Die Intervention der Mächte 55

Mussolinis Einfluß auf die österreichische Innenpolitik 77

Vom »innerdeutschen« Problem zur europäischen Frage 82

ZWEITES KAPITEL

Die Suche nach einer Verständigung

September 1933–Januar 1934

Voraussetzungen und Vorspiele 90

Der Vermittlungsversuch von Langoth und Foppa 101

Diplomatische Zwischenspiele 125

Die Mission Habichts und ihr Scheitern 140

Das Österreich-Problem verliert an Bedeutung 157

DRITTES KAPITEL

Zwischen Anpassung und Verschwörung

Februar–Juli 1934

Die Kluft zwischen Berlin und München wächst 166

Hitlers »Neuer Kurs« 184

Die Wurzeln der Verschwörung 197

Zwischen Venedig und Zürich 218

Reaktionen 236

Eine »Flucht nach vorn«? 243

VIERTES KAPITEL

Die deutsche Österreich-Politik

1933–1934

Kein Modellfall nationalsozialistischer
Außenpolitik

247

Anmerkungen

259

Quellen- und Literaturverzeichnis

321

Personen- und Sachregister

333

Vorwort

Die vorliegende Arbeit untersucht einen Teilbereich der frühen nationalsozialistischen Außenpolitik. Die Österreich-Politik war die erste außenpolitische Frage, die nach der Machtübernahme von Hitlers Regierung aktiv und offensiv aufgegriffen wurde. So verspricht eine Darstellung dieser Politik nicht nur einen Einblick in die Vorgeschichte des Anschlusses Österreichs an Deutschland im Jahre 1938; sie gibt zugleich Aufschluß über die nationalsozialistische Machtergreifung und Gleichschaltung in Deutschland.

Für die Bereitwilligkeit, das notwendige Quellenmaterial zur Verfügung zu stellen, danke ich dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn, dem Bundesarchiv in Koblenz und dem Institut für Zeitgeschichte in München. Wesentliche Hinweise ergab auch die Durchsicht einiger Jahrgänge der »Neuen Zürcher Zeitung«, deren Archiv in Zürich mir freundlicherweise offenstand. Unentbehrliche Anregungen und wohlwollende Unterstützung verdanke ich Herrn Professor Dr. Ludwig Jedlicka, dem Leiter des Österreichischen Instituts für Zeitgeschichte in Wien.

Mein besonderer Dank gebührt Herrn Professor Dr. Egmont Zechlin von der Universität Hamburg, der das Entstehen der Arbeit mit aufmerksamem Interesse verfolgt hat und stets bereit war, sie mit sachlichem und menschlichem Rat zu fördern.

Schließlich danke ich meiner Frau Ingrid Ross für ihre persönliche Hilfe.

Ich widme das Buch meinen Eltern.

Hamburg, im Mai 1966

Dieter Ross

Einleitung

In der folgenden Untersuchung wird die deutsche Österreich-Politik 1933–1934 in ihren einzelnen Tendenzen dargestellt. Dabei liegt auf dem einschränkenden Begriff der »Tendenzen« eine besondere Betonung, die zum Ausdruck bringen soll, daß von einer einheitlichen, in sich geschlossenen und schlüssigen deutschen Österreich-Politik während der Jahre 1933 und 1934 kaum gesprochen werden kann. In der deutschen Politik gegenüber Österreich während der ersten anderthalb Jahre nationalsozialistischer Herrschaft flossen so viele divergierende und konkurrierende Einflüsse zusammen, daß es selbst der nachträglichen historischen Analyse unmöglich ist, sie in einem leitenden Prinzip zusammenzufassen; es sei denn, man wollte die *Systemlosigkeit* ihrerseits zu einem System erheben. Wenn dies noch für andere Bereiche der frühen nationalsozialistischen Außenpolitik gelingen kann, so ist es hinsichtlich der Österreich-Politik ebenso unangemessen wie unergiebig¹.

Die Sonderstellung, die die Österreich-Politik einnimmt, beruht zunächst darauf, daß ihre Grundlinien – wie sie sich zur Zeit der Weimarer Republik gezeigt hatten – durch die Machtergreifung Hitlers nicht eigentlich verändert, sondern nur stärker ausgeprägt wurden. Seit 1919 gehörte die Forderung nach einem engeren Zusammenschluß Deutschlands und Österreichs zu den Leitmotiven der »Revisionspolitik« auf deutscher und besonders auf österreichischer Seite. Die Manifestationen dieses Wunsches reichten von dem einstimmigen Beschluß der Provisorischen Nationalversammlung Österreichs am 12. November 1919, in dem Österreich zu einem Bestandteil des Deutschen Reiches

erklärt wurde², bis hin zu dem 1931 erarbeiteten Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion, die wenigstens eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit gewährleisten sollte³.

Indessen widersetzten sich die Siegermächte des 1. Weltkrieges, vor allem Frankreich und Italien, allen diesen Bemühungen um einen Zusammenschluß in jedweder Form. Wenn aber auch angesichts der internationalen Hindernisse der Eifer abnahm, mit dem auf österreichischer und deutscher Seite nach einem Arrangement zwischen beiden Staaten gesucht wurde, so durchzog die Forderung nach einer möglichst staatsrechtlichen, mindestens aber wirtschaftlichen Vereinigung doch die österreichische und die deutsche Politik der Nachkriegszeit wie ein roter Faden. Wenngleich bei diesen Bemühungen durchaus »großdeutsche« Gesichtspunkte mitwirkten, die sich bis zu der leidenschaftlichen Diskussion um die großdeutsche oder kleindeutsche Lösung 1848/49 zurückverfolgen lassen⁴, so lag der akute realpolitische Grund für diese Politik doch eher in der dauernden Suche nach einer breiteren wirtschaftlichen Basis für das durch die Friedensverträge geschaffene Österreich.

Hitler hingegen sah im Zusammenschluß beider Staaten ausschließlich ein Ziel völkisch-nationaler Politik, »auch wenn diese Vereinigung wirtschaftlich gedacht, ... schädlich wäre«⁵. Für ihn war ausschlaggebend die Überzeugung, daß »gleiches Blut ... in ein gemeinsames Reich« gehöre; seine Forderung ergab sich nicht aus ökonomisch-pragmatischen Erwägungen, sondern ging auf ideologische und emotionale Gründe zurück, wobei gewiß auch seine eigene Abstammung mitspielte. Zwar konnte auch Hitler die Schwierigkeiten, die einer Erfüllung seiner Forderung auf dem Feld der internationalen Politik entgegenstanden, nicht übersehen, aber die Form, in der er sie bereits 1928 fast wegzuerklären versuchte⁶, beweist, wie stark er seinen ideologisch-emotionalen Vorstellungen auch dann noch verhaftet blieb, wenn er scheinbar realpolitische Überlegungen anstellte.

Bei allen deutlichen Unterschieden in der *Motivation* der Österreich-Politik der Weimarer Zeit und der programmatischen Äußerungen Hitlers lassen sich in der *Zielsetzung* dennoch offenbare Parallelen feststellen. Diese Beobachtung macht die deutsche Österreich-Politik in der ersten Phase der nationalsozialistischen Herrschaft zu einem besonders aufschlußreichen Untersuchungsobjekt, da hier Elemente einer Kontinuität sichtbar werden, in deren Rahmen auch der Anteil jener Kraftzentren an der Österreich-Politik deutbar wird, die – wie etwa

das Auswärtige Amt und der diplomatische Apparat – nicht von vornherein der Gleichschaltung zum Opfer fielen. Neben diesen Institutionen erhielten durch die Machtübernahme andere Kräfte bestimmten Einfluß auf die Ausrichtung der deutschen Politik gegenüber Österreich: vor allem Hitler selbst und die NSDAP, zumal deren österreichische Untergliederungen. Während einerseits die verwandte Zielvorstellung der traditionellen und der neuen Kräfte die Möglichkeiten wenigstens zeitweiliger Arrangements andeutet, werden andererseits in der unterschiedlichen Motivation doch schon Voraussetzungen für Konflikte und Auseinandersetzungen sichtbar.

Im Mittelpunkt der Untersuchung wird die Frage stehen, inwieweit der deutschen Österreich-Politik der Jahre 1933 und 1934 eine folgerichtige und einheitliche Konzeption in Planung und Durchführung zugrunde lag oder ob nicht gerade die Widersprüchlichkeit der einzelnen auf die Österreich-Politik wirkenden Kräfte – verbunden mit den gebieterischen Rücksichten auf die außenpolitische Gesamtlage Deutschlands – den Gang und die Folgen der deutschen Österreich-Politik bestimmt haben. Angesichts der später deutlich von Expansion und Aggression geprägten Außenpolitik des nationalsozialistischen Regimes liegt es nahe, die offensive deutsche Politik gegenüber Österreich als ein erstes Exempel jener späteren Entwicklung zu deuten. Eine solche Interpretation setzt freilich unter anderem voraus, daß Hitler schon unmittelbar nach der Machtübernahme über jene Möglichkeiten totalitärer Machtmanipulation verfügte, die ihm später zu seinen ersten außenpolitischen Erfolgen verhalf. Damit ist nicht in erster Linie die Verfügbarkeit militärischer Machtmittel gemeint, die ihm offensichtlich zunächst fehlten, sondern die völlige Beherrschung aller Zentren politischer Willensbildung.

Besondere Aufmerksamkeit wird deshalb auf die Motive und Ziele der einzelnen Institutionen, Gruppen und Personen zu richten sein, die – wie etwa Hitler selbst, der Außenminister Neurath, der Staatssekretär Bülow, das Auswärtige Amt insgesamt und die führenden Diplomaten sowie die österreichische NSDAP unter Theo Habicht und die SA in Österreich – an der Gestaltung der deutschen Österreich-Politik mitwirkten. Das Miteinander, Nebeneinander und Gegeneinander dieser Kräfte soll aufgezeigt werden. Dabei wird sich ein Bild ergeben, das alles andere ist als folgerichtig, planvoll und einheitlich, da die verschiedenen Kräfte, je nach dem Grad und der Dauer ihrer Wirksamkeit, die unterschiedlichsten Absichten ins Spiel brachten. Diese

eher systematische Problematik läßt sich auch innerhalb der chronologischen Darstellung deutlich machen, weil die einzelnen auf die deutsche Österreich-Politik einwirkenden Kräfte in gewissen Phasen verschieden stark hervortraten. Dieses wechselvolle Kräftespiel und seine historischen Folgen zu verdeutlichen ist das Ziel der vorliegenden Untersuchung. Sie umfaßt die Zeitspanne von der Machtübernahme Hitlers am 30. Januar 1933 bis zur Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers Dollfuß am 25. Juli 1934. Diese beiden Ereignisse wurden nicht deshalb als zeitlicher Rahmen gewählt, weil sie schon im Bewußtsein der Zeitgenossen als »historisch« galten und auch wohl heute noch gelten können, sondern weil beide Daten der deutschen Österreich-Politik eine spürbare Wendung gaben. Eine detaillierte Darstellung des nationalsozialistischen Putschversuches vom 25. Juli 1934 will diese Arbeit nicht geben⁷. Allerdings wird im folgenden eine »Vorgeschichte« des Putsches schon deshalb mit entstehen, weil das Thema auch an jenen Stationen vorbeiführen muß, von denen der Putschplan schließlich seinen Ausgang nahm.

ERSTES KAPITEL

Enttäuschte Erwartungen (Januar - August 1933)

Die gescheiterte Partnerschaft

Als Hitler am 30. Januar 1933 Kanzler des Deutschen Reiches wurde, nährten viele Beobachter im In- und Ausland die Hoffnung, der neue Regierungschef, bis dahin als Verfechter radikaler Pläne bekannt, werde sich in der politischen Verantwortung schon beruhigen und bald erkennen, daß sich die Wirklichkeit nicht mit dem groben Maßstab der Propaganda messen lasse. Gerade jene, die Hitler zur Macht verholfen hatten, wie von Papen, erwarteten, der Reichskanzler werde in der Praxis den Radikalismus seiner früheren Theorien schnell einsehen und sich auf die Gegebenheiten, wie sie nun einmal waren, wohl oder übel einstellen¹. So gesehen, erschien die Gefahr einer völligen politischen Wendung Deutschlands trotz der Berufung Hitlers gering, vor allem in der Außenpolitik, wo der Handlungsspielraum besonders eng war. Hitlers erste öffentliche Äußerungen zur Außenpolitik entsprachen durchaus diesen Erwartungen² und blieben auf der Linie der traditionellen Weimarer Revisionspolitik.

In dieser ersten außenpolitischen Erklärung wurde Österreich mit keinem Wort erwähnt; die Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich hatten sich in den letzten Jahren der Weimarer Republik als ein recht heikles Problem der internationalen Politik erwiesen³, und es

schien klug, nicht daran zu rühren. Noch am Tage seiner Ernennung zum Reichskanzler hatte Hitler dem österreichischen Bundeskanzler Engelbert Dollfuß ein ungewöhnlich freundliches Grußtelegramm geschickt, und Dollfuß hatte sogleich ebenso freundlich geantwortet⁴. Die politische Linie der beiden Regierungschefs schien tatsächlich dafür zu bürgen, daß sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern durchaus freundschaftlich entwickeln könnten.

Dollfuß steuerte in Österreich sichtlich auf eine autoritäre Staatsführung zu, die alle rechtsgerichteten und konservativen Kräfte gegen den »Austromarxismus« zusammenfassen sollte. Der Parlamentarismus erschien dem österreichischen Kanzler als eine überlebte und nicht funktionsfähige Regierungsform, und er begann schon 1932 – dem deutschen Vorbild folgend – mit der Gesetzgebung auf dem Wege der Notverordnung⁵. In Dollfuß' Außenpolitik zeigte sich immer deutlicher eine italienfreundliche Orientierung, die vor allem durch den Einfluß, den die faschistische Heimwehr in seiner Regierung ausübte, begünstigt wurde⁶.

So schien eine freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der österreichischen und der neuen deutschen Regierung durchaus möglich: Sowohl im innenpolitischen Stil und in der innenpolitischen Zielsetzung des »Kampfes gegen links« als auch in der außenpolitischen Orientierung auf Rom hin gab es zwischen Wien und Berlin sichtbare Parallelen.

Wenn man dennoch in Wiener Regierungskreisen Hitlers Ernennung eher zurückhaltend aufnahm, so entsprang diese Reaktion nicht außenpolitischem Kalkül, sondern innenpolitischer Sorge. Die innenpolitischen Gefahren, die der mit Hitlers Regierungsantritt verbundene Auftrieb für die österreichischen Nationalsozialisten mit sich brachte, schienen der Wiener Regierung größer als die Aussichten, die eine nationalsozialistische Regierung in Berlin für außenpolitische Arrangements bot. Die österreichische Reaktion war denn auch fast ausschließlich von innenpolitischen Erwägungen bestimmt⁷.

Die innenpolitische Besorgnis durch die Außenpolitik abzufangen, fühlte sich Wien offenbar nicht imstande, obwohl eine außenpolitische Zusammenarbeit zwischen Rom, Wien, Budapest und Berlin scheinbar durchaus dem in Mitteleuropa bestehenden Kräftefeld entsprochen haben würde.

Das Gegeneinander italienischer und französischer Interessen im Donauraum war gerade im Januar 1933 an der sogenannten »Hirten-

berg-Affäre« sichtbar geworden⁸. Sie bewies, wie mißtrauisch und feindselig Italien, Österreich und Ungarn einerseits und die Kleine Entente und Frankreich andererseits sich in diesem Gebiet gegenüberstanden. Die allgemein revisionistische Tendenz der Politik Ungarns, Österreichs und Italiens machte Deutschland zu einem potentiellen Verbündeten dieser Gruppe, zumal die Machtübernahme durch Hitler in Berlin auch noch eine zusätzliche ideologische Gemeinsamkeit schuf, die in einem unterschiedlich stark ausgeprägten, aber deutlich erkennbaren »Rechtskurs« der vier Regierungen zum Ausdruck kam.

In dieser Richtung wurde denn auch bald in Berlin vorgefühl, nicht von Österreich – das sich durch den nationalsozialistischen Erfolg im Reich eher gehemmt als ermuntert fühlte –, aber von Ungarn und Italien. Schon am 6. Februar ließ der ungarische Ministerpräsident Gömbös Hitler eine Botschaft überreichen, in der er seine Erwartung einer engen außenpolitischen Zusammenarbeit mit der neuen deutschen Regierung betonte⁹. In ähnlichem Sinn äußerte sich am gleichen Tage der italienische Regierungschef Mussolini in einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Rom, von Hassell. Der Duce zeigte sich überzeugt, man werde zwischen Berlin und Rom eine eng abgestimmte Politik (»politica molto vicina«) erreichen, zumal nach seiner Meinung die Neuwahlen für den Reichstag im März die neugebildete Koalition festigen würden. Mussolini fügte sogleich hinzu, woran er bei einer solchen Zusammenarbeit dachte, und erwähnte die Abrüstung, die Wirtschaftskonferenz und Südosteuropa¹⁰. Ebensowenig wie Gömbös vergaß Mussolini darauf hinzuweisen, daß die ideologische Verwandtschaft die Partnerschaft erleichtern werde.

Einen lebhaften Fürsprecher fanden diese Gedanken in Hassell, der sich schon vor Hitlers Amtsantritt für eine deutsch-italienische Zusammenarbeit im Donaauraum, besonders auf wirtschaftspolitischem Gebiet, ausgesprochen hatte¹¹. Im Auswärtigen Amt hingegen stand man Mussolinis Plänen weit reservierter gegenüber. Neurath sah ein Hindernis besonders in der unterschiedlichen Einstellung beider Staaten gegenüber Österreich. Österreich, so meinte er, müsse aus den etwaigen deutsch-italienischen Gesprächen über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit im Donaauraum stets ausgeklammert bleiben, um eine Belastung »unserer besonderen Beziehungen zu Österreich« zu vermeiden¹². Obwohl die Vorbehalte des deutschen Außenministers vor allem wirtschaftlicher Art waren, sind dabei auch politische Nebengedanken nicht

zu übersehen: Neurath verfolgte das gerade erwachende Interesse Italiens an Österreich mit sichtlichem Unbehagen.

Hassell suchte diese Schwierigkeit, die auch er nicht leugnete, zu überwinden. In einem ausführlichen Bericht wies er am 23. Februar 1933 darauf hin, daß man Italien gerade durch eine enge wirtschaftliche Interessenverknüpfung im Donauraum davon abhalten müsse, Österreich einseitig zu binden und damit den deutschen politischen Zielen auf lange Sicht einen Riegel vorzuschieben. In Österreich würden sich deutsche und italienische Interessen stets kreuzen, und es komme deshalb einzig darauf an, durch eine enge Zusammenarbeit mit Rom dort Verständnis für die deutschen Ziele zu wecken und allmählich das italienische Mißtrauen abzubauen. Mussolini wisse zu gut, daß Deutschland die zukünftige politische Entwicklung in Österreich nicht gleichgültig sei, meinte von Hassell, und werde sich kaum davon beeindruckten lassen, wenn Berlin einen »Drang nach Südosten« einfach leugne¹³.

Hassells Vorstellungen liefen parallel zu Erwägungen, die der deutsche Gesandte in Wien, Rieth, über die innere Entwicklung in Österreich anstellte. Um ein einseitiges Abgleiten der österreichischen Regierung in das italienische Lager zu verhindern, ersuchte Rieth seine Regierung, jene Kräfte in Österreich zu unterstützen, die nach seiner Meinung Gewähr für einen gleichgewichtigen Einfluß Deutschlands auf die Innenpolitik Österreichs boten, da er im österreichischen Regierungslager, insbesondere durch die Heimwehr, italienfreundliche Elemente überwiegen sah. Da Rieth die österreichischen Nationalsozialisten – die übrigens im Nationalrat, dem österreichischen Parlament, nicht vertreten waren – als Gegengewicht für zu schwach hielt, befürwortete er eine Unterstützung der Großdeutschen Partei durch die Reichsregierung. Nur so könne eine gleichmäßige »deutsch-italienische Orientierung« im Innern Österreichs erreicht werden¹⁴.

Während Hassell und Rieth ein deutsches Engagement um und in Österreich anstrebten, war man in der Wilhelmstraße nicht bereit, sich einzuschalten. Dem Auswärtigen Amt erschienen die deutsch-italienischen Differenzen um Österreich als zu grundsätzlich, als daß sie durch eine Beeinflussung deutschfreundlicher Faktoren im Innern Österreichs oder durch ein Entgegenkommen gegenüber den wirtschaftlichen Wünschen Italiens zu überwinden seien¹⁵. Diese Auffassung gründete sich auf die Erfahrung der letzten Jahre, die die italienische Abwehr gegen eine deutsche Einschaltung in Österreich immer wieder bewiesen hatte und übersah offenbar die neue Steigerung des italienischen Inter-

esses an Österreich, die der eigentliche Grund für die Vorstöße Hassells und Rieths war.

Die Reserve, auf die die Vorschläge der beiden Diplomaten in der Wilhelmstraße trafen, verdient deshalb hervorgehoben zu werden, weil sie sich schon in einem Stadium zeigte, in dem die Erwägungen noch ausschließlich auf der Ebene der traditionellen Außenpolitik angestellt wurden und noch kein Einfluß der Nationalsozialisten spürbar war, obwohl der Reichskanzler Hitler hieß. Schon in diesem Stadium setzte sich im Auswärtigen Amt der Gedanke fest, daß eine deutsche Österreich-Politik nicht mit, sondern nur gegen Italien zu betreiben sei. Da man den italienischen Widerstand für mindestens ebenso stark hielt wie in den Vorjahren, blieb als im Grunde einzige Konsequenz eine rein passive Haltung gegenüber Österreich und auch gegenüber Italien. Weder Neurath noch Köpke äußerten irgendwelche positiven Vorschläge, wie die deutsche Außenpolitik gegenüber Rom und Wien zu aktivieren sei. Ihr einziges positives Ziel war der Plan des Anschlusses Österreichs an Deutschland, ein Gedanke übrigens, den sie unter den einmal bestehenden Verhältnissen gar nicht zu realisieren hofften. So mündeten ihre Vorstellungen ein in ein »alles oder nichts«, wobei »alles« nicht zu haben war und folglich nur »nichts« übrig blieb.

Die Pläne Hassells und Rieths, die darauf ausgingen, einem Überwuchern des italienischen Einflusses in Österreich von außen und von innen her vorzubeugen, fanden in Berlin keine Unterstützung¹⁶. Man verlegte sich in Berlin aufs Abwarten: Gegenüber Österreich wurde nichts unternommen, um Italien nicht zu verschrecken, gegenüber Italien hielt man still, um der Entwicklung in Österreich nicht vorzugreifen. Klar war lediglich das Fernziel des Anschlusses, das seit 1919 mit wechselnder Intensität und ohne Erfolg verfolgt worden war. Über den Weg, wie diesem Ziel in absehbarer Zukunft näher zu kommen sei, machte man sich in der Wilhelmstraße vorerst keine Gedanken. Um Österreich entstand in den Vorstellungen des Auswärtigen Amtes ein politisches Vakuum.

Am 5. März 1933 fanden Neuwahlen für den Reichstag statt. Sie ergaben die von Mussolini erwartete Stärkung der Koalitionsparteien. Nunmehr hielt der Duce den Zeitpunkt für gekommen, der deutschen Regierung seine Vorstellungen von einer Zusammenarbeit zu erläutern. Am 14. März schickte er seinen Botschafter Cerruti zu Neurath. Im Auftrage seines Regierungschefs legte Cerruti dar, daß Frankreich gleichermaßen der Gegenspieler Italiens und Deutschlands in der euro-

päischen Politik sei. In diesem Koordinatensystem sah Mussolini auch die Österreich-Frage. Sein Land, so sagte Cerruti, wolle Österreich stärken, um es von jeder Einflußnahme seitens Frankreichs oder der Kleinen Entente freizuhalten. Zu diesem Zweck halte Mussolini eine Festigung der Regierung Dollfuß mit Hilfe der Heimwehr gegenwärtig für das Günstigste. Ein Sturz Dollfuß' werde eine sozialistische oder eine schwarz-rote Regierung an die Macht bringen. Die Nationalsozialisten seien in Österreich »noch nicht stark genug«, um die Regierungsgewalt zu übernehmen. Daher sollten sie – zusammen mit der Heimwehr – »die gegenwärtige Regierung unterstützen«. Mussolini ließ außerdem erklären, daß Italien den Anschluß »niemals zulassen« könne und sich allen Schritten in dieser Richtung entgegenstellen werde. Er sei jedoch der Auffassung, daß die Anschluß-Frage ohnehin »im Augenblick nicht akut« sei¹⁷.

Neurath nahm Cerrutis Vortrag zur Kenntnis, äußerte sich selbst aber nicht. Einen Tag später, am 15. März, meldete sich der ungarische Geschäftsträger in Berlin, Baron Wettstein, bei Köpke, um der Reichsregierung gleichfalls eine Unterstützung für Dollfuß naheulegen. Wettstein berief sich auf einen Privatbrief seines Außenministers Kanya an Papen, in dem der ungarische Außenminister den deutschen Vizekanzler gebeten hatte, »seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Deutsche Regierung das Kabinett Dollfuß in Wien nach Möglichkeit stütze«. Auch Wettstein machte darauf aufmerksam, daß nach Dollfuß nur eine schwarz-rote Koalition ans Ruder kommen könne, was »den deutschen wie den ungarischen Interessen in gleicher Weise abträglich und gefährlich sei«.¹⁸ Wettstein überreichte Köpke eine Aufzeichnung, die Gömbös eigentlich Hitler persönlich zugehört hatte. Da es Wettstein aber nicht möglich schien, »mit der gebotenen Beschleunigung« von Hitler empfangen zu werden, bat er Köpke, das Schriftstück »möglichst unverzüglich« an den Reichskanzler weiterzuleiten.

Gömbös fand es »besonders bedenklich«, daß die österreichische nationalsozialistische Partei »in Kampfgemeinschaft mit den Sozialdemokraten den Bundeskanzler Dollfuß bekämpft«. Der ungarische Ministerpräsident richtete an Hitler »die persönliche Bitte«, die Nationalsozialisten in Österreich anzuweisen, »nicht mit den Sozialdemokraten zusammen zu wirken«, sondern im Gegenteil Dollfuß zu unterstützen, um »den Bestand einer Rechtsregierung in Österreich auch weiterhin zu sichern«¹⁹.

Die wiederholte Betonung der Dringlichkeit, mit der Wettstein die Besorgnisse seines Regierungschefs in Berlin vorbrachte, deutet auf die Aktualität der angesprochenen Fragen hin. In der Argumentation von Gömbös fällt – auch gegenüber Cerrutis Schritt vom Vortage – der immer wiederkehrende Hinweis auf die »Kampfgemeinschaft« zwischen den österreichischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten auf. Damit war in der Tat eine Frage angeschnitten, die in jenen Märztagen des Jahres 1933 die Gemüter über die Grenzen Österreichs hinaus erregte.

Am 4. März 1933 war es im Nationalrat in Wien zu einer grotesken parlamentarischen Szene gekommen: Die drei Nationalratspräsidenten hatten nacheinander ihr Amt niedergelegt, um als Abgeordnete in einer Kampfabstimmung die denkbar knappen Mehrheitsverhältnisse zu beeinflussen. Damit war der Nationalrat nicht mehr geschäftsfähig. Niemand konnte die Sitzung schließen, vertagen oder weiterführen²⁰. Die Abgeordneten liefen nach einem Tumult ratlos auseinander. Die Regierung schien zunächst gleichfalls keine weitreichenden verfassungsrechtlichen Maßnahmen zu planen. Den Anstoß zum Handeln gab erst der Ausgang der Reichstagswahlen in Deutschland am 5. März. Hitlers Erfolg im Reich rief im österreichischen Regierungslager Bestürzung hervor. Die »Selbstausschaltung« des Nationalrates erschien nunmehr als die Chance zu einem Schlag gegen den Parlamentarismus überhaupt, von dem befürchtet wurde, er werde in Österreich – ebenso wie im Reich – zu einem Steigbügel für die Nationalsozialisten werden²¹. In einer siebenstündigen Kabinettsitzung beschloß die österreichische Regierung am 7. März 1933, sich als Präsidialkabinett zu etablieren und die Gesetzgebung ausschließlich mit Hilfe von Notverordnungen zu übernehmen. Bundespräsident Miklas stimmte diesem Plan widerwillig zu²². Österreich hatte aufgehört, eine parlamentarische Demokratie zu sein.

Der Verfassungsbruch der Regierung richtete sich gegen die Nationalsozialisten, dennoch stieß er verständlicherweise auch auf die Gegnerschaft der Sozialdemokraten. Das Machtstreben der Nationalsozialisten und die Verfassungstreue der Sozialdemokraten fanden sich zu einer Opposition gegen die Regierung zusammen. Wenn auch die Sozialdemokraten sich bald auf den Standpunkt zurückzogen, ein Präsidialkabinett Dollfuß sei gegenüber einer gewählten und parlamentarisch legitimierten nationalsozialistischen Regierung das kleinere Übel²³, so kam es in den ersten Tagen nach der Ausschaltung des National-

rates doch zu gemeinsamen Aktionen nationalsozialistischer und sozialdemokratischer Politiker, die eine Reaktivierung des Parlaments zum Ziel hatten. Am 9. März faßten im Wiener Landtag Nationalsozialisten und Sozialdemokraten eine gemeinsame EntschlieÙung, in der »die unverzügliche Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes im Bunde« gefordert wurde²⁴.

Diese Tatsache veranlaÙte Gömbös, Hitler eindringlich darauf aufmerksam zu machen, mit welchem unnatürlichen Bundesgenossen sich seine Parteifreunde in Österreich zu verbünden begannen. Auch Cerruti hatte im Namen Mussolinis schon darauf hingewiesen, daß bei einem etwaigen Sturz von Dollfuß eine sozialistische oder schwarzrote Regierung zu befürchten sei. Die Andeutung, daß die österreichischen Nationalsozialisten dabei seien, die Absichten der Sozialdemokraten zu unterstützen, erschien Gömbös und Mussolini als der geeignete Hebel, um Hitler für eine Unterstützung der »Rechtsregierung« von Dollfuß zu gewinnen.²⁵

Weder Cerruti noch Wettstein erhielten vorerst eine Antwort auf ihr Ersuchen. Sie wurden von Neurath und Köpke lediglich angehört. Die Zurückhaltung des Außenministers und seines Ministerialdirektors illustriert ein weiteres Mal die rein passive Haltung, die sich gegenüber dem Österreich-Problem in der Wilhelmstraße gebildet hatte. Allerdings wird man einschränkend feststellen müssen, daß der Vorstoß von Mussolini und Gömbös eher an den Parteiführer als an den Reichskanzler Hitler gerichtet war und das Auswärtige Amt durchaus glauben konnte, gar nicht zuständig zu sein. Die betont ideologische Motivation, die Mussolini und Gömbös ihrem Schritt zugrunde legten, beweist überdies, wie sehr die Außenpolitik um Österreich der traditionellen Interessenebene langsam entglitt und von ideologischen Rücksichten überlagert wurde. Indessen erhielt man in der Wilhelmstraße Anfang März noch eine weitere Gelegenheit, sich zur Politik gegenüber Österreich zu äußern. Am 9. März 1933 übergab Prinz Rohan im Auswärtigen Amt eine längere Denkschrift unter dem Titel »Was geht in Österreich vor?«²⁶. Rohan unterstellte den Italienern die Absicht, in Österreich »einen Staatsstreich der Heimwehren« zu planen, mit dessen Hilfe Rom die »kroatische Frage« wieder aufwerfen wolle, um damit zugleich Jugoslawien und den französischen Einfluß im Donauraum zu schwächen. Das italienische Vorhaben richte sich »unmittelbar gegen die nationale Politik in Österreich«, die durch »den Sieg der nationalen Revolution in Deutschland« einen neuen – für Rom gefähr-

lichen – Auftrieb erhalten habe. Um dem entgegenzuwirken, versuche Italien, die österreichischen Nationalsozialisten für die Heimwehr »zurückzugewinnen«, ohne daß vorerst Neuwahlen stattfänden, die nach Rohans Meinung den Nationalsozialisten die Stärke der Christlichsozialen bringen würden, was eine »schwarz-braune Koalition« zur Folge haben müsse. Rohan warnte davor, den italienischen Absichten von deutscher Seite entgegenzukommen für »das Linsengericht einer diplomatischen Unterstützung« der international »vollständig isolierten deutschen Politik«, z. B. in der Abrüstungsfrage. Rohan mahnte dagegen, dem »großen geschichtlichen Werden des Zusammenwachsens der deutschen Nation« zu folgen, da Österreich nur durch den »Gewaltfrieden am Zusammenschluß mit dem Gesamtdeutschtum gehindert« worden sei.

Die Schlüsse aus Rohans Analyse laufen hinaus auf eine Stärkung der Nationalsozialisten in Österreich als Bürgen für den »nationalen Gedanken« gegen die italienischen »Intrigen«. Rohan selbst war kein Nationalsozialist, und er fürchtete sogar, die nationalsozialistisch geführte Regierung in Berlin könnte sich auf Italiens Absichten einlassen²⁷. Rohans Argumentation ist dagegen vorwiegend von großdeutschen Gedanken bestimmt, die – wie z. B. in der Südtirol-Frage – sich nicht unbedingt mit nationalsozialistischen Vorstellungen deckten. So erklärt sich auch der Ton der Rohan-Denkschrift, die insgesamt eher skeptisch als vertrauensvoll klingt.

Rohans Denkschrift ist vor allem insofern bedeutungsvoll, als sie zwei verantwortliche Beamte in der Wilhelmstraße zwang, zur Österreich-Frage Stellung zu nehmen: den Leiter des Österreich-Referates in der Abteilung I des Auswärtigen Amtes, von Heeren, und Staatssekretär von Bülow. Heeren machte am 13. März 1933 zu Rohans Denkschrift eine ausführliche Notiz, in der er Rohans Gedanken in großen Zügen zustimmte²⁸. Er unterstrich sowohl »das sehr aktive Interesse Italiens« an der inneren Entwicklung Österreichs als auch die Rolle der »nationalsozialistischen Bewegung«, mit der »in der Praxis der Effekt des Anschlusses erreicht werden könnte, ohne durch formelle Verletzung der Friedensdiktate den Großmächten die Handhabe zu einem Eingreifen zu bieten«. Andererseits fürchtete Heeren »die Gefahr eines italienisch-französischen Zusammengehens«, da weder Rom noch Paris »ein nationalsozialistisches und damit praktisch unter Reichsleitung stehendes Österreich« angenehm sein könne. Die »Übernahme der Macht durch den Nationalsozialismus« in Wien werde von

Italien und Frankreich »als eine unmittelbare Anschlußdrohung betrachtet« und deshalb möglichst verhindert werden. Um sich dem daraus folgenden Dilemma zu entziehen, schlug Heeren eine Politik mit doppeltem Boden vor. Die »Hilfeleistung« des Reiches für die nationalsozialistische Bewegung in Österreich müsse »auf Wegen geschehen . . ., welche die amtliche Politik nicht belasten«. Damit hatte zum erstenmal ein Beamter des Auswärtigen Amtes die Unterscheidung zwischen Parteipolitik und offizieller Politik gemacht und die möglichen Beziehungen zwischen beiden Ebenen angedeutet²⁹.

In der Logik Heerens lag freilich ein Widerspruch: Einerseits sah er voraus, daß ein Sieg der Nationalsozialisten in Österreich von den Großmächten als »unmittelbare Anschlußdrohung« bekämpft werden würde, andererseits schlug er selbst vor, »der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich zum Siege zu verhelfen«. Obgleich er sich also bewußt war, daß schon die innenpolitische Entwicklung Österreichs von Frankreich und besonders von Italien argwöhnisch verfolgt wurde, suchte er dennoch nach »Wegen«, auf denen man vom Reich aus diese Entwicklung fördern konnte. Nach Heerens Meinung sollte die nationalsozialistische Bewegung und das von ihr im Reich gegebene »forttreibende Beispiel« einem Ziel dienen, das auf der Ebene eines außenpolitischen Interessenausgleichs und mit den Mitteln der Diplomatie nicht erreichbar schien. Auf diesem Umweg suchte Heeren der rein passiven Einstellung, der wir bei Neurath und Köpke begegneten, zu entgehen. Der logische Fehler in Heerens Erwägungen sollte sich bald zum Grundirrtum der deutschen Österreich-Politik auswachsen.

Über Köpke gelangte Rohans Denkschrift mitsamt Heerens Kommentar zu Bülow. Der Staatssekretär konnte sich Heerens »Votum nur sehr bedingt anschließen«³⁰. Bülow stieß sich jedoch nicht an der logischen Inkonsequenz, die Heerens Urteil innewohnte, sondern an der Bedeutung, die sowohl Rohan als auch Heeren den Nationalsozialisten in Österreich zumaßen. Er hielt es »für den Augenblick wenig wahrscheinlich«, daß Neuwahlen in Österreich »den Nationalsozialismus zur Macht bringen« könnten. »Über eine spätere Zukunft zu prophezeien«, fand Bülow zwecklos, da unsicher sei, »ob und wie der Naz-Soz (sic) bei uns und in Österreich sein Gesicht verändern« werde. Heeren setze voraus, daß »der Naz-Sozialismus (sic) in seiner heutigen Gestalt sogleich in Österreich obsiegen könnte – was unwahrscheinlich ist. Seine These setzt ferner voraus, daß wir den Anschluß für eine sehr nahe Zukunft anstreben, was nicht der Fall ist.«

Der Staatssekretär hielt also sowohl das von Rohan und Heeren unterstellte Ziel – den Anschluß – als auch den von beiden propagierten Weg – über die österreichischen Nationalsozialisten – für augenblicklich nicht angebracht. Diese Passivität erinnert an die Haltung, die Neurath und Köpke eingenommen hatten. Sie unterschied sich nur dadurch von deren Zurückhaltung, daß Bülow sich durch die Äußerungen Heerens als erster gezwungen sah, sich zur Frage nach der Stellung und der Funktion der österreichischen Nationalsozialisten in der deutschen Politik gegenüber Österreich eingehender zu äußern. Dabei stellte sich der Staatssekretär auf den Standpunkt, daß die Machtübernahme Hitlers weder den Zweck noch die Mittel der deutschen Österreich-Politik beeinflussen dürfe. Als Begründung dienten ihm dabei vor allem zwei Vorbehalte: einmal der Zweifel an der Stärke des Nationalsozialismus in Österreich und zum andern die Möglichkeit, daß der Nationalsozialismus »sein Gesicht verändern« könnte. Für Bülow hatte die Herrschaft der Nationalsozialisten im Reich offenbar noch zuviel Unsicheres und möglicherweise Vorläufiges an sich, und er hielt es für unangebracht, schon jetzt auf dieser schwankenden Basis den Grundstein zu einer völlig neuen Politik zu legen³¹.

Angesichts der von Bülow erhobenen Einwände muß es merkwürdig erscheinen, daß Köpke am 20. März 1933 einen langen Brief an den Gesandten Rieth entwarf, in dem Heerens Gedankengang – teilweise sogar wörtlich – wiederkehrt, von Neurath und Bülow kommentarlos zur Kenntnis genommen.³² Köpke hatte mit seinem Schreiben an den Gesandten die Absicht, »die allgemeine Richtung anzudeuten, in der wir marschieren«. Ohne formell Richtlinien zu geben, hatte der Brief dennoch deutlich programmatischen Charakter, zumal Rieth in ihm die ersten Anweisungen seit dem Amtsantritt Hitlers als Reichskanzler erhielt. Köpke ging bei seiner Beurteilung der österreichischen Innenpolitik davon aus, daß jede österreichische Regierung, die den Nationalsozialismus bekämpfe, auch den Anschluß ablehnen und bei »anschlußfeindlichen Faktoren« Deckung suchen werde. Außerdem unterstrich Köpke – wie schon Heeren – daß »die bloße Möglichkeit eines Aufstiegs der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich zu maßgebendem Einfluß in der Regierung . . . alle Anschlußgegner in höchstem Maße beunruhigen und ihnen schnelle und wirksame Gegenmaßnahmen notwendig erscheinen lassen« werde. Dennoch hielt es Köpke für unangebracht, die gegenwärtige »schwarz-gelbe Regierung Dollfuß«³³ zu unterstützen, wie Italien und Ungarn angeregt

hatten. Köpke nannte es »eine andere Frage . . ., ob die Unterstützung der Regierung Dollfuß nicht dadurch geschehen kann, daß ihre Umwandlung in eine schwarz-braune Koalition ermöglicht« werde. Dies zu erreichen, sei »nur eine Frage der Taktik«. Allerdings hatte auch Köpke Zweifel, ob »die nationalsozialistische Bewegung in Österreich schon heute die Kraft hat, sich in einer derartigen Koalition den maßgebenden Einfluß auf die Dauer zu sichern«. Anders als Bülow griff Köpke, um die nationalsozialistische Bewegung in Österreich zu stärken, wieder auf einen Gedanken Heerens zurück und baute ihn aus: »die amtliche Politik« müsse »auch in Zukunft von jedem Anschein einer Einflußnahme auf die österreichische Innenpolitik sorgfältig frei« bleiben. »Alle Einflußnahme vom Reich her wird sich daher ausschließlich auf die Wege zu beschränken haben, die sich durch die geistige und organisatorische Verbundenheit der nationalsozialistischen Bewegung im Reich und in Österreich eröffnen.«

Heerens Suche nach möglichen Wegen, um die Nationalsozialisten in Österreich zu stärken, ohne die »amtliche Politik« zu belasten, wurde von Köpke präzisiert im Sinne der Parteipolitik. Köpke dachte zweifellos nicht an einen Umsturz der Nationalsozialisten in Österreich, sondern er wollte ihnen nur jene Stärke gegeben sehen, die ihnen in einer Koalition mit den Christlichsozialen »den maßgebenden Einfluß« sichern konnte. Diese Unterscheidung ist deswegen wichtig, weil die spätere Unterstützung der österreichischen Nationalsozialisten seitens der deutschen NSDAP zeitweise eindeutig subversiven Charakter annahm, wengleich sie durchaus den Formen entsprach, die Köpke hier empfahl. Freilich ist auch nicht zu übersehen, daß Köpke als Ziel seiner Taktik auch eine »Gleichschaltung« der österreichischen mit der Reichspolitik« als Effekt einer »schwarzbraunen Koalition« vor-schwebte.

Köpkes Brief an Rieth ist die letzte Stellungnahme des Auswärtigen Amtes zur Österreich-Politik, die ohne nachweisbaren Einfluß nationalsozialistischer Persönlichkeiten, auch Hitlers selbst, zustandekam. Dennoch findet man Köpkes Gedankengang schon weitgehend geprägt von Rücksichten und Möglichkeiten, die sich durch die nationalsozialistische Machtübernahme im Reich eröffneten. Wie wenig Köpke indessen selbst das Gefühl hatte, einer parteipolitisch orientierten Außenpolitik das Wort zu reden, zeigt sein wiederholter Hinweis auf die »Interessen einer gesamtdeutschen Politik«. Nach den erfolglosen Versuchen der Weimarer Zeit, das Anschlußverbot der Friedensverträge

zu überwinden oder ihm wenigstens auszuweichen, schien mit der Machtübernahme Hitlers in Deutschland sich endlich ein Weg aufgetan zu haben, der dem alten Ziel mit neuen Mitteln näherzukommen versprach. In der Haltung einiger Persönlichkeiten des Auswärtigen Amtes hatte sich nach kaum zwei Monaten nationalsozialistischer Regierungszeit Entscheidendes gewandelt: Aus der anfänglichen Passivität aus Rücksicht auf die internationale Lage, wie sie aus der Weimarer Zeit ererbt war, wurden neue Erwartungen, die einige Ministerialbeamte an »die geistige und organisatorische Verbundenheit« der Nationalsozialisten in Deutschland und Österreich zu knüpfen begannen.

Niemand – nicht einmal Bülow, der recht skeptisch blieb – fühlte sich bei diesen Erwartungen durch die Aussicht behindert, daß eine faktische Gleichschaltung Österreichs durch innenpolitische Anpassung die gleichen Reaktionen herausfordern müßte wie eine formelle staatsrechtliche Gleichschaltung, obwohl diese Gefahr sich in allen Dokumenten spiegelt. Nach dem nationalsozialistischen Erfolg bei den März-Wahlen ließ Mussolini zum erstenmal in Berlin ausdrücklich erklären, daß er nicht nur den förmlichen Anschluß nicht zulassen werde, sondern sich grundsätzlich allen Schritten in dieser Richtung widersetzen werde; ein sehr deutlicher Hinweis auf das Mißtrauen, mit dem Rom die Haltung der Nationalsozialisten in Österreich beobachtete³⁴. Diese Schwierigkeit wurde in der Wilhelmstraße übergangen, wenngleich nicht übersehen. Die Leichtfertigkeit, mit der man sich über dieses Hindernis hinwegsetzte, ermöglichte einen Illusionismus, der den Boden bereiten half für die Ziele und Methoden, die Hitler und die von ihm geführte NSDAP der deutschen Österreich-Politik bald geben sollten.

Als Köpke am 22. März seinen Brief an Rieth absandte, war im Auswärtigen Amt noch unbekannt, wie Hitler in der Frage einer deutschen Unterstützung für Dollfuß, die Mussolini und Gömbös ihm nahegelegt hatten, entschieden hatte, obwohl Hitlers Entschluß schon getroffen war³⁵. Erst am 23. März erfuhr das Auswärtige Amt von Hitlers Entscheidung – durch den italienischen Botschafter Cerruti. Cerruti war inzwischen von Hitler zu einer eingehenden Unterredung über die Österreich-Frage empfangen worden³⁶. Dabei hatte Hitler dem italienischen Botschafter erklärt, daß er die Regierung Dollfuß »unter keinen Umständen« unterstützen werde. Hitler verlangte statt dessen Neuwahlen in Österreich, die den Nationalsozialisten einen

angemessenen Einfluß sichern würden. Eine so schwache Regierung wie diejenige von Dollfuß, der im Nationalrat nur über eine Stimme Mehrheit verfüge, nannte Hitler »in den heutigen bewegten und schwierigen Zeiten ein Unding«. Den Anschluß wolle er »zur Zeit nicht«, schon weil er fürchte, die Katholiken in Österreich könnten das Zentrum stärken. Cerruti erwiderte spitz, nach Mussolinis Meinung sei es »nicht klug, sich mit der Kirche zu entzweien«, da sie »den längeren Atem« habe. »Im Auftrage Mussolinis« unterstrich Cerruti auch Hitler gegenüber ausdrücklich, »daß Italien den Anschluß niemals zulassen könne«.

Hitlers Ausführungen befriedigten Italien keineswegs. Am 23. März 1933 warnte Cerruti Köpke noch einmal, Dollfuß' Sturz werde »vom Regen in die Traufe« führen, da ein kleines Land wie Österreich »nur wenig Männer mit staatsmännischen Qualitäten« besitze. Zwei Tage darauf sprach man im italienischen Außenministerium Hassell darauf an, ob die Reichsregierung nicht die »österreichischen Nationalsozialisten von einem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie abhalten« wolle³⁷. Zugleich erkundigte sich Cerruti noch einmal bei Neurath, wurde aber vom Außenminister nur auf Hitlers Feststellungen verwiesen³⁸.

Hitlers Reaktion auf den italienisch-ungarischen Vorstoß ging nur in einem, allerdings wesentlichen Punkt über die Erwägungen hinaus, die man zuvor in der Wilhelmstraße angestellt hatte: Hitler verlangte Neuwahlen in Österreich. Da diese Forderung während der nächsten Monate immer wieder in den Mittelpunkt geriet, ist es nötig, ihrer Entstehung kurz nachzugehen. Die Forderung nach Neuwahlen wurde von den österreichischen Nationalsozialisten im April 1932, also lange vor Hitlers Machtübernahme, zum erstenmal erhoben – übrigens schon damals in Übereinstimmung mit den Sozialdemokraten³⁹. Bezeichnenderweise benutzten die Nationalsozialisten nicht das Argument, daß die Verfassung Neuwahlen notwendig mache, sondern daß »die Zusammensetzung des Nationalrates der politischen Einstellung der Wählerschaft nicht mehr entspreche«⁴⁰. Seitdem gehörte die Forderung nach Neuwahlen als fester Bestandteil zur Politik und Propaganda der Nationalsozialisten in Österreich. Daß Hitler diesen Wunsch teilte, versteht sich von selbst; bemerkenswert ist hingegen die Situation, in der er ihn aussprach: Als deutscher Regierungschef verlangte er gegenüber dem italienischen Botschafter Neuwahlen in Österreich.

Der Vorgang beleuchtet nicht nur den Einfluß außenpolitischer Gesichtspunkte auf die österreichische Innenpolitik im allgemeinen⁴¹, sondern im besonderen auch Hitlers Stellung. Seit dem 30. Januar 1933 war er als Führer der NSDAP deutscher Regierungschef und österreichischer »Oppositionsführer« in Personalunion. Die eindeutig auf seine Person zugeschnittene Organisation der gesamten Partei ließ ihn als den letztlich Verantwortlichen erscheinen für alles, was die Nationalsozialisten auch in Österreich taten oder unterließen. Dieser Eindruck wurde durch Hitlers Verlangen nach Neuwahlen gegenüber dem Botschafter einer fremden Macht noch verstärkt. Er bekannte sich formell zum Primat parteipolitischer Erwägungen auch in außenpolitischen Fragen. Materiell zeigt die Antwort Hitlers an Cerruti ihn völlig auf der Linie seiner Parteigenossen in Österreich.

Mit Hitlers Entscheidung war die deutsche Außenpolitik gegenüber Österreich in das Fahrwasser der nationalsozialistischen Parteipolitik geraten. Hitlers Entscheidung kam ohne Mitwirkung des Auswärtigen Amtes zustande. Dennoch hatten sich schon vorher in der Wilhelmstraße Tendenzen gezeigt, die Hitlers Standpunkt entgegenkamen: Unter den Diplomaten griff die Hoffnung um sich, mit Hilfe der österreichischen Nationalsozialisten die Österreich-Politik, die während der vergangenen Jahre durch Rücksichten auf internationale Widerstände blockiert worden war, wieder zu aktivieren. So fühlte sich z. B. Rieth förmlich »dadurch erleichtert, daß in dem innerpolitischen Kampf (in Österreich) die Nationalsozialistische Partei die Führung in der Verteidigung unserer außenpolitischen Interessen übernommen hat«⁴².

Die Erwartungen der einzelnen Persönlichkeiten im Auswärtigen Amt waren dabei durchaus unterschiedlich. Heeren glaubte, das Reich könne den Nationalsozialisten in Österreich »zum Siege... verhelfen«; Köpke hoffte immerhin, wenigstens die Bildung einer »schwarz-braunen Koalition« begünstigen zu können, während Bülow überhaupt nicht davon zu überzeugen war, daß der Nationalsozialismus »sogleich in Österreich obsiegen könnte«. Indessen war Bülow der einzige, der ausdrücklich bestritt, daß der »Anschluß für eine sehr nahe Zukunft« überhaupt ein Ziel deutscher Politik sei. Auch Köpke wollte es vermeiden, »die Anschlußfrage vorzeitig aufzurollen«. Den »Effekt des Anschlusses« aber wollte er – ebenso wie Heeren – durch eine Beteiligung der Nationalsozialisten an der österreichischen Regierung erzielen, was »auch ohne jede Veränderung des staatsrechtlichen Verhältnisses volle Garantie für eine effektive Gleichschaltung der bei-

derseitigen Politik bieten würde«. So begünstigte das Auswärtige Amt die Parole »Gleichschaltung statt Anschluß«⁴³ und übersah die logischen Widersprüche, die in ihr steckten.

Von Außenminister Neurath liegt zu den Überlegungen, die Ende März 1933 im Auswärtigen Amt über die Entwicklung der Österreich-Politik angestellt wurden, keine persönliche Äußerung vor. Man kann aber aus der Haltung, die Neurath noch Anfang April einnahm, schließen, daß der Außenminister ebenso vorsichtig und zurückhaltend war wie sein Staatssekretär. In einer Kabinettsitzung hielt Neurath am 7. April ausführlich Vortrag über die außenpolitische Lage und nahm dabei auch zur Österreich-Politik Stellung. Er äußerte, daß der Anschluß »nicht aktiv« betrieben werden könne, da Italiens Widerstand andauere und die deutsche Außenpolitik auf Roms Unterstützung besonders angewiesen sei. Die deutsche Politik gegenüber Österreich müsse »darauf gerichtet sein, Österreich so sehr wie möglich zu stärken«, um zu verhindern, daß das Land in ein fremdes Lager übergehe. »Besonders wichtig« nannte Neurath eine Hilfe auf wirtschaftlichem Gebiet⁴⁴.

Neuraths Haltung entsprach – ebenso wie die Bülow's – weitgehend dem Standpunkt der Weimarer Außenpolitik. Auf der unteren Ebene der Ministerialbeamten machten sich hingegen schon erste Anzeichen für eine Neuorientierung im Hinblick auf die neue Reichsregierung und die sie tragende Partei bemerkbar. Diese Tatsache sollte später die Überwucherung der deutschen Österreich-Politik durch die nationalsozialistische Parteipolitik wesentlich erleichtern. Schon in dieser ersten Phase aber deutete sich beim Außenminister der Ansatz zu einem Konflikt zwischen seinen eigenen Überzeugungen und seiner Loyalität gegenüber dem nationalsozialistischen Regierungschef an: Am 25. März verwies Cerruti, der nach einer deutschen Unterstützung für Österreich fragte, auf Hitlers Entscheidung, daß eine solche Unterstützung nicht in Frage komme; und am 7. April plädierte er im Kabinett für eine Stärkung Österreichs. Eine Austragung dieses Konflikts blieb Neurath zunächst erspart, da eine Diskussion seines Vortrages – auf Anregung Papens – von Hitler verschoben wurde.

Der italienisch-ungarische Vorstoß, durch eine nationalsozialistische Unterstützung für die Dollfuß-Regierung die Grundlage für eine Partnerschaft zwischen Rom, Budapest, Wien und Berlin zu schaffen, war gescheitert. Die ideologische Affinität der vier Regierungen und

der Kleinen Entente im Donaauraum hatten nicht ausgereicht, die eigenen Rivalitäten zu überwinden, die vor allem in unterschiedlichen Vorstellungen Roms und Berlins über die Zukunft Österreichs bestanden. Während Italien mit der Machtübernahme Hitlers den Augenblick für gekommen hielt, den status quo in Österreich zu sanktionieren, gingen in Berlin schon einige für die Außenpolitik Verantwortliche mit dem Gedanken um, gerade die nationalsozialistische Bewegung könne, nach ihrem Erfolg im Reich und angesichts des damit verbundenen Auftriebs in Österreich, den status quo nach langer, erzwungener Ruhe endlich wieder in Bewegung bringen.

Noch war eine einheitliche Linie auf deutscher Seite zwar nicht ausgemacht, und die Erwägungen des Auswärtigen Amtes waren noch durchaus widersprüchlich – sie reichten von Köpkes Unternehmungseifer über Bülow's Skepsis bis zu Neuraths Unentschlossenheit –, doch gerade diese Widersprüchlichkeit bereitete den Boden auch für radikale Entscheidungen, wie sie Hitler bald treffen sollte. Vorerst hatte der Reichskanzler nur durch seinen Entschluß, Dollfuß nicht zu unterstützen, in die Österreich-Politik bestimmend eingegriffen. Doch zugleich hatte er mit seinem Verlangen nach Neuwahlen schon die Richtung angedeutet, die er der deutschen Österreich-Politik zu geben gedachte: Sie zielte hin auf eine Änderung der innenpolitischen Verhältnisse in Österreich. Damit waren von vornherein sowohl der »amtlichen Politik« der Wilhelmstraße als auch den Arrangements mit anderen Staaten über Österreich enge Grenzen gezogen. So ist es verständlich, daß in der nächsten Zeit die deutsche Österreich-Politik weitgehend unter Ausschluß der Diplomatie und die internationale Politik um Österreich weitgehend unter Ausschluß Deutschlands betrieben wurde.

Der Druck auf Österreich

Hitlers Weigerung, seine Parteigenossen in Österreich zur Unterstützung von Dollfuß anzuweisen, wurzelte vor allem in der Überzeugung, daß die österreichische Regierung sich ohnehin nicht mehr lange halten werde. Die Tatsache, daß man es in Rom und Budapest für nötig hielt, nach einer Unterstützung für Dollfuß überhaupt zu fragen, muß Hitler in dieser Ansicht noch bestärkt haben. Tatsächlich hatte Hitlers

Erfolg bei den März-Wahlen in Österreich beträchtliche Verwirrung ausgelöst⁴⁵. Unter dem Eindruck der Vorgänge in Bayern und angesichts der Beziehungen, die zwischen den Christlichsozialen Österreichs und der Bayrischen Volkspartei bestanden, entschloß Dollfuß sich endgültig, den Kampf mit den Nationalsozialisten aufzunehmen. Da er für den Plan, Österreich vor dem Schicksal Bayerns zu bewahren, auf eine breite Resonanz in der österreichischen Bevölkerung rechnen konnte, gelang es ihm bald, den ersten Schock zu überwinden.⁴⁶

Am 2. April 1933 schrieb der ehemalige Reichskanzler Joseph Wirth nach einem längeren Aufenthalt in Österreich an Bülow einen privaten Brief, in dem der Dollfuß-Regierung eine äußerst »selbstbewußte Haltung« bescheinigt wurde. Wirth hatte den Eindruck gewonnen, daß »die Führerschaft des Herrn Dr. Dollfuß« sich als »stark erwiesen« habe und daß eine »Richtigstellung« der deutschen Ansichten über Österreich notwendig sei. Allerdings verheimlichte Wirth auch nicht, daß Dollfuß' feste Position durch »die starke Rückendeckung«, die er von Italien erhalte, gesteigert werde. Rom achte »mit äußerster Aufmerksamkeit« auf die Erhaltung der österreichischen Unabhängigkeit und habe anscheinend »starke Zusicherungen« in dieser Richtung gegeben⁴⁷. Es erscheint möglich, daß Wirths Bericht von Dollfuß selbst inspiriert wurde, auf dessen »volles Vertrauen« sich Wirth ausdrücklich beruft, und es ist wahrscheinlich, daß Wirth selbst seinen Bericht als Ausgangspunkt für eine Vermittlung zwischen Berlin und Wien betrachtete⁴⁸. In Berlin reagierte allerdings niemand auf diesen Wink.

Am 11. April 1933 begab sich Bundeskanzler Dollfuß zu einem einwöchigen Besuch nach Rom. Offizieller Anlaß der Reise war der Beginn von Konkordatsverhandlungen im Vatikan. Der Aufenthalt erhielt jedoch durch mehrere Gespräche mit dem italienischen Unterstaatssekretär Suvich und durch einen Empfang bei Mussolini einen eindeutig außenpolitischen Charakter, der von dem gespannten Verhältnis zwischen Berlin und Wien bestimmt war. Dollfuß fand in Rom volle Rückendeckung für seine Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten und den Kampf um die Unabhängigkeit seines Landes. – Nach einem Bericht Hassells vom 20. April, den der Botschafter auf Informationen »aus einer zuverlässigen Quelle« stützte, waren sich Dollfuß und Mussolini darüber einig, den Nationalsozialismus in Österreich »unter allen Umständen« niederzuhalten und zu verhindern, daß er an die Macht komme. Dollfuß habe, so berichtete Hassell, Italien

mit dem Gefühl verlassen können, daß Mussolini die Erhaltung eines unabhängigen Österreich als einen der Hauptpunkte seiner Europapolitik betrachte. Für die italienische Rückendeckung auf dem Gebiet der Außenpolitik habe Dollfuß allerdings zusagen müssen, den Kampf gegen die österreichischen Sozialdemokraten zu verstärken. Zu diesem Zweck solle er »so schnell wie möglich ein enges Einvernehmen zwischen Christlichsozialen, der Heimwehr und den Nationalsozialisten herbeiführen und alle parteipolitischen Divergenzen einstweilen zurückstellen«⁴⁹.

Hassell sah in der engen Zusammenarbeit zwischen Rom und Wien eine deutliche Gefahr für die deutsche Südostpolitik. Als einzige Gegenaktion empfahl er – wie schon zu wiederholten Malen vorher – eine möglichst enge »Verzahnung« der deutschen mit den italienischen Interessen im Donauraum, um der Bildung eines italienisch-österreichisch-ungarischen Blocks unter Ausschluß Deutschlands zuvorzukommen. Nur so werde es möglich sein, zwischen Rom und Berlin ein »Vertrauensverhältnis« zu schaffen, das es erleichtern werde, auch die Österreich-Frage zu lösen, was gegenwärtig noch nicht direkt möglich sei. Diese Anregung stützte Hassell auch auf eine eigene Unterredung mit Dollfuß, den er »sehr zuversichtlich« angetroffen hatte. Ohne daß Hassell in seinem Bericht ausdrücklich davon sprach, ist dem Inhalt seines Schreibens anzumerken, daß es dazu dienen sollte, etwaigen Illusionen, die sich in Berlin gebildet haben konnten, entgegenzuwirken. Sowohl Hassells wiederholte Feststellung, daß sich Mussolini und Dollfuß darin einig waren, die Nationalsozialisten in Österreich von der Macht fernzuhalten, als auch der ausdrückliche Hinweis auf Dollfuß' gestärkte Position deuten darauf hin.

Hassell stand mit dieser Absicht nicht allein. Zugleich mit Dollfuß hielten sich auch Papen und Göring in der italienischen Hauptstadt auf. Während Görings Reise nur Repräsentationszweck hatte, sollte Papen im Vatikan die Möglichkeiten für ein Konkordat sondieren⁵⁰. Am Rande seiner Besprechungen hatte der deutsche Vizekanzler Gelegenheit, »mehrere längere Unterredungen« mit Dollfuß zu führen. Obwohl Aufzeichnungen über diese Gespräche fehlen⁵¹, ist mindestens ein Tatbestand zu erkennen: Dollfuß äußerte die Absicht, Berlin zu besuchen, um durch einen direkten Kontakt Hitler für einen Ausgleich zu gewinnen. Am 20. April teilte Papen nach seiner Rückkehr aus Rom Bülow mit, »der Bundeskanzler Dollfuß habe in Rom den Wunsch zum Ausdruck gebracht, persönlich ... nach Berlin zu kom-

men«. Äußerer Anlaß der Reise sollte der bevorstehende Abschluß eines deutsch-österreichischen Handelsvertrages sein⁵².

Der Reiseplan wurde hinfällig, da Hitler den Anlaß der Reise beseitigte. Am 25. April erklärte der Reichskanzler gegenüber Neurath, »daß er mit der Regierung Dollfuß keinen Präferenzvertrag abschließen«⁵³. Im Auswärtigen Amt waren die Meinungen über die Zweckmäßigkeit eines Vertrages mit der Regierung Dollfuß »ziemlich geteilt«. Wirtschaftliche Bedenken bestanden nicht, und es erschien nicht möglich, die deutsche Unterschrift anders als »aus rein politischen Gründen« zu verweigern. Diese Tatsache bereitete einigen Beamten in der Wilhelmstraße offenbar Kopfzerbrechen, da sie fürchteten, der Abbruch der nahezu abgeschlossenen Verhandlungen könne auf das politische Gebiet zurückwirken. Selbst Hitler fürchtete politische Konsequenzen, und deshalb bat er Neurath, den Abbruch der Verhandlungen »möglichst mit nichtpolitischen Gründen« zu erklären, was freilich unmöglich war, da sich die Wirtschaftsexperten beider Länder schon geeinigt hatten.

Es ist aber nicht zu erkennen, daß der Außenminister Hitlers Entscheidung irgendeinen Widerstand entgegengesetzte. Man hat vielmehr den Eindruck, daß Neurath erneut zu einer völligen Passivität Zuflucht nahm. Am 26. April sagte er Cerruti, der sich erneut »besorgt über das Vorgehen der Nationalsozialistischen Partei in Österreich« äußerte, er könne auf Grund seiner Gespräche mit Hitler nur erklären, daß die Anschlußfrage »nicht akut« sei, da Deutschland »andere und größere Sorgen« habe. Bezüglich der österreichischen Nationalsozialisten meinte Neurath lediglich, »wir würden den Dingen in Österreich ihren Lauf lassen«⁵⁴. In dieser Formulierung des Außenministers zeigt sich bereits ein Anflug von Resignation. Diese Resignation ging nicht aus von einem erfolglosen Widerstand, denn niemals in dem Vierteljahr, das seit Hitlers Amtsantritt verflossen war, hatte Neurath sichtbaren Widerstand geleistet. Sie war vielmehr die Fortsetzung jener ratlosen Passivität, in der der nationalsozialistische Reichskanzler den Außenminister und viele von dessen Mitarbeitern schon bei seiner Machtübernahme – besonders in der Österreich-Politik – vorfand. Die »freie Hand«, die sich Neurath bei der Übernahme seines Amtes von Hitler angeblich hatte zusichern lassen, war untätig, weil er in der Österreich-Frage kein wirkliches Konzept besaß. Das Vakuum füllte Hitler durch jene »Experimente«, die Neurath sich gerade verboten hatte⁵⁵.

Während sich der Außenminister und sein Amt ihres Einflusses bebogen, tauchte in Zusammenhang mit den vorerst abgebrochenen deutsch-österreichischen Wirtschaftsverhandlungen in den Akten des Auswärtigen Amtes zum ersten Male ein Name auf, der bald zum Mittelpunkt der deutschen Österreich-Politik werden sollte: Theo Habicht, Reichstagsabgeordneter der NSDAP und seit 1931 Landesinspekteur der NSDAP in Österreich. Am 4. Mai 1933 unterrichtete der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Lammers, das Auswärtige Amt, Hitler lege »Wert darauf«, daß Habicht bei etwaigen Verhandlungen »hinzuzuziehen« sei⁵⁶. Habicht hielt sich damals noch in Österreich auf und führte seine Geschäfte als Leiter der österreichischen »Hitlerbewegung« von der Landesleitung in Wien aus. Die Landesleitung unterstand der Reichsleitung der NSDAP und war mithin eine Gliederung der Parteiorganisation in Deutschland⁵⁷. Mit der Machtübernahme Hitlers im Reich gewann die Landesleitung Habichts auch außenpolitische Bedeutung. Es war ein offenes Geheimnis, daß sich Hitler über die Entwicklung in Österreich gern durch die nationalsozialistische Zentrale in Wien unterrichten ließ, während die deutsche Gesandtschaft vernachlässigt wurde⁵⁸. Es liegt nahe, anzunehmen, daß Habicht auch an Hitlers Entscheidung, Dollfuß nicht zu unterstützen, bereits beteiligt war.

Habichts Einfluß auf die Ausrichtung der deutschen Österreich-Politik wurde allerdings sichtbar erst in dem Augenblick, als Hitler das Auswärtige Amt anhielt, Habicht einzuschalten, wenn es um Österreich ging. Allmählich wurde Habicht in der Österreich-Frage Hitlers »absoluter Vertrauensmann«⁵⁹. Gerade im April 1933 hatte Habicht seinen Einfluß bei Hitler erheblich steigern können durch die Stärkung der nationalsozialistischen Anhängerschaft in Österreich: Es war Habicht gelungen, den Steirischen Heimatschutz, der unter Führung des Starhemberg-Gegners Pfrimer stand, für ein förmliches Bündnis zu gewinnen, in dem »Adolf Hitler als . . . Führer der deutschen Nation« anerkannt wurde⁶⁰. Der effektive Wert dieser »Kampfgemeinschaft« war zwar gering, da die Steirische Heimwehr schon vorher, unabhängig von der Bundesführung, einen »nationalrevolutionären Kurs« gesteuert hatte⁶¹; doch der moralische Auftrieb für die Nationalsozialisten blieb erheblich, da sich die NSDAP in Österreich von nun an als ein Sammelbecken aller deutschnationalen, anschlusswilligen Kräfte empfehlen konnte. Tatsächlich gelang es Habicht in den folgenden Wochen, mehrere Organisationen zu einer »Nationalen Opposition«

zusammenzuschließen, unter ihnen die Großdeutsche Volkspartei, die sogar im – freilich nicht mehr funktionierenden – Nationalrat mit 8 Abgeordneten vertreten war⁶². Da diese »Nationale Opposition« praktisch die einzige politische Bewegung in Österreich war, die den Anschluß noch verfocht, blieb ein bemerkenswerter Zulauf nicht aus.⁶³ Dieser wiederum stärkte den Einfluß Habichts und damit den der Partei auf die Führung der deutschen Österreich-Politik.

Obwohl Dollfuß' Politik darauf abzielte, »das offizielle Verhältnis zu Deutschland nach Möglichkeit keinen Belastungen auszusetzen, gleichzeitig jedoch . . . den Nationalsozialismus mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen«⁶⁴, konnte sich Dollfuß doch dem wachsenden Druck der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich nicht völlig entziehen. Deshalb beauftragte er im Mai einige seiner politischen Vertrauten damit, Kontakt zu Habicht aufzunehmen. Dieser Verhandlungsschritt entsprach genau jenem zwischen Dollfuß und Mussolini im April abgesprochenen Versuch, »so schnell wie möglich ein enges Einvernehmen zwischen den Christlichsozialen, der Heimwehr und den Nationalsozialisten herbeizuführen«. Dollfuß wurde bei diesen Verhandlungen durch den Heeresminister Vaugoin, Finanzminister Buresch und Justizminister Schuschnigg vertreten, auf nationalsozialistischer Seite erschien neben Habicht der Landesleiter Proksch. Dollfuß selbst griff zweimal in die Verhandlungen ein, indem er sich mit Habicht unter vier Augen traf.

Termin, Dauer und Verlauf der Verhandlungen lassen sich nicht mehr im einzelnen rekonstruieren. Die späteren Berichte Beteiligten und Eingeweihter erlauben jedoch, die Verhandlungsposition beider Seiten und die Gründe für das Scheitern nachzuzeichnen⁶⁵. Die Anregung zu den Verhandlungen ging offenbar – von dem zwischen Dollfuß und Mussolini abgesprochenen Vorgehen abgesehen – aus von Anton Rintelen, dem Unterrichtsminister im Kabinett Dollfuß und steirischen Landeshauptmann⁶⁶. Rintelen führte dann auch als quasi zwischen den Fronten Stehender, den »Vorsitz« bei den Zusammenkünften⁶⁷. Dollfuß bestimmte Schuschnigg zu seinem »besonderen Vertrauensmann«⁶⁸. Verhandlungsgegenstand war eine etwaige Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten.

Habicht verlangte die Bildung einer Übergangsregierung aus Christlichsozialen und Nationalsozialisten, in der die kleinen Koalitionspartner der Christlichsozialen, Heimwehr und Landbund, nicht mehr vertreten sein sollten. Die Übergangsregierung sollte bis zum Herbst Neu-

wahlen ausschreiben. Unabhängig von deren Ergebnis sollte Dollfuß auch anschließend Bundeskanzler bleiben, während die übrigen Ministerposten, dem Wahlergebnis entsprechend, zwischen Christlichsozialen und Nationalsozialisten aufgeteilt werden sollten. Das Verbleiben von Dollfuß im Kanzleramt bot Habicht an als eine »Konzession, welche der Nationalsozialismus aus außenpolitischen Gründen zu machen bereit sei«. Die Zahl der Ministerien, die Habicht im Übergangskabinet mit Parteigenossen besetzt sehen wollte, schwankt in den Angaben: er forderte mindestens zwei, aber höchstens vier Ministerien, darunter aber auf jeden Fall das Sicherheitsressort⁶⁹. – Dollfuß hingegen war nur bereit, zwei nationalsozialistische Minister in sein Kabinet aufzunehmen, ohne die kleineren Koalitionspartner auszuschalten. Außerdem lehnte er Neuwahlen strikt ab. So gingen die Verhandlungen ohne Ergebnis zu Ende und wurden, obgleich das nach der Darlegung der gegenseitigen Standpunkte verabredet worden war, auch nicht mehr weitergeführt⁷⁰.

Die gescheiterten Mai-Verhandlungen waren der vorerst letzte Versuch, die gespannten Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich durch eine innerösterreichische Einigung zu entschärfen. Mit den Verhandlungen wollte Dollfuß das, was Hitler auf diplomatischer Ebene verweigert hatte, auf innenpolitischem Gebiet durch eine eigene Absprache mit den Nationalsozialisten erreichen: die Stabilisierung seiner Regierung. Die Gespräche waren eine Ergänzung der gescheiterten italienischen und ungarischen Vorstöße im März. Auch materiell zielten sie in die gleiche Richtung; sie sollten, ebenso wie die Initiativen Mussolinis und Gömbös', in Wien zur Bildung einer Regierungsfrent aus Christlichsozialen, Heimwehr und Nationalsozialisten führen; daher lehnte Dollfuß Habichts Forderung nach einem Ausscheiden der Heimwehr »aus Gründen der Loyalität«⁷¹ entschieden ab. Dollfuß' Ziel war die Verbreiterung der bestehenden Regierungsbasis, nicht die Errichtung einer neuen⁷².

Dieser Absicht entsprach auch die Art des Angebotes, das Dollfuß machte und das einerseits darauf hinauslief, die Nationalsozialisten durch eine Regierungsbeteiligung aus der Opposition herauszuholen, ihren Einfluß im Kabinet andererseits aber so gering zu halten, daß er stets durch die alten Regierungsparteien zu majorisieren war. Den Nationalsozialisten dagegen lag nicht an der Festigung der bestehenden Regierung, sondern an einer neuen.

Deshalb verlangte Habicht die Eliminierung gerade der Heimwehr,

die sich besonders stark an Rom anlehnte⁷³, und deshalb forderte er auch Neuwahlen. Um die außenpolitischen Weiterungen, die bei dem von Habicht vorgesehenen Kurswechsel in Österreich zu erwarten standen, möglichst klein zu halten, wollten die Nationalsozialisten auch nach den Neuwahlen – und unabhängig von ihrem Ausgang – Dollfuß als Kanzler »durch einen Pakt im voraus«⁷⁴ bestätigen. So waren auch die Forderungen Habichts nichts anderes als ein bloßes Spiegelbild jener Argumentation, mit der Hitler die italienisch-ungarischen Wünsche abgelehnt hatte. Eine wirkliche Verständigungsmöglichkeit boten die Mai-Verhandlungen schon allein deshalb nicht, weil die Standpunkte beider Verhandlungspartner zu offensichtlich durch die Intentionen Mussolinis und Hitlers vorgeprägt waren. Die Partei-Gespräche Habicht-Dollfuß waren nicht mehr als ein Nachspiel jener Initiativen, die in Berlin auf der Ebene der Diplomatie erfolglos erprobt worden waren.

Wie stark wiederum der Parteienstreit in Österreich auf die diplomatische Ebene zurückwirkte, zeigte eine Aussprache, zu der Hitler am 10. Mai 1933 den österreichischen Gesandten Tauschitz empfing⁷⁵. Neurath, der bei dieser Unterredung anwesend war, wurde Zeuge einer erregten Auseinandersetzung: Tauschitz beklagte sich über »Verunglimpfungen des Bundeskanzlers Dollfuß in der deutschen Presse«, Hitler schalt Wien »einen der Herde der antideutschen Hetze«. Neurath versuchte zu vermitteln, indem er beide Seiten bat, nicht »der Welt das unerwünschte Schauspiel zu geben, daß nunmehr Deutschland und Österreich, anstatt Hand in Hand zu gehen, sich aufs heftigste befehdeten«. Als sich die beiden gereizten Gesprächspartner dennoch nicht mäßigten und eine weitere Diskussion dem Außenminister »nicht zweckmäßig erschien«, brach Neurath nach seinen eigenen Angaben die Unterredung ab. Anschließend ersuchte Neurath den österreichischen Gesandten dringend, »in Zukunft sich mit solchen Beschwerden an die hierfür zuständige Stelle, nämlich das Auswärtige Amt, zu wenden«, und versuchte außerdem, Tauschitz »die Gesichtspunkte klar zu machen . . ., die bei seiner Berichterstattung nach Wien in der jetzigen Lage berücksichtigt werden müßten«. Er fand »für diese Lage« bei Tauschitz wenig Verständnis, – »leider«, wie er in seiner Aufzeichnung bedauernd hinzufügte.

Neurath war in diesem Gespräch Zeuge politischer Leidenschaften geworden, die ihm als erfahrenem Diplomaten fremd und unheimlich vorkommen mußten, weil sie sich aller Förmlichkeit entzogen. Er

suchte dem Gespräch seine Schärfe zu nehmen, was freilich bei Hitlers und Tauschitz' aufgetautem Unmut nicht gelingen konnte. Die Schuld an der peinlichen Situation gab er dem Diplomaten Tauschitz, nicht dem Politiker Hitler. Tauschitz, so meinte Neurath, habe sich »bei der ganzen Unterredung äußerst ungewandt und ungeschickt benommen«. Bezeichnenderweise suchte der Außenminister im Anschluß an das Gespräch, Tauschitz zu besänftigen, nicht aber seinen Regierungschef. Er bat nicht Hitler, sich gegenüber dem Vertreter eines anderen Staates zurückzuhalten, sondern ersuchte Tauschitz, in seiner Berichterstattung »die jetzige Lage« zu berücksichtigen, mit der er nur die Tatsache meinen konnte, daß Hitler nicht nur Reichskanzler, sondern auch Führer der Nationalsozialisten war. Um ähnliche unerfreuliche Vorfälle zukünftig auszuschließen, blieb Neurath nur der Hinweis auf das Auswärtige Amt als »die zuständige Stelle«. Offenbar hoffte Neurath, mit seinem Ministerium eine Isolierschicht zwischen die Wiener Regierung und Hitler zu legen, um ein offenes Auflodern des Konfliktes zu verhindern.

Das entsprach jenen Vorstellungen, die Köpke mit seiner Unterscheidung von amtlicher Politik und Parteipolitik vorschwebten. Die Beruhigung, die von einer derartigen Unterscheidung ausging, konnte indessen nur so lange anhalten, wie Regierungs- und Parteipolitik wenigstens dem äußeren Schein nach unabhängig voneinander betrieben wurden. Im Mai 1933 erhielt die deutsche Österreich-Politik jedoch gerade die umgekehrte Wendung: Hitler entschloß sich, Partei- und Regierungspolitik bewußt zu vermischen. Nach Hitlers Vorstellung sollte die Reichsregierung in der Österreich-Politik nicht nur als eine objektive Körperschaft handeln, sondern zugleich als Erfüllungsgehilfin des Parteiwillens dienen. Diese Absicht des Reichskanzlers ließ die Hoffnungen des Auswärtigen Amtes auf eine Trennung von Regierungs- und Parteipolitik schnell zu einer Illusion werden.

Der Ansatzpunkt der nationalsozialistischen Überlegungen lag in dem Bestreben der österreichischen Regierung, den Kampf gegen den Nationalsozialismus in Österreich aufzunehmen, dennoch aber die offiziellen Beziehungen zu Berlin möglichst nicht zu belasten. Diesen Gedanken vertrat Dollfuß auch in vielen öffentlichen Äußerungen, wenn er davor warnte, die deutsch-österreichischen Beziehungen »durch eine Parteibrille zu betrachten« und sich zu einem freundschaftlichen Verhältnis zu Berlin bereit erklärte, ohne deswegen von seiner innenpolitischen Frontstellung gegenüber den Nationalsozialisten abzugehen.

Das Bemühen der österreichischen Regierung, beide Bereiche, den inneren und den auswärtigen, so streng wie möglich voneinander zu trennen, bot der Führung der NSDAP im Reich gerade die Chance, beides zu vermischen, indem sie die Politik und die Propaganda der Partei in Österreich mit der Autorität des Reiches abzudecken strebte und damit die österreichischen Nationalsozialisten in den Windschatten der offiziellen deutschen Politik nahm.

Das Ergebnis dieser Taktik schlug sich vor allem in drei Unternehmungen nieder: in der Propaganda-Reise des Reichsjustizkommissars Hans Frank durch Österreich, in der Verhängung einer Reisesperre für deutsche Touristen und in der Attachierung Habichts, des Landesinspektors der österreichischen NSDAP, an die deutsche Gesandtschaft in Wien.⁷⁷

Der Plan, Frank zusammen mit dem preußischen Justizminister Kerrl nach Österreich reisen zu lassen, wurde von der Partei entworfen. Das Auswärtige Amt und die Diplomaten wurden vor eine vollendete Tatsache gestellt. Der deutsche Gesandte in Wien, Rieth, erfuhr von der bevorstehenden Reise erst aus der österreichischen NS-Presse und erkundigte sich eilig im Auswärtigen Amt, »in welcher Eigenschaft die erwähnten Herren nach Wien kommen werden, insbesondere, ob sie offiziell, privatim oder gewissermaßen zum Besuch der hiesigen NSDAP herkommen«⁷⁸. Als Rieth am 10. Mai 1933 diese Fragen stellte, war man in der Wilhelmstraße gleichfalls noch ahnungslos. Erst am gleichen Tag wandte sich Frank an Neurath, um ihm den Beschluß der Reise, »nach eben mit dem Reichskanzler durchgeführter Besprechung«, anzukündigen⁷⁹. Inzwischen hatte die österreichische Regierungspresse schon entschieden gegen einen Aufenthalt Franks in Österreich Stellung genommen und ihn als einen »unerwünschten« Besuch qualifiziert⁸⁰. Er besuche, schrieb Frank daraufhin an Neurath, nicht »die österreichische Regierung«, sondern »das österreichische Volk«, eine Auffassung, die der Außenminister immerhin für so bedenklich hielt, daß er sie mit einem Fragezeichen versah⁸¹. Die mit seinem Reiseplan sich ankündigenden Komplikationen hielt Frank für »merkwürdige zwischenstaatliche Probleme«.

Dennoch unternahm das Auswärtige Amt nichts, um die Reise zu verhindern, nachdem Hitlers Billigung einmal feststand. Bülow sprach dem Besuch rein »privaten Charakter« zu⁸² und verzichtete auch darauf, Franks Ankunft der österreichischen Regierung offiziell anzukündigen⁸³. Diese Interpretation des Auswärtigen Amtes stand im Ge-

gensatz zu der Deutung, die die Nationalsozialisten in Österreich dem Frank-Besuch gaben, und derzufolge Frank »mit ausdrücklichem Auftrag des Reichskanzlers« reisen sollte. Man ließ sogar deutlich durchblicken, daß »jede feindselige Haltung... als gegen das gesamtdeutsche Volk und die Reichsregierung sowie deren Chef gerichtet betrachtet« werde⁸⁴.

So waren die Standpunkte bezogen, als Frank mit seiner Begleitung am 13. Mai 1933 auf dem Flugplatz Aspern bei Wien landete. Der Polizeivizepräsident von Wien, Skubl, empfing Frank mit der Bemerkung, sein Besuch sei der österreichischen Regierung »nicht besonders erwünscht«⁸⁵. Frank ließ sich nicht beeindrucken, gab am 14. Mai in der deutschen Gesandtschaft eine Pressekonferenz, in der er seinen Empfang als einen »unfreundlichen Akt« gegen die Reichsregierung bezeichnete und mit »entsprechenden Maßnahmen« drohte. Am Abend des gleichen Tages sprach Frank auf einer Parteiversammlung in Graz, behauptete, »als Stellvertreter des Reichskanzlers« gekommen zu sein, und kündigte an, Reichsdeutsche würden »Österreich so lange meiden, bis von seiten der österreichischen Regierung Genugtuung für die Beleidigung gegeben werde«⁸⁶. Den österreichischen Bundeskanzler Dollfuß schalt Frank, auf Dollfuß' geringe Körpergröße anspielend, einen »Millimetternich«⁸⁷.

Einen Tag später, am 15. Mai, hatten die Gesandten das Wort: Rieth erhielt von Neurath die Anweisung, der österreichischen Regierung mitzuteilen, die Reichsregierung sei über Franks Empfang in Aspern »auf das Äußerste befremdet« und erwarte, daß Wien Mittel finde, »um die dadurch entstandene Situation zu bereinigen«⁸⁸. Wenig später ließ sich Tauschitz bei Neurath melden mit der Bitte, die Reichsregierung möge darauf hinwirken, daß Frank »so bald als möglich den österreichischen Boden verlasse«. Andernfalls werde man ihn ausweisen⁸⁹. Neurath fand die entstandene Lage unhaltbar. Er schrieb sofort an Lammers und bat ihn, bei Hitler durchzusetzen, »daß Hr. Frank sofort von seiner Reise zurückberufen wird«⁹⁰. Hitler indessen entschied, daß »nichts zu unternehmen« sei⁹¹. Am Abend desselben Tages wurde Frank von den österreichischen Behörden über die Grenze abgeschoben⁹². So erledigten die österreichischen Behörden eine Affäre, in der das Auswärtige Amt, trotz guter Vorsätze, gegenüber Hitler nichts hatte erreichen können.

Die Reise Franks hinterließ in der Wilhelmstraße Resignation und Sorge. Neurath, der – zum ersten Male unter der Kanzlerschaft Hit-

lers – einen entschiedenen Vorstoß in der Österreich-Politik gewagt hatte, erhielt eine lakonische Absage von seinem Regierungschef. Den Außenminister entmutigte diese Erfahrung so sehr, daß er es nicht einmal mehr wagte, Frank selbst, der am 18. Mai zusammen mit Habicht bei ihm vorsprach, irgendwelche Vorhaltungen zu machen oder auch nur Kritik zu äußern. Frank erklärte sein Auftreten in Österreich mit der Bemerkung, er sei über den Empfang in Aspern »wirklich wütend gewesen«. Neurath nahm auch das ohne Einwand zur Kenntnis⁹³. Köpke hingegen beehrte auf, zwar nicht offiziell und nach außen, sondern eher persönlich und für den eigenen Gebrauch. Köpke fiel nämlich am 19. Mai die undankbare Aufgabe zu, einen weiteren Protest des österreichischen Gesandten gegen das Auftreten Franks entgegennehmen zu müssen. Zwar lehnte es Köpke ab, Franks Verhalten ausdrücklich zu bedauern, doch konnte er sich den von Tauschitz vorgetragenen Bedenken auch nicht verschließen. In dieser mißlichen Lage suchte Köpke erneut Zuflucht bei seiner bekannten Theorie, Regierungs- und Parteipolitik sorgfältig zu unterscheiden. Er »bat den Gesandten, sich darüber klar zu werden, daß beiderseits mit dieser Methode der diplomatischen Behandlung solcher Vorkommnisse en détail angesichts des... Kampfes der NSDAP um die Herrschaft in Österreich nichts gewonnen werde. Es handle sich doch darum, daß die siegreiche nationale Revolution in Deutschland nicht vor den Grenzen des benachbarten Brudervolkes halt mache. In diesen Kampf, der von den österreichischen Nationalsozialisten mit der gleichen Begeisterung und Erbitterung wie von den deutschen Parteigenossen geführt werde, könne man mit diplomatischen Beschwerden über einzelne Äußerungen der im Kampfe stehenden Führer nicht eingreifen – ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Deutsche oder Österreicher, Beamte oder Parteifunktionäre handele. Der Kampf würde durch derartige kleinliche diplomatische Beanstandungen und Beschwerden nur noch erbitterter werden.« Tauschitz zeigte für »diese Auffassung durchaus Verständnis«, sah jedoch keine Möglichkeit mehr, angesichts dieser Lage selbst noch »beruhigend oder ausgleichend zu wirken«⁹⁴. Die Tendenz, vor der Parteipolitik zu kapitulieren, machte sich auch bei dem österreichischen Diplomaten Tauschitz bemerkbar.

Im übrigen war sich auch Köpke darüber klar, daß seine Argumentation den internationalen Gepflogenheiten durchaus nicht genüge: Da gab es keinen Unterschied mehr zwischen Ministern und Parteifunktionären, zwischen Deutschen und Österreichern, da ging es nicht mehr um

zwei Staaten, sondern nur noch um eine Bewegung, die nicht vor Grenzen haltmachte. Auch wußte Köpke, daß die beklagenswerte Vermischung von Regierungs- und Parteipolitik, die die Diplomatie schon zu einem guten Teil völlig lähmte, nicht von österreichischer, sondern von deutscher Seite ausgegangen war. Unmittelbar nach seiner Unterredung mit Tauschitz legte Köpke seine Bedenken in einer Denkschrift nieder, in der er seine Ausführungen dem Gesandten gegenüber allein mit »taktischen Gründen« rechtfertigte⁹⁵. Nach seiner »persönlichen Auffassung« erschienen Köpke die österreichischen Beschwerden »gerechtfertigt«, und es schien ihm nötig, Wien »die gewünschte Genugtuung zu geben«. Grundsätzlich wandte sich Köpke dagegen, daß im innerösterreichischen Parteienkampf »gerade beamtete deutsche Personen als Führer der Bewegung Verwendung finden«. Köpke dachte dabei nicht nur an Frank, sondern schon an den in jenen Tagen von der Partei ins Gespräch gebrachten Plan, den Landesinspekteur Habicht durch eine Attachierung an die Gesandtschaft in Wien unter diplomatischen Schutz zu stellen. Köpke sah der geplanten »Zuteilung von Parteimitgliedern an die Deutsche Gesandtschaft mit großer Sorge entgegen«.

Der Gedanke, Habicht als Presseattaché der deutschen Gesandtschaft in Wien vor einem drohenden Zugriff der österreichischen Behörden zu schützen, tauchte erstmals nach der Rückkehr Franks auf⁹⁶. Die Partei fühlte sich durch die Vorgänge um Frank offenbar eher ermuntert als gewarnt und entschloß sich, die Vermischung der offiziellen und der Parteipolitik noch einen Schritt weiterzutreiben. Im Auswärtigen Amt, das noch unter den Nachwirkungen der Frank-Reise litt, stießen diese Erwägungen von vornherein auf Ablehnung. Freilich stand schon vor dem Widerstand des Auswärtigen Amtes die vollendete Tatsache der Ernennung Habichts fest: Am 19. Mai ersuchte Neurath die Personalabteilung, den Landesinspekteur Habicht und das Mitglied der Wiener Gauleitung der NSDAP, Cohrs, vorübergehend und ehrenamtlich der deutschen Gesandtschaft in Wien zuzuteilen⁹⁷. Zwei Tatsachen an Neuraths Anweisung deuten darauf hin, daß der Außenminister diese Entscheidung, obwohl er sie unterschrieb, nicht billigte: einmal der ausdrückliche Hinweis, die Berufung Habichts und Cohrs' erfolge »auf Anordnung des Herrn Reichskanzlers« und zum andern die Bitte, »die Verfügung von R. M. Goebbels mitzeichnen zu lassen«. Beides zeigt Neuraths Absicht, seine Person und sein Amt von der Verantwortung für die getroffene Entscheidung möglichst zu entlasten.

Dem Auswärtigen Amt blieb aber lediglich die Möglichkeit, nachträglich die einmal gefallene Entscheidung ablehnend zu kommentieren und, soweit möglich, in einem außenpolitisch erträglichen Maß zu modifizieren. Das versuchte der Legationsrat Völckers aus dem Büro Neuraths. Er empfing am 19. Mai den Vertreter der Landesleitung Österreich der NSDAP beim Außenpolitischen Amt der Partei, Schneider, und den zum Gehilfen des »Presseattachés« Habicht designierten Cohrs⁹⁸. Unverhohlen legten die beiden Parteifunktionäre Völckers dar, »daß die Zuteilung (Habichts) natürlich . . . nur pro forma wäre . . . und daß er auch nicht als »Presse-Attaché« sich mit Pressangelegenheiten oder anderen Arbeiten auf der Gesandtschaft abgeben könne, da er völlig durch seine Arbeit in der Landesinspektion, die er fortführen müsse, in Anspruch genommen sei«. »Weisungsgemäß«⁹⁹ erklärte demgegenüber Völckers, »daß bei einer Zuteilung zur Gesandtschaft eine Fortsetzung seiner (Habichts) parteipolitischen und propagandistischen Tätigkeit ausgeschlossen sei.« Schneider verlangte von Völckers ferner, vom Auswärtigen Amt zum »Kurier« der Wiener Gesandtschaft ernannt zu werden, ein Wunsch, dem Völckers mit dem Hinweis begegnen konnte, daß Schneider österreichischer Staatsbürger sei und die Ernennung eines Ausländers »nicht den Bestimmungen entspreche«. Völckers konnte auch die Zuteilung des umstrittenen Gauleiters von Kärnten, Kothen, an das Konsulat Klagenfurt verhindern, indem er hintersinnig darauf aufmerksam machte, »daß eine derartige Zuteilung . . . nicht das Recht der Exterritorialität (sic) mit sich bringe«.

Die Bedenken, die Völckers im Namen seines Außenministers gegenüber Schneider und Cohrs geltend machte, muten weitgehend formal an. Doch ausschlaggebend waren die politischen Gefahren, die man im Auswärtigen Amt mit der Aktivität der Nationalsozialisten in Österreich unter dem Deckmantel der offiziellen Reichspolitik aufziehen sah. Kennzeichnend für die damit verbundenen Sorgen ist eine ausführliche Denkschrift Heerens vom 20. Mai 1933¹⁰⁰, in der die parteipolitisch motivierte Offensive der deutschen Österreich-Politik im Rahmen der Gesamtaußenpolitik des Reiches dargestellt wird. Nach Heerens Meinung war der »Versuch, die österreichische Frage durch Mittel der amtlichen Politik heute auf die Spitze zu treiben, mit ganz erheblichen Risiken für uns belastet«. »In einem Augenblick, in dem wir für die Lösung anderer, noch mehr im Vordergrund stehender Lebensfragen des deutschen Volkes in so starkem Maße auf eine möglichst

günstige Atmosphäre angewiesen sind wie heute«, bezeichnete Heeren die Übernahme dieser Risiken als »nicht hinreichend begründet«. Denn er sah das Hauptziel der »amtlichen Haltung gegenüber Österreich« gerade darin, »daß Italien und Frankreich unter keinen Umständen der Vorwand geliefert werden darf, aktiv zu intervenieren«. Nach Heerens Meinung wurde dieser Vorwand aber nachgerade geschaffen, wenn man »Maßnahmen und Repressalien der Deutschen Regierung gegen Österreich« ergriff, die sowohl der österreichischen Regierung als auch den anderen Mächten »nicht zu unterschätzende Waffen liefern« würden.

Heerens Einspruch gegen die Erreichung parteipolitischer Ziele mit den Mitteln der amtlichen Politik war nicht grundsätzlich begründet, vielmehr erkannte er die Absicht, »die nationalsozialistische Bewegung in Österreich zu stärken«, auch als ein Ziel der amtlichen Politik ausdrücklich an. Als Begründung für seinen Standpunkt folgte Heeren ausschließlich Zweckmäßigkeitserwägungen. Sein Zweckdenken erweist sich jedoch selbst wiederum als ein taktischer Kniff, mit dem man offenbar in der Wilhelmstraße hoffte, die Partei zu überlisten. Heeren baute auf den Optimismus der Partei und argumentierte, daß »die Kraft der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich ihr Ziel auch ohne derartige künstliche Hilfen (der amtlichen Politik) über kurz oder lang zweifellos erreichen wird«. Daß dies weitgehend eine Spekulation auf die Hoffnungen der Partei war und nicht Heerens eigene Überzeugung, ergibt sich aus seiner abschließenden Feststellung, daß die Nationalsozialisten in Österreich »zur alleinigen Machtübernahme noch nicht stark genug« seien. Was man im Auswärtigen Amt von der innerösterreichischen Entwicklung bestenfalls zu erhoffen wagte, war die auch von Heeren in diesem Zusammenhang erwähnte »Möglichkeit der Bildung einer schwarz-braunen Koalition«.

Anlaß für die Stellungnahme Heerens war nicht nur die Attachierung Habichts an die deutsche Gesandtschaft in Wien, über die Hitler schon entschieden hatte, sondern außerdem ein Plan, der sich noch im Stadium der Vorbereitung befand: die Einführung einer Reisesperre für deutsche Staatsangehörige nach Österreich. Daß diese Möglichkeit in Parteikreisen seit längerem erwogen wurde, beweist die Tatsache, daß Frank während seines Aufenthalts in Österreich mit einer solchen Sperre schon gedroht hatte. In der Wilhelmstraße wurden diese Pläne anscheinend erst nach der Berufung Habichts bekannt¹⁰¹; das Auswärtige Amt hatte aber in dieser Frage immerhin den Vorteil, sich

wenigstens äußern zu können, ehe eine endgültige Entscheidung getroffen wurde. Am 20. Mai erhielt die Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amtes den Auftrag, Gutachten über den Reise- und Handelsverkehr mit Österreich auszuarbeiten. Der Leiter der Wirtschaftsabteilung, Ritter, zweifelte entschieden an der Wirksamkeit deutscher Repressalien, von denen sich die NSDAP eine Unmutsreaktion der österreichischen Bevölkerung gegen die Dollfuß-Regierung versprach. Ritter fürchtete im Gegenteil, die Maßnahmen würden »sich stimmungsmäßig und politisch nicht gegen Wien, sondern gegen Deutschland auswirken«. Und er wies – auch dies war wieder eine taktische Anpassung an die Hoffnungen der Partei – darauf hin, daß ein ungestörter Fremdenverkehr »dazu beitragen würde, die Übertragung des politischen Umschwungs in Deutschland auf Österreich zu verstärken«¹⁰². Diese eher psychologischen Überlegungen stützte Ritter mit der deutsch-österreichischen Zahlungsbilanz, aus der er schloß, »daß durch einen Wirtschaftskrieg den Zahlen nach Deutschland selbst sich mehr schädigen würde als Österreich«¹⁰³.

Auch Heeren war der Meinung, daß von seiten der Anschlußgegner innerhalb und außerhalb Österreichs »alles geschehen würde, um die sich aus solchen Maßnahmen (wie der Reisesperre) ergebende Erregung der österreichischen Bevölkerung zur Hetze gegen die Politik des Reiches auszunützen«¹⁰⁴. Daß sich der Unmut gegen die Dollfuß-Regierung entladen werde, hielt auch Heeren für unwahrscheinlich: »Die Aussichten einer solchen für uns günstigen Entwicklung werden immer geringer, je mehr sich die Lage zuspitzt«. Die »einzige Chance« der Maßnahmen, die von der Partei ins Auge gefaßt wurden, bestand nach Heerens Meinung in der Tat darin, daß sich der Unwille der betroffenen Bevölkerung direkt und schnell gegen die Regierung in Wien richtete und in dieser spontanen Reaktion der Dollfuß-Regierung kein anderer Ausweg mehr blieb als die Kapitulation. Fiel die Reaktion der Bevölkerung dagegen langsamer und schwächer aus oder gelang es Dollfuß, die Autorität der Regierung auch gegen den offenen Widerstand zunächst zu behaupten, dann war mit einer langwierigen und harten Kraftprobe zu rechnen, die nicht ohne für Deutschland nachteilige Rückwirkungen in der internationalen Politik bleiben konnte.

Wie wenig mit einer spontanen und heftigen Reaktion der Österreicher und mit einer schnellen Kapitulation ihrer Regierung zu rechnen war, schilderte Rieth am 21. Mai 1933 in einem langen Brief an

Neurath ¹⁰⁵. Rieth hatte von dem nach Wien zurückgekehrten Habicht erfahren, daß Hitler und Neurath »beschlossen« hätten, Maßnahmen gegen den deutschen Reiseverkehr nach Österreich zu treffen ¹⁰⁶. Außerdem berichtete Habicht, er selbst werde der Gesandtschaft als Presseattaché zugeteilt werden. Besonders die letzte Ankündigung beunruhigte Rieth sehr, da seine Gesandtschaft unmittelbar von ihr betroffen wurde und Rieth zu Recht voraussah, daß mit Habichts Berufung »die von mir hier gezogene und sorgfältig aufrechterhaltene Grenze zwischen dem innerpolitischen Kampf der NSDAP gegen die Regierung... und der Außenpolitik des Reiches... auch in formaler Hinsicht weitgehend aufgehoben werden« würde. Rieth versuchte, seinen Außenminister, von dessen Nachgiebigkeit er – wie aus dem Ton seines Schreibens hervorgeht – sichtlich enttäuscht war, nachträglich förmlich dazu zu überreden, von Habichts Ernennung zum Presseattaché abzusehen und den Landesinspekteur statt dessen als deutschen Delegierten bei der Donaukommission diplomatisch zu schützen.

Ebenso besorgt wie über die geplanten Maßnahmen selbst zeigte sich Rieth über deren mögliche Konsequenzen. »Eine alsbaldige Kapitulation der Regierung« hielt Rieth für »zwar nicht völlig ausgeschlossen«, nannte sie aber »nicht allzu wahrscheinlich... Es muß also auch mit der Möglichkeit eines längeren, dann aber wohl sehr scharf geführten Kampfes gerechnet werden, dessen Ausgang mit einiger Sicherheit vorzusagen wohl unmöglich ist«. Der Gesandte rechnete damit, daß Dollfuß »zum äußersten Widerstand angespornt« werden dürfte, und sagte die »Auflösung der SA, ja sogar der Partei und eine Verhaftung von Führern« voraus. In dieser zugespitzten Auseinandersetzung würden, so meinte Rieth, Italien und Frankreich ihre Chance zu einer Intervention erblicken und wahrnehmen. Neben der »schwerwiegenden Belastung für die Gesandtschaft«, die sich aus Habichts Berufung ergeben müßte, deutete Rieth die Gefahr an, daß die österreichische Regierung »aus ihrem Kampf gegen die hiesigen Nationalsozialisten eine internationale Angelegenheit machen« könnte.

Das von sichtlichem »Pessimismus« ¹⁰⁷ diktierte Schreiben Rieths an Neurath hatte im Auswärtigen Amt wenigstens eine retardierende Wirkung. Obwohl die bevorstehende Ausweisung Habichts immer wahrscheinlicher wurde ¹⁰⁸, obwohl Habicht auf seine sofortige Berufung drängte ¹⁰⁹ und selbst Rieth die »große Eilbedürftigkeit der Angelegenheit« hervorhob, falls ein Zweck überhaupt noch erreicht werden

sollte¹¹⁰, zögerte das Auswärtige Amt die Entscheidung hinaus; man gab Rieth noch nicht den Auftrag, Habicht der österreichischen Regierung als Presseattaché zu notifizieren. Die notwendigen Anweisungen gingen erst am 26. Mai 1933 heraus, nach jener Kabinettsitzung, die auch die endgültige Entscheidung über die Reisesperre brachte.

Die Sitzung des Reichskabinetts am Nachmittag des 26. Mai ist weniger durch die in ihr getroffene Entscheidung, den Kampf gegen die österreichische Regierung mit Mitteln der amtlichen Politik zu verschärfen, bedeutungsvoll. Diese Absicht der Nationalsozialisten war schon vorher erkennbar, ebenso wie die Abneigung des Auswärtigen Amtes gegen diese Taktik. Ihre besondere Wichtigkeit für die deutsche Österreich-Politik liegt vielmehr darin, daß sie ausführlich die Ansichten und Argumente Hitlers und anderer Nationalsozialisten im Kabinett erkennen läßt, auf denen das taktische Vorgehen der nationalsozialistischen Österreich-Politik in den ersten Monaten der Kanzlerschaft Hitlers fußte. Außerdem gibt die Gegenüberstellung Hitler-Neurath einen Einblick in die Frage, ob und wie der Außenminister auf die parteipolitisch orientierte Offensive reagierte.

Hitler eröffnete die Aussprache über die Reisesperre mit einer allgemeinen Charakteristik der Zustände in Österreich. Sie entsprach weitgehend den Ansichten, die Hitler schon fünf Jahre zuvor in seinem »Zweiten Buch« über Österreich vertreten hatte¹¹¹. Hitler ging davon aus, daß das Vorkriegsbündnis zwischen dem Reich und der Habsburger Monarchie »dem Deutschtum nur geschadet« habe, da die Habsburger durch ihre »Slavisierungstendenzen . . . das Deutschtum in Österreich verraten« hätten¹¹². Man müsse in Deutschland jetzt den »Vorkriegsfehler« vermeiden und Österreich nicht wieder »falsch einschätzen«. Als eigentliche Herrscher über das gegenwärtige Österreich sah der Reichskanzler »das Wiener Halbjudentum und die Legitimisten« an, die beide in gleicher Weise »reichsfeindlich eingestellt« seien. Ihre Politik ziele dahin, »den deutschen Nationalgedanken aus Österreich auszutreiben und an seine Stelle den österreichischen Gedanken zu setzen«¹¹³. Damit entstehe die Gefahr, daß Österreich einem »Verschweizerungsprozeß« zum Opfer falle. Deshalb kämen »Nachgiebigkeit oder Verhandlungsbereitschaft« gegenüber der »jetzigen österreichischen Regierung« nicht in Frage, da damit der nationalen Opposition der »Wind aus den Segeln« genommen werde.

Es sei, so meinte Hitler, an der Zeit, »den Kampf aufzunehmen«. Wohl war sich der Reichskanzler darüber klar, daß auch nach einer Neu-

wahl die Nationalsozialisten »nicht die größte« Partei sein würden; er war jedoch davon überzeugt, daß sie »die stärkste Partei« werden würden, womit er offenbar an die organisatorische Energie der von ihm geführten Bewegung dachte, die sich tatsächlich von den Zuständen in anderen österreichischen Parteien abhob¹¹⁴. Hitler schlug für den Kampf um Österreich »dieselbe Methode vor, die in Bayern zum sofortigen Erfolg geführt habe«. Unter einer offiziellen Tarnung »in politisch klügster Form« regte Hitler dann die Unterbindung des deutschen Reiseverkehrs nach Österreich an, indem das Reich für die Erteilung des Sichtvermerkes eine Gebühr von RM 1000.- erhob. »Diese Maßnahme wird voraussichtlich zum Zusammenbruch der Regierung Dollfuß und zu Neuwahlen führen. Diese Neuwahlen werden die innere Gleichschaltung Österreichs ergeben, auch ohne daß ein äußerer Anschluß nötig ist.« Daß Hitler nur mit einer sehr kurzen Dauer der Auseinandersetzung rechnete, geht aus seiner Bemerkung hervor, der Kampf werde »noch in diesem Sommer entschieden werden«. Eine Reisesaison, so glaubte Hitler, werde ausreichen, um die österreichische Regierung in die Knie zu zwingen, denn »das Kräfteverhältnis in Österreich bedrohe schon jetzt den weiteren Bestand der Regierung Dollfuß«.

Innerhalb einer so optimistischen Kalkulation konnte Hitler annehmen, daß sich internationale Komplikationen vermeiden lassen würden, zumal er sich mit einer »inneren Gleichschaltung« begnügen wollte und den »äußeren Anschluß« ein weiteres Mal »nicht akut« nannte. Mit Rücksicht auf die Haltung Italiens, die Hitler »durchaus verständlich« fand, betonte er, »die Anschlußfrage müsse vorläufig ganz zurückgestellt werden«¹¹⁵. Hitler legte deshalb Wert auf die Feststellung, es »dürfe natürlich nicht mit großdeutschen Argumenten gearbeitet werden«, obwohl seine eigene Motivation ausschließlich von großdeutschen Gedanken bestimmt war. Innerhalb Österreichs sollte »die Propaganda der NSDAP«, die »sofort... einsetzen« müsse, die Wirkung der Maßnahmen in die rechte Richtung lenken und der österreichischen Regierung die Verantwortung anlasten.

Wie eindeutig die Maßnahmen der Reichsregierung als Nährboden für die nationalsozialistische Propaganda gedacht waren, bewiesen noch deutlicher als Hitlers Erklärung die Ausführungen des Staatssekretärs Funk aus dem Propagandaministerium. Funk nannte es »sehr erwünscht«, wenn die Reichsregierung zur Verstärkung dieser Propaganda einen Betrag von etwa RM 100 000.- bewillige. Die NSDAP sel-

ber würde die Propaganda »aus eigenen Mitteln mit wesentlich höheren Beträgen finanzieren«. Die Folge der Propaganda werde der Sturz der Regierung Dollfuß und damit die Wiederherstellung der »normalen Beziehungen« zwischen Wien und Berlin sein.

Damit waren Ziele und Methoden der nationalsozialistischen Österreich-Politik umrissen. Ihr lag zweierlei zugrunde: einmal die Erwartung, daß sich der Kampf schnell entscheiden werde, da die innere Widerstandskraft der gegenwärtigen österreichischen Regierung gering sei; und zum andern die Hoffnung, eine innenpolitische Umwälzung in Österreich werde – jedenfalls, wenn sie sich so schnell vollzog, wie man erwartete – keine internationalen Komplikationen, vor allem kein italienisches Einschreiten, auslösen. Beide Gesichtspunkte entsprangen einem gewissen Zweckoptimismus der Partei und wurden mindestens von Rieth und Hassell nicht geteilt.

Neurath, der auf Hitlers Ausführungen nur sehr kurz antwortete und der sich schon einleitend »grundsätzlich mit dem Vorschlage des Reichskanzlers einverstanden« erklärte, stellte immerhin die beiden Voraussetzungen in Frage, auf denen Hitler seine Erwägungen aufgebaut hatte. Der Außenminister bezweifelte, »ob die Alpenländer... in der Lage sein würden, die Regierung Dollfuß zu Fall zu bringen«, und er rechnete »unter Umständen mit einer allgemeinen Verärgerung gegen Deutschland«. Neuraths Einwände verdichteten sich indessen nicht zu einer grundsätzlichen Opposition gegen die Vermischung von Staats- und Parteiinteressen, die mit der Reisesperre sanktioniert wurde. Der Außenminister erhob lediglich »Bedenken in wirtschaftlicher Beziehung«, wobei er von Wirtschaftsminister Hugenberg unterstützt wurde. Da jedoch wirtschaftliche »Opfer« Hitler nicht schreckten, blieben diese Argumente wirkungslos. Von den außenpolitischen Argumenten, die Heeren seinem Minister zurechtgelegt hatte, findet sich in Neuraths Äußerungen nur ein dürftiges Echo. Neurath machte die Grundsätze, die sein Ministerium erarbeitet hatte, zu vorsichtigen Bedenken, und Hitler fand es nicht einmal nötig, auf die zahmen Vorbehalte seines Außenministers auch nur einzugehen.

Die grundsätzliche Frage, die der Entscheidung über die Reisesperre innewohnte, stellte als einziger Papen. »Um alle Zweifel und Verdachtsgründe zu beseitigen«, die den deutschen Maßnahmen eine Einmischung in die österreichische Innenpolitik unterstellen könnten, schlug Papen vor, »die Führung der NSDAP in Österreich nunmehr in rein österreichische Hände« übergehen zu lassen. Papens Vorstoß

richtete sich vor allem gegen Habicht. Da der Landesinspekteur aber der Partei unentbehrlich schien ¹¹⁶, blieb Papens Vorschlag im Kabinett ohne jedes Echo. Ebenso wie Neuraths vorsichtige Bedenken übergang Hitler auch diesen Vorschlag. So entsteht insgesamt der Eindruck, daß Hitler Einwände gegen die von ihm forcierte Vermischung von Staats- und Parteipolitik, soweit sie sich überhaupt erhoben, gar nicht erst aufnahm und am Schluß genau das durchsetzte, was er zu Beginn vorgeschlagen hatte. Weniger noch als Papen zeigte sich dabei Neurath zu einem grundsätzlichen Widerstand bereit, und allein mit grundsätzlicher Opposition wäre Hitler, wenn überhaupt, aufzuhalten gewesen.

Die nachgiebige Haltung Neuraths, die in der Kabinettsitzung des 26. Mai 1933 deutlich wird, enthüllt die Relativität jenes Standpunktes, der im Auswärtigen Amt erarbeitet worden war. Infolge des mangelnden Durchsetzungsvermögens des Ministers drangen die Erwägungen, die man – besorgt über den Kurs der Partei – in der Wilhelmstraße anstellte, kaum über das eigene Ministerium hinaus. Neurath beraubte sich selbst der »freien Hand«, die er sich für die Führung der Außenpolitik ausgebeten hatte. Der Widerstandswille des Außenministers belebte sich erst wieder, als ihm der offenkundige Mißerfolg der nationalsozialistischen Taktik zu Hilfe kam. Aus eigener Kraft Widerstand zu leisten, war er so wenig in der Lage, daß er nach dem Beschluß des Kabinetts über die Einführung der Reisesperre sogleich auch die notwendigen Weisungen zur Attachierung Habichts an die Gesandtschaft in Wien herausgehen ließ ¹¹⁷.

Damit waren die Weichen für den harten Kurs, wie er den Absichten der Partei entsprang, gestellt. Hitler wollte vor allem verhindern, daß »die Entwicklung in Österreich wie bisher weitergeht«, eine Formulierung, die den völligen Gegensatz zu Neuraths Ankündigung, man werde »den Dingen in Österreich ihren Lauf lassen«, enthüllt. Hitler fürchtete, Österreich könne schließlich der Kleinen Entente »in den Schoß« fallen. Da eine solche Entwicklung, wie er glaubte, »auch Italien nicht gleichgültig sein« könne und Rom durch einen »Kräftezuwachs der Kleinen Entente ebenfalls bedroht« werde, meinte er sogar, ein gemeinsames deutsch-italienisches Interesse an einer innenpolitischen Wandlung in Österreich unterstellen zu können. Doch dieses Urteil wurzelte – wenn es überhaupt ernst gemeint war – eher in Hitlers alten und unveränderten Überzeugungen ¹¹⁸ als in der aktuellen Entwicklung des Jahres 1933. So fanden sich in Hitlers Entscheidung alte Vorurtei-

le und ein frischer, durch die nationalsozialistischen Erfolge im Reich ausgelöster Optimismus zusammen.

Die Voraussetzungen, von denen Hitler ausging, lassen mindestens vermuten, daß er sich sein Urteil aus Parteiinformationen bildete¹¹⁹ und nicht auf die diplomatischen Berichte stützte. Jedenfalls finden sich in den Informationen und Prognosen, die die Diplomaten und Beamten des Auswärtigen Amtes beisteuerten, keinerlei Grundlagen für Hitlers optimistische Erwartungen. Allerdings ist es zweifelhaft, ob Neurath den Reichskanzler überhaupt eingehend über die zum Teil recht ungünstigen und pessimistischen Erwägungen seiner Mitarbeiter unterrichtete. Seine Haltung während der Kabinettsitzung vom 26. Mai und auch sein vorheriger Versuch, Tauschitz und Hitler auseinanderzuhalten, deuten eher darauf hin, daß der Außenminister weitgehend darauf verzichtete, Hitler über die drohenden Konsequenzen einer rein parteipolitisch orientierten Offensive gegenüber Österreich ins Bild zu setzen. Damit ebnete er jenen Parteifunktionären den Weg, die – wie etwa Habicht – einen nationalsozialistischen Erfolg in Österreich nicht zuletzt mit ihrem persönlichen Ehrgeiz verbanden und denen daran liegen mußte, die Euphorie Hitlers über den eigenen Erfolg in Deutschland auch für die Österreich-Politik auszunutzen.

Hitler entschied sich deshalb für eine harte Form der Auseinandersetzung, weil er glaubte, sie werde notwendigerweise auch kurz sein. Die Erwartungen, die besonders in Rom und Budapest an die deutsche Österreich-Politik geknüpft wurden, waren ihm zur Genüge bekannt, aber er ging gerade davon aus, daß mit einer schnell vollendeten Tatsache außenpolitische Komplikationen am ehesten zu umgehen sein würden. Eine Zuspitzung der Auseinandersetzung erschien Hitler als das geeignete Mittel, um ihre Verewigung zu verhindern. Daher legten die Nationalsozialisten auch Wert auf die Feststellung, »daß nach dem Sturz der Regierung Dollfuß die normalen Beziehungen wieder eintreten« sollten¹²⁰.

Diese Aussicht vor allem war es, die auch das Auswärtige Amt als eigentlichen Zweck des verschärften Kurses noch anerkennen konnte. Man ging davon aus, daß eine »volle Wiederherstellung des Freundschaftsverhältnisses« zu Österreich so lange unmöglich bleiben müsse, »als die nationalsozialistische Bewegung in Österreich in Opposition zur Regierung steht« und damit »der innere Gegensatz der Reichsregierung zur Österreichischen Regierung unüberbrückbar« bleibe¹²¹. Man erhoffte daher – obwohl mit deutlichen Zweifeln – auch von

den verschärften Kampfmaßnahmen immer noch den »Eintritt österreichischer Nationalsozialisten in (die) Regierung«, eine Entwicklung, »die allein (die) Aufrechterhaltung des... Freundschaftsverhältnisses zum Reich sicherstellen« könne. Hingegen sollte das »Anschlußproblem keineswegs aufgerollt« werden¹²².

Die Erwartungen der österreichischen Nationalsozialisten gingen indessen in eine ganz andere Richtung, sie zielten darauf hin, den Anschluß mindestens vorzubereiten¹²³. Habicht beteuerte zwar, die Nationalsozialisten wollten »den souveränen Staat Österreich nicht heimholen«, das österreichische Volk solle aber unter der Führung der NSDAP »seinen Anschlußwillen bekunden« und »alle völkerrechtlichen Mittel in Gang setzen«, um die Vereinigung mit dem Reich schließlich herbeizuführen¹²⁴. Diese Absichten gingen erheblich über die Parole hinaus, die Hitler im Kabinett ausgegeben hatte, und zeigten deutlich, wie die Führung der österreichischen Nationalsozialisten dazu neigte, Hitlers Entscheidungen, soweit sie noch von außenpolitischer Rücksicht eingengt waren, auszuweiten und zu radikalieren, während das Auswärtige Amt versuchte, sie zu mildern und abzuschwächen, um sie im Rahmen des außenpolitisch Vertretbaren zu halten.

Dennoch war eine außenpolitische Zuspitzung, die sich auch auf diplomatischem Gebiet niederschlug, nicht mehr zu vermeiden. Sie ging nicht aus von der Reisesperre, die zwar in Österreich und auch in Italien heftig kritisiert wurde¹²⁵, aber wegen ihres scheinbar innerdeutschen Charakters keine Interventionsmöglichkeiten bot, sondern von Habichts Berufung zum Presseattaché der deutschen Gesandtschaft in Wien. Die österreichische Regierung weigerte sich, Habichts Berufung zur Kenntnis zu nehmen¹²⁶. Am 31. Mai 1933 nahm die österreichische Polizei in Habichts Wohnung in Linz eine Haussuchung vor¹²⁷, und die Gefahr, daß die österreichische Regierung ihn würde verhaften und ausweisen lassen, wuchs ständig. In Berlin war man gezwungen, sich über diese Angelegenheit, die unverkennbar zu einem »Fall« zu werden drohte, im voraus Gedanken zu machen.

Das Auswärtige Amt war sich darüber klar, daß »vom Rechtsstandpunkt aus keine Möglichkeit bestand«, die »österreichische Regierung zur Anerkennung der exterritorialen Eigenschaft der beiden Herren (Habicht und Cohrs) zu zwingen«. Damit stellte sich die Frage, wie das Reich auf eine wahrscheinliche Verhaftung und Ausweisung der beiden Nationalsozialisten reagieren sollte. Bülow hielt eine »sachlich befriedigende« deutsche Reaktion überhaupt für »nicht möglich« und

ersuchte deshalb Neurath um Rat¹²⁸. Der Außenminister gab die Frage an Hitler weiter, und der Reichskanzler ordnete an, »daß für den Fall einer Ausweisung (von Habicht und Cohrs) der Leiter der Presseabteilung der Berliner Österreichischen Gesandtschaft, Sektionsrat Dr. Wasserbäck, aus Deutschland ausgewiesen werden soll«¹²⁹. Damit war die Tür zu einem offenen diplomatischen Konflikt aufgestoßen.

Am Abend des 12. Juni 1933 wurden Habicht und Cohrs verhaftet¹³⁰. Die österreichische Regierung hatte die Herausforderung angenommen. Schon eine Stunde später, nachdem Rieth die Ereignisse mitgeteilt hatte, erschien im Auswärtigen Amt Schneider vom Außenpolitischen Amt der NSDAP und erklärte, »von dem Herrn Reichskanzler den Auftrag zu haben, das AA... um sofortige Gegenmaßnahmen zu ersuchen«¹³¹. Bülow, der in Abwesenheit Neuraths¹³² die Geschäfte im Auswärtigen Amt führte, zögerte indessen, das auszuführen, was Hitler schon vor Tagen angeordnet hatte: die Ausweisung Wasserbäcks. Er wandte sich noch einmal an Lammers mit der Bitte, »das Einverständnis des Herrn Reichskanzlers« vor der Einleitung irgendwelcher »Gegenmaßnahmen« einzuholen¹³³. Bülow erhielt zunächst keine Antwort. Statt dessen erschien am Abend des 13. Juni noch einmal Schneider, »vom Reichskanzler kommend«, in der Wilhelmstraße, um sich nach dem »Stand der Vergeltungsmaßnahmen« zu erkundigen. Er verlangte »mindestens« die Ausweisung Wasserbäcks und »andeutungsweise« eine polizeiliche Inhaftierung des österreichischen Presseattachés. Der Legationsrat Hüffer, der Schneider anhörte, machte darauf aufmerksam, daß angesichts der von der Reichsregierung anerkannten Exterritorialität Wasserbäcks weder das eine noch das andere in Frage komme, sondern allenfalls eine Mitteilung an die österreichische Gesandtschaft, daß Wasserbäck »nicht mehr genehm« sei und das Reich verlassen möge¹³⁴.

Dennoch wurde Wasserbäck in der Nacht vom 13. zum 14. Juni verhaftet – »auf Anordnung des Preußischen Ministerpräsidenten Göring«¹³⁵. Im Auswärtigen Amt wurde erst am 14. Juni 1933 durch Tauschitz die bereits vollzogene Verhaftung bekannt. Trotzdem ist es unwahrscheinlich, daß Göring eigenmächtig handelte; man darf vielmehr unterstellen, daß Göring auf Anweisung Hitlers die Verhaftung vornehmen ließ¹³⁶. Hitler zog es vor, die Reaktion erst einmal im Hintergrund abzuwarten. Als das Auswärtige Amt die vollendete Tatsache nicht stillschweigend hinnahm, sondern »unverzüglich« auf

die »sofortige« Freilassung Wasserbäcks drängte, befand sich der Reichskanzler sogar in der günstigen Lage, die gönnerhafte Rolle dessen zu spielen, der die Entlassung Wasserbäcks verfügte¹³⁷. Zugleich teilte das Auswärtige Amt der österreichischen Gesandtschaft mit, daß Wasserbäck unerwünscht sei und Deutschland umgehend verlassen möge. Am gleichen Tage wurde Habicht von den österreichischen Behörden über die Grenze nach Deutschland abgeschoben¹³⁸.

Der Grund für die Verhaftung Habichts war ein Anwachsen der nationalsozialistischen Terrorsätigkeit in Österreich gewesen¹³⁹. Wie Hitler schon vor dem Kabinett angekündigt hatte, setzte unmittelbar nach der Entscheidung über die Reisesperre eine große nationalsozialistische Propagandawelle gegen die österreichische Regierung ein, die sich bis zu Bombenanschlägen steigerte¹⁴⁰. Der Terror nahm in der zweiten Juni-Woche ein solches Ausmaß an, daß sich sogar gemäßigte Nationalsozialisten von den Methoden ihres Landesinspektors Habicht distanzieren: Am 14. Juni 1933 begaben sich die nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Frauenfeld und Riehl ins Bundeskanzleramt, »um mitzuteilen, daß sie mit den Terrorakten der jüngsten Tage in keinem Zusammenhang stünden und diese bedauerten«¹⁴¹. Obwohl die Terrorpolitik auch unter prominenten Nationalsozialisten Widerspruch auslöste, riß sie dennoch auch nach Habichts Ausweisung nicht ab, sondern verschärfte sich eher. Als die Nationalsozialisten am 19. Juni 1933 in Krems ein besonders schweres Attentat verübten, entschloß sich die österreichische Regierung, die NSDAP und ihre Nebenorganisationen in Österreich zu verbieten¹⁴². Damit hatte die österreichische Regierung den von den Nationalsozialisten hingeworfenen Fehdehandschuh endgültig aufgenommen. Die Auseinandersetzung trat in eine neue Phase.

Gleichzeitig mit dem Untertauchen der Nationalsozialisten in Österreich in die Illegalität machte sich die Tendenz zur Internationalisierung des Kampfes zwischen der Regierung Dollfuß und der NSDAP bemerkbar. Die ersten deutlichen internationalen Rückwirkungen zeitigte schon die Inhaftierung Wasserbäcks. Stärker noch als in Berlin selbst, wo der Apostolische Nuntius als Doyen die »große Beunruhigung« des gesamten Diplomatischen Korps vortrug und Bülow gegenüber die »prinzipielle Bedeutung« des Falles zur Sprache brachte¹⁴³, bekam die deutsche Delegation auf der Weltwirtschaftskonferenz in London die allgemeine Abneigung zu spüren. Neurath, der die deutsche Delegation leitete, sah sich gezwungen, seinen Regierungschef am 15.

Juni ausdrücklich auf die ungünstigen Folgen hinzuweisen, die die »weitere Verschärfung der deutsch-österreichischen Beziehungen« hervorgerufen hatte ¹⁴⁴. Der Außenminister tadelte besonders »das voreilige Vorgehen der preußischen Polizei gegen Dr. Wasserbäck«, das »die an sich schon sehr schlechte Stimmung gegen Deutschland . . . noch vertieft« habe. Ein »demonstrativer Applaus«, mit dem Dollfuß in der Konferenz begrüßt worden sei, habe »die in weiten Kreisen der Delegationen herrschende Sympathie für Österreich zum Ausdruck« gebracht. Neurath verheimlichte seinem Kanzler nicht, »daß diese Stimmung der Erörterung irgendwelcher politischen Fragen außerordentlich abträglich ist«. Es werde sogar schon die »Möglichkeit einer Intervention fremder Mächte« zugunsten Österreichs und gegen Deutschland erörtert ¹⁴⁵.

Gemessen an der bekannten Zurückhaltung des Außenministers wirkt sein Schreiben aus London an den Kanzler recht entschieden. Zwar bezieht sich Neurath »insbesondere« auf den Fall Wasserbäck, doch er verhehlt nicht, daß überhaupt die »weitere Verschärfung« der Beziehungen zwischen Berlin und Wien Anlaß zur Sorge biete. Hier deutet sich eine Wandlung in der Haltung des Außenministers an, die vor allem von dem sich in London bietenden Eindruck ausging, daß die internationale Empfindlichkeit in der Österreich-Frage größer war als man in Berlin – trotz der Warnungen der Diplomaten – angenommen hatte. Die Londoner Erfahrungen stärkten Neurath mindestens so sehr das Rückgrat, daß er sich entschloß, seinen Regierungschef nachdrücklich auf die drohenden Gefahren aufmerksam zu machen, zumal er kaum mehr die Hoffnung haben konnte, daß er und sein Amt eine weitere Zuspitzung der internationalen Lage verhindern könnten.

Wie stark sich die Mächte von sich aus für die weitere Entwicklung der Österreich-Frage zu interessieren begannen, zeigt ein Brief des deutschen Botschafters in London, Hoesch, an Bülow vom 16. Juni, der die Eindrücke des Botschafters am Rande der Weltwirtschaftskonferenz beschrieb ¹⁴⁶. Hoesch berichtete, »daß es nicht so sehr der Bundeskanzler Dollfuß ist, der bei den Großmächten Hilfe sucht, sondern daß diese Großmächte selbst sich von sich aus dahin orientieren, in der österreichischen Angelegenheit in Berlin in irgendeiner Form zu intervenieren«. Die scharfe Gangart des Reiches in der Österreich-Frage begann eine antideutsche Stimmung hervorzurufen, weswegen beispielsweise in Paris »der gegenwärtige deutsch-österreichische Zwist mit unverbüllter Freude verfolgt« wurde ¹⁴⁷.

Durch die von den Nationalsozialisten ausgehende Verschärfung des

Kampfes gegen die österreichische Regierung bekam die Auseinandersetzung zwischen Berlin und Wien zunächst nur eine neue Quantität, die jedoch angesichts der Haltung der Großmächte schon die Tendenz zeigte, in eine neue Qualität, nämlich in eine gesamteuropäische Auseinandersetzung, umzuschlagen. Es mehrten sich die Zeichen, daß Hitler mit seinem verschärften Kurs gerade das herausforderte, was er hatte verhindern wollen: die Einflußnahme fremder Mächte auf die Politik in und um Österreich. Zu Beginn seiner Regierungszeit hatte Hitler den italienisch-ungarischen Wunsch nach einer nationalsozialistischen Unterstützung für Dollfuß abgelehnt. Er zog die, wie er meinte, »innerdeutsche« Auseinandersetzung einem Arrangement innerhalb der rechtsorientierten Staatengruppe Italien-Österreich-Ungarn-Deutschland vor. Jetzt drohte die Gefahr, daß sich gerade der »innerdeutsche« Kampf zu einer Kollision mit den anderen europäischen Mächten ausweitete. Die Stimmung dazu war in den europäischen Hauptstädten schon vorhanden, es fehlte nur noch der Anlaß, der sie zu politischen Aktionen verdichtete. Der Anlaß aber ließ nicht mehr lange auf sich warten.

Die Intervention der Mächte

Das wachsende ausländische Interesse an Österreich war indessen nicht einzig das Resultat der nationalsozialistischen Druckpolitik gegenüber der Dollfuß-Regierung. Ein erheblicher Teil dieses Interesses war älteren Datums oder hatte andere Motive¹⁴⁸. Immerhin aber bewirkte der nationalsozialistische Druck, daß die Bereitschaft der Mächte, sich in der Österreich-Frage zu exponieren, so schnell und so intensiv gegen Deutschland zur Wirkung kam. Das gilt besonders für das faschistische Italien. Nachdem sowohl der italienisch-ungarische Versuch, Hitler für eine Unterstützung Dollfuß' zu gewinnen, als auch die von Mussolini gewünschten Ausgleichsverhandlungen zwischen Dollfuß und den österreichischen Nationalsozialisten gescheitert waren, begab sich Dollfuß am 2. Juni erneut nach Rom zu einem Treffen mit Mussolini¹⁴⁹. Diese Zusammenkunft stand deutlich unter dem Eindruck der vergeblichen Vorstöße, Berlin einem Block Rom-Budapest-Wien anzugliedern oder wenigstens die österreichischen Nationalsozialisten in die bestehende Wiener Koalition einzubeziehen. Mussolini und Dollfuß erwogen nicht mehr eine Verständigung mit Deutschland oder mit

der österreichischen NSDAP. Nachdem Hitler ihn enttäuscht hatte, drängte der italienische Regierungschef nunmehr auf eine neue Linie in der österreichischen Innen- und Außenpolitik. Innenpolitisch wollte Mussolini »das Verschwinden des Nazismus« durch einen verschärften Kampf der österreichischen Regierung gegen die Sozialdemokraten herbeiführen. Dollfuß sollte den Nationalsozialisten »die antimarxistischen Waffen« aus der Hand nehmen, um sie daran zu hindern, »im geeigneten Augenblick die Rolle des Retters zu spielen«. Außenpolitisch regte Mussolini eine Neuordnung der Verhältnisse im Donauraum, insbesondere eine enge österreichisch-ungarische Zusammenarbeit an, die »unter dem Schutz und der aktiven Hilfe Italiens« stehen sollte, um zu verhindern, daß die beiden kleinen Staaten der »Gefahr einer offenen oder versteckten Einverleibung« seitens Deutschlands oder der Kleinen Entente ausgesetzt würden. Hatte das erste Treffen zwischen Mussolini und Dollfuß Österreich die außenpolitische Rückendeckung Italiens eingetragen, so schaltete sich der Duce mit der zweiten Begegnung darüber hinaus in die österreichische Innenpolitik ein. Es gibt viele Anzeichen dafür, daß diese innenpolitische Intervention Italiens Dollfuß nicht eben angenehm war¹⁵⁰, doch zwang ihn die Bedrängnis, die von dem gesteigerten Druck der Nationalsozialisten ausging, Mussolinis Intentionen – wenn auch widerwillig – zu folgen, um die außenpolitische Protektion Italiens nicht zu verlieren. Ungeachtet des Widerstrebens von Dollfuß zog die italienische Vormundschaft über die österreichische Innenpolitik auch der deutschen Österreich-Politik, die darauf abzielte, die inneren Verhältnisse in Österreich zu verändern, effektiv eine neue Grenze. Auf diesen beengten Spielraum in der österreichischen Innenpolitik spielte Dollfuß an, wenn er darauf aufmerksam machte, daß die deutsche Regierung »eine Fehlrechnung mache, wenn sie glaube, nach seinem etwaigen Sturze würde eine Koalitionsregierung unter Beteiligung der Nationalsozialisten oder gar eine rein nationalsozialistische Regierung möglich sein«¹⁵¹.

Der Einfluß, den Dollfuß Italien auf die österreichische Innenpolitik nolens volens zugestanden hatte, brachte den österreichischen Bundeskanzler sogar auf den Gedanken, daß eine Verständigung mit dem Reich nunmehr leichter auf der außenpolitisch-diplomatischen Ebene als auf der innenpolitisch-parteilpolitischen erreichbar sein könnte. Innenpolitisch fühlte sich Dollfuß offenbar stärker behindert als außenpolitisch. Schon am Rande der Weltwirtschaftskonferenz in London gab er dem deutschen Botschafter Hoesch einen Fingerzeig: »Gäbe es

eine Möglichkeit, mit Deutschland ins Gespräch zu kommen, so würde er sie sofort ergreifen.« Als Gesprächspartner schwebten Dollfuß entweder Hoesch selbst oder – »noch lieber natürlich« – Neurath vor, wobei er hintersinnig hinzufügte, er wolle aber des Außenministers ohnehin »schwierige Position . . . nicht noch weiter erschweren«, eine offenbare Anspielung auf die unsichere Stellung Neuraths im Kabinett Hitlers, die Dollfuß anscheinend nicht unbekannt war.

Einen zweiten, viel weitergehenden Vorstoß in der gleichen Richtung unternahm Dollfuß am 1. Juli 1933 in einem anderthalbstündigen Gespräch mit Rieth¹⁵². Dollfuß stellte zwei Fragen in den Mittelpunkt seiner Sondierung. Er wollte »feststellen, ob es nicht möglich sei, wieder zu freundschaftlicheren Beziehungen zwischen den beiden Regierungen zu gelangen und ob sich der Herr Reichskanzler und die Reichsregierung entschließen würden, die hiesige nationalsozialistische Partei sich selbst zu überlassen, ohne sie weiterhin moralisch und finanziell zu unterstützen«. Dollfuß verheimlichte nicht die Absicht, die er mit der zweiten Frage verfolgte. Er glaubte, daß er »mit dem hiesigen Nationalsozialismus fertig werden würde, wenn dieser sich nicht mehr vom Reich aus unterstützt fühle«. Rieth antwortete, er halte es für »unwahrscheinlich . . ., daß sich der deutsche Nationalsozialismus an dem österreichischen desinteressieren würde, wenn dies zur Folge haben sollte, daß Herr Dollfuß den letzteren dann hier um so wirksamer würde bekämpfen können«. Auch ließ der Gesandte durchblicken, daß eine Regelung der deutsch-österreichischen Beziehungen ohne eine Verständigung in der Parteifrage »wohl kaum möglich sein« werde.

Schon Rieth dämpfte also Dollfuß' Hoffnungen, einen außenpolitischen Ausgleich mit dem Reich möglichst ohne Konzessionen an die österreichischen Nationalsozialisten zu erreichen, da er sie für »Illusionen« hielt¹⁵³. Hingegen waren sich Dollfuß und Rieth darin einig, daß vor jeder Verständigung eine »Atmosphäre der Beruhigung« eintreten müsse. Denn Rieth sah sehr wohl, »daß der Kampf, der in den letzten Wochen hier mit unerhörter Schärfe geführt worden ist, doch zur Folge gehabt hat, daß Herr Dollfuß jedenfalls im gegenwärtigen Augenblick noch nicht zu einer Verständigung mit den hiesigen Nationalsozialisten bereit ist, geschweige denn ihren Forderungen nachzugeben«. Dollfuß' Widerstandskraft hatte sich durch den Druck der Nationalsozialisten eher gefestigt als vermindert, zumal, wie Rieth hinzufügte, »durch gewaltsame Aktionen die Scharfmacher in der Regierung . . . weiter gestärkt werden«. Zu ihnen zählte Rieth vor allem die

Heimwehrführer – und »insbesondere« den Major Fey –, die eine »Art faschistischer Diktatur nach italienischem Muster und mit italienischer Unterstützung« anstrebten. Rieth ersuchte Dollfuß, der »scharfen Kampfart« der Heimwehr entgegenzuwirken und stellte ihm für diesen Fall »die Möglichkeit einer Bereinigung der Gegensätze mit dem Deutschen Reich . . . in Aussicht«. Umgekehrt mahnte Rieth seine eigene Regierung in Berlin, »Gewaltaktionen von seiten der Nationalsozialisten« zu unterbinden, da sie nur die verständigungsfeindlichen Elemente in der österreichischen Regierung stärken würden. Rieth stellte sich damit völlig hinter Dollfuß' Ersuchen, daß »insbesondere die Bombenattentate oder sonstige Gewaltmaßnahmen oder die Organisation von solchen unterbleiben« müßten.

Rieths Brief an Bülow ist ein Zeugnis für den Versuch, eine Verständigung durch einen vorherigen Waffenstillstand zu erreichen. Daher wandte sich der Gesandte nicht an Bülow allein, sondern auch an den für den nationalsozialistischen Kampf eigentlich Verantwortlichen, an Habicht. Er beauftragte seinen Legationssekretär Broich, der gerade eine Reise nach Deutschland antrat, Habicht entsprechend zu unterrichten und gab Broich für diesen Zweck einen Durschschlag seines Schreibens an Bülow mit. Rieth ersuchte Broich, dem Landesinspekteur zusätzlich zu sagen, daß »leitende Personen der Wiener Nationalsozialisten . . . sich von einer weiteren Verschärfung des Kampfes keine Vorteile versprechen und daß sie glauben, man sollte Verständigungsmöglichkeiten, die sich etwa bieten sollten, ausnutzen«¹⁵⁴. Wer diese »leitenden Personen« waren, geht aus Rieths Entwurf für sein Schreiben an Broich hervor¹⁵⁵: Es waren wiederum der Gauleiter der NSDAP in Wien, Frauenfeld, und der nationalsozialistische Abgeordnete im Wiener Landtag, Riehl. Frauenfeld hatte sich entschieden »gegen eine Verschärfung« der innenpolitischen Auseinandersetzung ausgesprochen. Riehl fürchtete, daß durch die Maßnahmen der Regierung gegen die Nationalsozialisten, insbesondere das Parteiverbot, die »Stoßkraft der Partei im Lande zweifellos sehr stark vermindert« werden würde. Er hielt es »im Interesse der Bewegung für notwendig, die jetzt bestehenden unerfreulichen Zustände zu beenden« und »Verhandlungsmöglichkeiten auszunutzen«. Riehls Feststellungen widerlegen schon in der ersten Phase des verschärften Kampfes die Erwartungen, mit denen Hitler diesen Kampf ausgelöst und Habicht ihn gesteigert hatte. Nicht die Dollfuß-Regierung, so meinte Riehl, sondern die Nationalsozialisten würden das Opfer einer weiteren Zuspitzung

werden. Die pessimistischen Voraussagen von Riehl und Frauenfeld kleidete der Gesandte Rieth in seiner Information für Habicht in eine mildere und anonyme Form, ohne sie jedoch ganz zu verschweigen ¹⁵⁶.

Trotz dieser durchaus glaubwürdigen Zeugen, deren Prognose mindestens hätte nachdenklich stimmen müssen, blieb Rieths Vorstoß zugunsten eines Waffenstillstandes erfolglos. Seine Verabredung mit Dollfuß, das Gespräch »demnächst« fortzusetzen, wurde erledigt durch die Weisung »sich v(on) Unterhaltungen mit D(ollfuß) z. Z. ganz zurückzuhalten« ¹⁵⁷. Inzwischen war nämlich in Berlin eine formale Entscheidung in der Österreich-Politik gefallen, die den Aktionsradius nicht nur des Gesandten, sondern des Auswärtigen Amtes erheblich verringerte. Am 19. Juni hatte Schneider vom Außenpolitischen Amt der NSDAP in der Wilhelmstraße mitgeteilt, daß »der Führer alle österreichischen Dinge nur mit Landesinspekteur Habicht bespricht« ¹⁵⁸. Damit war gerade der Einfluß jenes Parteifunktionärs monopolisiert worden, dessen Kampfmethoden sogar unter seinem österreichischen Parteigenossen umstritten waren. Der außenpolitische Einfluß von Habichts Landesleitung der NSDAP Österreich, die inzwischen nach München verlegt worden war, näherte sich seinem Höhepunkt und damit auch die »innerdeutsche« Betrachtungsweise des Österreich-Problems überhaupt.

Eine Illustration fand diese Entwicklung auch in der Öffentlichkeit. Am 15. Juni gab die Reichsleitung der NSDAP eine von Heß unterzeichnete Erklärung heraus, nach der die Partei es »ablehne, sich in innerpolitische Verhältnisse des Auslandes einzumischen« und »Parteigebilden außerhalb der Grenzen irgendwelche Weisungen oder Ratschläge zu geben, selbst wenn diese Parteigebilde der deutschen NSDAP entsprechen oder verwandt sein sollten. Keine derartige Parteiorganisation habe daher das Recht . . ., in der Öffentlichkeit den falschen Eindruck zu erwecken, als ob sie mit der NSDAP in Deutschland in irgendwelchem Zusammenhang stehe« ¹⁵⁹. In österreichischen Regierungskreisen wurde diese Erklärung mit unverhülltem Frohlocken registriert, da man in ihr den ersten Schritt zu einer organisatorischen Trennung der deutschen von den österreichischen Nationalsozialisten sah ¹⁶⁰, wie Dollfuß sie gegenüber Rieth angeregt hatte. Die Freude erwies sich jedoch als verfrüht, denn nach einer Intervention der Landesleitung in München korrigierte sich die Reichsleitung am 22. Juni dahingehend, daß sich die Erklärung »nicht auf ausländische Ortsgruppen der deutschen NSDAP beziehe und daher auch nicht auf die NSDAP

in Österreich«¹⁶¹. Es läßt sich nicht entscheiden, ob die ursprüngliche Erklärung von Heß bewußt gegen Habicht und seine Landesleitung gerichtet war oder ob sie nur eine unbeabsichtigte Nachlässigkeit darstellte. In jedem Fall bekräftigte das Dementi vom 22. Juni, daß man deutscherseits die österreichische NSDAP als eine Untergliederung der deutschen Partei betrachtete und parteiorganisatorisch bereits »der Anschluß als eine vollzogene Tatsache betrachtet wurde«¹⁶².

Diese Einstellung beeinflusste auch die Methoden des Kampfes der Nationalsozialisten in Österreich. Zwar hatte Habicht anfangs optimistisch verkündet, die österreichischen Nationalsozialisten dächten nicht daran, in ihrem Kampf »den ganzen gewaltigen Propagandaapparat des Reiches« einzusetzen und wollten »aus eigener Kraft« Dollfuß zum Nachgeben zwingen¹⁶³; der schwere Schlag jedoch, den die Partei durch ihr Verbot in Österreich erhielt, machte auch Änderungen in der Methode der Auseinandersetzung nötig. Die Auflösung der Parteiorganisation in Österreich und das Fehlen maßgebender Führer, besonders Habichts, wirkte sich nachhaltig auf die Energie der Bewegung aus. Auch die Tatsache, daß Habicht in München sofort eine neue Landesleitung aufbaute¹⁶⁴, behob die Schwierigkeiten nicht. Die direkte Verbindung zwischen der nationalsozialistischen Führungsgruppe und ihren Anhängern war verlorengegangen; die indirekten Verbindungen über Mittelsmänner und Kuriere wurden durch die Einführung des Visumzwanges auch auf österreichischer Seite erheblich erschwert¹⁶⁵. Um diesem Mangel abzuhelpfen, suchten die Nationalsozialisten Zuflucht bei der Technik, zunächst beim Rundfunk, später auch bei Flugzeugen.¹⁶⁶

Beide Mittel machten die Opposition und die Propaganda der NSDAP gegen die österreichische Regierung zwar nicht wirkungsvoller, aber erheblich offensichtlicher. Die Kontrollierbarkeit nahm zu und erleichterte es der österreichischen Regierung, die Aufmerksamkeit auch des Auslandes auf die Subversion der Nationalsozialisten hinzu lenken. So brachten allein die neuen Formen der Agitation schon die Gefahr mit sich, daß der deutsch-österreichische Konflikt an Publizität und damit an allgemeinem Interesse gewinnen mußte. Obwohl diese neuen Methoden nicht als bewußte Verschärfung der Auseinandersetzung geplant waren, sondern eher eine Art von improvisiertem Notbehelf darstellten, wirkte sich ihre Anwendung doch verschärfend aus, weil sie eine internationale Aufmerksamkeit geradezu herausforderten. So wurden sie bald zum äußeren Anstoß für eine Intervention der europäischen Großmächte gegen die deutsche Österreich-Politik¹⁶⁷.

Am 5. Juli hielt Habicht seine erste Rede an die Österreicher über den Sender München. Zwei Tage später protestierte der österreichische Geschäftsträger in Berlin, Meinl, gegen diese Rede als »einen unfreundlichen Akt, der zudem sicherlich nicht ohne Zustimmung oder wenigstens stillschweigende Duldung der verantwortlichen deutschen Stellen vorgenommen sei«¹⁶⁸. Das Auswärtige Amt hatte weder zugestimmt noch geduldet, es war gar nicht gefragt worden. Zwar ist es offensichtlich, daß Köpke, der den Protest Meinls anhörte, unterrichtet war, doch nichts deutet auf eine vorherige Konsultation der Wilhelmstraße hin¹⁶⁹. So bemühte sich Köpke, Habichts Rede zu verharmlosen, und stellte sie als »die Wiedergabe eines Aufrufes der aus Österreich vertriebenen Nationalsozialisten dar, worin die österreichische Nationalsozialistische Partei zur Einigkeit und zum Ausharren in ihrem Existenzkampf aufgefordert werde«. Diese Deutung Köpkes kam den tatsächlichen Motiven, die Habicht bei seiner Zuflucht zur Rundfunkpropaganda hatte, durchaus nahe, wenngleich sie für die österreichische Seite unbefriedigend sein mußte. Köpke suchte einen Ausweg aus seinem Dilemma, indem er Meinl – wie schon vorher Tauschitz – daran erinnerte, »daß die Dinge, wie sie sich in Österreich nun einmal entwickelt haben, nur noch verschlimmert würden, wenn man in dieser rein innerpolitischen österreichischen Angelegenheit nunmehr noch den diplomatischen Apparat in Bewegung setze«.

Während Köpke noch immer glaubte, Weiterungen der nationalsozialistischen Österreich-Offensive am ehesten zu verhindern, indem man sie aus der auswärtigen Politik ausklammerte, hielt Neurath diese Taktik – offenbar aufgeschreckt durch die in London gewonnenen Eindrücke¹⁷⁰ – nicht mehr für ausreichend. Er wandte sich an den Reichsstatthalter von Bayern und brachte seine »Bedenken gegen die Rundfunkpropaganda« Habichts vor¹⁷¹. Man begann in München, Habicht Steine in den Weg zu legen. Der bayrische Staatsminister Esser fragte in Berlin an, ob das Auswärtige Amt beabsichtige, eine Vorenzensur für die Reden Habichts einzuführen¹⁷². Am 18. Juli erschien Habicht eigens im Auswärtigen Amt, um sich über die »Schwierigkeiten«, die man ihm in München bereitet hatte, zu beklagen. Habicht versprach, er werde seine Reden zukünftig »in maßvoller Form und ohne persönliche Verunglimpfung der österreichischen Staatsmänner« halten. Das Auswärtige Amt stellte unter dieser »Voraussetzung« seine Bedenken zurück und unterrichtete auch Esser entsprechend¹⁷³.

Die Besserung, die Habicht gelobte, hatte aber nicht den in der Wil-

helmstraße erhofften Erfolg, zumal sich die Landesleitung der österreichischen NSDAP entschloß, in ihrem Propagandakrieg noch einen Schritt weiter zu gehen. Am 14. Juli erschien über Salzburg ein Flugzeug, das Flugblätter abwarf, in denen Dollfuß angegriffen und die österreichischen Nationalsozialisten aufgerufen wurden, ihren Kampf gegen die Regierung fortzusetzen¹⁷⁴. Die Flugblätter waren unterschrieben von Habicht und dem österreichischen SA-Führer Reschny. Die Propagandaflüge wurden am 21., 25. und 27. Juli von mehreren Flugzeugen wiederholt. Am 17. Juli trug der Gesandte Tauschitz seinen ersten Protest im Auswärtigen Amt vor¹⁷⁵. Er äußerte dabei die »Vermutung, daß bei den engen persönlichen Beziehungen vor allem dem Herrn Habicht zu der Bayrischen Staatsregierung, doch die Bayrische Staatsregierung, zum mindesten aber die bayrische Flugpolizei um das Vorhaben gewußt und es nicht verhindert, sondern womöglich noch unterstützt habe«. Da Tauschitz diese Vermutung indes nicht beweisen konnte und nicht einmal das Kennzeichen des Flugzeuges eindeutig festgestellt worden war, konnte Köpke »auch diesmal den Versuch energisch zurückweisen, die Reichsregierung oder eine Landesregierung oder sonst deutsche amtliche Stellen in den innerösterreichischen Parteikampf hineinzuziehen«.

Dennoch hielt es Köpke für »zweckmäßig«, sich an die bayrische Staatskanzlei zu wenden, um ausdrücklich feststellen zu lassen, daß »irgendwelche Behörden an der Angelegenheit nicht beteiligt gewesen sind«¹⁷⁶. Köpke hing noch immer der Hoffnung an, daß die amtliche Politik so lange nicht in Mitleidenschaft gezogen werden könne, als »die Unterstellung der Mitwisserschaft amtlicher... Stellen« nicht positiv zu beweisen war. Das Ergebnis der »Nachforschung« fiel entsprechend aus¹⁷⁷. Hinter dem Vorwand, daß die Untersuchungen in Bayern nichts ergeben hätten, verschanzte sich Köpke auch noch am 25. Juli, als Tauschitz gegen den erneuten Abwurf von Flugschriften über Salzburg Beschwerde erhob, obwohl inzwischen die deutsche Gesandtschaft in Wien und das Konsulat in Salzburg den Tatbestand bestätigt hatten¹⁷⁸. Am 27. Juli schließlich erhob Tauschitz einen erneuten Protest bei Bülow¹⁷⁹. Der Gesandte wies darauf hin, »daß in Deutschland nationalsozialistische Partei und Regierung eins seien und folgerte daraus, daß ein Verbot solcher Flüge durch die Partei eine Pflicht der Regierung sei«. Bülow lehnte »jede Diskussion über diesen Gedankengang ab« und meinte am Schluß der Unterhaltung, er »werde immer darauf halten, daß parteipolitische Fragen außerhalb der

amtlichen Beziehungen und der diplomatischen Verhandlungen bleiben«.

Tauschitz' Vorstellungen in der Frage der Propagandaflüge über Österreich zeigten deutlich die Absicht der österreichischen Regierung, sich mit einer formalen Trennung von Staats- und Parteipolitik nicht mehr zufrieden zu geben. Die wiederholten Anspielungen auf die »engen Beziehungen« zwischen Partei und Staat, der Hinweis darauf, daß in Deutschland »Partei und Regierung eins« seien, sind klare Indizien dafür, daß man auf österreichischer Seite entschlossen war, der Reichspolitik auch die nationalsozialistische Parteioffensive gegenüber Österreich anzulasten. Die Versuche von Bülow und Köpke, dieser Absicht entgegenzutreten, konnten nicht eben überzeugend wirken. Mindestens der Staatssekretär war sich dessen bewußt.

Nach seinem Gespräch mit Tauschitz schrieb Bülow einen ausführlichen Brief an Neurath, der sich in jenen Tagen zum Urlaub in Leinfelden an der Enz aufhielt¹⁸⁰. Der neue Tenor der österreichischen Proteste wurde dadurch bedrohlich, daß Bülow »aus ganz geheimer Quelle« erfahren hatte, die Wiener Regierung habe »eine gemeinsame Demarche« der drei Großmächte angeregt. Bülow sah in diesen Vorgängen ein Zeichen dafür, »wie ernst die Lage ist«. Der Ernst der Lage steigerte sich nach Bülows Meinung vor allem dadurch, daß die nationalsozialistische »Propaganda keine unmittelbaren Wirkungen auslöst«. Entgegen den optimistischen Vorhersagen der Partei war Dollfuß bisher nicht gefährdet noch gar gestürzt. Bülow beängstigte die wachsende Dauer der Auseinandersetzung, und er fürchtete die »große Gefahr, daß die Maßnahmen sich steigern«, ohne daß eine Entscheidung damit beschleunigt würde. Bei einer weiteren Verlängerung und Intensivierung der nationalsozialistischen Offensive gegen Dollfuß wuchs, so meinte der Staatssekretär, nur die bedrohliche Aussicht, daß »Interessen berührt werden, die weit über die österreichische Frage hinausgehen«. Er teilte Neurath deshalb mit, er habe »Habicht nach Berlin bestellt, um mit ihm gewisse Grenzen der Propagandatätigkeit zu vereinbaren«.

Bülows Sorgen wurden von Neurath geteilt¹⁸¹. Der Außenminister selbst hatte Habicht schon vor seiner Abreise aus Berlin »ernste Vorhaltungen über die Unzweckmäßigkeit einer übersteigerten Propaganda gemacht« und gehofft, »Verständnis bei ihm dafür gefunden zu haben«. »Im gleichen Sinne« hatte sich Neurath in München gegenüber dem Reichsstatthalter und dem Minister Esser eingeschaltet, die

auf seine Besorgnisse »durchaus vernünftig« reagierten. Der Außenminister fand es deshalb »durchaus richtig«, Habicht »kommen (zu) lassen, um ihm wegen der Propagandatätigkeit in Österreich Vorhaltungen zu machen«.

Die Entschlossenheit Neuraths und Bülows, der nationalsozialistischen Österreich-Politik zum ersten Male entgegenzutreten, war ein Produkt alter Vorbehalte und einer sich anbahnenden neuen politischen Situation. Der Widerspruchsgeist des Außenministers und des Staatssekretärs, bisher gehemmt durch die eigene Konzeptlosigkeit in der Österreich-Frage und durch den Optimismus der Partei, einen Erfolg in Österreich schnell und ohne außenpolitische Risiken erreichen zu können, wuchs angesichts einer sich immer weiter verzögernden Entscheidung und der damit wachsenden Gefahr einer Radikalisierung des Kampfes, die das Mißtrauen und die Interventionsbereitschaft des Auslandes steigern mußte. Hatten bisher die Erfolgsaussichten die Risiken noch leidlich aufgewogen, so kehrte sich diese Relation nunmehr um. Die Ungunst der Entwicklung bescherte dem Auswärtigen Amt wenigstens einen Teilerfolg.

Die Vorstellungen, die man in Parteikreisen über den Stand der Auseinandersetzung und ihre weiteren Aussichten hatte, waren von denen des Auswärtigen Amtes auch zu diesem Zeitpunkt grundverschieden. Über die Erwägungen, die Ende Juli unter den Nationalsozialisten angestellt wurden, gibt ein ausführlicher Brief Auskunft, den Erwin Schneider vom Außenpolitischen Amt der NSDAP an seinen Bruder Herbert Schneider schrieb, der damals in Wien zu den führenden Personen der illegalen nationalsozialistischen Organisation gehörte¹⁸².

Erwin Schneider antwortete mit seinem Schreiben auf einen Brief seines Bruders aus Wien, in dem dieser die Lage der Nationalsozialisten in Österreich als »nicht gerade erfreulich« geschildert und ziemlich pessimistisch beurteilt hatte. Erwin Schneider beurteilte die Lage von Berlin aus ähnlich ungünstig und beklagte, »daß die bisherigen Methoden wenig nützen, um Österreich zu erobern«. Es entstehe langsam eine »Situation, in der wir uns zutode laufen«. »Von Anfang an sei »klar« gewesen, »daß nach der Reisesperre eigentlich nur noch das letzte Mittel«, die Anwendung von Gewalt von deutschem Boden aus¹⁸³, Erfolg verspreche. Gewaltanwendung sei aber, so schränkte Erwin Schneider selbst ein, »natürlich eine Unmöglichkeit aus außenpolitischen Gründen«. Immerhin suchte er den Parteigenossen in Österreich aber Zuversicht zu geben, indem er darauf hinwies, daß in Bay-

ern österreichische Flüchtlinge zusammengezogen und militärisch ausgebildet würden, die »im Falle des Ernstes« bereitstünden.

Erwin Schneider wußte, daß das Auswärtige Amt schon »unruhig« geworden war, da es »Interventionen des Auslandes fürchtet«. Im Auswärtigen Amt fürchte man, so vermutete Schneider sehr richtig, in der Österreich-Frage einen »Schiffbruch... und damit wäre ja das Reich dann außenpolitisch unten durch, wenn ihm nicht die österreichische Frage zu lösen gelänge (sic)«. Die Diplomaten hätten »eine kolossale Angst..., man könnte bezüglich Österreichs einen Mißerfolg haben«.

In diesem Zusammenhang spart Schneider auch nicht mit herber Kritik an der Wilhelmstraße. Zuerst hätten sich »die Trottel überhaupt um nichts gekümmert«, nun daure ihnen die Auseinandersetzung »viel zu lange«. Schneiders Beurteilung war insofern richtig, als das Eingreifen des Auswärtigen Amtes tatsächlich von der wachsenden Dauer des Kampfes, in dem kein Ende abzusehen war, ausgelöst wurde. Indessen hatte man in der Wilhelmstraße doch weniger Angst vor einem Mißerfolg, als vor einer eventuellen Intervention des Auslandes, wobei freilich beides in einem Zusammenhang erschien: die Gefahr einer Intervention wurde um so größer, je mehr die Erfolglosigkeit das Ausmaß und die Methoden des Kampfes steigerte.

Die Position der Partei, wie sie sich in Schneiders Brief darstellt, zeigt eine nicht gerade optimistische Einschätzung der Lage in Österreich, eine gewisse Neigung zur Anwendung gewaltsamer Methoden – wie das Eingreifen der österreichischen Flüchtlingseinheiten von Bayern aus – und ein weitgehendes Unverständnis für die außenpolitischen Rücksichten, die man in der Wilhelmstraße für nötig hielt. Es erscheint wichtig, diesen Standpunkt festzuhalten, da Habicht in der Unterredung, zu der ihn Bülow gebeten hatte, ganz andere Töne anschlug.

Am 31. Juli erschien Habicht, begleitet von Schneider und dem Prinzen von Waldeck¹⁸⁴ im Auswärtigen Amt zu einem Gespräch mit Bülow, Heeren und Hüffer¹⁸⁵. Bülow begann die Aussprache damit, daß er die Gefahr einer internationalen Weiterung der nationalsozialistischen Österreich-Offensive in recht düsteren Farben schilderte und die Parteifunktionäre darauf aufmerksam machte, daß mit einer ausländischen Intervention »politische Fragen berührt werden, die weit über das österreichische Problem hinausgingen«. Zwar wolle das Auswärtige Amt »die Partei in ihrem Kampf um Österreich nicht... stö-

ren, aber gerade deswegen sei es notwendig, diesen Kampf möglichst zu lokalisieren« und eine »Ausdehnung« zu verhindern. Daß sich hinter diesen Formulierungen vor allem die Sorge des Staatssekretärs verbarg, der Kampf möchte sich womöglich immer weiter steigern und verlängern, ohne eine Entscheidung zu bringen, beweist seine Aufforderung an Habicht, eine »Darstellung der gegenwärtigen Lage in Österreich« zu geben und die »Aussichten für die Zukunft« darzulegen. In diesen Fragen fand die permanente Skepsis des Auswärtigen Amtes gegenüber dem Optimismus der Partei sichtbaren Ausdruck.

Habichts Antwort strotzte von Siegeszuversicht. Die Lage entwickle sich, behauptete er, »durchaus günstig« und genau »so . . . wie es bei Beginn des Kampfes vorauszusehen gewesen sei«. Die Entwicklung »gestalte sich immer unhaltbarer und müsse über kurz oder lang zum Sturz der Regierung führen«. Diese Zuversicht widersprach, wie Bülow wußte, der erheblich vorsichtigeren Beurteilung von Rieth und auch der Einschätzung nationalsozialistischer und nationaler Kreise in Österreich¹⁸⁶. Dennoch war der Staatssekretär von Habichts Optimismus beeindruckt. Er gelangte zu der Meinung, »daß Herr Habicht die Situation klar und nüchtern beurteilt und daß man ihm nicht vorwerfen kann, er wiege sich in Illusionen«¹⁸⁷. Die Tatsache, daß sich Bülow von dem Optimismus des Landesinspektors so stark beeindruckt ließ, lähmte von vornherein zugleich auch seinen Widerstand gegen die von Habicht angewendeten Kampfmethoden. Habicht rechtfertigte seine Radiopropaganda als »sachliche Referate über die Lage in Österreich für die reichsdeutschen Hörer«, die Propagandaflüge trügen »keinerlei amtlichen Charakter«, und es könne daher »ohne weiteres die Beteiligung irgendwelcher amtlicher Stellen bestritten werden«.

In einem Punkt freilich mußte Habicht selbst zugeben, wie wenig die Landesleitung in München in der Lage war, den Kampf ihrer Parteigenossen in Österreich fest in der Hand zu behalten und zu begrenzen. Die Terrorakte, auf die Habicht von Bülow angesprochen wurde, wollte der Landesinspekteur auf die »Stimmung der österreichischen Bevölkerung« und nicht auf die Agitation der Partei zurückgeführt wissen. Habicht beteuerte, daß von seiten der Parteiführung »alles geschehe, um solche Akte zu verhindern«. Habicht stellte die NSDAP hier als ein unschuldig Opfer der österreichischen Volkswut dar, woran freilich soviel richtig war, daß im Sommer 1933 die Terrortätigkeit noch nicht von der Landesleitung in München aus zentral organisiert

wurde, sondern noch weitgehend Einzelaktionen österreichischer Nationalsozialisten entsprang¹⁸⁸. Indessen übersah Habicht mit dieser Erklärung die Konsequenzen jener Propagandaoffensive, die nach seinem eigenen Eingeständnis die Regierung »über kurz oder lang« stürzen sollte und die deshalb radikale Nationalsozialisten in Österreich ermuntern mußte, auch zu den Mitteln offener Gewalt zu greifen. Diese Tatsache deutete bereits die spätere Zwangslage der Parteiführung an, die dazu führte, daß die exilierte Führung in München die Radikalität des Kampfes steigern mußte, um überhaupt die radikalen Kräfte in Österreich noch in der Hand zu behalten. Im übrigen ist die Erklärung Habichts ein weiteres Indiz für den mangelnden Kontakt und die mangelhafte Kontrolle zwischen dem österreichischen Parteivolk und seiner Führung in Deutschland.

Daß indessen auch die Parteiführung in München Gewaltplänen nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstand, sondern nur darauf ausging, »vorzeitige Entladungen zu vermeiden«, ließ Habicht auch im Auswärtigen Amt durchblicken. Er entkräftete Bülow's besorgte Frage, ob die in der Nähe von München in einem Lager zusammengefaßten geflüchteten österreichischen Nationalsozialisten, die als »Österreichische Legion« der Führung der SA unterstanden¹⁸⁹, »für einen bewaffneten Einfall in Österreich vorbereitet würden« mit dem immerhin bemerkenswerten Hinweis, daß, »wenn in Österreich sich die Nationalsozialisten erheben sollten, die in Bayern befindlichen Parteigenossen nur in kleinen Gruppen und nicht nachweisbar über die Grenze zurückwechseln würden«¹⁹⁰. Diese Erklärung mußte im Auswärtigen Amt beunruhigen, und Bülow zog aus ihr den Schluß: »Seine (Habichts) Freude an Kriegsspielen läßt ihn keine Rücksicht auf andere Kriegsschauplätze nehmen und er berücksichtigt nicht oder kaum den Schaden, der auf anderen politischen Gebieten entstehen kann«.

Habichts Auftreten im Auswärtigen Amt hinterließ eine merkwürdige Mischung von Beruhigung und Sorge. Während in Heerens Aufzeichnung, die während der Unterhaltung angefertigt wurde, die Zeichen der Beruhigung überwiegen, treten in der späteren Darstellung Bülow's die Sorgen doch wieder weit stärker hervor¹⁹¹. Habicht war es offenbar gelungen, die Beamten in der Wilhelmstraße zunächst für seinen Optimismus zu gewinnen. Allerdings hielt diese Wirkung nicht eben lange an und begann sich unter dem Eindruck der Gefahr diplomatischer Komplikationen schnell wieder zu verflüchtigen. Immerhin bewirkte die von Habicht wenigstens für einen Augenblick erzeugte

Zuversicht, daß man in der Wilhelmstraße die sich bietende Chance den Landesinspekteur in seine Schranken zu weisen, versäumte. Als Habicht das Auswärtige Amt verließ, hatte er nicht die geringste Änderung seiner Taktiken zugesagt. Er konnte sogar den Eindruck gewonnen haben, eher auf Verständnis als auf Kritik gestoßen zu sein. Erst der Gegenwind aus dem Ausland stärkte dem Auswärtigen Amt wieder den Rücken.

Unmittelbar, nachdem Habicht die Wilhelmstraße verlassen hatte, erschien Cerruti bei Bülow. Der italienische Botschafter kam, um im Auftrage seiner Regierung »eine Demarche zu machen«, betonte aber gleich einleitend deren »durchaus freundschaftlichen, persönlichen und vertraulichen Charakter«¹⁹². Cerruti unterrichtete Bülow zunächst über die Schritte, die Österreich in London, Rom und Paris eingeleitet hatte, um die »Unterstützung« der drei Regierungen gegen die deutsche Politik der »täglichen Zwischenfälle und Gewalttätigkeiten« zu gewinnen. Dabei hatte Wien vor allem auf die Terrorakte, die Flieger-raids und die Rundfunkpropaganda aufmerksam gemacht. Als eigentlichen Zweck seiner Demarche gab Cerruti an, Italien wolle einen solchen Schritt »vermieden sehen«, und er bat Bülow, »dringend zu erwägen, ob und wie dem österreichischen Protest der Boden entzogen werden könne«. Die Reichsregierung solle »Mussolini die Versicherung abgeben, daß die . . . beanstandeten Aktivitäten ein Ende nehmen würden«. Andernfalls werde es für die Regierung in Rom »sehr schwierig« sein, den österreichischen Wünschen nicht nachzugeben, was die Lage der Reichsregierung »noch schwieriger« gestalten würde.

Cerruti deutete dann an, wie sich sein Regierungschef »eine mögliche Lösung« des Konfliktes auf längere Sicht vorstellte. Er schlug vor, die Nationalsozialisten sollten zusammen mit Dollfuß ein neues Kabinett bilden – »entsprechend dem mutmaßlichen Kräfteverhältnis in der Bevölkerung, aber ohne Neuwahlen, auf die . . . der Herr Reichskanzler bisher immer bestanden habe«. Trotz dieser Anregung zu einem Kompromiß und trotz der wiederholten Versicherung von Freundschaft und Vertraulichkeit war Cerrutis Demarche keineswegs eine Vermittlung. Wenngleich die Italiener in der Form eine Internationalisierung vermeiden wollten, um ihre eigene Schlüsselstellung in Österreich gewahrt zu sehen¹⁹³, so verlangten sie doch tatsächlich nicht weniger als eben das, was auch der Zweck einer mehrseitigen Intervention sein sollte: die Einstellung des nationalsozialistischen Kleinkrieges gegen die Dollfuß-Regierung¹⁹⁴. Bülow antwortete »mit den bekannten und

bereits in den letzten Tagen zurechtgelegten Argumenten«, die darauf hinausliefen, jede deutsche Beteiligung an den Vorgängen in Österreich abzuleugnen, die Fliegerraids als nicht bewiesen und die Radio-propaganda als innerdeutsche Angelegenheit zu bezeichnen. Erst als sich Cerruti mit dieser Erklärung nicht zufrieden gab, sagte Bülow zu, er werde »Neurath Kenntnis geben und dieser werde vermutlich mit dem Herrn Reichskanzler Verbindung aufnehmen«.

In Bülows Brief an Neurath vom 1. August 1933¹⁹⁵ verdichtete sich die wachsende Ungeduld des Auswärtigen Amtes über die national-sozialistische Offensive gegen Österreich, verstärkt durch die nunmehr unleugbare Gefahr einer ausländischen Intervention zum Plädoyer für eine neue Österreich-Politik. Alte Motive, wie die Furcht vor internationalem Schaden und die Hoffnung auf eine schwarz-braune Koalition, wurden vom Staatssekretär wieder aufgegriffen und zu einer »Lösung« zusammengefügt. Bülow sah nur »drei Lösungsmöglichkeiten«: einmal die strikte Ablehnung jeder ausländischen Einmischung, was nach Bülows Meinung »zu einer sehr starken Spannung... führen« würde; zum andern sah Bülow den Weg, »daß man die Aktivitäten... unterbindet« und zugleich erklärt, Deutschland habe »mit niemandem über Österreich zu verhandeln«; zum dritten bestand nach Bülow die Möglichkeit, »daß man den Kampf abbricht auf Grund eines Kompromisses ähnlich wie ihn Mussolini anregt«. Obwohl Bülow die zweite Möglichkeit als »zurzeit der günstigste Weg«¹⁹⁶ erschien, ist nicht zu verkennen, daß seine Sympathien der letzten Lösung gehörten. Den einzigen Grund, der sie ihm als »noch verfrüht« erscheinen ließ, sah Bülow in der Tatsache, daß »eine solche Lösung den Herrn Reichskanzler nicht befriedigen« würde, der »vor einer Verständigung« auf Neuwahlen bestehe. Das sei, so fügte Bülow hinzu, aber »eine Bedingung«, die Dollfuß nicht annehmen könne, »weil dies der Aufforderung zum Selbstmord gleichkommt«. Bülow stellte sodann die Frage, ob wirklich »solange gekämpft werden soll, bis die Regierung in Österreich zusammenbricht« oder ob man nicht vorher einen »Kompromiß unter Verzicht auf sofortige Neuwahlen machen kann«. Dann folgt ein entscheidender Satz: »Der Kampf mit Österreich, der schon so viel länger dauert, als wir erwartet hatten, kostet uns ganz außerordentlich viel.« In dieser Feststellung des Staatssekretärs verbinden sich die negativen Erfahrungen der Vergangenheit mit den nicht gerade positiven Aussichten für die Zukunft. Die entscheidende Prämisse, unter der Hitler den Kampf ausgelöst, Habicht ihn forciert

und das Auswärtige Amt ihn wenigstens stillschweigend geduldet hatte, der Glaube an einen schnellen Erfolg, hatte sich als irrig erwiesen.

Deutlicher wird diese Enttäuschung der Erwartungen noch in einem Briefkonzept Heerens, das Bülow seinem Brief an Neurath beilegte¹⁹⁷ und von dem Bülow selbst meinte, daß es »vielleicht besser« als sein eigenes Schreiben den Standpunkt, der in jenen Tagen in der Wilhelmstraße formuliert wurde, darlegte. In Heerens Entwurf wird Neurath ersucht, »Hitler mit allem Ernst auf die außerordentlichen Gefahren hinzuweisen, die sich für unsere Politik daraus ergeben könnten, daß unsere Auseinandersetzung mit Österreich schließlich eine Ausdehnung annimmt, die nie beabsichtigt war«. Die Beurteilung Habichts wird in diesem Zusammenhang schon sehr distanziert als »reichlich optimistisch« verworfen. Angesichts der Verlängerung und Verschärfung des Kampfes, ohne daß die Aussicht auf einen Erfolg wuchs, sondern vielmehr durch die Gefahr einer ausländischen Intervention abnahm, hielt es Heeren für »erforderlich«, das »österreichische Problem und seine weitere Behandlung . . . einer Prüfung zu unterziehen«¹⁹⁸. Wie stark sich die Wilhelmstraße bei diesem Vorstoß unter Zeitdruck fühlte, geht aus Bülows Hinweis hervor, die Lage werde im September, bei Beginn der Sitzungsperiode des Völkerbundes in Genf, besonders »schwierig« werden, »wenn die österreichische Frage bis dahin noch nicht geregelt ist«. Eine Entscheidung Hitlers könne »gar nicht schnell genug« herbeigeführt werden, zumal Hitler »allein in der Lage« sei, »der Partei die notwendigen Direktiven zu geben«¹⁹⁹.

Bülows Brief an Neurath mit fünf Anlagen über die turbulenten Ereignisse am 31. Juli ging am 1. August aus Berlin ab. Am gleichen Tag traf ein Schreiben Neuraths im Auswärtigen Amt ein, in dem der Außenminister vom Mißerfolg eines Vorstoßes gegenüber Hitler in der Österreich-Frage, den er am 30. Juli gemeinsam mit Papen unternommen hatte, berichtete²⁰⁰. Weder der Vizekanzler noch er selbst hätten »eine Änderung der derzeitigen Haltung der Nationalsozialistischen Partei gegenüber Österreich« bei Hitler durchsetzen können. Hitler habe darüber hinaus eine Intervention Mussolinis »kategorisch zurückgewiesen«. Nunmehr fiel Neurath die Aufgabe zu, trotz dieser Abfuhr Hitler nochmals auf die Österreich-Politik anzusprechen, diesmal ausgerüstet mit neuen Argumenten, die durch den inzwischen vollzogenen italienischen Schritt an Gewicht gewonnen hatten. Sein Erfolg beim Reichskanzler war entsprechend größer. Auch Hitler konnte jetzt

die drohende Entwicklung nicht mehr ignorieren und gab den Mindestforderungen des Auswärtigen Amtes nach.

Am 4. August hatte Neurath eine Unterredung mit Hitler auf dem Obersalzberg, von der er anschließend Bülow Mitteilung machte²⁰¹. Zwar war bei Hitler »ein Kompromiß mit Dollfuß . . . zur Zeit nicht zu erreichen«, doch setzte Neurath jetzt immerhin durch, daß Hitler zusagte, er werde »H(abicht) kommen lassen und ihm 1. weitere Mäßigung in der Rundfunkpropaganda auferlegen, 2. die Flugzeugpropaganda wird er verbieten, 3. Handstreich der Flüchtlinge kommt nicht in Frage«. Die Terrorakte habe Hitler »bereits mit aller Schärfe verboten«. Neurath hielt diese Zusagen für ausreichend, um der alliierten Intervention zuvorzukommen und ihr den Boden zu entziehen. Wenn das auch nicht gelang, so konnte der Außenminister doch für sich in Anspruch nehmen, bei Hitler die ersten Abstriche an dem Kampf der Nationalsozialisten gegen die österreichische Regierung erreicht zu haben. Diesen Erfolg hatten weder der Außenminister selbst noch sein Ministerium aus eigener Kraft erzielt, sondern im Windschatten einer drohenden außenpolitischen Komplikation. Wenn auch Hitlers Entscheidung keineswegs einen prinzipiellen Wandel der nationalsozialistischen Österreich-Politik bedeutete, so enthielt Hitlers Nachgeben gegenüber den Forderungen des Auswärtigen Amtes doch praktisch das Eingeständnis, daß in dem bisherigen Kampf und seinen Methoden die Nachteile den Nutzen überwogen. Wenn auch Hitler dem zweiten Schritt, dem »Kompromiß mit Dollfuß«, noch nicht zustimmte, so deutete sich doch wenigstens die Möglichkeit an, daß mit der Eindämmung des Kampfes auch jene Verständigung vorbereitet wurde, die Mussolini anregte und die das Auswärtige Amt unterstützte.

Vorerst freilich hatte Hitlers Nachgeben noch nicht die erwartete Wirkung. Zwar war Italien von den deutschen Zusagen beruhigt²⁰², doch Engländer und Franzosen ließen sich von einer förmlichen Intervention trotzdem nicht abhalten. Am 7. August erhoben der französische Botschafter François-Poncet und der britische Geschäftsträger Newton gegenüber Bülow Vorstellungen gegen die deutsche Österreich-Politik, wobei der britische Schritt milder wirkte als der französische, da sich Newton über die inzwischen Mussolini gegebenen Zusicherungen informiert und befriedigt zeigte²⁰³, während François-Poncet durchblicken ließ, daß in Paris noch eine Anrufung des Völkerbundes erwogen werde²⁰⁴, obwohl, wie der Botschafter zugab, auch dort die deutschen Zusagen schon bekannt waren. Das Auswärtige Amt war

auf den britisch-französischen Vorstoß vorbereitet²⁰⁵, und es machte Bülow wenig Mühe, ihn unter Hinweis auf die deutschen Zusicherungen an Italien zurückzuweisen. Die Angelegenheit konnte, so meinte Mussolini, »im Sande verlaufen«²⁰⁶.

Auch Neurath nahm die englisch-französische Demarche nicht mehr allzu ernst und hielt sie mit Bülows Zurückweisung für »erledigt«, allerdings unter der Voraussetzung, »daß nicht neue Zwischenfälle ein Wiederaufleben der Einmischungsgelüste hervorruft (sic)«. Der Außenminister mahnte jedoch Hitler noch einmal und schrieb dem Kanzler, er (Neurath) dürfe »wohl annehmen, daß Sie in der Zwischenzeit Herrn Habicht in der von uns besprochenen Richtung Anweisung gegeben haben«²⁰⁷. Dennoch erhielt die Auseinandersetzung um die nationalsozialistische Propaganda gegen die österreichische Regierung noch ein Nachspiel, das durch zwei Vorgänge ausgelöst wurde: durch den Versuch Mussolinis, die Reichweite der deutschen Zusicherungen ein wenig auszuweiten, um in der Öffentlichkeit den Eindruck des italienischen Erfolges zu vergrößern; und durch die entgegengesetzte Neigung Habichts, den Eindruck eines Nachgebens zu vertuschen.

Am 9. August ließ die italienische Regierung über die Nachrichten-Agentur Stefani verlauten, die Reichsregierung habe dem italienischen Botschafter zugesagt, die Radio- und Flugzeugpropaganda gegen Österreich werde »verboten«²⁰⁸. Diese Formulierung ging über Hitlers Versprechen und auch über die entsprechende Information Bülows an Cerruti hinaus, weil Hitler lediglich versprochen hatte, die Propagandaflüge zu verbieten, während er die Radio-Propaganda nur »mäßigen« oder »eindämmen« wollte²⁰⁹. Ob die Stefani-Meldung ein Trick war, mit dem die italienische Regierung Hitler noch einen weiteren Schritt zurückdrängen wollte, oder ob sie als ein Entgegenkommen gegenüber Berlin gedacht war, um zu zeigen, wie verständigungsbereit die deutsche Regierung war, ist nicht auszumachen. Wahrscheinlich wäre diese Frage auch belanglos geblieben, wenn nicht am Abend des gleichen Tages Habicht über den Münchner Rundfunk erneut eine Rede gehalten hätte, in der er die österreichische Regierung scharf angriff.

Habicht deutete die Intervention der Mächte zugunsten Österreichs als einen Beweis dafür, daß die Dollfuß-Regierung »innerpolitisch völlig am Ende ihrer Kräfte angelangt« sei²¹⁰. Habicht wies »mit aller Schärfe« die These zurück, die Nationalsozialisten wollten »die äußere Freiheit« Österreichs antasten; vielmehr strebten sie nur die Wiederherstellung der inneren Freiheit an, indem sie »jenen Anteil an der

Macht, der ihm (dem Nationalsozialismus) kraft seiner Stärke zukommt«, verlangten. Die Behauptung, daß sich die nationalsozialistischen Intentionen nur auf innerösterreichische Ziele und nicht auf den staatsrechtlichen Status des Landes richteten, widerlegte Habicht allerdings am Schluß seiner Rede selbst, wenn er die staatliche »Unabhängigkeit« Österreichs als »von Frankreich befohlen und gegen das Deutsche Volk und Reich gerichtet« bezeichnete.

Die Kontroverse, die sich über diese Rede – mehr über die Tatsache, daß sie überhaupt gehalten wurde, als über ihren sachlichen Inhalt – zwischen Rom und Berlin entspann, endete unentschieden und mit einer persönlichen Verärgerung zwischen Mussolini und Hitler. Mussolini hielt die Angelegenheit für »außerordentlich heikel« und hatte von Habichts erneuter Propagandaaktivität »einen peinlichen Eindruck«. Der Duce sah mit Habichts Rede die »Ernsthaftigkeit« und das »Prestige« seiner Politik angezweifelt und ließ Cerruti in Berlin mitteilen, es scheine ihm »nunmehr höchste Zeit zu sein, Herrn Habicht zu verbieten, noch weiter zu reden und mit seinem Gerede... die politische Situation des Reiches weiter zu erschweren«²¹¹. Hitler reagierte auf diese empfindliche Kritik Mussolinis »äußerst aufgebracht« und verbat sich eine derartige »Bevormundung«²¹². Er habe seine Zusage nicht gebrochen und wiederholt erklärt, daß er »internationale Verträge einhalte«. Das Recht auf eine »Propaganda zur Revision dieser Verträge« nehme er aber in Anspruch. Hitler lehnte noch einmal die italienische Anregung zu einer Verständigung in Österreich ab und wies es von sich, »mit der Regierung Dollfuß überhaupt zu paktieren«.

Trotz dieser forschenden Replik blieb Mussolinis energisches Vorgehen auch bei Hitler nicht ohne Wirkung. Auch Hitler mußte sich eingestehen, daß der »innerösterreichische« Kampf der Nationalsozialisten gegen Dollfuß die Österreich-Frage wieder auf die Ebene der internationalen Politik getragen hatte, womit der eigentliche Zweck der von ihm selbst gewählten Taktik, die außenpolitischen Widerstände durch eine innere Gleichschaltung Österreichs zu unterlaufen, verfehlt war. Diese Entwicklung ließ Hitler keine andere Wahl, als den gesamtpolitisch orientierten Wünschen des Auswärtigen Amtes entgegenzukommen, da ohnehin internationale Rücksichten auch in der Österreich-Politik nicht mehr zu vermeiden waren. Das bedingte eine Stärkung des Auswärtigen Amtes gegenüber der Position der Partei, und mit dem neuen Selbstvertrauen suchte man die Aktivität der Partei auch

ohne ausländischen Zwang einzudämmen. Das zeigten schon bald im August 1933 die Vorgänge um die »Österreichische Legion«.

Die ersten alarmierenden Nachrichten über die Kasernierung und Bewaffnung österreichischer Flüchtlinge im Reich gab Rieth am 26. Juli an das Auswärtige Amt²¹³. Rieth meldete das »Gerücht«, die aus Österreichern bestehenden Einheiten sollten in Österreich eingesetzt werden, »wenn die Gelegenheit komme«. Als Datum für einen Einfall sei der 6. September im Gespräch. Rieth vermutete, daß diese Gerüchte »bis zu einem gewissen Grad auf Tatsachen beruhen«²¹⁴. Rieth sah seinen Eindruck in den folgenden Wochen dadurch bestätigt, daß Grenzübertritte österreichischer Nationalsozialisten nach Bayern zum täglichen Nachrichtenstoff der österreichischen Presse gehörten. Rieth wandte sich daraufhin am 17. August erneut an Bülow, um ihn auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die von einem möglichen Einsatz der Legion ausgehen konnten²¹⁵. Ein »Teil der hiesigen Nationalsozialisten« rechnete nach Rieths Angaben »mit einem Eingreifen« der Legion, zumal nach ihrer Meinung die »SA in Österreich zu schwach« sei, um sich gegen die Regierungskräfte zu behaupten, falls »der Moment kommen sollte«. Rieth hielt diese Erwartungen für sehr besorgniserregend und war im übrigen – ebenso wie der deutsche Militärattaché in Wien, Muff²¹⁶ – von der Aussichtslosigkeit einer eventuellen bewaffneten Erhebung der Nationalsozialisten gegen die österreichische Regierung überzeugt. Da er zudem die politischen Wirkungen einer etwaigen Aktion für »verhängnisvoll« hielt und sogar »militärische Schritte anderer Mächte« fürchtete, machte der Gesandte darauf aufmerksam, daß die Angelegenheit »genau beobachtet« werden müsse. Rieth erhob seine Bedenken hinter dem Rücken der Partei, denn er bat Bülow ausdrücklich, sein Schreiben nur als eine »vertrauliche Information« zu betrachten.

Bülow selbst hatte sich wegen der Österreichischen Legion schon Sorgen gemacht, ehe er von Rieth so mahmend darauf hingewiesen wurde. Der Alarmruf des Gesandten gab dem Staatssekretär den letzten Anstoß, in dieser Frage aktiv zu werden. Als überdies noch der italienische Geschäftsträger die Legion in einem Gespräch erwähnte²¹⁷, unterbreitete Bülow diese »besondere Sorge« seinem Außenminister²¹⁸. Er erwähnte zwar Habichts Versicherung, daß »kein Mensch daran (denke), mit diesen Leuten einen Gewaltstreich . . . zu unternehmen«, aber Bülow war sicher, daß »gewisse untergeordnete Stellen der Partei die mit der Aufstellung dieser »österreichischen Legion« verfolgten

Ziele erheblich anders sehen« und von ihnen »zur Lösung unseres Konfliktes mit Österreich eine Aktion der in Bayern zusammengezogenen österreichischen SA mit in Rechnung gestellt wird«. Nachdem Bülow noch einmal an Habichts Andeutung erinnert hatte, daß, falls es »in Österreich von irgendeiner Seite zu einem Putsch kommen« sollte, »wohl nicht verhindert werden« könne, daß die Legionäre »wieder einzeln über die Grenze verschwinden«, fuhr er fort: »Meine Sorge ist nun, daß eines Tages in Österreich, vielleicht ganz ohne unser Zutun, die innerpolitische Lage zu Putschversuchen führt und daß dann, bevor es verhindert werden kann, unbesonnene Elemente bei uns sich zu Dingen hinreißen lassen, die uns außenpolitisch in eine ganz unmögliche Situation bringen.« Die Folgen nannte Bülow schlichtweg »katastrophal«. Er hielt es daher für »unbedingt erforderlich«, die Flüchtlinge »in größerer Entfernung von der österreichischen Grenze – möglichst in verschiedenen Lagern »im Norden Deutschlands« – unterzubringen und dafür zu sorgen, daß »jede militärische Ausbildung... eingestellt wird«. Dies könne allerdings »ohne ein Machtwort des Herrn Reichskanzlers nicht erreicht werden«, da das Auswärtige Amt schon vergeblich versucht habe, »auf Herrn Habicht einzuwirken«.

Indessen konnte Neurath nicht sogleich etwas unternehmen, da er vorerst mit Hitler nicht zusammentraf. Inzwischen bestätigten sich Bülows Sorgen. Der ungarische Außenminister Kanya hatte während eines Aufenthaltes in Italien feststellen können, daß Mussolini über die deutsche Haltung im Konflikt mit Österreich »stark verbittert« war, offensichtlich eine Nachwirkung der Absage, die ihm Hitler erteilt hatte. Der Duce war sogar auf »die Möglichkeit einer militärischen Intervention... vorbereitet«, »falls die in Bayern organisierte österreichische Legion nach Österreich einbrechen würde«²¹⁹. Der ungarische Gesandte Masirevich übergab daher am 30. August Neurath ein Memorandum seiner Regierung, in dem die Reichsregierung ersucht wurde, die Legion »zu überwachen«. Als Neurath den Reichskanzler am 12. September in Berlin traf, war ein Vorstoß des Außenministers gar nicht mehr nötig. Hitler kam »auf die österreichische Frage von sich aus zu sprechen und sagte..., daß er beabsichtige, die in dem Lager bei Lechfeld untergebrachten Österreicher von der Nähe der österreichischen Grenze wegzunehmen und anderweitig unterzubringen«²²⁰.

Allen Anzeichen nach war dies ein selbständiger Entschluß Hitlers, der ohne Einwirkung der ausländischen Diplomaten und ohne Drängen des Auswärtigen Amtes gefaßt wurde. Mindestens Neurath selbst hatte

»keine besonderen Schritte unternommen«²²¹, um diese Entscheidung herbeizuführen, und auch eine Einflußnahme von anderer Seite läßt sich nicht nachweisen. Die Tatsache, daß Hitler »von sich aus« diese Entscheidung fällte, zeigte, wie der Reichskanzler in der Auseinandersetzung um die Österreich-Politik sich dem an außenpolitischen Gesichtspunkten orientierten Standpunkt des Auswärtigen Amtes anzunähern begann und auch in seinem Kalkül die Risiken anfangen schwerer zu wiegen als die Siegesgewißheit. Hitlers Entscheidung bedeutete eine Absage an die Gewaltpläne, die besonders von der Führung der österreichischen SA im Zusammenhang mit der Österreichischen Legion genährt wurden.

Man würde Hitlers Entscheidung gewiß überschätzen, hielt man sie für eine grundsätzliche Änderung seiner Intentionen gegenüber Österreich. An seiner ursprünglichen Absicht, die Regierung Dollfuß in die Knie zu zwingen, hatte sich nichts geändert. Jene »Zwangmaßnahmen, die international nicht oder schwerlich beanstandet werden« konnten²²², wie die 1000-Mark-Sperre, sollten »mit aller Schärfe fortgesetzt werden«²²³. In den Methoden indessen entschloß sich Hitler zu einem Kurs, der internationale Komplikationen eliminieren sollte. Hitlers anfängliche Erwartung, solche Komplikationen allein durch die Schnelligkeit eines nationalsozialistischen Erfolges in Österreich auszuschließen, war an der innenpolitischen Widerstandskraft von Dollfuß gescheitert. So bedeutete Hitlers »Eindämmung« des Propagandakrieges und sein Vorbeugen gegen Gewaltmaßnahmen eine Umstellung der Methoden angesichts der Aussicht auf einen Kampf von längerer Dauer.

Dollfuß' Standfestigkeit, die diese Umdisposition Hitlers erzwang, basierte weniger auf einer unangefochtenen innenpolitischen Position der österreichischen Regierung als vielmehr auf dem wachsenden Interesse, das besonders Italien nicht nur am außenpolitischen Status Österreichs, sondern auch an dessen Innenpolitik zu nehmen begann. Da diese Entwicklung sich weitgehend unabhängig von den Tendenzen der deutschen Österreich-Politik vollzog, jedoch ihrerseits stark auf die Möglichkeiten der deutschen Politik gegenüber Österreich zurückwirkte, erscheint es angezeigt, diese Vorgänge kurz zu skizzieren, zumal sie auch weiterhin das Planen und Handeln auf deutscher Seite beeinflussen mußten.

Mussolinis Einfluß auf die österreichische Innenpolitik

Der Einfluß auf die österreichische Innenpolitik, den Mussolini für sich in Anspruch nahm, war eine Folge des außenpolitischen Schutzes, den Dollfuß in Rom suchte und den der Duce zu gewähren bereit war. Er entsprang keineswegs den ursprünglichen Absichten des österreichischen Bundeskanzlers, wurde allerdings von ihm als ein notwendiges Übel in Kauf genommen. Zwar gab es in der Gedankenwelt des katholisch-konservativen, antiparlamentarisch gesonnenen Dollfuß einige Elemente faschistischer Geisteshaltung, doch hat es Dollfuß selbst stets peinlich vermieden, sich ausdrücklich zum Faschismus zu bekennen. Der Gedanke eines »christlichen Ständestaates«²²⁴, der ihm vorschwebte, zeigte zwar deutlich autoritäre und auch totalitäre Züge, entsprach jedoch nie vollends dem italienischen Beispiel, was Dollfuß auch den wiederholten Tadel Mussolinis eintrug. Für die deutsche Österreich-Politik bedeutete Mussolinis Einfluß auf die innenpolitische Entwicklung Österreichs ein zusätzliches Hindernis, das der nationalsozialistischen Absicht, Österreich mit Deutschland innenpolitisch gleichzuschalten, enge Grenzen zog.

Den Auftakt zum italienischen Druck auf die österreichische Innenpolitik gab ein Brief Mussolinis an Dollfuß am 1. Juli 1933²²⁵. Schon im Februar 1933 hatte Mussolini seine Vorstellungen gegenüber Starhemberg entwickelt²²⁶, doch erst mit seinem Brief an Dollfuß wurden sie von einer Erwägung zur gezielten Absicht. Der Brief entstand unter dem unmittelbaren Eindruck der »verbrecherischen Attentate«, mit denen die Nationalsozialisten in jenen Tagen ihren Kampf gegen Dollfuß verschärft hatten. Mussolini redete Dollfuß zu, »in der energischsten Weise (zu) reagieren« und schloß sogar einen »Belagerungszustand« nicht aus. Mussolinis Brief gibt dann eine Art Gebrauchsanweisung, um Österreich vor der »Gefahr des Nazismus« zu schützen. Damit »der Nazismus... aus Österreich ganz und gar verschwinde«, regte Mussolini einen verschärften Kampf gegen die österreichischen Sozialdemokraten an. Es dürfe nicht »den Nazi die Waffe des Antimarxismus in die Hand gegeben« werden, da sie sich sonst »in einem gegebenen Moment als Retter der Lage« aufspielen könnten. Mussolini war überzeugt davon, daß bei einem schärferen Vorgehen der Regierung gegen die Sozialdemokraten »viele, die heute in den Reihen der Nazi tätig sind«, zur Regierung »herübergezogen werden würden«.

Hinsichtlich der österreichisch-deutschen Beziehungen hielt Musso-

lini zunächst eine »intime Verbindung mit Italien«, in die auch Ungarn eingeschlossen werden sollte, für vorrangig. Nur so könne Österreich »einem übermäßigen Druck« von deutscher Seite entgegenwirken und bei einem etwaigen Arrangement den Anschein vermeiden, als habe es sich »anderen politisch stärkeren Staaten unterwerfen« müssen. Mussolini nahm also eindeutig gegen eine innenpolitische Verständigung mit den Nationalsozialisten wie auch gegen ein außenpolitisches Arrangement mit dem Reich Stellung. Zwar ist nicht zu übersehen, daß Mussolinis Hinweis, mit dem Kampf gegen die Sozialdemokraten werde Dollfuß zugleich den Nationalsozialisten den Wind aus den Segeln nehmen, für ihn vor allem ein zusätzliches Argument bedeutete, um Dollfuß zum Vorgehen gegen die Sozialdemokraten zu veranlassen, doch bestärkte Mussolini den österreichischen Bundeskanzler zugleich in seinem Kampfwillen gegen die Nationalsozialisten. Dem entsprach auch Mussolinis Anspruch auf den Primat in der Orientierung der österreichischen Außenpolitik.

Dollfuß' Antwort auf Mussolinis massiven Vorstoß ließ drei Wochen auf sich warten, obwohl Mussolini »zu großer Eiligkeit« gemahnt hatte. Erst nachdem Dollfuß sich mit Gömbös besprochen hatte²²⁷ und den Vorarlberger Landeshauptmann Ender mit der Ausarbeitung einer »weitgehenden Verfassungsreform« beauftragt hatte²²⁸, schrieb er an Mussolini zurück. Dollfuß' Brief vom 22. Juli ist ein deutlicher Versuch, sich der italienischen Pression möglichst zu entziehen²²⁹. Ausführlich legte Dollfuß dar, welche Erfolge bei der »Aufrichtung des . . . straffen Autoritätsregimes« in Österreich schon erzielt worden seien und daß er diesen Weg mit der Schaffung der »Vaterländischen Front«, einem »überparteilichen Zusammenschluß aller heimmattreuen Österreicher« fortzusetzen gedenke. Mussolinis Vorstellungen korrigierend, meinte Dollfuß, »daß der Marxismus in Österreich so weit zurückgedrängt ist, wie man es sich noch vor einem halben Jahr überhaupt nicht zu erhoffen gewagt hätte«. In diesem Zusammenhang lenkte Dollfuß die Aufmerksamkeit Mussolinis auf jenen Punkt, der ihm wesentlicher schien als ein Vorgehen gegen die Sozialdemokraten, den Kampf gegen die Nationalsozialisten. Sie wurden von Dollfuß beschuldigt, »unverzeihlicherweise dem Marxismus teils direkte, teils indirekte Schützenhilfe« zu leisten; ohne ihre »aggressive Tätigkeit . . . gegen die Selbständigkeit Österreichs« wäre, so schrieb Dollfuß, sein »Erfolg« gegenüber den Sozialdemokraten »heute schon ein noch größerer«.

Für Dollfuß war es »selbstverständlich, daß die Bekämpfung dieser (nationalsozialistischen) Bewegung weitergeht, und daß ein Zusammenarbeiten mit einer solchen Bewegung, die sich anarchistischer Mittel bedient, nicht in Frage kommen kann«. Er dankte Italien »für die rückhaltlose Hilfsbereitschaft . . . in dieser Frage«, zeigte sich aber im übrigen schon sehr selbstsicher und sah »die Hoffnungen der Nationalsozialisten«, die »seit einem halben Jahre der österr(eichischen) Regierung immer wieder eine mit 3-4 Wochen begrenzte Lebensdauer gegeben haben, . . . als gescheitert« an. Das in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gewonnene Selbstvertrauen fand auch in Dollfuß' außenpolitischen Darlegungen Ausdruck. »Ein freundschaftliches Verhältnis mit Deutschland«, an dem »Österreich das größte Interesse« habe, sei nur möglich, wenn die »Selbständigkeit Österreichs von seiten der deutschen Reichsregierung und ihren Organen vorbehaltlos gewährleistet und geachtet werde«. Zunächst müsse sich »die Reichsregierung bzw. die mit ihr synonyme Führung der NSDAP« entschließen, »die nationalsozialistische Bewegung in Österreich als eine österreichische . . . Bewegung anzusehen und zu behandeln«, sowie »von jeder Einmischung in die inneren Verhältnisse Österreichs endgültig und restlos Abstand nehmen«.

Obwohl die Gedanken von Dollfuß der Sicht Mussolinis nicht eigentlich widersprachen, zeigten sie doch andere Akzente. Der österreichische Bundeskanzler hielt die Gefahr, die vom Nationalsozialismus drohte, für weit gefährlicher als die Existenz der Sozialdemokratie, und die Betonung seines Schreibens liegt denn auch sichtlich auf der gerade zu einem neuen Höhepunkt gelangten Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten, deren Gefährlichkeit er vor allem darin sah, daß sie vom Reich aus unterstützt wurden – und nicht darin, daß sie sich als Gegner des Marxismus gebärden konnten. Dollfuß' Versuch, Mussolinis Aufmerksamkeit von den Sozialdemokraten auf die Nationalsozialisten hinzulenken, blieb aber weitgehend erfolglos. Bei seiner Zusammenkunft mit Mussolini in Riccione am 19. und 20. August mußte sich Dollfuß vom italienischen Regierungschef sagen lassen, daß zunächst eine »neue Entwicklung« in Österreich eingeleitet werden müsse, die die Heimwehr stärke und die Sozialdemokraten schwäche²³⁰. Mussolinis Pläne gingen bis in Einzelheiten und beschrieben sogar den Tenor einer Rede, mit der Dollfuß seine Reformen »auf faschistischer Basis« einleiten sollte. Der italienischen »Pression« zugunsten der Heimwehr war Dollfuß zwar »mit Erfolg ausgewichen«²³¹,

er sagte jedoch eine programmatische Rede unter dem von Mussolini geforderten Motto »Unabhängigkeit Österreichs nach außen und Erneuerung Österreichs nach innen« zu ²³².

In Mussolinis Vorstellungen von dieser »Erneuerung« war für die Nationalsozialisten keine besonders verlockende Sonderstellung vorgesehen; denn an einer »Unifizierung der verschiedenen patriotischen Fronten unter ausschließlicher Führung des Bundeskanzlers« konnte der NSDAP kaum gelegen sein. Ihr Einfluß wäre auch in diesem Fall – wie schon vorher beim Verhandlungsangebot im Mai – durch die Dollfuß-Gruppe majorisiert worden. Zwar lag Mussolini an einer »baldigen Lockerung der Spannung in den deutsch-österreichischen Beziehungen« ²³³, doch er wollte mit diesem außenpolitischen Kurs die Absichten der Nationalsozialisten in Österreich nicht gefördert, sondern gerade durchkreuzt sehen. Er versicherte daher Dollfuß, daß Italien nach wie vor »den Anschluß in welcher Form auch immer« ablehne und versprach sogar im Falle einer »Invasion aus Bayern... militärisch (zu) reagieren« ²³⁴.

Die Beeinflussung der österreichischen Innenpolitik in italienischem Sinne bildete für Mussolini die Vorbedingung für eine Bereinigung des deutsch-österreichischen Konfliktes. Nach seinen Plänen sollte ein »faschisiertes« Österreich seine Beziehungen zu Deutschland normalisieren, wobei er daran dachte, selbst »als Vermittler« aufzutreten ²³⁵. Zuerst müsse, meinte Mussolini, Österreich durch einen faschistischen innenpolitischen Kurs »die Stellung Italiens Deutschland gegenüber stärken«, denn bisher hätten ihm die Deutschen immer vorgehalten, »daß ich (Mussolini) eine Regierung gegen sie unterstütze, die den Austromarxismus... nicht beseitigt hat« ²³⁶. So sehr Mussolini eine Beilegung des außenpolitischen Konfliktes zwischen Wien und Berlin wünschte, so wenig war er bereit, dem Nationalsozialismus in Österreich einen bestimmenden Einfluß zuzugestehen. Er drängte vielmehr darauf, eine »innere Affinität« zwischen Italien und Österreich herzustellen, gerade um einer Orientierung der österreichischen Innenpolitik zum Nationalsozialismus hin vorzubeugen. Kennzeichnend dafür waren auch die Vorstellungen, die Mussolini zur österreichischen Außenpolitik entwickelte. Zwar gestand er zu, daß Dollfuß eine Politik »der Freundschaft gegenüber allen Nachbarn und daher auch gegenüber Deutschland« führe, doch verlangte er vom österreichischen Bundeskanzler eine »Anerkennung der besonderen Beziehungen« zwischen Wien und Rom ²³⁷.

Hatte die internationale Intervention der drei Mächte bewiesen, wie

eng der Spielraum der österreichischen Außenpolitik war, so zog die italienische Einflußnahme auf die österreichische Innenpolitik – die vor allem auf Starhemberg zurückging²³⁸ – auch den innenpolitischen Anpassungsmöglichkeiten Österreichs enge Grenzen. Die außenpolitische Manövrierfähigkeit Österreichs wurde beschränkt durch das gemeinsame Interesse Italiens, Frankreichs und Englands am Fortbestand eines unabhängigen österreichischen Staates, die innenpolitische durch das zusätzliche Interesse Italiens an einer inneren Ausrichtung Österreichs nach italienischem Vorbild. Dollfuß begünstigte das zweite, indem er das erste aktivierte. Angesichts seiner festen Absicht, sein Land vom nationalsozialistischen Deutschland unabhängig zu erhalten, blieb ihm freilich kaum eine andere Wahl, als den Preis zu zahlen, den seine Beschützer dafür von ihm verlangten²³⁹.

Wie stark die Österreich-Frage in der internationalen Politik zum Tabu geworden und damit die deutsche Südosteuropapolitik blockiert war, suchte besonders Hassell immer wieder klarzumachen. Er sah im deutsch-österreichischen Konflikt ein »ernstes Hindernis« für eine gemeinsame Politik Roms und Berlins im Donauraum²⁴⁰. Er hielt deshalb eine »uneingeschränkte Anerkennung der Unabhängigkeit Österreich« für unabdingbar. Nur »um Österreich herum« sei ein Einvernehmen zwischen Rom und Berlin herzustellen. Dies war ein alter Gedanke Hassells. Er paßte ihn nach außen hin der durch ein halbes Jahr nationalsozialistischer Herrschaft in Deutschland veränderten Wirklichkeit an, indem er zugestand, daß das deutsche Interesse an der NSDAP in Österreich »berechtigt« sei, »weil die Deutschen im Reich und in Österreich ein Volk sind«, und indem er der nationalsozialistischen Diktion darin folgte, daß der deutsch-österreichische Konflikt »eine innere Angelegenheit der deutschen Nation« sei. Aber Hassell nannte es »unpolitisch zu leugnen, daß Italien die Wiener Politik entscheidend beeinflußt«, und hielt einen Wandel nur »auf der Grundlage einer freundschaftlichen Verständigung mit Italien« für erreichbar.

Hassell wurde nicht müde, seinen Gedanken der Politik »um Österreich herum« zu wiederholen, und er legte dem Auswärtigen Amt auch ein Programm vor, mit dem er eine deutsch-italienische Zusammenarbeit im Donauraum erreichen wollte²⁴¹. In Berlin reagierte man indessen nicht. Man hielt nach wie vor den deutsch-italienischen Interessengegensatz um Österreich für zu gewichtig, um überhaupt eine Annäherung auf anderen Gebieten zu versuchen. Dabei war es nicht zuletzt Hassells Absicht, die deutschen und die italienischen Interessen

im Donaauraum – vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet – so weit zu verzahnen, daß von ihnen auch »eine günstige Wirkung auf den Konflikt« zwischen Deutschland und Österreich ausgehe²⁴². Zwar hatte es das Auswärtige Amt durchzusetzen verstanden, daß die Nationalsozialisten eine Lösung der Österreich-Frage in ihrem Sinne – *gegen* die Konstellation der internationalen Politik – nicht erzwangen; aber man scheute sich in der Wilhelmstraße immer noch – *mit* der Konstellation der internationalen Politik – eine konstruktive Lösung zu versuchen.

Vom »innerdeutschen« Problem zur europäischen Frage

Der italienische Einfluß auf die österreichische Innenpolitik und die Intervention Frankreichs und Englands zugunsten der österreichischen Unabhängigkeit hatten die Prämissen der deutschen Österreich-Politik im ersten halben Jahr der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland entscheidend verändert. Das Ziel der ersten Stunde war es gewesen, an Stelle des aus außenpolitischen Rücksichten unmöglichen Anschlusses die innenpolitische Gleichschaltung Österreichs zu erreichen. Als Mittel für diesen Zweck bot sich die nationalsozialistische Bewegung in Österreich an. Damit wurde nicht nur die Aktivität der Partei bestimmend, sondern zugleich auch ihre Betrachtungsweise des Österreich-Problems, in dem sie – ihrer völkischen Ideologie entsprechend – eine innerdeutsche Angelegenheit sah. Hitler lehnte deshalb die italienischen und ungarischen Versuche ab, mit Österreich ein außenpolitisches Arrangement zu schaffen. Die starke Rückwirkung der nationalsozialistischen Machtergreifung auf Österreich schien die Hoffnung zu rechtfertigen, daß Österreich im Windschatten des Reiches zum Nationalsozialismus überlaufen werde. Unter dem Eindruck ihres Erfolges in Deutschland nistete sich in der Partei auch bezüglich Österreichs, teilweise sogar berechtigt, siegesgewisser Optimismus ein.

Die großen Erwartungen in die eigene Kraft ließen die Partei selbstbewußt auf jedes Zusammenwirken mit dem Auswärtigen Amt und den Diplomaten verzichten. Diese Entwicklung wurde dadurch begünstigt, daß man in der Wilhelmstraße ohnehin keine Möglichkeit sah, das Ziel des Anschlusses, das durchaus auf der Linie der gesamten Weimarer Politik lag, mit diplomatischen Mitteln zu erreichen. Die Re-

signation des Auswärtigen Amtes beflügelte die Aktivität der NSDAP. Das Auswärtige Amt steuerte eigene Pläne nicht bei, versuchte sogar eine außenpolitische Neuorientierung der Österreich-Politik, wie etwa Hassell sie anregte, mit traditionellen Argumenten zu ersticken. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß man in der Wilhelmstraße darüber, daß die Partei, von sich aus und auf sich allein gestellt, das Heft in die Hand nahm, keineswegs unglücklich war. Da das Auswärtige Amt indessen von den Erfolgsaussichten längst nicht so überzeugt war wie die Partei selbst, sondern von Anfang an einen Erfolg eher für unwahrscheinlich hielt, suchte man sich eine Hintertür offenzuhalten, durch die – im Falle eines Mißerfolges – ein Rückzug immer noch möglich blieb.

Die Hintertür wurde gefunden in Gestalt der Trennung der amtlichen Politik von der Parteipolitik. Diese Unterscheidung war angesichts der Tatsache, daß Hitler als Kanzler und Parteiführer beide Ebenen in seiner Person verband, von vornherein sehr notdürftig. Sie wurde, auch in der Betrachtung des Auslandes, immer wertloser, je mehr die Partei in Anbetracht des starken Widerstandes der österreichischen Regierung dazu überging, die staatliche Autorität des Reiches als Deckmantel für die nationalsozialistischen Intentionen zu benutzen. Zwar erkannte das Auswärtige Amt durchaus die damit aufziehende Gefahr und begehrte gegen die Vermischung von Regierungs- und Parteipolitik auch auf, aber die Standfestigkeit besonders Neuraths reichte nicht aus, um sich gegen die Taktik der NSDAP durchzusetzen.

So blieb alle Initiative vorerst allein der Partei überlassen. Sie steigerte die Intensität ihres Kampfes gegen die Regierung in Wien, nachdem sich herausgestellt hatte, daß Dollfuß nicht bereit war, ihr am Verhandlungstisch eine Position einzuräumen, die eine effektive Gleichschaltung mit der Politik des Reiches gewährleistet hätte. Mit dem Verbot der Partei und der Flucht bzw. Ausweisung der nationalsozialistischen Führer aus Österreich konnte die Regierung in Wien den Kampf der NSDAP von der innen- auf die außenpolitische Ebene übertragen und das Ausland zum ständigen Zeugen der Auseinandersetzung machen, da die Partei nun gezwungen war, für ihren Kampf Methoden zu wählen, die die Unterstützung der österreichischen Nationalsozialisten von Deutschland aus offensichtlich machten. Der Weg in den Untergrund mußte dennoch die Aussichten auf einen baldigen Erfolg weiter verringern. Unter der in Österreich verbliebenen Masse

der Parteianhänger machte sich eine wachsende Ungeduld bemerkbar, die sich in unkontrollierten Einzelaktionen entlud und je länger desto mehr den Gedanken aufkommen ließ, daß die Anwendung von Gewalt schließlich als einziges Mittel übrigbleiben werde. Dabei rechneten die Nationalsozialisten in Österreich, ihrer eigenen Schwäche eingedenk, auf eine Unterstützung durch das Reich oder wenigstens vom Reich aus.

Allerdings fand die von der nach München exilierten Führung der österreichischen Partei eingeschlagene scharfe Gangart unter den Nationalsozialisten in Österreich keine einstimmige Billigung. Besonders Riehl und Frauenfeld neigten dazu, mit Dollfuß zu verhandeln, statt ihn zu stürzen. Ihnen erschien ein evolutionärer Teilerfolg zweckmäßiger und auch erreichbarer als ein revolutionärer Totalerfolg, wie man ihn in München immer noch erhoffte. Die maßgebenden Führer jedoch, die sich in Deutschland aufhielten, setzten auf die Verschärfung des Kampfes: Habicht ließ kein Mittel unversucht, um Agitation und Propaganda auszuweiten, und die Führung der österreichischen SA unter Reschny sammelte aus Flüchtlingen die Österreichische Legion, um für den Fall einer Zuspitzung der Entwicklung eine Truppe zur Verfügung zu haben, die – da sie ausschließlich aus Österreichern sich rekrutierte – bei einem eventuellen Einmarsch nach Österreich »keine außenpolitischen Verwicklungen« auslösen sollte²⁴³.

Eine Präventivaktion von Deutschland aus scheint man indessen auch in München nicht im Ernst erwogen zu haben, vielmehr wartete man auf Unruhen in Österreich und wollte erst in diesem Augenblick von Bayern aus aktiv werden. Habicht hielt ein solches Vorhaben offenbar für so selbstverständlich, daß er auch gegenüber Bülow kein Hehl daraus machte. Im übrigen allerdings suchte die NSDAP ihre Intentionen gegenüber dem Auswärtigen Amt zu verschleiern, wie überhaupt die gegenseitigen Beziehungen zwischen dem diplomatischen und dem Parteiapparat in der Österreich-Politik äußerst distanziert und wenig aufrichtig waren. Die Nationalsozialisten beklagten sich über die »Trottel« in der Wilhelmstraße, die glaubten, »Österreich falle ihnen in den Schoß«, während das Auswärtige Amt die Unfähigkeit der Parteifunktionäre, die außenpolitischen Folgen ihres Vorgehens abzusehen, kritisierte.

Diese Kritik wurde sichtbar, als die Dauer, die Intensität und die Methoden des Kampfes der Nationalsozialisten gegen die österreichische Regierung internationale Komplikationen auszulösen drohten.

In der Wilhelmstraße war man von Anfang an in der Beurteilung der Erfolgsaussichten der Nationalsozialisten skeptisch gewesen. Man duldete dennoch stillschweigend das Vorgehen der Partei, da man hoffte, es werde noch am wenigsten die Außenpolitik des Reiches belasten, wobei wiederum die Trennung von amtlicher und Parteipolitik im Hintergrund stand. Als ein Erfolg der Parteipolitik erschien es dem Auswärtigen Amt aber schon, wenn lediglich die Möglichkeit einer schwarz-braunen Koalition eröffnet wurde. Die zunehmende Dauer und die wachsende Schärfe drohten die Auseinandersetzung aber immer mehr zu einer Kraftprobe zu machen, in der es nicht mehr um ein schließliches Arrangement der Gegner, sondern um Sieg oder Niederlage ging.

In dem Augenblick, als die Aufmerksamkeit des Auslandes erwachte, wurden die Voraussetzungen, unter denen das Auswärtige Amt den Kampf der Partei hatte gewähren lassen, hinfällig, zumal sich die Aussicht auf einen baldigen Erfolg ständig verringerte. Erst in diesem Moment, als sich die ursprüngliche Hoffnung, durch einen schnellen Erfolg der Nationalsozialisten in Österreich die außenpolitischen Widerstände unterlaufen zu können, als irrig herausstellte, und umgekehrt die Verschärfung des Parteikampfes selbst außenpolitische Komplikationen mit sich brachte, legte das Auswärtige Amt seine Zurückhaltung ab. Nicht der Kampf der österreichischen Nationalsozialisten gegen die österreichische Regierung selbst löste den Widerstand in der Wilhelmstraße aus, sondern die dabei angewendeten Methoden, die das Reich in den Kampf hineinziehen mußten und seine Dauer und Intensität, die das Mißtrauen des Auslandes auf sich zogen. Die Mittel lösten die Opposition des Auswärtigen Amtes aus, nicht der mit ihnen erstrebte Zweck.

Das Ziel der Kraftprobe, ein enges politisches Arrangement zwischen Österreich und Deutschland, war kein Gedanke, auf den erst eine nationalsozialistische deutsche Regierung verfiel. Er gehörte vielmehr zum festen Bestand der politischen Erwägungen in Berlin und Wien seit 1919²⁴⁴. Der wiederholte Mißerfolg, der allen diesen Plänen beschieden war, gründete vor allem in der anschußfeindlichen Haltung Frankreichs und Italiens. Die mangelnde Bereitschaft in Rom und Paris, auch nur einen wirtschaftlichen Zusammenschluß zuzulassen – vom staatsrechtlichen Anschluß ganz zu schweigen –, schuf in Berlin eine enttäuschte Resignation. Das Gefühl der eigenen Machtlosigkeit war das ausschlaggebende Motiv für die Großzügigkeit, mit der das Auswärtige Amt anfangs die Partei in der Österreich-Politik gewähren

ließ. Da das Ziel, der Anschluß, seit langem unbestritten war, anderseits aber alle außenpolitischen Mittel es bisher nicht vermocht hatten, diesem Ziel näherzukommen, schien die Aktivität der Nationalsozialisten überhaupt die einzige Möglichkeit einer Initiative zu bieten.

In ihrer Zielvorstellung waren sich die Haltung der Partei und die des Auswärtigen Amtes durchaus nicht unähnlich: Beide sahen in einer engeren deutsch-österreichischen Verbindung ein erstrebenswertes Ziel deutscher Politik. Die Motive für diese einheitliche Einstellung waren freilich unterschiedlich; sie lagen für das Auswärtige Amt auf der Linie der traditionellen Revisionspolitik, für die Partei eher in ihrer deutsch-völkischen Ideologie. Doch die an sich gemeinsame Grundhaltung dauerte nur so lange, wie die gesamte Außenpolitik des Reiches nicht durch die Nebenwirkungen des Vorgehens der Partei gegenüber Österreich in Mitleidenschaft gezogen wurde. Als der Widerstand des Auslandes fühlbar wurde, steckte Deutschland – wie auch in der Weimarer Zeit – zurück, und das Auswärtige Amt schickte sich an, die Aktivität der Nationalsozialisten wieder auf jenen Grad zurückzudrängen, der diplomatische Komplikationen unmöglich machen sollte.

Daß sich das Auswärtige Amt nunmehr gegenüber der Partei durchzusetzen vermochte, ist nicht auf eine Änderung seiner prinzipiellen Position zurückzuführen – denn ein prinzipieller Antagonismus über die strategischen Ziele der deutschen Österreich-Politik bestand nicht – sondern auf die außenpolitische Zwangslage, in die das Reich durch den Kampf der Nationalsozialisten gegen Dollfuß geraten war. Niemals hat ein Vertreter der Wilhelmstraße gegenüber der Partei deren Kampf als solchen kritisiert, sondern stets wurde nur vor Maßnahmen gewarnt, die eine ausländische Intervention auslösen konnten. Dies war auch jener Gesichtspunkt, auf den Hitler empfindlich reagierte.

Er hatte von Anfang an Rom und Budapest gegenüber versichert, der Anschluß Österreichs sei für ihn »nicht akut«, er habe »andere und größere Sorgen«, womit er neben seinen innenpolitischen Vorhaben zweifellos auch die Ruhe der außenpolitischen Atmosphäre meinte. Es besteht kaum ein Zweifel, daß Hitler seine Versicherung, den Anschluß nicht anzustreben, wenigstens für den Augenblick ernst meinte. Nicht zuletzt deshalb verfiel er auf den Plan, eine Taktik anzuwenden, die eine innenpolitische Wandlung in Österreich an Stelle der auch nach Hitlers Vorstellung unerreichbaren Änderung des staatsrechtlichen Zustandes Österreichs bezweckte. Auch Hitler war sich be-

wußt, daß ein Sinneswandel von den Signatarmächten der Friedensverträge »nicht zu erwarten« war²⁴⁵. Wie sehr auch Hitler noch unter dem Eindruck der Weimarer Erfahrungen in der Österreich-Politik stand, beweist schon die Tatsache, daß er zu der Idee einer »Gleichschaltung« Zuflucht nahm, wobei er in ihr eher eine Ersatzlösung als eine Vorstufe zum Anschluß sah. Die Anschlußfrage wollte er »vorläufig ganz zurückgestellt« wissen. In dieser Beziehung verhielt sich Hitler von Anfang an vorsichtiger als etwa Habicht.

Angesichts dieser Grundeinstellung Hitlers, in der außenpolitische Rücksichten das eigene ideologische Konzept überlagerten, verwundert es nicht, daß Hitler den Kampf der Partei einzudämmen begann, als er außenpolitische Rückwirkungen hervorrief. Hitler hatte mit einer kurzen Auseinandersetzung gerechnet, mit einer Entscheidung noch im Sommer 1933. Die Dauer und die Schärfe, die der Kampf schließlich annahm, enttäuschten ihn ebenso wie das Auswärtige Amt. Je mehr sich Einsatz und Risiko steigerten, desto kostspieliger mußte auch in Hitlers Kalkül das Ergebnis der Kraftprobe ausfallen.

Für die deutsche Österreich-Politik stellte sich im Spätsommer 1933 die Frage der Prioritäten. Das Auswärtige Amt hielt die Österreich-Frage nicht für wichtig genug, um dadurch andere außenpolitische Projekte belasten zu lassen. Die österreichischen Nationalsozialisten hingegen neigten dazu, der Lösung des Österreich-Problems den Vorrang einzuräumen und auch negative Auswirkungen auf andere außenpolitische Fragen in Kauf zu nehmen. Die Haltung der österreichischen Parteiführung ging auf eine eher engstirnige, fast lokalpolitische Betrachtungsweise zurück, und vor allem Habicht hatte sein persönliches Prestige in diese Frage investiert. Hier schon erwies es sich als problematisch, daß Hitler Habicht als lokalem Parteiführer Vollmachten zubilligte, deren Konsequenzen nicht auf die lokale Ebene zu begrenzen waren.

Hitler zögerte aber nicht, die österreichische Parteiführung zu zügeln, als außenpolitische Weiterungen der nationalsozialistischen Österreich-Offensive sich zeigten. Der Reichskanzler maß – ebenso wie das Auswärtige Amt – der Lösung der Österreich-Frage keine so entscheidende Bedeutung zu, daß er um ihretwillen eine allzu große außenpolitische Belastung herausfordern wollte. Um nach außen hin und auch innerhalb der Partei nicht den Eindruck eines Rückzuges unter äußerem Druck aufkommen zu lassen, dosierte er seine Entscheidung; auch noch sein Aufbegehren gegen die »Bevormundung« Mussolinis

zeigte eher Merkmale des Starrsinns als der Uneinsichtigkeit. Immerhin ging Hitlers Aufmerksamkeit für die internationale Entwicklung schließlich so weit, daß er »von sich aus«, also ohne direkten Druck des Auslandes und ohne Einwirkung des Auswärtigen Amtes, die österreichische Legion aufteilen und verlegen ließ.

Angesichts dieser Entwicklung stellt sich die – freilich hypothetische – Frage, ob Hitler die Auseinandersetzung überhaupt so lange hätte sich ausdehnen lassen, wenn das Auswärtige Amt anfangs nicht versucht hätte, eine Isolierschicht zwischen dem Kanzler und dem Ausland zu bilden. Man ahnte in der Wilhelmstraße die Gefahren, bevor sie sich zeigten, entschloß sich aber erst zur Wendung, als sie schon feste Gestalt angenommen hatten. Den Wendepunkt bildeten Neuraths Eindrücke auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz.

Im gleichen Grade, wie sich die Österreich-Frage als ein europäisches Problem erwies, das allein mit den Mitteln der Parteipolitik nicht zu lösen war, nahm auch der Einfluß des Auswärtigen Amtes auf die Planung der deutschen Österreich-Politik wieder zu. Es trat, nach dem offensichtlichen Mißerfolg der Parteitaktik, wieder jene Erwägung in den Vordergrund, die man von vornherein in der Wilhelmstraße befürwortet hatte: die Suche nach einer Verhandlungslösung zwischen den Gegnern. Angesichts der Schärfe und der Totalität, die die Auseinandersetzung zuletzt angenommen hatte, ist es verständlich, daß dieser Weg anfangs nur tastend und auch späterhin mit erheblichen Vorbehalten von beiden Seiten beschritten wurde. Beide Seiten konnten sich für unbesiegt halten, beide waren indessen in ihren Entschlüssen nicht frei.

Die Nationalsozialisten standen unter dem Druck des außenpolitischen Dilemmas, in das ihre Offensive das Reich gebracht hatte. Wenn sie sich auf Verhandlungen einließen, so taten sie das nicht aus tatsächlicher Verständigungsbereitschaft, sondern weil ihnen die außenpolitischen Umstände nicht erlaubten, die Entscheidung weiter auf der Ebene des Kampfes zu suchen. Dollfuß andererseits sah sich den Pressionen ausgesetzt, die Italien auf die österreichische Innenpolitik ausübte und die in der Schlüsselposition der Heimwehr ihren sichtbarsten Ausdruck fanden. Für die deutsche wie für die österreichische Seite kam das Stichwort zu den Verhandlungen aus Rom. Mussolini drängte auf die Bildung einer einheitlichen nationalen Front in Österreich, und die beiden Gegner sahen sich gezwungen, ihm zu folgen²⁴⁶: die Nationalsozialisten, weil sie nicht in der Lage waren, wegen der

außenpolitischen Rücksichten den Kampf bis zur Entscheidung auszufechten; Dollfuß, weil er den innenpolitischen Wünschen Mussolinis entgegenkommen mußte, wenn er seine außenpolitische Patronanz nicht verlieren wollte.

Damit stand von vornherein fest, daß der Verhandlungsspielraum aus innen- wie außenpolitischen Gründen eng begrenzt war. Zu der spärlichen Verhandlungsmarge in sachlichen Fragen, die vor allem darin lag, daß beide Seiten bei ihrer Gefolgschaft nicht den Eindruck einer »Kapitulation« aufkommen lassen durften, gesellten sich noch prozedurale und formale Schwierigkeiten: Beide Seiten hatten sich im Verlaufe des scharfen Kampfes im Sommer 1933 zu erbittert verfeindet, um unbefangen an den Verhandlungstisch treten zu können. Es bedurfte einer längeren Phase tastender Vorspiele.

ZWEITES KAPITEL

Die Suche nach einer Verständigung (September 1933 - Januar 1934)

Voraussetzungen und Vorspiele

Der Gedanke, den Kampf zwischen der österreichischen Regierung und den österreichischen Nationalsozialisten, der sich im Laufe des Sommers 1933 zu einem offenen deutsch-österreichischen Konflikt ausgeweitet hatte, durch eine Verständigung zu beenden, ging nicht von den beiden in der Auseinandersetzung exponierten Gegnern aus. Seit dem Scheitern der Mai-Verhandlungen waren die Kontakte zwischen Dollfuß und Habicht abgerissen, und keiner von ihnen machte den Versuch, sie erneut anzuknüpfen. Auch Dollfuß, der wiederholt für einen Ausgleich eintrat, suchte nicht eine Einigung mit den österreichischen Nationalsozialisten, sondern eher ein Einvernehmen mit der Reichsregierung gegen die NSDAP. Doch diese Sondierungen scheiterten daran, daß die Partei sich immer noch stark genug fühlte, um Dollfuß zu Fall zu bringen und sich auf diese Weise eine Zusammenarbeit mit Dollfuß zu ersparen.

Diese Zuversicht dauerte auch im September noch an. Als Habicht am 5. September bei Bülow vorsprach¹, zeigte er sich »optimistisch über die Entwicklung in der österreichischen Frage«. Für die Regierung Dollfuß werde die Stimmung im Lande »immer ungünstiger«. Habicht gab seinem Optimismus einen sichtlich dramatischen Akzent, indem er hinzufügte, »daß die österreichischen Nationalsozialisten nur

mit größter Mühe von einem sofortigen Losschlagen abgehalten werden könnten«. Ein zusätzliches Indiz für die Schwäche Dollfuß' sah Habicht in der Berufung Rintelens zum österreichischen Gesandten in Rom, die am 29. August angekündigt worden war. Mussolini, so meinte Habicht, sei offenbar zu der Einsicht gekommen, »daß er die Dollfuß-Regierung nicht mehr halten kann«.

Die beiden von Habicht angeführten Vorgänge, die er als so günstige Zeichen wertete, waren in Wirklichkeit für die Nationalsozialisten eher bedenklich. Die Neigung österreichischer Nationalsozialisten zur Gewaltanwendung entsprang mehr der Verzweiflung über die eigene Lage als überzeugter Siegeszuversicht. Auch Anhänger der Partei in Österreich beurteilten die »Möglichkeit, daß da und dort lokale Erhebungen, Revolten und dergl. entstehen«, sehr skeptisch, da solche Gewaltakte »natürlich von der Exekutive leicht abgewürgt werden« würden². Die Parteigenossen in Österreich vermißten »von autoritativer Seite die entsprechende Aufklärung«. Die »wachsende Erbitterung«, die sich unter den Nationalsozialisten Österreichs ausbreitete, entsprang vor allem dem Gefühl, führerlos und auf sich allein gestellt zu sein. Habicht gestand zwar diese Schwierigkeit indirekt auch ein, indem er von der »Mühe« sprach, die es bereite, voreilige Aktionen zu verhindern, aber er deutete sie zugleich um in eine euphorische Kampfstimmung.

Ähnlich fragwürdig war Habichts Interpretation der Berufung Rintelens nach Rom. Rintelen hatte seit den von ihm angebahnten Verhandlungen im Mai »den Kontakt zu den Nationalsozialisten niemals völlig aufgegeben«, und er galt bei führenden Persönlichkeiten der österreichischen NSDAP als der »designierte Bundeskanzler«, mit dem sie »gegebenenfalls« nach dem Sturz der Dollfuß-Regierung ein Kabinett bilden wollten³. Diese Absicht war auch Dollfuß nicht verborgen geblieben, und er betrachtete Rintelen deshalb als einen seiner gefährlichsten innenpolitischen Rivalen⁴. Eben darum schob er ihn auch auf den Gesandtenposten nach Rom ab⁵. Keineswegs ging Rintelens Berufung auf einen Wunsch Mussolinis zurück, und Habichts Unterstellung, der italienische Regierungschef wolle »auf diese Weise den engsten Kontakt mit dem voraussichtlichen Nachfolger von Dollfuß herstellen«⁶, entsprang reiner Phantasie. Immerhin illustriert sie die Neigung des Landesinspektors, auch noch einer nachteiligen Entwicklung eine günstige Deutung abzugewinnen und erweist seine Zuversicht als einen eindeutigen Zweckoptimismus.

Angesichts dieser Lagebeurteilung hätte Habicht die Suche nach einer Verständigung wie eine Kapitulation kurz vor dem Ziel vorkommen müssen. Die Führung der österreichischen NSDAP stand denn auch in diesem Stadium einem etwaigen Ausgleich mit Dollfuß durchaus fern. Der erste Anstoß in dieser Richtung kam aus Rom. Schon im Zusammenhang mit der Intervention der Mächte gegen die nationalsozialistischen Kampfmethoden Ende Juli hatte Mussolini eine Regierungsbeteiligung der NSDAP unter Dollfuß angeregt. In der Wilhelmstraße hielt man diesen Vorschlag mindestens für »erwägenswert«⁷, hatte man doch seit dem Beginn der Auseinandersetzung das Ziel des Kampfes in einer »schwarz-braunen Koalition« gesehen. Nach Bülow's Meinung blieb »nur noch« die Frage zu klären, in welchem »Ausmaß« sich die Nationalsozialisten an der Regierung Dollfuß beteiligen sollten⁸.

Mussolini gab den Gedanken an eine Verständigung zwischen Dollfuß und der NSDAP auch in den folgenden Wochen nicht auf⁹, wenngleich er in ihr stets vor allem die Möglichkeit sah, »die nationalsozialistische Bewegung in Österreich unter Kontrolle zu bringen«^{9a}, ohne ihr zur Macht zu verhelfen. So hörte Mussolini in Riccione erfreut von Dollfuß, »daß die deutsche Propaganda etwas nachgelassen habe«, und Rom zeigte »Befriedigung« über das allmähliche »Nachlassen der Spannung zwischen Deutschland und Österreich«. Auch mit seinem innenpolitischen Druck auf Dollfuß gedachte Mussolini, den »Grundstein für eine Verständigung mit Deutschland« zu legen, »die er noch immer gern erreichen möchte«.

Diesem italienischen Wunsch folgend, legte Dollfuß am 12. September gegenüber Rieth »drei Bedingungen« dar, unter denen eine »Bereinigung des Konfliktes« möglich sei¹⁰. Der österreichische Bundeskanzler verlangte einmal die »Einstellung der feindlichen Akte gegen Österreich«, zum andern die deutsche Zusage, »Österreich so zu sehen, wie es ist, als unabhängiger freier Staat, der sein Selbstbestimmungsrecht ausübt«, und zum dritten die »Anerkennung der Tatsache, daß in Österreich keine Partei existieren darf, die ihre Führung wie ihre Direktiven vom Auslande empfängt«. Dollfuß' Vorstoß führte zwar nicht weiter, sondern endete schon bei Rieth¹¹, der immer noch durch die Weisung gebunden war, sich von Unterhaltungen mit Dollfuß »ganz zurückzuhalten«; aber er zeigte deutlich die Verhandlungslinie, der der österreichische Bundeskanzler bei etwaigen Verständigungsversuchen zu folgen beabsichtigte: Dollfuß wollte vor allem die staatliche Integrität Österreichs gewahrt wissen, und er suchte den Konflikt durch

eine zwischenstaatliche Vereinbarung zu beenden. Von den Nationalsozialisten und ihrer zukünftigen Rolle in Österreich war positiv gar nicht die Rede, sondern nur negativ insofern, als Dollfuß einen Abbruch ihrer Verbindung zur Parteiorganisation im Reich forderte. Die Haltung des österreichischen Bundeskanzlers hatte sich seit Anfang Juli, als er Rieth schon einmal auf einen möglichen Ausgleich angesprochen hatte, nicht verändert – übrigens ein Zeichen dafür, daß Dollfuß die Kontakte nicht suchte, um dem italienischen Einfluß entgegenzuwirken, denn sonst hätte er sich konzessionsbereiter gezeigt. Von den materiellen Forderungen abgesehen, ist formal vor allem das Bestreben Dollfuß' hervorzuheben, den Konflikt auf dem amtlichen Weg beizulegen und nicht in Parteiverhandlungen mit der Führung der österreichischen Nationalsozialisten einzutreten.

Nach dem Scheitern seines Vorstoßes gegenüber Rieth bot sich eine weitere Möglichkeit offizieller Kontaktsuche in Genf, wo Ende September 1933 die neue Sitzungsperiode des Völkerbundsrates eröffnet wurde. Dollfuß reiste nach Genf mit der festen Absicht, dort mit Neurath, der die deutsche Delegation leitete, »Verbindung aufzunehmen«¹². Das hatte der deutsche Konsul Langen in Linz von dem großdeutschen Politiker Langoth erfahren¹³, der mit dem österreichischen Bundeskanzler befreundet war. Langoth wußte sogar zu berichten, mit welchen Verhandlungsvorschlägen Dollfuß dem deutschen Außenminister gegenüberzutreten wollte. Dollfuß »sei bereit, den früheren Zustand wiederherzustellen, wie er vor Beginn des Kampfes der NSDAP in Österreich bestand. Nur die von der NSDAP geforderten Neuwahlen« seien für Dollfuß »nicht tragbar, da die innerpolitische Entwicklung in Österreich für diese, einer überwundenen Demokratie zugehörigen Maßnahmen bereits zu weit in der Richtung eines faschistisch-autoritären Staates fortgeschritten sei«. Langoth stellte in Aussicht, er selbst werde »gegebenenfalls« nach der Rückkehr Dollfuß' aus Genf »versuchen, mit dem für die österreichische Politik der NSDAP verantwortlichen Führer Verbindung aufzunehmen«.

Seine mögliche Rolle als Vermittler zwischen Dollfuß und Habicht, die Langoth hier andeutete, wurde schon wenig später Wirklichkeit. Im übrigen wollte Langoth nicht nur eine etwaige Vermittlung übernehmen, sondern er war auch mitverantwortlich für den Plan dieser Vermittlung überhaupt. Die Großdeutsche Volkspartei, die schon im Mai ein »Kampfbündnis« mit den Nationalsozialisten geschlossen hatte, beabsichtigte – angesichts der von Dollfuß angekündigten neuen

Staatsform, in der für Parteien kein Platz mehr war –, »gemeinsam mit der NSDAP in Österreich eine ›Nationale Front‹ aufzustellen«, die der »Vaterländischen Front« von Dollfuß gegenüberzutreten sollte. Die Initiatoren dieses Planes rechneten damit, »daß Dollfuß kein Bedenken tragen wird, die Vertreter dieser neugebildeten ›Nationalen Front‹ in die Regierung aufzunehmen«. Die Front sollte vor allem die »Heimwehr . . . zurückdrängen«. Langen, der in diesen Plan von Langoth eingeweiht wurde, beurteilte ihn negativ. Er meinte, daß die »Sorge um die eigenen Stellungen die treibende Kraft« des Planes sei und nicht die Liebe zum »Deutschtums-Gedanken« in Österreich, wie Langoth beteuert hatte.

Langens bissiger Kommentar war nicht ganz abwegig. Die Vorstellungen, die Langoth entwickelt hatte, gingen aus von Unstimmigkeiten und Rivalitäten im österreichischen Regierungslager. Damit mischten sich innenpolitische Motive in das Projekt einer deutsch-österreichischen Verständigung. Diese Entwicklung hatte ihren Grund in der Umbildung der österreichischen Regierung am 20. September. Unter dem Druck Mussolinis¹⁴ hatte Dollfuß die Minister Winkler und Schumy, die dem Landbund angehörten, entlassen. Damit ging für ihn im Kabinett das einzige Gegengewicht zur Heimwehr verloren. Zwar konnte Dollfuß einen direkten Machtzuwachs der Heimwehr verhindern, indem er außer dem Außenministerium auch noch die Ressorts Öffentliche Sicherheit, Verteidigung und Landwirtschaft selbst übernahm und Fey auf den politisch einflußlosen Posten des Vizekanzlers abschob; er mußte sich aber dem Einfluß der Heimwehr doch mehr und mehr ausgeliefert fühlen¹⁵. Aus dieser Konstellation zog man in großdeutschen Kreisen den Schluß, Dollfuß wolle die Heimwehr möglichst »weiter zurückdrängen« und suche deshalb »die Verständigung mit der nationalen Front in Österreich«¹⁶.

Tatsächlich erwog Dollfuß selbst Ende September noch nicht, die Heimwehr mit Hilfe der Großdeutschen und der Nationalsozialisten auszuschalten, sondern bewegte sich vielmehr noch auf der von Mussolini vorgezeichneten Linie, die auf eine Zusammenarbeit aller rechtsgerichteten Gruppen in Österreich hinauslief. In der nächsten Umgebung des österreichischen Bundeskanzlers begann sich jedoch der Gedanke, mit den Nationalsozialisten ein neues Gegengewicht zur Heimwehr zu gewinnen, schon durchzusetzen. Noch bildete diese Überlegung zwar keine gemeinsame Verhandlungsgrundlage zwischen Dollfuß und den Nationalsozialisten – und sollte es auch wegen der persönlichen

Loyalität Dollfuß' nie vollends werden –, aber eine gewisse stimulierende Kraft, die die Kontakte zwischen Dollfuß und den Nationalsozialisten begünstigte, ging von ihr schon aus. Damit wurden schon in ihrer ersten Phase die Bemühungen um eine Verständigung abhängig von innerösterreichischen Rivalitäten.

Indessen spielte der erste Annäherungsversuch noch auf streng offizieller Ebene, am Rande der Völkerbundtagung in Genf. Auf Grund der in Berlin eingegangenen Information, daß Dollfuß in Genf versuchen werde, mit Neurath »Verbindung aufzunehmen«, erhielt der deutsche Außenminister die Anweisung, selbst »keine Initiative (zu) ergreifen«, sich aber »entgegenkommend« zu verhalten, »wenn Dollfuß eine Aussprache über diesen Gegenstand (die Beilegung des Konflikts) herbeiführt«¹⁷. Welchen Standpunkt Neurath in der Sache selbst einnehmen sollte, ist nicht festzustellen, jedoch dürften seine Richtlinien den Absichten der österreichischen Parteiführung kaum widersprochen haben, da Habicht in die Vorbereitungen mit eingeschaltet war¹⁸. Man darf annehmen, daß Neurath angewiesen war, die Kontakte, nach einer etwaigen Eröffnung auf amtlicher Ebene in Genf, auf die Ebene der Partei zu verweisen¹⁹.

Zwischen Dollfuß und Neurath kam es am 25. September im Völkerbundspalast zu einem ersten Gespräch, in dem der österreichische Bundeskanzler den Wunsch nach einer »Zusammenkunft« äußerte²⁰. Neurath willigte ein und schlug als Treffpunkt sein Hotel Carlton vor. Neurath legte Wert darauf, daß das Treffen, das für den kommenden Tag vereinbart wurde, »nicht auffällt«. Dollfuß hingegen sah »keinen Anlaß«, auf die »Unauffälligkeit einer Begegnung« zu achten²¹. Er ließ am 26. September darüber hinaus Neurath bitten, in sein, des österreichischen Bundeskanzlers, Hotel de la Paix zu kommen, oder ihm wenigstens dort einen kurzen Höflichkeitsbesuch zu machen, worauf er (Dollfuß) »gerne für eine längere Aussprache« Neuraths Hotel aufsuchen werde. Keiner von beiden, weder Dollfuß noch Neurath, zeigte sich gewillt, den ersten Schritt zu tun: der österreichische Bundeskanzler wegen protokollarischer Erwägungen²², der deutsche Außenminister offenbar wegen politischer Bedenken, da er seine Anweisungen nicht überschreiten wollte. Aus der Sackgasse suchte Neurath noch einmal einen Ausweg, indem er für das Treffen einen »dritten Ort« vorschlug.

Neurath vereinbarte mit dem ungarischen Außenminister Kanya am 27. September für den folgenden Tag ein Treffen mit Dollfuß in

Kanyas Hotel²³. Wenige Stunden vor dem abgesprochenen Termin sagte Dollfuß jedoch ab, »weil die deutsche Presse über seine gestrige »sehr milde« Rede in der Bundesversammlung so unfreundlich reagiert habe«. In Wien würden ihm, so begründete Dollfuß seine Absage, »Schwierigkeiten entstehen«, falls er sich unter diesen Bedingungen mit Neurath treffe. Neurath war sichtlich enttäuscht von der unentschlossenen Haltung des österreichischen Regierungschefs, zumal Dollfuß einschränkend noch hinzufügen ließ, er sei zu einem Gespräch bereit, wenn Neurath »ihm vorher eine Visitenkarte in sein Hotel schicken würde«. Neurath ließ Dollfuß mitteilen, daß er »unter den obliegenden Umständen von dem beabsichtigten Zusammentreffen nunmehr Abstand nehmen möchte«.

An jenem Vormittag des 28. September, als Kanya und Neurath vergeblich auf den österreichischen Bundeskanzler warteten, empfing Dollfuß den Genfer Vertreter der deutschen Nachrichtenagentur »Telegraphen-Union«, Baron Hahn. Dollfuß fragte den Journalisten gleich eingangs, ob er »den Auftrag hätte zu vermitteln«²⁴. Obwohl Hahn diese Frage verneinte, legte ihm Dollfuß eingehend seinen Standpunkt dar. Er habe auf »billige Triumphe« vor dem Völkerbund verzichtet und in »letzter Zeit aggressive Kampfmaßnahmen gegen Deutschland« vermieden, um »so schnell wie möglich zur Regelung dieses Konfliktes zwischen den deutschen Bruderstämmen zu gelangen«. Das Echo in der deutschen Presse sei aber »offen ablehnend« geblieben. Dollfuß betonte »mit Nachdruck, daß ihm persönlich außerordentlich viel daran liege«, Neurath zu treffen; er müsse sich aber »an das Protokoll... halten«, und von deutscher Seite sei auf seine Bemühungen hin »nicht das geringste erfolgt«. Dennoch bekräftigte Dollfuß »immer wieder«, wie sehr ihm an einem »persönlichen Kontakt« mit Neurath liege, und er ersuchte Hahn, »dies im Hotel Carlton in der geeigneten Form zum Ausdruck zu bringen«. Er wolle notfalls sogar seine Abreise aus Genf, die für den Nachmittag vorgesehen sei, um einige Stunden verschieben. Auf die etwaige Prozedur eines Ausgleichs ging Dollfuß Hahn gegenüber nur sehr allgemein ein, indem er anregte, »daß zunächst auf beiden Seiten eine Kampfpause eintritt, eine ruhigere Stimmung geschaffen wird, die sodann im Laufe der Zeit eine Regelung vorbereiten könnte«. – Am Schluß der Unterredung erklärte der österreichische Kanzler, daß »er wie alle Menschen Irrtümer und Fehler begehen könne«, daß er andererseits aber »nicht anders handeln könne als er das bisher getan habe«.

Die geschilderten Ereignisse am Rande der Völkerbundstagung in Genf sind psychologisch wichtig, nicht politisch. Ihr politischer Effekt war gleich Null. Die einzige Folge, die sie indirekt in politischer Hinsicht auf österreichischer Seite hinterließen, war die auch später immer wieder hervortretende Neigung bei Dollfuß, die amtlichen zwischenstaatlichen Wege für eine Beilegung des Konfliktes zu erschließen, um reinen Parteiverhandlungen zu entgehen. Die Chance, wenigstens den Auftakt der Verständigungsversuche auf der offiziellen Ebene abzuwickeln, wurde indessen in Genf von Dollfuß verpaßt. Sein unentschlossenes, teilweise widersprüchliches Verhalten während der Bemühungen, einen Kontakt zu Neurath herzustellen, illustriert die innenpolitische Lage und die persönliche Mentalität des österreichischen Bundeskanzlers in gleicher Weise.

Dollfuß' Haltung ist nicht allein mit protokollarischen Erwägungen zu erklären, und er selbst hat das auch nicht getan. Er wies vielmehr auf die »Schwierigkeiten« hin, die ihm in Wien aus einem allzu entgegenkommenden Verhalten entstehen könnten. Wie groß die innenpolitischen Rücksichten waren, die Dollfuß nehmen mußte, beweist die Unsicherheit, mit der der österreichische Bundeskanzler den Kontakt mit dem deutschen Außenminister suchte, eine Begegnung, die – wenn sie stattgefunden hätte – noch am wenigsten den Verdacht aufkommen lassen konnte, Dollfuß wolle sich auf Kosten der Heimwehr mit den Nationalsozialisten verständigen. Abgesehen davon, daß Dollfuß diese Absicht gar nicht verfolgte, schien ihm offensichtlich das Zusammentreffen mit Neurath als solches zunehmend problematisch, da es wie ein Eingeständnis der Schwäche und der Nachgiebigkeit hätte wirken und ihm den Vorwurf hätte einbringen können, er habe die »Verantwortung für sein Land« verraten²⁵.

Die Vorbehalte und das gegenseitige Mißtrauen, die die monatelange Auseinandersetzung mit sich gebracht hatte, machten sich aber nicht nur auf österreichischer Seite bemerkbar. Auch Neurath hielt sich ängstlich an seine Weisungen, die ihm nicht geboten, den ersten Schritt zu tun, und er legte darüber hinaus Wert auf die Geheimhaltung eines etwaigen Treffens. Beide Politiker, Dollfuß und Neurath – die überdies eine gewisse persönliche Sympathie verband²⁶ – waren in Genf nicht völlig frei in ihren Entscheidungen: Dollfuß mußte auf das Mißtrauen der Heimwehr, Neurath auf die Empfindlichkeit der Nationalsozialisten Rücksicht nehmen. Jeder der beiden hatte schon vorher die Lage des anderen in diesem Sinn charakterisiert. Schon im Juni sagte

Dollfuß in London zu Hoesch, er wolle Neuraths »schwierige Position« in Berlin nicht noch dadurch erschweren, daß er sich mit ihm tref-fe²⁷, und Anfang August schrieb Neurath an Bülow, er glaube zwar, daß Dollfuß an einer Verständigung liege, aber der österreichische Bundeskanzler sei »jetzt schon« ein »Sklave« anderer Gruppen, besonders der Heimwehr²⁸.

Während in Genf der Versuch, einen deutsch-österreichischen Kontakt auf offizieller Ebene herzustellen, fehlschlug, hatten sich die Fronten für die Suche nach einer Verständigung auf der Parteiebene schon formiert. Wie schon angedeutet, waren nicht zuletzt innere Rivalitäten im österreichischen Regierungslager der Ausgangspunkt für die Suche nach einer Verständigung mit den Nationalsozialisten, bzw. mit Deutschland. Da diese Motive auf der Ebene der Verständigung zwischen den Parteien noch weit stärker zu Geltung kamen als im offiziellen Bereich, erscheint es notwendig, sie kurz darzulegen, zumal sie später den Ausgang der Verständigungsbemühungen entscheidend mitbestimmt haben²⁹.

Grundlage der innenpolitischen Unruhe war die in allen politischen Lagern Österreichs verbreitete Sorge, es könne Starhemberg und Fey gelingen, in Österreich eine »Heimwehr-Diktatur« zu errichten. Solche Befürchtungen waren bei den Großdeutschen ebenso verbreitet wie bei den Sozialdemokraten³⁰. Doch nicht nur die oppositionellen Gruppen, sondern auch die Christlichsozialen und der Landbund, der damals noch an der Regierung beteiligt war, fürchteten, daß besonders Fey die Errichtung einer Diktatur erstrebe³¹. Als eine indirekte Unterstützung der Intentionen Feys sah man dabei allgemein den rücksichtslosen Kampf der Nationalsozialisten gegen die Regierung an, der die innenpolitische Atmosphäre in Österreich derart anspannte, daß allen radikalen Ambitionen der Boden bereitet wurde. Es ist bezeichnend, daß der großdeutsche Politiker Langoth, dessen Partei mit den Nationalsozialisten in einer Kampfgemeinschaft verbunden war, Anfang August – also auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung – »die Haltung der »NSDAP-Landesleitung Österreich« in München ganz unverständlich« und ihre »Taktik... grundfalsch« nannte³².

Langoth hielt schon in diesem Stadium die Offensive der Nationalsozialisten für gescheitert und meinte, es sei »ausgeschlossen, daß es Habicht gelingen werde, die gegenwärtige österreichische Regierung zeitgerecht in die Knie zu zwingen«. Daher bestehe nur noch die Möglichkeit, sich entweder mit einer zunehmenden Konzentration der Macht

in den Händen der Heimwehr abzufinden oder »in direkte Verhandlungen einzutreten«³³. An den Überlegungen Langoths, der wenig später zusammen mit seinem Parteifreund Foppa tatsächlich eine Vermittlerrolle übernahm, fällt auf, daß sie jenen Gedanken nicht unähnlich waren, die man sich im Auswärtigen Amt in Berlin wegen der weiteren Entwicklung machte: Auf beiden Seiten spielte der gescheiterte Zeitplan der Nationalsozialisten und auch der offenbare Machtzuwachs der Heimwehr eine entscheidende Rolle; der »zeitgerechte« Erfolg war ausgeblieben, und die über Erwarten lange Dauer und wachsende Heftigkeit der Auseinandersetzung hatte den verständigungsfeindlichen Gruppen in Österreich Auftrieb gegeben.

Ihre Ablehnung des nationalsozialistischen Kampfes gegen die Dollfuß-Regierung hielten Langoth und Foppa auch noch aufrecht, als sie am 27. September in Margarethenbad in der Tschechoslowakei zu einem ersten Kontaktgespräch mit Habicht zusammentrafen. Sie übten »Kritik an der Tätigkeit der NSDAP sowohl im Reich als auch in Österreich«³⁴. Habicht sah sich gezwungen, die Bombenattentate, die von Langoth und Foppa besonders kritisiert wurden, als das Werk von »Provokateuren« darzustellen, für das die Partei die Verantwortung »entschiedenst« ablehne.

Den Eindruck, daß die Auseinandersetzung weder der österreichischen Regierung noch den Nationalsozialisten nütze, sondern allein der Heimwehr, wußte Langoth auch auf der österreichischen Seite zu bestärken. Ende August war bekanntgeworden, daß Fey seinerseits, um die Dollfuß-Gruppe zurückzudrängen, Kontakte zu den Nationalsozialisten aufgenommen hatte³⁵. Langoth versäumte nicht, seine christlich-sozialen Gesprächspartner darauf hinzuweisen, die Regierung möge in dieser Hinsicht »die Augen offen halten« und betonte, es komme »sehr darauf an, wer diese Verständigung (mit den Nationalsozialisten) findet«. Das sagte Langoth dem christlich-sozialen Landesrat Hirsch am 23. August. Daß es ihm auf diese Weise gelungen war, das Mißtrauen der Christlichsozialen der Heimwehr gegenüber zu stärken, zeigte sich schon zwei Tage später, als Hirsch von sich aus feststellte, es sei »von größter Tragweite«, wer an einer Verständigung mitwirke, und sogar hinzufügte, wie wichtig es sei, »daß die Mittlerrolle von nationaler Seite übernommen wird«, damit nicht »Fey und Genossen sich in die Mittlerrolle drängen könnten«. Hirsch schlug sodann vor, Langoth solle die Aufgabe übernehmen und »eine Fühlungnahme... mit unterrichteten Kreisen in Deutschland« herbeiführen. Dies könne aber

erst »nach vorheriger geheimer Verständigung mit Dollfuß« geschehen, der eine Vermittlung Langoths, wie Hirsch meinte, »vielleicht... sehr begrüßen werde«.

Es ist nicht zu erkennen, ob Dollfuß von Hirsch in die Gespräche mit Langoth eingeweiht worden war, auch nicht, ob er nach der zweiten Unterhaltung um seine Zustimmung gebeten wurde. Sicher ist, daß Dollfuß einen eindeutigen Verhandlungsauftrag noch nicht gegeben hatte, als Langoth und Foppa zum erstenmal mit Habicht in Verbindung traten³⁶. Allerdings ist es durchaus wahrscheinlich, daß Dollfuß durch seinen Parteifreund Hirsch davon wußte, daß »Langoth eine Zusammenkunft mit einer gut unterrichteten Persönlichkeit unternimmt«³⁷. In jedem Fall jedoch konnte Langoth selbst nach Hirschs Andeutung davon überzeugt sein, daß eine Vermittlung seinerseits den Christlichsozialen durchaus genehm sei und Aussicht hatte, auch von Dollfuß gebilligt zu werden. Dennoch wartete Langoth mit einer Initiative noch einen weiteren Monat.

Unterdessen bemühte sich Fey weiter, mit den Nationalsozialisten ins Gespräch zu kommen. Durch mehrere Mittelsmänner ließ er wissen, er »sei absolut zur Verständigung bereit, denn er habe die christlichsozialen Intrigen bei der österreichischen Regierung satt bekommen. Zusammen mit der NSDAP könnte gründlich Ordnung gemacht werden.«³⁸ Habicht verlangte eine »Legitimation« und ließ sich – da keiner der Mittelsmänner einen schriftlichen Auftrag Feys vorweisen konnte – »sachlich in keine weitere Diskussion ein«. Habicht wollte »sachlich erst dann Stellung beziehen... , wenn legitimierte Vertreter mit positiven Anträgen erscheinen«. Obwohl Habicht gegenüber Langoth und Foppa am 27. September versicherte, er denke »nicht daran, die Verständigung in Österreich über die HW (Heimwehr) herbeizuführen«, griff er doch wenige Tage später den Verhandlungsfaden zu Fey wieder auf.

So waren Ende September 1933, noch bevor überhaupt materielle Verhandlungen begonnen hatten, die Grundlagen geschaffen für Kontakte, die nicht durch wirkliche Verständigungsbereitschaft, sondern durch gegenseitiges Mißtrauen bestimmt wurden: Die Großdeutschen wollten eine Verbindung zwischen Christlichsozialen und Nationalsozialisten herbeiführen, um die Heimwehr auszuschalten; die Nationalsozialisten waren nicht abgeneigt, die Heimwehr auszubooten, hielten aber ihrerseits die Verbindung zu Fey aufrecht, um gegebenenfalls Dollfuß zu überspielen; Fey wiederum wandte sich – enttäuscht von

den Christlichsozialen – an die Nationalsozialisten. Die Nationalsozialisten hatten eine nicht ungünstige Schlüsselposition gewonnen, da die Rivalität ihrer Gesprächspartner ihnen neue Möglichkeiten des Taktierens bot.

In der Vorbereitung einer Verhandlungslösung fanden sich mithin zwei Hauptmotive zusammen: außenpolitisch die offenbare Unmöglichkeit, den Konflikt bis zu einer Entscheidung auszutragen, ohne internationale Reaktionen hervorzurufen. Das Auswärtige Amt hatte eine solche Entwicklung von vornherein befürchtet, und die Ereignisse des Sommers 1933 hatten auch der Partei die Einsicht vermittelt, daß eine Isolierung des Kampfes auf eine innerösterreichische Ebene unmöglich wurde, da die Maßnahmen der österreichischen Regierung gegen die Nationalsozialisten in Österreich die Partei zwingen, sich deutscher Hilfsquellen zu bedienen, wenn sie ihre Aktivität überhaupt aufrechterhalten wollte.

Das zweite Motiv, das die Anbahnung einer Verständigung erleichterte, lag in dem Unbehagen, das sich in weiten Kreisen Österreichs angesichts des massiven Einflusses Italiens auf die Innenpolitik des Landes ausbreitete, insbesondere in dem Mißtrauen, mit dem man die Rolle der von Italien begünstigten Heimwehr verfolgte. Die österreichischen Nationalsozialisten wurden für die rivalisierenden Lager aus unterschiedlichen Gründen interessant: die Gegner der Heimwehr sahen in ihnen eine Gruppe, mit deren Unterstützung eine endgültige ›Faschisierung‹ Österreichs abzuwenden sei; und der Heimwehr selbst erschienen sie als eine Kraft, die die Aufrichtung des Faschismus in Österreich gerade forcieren konnte.

Der Vermittlungsversuch von Langoth und Foppa

Die sachlichen Verhandlungen nahmen ihren Auftakt mit einer Unterredung zwischen Habicht, Langoth und Foppa am 27. September 1933 in Margarethenbad in der Tschechoslowakei³⁹. Habicht lehnte zunächst eine internationale und auch eine zwischenstaatliche Beilegung des Konfliktes ab. Hitler und er selbst wollten »in der österreichischen Frage keine Vermittlung Mussolinis«. Die »beiden deutschen Staaten sollen sich selber finden«. Seine Formulierung von den »beiden deutschen Staaten« schränkte Habicht allerdings wenig später selbst wieder ein,

indem er betonte, es bestehe gar »kein Konflikt zwischen Österreich und Deutschland«, sondern »nur ein innenpolitischer Kampf zwischen der österreichischen Regierung und der NS-Bewegung«. Deshalb müsse, so sagte Habicht weiter, »die Verständigung ohne die Einmischung offizieller Reichsstellen gefunden« werden. Wie eng indessen die offizielle deutsche Politik mit der Politik der Nationalsozialisten in Österreich verflochten war, zeigte Habichts Hinweis, daß bei einer eventuellen Einigung auf der innerösterreichischen Ebene »die Wiederherstellung des Freundschaftsverhältnisses zwischen beiden Staaten eine selbstverständliche und sofortige Konsequenz« sein werde.

Hiermit war der Vorrang der Parteifrage postuliert, wie ihn die NSDAP auch in der Periode des Kampfes gegen die österreichische Regierung stets unterstrichen hatte. Mit seiner Andeutung, daß sich nach einer Verständigung in der Parteifrage eine Bereinigung des zwischenstaatlichen Verhältnisses gewissermaßen automatisch ergeben werde, konnte Habicht nun – im Stadium von Verhandlungen – hoffen, Dollfuß ein Einlenken zu erleichtern oder mindestens schmackhafter zu machen. In der Form hatte sich also der Standpunkt der Nationalsozialisten nicht geändert.

In der Sache hingegen zeigte sich Habicht zu einigen Abstrichen bereit. Nachdem Habicht Langoth und Foppa »bevollmächtigt« hatte, »mit Kanzler Dollfuß in Verhandlungen zu treten«, wurden als »Grundlage einer Verständigung... übereinstimmend« folgende Punkte festgelegt⁴⁰:

1. »Ausschaltung der Heimwehr«,
2. Neubildung der Regierung »aus den Vertretern der Christlichsozialen Partei und der Nationalen Kampffront⁴¹, wobei dieser mindestens die Vizekanzlerschaft, das Innere und die Sicherheit zu übertragen ist«,
3. »Aufhebung aller Zwangsmaßnahmen«, »Amnestie und Wiedergutmachung«.
4. »In der Frage der Wahlen kann im Zuge der Verhandlungen, obwohl dieses Begehren zu stellen ist, nachgegeben werden«,
5. »Hinsichtlich der Forderung, die österreichische NSDAP selbständig und unabhängig von reichsdeutscher Führung zu gestalten, muß darauf verwiesen werden, daß diese Selbständigkeit immer bestanden hat.«

Die ersten drei Punkte entsprachen dem Standpunkt, den Habicht auch schon während der Mai-Verhandlungen mit Dollfuß eingenom-

men hatte. Der vierte Punkt, die Frage der Neuwahlen, an der die Verhandlungen im Mai gescheitert waren, zeigte hingegen ein deutliches Nachgeben der Nationalsozialisten. Zwar wollte Habicht auch dieses Problem zunächst noch im Gespräch halten, jedoch war ein Verzicht auf Neuwahlen von vornherein vorgesehen, wenn auch nicht als Vorleistung, so doch als Konzession. Auch der fünfte Punkt deutete ein Entgegenkommen der Nationalsozialisten an. Denn in ihm wurde die Berechtigung der Forderung Dollfuß' nach einer selbständig organisierten österreichischen NSDAP ausdrücklich anerkannt, auch wenn zugleich behauptet wurde, daß »diese Selbständigkeit immer bestanden« habe. Wie sehr aber auch die Beteiligten selbst in der Formulierung dieses Punktes ein Entgegenkommen sahen, beweist Langoths »Einwurf«, dann könne also in den Verhandlungen mit Dollfuß »auf diese Forderung insoweit eingegangen werden, daß die freie Entschlußfähigkeit in allen politischen Fragen der österreichischen NSDAP zugestanden wird.«⁴²

Außer einer gewissen Annäherung der Nationalsozialisten an den Standpunkt von Dollfuß in dieser Frage sah Langoth offenbar in einer Verselbständigung der österreichischen NSDAP auch die Möglichkeit, den Einfluß seiner eigenen Partei, der Großdeutschen, wieder mehr zur Geltung zu bringen. Zu diesem Zweck wollten die beiden großdeutschen Vermittler auch die Nationale Kampffront wieder beleben, in der Langoth einen »geeigneten Rahmen für (die) Rekonstruktion« der NSDAP zu einer »österreichischen nationalen Partei« gefunden zu haben glaubte⁴³. Jedenfalls fühlte sich Habicht durch die wiederholten Beteuerungen Langoths und Foppas, sie hätten »über alle schweren Zeiten hinweg an der Kampffront festgehalten«, zu dem Bekenntnis gedrängt, auch die Nationalsozialisten würden es »immer ablehnen... eine Verständigung mit Übergehung oder Ausschaltung der Großdeutschen herbeizuführen«. Hier zeigte das Gespräch zwischen Habicht, Langoth und Foppa deutlich, daß die beiden großdeutschen Politiker nicht nur aus Friedensliebe tätig geworden waren, sondern daß »die Sorge um die eigenen Stellungen« durchaus bei ihnen mitspielte. Gewisse gegenseitige Vorbehalte zwischen den beiden Vermittlern und den Nationalsozialisten blieben auch weiterhin bestehen.

Dennoch schien mit dem Gespräch in Margarethenbad am 27. September ein hoffnungsvoller Anfang gemacht. Nachdem Habicht auf Neuwahlen praktisch verzichtet hatte und auch die Forderung Dollfuß' nach einer unabhängigen österreichischen NS-Bewegung im Grund-

satz als berechtigt anerkannt hatte, war der eigentliche Verhandlungsgegenstand auf einen Punkt reduziert: die Neubildung der Regierung unter Einbeziehung der »Nationalen Kampffront« nach Ausschaltung der Heimwehr. Bevor jedoch dieser Faden weitergesponnen wurde und die Verbindung zu Dollfuß angeknüpft werden konnte, kam es zu Verhandlungen zwischen jenen beiden Gruppen, die nach dem Verhandlungskonzept von Margarethenbad einander ausschließen sollten: zwischen den Nationalsozialisten und der Heimwehr.

Am 29. September erschien der Prinz Max zu Hohenlohe-Langenburg im Auswärtigen Amt⁴⁴ und in der Reichskanzlei⁴⁵, um im Auftrage Feys »zu sondieren, welche Möglichkeiten einer Beilegung des deutsch-österreichischen Konfliktes beständen«. Fey sei »mit dem französischen Kurs des Bundeskanzlers Dollfuß nicht einverstanden und fühle sich stark genug, diesen Kurs zu ändern, falls er dabei den nötigen Rückhalt im Reich habe«. Man nahm in Berlin zu diesen »äußerst vagen Ausführungen« nicht Stellung, sondern verlangte detailliertere »Vorschläge zu einer Lösung«, die Hohenlohe offenbar nicht machen konnte. Obwohl Hohenlohe in Berlin als »durchaus zuverlässig« galt, ersuchte Köpke die Gesandtschaft in Wien um eine Darstellung der »Hintergründe dieser in Anbetracht bisheriger Einstellung Feys merkwürdigen Fühlungnahme«⁴⁶.

Der deutsche Geschäftsträger in Wien, Prinz Erbach, war skeptisch, sowohl wegen der Person des Vermittlers als auch hinsichtlich der Absichten Feys⁴⁷. Hohenlohe, so berichtete er, neige dazu, »den Rahmen übernommener Aufträge zu überschreiten«. Nach Erbachs Informationen hatten Kontakte zwischen Fey und Hohenlohe aber in der Tat stattgefunden, allerdings vor der Kabinettsumbildung am 20. September, als die »zukünftige Stellung Feys in (der) Regierung ungeklärt« war. Erbach vermutete, daß Fey in jenem Augenblick eine »Fühlungnahme nach deutscher Seite zweckmäßig erschien, um sich auf alle Fälle zu sichern«. Nun, nachdem Fey inzwischen Vizekanzler geworden war, hielt es Erbach für »sehr unwahrscheinlich«, daß er an einer Verständigung noch interessiert sei.

Erbach irrte. Am 5. Oktober erfuhr das Auswärtige Amt von Habicht, der in Hohenlohes Sondierungen nicht eingeweiht worden war, daß Fey auch den Kontakt zur Landesleitung der NSDAP gesucht habe und dieser inzwischen hergestellt sei⁴⁸.

Hohenlohes Vermittlungsversuch war damit beendet. Der Prinz unternahm keine weiteren Schritte. Auch seitens des Auswärtigen Amtes

hielt man die Aktion offenbar für erledigt, nachdem bekannt geworden war, daß sich Fey auf anderen Wegen um Habicht bemühte. Wie sich Hohenlohes Sondierungen in die Absicht Feys einordnen, bleibt offen. Es ist unsicher, ob der österreichische Vizekanzler über Hohenlohe versuchen wollte, mit Berlin direkten Kontakt zu finden, um auf dem amtlichen Weg Habicht zu umgehen – parallel etwa zu den Absichten von Dollfuß, wie sie sich in Genf und auch später zeigten – oder ob bloß zufällig einer von Feys Emissären nach Berlin geriet. Wahrscheinlicher ist in Anbetracht der weiteren Entwicklung die zweite Annahme.

Am 5. Oktober trafen sich in Odenburg in Ungarn der niederösterreichische Heimwehrführer Graf Alberti als Beauftragter Feys, der nationalsozialistische Gauleiter von Wien, Frauenfeld, und Habichts Bevollmächtigter Schattenfroh zu ersten Verhandlungen⁴⁹. Alberti wies die von Habicht verlangte »schriftliche Vollmacht von Vizekanzler Fey« vor⁵⁰, und es kam zu »eingehenden Besprechungen über die Möglichkeit der Neubildung der Österreichischen Regierung auf der Grundlage von Heimwehr und Nationalsozialisten«. Als ersten Schritt schlug Alberti »die Gründung einer österreichisch-faschistischen Front durch Verschmelzung der NSDAP mit der Heimwehr« vor. An der Spitze dieser Front könne allerdings »weder ein Mann der NSDAP noch der Heimwehr« stehen. Als mögliche Kandidaten nannte Alberti Dollfuß, Bardolff⁵¹ oder Rintelen. Anschließend solle ein »Kabinett Heimwehr-Nationalsozialisten« gebildet werden, gleichfalls unter der Führung der betreffenden »neutralen Persönlichkeit«. Dieses Kabinett müsse dann die »Aufrichtung des faschistischen Staatswesens durchführen«. – Die beiden nationalsozialistischen Unterhändler äußerten sich offenbar zu diesen Vorschlägen nicht, sondern sagten nur zu, sie an Habicht weiterzuleiten. Zur Regelung der »Einzelheiten dieses Planes – Verteilung der Mandate, Stärkeanteil der beiden Kontrahenten usw.« – schlug Alberti eine persönliche Begegnung zwischen Fey und Habicht vor. Im übrigen regte Alberti an, Habicht möge, um die Selbständigkeit der österreichischen NSDAP sichtbar zu machen, »die österreichische Staatsangehörigkeit... erwerben und auf sein Reichstagsmandat... verzichten«.

Am 13. Oktober kam Habicht nach Berlin, um Hitlers »Zustimmung« für die Fortsetzung der Verhandlungen »auf der von Fey angebotenen Basis« einzuholen⁵². Hitler gab diese Erlaubnis, die sich übrigens nicht nur auf die Kontakte zu Fey, sondern allgemein auf

Habichts »Verhandlungen mit den Mitgliedern der derzeitigen Regierung Dollfuß zwecks Neubildung der österreichischen Regierung unter Beteiligung der Nationalsozialisten« bezog⁵³, also auch auf die Verhandlungen mit Dollfuß selbst über Langoth und Foppa. – Obwohl Habicht dem Auswärtigen Amt noch am 16. Oktober mitteilte, er werde sich »schon in den nächsten Tagen« mit Fey in Venedig treffen⁵⁴ und noch am 20. Oktober sagte, er wolle die Verhandlungen mit der Heimwehr »dilatorisch weiterführen«⁵⁵, verlieren sich von diesem Augenblick alle Spuren der Kontakte zwischen Habicht und Fey. Wohl hielt sich Habicht am 18. Oktober tatsächlich in Venedig auf, traf sich dort aber nicht mit Fey, sondern mit einem nicht zu identifizierenden Vertrauensmann von Rintelen⁵⁶. Warum die Verbindung Habicht-Fey abriß und von welcher Seite sie abgebrochen wurde, ist nicht ersichtlich⁵⁷; man darf aber annehmen, daß Habicht die Möglichkeiten einer Einigung mit Fey gegenüber einer Verständigung mit Dollfuß zweitrangig erschien⁵⁸, so daß er das bis dahin getriebene Doppelspiel zunächst einmal aufgab.

Langoth und Foppa, seit dem 27. September mit Habichts Verhandlungsvollmacht ausgestattet, war es erst nach langwierigen Umwegen möglich, bis zu Dollfuß vorzudringen. Hilfestellung zu diesem Treffen leistete Dollfuß' Staatssekretär Heinrich Gleißner⁵⁹. Langoth und Foppa wurden von Dollfuß am 13. Oktober empfangen⁶⁰. Nachdem beide Seiten zu Beginn ausführlich die Notwendigkeit einer Verständigung hervorgehoben hatten, traten vor allem zwei Fragen in den Mittelpunkt des Gespräches: außenpolitisch der Zusammenhang zwischen einer »innenpolitischen Befriedung« und der »außenpolitischen Verständigung mit dem Reich«; innenpolitisch die »Neugestaltung Österreichs und im Zusammenhange damit die Verfassungsreform«.

Dollfuß ließ deutlich erkennen, daß für ihn in erster Linie das gespannte Verhältnis zu Deutschland der Anlaß war, eine Beilegung des innerösterreichischen Konfliktes zu suchen. Er ließ sich wiederholt versichern, daß die Normalisierung der Beziehungen zum Reich »eine zwangsläufige und unmittelbare Folge« eines inneren Ausgleichs sein werde. Nicht innenpolitische Schwäche veranlaßte Dollfuß zum Verhandeln, sondern vor allem das Streben nach einer Aussöhnung mit Deutschland, ein Wunsch, dem sogar ein gewisser sentimentaler Beigeschmack anhaftete; Dollfuß beteuerte, er fühle sich »mit dem deutschen Volke zu innerst verbunden«, und es tue ihm »sehr weh«, im Rufe von »Deutschfeindlichkeit« zu stehen. Wie schon stets zuvor,

war Dollfuß' eigentliches Ziel die außenpolitische Entspannung; innenpolitische Konzessionen waren ihm nur ein Mittel zum Zweck⁶¹.

Diese Einstellung erklärt auch, warum Dollfuß gegen die Form der Verständigung, wie sie von Langoth und Foppa vorgeschlagen wurde, Vorbehalte zeigte. Er ersuchte die beiden Unterhändler dringend, sie sollten »Verbindung mit Heß und Hitler suchen«. Dieser Wunsch hatte seinen Grund nicht in einer persönlichen Abneigung Dollfuß' gegenüber Habicht, den der österreichische Bundeskanzler als »einen intelligenten klaren Kopf . . ., der mir gut gefallen hat«, charakterisierte, sondern in dem Willen, den Primat der Außenpolitik auch durch die Form der Verständigung deutlich zu machen. Außerdem wollte Dollfuß den Eindruck vermeiden, daß Habichts »Kampftaktik die richtige war« und er »mit seinen Methoden zum Ziel gekommen« sei. So war Dollfuß die Vermittlung Langoths und Foppas, die eine »Bereinigung nicht mit der NSDAP allein, sondern mit der gesamten Kampffront« vorsah, durchaus »sympathisch«.

Die Frage der Verfassungsreform, die Dollfuß wiederholt ansprach, sollte nach Meinung der beiden Vermittler, »nicht vor einer Umbildung der Regierung« aufgegriffen werden. Sie schlugen vor, »nach erfolgter Einigung ein Verfassungsgesetz durch Volksentscheid« billigen zu lassen. Dies erschien Dollfuß als »ein gangbarer Weg«. Als Langoth und Foppa aber durchblicken ließen, daß eine Verständigung die politischen Rechte der »Nationalen Kampffront« wiederherstellen und auch die »parteimäßige Betätigung« ihrer einzelnen Glieder gewährleisten müsse, reagierte Dollfuß wiederum skeptisch, da er seine Verfassungspläne gefährdet sah, wenn »die NSDAP als solche wieder in Erscheinung« trete.

Neben diesen allgemeinen außen- und innenpolitischen Problemen wurde als einzige Detailfrage die zukünftige Stellung der Heimwehr und ihrer führenden Persönlichkeiten diskutiert. Strikt lehnten es Langoth und Foppa ab, mit Starhemberg zusammenzuarbeiten, während sie Fey nicht erwähnten. Dollfuß gab zu, daß Starhemberg »etwas schwierig, impulsiv, sprunghaft« sei und er ihn auch deshalb nicht in die Regierung genommen habe. Fey hingegen sei »ein anständiger Mensch«. Beiden halte er, da sie ihn »in der Not gestützt« hätten, aber »unbedingt die Treue«, auch wenn dies »vom politischen Standpunkte aus lächerlich erscheinen mag«.

Im allgemeinen wie im Detail zeigte schon die erste Begegnung zwischen Dollfuß, Langoth und Foppa deutlich die eng begrenzten Mög-

lichkeiten einer Verständigung. Wohl schien Dollfuß ein Ausgleich erstrebenswert, da ihm an einer Beilegung des Konfliktes mit Deutschland lag, aber der Preis, den man innenpolitisch dafür von ihm verlangte, war ihm in mancher Beziehung zu hoch. Im Grunde hatte sich Dollfuß von seinem alten Gedanken, mit dem Reich zu einer Einigung zu kommen, ohne deswegen mit dem Nationalsozialismus paktieren zu müssen, nicht entfernt, ebensowenig wie umgekehrt die Nationalsozialisten davon abließen, eine außenpolitische Entspannung nur als »Prämie« für innenpolitische Konzessionen der österreichischen Regierung zu gewähren. Dieses Motiv, das während des Sommers 1933 die deutsch-österreichische Kraftprobe ständig verschärft und ausgedehnt hatte, begann nun auch von vornherein die Suche nach einem Ausgleich zu belasten. Entsprechend vorsichtig war denn auch die Reaktion des österreichischen Bundeskanzlers auf die Verständigungsaktion insgesamt. Zwar sagte er Langoth und Foppa zum Abschied zu, »daß er für die Dauer der Mission Langoth und Foppa mit niemandem verhandeln werde«, und versprach auch »die nötigen Visa« für die Reise der beiden Unterhändler nach Deutschland; aber er gab ihnen weder einen ausdrücklichen Verhandlungsauftrag noch gar eigene Vorschläge mit.

In Margarethenbad hatten Habicht, Langoth und Foppa in fünf Punkten festgelegt, wie nach ihrer Meinung die Verständigung aussehen sollte. Nach dem ersten Gedankenaustausch mit Dollfuß war man nicht nur diesem Ziel kaum nähergekommen, sondern Dollfuß hatte auch wegen des Weges, der zu diesem Ziel führen sollte, Bedenken angemeldet. Daß diese Vorbehalte nicht eine persönliche Marotte Dollfuß' waren, sondern ernsten politischen Erwägungen entsprangen, beweist allein die Tatsache, daß ein Mann sie teilte, der in Österreich und auch im Bewußtsein der Nationalsozialisten als Gegenspieler von Dollfuß galt: der österreichische Gesandte in Rom, Anton Rintelen.

Dollfuß hatte Rintelen Anfang September auf den Gesandtenposten in Rom abgeschoben, um sich eines innenpolitischen Rivalen zu entledigen. Rieth, der diese Entscheidung am 10. September in einem ausführlichen Bericht kommentierte⁶², sah darin eine »Schlappe« für Rintelen, der »nicht nur ein erfahrener und gewandter, sondern auch ein sehr verschlagener Politiker« sei⁶³. Rieth hielt es angesichts der »Wendigkeit« Rintelens allerdings für »unwahrscheinlich«, daß dieser »seinen Kampf um die Macht gegen Dollfuß aufgeben« werde, sondern womöglich könne »die erlittene Schlappe seine Kampfeslust eher steigern als vermindern«. Aus dem politischen Ehrgeiz Rintelens glaubte

Rieth »auch für unsere Politik gewisse Folgerungen« ziehen zu können. Der Gesandte meinte, Rintelen werde sich in Rom entweder der »derzeitigen italienischen Politik anpassen« oder aber »versuchen . . . , Mussolini für ein Einlenken in Österreich gegenüber den Nationalsozialisten . . . zu gewinnen«. Für welche dieser beiden Möglichkeiten sich Rintelen, »der stets nur diejenige Politik verfolgt hat, die ihm im Augenblick gerade für seine Ziele die zweckmäßigste schien«, entscheiden würde, wagte auch Rieth nicht vorauszusagen. Allerdings hielt es Rieth für »sehr zweckdienlich«, daß Hassell »gute Beziehungen« zu Rintelen anknüpfte, damit der ehrgeizige Österreicher »das Gefühl gewänne, von der deutschen Politik unterstützt zu werden«. Rieths listenreiche Ratschläge für den Umgang mit dem listenreichen Rintelen blieben vorerst ohne Resonanz ⁶⁴.

Die ersten Schritte in Richtung einer Verständigung machte vielmehr Rintelen noch vor seiner Amtsübernahme von sich aus. Er empfing am 4. und 5. September den Chefredakteur der »Münchener Zeitung«, Beckmann, zu zwei ausführlichen Gesprächen ⁶⁵. Rintelen bat Beckmann, »Habicht mitzuteilen, daß er sich für eine Verständigung in dem deutsch-österreichischen Konflikt einsetze«. Die Modalitäten einer solchen Verständigung beurteilte Rintelen wie Dollfuß. Er hielt es »nicht für möglich, eine erste einleitende Besprechung etwa zwischen Dollfuß und den Nationalsozialisten in die Wege zu leiten«. Die »erste Fühlungnahme müsse zwischen Dollfuß und einem Mitgliede der Reichsregierung, am besten Herrn Reichsminister von Neurath, stattfinden«. Rintelen schlug ein Treffen »ohne besonderes Aufsehen« in Rom vor. Rintelen sah sehr wohl die Schwierigkeit, »daß Dollfuß sich nicht mit dem deutschen Reichsaußenminister über die innerpolitische Ordnung in Österreich unterhalten könne«, er glaubte jedoch, Dollfuß werde »dann auch mit den Nationalsozialisten direkt verhandeln«, wenn Neurath ihm raten würde, im Interesse einer Verständigung sich »mit den Nationalsozialisten in Österreich auseinanderzusetzen«. Ehe diese Verhandlungen beginnen könnten, müsse freilich die NSDAP in Österreich »eine rein österreichische Führung« erhalten, indem Habicht eingebürgert werde oder eine »doppelte Staatsbürgerschaft« annehme.

Die Anregung Rintelens, sich einbürgern zu lassen, machte sich Habicht als »einzig möglichen Weg« zu eigen ⁶⁶, den Vorschlag hingegen, die Kontakte auf einer offiziellen Ebene zwischen Dollfuß und Neurath einzuleiten, lehnte Habicht »als unzweckmäßig« ab ⁶⁷. – Es gilt festzuhalten, daß Rintelens Versuch, bei einem Ausgleich mitzuwirken,

sich noch nicht gegen Dollfuß richtete, sondern vielmehr auf der auch vom österreichischen Bundeskanzler verfolgten Linie lag, die darauf hinauslief, wenigstens die Eröffnung der Verhandlungen auf dem amtlichen, zwischenstaatlichen Wege abzuwickeln. Zwar war Dollfuß über die Aktivität seines Gesandten in Rom nicht unterrichtet⁶⁸, doch war ihm von Rintelen in dessen Plänen eine Schlüsselstellung zgedacht. Noch hatten sich die Erwartungen, die Rieth in Rintelen gesetzt hatte, nicht bestätigt; noch war der Gesandte ein loyaler Gefolgsmann seines Kanzlers.

Rintelens Initiative bestätigte, wie weit die Verhandlungen Mitte Oktober noch von einer Annäherung in sachlichen Fragen entfernt waren. Prozedurale Gesichtspunkte begannen immer mehr an Gewicht zu gewinnen und ließen detaillierte Sachverhandlungen noch gar nicht zu. So stand auch das nächste Gespräch zwischen Habicht, Langoth und Foppa am 20. Oktober in München fast ausschließlich im Zeichen der Erörterung des Verhandlungsverfahrens⁶⁹. Da Habicht durch die Äußerungen Dollfuß' und Rintelens seine Zuständigkeit in Frage gestellt sah, betonte er »auf das bestimmteste, Verhandlungen über eine innenpolitische Befriedung könnten nur mit ihm geführt werden, er besitze die Vollmacht Hitlers«. Die Spekulationen um »andere Strömungen in der Bewegung der NSDAP« seien »haltlose Gerüchte«⁷⁰. Alle Versuche, einen Ausgleich »mit Hitler direkt« herbeizuführen, würden an ihn (Habicht) »verwiesen«, da er sich mit Hitler »in der Auffassung über die Bereinigung der österreichischen Fragen sowie über den Weg in voller Übereinstimmung« befinde. Deshalb könnten auch, so vereinbarten Habicht, Langoth und Foppa, »die abschließenden Verhandlungen . . . nur mit Habicht selbst, durch Dollfuß oder einen Bevollmächtigten« geführt werden⁷¹. Zur Unterstreichung der Unumgänglichkeit Habichts wurde hinzugefügt, daß eine Entspannung »nur auf innenpolitischem Wege« eingeleitet werden könne: »Die außenpolitischen Konsequenzen zwischen Österreich und Deutschland sind nach Herstellung des inneren Friedens eine zwangsläufige Konsequenz.« Um Dollfuß gar nicht erst Gelegenheit zu geben, nach anderen Wegen Ausschau zu halten, drohte Habicht, daß eine »mutwillige Verzögerung . . . die Verhandlungsbereitschaft der NSDAP in Frage stellen« würde.

Die Unterredung vom 20. Oktober macht sichtbar, wie eifersüchtig Habicht sein Verhandlungsmonopol zu verteidigen suchte. Die augenfällige Empfindlichkeit des Landesinspektors ist nicht gerade ein Zei-

chen für selbstsichere Gelassenheit. Ängstlich überprüfte Habicht alle Andeutungen, die darauf hinzuweisen schienen, daß um ihn herum verhandelt wurde⁷². Habicht deutete den Stand der Verhandlungen betont optimistisch als »außerordentlich aussichtsreich«⁷³, und er tat alles, um sie auf seine Person zu konzentrieren und keine Zwischenfälle eintreten zu lassen. Am 21. Oktober rief er seine sämtlichen Gauleiter nach München und ermahnte sie »in schärfster Form . . ., daß er sie persönlich dafür haftbar mache, daß auch nicht der geringste Zwischenfall in Österreich in den nächsten Wochen passiere«. Er könne »gute Absicht und guten Willen« seiner Unterführer – offenbar die Motive mancher nationalsozialistischer Übergriffe in Österreich – nicht mehr gelten lassen, sondern werde »gegen jeden, der nicht pariere, in schärfster Weise vorgehen«⁷⁴. Das Auswärtige Amt ersuchte Habicht, »alles zu vermeiden, was etwa die Österreicher als Stärkung ihrer Stellung auslegen könnten«.

Hier muß eingefügt werden, daß man in der Wilhelmstraße sich seit dem Abflauen des Kampfes in der Österreich-Frage vollkommen passiv verhalten hatte. Mit der Frage einer Verständigung befaßte sich das Auswärtige Amt – wenn man von den gescheiterten Kontaktversuchen in Genf zwischen Dollfuß und Neurath und den Sondierungen des Prinzen Hohenlohe absieht – überhaupt nicht in eigener Initiative. Die Verständigungsbemühungen liefen wohl mit Wissen, aber ohne direkte Beteiligung des Auswärtigen Amtes. Zwischen dem Auswärtigen Amt und Habicht waren die Modalitäten eines Ausgleichs vor Beginn der Kontaktsuche »besprochen« worden⁷⁵. Dabei wurde offenbar vereinbart, daß für die Führung der Verhandlungen allein Habicht zuständig sei, eine Regelung, die sicher nicht ohne Beteiligung Hitlers zustande kam⁷⁶. Habicht wollte denn auch »mit dem AA völlig konform gehen« und die Wilhelmstraße »genauestens über seine Verhandlungen auf dem laufenden halten«⁷⁷. Eigene Ratschläge oder auch nur Anregungen steuerte das Auswärtige Amt nicht bei, Habichts meist telefonische Berichte über den Fortgang seiner Verhandlungen – die vorwiegend von Hüffer aufgenommen wurden – durchliefen den Dienstweg über Köpke und Bülow zu Neurath, ohne je irgendeinen Kommentar zu finden.

Einerlei, ob man das Beiseitestehen des Auswärtigen Amtes als selbstgewählte Zurückhaltung oder als erzwungene Ausschaltung deuten will, in jedem Fall steht fest, daß von deutscher Seite die Führung der Verhandlungen ausschließlich Habicht vorbehalten war und folglich auch

ihr Ausgang – Erfolg oder Mißerfolg – in seine Verantwortung fiel. Habicht stand, nachdem der von ihm immer wieder ermunterte und erwartungsfroh gesteigerte Kampf der vergangenen Monate den Sieg nicht gebracht hatte, nun vor einer zweiten Bewährungsprobe, mit der sein persönliches Prestige verbunden war. Es erscheint wichtig, auch diese psychologische Position des Landesinspektors festzuhalten, da sie seinen eifersüchtigen Umgang mit der Verhandlungsvollmacht erklärt und in ihr schon die Krise vorbereitet wird, in die Habicht bald geraten sollte.

Am 25. Oktober kamen Langoth und Foppa in Wien wieder mit Dollfuß zusammen. Der österreichische Bundeskanzler zog diesmal auch den Staatssekretär Gleißner, seinen Vertrauten in der Verständigungsfrage, hinzu⁷⁸. Langoth und Foppa behaupteten eingangs, sie hätten sich um ein Treffen mit Hitler oder Heß bemüht, seien aber von »seriöser Seite« erneut an Habicht verwiesen worden⁷⁹. Habicht werde auch »beim endgültigen Abschluß direkt als Partner in Erscheinung treten« müssen, da die NSDAP den »Hauptteil« der Nationalen Kampffront darstelle. Es sei ferner unumgänglich, »im Zuge der Befriedung Habicht einzubürgern und ihm so die Möglichkeit der ungehinderten Geschäftsführung der NSDAP in Österreich zu schaffen«. Noch ehe Dollfuß auf die angesprochenen Einzelheiten einging, betonte er seine »Absicht, die einmal aufgenommenen Fäden nicht abreißen zu lassen«, und ersuchte die beiden Unterhändler, »die Mission weiter zu behalten«, »wenn auch Auffassungsgegensätze... zutage treten sollten«.

Im einzelnen meinte Dollfuß zwar, »daß die Berufung einzelner Vertreter der Nationalen Kampffront, auch ausgesprochener Mitglieder der NSDAP, keinen Schwierigkeiten begegnen werde«. Gegen die Einbürgerung Habichts erhob Dollfuß aber die »schwersten Bedenken«. Sie sei »vom außenpolitischen Standpunkte... kaum tragbar«, denn mit ihr würde ein Mann, der »während der ganzen Zeit des Konfliktes... auch persönlich in diesem Kampf sich in schärfster Form beteiligt hat, in den Vordergrund gestellt«. Gleißner zeigte sich besorgt über die beabsichtigte Wiedezulassung der NSDAP, weil sie »unter Umständen... zum Wiederaufleben der alten Parteien« führen könne. Auch die von Langoth und Foppa verlangte Amnestie und Rückkehr der Emigranten nannte Dollfuß »schwere Dinge«, für deren Erfüllung »eine gewisse Zeit« gelassen werden müsse wegen der »psychologischen Vorbereitung«.

Von der sachlichen Unergiebigkeit des Gespräches offenbar ent-

täuscht, suchten Langoth und Foppa der Unterhaltung neuen Auftrieb und den Schein der Dringlichkeit zu geben, indem sie die »intensiven Bemühungen« der Heimwehr um die Nationalsozialisten aufdeckten, die »die Herstellung einer gemeinsamen österreichisch-faschistischen Front herbeizuführen beabsichtige«. Die Bemühungen der Heimwehr würden nur dann »zu keinem Ziele führen, wenn die Kampffront zu einer Einigung gelangt«. Andernfalls sei es sehr unsicher, wie sich »die Dinge auf dem andern Gleis« entwickeln würden⁸⁰. – Zu ihrer Enttäuschung mußten Langoth und Foppa erfahren, daß Dollfuß von den Kontakten zwischen der Heimwehr und den Nationalsozialisten wußte. Dollfuß duldete sie sogar bewußt, denn er sah »schon voraus, daß die Heimwehr mir entgegentreten wird, wenn ich mit der Nationalen Kampffront einmal abschließen sollte. . . Je weiter die Verhandlungen der Heimwehr vorangetrieben werden, desto leichter wird es mir, ihnen mit den eigenen Waffen zu begegnen«.

Das einzige wirkliche Resultat der Unterredung bestand darin, daß beide Seiten vereinbarten, bis zur nächsten Besprechung »Punktationen« auszutauschen, in denen die Bedingungen für einen »stillen Waffenstillstand« festgelegt sein sollten. In der dringlichsten Frage, dem Problem des Verhandlungsweges, war man nicht weitergekommen. Zwar erklärte Dollfuß abschließend »mit starker Unterstreichung, er wünsche, daß Foppa und Langoth die Verhandlungen fortsetzen«, aber er wollte ihnen »noch nicht den Auftrag geben, mit Habicht in Verhandlung zu treten«. Salomonisch faßte Dollfuß seinen Standpunkt in der Feststellung zusammen, »daß die Herren weiter verhandeln sollen und (er – Dollfuß) überlasse ihnen, mit welcher Persönlichkeit sie in Verbindung treten«.

Man wird aus dieser letzten Formulierung schließen dürfen, daß sich Dollfuß mit dem Gedanken, Habicht sei unumgänglich, offenbar langsam anzufreunden begann. Andererseits deutet sie einen sozusagen letzten Versuch an, Habicht doch noch auszuschalten. Zwar machte Dollfuß keinerlei Andeutungen über den von ihm geplanten Weg, doch seine aufrechterhaltene Weigerung, Habicht als Verhandlungspartner anzuerkennen, beweist, daß Dollfuß Möglichkeiten zu haben glaubte, wenngleich sie ihm nicht so sicher schienen, daß er die Verbindung über Langoth und Foppa zu Habicht schon aufgeben wollte.

Zwei Chancen boten sich Dollfuß Ende Oktober 1933, Habicht zu umgehen und mit Berlin direkt ins Gespräch zu kommen: die Wie-

ner Sondierungen des Vorsitzenden des Berliner Herrenklubs, von Alvensleben, und ein Verständigungsplan des Auslandspressechefs der NSDAP, Ernst Hanfstaengl. – Hanfstaengl hatte durch einen Vertrauensmann dem österreichischen Gesandten Tauschitz ein »Neun-Punkte-Programm« für eine Befriedung vorlegen lassen⁸¹, wobei Tauschitz angedeutet wurde, daß dieses Programm »sicher in Übereinstimmung mit Hitler« abgefaßt worden sei. Der Plan Hanfstaengls sah vor, »daß sich die Reichsregierung bzw. die NSDAP im Reiche von der österreichischen Bruderpartei löst, zurückzieht und ihr jede weitere Unterstützung versagt«. Von der österreichischen Regierung verlangte das Programm nicht, »das Verbot der NSDAP aufzuheben, sondern (sie sollte) auch alle anderen Parteien... verbieten«. Diese Vorschläge entsprachen den maximalen Vorstellungen von Dollfuß; und Tauschitz wurde sofort von seiner Regierung angewiesen, er solle mit Neurath »in Verhandlungen über dieses Programm eintreten«. Neurath lehnte indessen jede Diskussion des Programms, das ihm unbekannt war, ab und trug Hitler die Angelegenheit vor. Hitler bezeichnete die Vorschläge Hanfstaengls als eine »Idiotie« und wies seinen Auslandspressechef »in schärfster und nicht zu überbietenden Form zurecht«.

Obwohl die Einzelheiten des Planes von Hanfstaengl sich nicht mehr rekonstruieren lassen, erscheint es verständlich, daß Dollfuß auf diese Initiative »gewisse Hoffnungen gebaut« hat⁸², da sowohl das Verhandlungsziel – keine Wiederbetätigung der NSDAP in Österreich – als auch der Verhandlungsweg – die diplomatische Ebene – seinen Wünschen entgegenkamen. Ende Oktober mußte Dollfuß jedoch einsehen, daß seine in die Aktion Hanfstaengls gesetzten Erwartungen enttäuscht wurden⁸³. Um so bereitwilliger griff der österreichische Bundeskanzler eine weitere Möglichkeit zu einer direkten Verständigung mit Berlin auf.

Während der letzten Oktober-Woche⁸⁴ hielt sich Werner von Alvensleben in einer Privatangelegenheit⁸⁵ in Wien auf und hatte anläßlich seines Besuches »Gelegenheit... den Vizekanzler Fey und den Generalsekretär Peter zu sprechen«. Sowohl Fey als auch der für die auswärtigen Angelegenheiten im Bundeskanzleramt zuständige Peter kamen »ohne sein Zutun auch auf die derzeitige politische Situation zu sprechen«, wobei Alvensleben nach seinen eigenen Angaben sich »jeder Äußerung pro oder contra« enthielt und seine Stellung als »Privatmann« betonte. Fey ließ sich dennoch von einer eingehenden Er-

örterung der Verständigungsfrage nicht abhalten. Der österreichische Vizekanzler verlangte von Deutschland zunächst die »Einstellung der Feindseligkeiten« gegenüber Österreich, außerdem eine rein »österreichische NSDAP mit österreichischen Führern«. Dabei hatte Fey »gegen die Auswahl dieser österreichischen Führer durch den deutschen Kanzler, sofern dies nicht offiziell geschehe, nichts einzuwenden«. Allerdings »wehrte er sich gegen den Herrn Habicht, über den er sehr bittere Worte äußerte«.

Die erste politische Aufgabe nach erfolgter Einigung sah Fey darin, »gemeinsam ein Kabinett (zu) bilden und nach kurzer Zeit zu Neuwahlen (zu) schreiten«. Dem Wahlergebnis entsprechend werde dann die NSDAP eine angemessene »Stellung im Kabinett, evtl. sogar die Führung bekommen«. – Die Äußerungen des Generalsekretärs Peter bewegten sich – nach Alvensleben – »in denselben Gedankengängen«. – Unmittelbar nach seiner Rückkehr berichtete Alvensleben am 28. Oktober über seine Gespräche im Auswärtigen Amt⁸⁶. Bülow-Schwante, der Alvenslebens Bericht entgegennahm, enthielt sich jeder eigenen Stellungnahme. Am 31. Oktober wurde Habicht durch Hüffer über die Wiener Besprechungen Alvenslebens »auszugsweise« unterrichtet⁸⁷. Der Landesinspekteur sah ein weiteres Mal sein Verhandlungsmonopol in Gefahr, wandte sich sofort an Hitler und setzte durch, daß Alvensleben jede weitere Ausreise nach Österreich verboten wurde⁸⁸, damit er nicht »in Wien weiterhin falsche Hoffnungen erwecken« konnte⁸⁹. Alvensleben bemühte sich in den nächsten Wochen vergeblich, ein Visum zu erhalten, um wenigstens an der Gerichtsverhandlung gegen seinen Sohn teilzunehmen⁹⁰, obwohl er beteuerte, daß er nicht beabsichtige, »irgendwelche politischen Gespräche zu führen«.

Die tatsächliche Tragweite der Aktion Alvenslebens ist schwer abzuschätzen. Habicht dramatisierte die Angelegenheit offenbar, wenn er davon sprach, Alvensleben habe versucht, in Wien »im Sinne des Neunpunkteprogrammes (Hanfstaengls) und der Befriedung durch Verständigung der beiden Regierungen« tätig zu werden. Habicht unterstellte außerdem, Alvensleben habe das Auswärtige Amt »für eine Lösung ohne mich . . . gewinnen« wollen⁹¹. In den Akten findet sich kein Hinweis darauf, daß Alvensleben zweimal mit Hüffer zusammentraf⁹² – einmal im Auswärtigen Amt und einmal bei einem Frühstück –, wobei Alvensleben »interessante Dinge« zu erzählen versprach. Diese Mutmaßungen dürften der mißtrauischen Phantasie Habichts ent-

sprungen sein, zumal gerade Hüffer es war, der ihn auf Alvenslebens Aktion zuerst aufmerksam machte.

Habichts Argwohn ging in die falsche Richtung. Wenn Alvensleben überhaupt irgendeinen Auftrag besaß, in Wien zu sondieren, dann nicht vom Auswärtigen Amt, sondern eher von der SA. Habicht wußte zwar, daß Röhm die Österreich-Reise Alvenslebens ermöglicht hatte⁹³, er wußte jedoch nicht, daß Alvensleben nach seiner Rückkehr nicht nur dem Auswärtigen Amt, sondern auch dem ihm »befreundeten Stabschef Roehm« über seine Gespräche mit Fey und Peter Bericht erstattet hatte⁹⁴. Da nicht festzustellen ist, ob Röhm Alvenslebens Österreich-Reise förderte, um durch ihn Informationen aus österreichischen Regierungskreisen sammeln zu lassen, oder ob Alvensleben nach seiner Rückkehr den SA-Stabschef nur zufällig informierte, weil er mit ihm befreundet war, wäre es voreilig, wenn man davon ausginge, daß sich schon hier innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung Kräfte zeigten, denen daran lag, Habicht auszumanövrieren.

Auszuschließen ist eine solche Annahme allerdings nicht. Otto Wächter, der sich als eines der wenigen Mitglieder der Landesleitung auch während dieser Zeit in Österreich aufhielt und an den »Verhandlungen mit österreichischen Regierungsmitgliedern zwecks Abschlusses eines politischen Abkommens mit der Partei« beteiligt war⁹⁵, berichtete später, er habe »mehrfach eine, offensichtlich aus der Partei selbst stammende Gegenwirkung feststellen müssen«.⁹⁶ Von den österreichischen Regierungsmitgliedern, mit denen er Verbindung hielt, sei ihm »wiederholt« bedeutet worden, daß die von ihm gestellten »Bedingungen der politischen Leitung . . . viel ungünstiger als die anderer maßgeblicher nationalsozialistischer Stellen« seien. In Einzelfällen sei ihm sogar ausdrücklich gesagt worden, »die SA-Führung wäre bedeutend entgegenkommender«.

Angesichts der schon im Sommer 1933 anwachsenden Spannung zwischen der Partei und der SA⁹⁷ wird man mindestens als möglich annehmen müssen, daß sich Wächters Erfahrungen auch auf die Verhandlungen im Herbst 1933 beziehen, zumal Wächter – ohne präzise zu datieren – seine Eindrücke vom »Zeitpunkt des Verbots der NSDAP in Österreich im Juni 1933« an schildert. Aber auch unabhängig von der Frage, ob sich Wächters Klagen über die »Politik des Gegeneinander« zwischen der politischen Führung der Partei und der SA schon auf den hier behandelten Zeitraum beziehen, bleibt die Tatsache bestehen, daß die Versuche Hanfstaengls und Alvenslebens, Habicht zu

umgehen, von nationalsozialistischen Kreisen ausgingen oder mindestens geduldet wurden. Wie schon in der Phase des Kampfes sich gewisse Zeichen der Uneinigkeit zwischen Partei und SA gezeigt hatten, so wurden auch im Stadium der Verständigungsversuche einander entgegenlaufende und konkurrierende Tendenzen unter den Nationalsozialisten selbst sichtbar. Freilich war Habichts Stellung noch zu sicher und sein Kredit bei Hitler noch groß genug, um diese interne »Opposition« niederzuhalten.

Immerhin aber ermutigten diese Vorgänge, die auch auf österreichischer Seite aufmerksam registriert wurden⁹⁸, Dollfuß zu einem Versuch, von sich aus eine Verständigung unter Ausschluß Habichts herbeizuführen. »Am späten Abend des 30. Oktober 1933«⁹⁹ beauftragte Dollfuß seinen Justizminister Schuschnigg, zu einer »politischen Besprechung nach München zu reisen«. Der Bundeskanzler gab an, »ein Bekannter habe ihn informiert, daß mit Wissen des Reichskanzlers und auf Aufforderung maßgebender Kreise der NSDAP... eine Aussprache mit einem bevollmächtigten Vertreter des österreichischen Bundeskanzlers vorbereitet« worden sei. Dollfuß bezeichnete es als den »Zweck dieser Aussprache... in erster Linie den beiderseitigen Standpunkt zu klären und den Boden vorzubereiten für eine etwaige Fortsetzung des Gespräches, das Dollfuß mit Hitler persönlich führen« wolle. Dieser Zielsetzung entsprechend, erhielt Schuschnigg von seinem Kanzler »keinen Auftrag zu konkreten Verhandlungen«. Eine Stunde später saß Schuschnigg schon im Zug nach München.

In München angekommen, mußte Schuschnigg aber feststellen, »daß die Voraussetzungen der Reise nicht zutreffend waren«. Zwar wurde er »erwartet« und auch von Himmler zu Heß geführt, doch Heß war »über den Zeitpunkt meines Kommens erstaunt«. Wie sich schnell herausstellte, hatte Hitler »von der Begegnung offenbar überhaupt keine Kenntnis«. Statt dessen wußte jener Mann von Schuschniggs Kommen, auf dessen Mitwissen von österreichischer Seite gewiß am wenigsten Wert gelegt wurde: Habicht. Schuschnigg gewann – obwohl Habicht bei seiner Unterredung mit Heß nicht anwesend war – den Eindruck, daß ohne Habichts »Dazutun ein Ergebnis von vornherein nicht zu erwarten stand«.

Heß und Schuschnigg konferierten »ungefähr eine Stunde« miteinander. Heß verlangte ein Ende der Diskriminierung der österreichischen Nationalsozialisten und eine Aufhebung des Parteiverbotes; Schuschnigg nannte eine Wiederzulassung der NSDAP »eine glatte Un-

möglichkeit . . . , über die eine Verhandlung von vornherein nicht stattfinden« könne, »weil die neue, beabsichtigte Verfassung und der ganze Aufbau des Staates keinerlei Parteien dulden«. Schuschnigg schloß allerdings »eine Mitarbeit der österreichischen Nationalsozialisten« nicht aus, »wenn sie bereit sind, in die allgemeine österreichische Front sich einzugliedern« und wenn von deutscher Seite anerkannt werde, »daß es sich hier um rein innerösterreichische Angelegenheiten handle«. – So endete die Unterredung mit einer bloßen Darlegung der gegenseitigen Standpunkte, ohne daß sich die Aussicht ergab, die durch Schuschnigg angeknüpfte Verbindung zu Hitler direkt zu verlängern. Abschließend wurde auch Schuschnigg erklärt, »daß Habicht nicht zu umgehen sei«¹⁰⁰.

Da sich die Vorgeschichte der Schuschnigg-Mission nicht rekonstruieren läßt, ist auch schwer zu sagen, wie sie sich in den Rahmen der zahlreichen Verständigungsbemühungen einfügt. Da Habicht über die Aktion »wohininformiert«¹⁰¹ war, ist anzunehmen, daß Habicht selbst hinter der Einladung steckte, um Dollfuß von authentischer Seite durch Heß bestätigen zu lassen, daß eine Lösung des Konfliktes nur über ihn, Habicht, möglich sei. Nach den ihn störenden Manövern von Hanfstaengl und Alvensleben mußte Habicht daran liegen, daß Dollfuß wieder nachdrücklich auf ihn als den einzigen Zuständigen hingewiesen wurde. Sowohl der Verlauf des Treffens Heß-Schuschnigg als auch die Tatsache, daß Habicht das Treffen nie im Zusammenhang mit den gegen seine Person gerichteten Störversuchen erwähnte¹⁰², beweisen mindestens, daß er die Münchner Zusammenkunft billigte, und machen es wahrscheinlich, daß er mithalf, sie herbeizuführen.

Schon einen Tag vor dem Treffen, am 30. Oktober, beurteilte Habicht die Möglichkeit, mit Dollfuß zu einer Einigung zu gelangen, wieder sehr zuversichtlich. Er teilte Hüffer mit, daß seine Kontakte zu Dollfuß »programmgemäß verlaufen«¹⁰³. Dieses positive Urteil entsprang freilich wieder mehr dem bekannten Zweckoptimismus Habichts als einer wirklich günstigen Sachlage. – Am 29. Oktober waren Langoth und Foppa nach ihrem wenig erfolgreichen Gespräch mit Dollfuß vom 25. Oktober wieder zur Berichterstattung bei Habicht in München erschienen¹⁰⁴. Angesichts der schwankenden Haltung des österreichischen Bundeskanzlers entschloß sich Habicht nun erst recht, auf eine schnelle Entscheidung zu drängen¹⁰⁵. Er übergab Langoth und Foppa »eine Reihe von genau formulierten Punkten« mit dem Auftrag, Dollfuß müsse nun »in bindender Form . . . über die Annah-

me oder Ablehnung« entscheiden ¹⁰⁶. Habicht legte folgende Forderungen fest ¹⁰⁷:

1. »Völlige Gleichberechtigung der beiden Partner, d. h. Zusammensetzung des neuen österreichischen Kabinetts zu je 50% durch die Gruppe Dollfuß bzw. Habicht, wobei Dollfuß den Posten des Bundeskanzlers und Habicht den eines mit erweiterten Rechten ausgestatteten Vizekanzlers bekommen würde.«

2. »Aufhebung des Verbots der Partei, der SA und SS, der nationalsozialistischen Presse.«

3. »Rückgängigmachung der erfolgten Ausweisungen und verhängten Strafen.«

4. »Einbürgerung« Habichts.

5. »Eröffnung des schärfsten Kampfes gegen den Marxismus.«

6. »Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zum Reich.«

Diese Forderungen, so verlangte Habicht weiter, müßten »als Ganzes von Dollfuß angenommen oder abgelehnt werden, wobei im einzelnen in der Formulierung noch Entgegenkommen gezeigt werden« könne. Habicht fügte drohend hinzu, »daß bei einer Ablehnung seiner Vorschläge der Kampf im vollen und verschärften Umfang wieder aufgenommen« werden würde.

Gegenüber den einen Monat zuvor in Margarethenbad festgelegten Bedingungen zeigen sich einige wesentliche Änderungen. Die »Ausschaltung der Heimwehr«, Ende September noch die Grundforderung der Nationalen Kampffront und eines der Hauptmotive der Verständigungsbemühungen überhaupt, war fallengelassen worden. Dieser Wandel dürfte sowohl eine Folge der Loyalität, mit der Dollfuß an der Heimwehr festzuhalten gedachte, als auch ein Resultat der direkten Kontakte zwischen Fey und den Nationalsozialisten gewesen sein; denn unter den sechs Punkten findet sich noch ein weiterer, der auf die Verhandlungen mit der Heimwehr, und nicht auf die mit Dollfuß, zurückgeht: der »Kampf gegen den Marxismus«. Er gehörte zu den von der Heimwehr wiederholt beschworenen gemeinsamen Interessen zwischen Heimwehr und Nationalsozialisten ¹⁰⁸. So mischten sich in den neuen Forderungen Gesichtspunkte, die in den Verhandlungen mit der Heimwehr aufgetaucht waren, mit Gedanken, die sich in den Kontakten mit Dollfuß ergeben hatten – wie z. B. der nunmehr völlige Verzicht auf das Verlangen nach Neuwahlen.

Dieser veränderten Basis einer Verständigung entsprechend, erscheint auch die formale Grundlage eines Ausgleichs völlig neu. War in Mar-

garethenbad noch von einer neuen Koalition der »Christlich-Sozialen Partei und der Nationalen Kampffront« die Rede, so sahen die neuen Vorschläge eine Regierungsbildung aus einer Gruppe Dollfuß und einer Gruppe Habicht vor, wobei Habicht ausdrücklich hinzufügte, Dollfuß sei »innerhalb des Rahmens seiner prozentualen Beteiligung völlig frei ... bei der Auswahl seiner Mitarbeiter«. ¹⁰⁹ Mit dem Abweichen von der Parteiebene und der Konzentrierung der Verständigung auf Dollfuß und seine eigene Person baute Habicht dem österreichischen Bundeskanzler nicht nur eine Brücke zur Heimwehr, sondern er nutzte zugleich Dollfuß' Loyalität für seine eigenen Zwecke. Habicht wußte sehr wohl von den politischen Differenzen zwischen Dollfuß und der Heimwehr. Indem er sich bereitfand, auch mit der Heimwehr zusammenzuarbeiten, wenn diese der Gruppe Dollfuß zugerechnet wurde, schuf er zugleich in dieser Gruppe selbst eine potentielle Opposition, die es ihm erleichtern konnte, innerhalb des paritätisch gebildeten Kabinetts selbst das politische Übergewicht zu erlangen. So fehlte der von Habicht geforderten Gleichberechtigung von vornherein das innere Gleichgewicht. Habicht hat diesen Hintergedanken nie offen ausgesprochen, wohl aber angedeutet ¹¹⁰.

Habichts Erwartung, Dollfuß mit seinen neuen Forderungen zu einer schnellen Entscheidung zu zwingen, erfüllte sich nicht. Die von Hanfstaengl und Alvensleben beim österreichischen Bundeskanzler wachgerufenen Hoffnungen, eine Verständigung auch unter Ausschluß Habichts erreichen zu können, zeigten noch Nachwirkungen. Zunächst verschob Dollfuß eine für den 3. November verabredete Zusammenkunft mit Langoth und Foppa »aus dringenden und bestimmten Gründen« ¹¹¹. Am 4. November ließ Dollfuß den beiden Vermittlern durch seinen Staatssekretär Gleißner sagen, daß er »Verhandlungen mit der Landesleitung in München ablehne« ¹¹². Langoth und Foppa unterbreiteten Gleißner dennoch die von Habicht festgelegten Forderungen, obwohl sie in der »Haltung Dollfuß' eine Gefährdung des Verständigungswerkes« erblickten. Gleißner seinerseits legte »die sachlichen Voraussetzungen, wie sie für eine Verständigung von Seite (sic) Dollfuß' gedacht sind« dar und überreichte diese »Vorschläge über Friedensbedingungen« auch in schriftlicher Form ¹¹³. Im einzelnen sah der von Gleißner überreichte Plan vor:

1. »Einigung über ein österreichisches Erneuerungsprogramm.

a) Selbständigkeit Österreichs bei Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes.

b) Autoritäre Staatsführung.

c) Keine Wahlen vor der Verfassungsreform, über deren Grundzüge ein Einvernehmen herbeizuführen ist.

2. Überwindung der Parteien durch eine einheitliche österreichische Erneuerungsbewegung. (Kampf gegen links.)

3. Gleichberechtigung der Fronten, solange irgendwelche vorhanden sind und sich betätigen.

4. Amnestie und Lösung der Emigrantenfrage in Etappen.

5. Regierungsbeteiligung der nationalen Kampffront. Die Umbildung der Regierung kann nur etappenweise erfolgen. Anfangs könnten auch nicht die politischen Führer im Kampfe und keine Emigranten, sondern nur Vertrauensleute der Front in die Regierung eintreten.«

Die beiden großdeutschen Unterhändler meinten angesichts dieses Programms, »hinsichtlich der programmatischen Voraussetzungen« bestünden »keine unüberwindlichen Unterschiede«. Gegensätzlich sei lediglich, daß man von österreichischer Seite eine Lösung »in Etappen« vorschlage, während die NSDAP »eine sofortige Erfüllung in der Gänze« verlange. »Bei direkten Verhandlungen« werde man sich wohl einigen können, und so sei es »das Wichtigste . . ., daß diese direkten Verhandlungen einmal aufgenommen werden«. Damit war man wieder bei der strittigen Frage des Verhandlungsweges. In der Sache selbst, wie sie sich in den beiden ausgetauschten Programmen spiegelte, sah offenbar auch Gleißner durchaus Ausgleichsmöglichkeiten, denn er kündigte abschließend an, er wolle die Frage des Verhandlungswegs »noch einmal mit Dollfuß besprechen«, weil man doch überlegen müsse, »ob dieses Versöhnungswerk an Personenfragen scheitern solle«.

In der Tat bestand zwischen der Zielsetzung beider Ausgleichsprogramme kein grundsätzlicher Unterschied. Die von beiden Seiten angestrebten Ziele entsprachen sich weitgehend, wengleich von österreichischer Seite die mit der Verfassungsreform zusammenhängende Überwindung der Parteien in den Vordergrund gestellt wurde, während von nationalsozialistischer Seite auf die Wiederezulassung der eigenen Parteitätigkeit besonderer Wert gelegt wurde. Neben den schon von Langoth und Foppa erwähnten unterschiedlichen Vorstellungen über die zeitliche Abwicklung der einzelnen Maßnahmen war dies der einzige bemerkenswerte Gegensatz. Die sachliche Annäherung der gegenseitigen Standpunkte wurde indessen überschattet von dem Gegensatz über den Weg zur Verständigung. Je näher sich beide Seiten während der

Verhandlungen in der Sache gekommen waren, desto weiter entfernten sich ihre Standpunkte in Formfragen.

Es gelang Gleißner nicht, Dollfuß für eine Akzeptierung des Verhandlungsweges über Habicht zu gewinnen. »Nach wiederholter Rücksprache« mit Dollfuß teilte der österreichische Staatssekretär Langoth und Foppa am 13. November mit, daß Dollfuß Verhandlungen mit Habicht als »undiskutabel« abgelehnt habe¹¹⁴. Zwar sei Dollfuß »jederzeit bereit, mit der Nationalen Kampffront Verhandlungen zu führen und auch abzuschließen, wenn diese . . . selbständig und unabhängig in ihren Entschließungen von Faktoren des Deutschen Reiches« sei. Auch »direkte Verhandlungen namens der österreichischen Regierung mit der deutschen Reichsregierung, bzw. mit deren Kanzler« waren Dollfuß recht, und er ließ Gleißner sogar mitteilen, daß dabei gegebenenfalls »auf die verschiedenen Vorschläge zurückgekommen werden« könne. Wie Gleißner erklärte, sei Dollfuß »friedensbereit«, werde aber »den Dingen freien Lauf« lassen, »wenn Verhandlungen ohne die Landesleitung in München abgelehnt werden«.

Mit dieser Entscheidung Dollfuß' waren die Verständigungsbemühungen zunächst auf ein totes Gleis geraten. Zwar hielten Gleißner, Langoth und Foppa auch in den nächsten Wochen noch Kontakt miteinander¹¹⁵, aber neue Gesichtspunkte ergaben sich nicht. – Am 14. November teilten Langoth und Foppa den negativen Ausgang ihrer Bemühungen mit, und auch Habicht mußte resignierend feststellen, »daß bei dieser Sachlage wohl die Verhandlungen zu einem vorläufigen Ende gekommen« seien und fügte hinzu, Dollfuß möge »den Weg, den er für gangbar hält, versuchen«¹¹⁶. Ironischerweise erschienen gerade während dieser Unterhaltung Frau Rigele und Frau Hueber, zwei Schwestern Görings, und brachten – nachdem Habicht ihnen Langoth und Foppa vorgestellt hatte – »den lebhaften Wunsch zum Ausdruck«, daß »bald eine Verständigung« gelingen möge.

Die erste Phase der Verständigungsbemühungen endete mit Dollfuß' Entscheidung, eine Lösung nicht über Habicht zu suchen. Wie schon bei der gescheiterten Kontaktsuche zu Neurath in Genf, bieten auch die über Langoth und Foppa angeknüpften Kontakte im Oktober 1933 ein eher schillerndes Bild der Absichten des österreichischen Bundeskanzlers. Zwar ist Dollfuß' Bemühen, einen Ausgleich herbeizuführen, während der ganzen Zeit deutlich erkennbar, ebenso offensichtlich ist jedoch seine Unsicherheit in der Wahl des Weges, der zu dieser Verständigung hätte führen sollen. Überwogen bei Dollfuß zunächst in der

ersten Unterredung mit Langoth und Foppa die Bedenken gegen eine Vereinbarung mit Habicht ganz offensichtlich, so ließ Dollfuß bei der zweiten Begegnung diese Frage weitgehend offen, womit sich eine gewisse, wenn auch durchaus nicht vorbehaltlose Nachgiebigkeit gegenüber den Nationalsozialisten zeigte. Schließlich verstärkten sich die ursprünglichen Bedenken des österreichischen Bundeskanzlers wieder¹¹⁷. Doch auch noch in jenem Augenblick, als dieser Sinneswandel bei Dollfuß schon weitgehend feststand, ließ er durch Gleißner noch ein Verständigungsprogramm übermitteln, von dem er wissen mußte, daß es in Habichts Hände geraten würde.

Die Unentschlossenheit Dollfuß' ist nicht allein durch jene Sondierungen zu erklären, die bei ihm die Hoffnung auf eine Umgehung Habichts wecken konnten, obgleich sie sicher psychologisch zu seiner Absage an Habicht beitrugen. Dollfuß lehnte aber Habicht als Verhandlungspartner in einem Augenblick ab, in dem er nicht mehr damit rechnen konnte, daß andere Wege als der über Habicht noch zum Ziel führen würden. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß nach den gescheiterten Projekten von Alvensleben und Hanfstaengl noch irgendwelche Möglichkeiten der Verständigung ohne Habicht offenstanden, zumal Hitler sich inzwischen »in schärfster Form gegen die Einmischung, die in letzter Zeit von verschiedenen Privatpersonen in die deutsch-österreichische Politik erfolgt ist, ausgesprochen« hatte¹¹⁸. Dollfuß' Schwenkung entzieht sich somit weitgehend einer politisch-taktischen Motivation.

Es ist auch weder ein innen- noch ein außenpolitischer Druck erkennbar, dem der österreichische Bundeskanzler mit seiner Absage an Habicht nachgab. Die Heimwehr, mit deren Widerstand der österreichische Bundeskanzler rechnete, hatte Dollfuß inzwischen in sein Verständigungsprojekt eingebaut, indem er z. B. durchsetzte, daß Fey auch in einem mit den Nationalsozialisten gebildeten Kabinett weiter mitarbeiten sollte und indem er sich selbst Grundforderungen der Heimwehr – wie etwa den »Kampf gegen links« – zu eigen machte¹¹⁹. Auch für einen hemmenden italienischen Einfluß fehlt jedes Anzeichen. Im Gegenteil, Mussolini zeigte »lebhaftes Interesse für eine baldige Lösung«¹²⁰. Obwohl Dollfuß selbst für seine Schwenkung »ausenpolitische Gründe« angab¹²¹, lagen diese weniger in einem Druck des Auslandes als vielmehr in Dollfuß' Sorge um das außenpolitische Prestige seiner Regierung, weil »ein kleiner Staat« wie Österreich »auf die Meinung und Sympathien des Auslandes« besonders angewiesen sei¹²².

Eher als in akuten politischen Gegenwirkungen ist der Grund für die Schwenkung von Dollfuß in seiner persönlichen Unsicherheit zu suchen, die einer endgültigen Festlegung widerstrebte. So glaubte Gleißner, daß Dollfuß »aus seinem Gefühl heraus zur Meinung gekommen sei, es sei jetzt nicht zweckmäßig, diese Verhandlungen weiter zu verfolgen, weil sie ihn unter Umständen nach einer bestimmten Richtung festgelegt hätten«¹²³. Gleißner gab auch ein sehr plastisches Bild von der unentschlossenen Haltung seines Regierungschefs, in dessen Handlungen sich weit mehr alle »Schwankungen in der politischen Lage« als ein eigener fester Wille widerspiegeln:

»Wenn man den Kanzler fragt, was er in der nächsten Zeit zu tun gedenke, so antwortet er immer, er könne und wolle auch nur auf wenige Tage voraus sich hinsichtlich seiner politischen Handlungen nicht festlegen, weil diese immer von der jeweiligen Situation abhängen werden. Er habe wohl ein klares Ziel vor Augen, über den Weg zu diesem Ziel will er fallweise nach Lage der Dinge Entscheidungen treffen.«

Für Habicht war die Aufkündigung der Verhandlungen durch Dollfuß ein schwerer Rückschlag. Dennoch gab sich der Landesinspekteur nach außen hin gelassen und wollte »in Ruhe abwarten«, da die Schwenkung Dollfuß' »nur von kurzer Dauer sein könne«¹²⁴. Aber Habichts Zuversicht, daß Dollfuß »in Bälde wieder auf ihn (Habicht) zurückgreifen« werde, war wenig überzeugend. Jene Merkmale der Unsicherheit, die schon auf dem Höhepunkt des Kampfes im Sommer 1933 bei Habicht zu beobachten waren, tauchten auch jetzt wieder auf. Wieder begann er sich zu sorgen, ob es ihm gelingen werde, die Nationalsozialisten in Österreich unter Kontrolle zu halten. Falls sich die Maßnahmen der österreichischen Regierung gegen die Nationalsozialisten erneut verschärfen sollten, gestand er Hüffner, »könne er nicht mehr für Ruhe und Ordnung in Österreich garantieren«, zumal er schon jetzt die Parteigenossen »nur mit größter Energie und Mühe von übereilten Schritten zurückhalten könne«¹²⁵.

Doch nicht nur innerhalb Österreichs hatte Dollfuß' Absage das Prestige des Landesinspektors wieder in Frage gestellt. Auch in Deutschland begann man an der Eignung Habichts für einen Ausgleich zu zweifeln, nachdem ihm bereits ein Erfolg während der Kraftprobe des Sommers versagt geblieben war. So meinte Ende November der Schwager Görings, Hueber, nach einem Besuch in Berlin, wo er auch mit Göring verhandelt hatte, der Weg zu einer Verständigung über Habicht sei richtig, »solange Habicht im Reiche offiziell Geltung habe«¹²⁶.

Indessen konnte sich Hueber nach seinen Eindrücken in Berlin durchaus vorstellen, daß sich die Einstellung zu Habicht auch in Deutschland einmal ändere, und er gab Foppa den Hinweis, »wenn man schon gegen Habicht sei, so müsse man ihn sich selber totlaufen lassen«. Im Augenblick, meinte Hueber allerdings, würden alle Versuche, den Landesinspekteur von österreichischer Seite auszuschalten, »nur zur Stärkung der Position Habichts führen«. – Foppa gewann aus seinem Gespräch mit Hueber den Eindruck, »daß die Frage Habicht wohl nur in Deutschland selbst durch den Führer entschieden werden könne«¹²⁷. Die einzige Möglichkeit bestehe darin, daß »Hitler sich anders einstellt«. Noch war nicht zu erkennen, daß Hitler bereit war, Habicht fallenzulassen, aber die Eventualität wurde schon erörtert. Habicht war auch in Deutschland schon zu einer »Frage« geworden.

Diplomatische Zwischenspiele

Die Stagnation, in die die Bemühungen, eine Verständigung auf der Parteebene zu erreichen, durch die Weigerung Dollfuß', mit Habicht zu verhandeln, gerieten, verstärkte wiederum die diplomatische Aktivität in der Österreich-Frage. Während der Dauer der Verständigungsversuche war auf der diplomatischen Ebene eine merkliche Beruhigung eingetreten. Das Auswärtige Amt wurde über den Fortgang der Verhandlungen von Habicht zwar wiederholt informiert, schaltete sich selbst jedoch nicht ein. Diese Zurückhaltung wurde erleichtert durch die Ruhe, die durch den entschiedenen Stillhaltebefehl Habichts auch auf zwischenstaatlichem Gebiet sich ausbreitete. Italien fand keinen Grund, sich über die deutsche Haltung gegenüber Österreich zu beklagen, und auch die österreichische Regierung hatte kaum Anlaß, in Berlin wegen ernster Zwischenfälle vorstellig zu werden. Wenn dies dennoch geschah – wie etwa am 4. November 1933, als Tauschitz gegenüber Hüffer Bedenken gegen ein Treffen des Kampfringes der Österreicher in Kassel erhob¹²⁸ – dann fiel es dem Auswärtigen Amt nicht schwer, die Partei auf »das Inopportune« derartiger Propagandaunternehmen »im gegenwärtigen Augenblick« hinzuweisen.

Nun, da die Verhandlungen unterbrochen waren, erhielt Habichts als Druckmittel gemeinte Drohung, bei einer Ablehnung seiner Vorschläge werde »der Kampf im vollen und verschärften Umfang wieder auf-

genommen« werden, neue Aktualität. Habicht vergaß auch nicht, Foppa und Langoth aufzutragen, sie sollten Dollfuß wissen lassen, daß die Absage des österreichischen Bundeskanzlers »die Situation in Österreich nur verschärfen« könne¹²⁹. Trotz der schweren Enttäuschung, die der Abbruch der Verhandlungen für ihn politisch und persönlich bedeutete, machte Habicht seine Ankündigungen nicht sogleich wahr. Einerseits hoffte er, Dollfuß »werde in Bälde wieder auf ihn (Habicht) zurückgreifen«, andererseits fürchtete er, die »so schon erbitterte Volkstimmung« könne zu »offener Auflehnung« gegen die österreichische Regierung ausarten, wenn vom Reiche aus der Kampf in Österreich verschärft würde¹³⁰. Die Mischung von Zuversicht und Furcht, die hier bei Habicht sichtbar wird, zeigt, wie sich der Ausgang der Auseinandersetzungen zusehends mehr auf eine Alternative – entweder Verhandlungslösung oder Gewaltakt – zuzuspitzen begann.

In der Tat mehrten sich die Berichte über »Zeichen immer stärkerer Spannung« in Österreich. So teilte Konsul Hahn am 15. November aus Klagenfurt mit, daß »von radikalen Elementen innerhalb der NSDAP« in Kärnten »Gerüchte über das Bestehen eines bewaffneten Aufstandes« verbreitet würden¹³¹. Wenngleich Hahn solchen Spekulationen mit Vorbehalt begegnete, so schloß er doch die Möglichkeit von »ernsten örtlichen Unruhen« nicht aus, wobei er warnend hinzufügte, es bestehe »kein Zweifel daran, daß das Militär... ihrer Herr werden würde«, da es »zu einer allgemeinen Aktion (gegen die Regierung)... an der einheitlichen Organisation« fehle. Angesichts dieser Stimmung ist es verständlich, daß Habicht noch davor zurückschreckte, durch eine allgemeine Verschärfung der Lage möglicherweise unkontrollierbare Einzelaktionen auszulösen, deren Erfolgsaussichten von vornherein gering waren. Daher blieb die Atmosphäre um Österreich – denkt man an die Formen der Auseinandersetzung vor Beginn der Verständigungsversuche – auch nach dem Abbruch der Verhandlungen vergleichsweise ruhig. So war die nunmehr einsetzende diplomatische Aktivität eher eine Fortsetzung der Suche nach einer Verständigung mit anderen Mitteln als – wie im Sommer 1933 – ein Reflex auf die Zuspitzung des nationalsozialistischen Kampfes gegen die österreichische Regierung.

Schon während der über Langoth und Foppa geführten Gespräche hatte sich deutlich gezeigt, daß besonders Dollfuß daran lag, die Verständigung auf die diplomatische Ebene zu transponieren. Um diesen Zweck zu erreichen, mußte die österreichische Regierung die von ihr

abgebrochenen Kontakte zu Habicht mindestens vor der Öffentlichkeit verheimlichen und bestreiten. Als am 21. November in Paris, wo die Möglichkeit eines deutsch-österreichischen Ausgleiches mit wachsendem Argwohn beobachtet wurde¹³², Pressemeldungen auftauchten, die von Verhandlungen zwischen Dollfuß und der NSDAP berichteten und schon von einer weitgehenden Einigung wissen wollten¹³³, beeilte sich die regierungsamtliche österreichische »Reichspost«, diese Meldungen als ein »Intrigenspiel des Herrn Habicht« zu qualifizieren, mit dem der Landesinspekteur angesichts der »Erfolglosigkeit der bisher von ihm angewendeten Methoden« auf Österreich einen »Druck« ausüben wolle¹³⁴. Allerdings verheimlichte die regierungsamtliche österreichische Zeitung keineswegs die grundsätzliche Verständigungsbereitschaft der Wiener Regierung und gab sogar einen Fingerzeig, wie sich die österreichische Seite einen Ausgleich vorstellte, indem sie bemerkenswert deutlich zwischen der Politik der nationalsozialistischen Landesleitung in München und derjenigen der Reichsregierung in Berlin unterschied¹³⁵.

In Rom stieß die Aussicht auf eine deutsch-österreichische Verständigung auf wohlwollende Aufmerksamkeit. Schon während seines Besuches bei Mussolini Anfang November¹³⁶ konnte Göring Mussolini »lebhaftes Interesse für eine baldige Lösung« des deutsch-österreichischen Konfliktes feststellen. Göring versicherte dem italienischen Regierungschef ein weiteres Mal, daß man in Berlin »nicht daran denke, die österreichische Unabhängigkeit jetzt anzutasten«. Göring fügte freilich sehr offenherzig hinzu, Italien müsse sich darüber klar sein, »daß letzten Endes der Zusammenschluß Deutschlands und Österreichs nicht zu verhindern sein würde. Ehe dies geschehe, werde aber über die näheren Umstände eine eingehende Verabredung mit Italien getroffen werden«. Nach Görings späteren Angaben erhob Mussolini gegen diese Darlegung keinen Widerspruch¹³⁷. Ein Zeichen dafür, daß die Unterhaltungen Görings mit Mussolini recht einvernehmlich verliefen, zeigt sich darin, daß beide vereinbarten, Suvich solle Anfang Dezember nach Berlin kommen, um »das in Rom begonnene Gespräch fortzusetzen«.

Der Besuch Görings in Rom schien die Aussicht auf ein deutsch-italienisches Einvernehmen auch in der Österreich-Frage zu eröffnen. Angesichts dieser Möglichkeit begann auch das Auswärtige Amt wieder, sich aus eigener Initiative mit der Österreich-Politik zu befassen, ohne daß es deswegen freilich schon eigene und neuartige

Pläne konzipierte. Am 5. Dezember entwarf Hüffer eine ausführliche Aufzeichnung, die als Grundlage für die Verhandlungen mit Suvich gedacht war, der eine Woche später in Berlin erwartet wurde¹³⁸. Hüffer faßte einleitend die in den gescheiterten Verhandlungen zwischen Habicht und Dollfuß aufgetretenen Gesichtspunkte zusammen mit dem Kommentar, daß die an Dollfuß übermittelten »Forderungen der Landesleitung Österreich der NSDAP durchaus vernünftig und annehmbar« gewesen seien. Hüffer erkannte aber sehr wohl, daß nicht die sachlichen Fragen, sondern Dollfuß' Abneigung gegen Habicht der eigentliche Grund für die Unterbrechung der Kontakte waren. Dollfuß wolle »unverkennbar – dies hat er in mehreren seiner letzten Reden auch öffentlich zum Ausdruck gebracht¹³⁹ – den Frieden und ein freundschaftliches Verhältnis mit dem Deutschen Reich« und hoffe auf »direkte Verhandlungen mit Berlin«. Hitler vertrete jedoch – »wie auch das AA« – den Standpunkt, der Konflikt sei eine »inner-österreichische Angelegenheit« und könne nur über Habicht gelöst werden. Bis hierher deckten sich Hüffers Gedankengänge weitgehend mit dem von Habicht eingenommenen Standpunkt – oder respektierten ihn jedenfalls.

In der Beurteilung der weiteren Aussichten konnte Hüffer allerdings seine Besorgnis nicht verheimlichen. Zwar meinte er, die Organisation der österreichischen Nationalsozialisten sei noch »im wesentlichen intakt«, aber er war sich darüber klar, daß »die völlige Unterbindung« der nationalsozialistischen Presse in Österreich und »die hermetische Abriegelung« der Grenze sich »sehr störend« auf die Kontrolle der Parteianhänger in Österreich durch die Landesleitung in München auswirke. Die Münchner Führung könne die Aktivität ihrer Anhänger »nur mit größter Energie in einigermaßen legalem Rahmen ... halten«. Noch deutlicher als in Hüffers Konzept spiegelt sich die Sorge des Auswärtigen Amtes in Hüffers Reinschrift, die nach einigen Korrekturen Heerens zustande kam¹⁴⁰. »Eine offene Revolte« wird darin nur so lange für unwahrscheinlich gehalten, wie auch von nationalsozialistischer Seite »der Bogen nicht überspannt wird«. Dann könne, so meinten Heeren und Hüffer, »der jetzige Zustand noch Monate dauern«.

Trotz dieses bedenklich unsicheren status quo hielt es das Auswärtige Amt noch nicht für nötig, von den bisherigen Prämissen in der Österreich-Politik abzugehen, die darauf hinausliefen, die außenpolitische Spannung durch eine innerösterreichische Einigung abzubauen.

en. Auch Suvich sollte mit dem Standpunkt konfrontiert werden, daß die Lösung des ganzen Konfliktes nur »im Eintritt der Nationalsozialisten in die Österreichische Regierung« liegen könne, wobei allerdings »ausdrücklich die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Österreichs anerkannt« werden müsse¹⁴¹. Weit mehr Raum als die Suche nach einem außenpolitischen Arrangement, zu der Suvichs bevorstehender Besuch immerhin Anlaß geboten hätte, nahm denn auch in den Erörterungen in der Wilhelmstraße die mögliche Entwicklung der innerösterreichischen Verhältnisse ein.

Nach dem Abbruch der Verhandlungen mit Habicht hatte Dollfuß begonnen, seine Verbindungen zum Landbund Winklers wieder zu intensivieren, um in ihm ein Gegengewicht zur Heimwehr zu finden¹⁴². Im Zuge dieser Bemühungen war es in Österreich wieder zu merklichen innenpolitischen Differenzen gekommen, insbesondere zwischen Heimwehr und Landbund¹⁴³. In dem »labilen Zustand« der österreichischen Innenpolitik sah das Auswärtige Amt den günstigsten Ansatzpunkt für einen Ausgleich. Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgte man in diesem Zusammenhang die Aktivität, die Rintelen Anfang Dezember in Wien zu entfalten begann, ohne daß man freilich die grundsätzliche Skepsis gegenüber der schillernden Persönlichkeit Rintelens in Berlin aufgab¹⁴⁴. »Nach seinen eigenen Äußerungen« war Rintelen von Rom nach Wien gekommen, um Dollfuß für »eine Regierungsumbildung mit nationalsozialistischer Beteiligung« zu gewinnen, wobei er selbst das Außenministerium zu übernehmen gedachte¹⁴⁵. Obwohl Berlin mit der »Unzuverlässigkeit« Rintelens rechnete und auch »unbekannt« war, »in welcher Weise die Beteiligung der Nationalsozialisten« erfolgen sollte, glaubten nationalsozialistische Kreise in Österreich in Rintelens Bemühungen doch »eine entscheidende Wendung« sehen zu können¹⁴⁶.

Bei diesen Spekulationen spielte vor allem die Annahme eine Rolle, daß Rintelens Aktivität auf »Anregung« der italienischen Regierung zurückgehe, da Rom von der Heimwehr enttäuscht sei und mit Hilfe Rintelens einen Brückenschlag zu den Nationalsozialisten versuchen wolle. Die Anzeichen für einen solchen italienischen Kurswechsel sind widersprüchlich. Rieth glaubte nicht, daß Rintelen in italienischem Auftrag zwischen Dollfuß und den Nationalsozialisten vermitteln wollte; er vermutete vielmehr, daß der Gesandte gerade umgekehrt die Beziehungen zwischen Dollfuß und der Heimwehr auf italienischen Wunsch wieder ins reine bringen sollte¹⁴⁷. Rieth sah »bisher keine An-

zeichen für (ein) Nachlassen italienischer Hartnäckigkeit im Kampf gegen (den) hiesigen Nationalsozialismus«.

Demgegenüber war Habicht fest davon überzeugt, daß sich »in der Haltung Italiens . . . jetzt tatsächlich eine Wandlung zu vollziehen« beginne¹⁴⁸. Der Landesinspekteur gründete seinen Optimismus auf Nachrichten, die er von Schattenfroh aus Wien erhalten hatte. Danach herrschte innerhalb der Heimwehr »vollkommene Kopflösigkeit und Verwirrung«. Die vier maßgebenden Führer der Heimwehr, Starhemberg, Fey, Steidle und Alberti versuchten, so berichtete Schattenfroh, einander »auszustechen« und seien »einig . . . nur in der Wut auf Dollfuß, der sie immer mehr kaltstellt«. In italienischen Kreisen in Wien¹⁴⁹ sei man über den Gang der Dinge »äußerst deprimiert« und »wütend«, weil sich die Heimwehr »immer zurückdrängen« lasse. Unter den in Wien anwesenden italienischen Diplomaten und Journalisten traten nach Habichts Angaben jene Kräfte in den Vordergrund, die sich für eine Verständigung mit den Nationalsozialisten einsetzten, während der italienische Presseattaché Morreale, der entschiedenste Gegner der NSDAP und Fürsprecher der Heimwehr, »in absehbarer Zeit von Wien abgezogen« werden solle, angeblich – wie Habicht hinzufügte – »sogar auf Wunsch des Duce«.

Hüffer hielt die Mitteilungen Habichts für wichtig genug, um sie Neurath und Bülow vorlegen zu lassen¹⁵⁰. Offenbar reagierten der Außenminister und der Staatssekretär auf die überschwenglich optimistischen Erwartungen Habichts jedoch eher skeptisch. Da eine eventuelle Wandlung in der Haltung Italiens aber angesichts des bevorstehenden Suvich-Besuches von großer Bedeutung sein konnte, wurde Köpke angewiesen, bei Rieth Informationen über die Lage in Wien einzuholen¹⁵¹. Was Rieth berichtete¹⁵², entsprach ganz und gar nicht den zuversichtlichen Erwartungen Habichts. Allerdings hielt der Gesandte die innenpolitische Lage in Österreich für so »verworren«, daß er selbst eine »Prognose . . . auf kürzere Frist nicht stellen« wollte.

Über die italienischen Absichten konnte also am Vorabend des Suvich-Besuches auf deutscher Seite keine Klarheit bestehen. Das Auswärtige Amt hatte zwar die Entwicklung der österreichischen Innenpolitik aufmerksam verfolgt und auch in die Aktivität Rintelens gewisse Erwartungen gesetzt, doch die Hoffnung, daß »die allernächste Zukunft« eine Klärung bringen werde¹⁵³, hatte sich nicht erfüllt. So wurde die von Hüffer zu Beginn der vorbereitenden Erörterungen für die Gespräche mit Suvich vertretene Meinung, man könne auf deut-

scher Seite »die weitere Entwicklung ruhig abwarten«, förmlich zur Richtlinie für das Auswärtige Amt. Eine eigene oder gar eine neue Konzeption wurde nicht entworfen, und selbst Hassell, bisher oft ein Element der Unruhe für die Wilhelmstraße, ließ Suvichs Besuch sich nähern, ohne irgendwelche Anregungen zu geben ¹⁵⁴.

Unterdessen hatte Dollfuß zweimal den Versuch gemacht, über »Mittelsleute« einen Kontakt zu Hitler herzustellen, um möglichst ein »direktes Abkommen mit Berlin« zu erreichen ¹⁵⁵. Hitler hatte jedoch Verhandlungen auf Regierungsebene abgelehnt und wiederum auf Habicht verwiesen. Sichtlich erleichtert schrieb Habicht an Hüffer, der Führer habe ihm von Dollfuß' Kontaktversuchen »wieder berichtet«, und Hitler und er hätten »volle Übereinstimmung in allen Fragen festgestellt!« Auch gegenüber Suvich dachte Hitler nicht daran, seinen Standpunkt zu ändern: Er lehnte Regierungsverhandlungen über die Österreich-Frage ab. Am 11. Dezember, einen Tag vor Suvichs Ankunft in Berlin, wies Hitler gegenüber Neurath noch einmal ausdrücklich darauf hin, »daß im Verhältnis zu Österreich zunächst die Parteiangelegenheit in Ordnung gebracht werden müsse, ehe irgendwelche Verhandlungen von Regierung zu Regierung über die Wiederherstellung normaler Beziehungen geführt werden könnten« ¹⁵⁶. Neurath ersuchte die Beamten seines Ministeriums, »diesen Standpunkt bei allen Gesprächen zum Ausdruck zu bringen«. Mit diesem Grundsatz hatte Hitler auch die Gesprächsmöglichkeiten mit Suvich über das Österreich-Problem deutlich begrenzt. Der italienische Unterstaatssekretär kam am 12. Dezember in Berlin an und traf noch am gleichen Tag zu einer Unterredung mit Neurath und Bülow zusammen. Gesprächsthemen waren Völkerbund und Abrüstungskonferenz, wobei Suvich ohne Erfolg versuchte, Deutschland zu einer erneuten Mitarbeit in beiden Gremien zu gewinnen ¹⁵⁷. Die Österreich-Frage wurde mit keinem Wort erwähnt, sie blieb dem Gespräch vorbehalten, zu dem Hitler Suvich am folgenden Tage empfing. Neurath war bei dieser Unterredung anwesend. Wer von den drei Gesprächspartnern die Österreich-Frage zur Diskussion stellte, ist aus Neuraths nachträglicher Aufzeichnung nicht ersichtlich ¹⁵⁸. Der Außenminister selbst beteiligte sich offenbar gar nicht an der Unterhaltung, in deren Mittelpunkt ausführliche Darlegungen Hitlers standen.

Hitler suchte einleitend »in eingehenden Ausführungen . . klar zu machen, daß der Anschluß Österreichs für uns keineswegs akut oder auch nur begehrenswert sei«. Hitler gab für sein Desinteresse am An-

schluß wirtschaftliche Gründe an. Deutschland müsse bei einem eventuellen Anschluß »unerträgliche finanzielle Belastungen« auf sich nehmen, »da Österreich allein überhaupt nicht lebensfähig sei und stets ein Zuschußland bleiben werde«. Hitler behauptete, »er habe deshalb von jeher den Standpunkt vertreten, daß Deutschland und Italien gemeinsam sich Österreichs annehmen müßten«. Auch in politischer Hinsicht unterstrich Hitler die Notwendigkeit einer deutsch-italienischen Verständigung über Österreich. Beide Staaten müßten verhindern, »daß Österreich eine Brücke zwischen Polen, Tschechen und Jugoslawen bilde«. Bevor jedoch eine gemeinsame deutsch-italienische Lösung des Österreich-Problems möglich sei, müßten die Österreicher selbst die »Voraussetzung« dafür schaffen, indem sie »zunächst ihr Haus im Innern in Ordnung brächten«. An dieser Stelle griff Suvich in das Gespräch ein und brachte den Namen Dollfuß' ins Spiel. Er versuchte, Hitler »zu überzeugen, daß Dollfuß ein durchaus deutschgesinnter Mann sei und nichts sehnlicher erstrebe, als sich mit Deutschland auszusöhnen«. Suvich erinnerte an die ideologische Verwandtschaft der Systeme in Deutschland und Österreich ¹⁵⁹. Sodann setzte der italienische Unterstaatssekretär, von Hitlers einleitenden Äußerungen ausgehend, vorsichtig einen Keil zwischen Hitler und Habicht an: die Tatsache, daß Dollfuß »sich nicht schon längst mit den Nationalsozialisten in Österreich ausgesöhnt habe«, sei lediglich »auf die Furcht zurückzuführen, daß der Nationalsozialismus in Österreich unter Führung von Herrn *Habicht* ¹⁶⁰ den Anschluß an Deutschland auf seine Fahne geschrieben habe«.

Hitler ging auf diesen deutlichen Hinweis nur indirekt ein. Er habe, so führte er aus, »seinen Parteigenossen . . . schon immer gesagt, daß sie in Österreich für eine Regierungsbildung alle national und gut gesinnten Kreise heranziehen« müßten, denn »es komme gar nicht darauf an, daß in einem künftigen Kabinett nur Nationalsozialisten sitzen«. Mit diesem Hinweis auf seine Mahnung zur Selbstbeschränkung hielt Hitler die von Suvich aufgeworfene Frage der österreichischen NSDAP und ihrer Führung offenbar für erledigt. Er machte sich anschließend sogar ausdrücklich zum Anwalt der Forderung der Nationalsozialisten in Österreich, indem er verlangte, bei einer Neubildung der Regierung müsse »die tatsächliche Stimmung des Volkes in Österreich« berücksichtigt werden, und daher sei »die Wiederherstellung der Konstitution« und »die Ausschreibung von Neuwahlen« in Österreich notwendig. Zu der Möglichkeit direkter Verhandlungen zwischen ihm selbst und

Dollfuß äußerte sich Hitler widersprüchlich. Einmal meinte er, er könne mit dem österreichischen Bundeskanzler nicht verhandeln, weil dieser »so gut wie nichts mehr hinter sich habe«; zum andern verlangte er als Voraussetzung für Verhandlungen mit Dollfuß nur, daß »die Verfolgungen der Nationalsozialistischen Partei aufhörten und die Verbote der Partei wieder aufgehoben« würden. Das Gespräch hatte sachlich in keinem Punkt eine Annäherung der Standpunkte erbracht. Indessen gelang es Hitler dennoch, seinen italienischen Gast weitgehend zu beruhigen, indem er das Österreich-Problem als ganzes in seiner Bedeutung herabminderte. Hitler vertrat den Standpunkt, »daß Österreich ein zu nichtssagendes Objekt sei, um etwa die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien störend beeinflussen zu dürfen«. Suvich stimmte dieser Auffassung »lebhaft zu und erklärte, daß dies auch Mussolinis Ansicht sei«.

Neurath dürfte diese Feststellung seines Kanzlers – und auch die positive Reaktion Suvichs – nicht ohne Genugtuung vermerkt haben, entsprach doch der hier von Hitler vertretene Standpunkt vollkommen seinen eigenen Vorstellungen. Das Bestreben, die Politik gegenüber Österreich nicht zum Kernpunkt der gesamten deutschen Außenpolitik werden zu lassen, hatten besonders Neurath und Bülow schon während der Auseinandersetzung im Sommer 1933 immer wieder vertreten, und es war dem Auswärtigen Amt schließlich gelungen, Hitler für eine Eindämmung des Kampfes zu gewinnen, indem es deutlich machte, daß die Österreich-Politik die gesamte deutsche Außenpolitik zu beeinträchtigen begann.

Suvichs Darlegungen hatten die Spekulationen auf einen Wandel der italienischen Haltung gegenüber der österreichischen Innenpolitik – den Habicht schon für vollzogen hielt, den das Auswärtige Amt immerhin nicht ausschloß und auf den Hitler unter dem Einfluß des Optimismus' Habichts wohl gehofft haben mag – nicht bestätigt. Suvich war nicht von der Unterstützung für Dollfuß und von den Vorbehalten gegen die österreichische NSDAP abgewichen¹⁶¹. Da mithin ein neuer Ansatzpunkt für die deutsche Österreich-Politik sich nicht gezeigt hatte, spielte Hitler die ganze Frage herunter und näherte sich damit der grundsätzlichen Einstellung des Auswärtigen Amtes. So sehr diese Wendung Neurath, Bülow und besonders Hassell, den beständigen Anwalt einer deutsch-italienischen Zusammenarbeit »um Österreich herum«, befriedigen mußte, so sehr mußte sie Habicht enttäuschen, dessen Erfolgsaussichten in dem Grade abnahmen, wie Berlin

die Österreich-Frage insgesamt nicht mehr als vordringlich und entscheidend ansah.

Im Anschluß an den Besuch Suvichs in Berlin kam es denn auch zu einer bezeichnenden Kontroverse zwischen Habicht und Hassell. In einem Brief vom 22. Dezember an Hassell beklagte sich Habicht ausführlich über die Haltung Italiens im Österreich-Konflikt, für die er ziemlich offen den deutschen Botschafter in Italien verantwortlich machte¹⁶². Suvichs Besuch in Berlin hatte nach Meinung Habichts gezeigt, »daß dieser und damit wohl auch sein Chef Mussolini über die tatsächliche Lage in Österreich vollkommen falsch orientiert sind«, da sie »ganz offensichtlich ihre Kenntnisse... in der denkbar einseitigsten Weise aus Wien beziehen«. Über den deutschen Standpunkt herrsche in Rom »scheinbar« eine »ganz primitive Auffassung« vor, nach der »die totale oder teilweise Machtergreifung der NSDAP in Österreich gleichbedeutend sei mit der sofortigen Vollziehung des Anschlusses« und nach der er selbst, Habicht, als ein »Feind Italiens« gelte¹⁶³. Wie ein unverkennbarer Fingerzeig auf Hassells angebliche Versäumnisse und Fehler wirkt Habichts Hinweis, Suvich habe erst in Berlin »Dinge und Zusammenhänge... erfahren, von denen er bisher keine blasse Ahnung hatte«. Habicht spielte sogar mit dem Gedanken einer Dokumentation zur Österreich-Frage, damit »den Herren in Rom endlich einmal die Augen auf(gehen)«.

In Habichts verärgertem Brief verdichtete sich die Enttäuschung des Landesinspektors über die unveränderte Haltung Italiens zu massiven Vorwürfen gegenüber dem verantwortlichen deutschen Diplomaten in Rom. Vor dem Hintergrund seiner Hoffnung auf einen italienischen Sinneswandel zeigte Habicht hier mehr als persönlichen Ärger. Unausgesprochen, aber dennoch als roter Faden deutlich sichtbar, wird von Habicht hier der allgemeine Vorwurf erhoben, daß das Auswärtige Amt und die Diplomaten den Argumenten und Absichten der Nationalsozialisten gegenüber Österreich nur eine mangelhafte Unterstützung liehen, wenn nicht gar Hindernisse aufrichteten. Bei allen Unterschieden in der Form erinnert Habichts vorwurfsvoller Brief an jene Klagen, die in Parteikreisen schon während des Sommers gegen die scheinbare Gleichgültigkeit der Wilhelmstraße erhoben wurden.

Hassell konnte, in dieser Weise angegriffen, nicht stillschweigend Habichts Kritik einstecken. Er antwortete dem Landesinspekteur am 28. Dezember¹⁶⁴. Hassell ließ in seiner Antwort nicht den Eindruck entstehen, als fühle er sich durch Habichts Brief persönlich angegrif-

fen, sondern argumentierte betont sachlich. Zunächst wies Hassell darauf hin, daß die italienische Haltung zur Österreich-Frage, wie Habicht sie dargestellt habe, »doch nicht ganz der wirklichen Einstellung hier entspricht«. Die »wirkliche Grundauffassung« Roms bestehe darin, »daß der Anschluß auf die Dauer unvermeidlich« sei, daß man ihn aber »in der heutigen politischen Lage unter keinen Umständen haben will«. Italien gedenke »den Anschluß oder eine ihm gleichbedeutende Regelung für den Augenblick unbedingt zu verhindern«, um »Vorsorge gegen die gefürchtete übermächtige deutsche Expansion nach Südosten zu treffen«¹⁶⁵. Von »einer ganzen oder teilweisen Machtergreifung der Nationalsozialisten in Österreich« fürchte Rom »weniger eine sofortige Vollziehung des Anschlusses, als das Eintreten eines Zustandes, der praktisch auf etwas ähnliches hinauskommt«.

Er glaube im übrigen nicht, beruhigte Hassell den Landesinspekteur, daß man in Rom »die österreichischen Nationalsozialisten für ausgesprochene Feinde Italiens hält«. Und außerdem – so korrigierte der Botschafter Habicht, dessen Brief deutlich die Züge gekränkter Eitelkeit gezeigt hatte, – gehe es gar nicht »um falsche oder richtige Vorstellungen über freundliche oder feindliche Empfindungen der einzelnen Beteiligten«, sondern es komme »nüchtern und realpolitisch« darauf an, »den italienischen politischen Willen richtig zu erkennen, als Faktor in die Politik einzustellen und ihn nach Möglichkeit für uns nutzbar zu machen«. Persönliche Empfindlichkeiten, die darauf zurückgingen, daß Rom »gewisse Vorgänge und Menschen falsch sähe«, seien nicht »das Entscheidende«.

Hassell wollte mit seinem Brief Habichts Aufmerksamkeit von »unwesentlichen Dingen auf die Hauptsache... lenken«, wie er an Neurath schrieb¹⁶⁶. Wie sehr auch Hassell das Gefühl hatte, eine heikle Kontroverse mit Habicht ausgetragen zu haben, ergibt sich aus seiner Bitte, Neurath möge den Briefwechsel nur zu seiner »persönlichen Unterrichtung... verwerten«, ihn »nicht in den Geschäftsgang... geben« und auch Habicht gegenüber »davon keinen Gebrauch... machen«. – Der Briefwechsel zwischen dem Diplomaten Hassell und dem Parteipolitiker Habicht ist in mehrerlei Hinsicht aufschlußreich. Aus Habichts Schreiben wird deutlich, wie sehr seine Einstellung zur Österreich-Frage nicht nur von parteipolitischen, sondern auch von persönlichen Motiven geprägt war. Da Hassell so ausführlich auf diese persönliche Frage einging, muß er offenbar den Eindruck gehabt haben, als betrachte Habicht die italienische Haltung förmlich als einen persönli-

chen Affront gegen sich. Der Landesinspekteur suchte die Unsicherheit, die seine eigene Position bei jeder Schwankung der politischen Lage erschütterte, durch einen vorwurfsvollen Ton zu überspielen oder mit einem deutlich zur Schau getragenen Optimismus zu überdecken. Seine Anfälligkeit für Emotionen machte es ihm immer wieder schwer, »nüchtern und realpolitisch« zu denken.

Die Tatsache, daß Habicht sein persönliches Prestige und vor allem seine Glaubwürdigkeit und seinen Kredit bei Hitler mit einem Erfolg seiner Österreich-Politik verbunden sah, machte es ihm immer schwerer, die Österreich-Frage im Rahmen der gesamten außenpolitischen Konstellation zu beurteilen. Nach Bülow bekam nunmehr auch Hassell einen Eindruck von dieser für Habicht bezeichnenden Denkart. Hassell benutzte demgegenüber einen betont sachlichen und kühlen Ton und stellte dem verärgerten Ausbruch Habichts eine bewußt nüchterne Analyse gegenüber.

Der Briefwechsel verdeutlicht jedoch weit mehr als nur den Gegensatz zweier Temperamente – so sehr ihr Unterschied für die Typologie des Diplomaten und des Parteipolitikers charakteristisch sein mag. Tatsächlich zeigt sich hier auch der Antagonismus zweier unterschiedlicher politischer Konzeptionen. Habicht sah in der Österreich-Frage immer noch wesentlich ein in sich abgeschlossenes Problem, dessen Lösung nur von innen her möglich war. Zwar konnte auch Habicht nicht die Wirkung des italienischen Einflusses auf die österreichische Frage leugnen, doch er sah diesen ausschließlich innenpolitisch gerichtet. So glaubte er, ein ausreichendes Mittel zur Korrektur der italienischen Haltung schon darin gefunden zu haben, daß er »eine Garnitur von Reden, Aufsätzen und Erklärungen« zusammensuchte, um den Italienern zu beweisen, daß Dollfuß keineswegs ein »absolut zuverlässiger Freund Italiens« sei, sondern seine »Anschlußgegnerschaft erst datiert seit dem Augenblick, da (seine) innerpolitische Machtstellung durch die NSDAP ernstlich bedroht wurde«¹⁶⁷. Habicht wollte die italienische Einschätzung der einzelnen innenpolitischen Faktoren in Österreich korrigieren und hoffte schon damit die italienische Haltung insgesamt ändern zu können.

Dagegen unterstrich Hassell, daß die italienische Einstellung zur Österreich-Frage nicht aus Sympathien oder Antipathien gegenüber einzelnen politischen Gruppen oder Personen in Österreich resultiere. Italien sei auch »keineswegs von der 100⁰/oigen Sicherheit des Herrn Dollfuß und seiner Leute gegen den Anschluß überzeugt«. Vielmehr

beruhe die italienische Haltung auf einer bestimmten außenpolitischen Interessenlage, die z. B. eine »deutsche Expansion nach Südosten« fürchte¹⁶⁸. Diese »Voraussetzungen« müßten erkannt und ausgenutzt werden. Hassell konnte sich deshalb von Habichts Absicht, Dollfuß anzuschwärzen, keine Wirkung versprechen, da nach seiner Meinung außenpolitische Kategorien die italienische Haltung zur österreichischen Innenpolitik bestimmten – und nicht umgekehrt. Gerade weil Hassell und Habicht extreme Exponenten des außenpolitisch bzw. innenpolitisch orientierten Kurses in der Österreich-Frage waren, treten hier Unterschiede zutage, die für die divergierenden Tendenzen der deutschen Österreich-Politik bezeichnend genannt werden können. Hier drücken sich nicht nur unterschiedliche Prioritäten aus, die Wert und Wichtigkeit der Österreich-Frage betreffen, sondern auch unterschiedliche politische Vorstellungsweisen. Der Gegensatz mußte zwischen Habicht und Hassell deshalb stärker hervortreten als in den Beziehungen zwischen Habicht und den Vertretern des Auswärtigen Amtes, weil der deutsche Botschafter in Rom selbst hartnäckig nach einer Überwindung des status quo suchte, während man sich in der Wilhelmstraße weitgehend reaktiv verhielt. Neurath legte denn auch den ihm von Hassell übersandten Briefwechsel, der ihn mindestens hätte stutzig machen müssen, kommentarlos zu den Akten.

Sicher war für die Passivität des Außenministers und für die Aktivität seines Botschafters auch die unterschiedliche räumliche Entfernung zu Hitler nicht ohne Bedeutung. Aber immerhin ist es bemerkenswert, daß Hitlers Feststellung, Österreich sei im Grunde ein »nichtsagendes Objekt«, der Position Hassells selbst dann noch näher lag als derjenigen Habichts, wenn man sie auf bloß taktische Motive Hitlers zurückführt. Der eigentlich einzige Leidtragende der sich in Hitlers Äußerung andeutenden Wandlung der deutschen Österreich-Politik war Habicht. In Anbetracht der lebhaften Zustimmung Suvichs konnte Dollfuß leicht zum zweiten Leidtragenden werden. Beide, Habicht und Dollfuß, waren darauf angewiesen, daß sich Deutschland und Italien für sie exponierten, daß man in Berlin und Rom die Österreich-Frage für das entscheidende Hindernis einer deutsch-italienischen Zusammenarbeit hielt und das innenpolitische Kräftespiel in Österreich für wichtig genug ansah, um es zum Bestandteil einer deutsch-italienischen Annäherung zu machen. Beide, Habicht und Dollfuß, erhielten wenig später noch einmal eine gemeinsame Chance, sich durch eine Verständigung gegenseitig zu stützen. Allerdings zeig-

ten sich schon im Dezember 1933 Ausgleichsbestrebungen, in denen Dollfuß und Habicht nicht mehr als Partner, sondern nur noch als Gegenstände von Verhandlungen auftraten.

Am 21. Dezember hatte Hassell in Rom eine ausführliche Unterredung mit seinem österreichischen Kollegen Rintelen. Die beiden Diplomaten hatten den Eindruck, daß der Augenblick für einen Verständigungsversuch – von Rom aus gesehen – recht günstig sei. Suvich hatte offenbar seinen Regierungschef »über das, was man ihm in Berlin in der österreichischen Frage gesagt hat, richtig unterrichtet«¹⁶⁹, und »auch« Rintelen meinte, »daß Mussolini heute eine Beilegung des Konflikts durchaus begrüßen würde«. Ausgehend von dieser günstigen außenpolitischen Konstellation, brachte Rintelen »seinen alten Gedanken« wieder zur Sprache, ein Ausgleich müsse mit einer Begegnung zwischen Dollfuß und Hitler oder Neurath eingeleitet werden. Dollfuß sei – hier traf sich Rintelens Urteil über Dollfuß mit dem Suvichs – »in Wahrheit ein durchaus deutsch fühlender Mann«, und man müsse ihn nur »von allen denen trennen . . ., die in Österreich die Fortdauer des Konfliktes wünschen«. Dazu sei ein Treffen Dollfuß-Hitler der geeignete Schritt.

Hassell legte demgegenüber den bekannten Standpunkt Hitlers dar, daß zunächst die »Diskrimination der Nationalsozialistischen Partei im Wege von Verhandlungen zwischen dieser und der österreichischen Regierung« beendet werden müsse, bevor »Verhandlungen von Staat zu Staat in Frage kommen« könnten. Man könne, so meinte Hassell weiter, »der nationalsozialistischen deutschen Regierung nicht zumuten, mit einer Regierung zu verhandeln, die ihre Parteigenossen verfolge«. Andererseits erklärte Rintelen, man könne es auch der österreichischen Regierung »nicht zumuten, eine Partei wieder zuzulassen, die derart aufträte«, wobei Rintelen auf die zwar eingedämmte, aber immer noch vereinzelt auftretende Terrorsaktivität der Nationalsozialisten in Österreich hinwies. Das Bestreben, ihren Regierungen solche gegenseitigen »Zumutungen« zu ersparen und einen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden, veranlaßte die beiden Diplomaten, die Möglichkeit eines Kompromisses »durchzudenken«.

Während der österreichische Gesandte darauf Wert legte, daß zunächst »Habicht eine Erklärung abgebe, in der er die österreichischen Nationalsozialisten aufforderte, allen terroristischen Kampfmethoden abzusagen«, ging Hassell vom Vorrang der Parteifrage aus. Man beugnete sich auf halbem Wege, indem man vereinbarte, daß Dollfuß'

»Einlenken in der Parteifrage gesichert sein müßte«, ehe Habicht mit einer Friedenserklärung an die Öffentlichkeit treten könne. Eine geheime Vorleistung seitens Dollfuß' sollte ein öffentliches Nachgeben Habichts ermöglichen.

Hassell und Rintelen vereinbarten, vom Inhalt ihrer Unterredung, die »ohne jeden Auftrag und nur im Sinne einer privaten Aussprache« geführt worden war, Neurath und Dollfuß in Kenntnis zu setzen. Noch am gleichen Tage fragte Hassell in einem Privatschreiben bei Neurath an, »ob es denkbar wäre, eine öffentliche Stellungnahme des Herrn Habicht in der von Herrn Rintelen gedachten Weise herbeizuführen unter der Voraussetzung, daß dann als zweiter Akt die Wiederzulassung der Nationalsozialistischen Partei in Österreich oder wenigstens sofortige Verhandlungen zwischen der Wiener Regierung und Herrn Habicht darüber sichergestellt sind«¹⁷⁰. Neurath fand das von Hassell und Rintelen geplante Vorgehen »erwägenswert«¹⁷¹, kam jedoch nicht mehr dazu, diesen Gedanken aufzugreifen, da der Besuch Suvichs in Berlin auch Dollfuß beunruhigt hatte und den österreichischen Bundeskanzler veranlaßte, den Verhandlungsfaden zu Habicht von sich aus wieder aufzugreifen.

Eine kurze Deutung verdienen im Zusammenhang mit dem in Rom erörterten Verständigungsplan noch die Motive Rintelens. Gegenüber Hassell versicherte Rintelen, die »Gerüchte«, daß er »Dollfuß stürzen und an seine Stelle treten« wolle, seien »falsch« und würden im übrigen durch »seine Haltung« in der Verständigungsfrage ausreichend widerlegt. Schon Anfang Dezember hatte aber Rintelen – während seines Aufenthaltes in Wien – zu Schattenfroh gesagt, bei einer etwaigen Neubildung der Regierung werde er (Rintelen) zunächst »ein Portefeuille übernehmen . . . ; nachher würde er dann an Stelle Dollfuß' Bundeskanzler werden«¹⁷². Während Rintelen auf der Ebene der Diplomatie noch den loyalen Fürsprecher seines Regierungschefs spielte, hatte er sich gegenüber der NSDAP schon als dessen Nachfolger angeboten. Seine geradezu notorische Neigung zum Doppelspiel und sein allbekannter selbstsüchtiger Ehrgeiz begannen schon die Oberhand zu gewinnen.

Die Mission Habichts und ihr Scheitern

Die Nachrichten über den Verlauf des Suvich-Besuches in Deutschland hatten in Wien beträchtliche Unruhe ausgelöst. Insbesondere verstörte die Nachricht von einem Zusammentreffen des italienischen Unterstaatssekretärs mit Habicht die österreichischen Regierungskreise¹⁷³ und ließ die Furcht vor einer Absprache zwischen Italienern und den österreichischen Nationalsozialisten wach werden – hinter dem Rücken und über den Kopf der österreichischen Regierung. Dollfuß hegte »den Verdacht, daß die Italiener in dem Bestreben, eine gemeinsame Politik mit Deutschland . . . zu erreichen, eine kurzfristige Rückversicherung auf Kosten seines Landes« eingegangen sein könnten¹⁷⁴. Wenngleich dieser Verdacht tatsächlich nicht zutraf, sondern Suvich die Unterstützung seines Landes für Dollfuß ebensowenig aufgegeben hatte wie die Abneigung gegen Habicht, so genügte doch die bloße Möglichkeit eines italienischen Kurswechsels, um Dollfuß zu einer Reaktivierung der Verständigungsversuche zu bewegen.

Noch bevor Suvich Deutschland verlassen hatte¹⁷⁵, suchten Dollfuß selbst und sein Gesandter in Berlin, Tauschitz, am 15. Dezember die Verhandlungsfäden wieder anzuknüpfen. Tauschitz wurde an jenem Montag von Reichsinnenminister Frick zu einer Unterredung über die Österreich-Frage empfangen. Frick äußerte sich bei dieser Gelegenheit »kompromißlos« und bekräftigte, daß der von den Nationalsozialisten um Österreich begonnene »Kampf, wie er begonnen wurde, so weh es unseren deutschen Herzen tut, bis zum Schluß durchgeführt wird«¹⁷⁶. Frick empfahl Tauschitz eine Unterredung mit Habicht. Unter normalen Bedingungen würden die Ausführungen Fricks eher ein Anlaß zur Verschärfung des Klimas gewesen sein, angesichts des Suvich-Besuches machte man sie auf österreichischer Seite zum »Ausgangspunkt«¹⁷⁷ eines Verständigungsversuches.

Am 15. Dezember führte auch Dollfuß ein ausführliches Gespräch mit Rieth – »in privater Form«¹⁷⁸. Der österreichische Bundeskanzler kam dabei von sich aus auf die Verständigungsfrage zu sprechen, angeregt – wie Rieth nicht zu Unrecht vermutete – durch einen möglichen »Wechsel in der italienischen Einstellung gegenüber dem Nationalsozialismus in Österreich«¹⁷⁹. Dollfuß wiederholte seinen Gedanken, daß eine Verständigung »Schritt für Schritt in gewissen Abschnitten und mit zeitlichen Abständen« herbeigeführt werden müsse, in Form einer »sukzessiven Evolution«, die mit dem Abbau der Kampf-

maßnahmen beginnen müsse und die schließlich in ein »System« einmünden solle, das sich »mit dem in Deutschland und Italien herrschenden vergleichen ließe«. »Nach außen hin«, so meinte Dollfuß weiter, »dürfe die Schwenkung Österreichs in die deutsche Richtung nicht den Anschein eines aggressiven Charakters gegenüber anderen Mächten erwecken«, wobei der österreichische Bundeskanzler besonders an Frankreich und die Tschechoslowakei erinnerte. Innenpolitisch werde sich im Zuge der »Evolution« auch der »Kampf gegen den Marxismus« führen lassen, den er bisher vermieden habe, um nicht bei dieser Gelegenheit »von den Nationalsozialisten angegriffen zu werden«. Abschließend deutete Dollfuß an, daß er nunmehr auch zu Verhandlungen mit Habicht bereit sei, wenn sich dafür eine geeignete »Form« finden lasse. Eine Möglichkeit sah Dollfuß darin, »daß Herr Habicht im Auftrage des Herrn Reichskanzlers mit ihm in Verbindung trete«.

Rieth äußerte sich zu Dollfuß' Anregungen nicht, sondern konnte sie »nur privatim entgegennehmen«¹⁸⁰. Aus seinem langen Brief an Bülow, den er am 21. Dezember schrieb, läßt sich jedoch entnehmen, daß Rieth die Anregungen des österreichischen Bundeskanzlers durchaus unterstützte. Dem Gesandten schien »der Grundgedanke, daß eine Verständigung mit den hiesigen Nationalsozialisten und eine Beteiligung derselben an der Macht, in einer Weise durchgeführt werden sollte, die nach Möglichkeit Beunruhigungen oder gar Erschütterungen in Europa vermeidet, immerhin erwägenswert zu sein, da ja auch wir wohl schließlich durch die Beendigung des Konfliktes mit Österreich eine Entlastung und nicht eine Mehrbelastung unserer Außenpolitik herbeizuführen ein Interesse hätten«. – Als Rieths Schreiben in Berlin eintraf, am 23. Dezember, war der Adressat, Bülow, schon im Weihnachtsurlaub. Köpke, der den Brief statt seiner las, versah einige der von Dollfuß vorgebrachten Gedanken mit großen Fragezeichen¹⁸¹. Dollfuß' Anregung einer »langsamen Evolution« und Rieths Zustimmung zu diesem Plan, las Köpke hingegen augenscheinlich ohne Widerspruch.

Eine bündige Stellungnahme zu Dollfuß' Vorschlägen blieb dem Auswärtigen Amt jedoch erspart, da sie von der Entwicklung »überholt«¹⁸² wurden. Der österreichische Bundeskanzler hatte nämlich, durch die Erfahrung belehrt, daß sich Rieth rein rezeptiv zu verhalten pflegte, eine Verbindung zu Habichts Kontaktmann in Wien, Schattenfroh, herstellen lassen¹⁸³. Es war daraufhin zu einer Begegnung zwischen Dollfuß und Schattenfroh gekommen, in der Dollfuß seinen

Wunsch ausdrückte, »die ins Stocken geratenen Besprechungen . . . wieder in Gang zu bringen«¹⁸⁴, und er schlug vor, Habicht möge »zu einer Besprechung (mit ihm) nach Österreich« kommen. Schattenfroh begab sich anschließend »mit Zustimmung« des österreichischen Bundeskanzlers in die Schweiz, um »Habicht Bericht zu erstatten und Richtlinien für die weitere Behandlung der Angelegenheit zu erhalten«¹⁸⁵.

Obwohl über diese »Richtlinien« keine Einzelheiten bekannt sind, ist es sicher, daß Habicht die von Dollfuß ausgestreckte Hand bereitwillig ergriff. Das einzige Hindernis für ein Treffen zwischen Dollfuß und Habicht schien jenes Mißtrauen zu sein, mit dem von manchen Kreisen in Österreich, besonders von der Heimwehr, jede Möglichkeit eines Ausgleiches zwischen Dollfuß und den Nationalsozialisten verfolgt wurde. In der Sorge um die Verwicklungen, die damit ausgelöst werden konnten, waren sich die Eingeweihten, Rieth und Schattenfroh vor allem, von vornherein einig. Schattenfroh fürchtete, daß Habicht, sollte er nach Österreich kommen, und seine Reise – »wie anzunehmen« – nicht geheim bleiben, »in eine recht unbequeme Lage geraten könnte«¹⁸⁶. Und auch Rieth ging davon aus, daß »alle mit den Nationalsozialisten stattfindenden Besprechungen streng geheim gehalten werden« müssen, da stets, wenn in Wien »etwas über Besprechungen mit den Nationalsozialisten oder Verständigungsmöglichkeiten durchsickert oder auch nur gergewöhnt wird, . . . sofort ein wahres Trommelfeuer aller derjenigen ein(setze), die aus personellen, aus inner- oder außenpolitischen Gründen die Verständigung hintertreiben«¹⁸⁷. Rieth und Schattenfroh sollten sich mit ihren Befürchtungen nicht täuschen.

Dollfuß war sich über die Risiken seines Vorgehens gleichfalls klar, und er hielt die nunmehr anlaufenden Vorbereitungen geheim – vorerst mit Erfolg¹⁸⁸. Am 27. Dezember wies er seinen Gesandten Tauschitz an, in Berlin die Möglichkeit zu einem Besuch Habichts in Österreich zu erkunden¹⁸⁹. Nach den vergeblichen Versuchen, einen direkten Kontakt zu Hitler unter Umgehung Habichts herzustellen, bemühte sich Dollfuß nunmehr, die Ebenen von Diplomatie und Partei zu kombinieren, indem er auf offiziellem Wege die Verbindung zu Habicht herstellte. Um nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, daß die österreichische Seite den ersten Schritt unternehme, wurde Tauschitz beauftragt, »die initiative Fühlungnahme Dr. Fricks« als Anknüpfungspunkt seiner Erkundung auszugeben. Es sei, so wurde in dem Erlaß an Tauschitz erklärt, ohnehin »nunmehr endlich an der Zeit,

die Versuche, die zur Wiederherstellung normaler guter Beziehungen mit dem Deutschen Reich unternommen werden, von dem bisherigen Wege der Vermittlung durch private Personen auf den diplomatischen Weg zu leiten«. Deshalb sollte Tauschitz auch nicht – wie von Frick vorgeschlagen – mit Habicht in Verbindung treten, sondern mit Neurath, wobei die »Bedenken« gegen Habicht »angesichts dessen früherer innerpolitischer Rolle in Österreich« noch einmal unterstrichen wurden.

Dennoch betonte Dollfuß seine »grundsätzliche Geneigtheit zu einer persönlichen Unterredung«, wenn »Habicht von sich aus« mit ihm »reden wolle und eine solche Aussprache mit Wissen, Willen und Ermächtigung durch Reichskanzler Hitler stattfinden würde«. Diese Formulierung zeigt deutlich die Absicht, Habicht die Initiative zuzuspielen und außerdem den Verständigungsversuch offiziell abzudecken. Auch auf deutscher Seite begann man nun, sich zum ersten Mal auf offizieller Ebene mit den Möglichkeiten einer Verständigung zu befassen. Im Auswärtigen Amt wurden erstmals selbständig Gedanken zum Projekt eines Ausgleichs entwickelt, ohne daß man damit indessen die federführende Rolle der Partei in der Verständigungsfrage antastete.

Anlaß solcher Überlegungen war die von Rieths ausführlichem Schreiben an Bülow ausgehende Annahme, daß ein neuer Anstoß von österreichischer Seite unmittelbar bevorstehe. Außerdem machte Tauschitz, nachdem er die Weisung seiner Regierung erhalten hatte, schon am 29. Dezember Hüffer gegenüber »Andeutungen« in der Richtung, daß er Neurath gegenüber »generell den deutsch-österreichischen Konflikt zur Sprache bringen« wolle¹⁹⁰. Am 30. Dezember teilte Habicht mit, die Vorbereitungen über Schattenfroh seien inzwischen »so weit gediehen, daß er (Habicht) sich schon in Kürze zu einer mündlichen Aussprache (mit Dollfuß) nach Österreich begeben will«¹⁹¹. Obwohl, wie schon jetzt zu erkennen war, die Rolle des Auswärtigen Amtes in dem Verständigungsprojekt fast ausschließlich organisatorischer Natur war, hielt man es in der Wilhelmstraße doch für nötig, das erwartete Gespräch Neurath-Tauschitz vorzubereiten.

Aus der Aufzeichnung, die Hüffer am 30. Dezember anfertigte, geht hervor, daß er damit rechnete, Tauschitz werde »direkte Verhandlungen« zwischen der deutschen und der österreichischen Regierung anregen¹⁹². Demgegenüber wurde von Hüffer der von Hitler postulierte Vorrang der innenpolitischen Lösung betont. Die Frage, ob die Verhandlungen durch einen förmlichen Auftrag Hitlers an Habicht mindestens einen halboffiziellen Charakter erhalten sollten, wie Doll-

fuß es wünschte, konnte nach Hüffers Meinung nur von Hitler »persönlich entschieden werden«. Ein heikles Problem sah Hüffer in der Möglichkeit, daß Österreich die »Persönlichkeit Habichts« als »untragbar« ablehnen könnte. Für diesen Fall legte Hüffer das Argument zurecht, daß Habicht »der offizielle Leiter« der österreichischen NSDAP und außerdem der »Vertrauensmann des Kanzlers« in der Österreich-Politik sei. Allerdings fand Hüffer selbst diese Hinweise kaum zwingend, und er stellte deshalb allgemein in Frage, ob »überhaupt dieser Punkt gesprächsweise . . . vertieft werden« solle¹⁹³.

Die meisten Gedanken machte sich Hüffer über die möglichen außenpolitischen Rückwirkungen einer Verständigung. Er wies darauf hin, daß die Dollfuß geltenden »Sympathien des uns feindlichen Auslandes nicht seiner Person, sondern ihm als Träger des Kampfes gegen den Nationalsozialismus« zugefallen seien. Daher sei ein Prestigeverlust bei einer etwaigen Einigung mit den Nationalsozialisten für Dollfuß nicht gänzlich zu vermeiden. Allerdings, das gestand Hüffer zu, müsse »eine Form gefunden werden, die seine (Dollfuß') Kapitulation vor dem Nationalsozialismus nach außenhin verschleiert«. Im übrigen, betonte Hüffer, stehe »die Wahrung der Unabhängigkeit und der Selbständigkeit des österreichischen Staates aus außenpolitischen Gründen auch für Landesinspekteur Habicht durchaus fest«.

Hüffers Aufzeichnung ist ein deutliches Zeichen für das Bemühen des Auswärtigen Amtes, innerhalb der von Hitler gegebenen Richtlinie vom Primat eines innenpolitischen Arrangements in Österreich nach einer außenpolitisch erträglichen Lösung auch für Österreich zu suchen. Wie eng der Spielraum für einen solchen Versuch war, beweist die Tatsache, daß Hüffer selbst unter Abwägung aller Umstände das Urteil nicht umgehen konnte, eine eventuelle Einigung werde in jedem Fall »den Eindruck einer Kapitulation (Dollfuß') vor dem Nationalsozialismus« erwecken. Freilich muß man in Rechnung stellen, daß Hüffer die Aufgabe zugefallen war, Argumente zusammenzustellen für den Fall, daß Tauschitz gegenüber Neurath offensiv würde und eine »generelle« Diskussion auslösen wollte. So ist mancher entschiedene Ton in Hüffers Darlegungen als Ausdruck einer eigenen Offensive zu verstehen. Dennoch beweist Hüffers Aufzeichnung, wie weitgehend das Auswärtige Amt der Partei die Aktivität in der Österreich-Frage zu überlassen bereit war, was allerdings verständlich ist in einem Augenblick, da endlich die Möglichkeit eines friedlichen Ausgleichs auch auf der Parteiebene sich zu bieten schien. – Hüffers Aufzeich-

nung wurde, zusammen mit dem Brief Rieths an Neurath als Material für die erwartete Unterredung mit Tauschitz weitergeleitet¹⁹⁴.

Am Nachmittag des Neujahrstages 1934 trug Tauschitz den Plan seiner Regierung Neurath vor¹⁹⁵: Dollfuß habe sich »trotz schwerster Bedenken entschlossen, mit Herrn Habicht direkt zu verhandeln, allerdings unter der Voraussetzung, daß Herr Habicht den Wunsch dazu habe und daß die Verhandlungen mit Wissen, Willen und Ermächtigung des Reichskanzlers... geführt würden«¹⁹⁶. Neurath, der offenbar die Eventualität eines derartigen Vorschlages schon mit Hitler erörtert hatte, antwortete, er könne »an sich schon jetzt sagen«, daß »die obengenannten Voraussetzungen vorhanden seien«. Allerdings wollte Neurath Hitler »nochmals ausdrücklich« fragen.

Nach dem Bericht, den Tauschitz über das Gespräch mit Neurath an seine Regierung schickte¹⁹⁷, benutzte der Außenminister die Gelegenheit, um dem Gesandten die Kompetenzen in der deutschen Österreich-Politik klarzulegen. Neurath erläuterte, daß sich Hitler »in der österreichischen Frage sämtliche Entscheidungen vorbehalten« habe. Hitler stehe aber »auf dem Standpunkt, daß er sich... als Reichskanzler nicht selbst in diese Angelegenheit einmengen und sie führen könne«. Deshalb habe er »seinen Parteigenossen Habicht hiermit betraut«, und Habicht sei Hitlers »absoluter Vertrauensmann«. Wenn die Dinge so lagen, dann war es allerdings so gut wie sicher, daß Hitler gegen eine offizielle Beauftragung Habichts keine Einwände haben konnte. Indessen beleuchteten die Darlegungen Neuraths auch – wenigstens nebenbei – die Position des Außenministers und seines Amtes in wenig schmeichelhafter Weise, und es mag deshalb bezeichnend sein, daß Neurath diesen Passus des Gesprächs auch nicht in seine eigene Aufzeichnung aufnahm¹⁹⁸.

Hitler erklärte sich, von Neurath befragt, noch am gleichen Nachmittag mit den »Voraussetzungen und mit der Aufnahme der Verhandlungen einverstanden«¹⁹⁹. Wörtlich teilte der Außenminister Tauschitz am Telefon mit: »Die Aussprache, die Habicht mit Dr. Dollfuß wünscht, würde mit Wissen, Willen und Ermächtigung des Herrn Reichskanzlers erfolgen.«²⁰⁰ Die »Einzelheiten« der Begegnung solle Tauschitz mit Köpke absprechen, Habicht werde durch Hitler, der am Abend des 1. 1. 1934 nach München abreiste, persönlich verständigt werden. Damit waren die Weichen für den Verständigungsversuch gestellt. Verglichen mit den Verhandlungen vom Mai 1933 und den über Langoth und Foppa im Oktober 1933 geführten Besprechungen, zeig-

ten sich schon in der Form einige wesentliche Unterschiede. Im Mai 1933 hatte Habicht noch als anerkannter Führer einer legalen Partei in Österreich mit dem Bundeskanzler verhandelt, im Oktober 1933 hatte er als umstrittener Führer der inzwischen in Österreich verbotenen NSDAP mit Dollfuß Kontakt gesucht und war schließlich aus diesen Gründen auch von Dollfuß als Verhandlungspartner abgelehnt worden. In beiden Fällen aber war Habicht als selbständiger Unterhändler aufgetreten, mit dem Anspruch, die Interessen seiner Parteianhänger in Österreich wahrzunehmen. Mag Habicht auch vom Auswärtigen Amt und von Hitler selbst als zuständig empfohlen und unterstützt worden sein, so war er doch bisher nicht als Beauftragter des Reichskanzlers aufgetreten. Die am Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft im Reich vorsätzlich gezogene und gegen alle Widerstände immer wieder mühsam aufrechterhaltene Trennungslinie zwischen der amtlichen Politik und der Parteipolitik konnte so, mindestens als Anschein nach außen hin, stets betont werden.

Diese Trennung wurde nun zum erstenmal sichtbar aufgegeben. Habicht war jetzt nicht mehr nur Führer der österreichischen Nationalsozialisten, auch nicht mehr nur der »Vertrauensmann« des Parteiführers Hitler: Mit Hitlers Auftrag wurde er erstmals zu einem Bevollmächtigten der deutschen Regierung. Für Dollfuß bedeutete die damit gefundene Form wenigstens einen Teilerfolg. War es ihm auch nicht gelungen, eine rein zwischenstaatliche Regelung des Konfliktes unter Umgehung Habichts zu erreichen, so blieb es ihm doch wenigstens erspart, Habicht als bloßen Führer einer – überdies verbotenen – Oppositionspartei zu empfangen. Ähnliches galt auch für Habicht. Es war ihm versagt geblieben, die österreichische Regierung aus eigener Kraft zu stürzen, trotz der unterschweligen Unterstützung durch die Reichspolitik; er konnte aus eigener Kraft nicht einmal eine Verhandlungslösung durchsetzen. Nun aber wuchs ihm endlich durch Hitlers Auftrag neue Autorität und neue Macht zu, und sein ständiges Lockmittel gegenüber Dollfuß, eine innenpolitische Einigung werde den Ausgleich mit dem Reich automatisch zur Folge haben, drückte sich jetzt schon in den Verhandlungsbedingungen aus. Der offizielle Auftrag bedeutete für Habicht zugleich eine Steigerung seiner Verantwortlichkeit und mußte ihm das Gefühl geben, nun erst recht vor einer Bewährungsprobe seiner politischen Karriere zu stehen.

Wenn man sich aber erinnert, daß sich Habicht und Dollfuß schon durch die Kontakte über Langoth und Foppa in sachlichen Fragen we-

sentlich nähergekommen waren, so bot die nunmehr vereinbarte Verhandlungsform für beide Seiten die bisher günstigste Voraussetzung für einen Erfolg. Grundlage der Gespräche sollten die schon über Langoth und Foppa ausgetauschten Vorschläge sein, wobei vor allem die unterschiedlichen Vorstellungen über den zeitlichen Ablauf eines Arrangements noch abzustimmen waren. Die Tatsache, daß die sachlichen Voraussetzungen als weitgehend geklärt gelten konnten, wird allein dadurch bewiesen, daß bei der Vorbereitung der Habicht-Reise in den folgenden Tagen ausschließlich organisatorische Fragen im Vordergrund standen: vor allem die Sorge um die Geheimhaltung der Mission Habichts und das Problem des Zeitpunktes seiner Reise.

Bei der Wahl des Termins spielte vor allem ein bevorstehender Besuch des italienischen Unterstaatssekretärs Suvich in Wien eine Rolle. Suvich hatte sich für den 18. Januar 1934 in der österreichischen Hauptstadt angesagt²⁰¹. Zwar wollte Suvich nicht direkt »als Vermittler in dem deutsch-österreichischen Konflikt auftreten«, aber die österreichische Regierung rechnete damit, Suvich werde auf Grund seiner »in Deutschland gesammelten Eindrücke« mindestens »untersuchen, ob und in welcher Weise eine Einigung möglich« sei²⁰². In den österreichischen Kalkulationen geriet daher das Treffen Dollfuß-Habicht in einen mittelbaren Zusammenhang mit dem erwarteten Besuch Suvichs. Angesichts der Tatsache, daß Wien annahm, Italien werde im Sinne einer Verständigung tätig werden, mußte Dollfuß daran gelegen sein, Suvich möglichst schon bei dessen Ankunft Fortschritte in dieser Richtung vorweisen zu können. Deshalb war von vornherein die österreichische Absicht zu erkennen, Habicht möglichst vor Suvich in Wien zu empfangen.

Auf deutscher Seite bestand hingegen gerade ein umgekehrtes Interesse. Die Gespräche Suvichs in Wien konnten die Ausgangsposition Habichts nur stärken, denn auch in Berlin nahm man an, Suvich werde sich gegenüber Dollfuß für eine Verständigung einsetzen. Neurath hatte schon am 1. Januar, als er Tauschitz das Einverständnis Hitlers mitteilte, gemeint, »daß es besser wäre, die Aussprache (Dollfuß-Habicht) nach dem Besuch des Herrn Suvich in Wien anzuberaumen«²⁰³. Der Außenminister hielt es für »praktisch«, den Suvich-Besuch erst einmal »vorbeirauschen (zu) lassen«. Dennoch gelang es Dollfuß, Habicht unter Umgehung des Auswärtigen Amtes – offenbar über Schattenfroh – für einen früheren Termin zu gewinnen. Jedenfalls teilte der Landesinspekteur Hüffer am 3. Januar mit, er beabsichtige, am

8. Januar abends aus München mit dem Zug abzureisen und werde am 9. Januar morgens in Wien eintreffen²⁰⁴. Das Auswärtige Amt hoffte zwar immer noch, daß dieser Terminvorschlag »nur provisorisch« sei und sich eventuell doch noch ein späterer Zeitpunkt vereinbaren lasse, aber schließlich wurde die Reise sogar noch um einen weiteren Tag vorverlegt und sollte – auf österreichischen Wunsch – auf dem Luftwege unternommen werden²⁰⁵. Damit war die Terminfrage in österreichischem Sinne gelöst.

Weniger umstritten, da für beide Seiten von gleicher Wichtigkeit, war das Problem der Geheimhaltung der Reise Habichts. Mit Rücksicht auf das beständige Mißtrauen besonders der Heimwehr hatte Rieth schon am 21. Dezember darauf aufmerksam gemacht, man müsse die sich andeutende Verständigungsaktion »so wie nur irgend möglich vertraulich ... behandeln«²⁰⁶. Auch Dollfuß war sich des Risikos, das er mit der Einladung an Habicht einging, bewußt, und er verlangte deshalb, es müsse bei der Aktion die »vollste Loyalität gewährleistet« sein, das Gespräch müsse »in strengstem Inkognito« stattfinden und dürfe keinesfalls »zu Propagandazwecken ausgenützt werden«²⁰⁷. Für Habicht bestand noch eine zusätzliche Schwierigkeit darin, daß ihm von seinen radikalen Parteianhängern in Österreich ein Kontakt mit dem österreichischen Bundeskanzler als Nachgiebigkeit oder gar als Kapitulation angekreidet werden konnte. Auf diese Möglichkeit spielte Schattenfroh an, wenn er davon sprach, Habicht könne durch ein Bekanntwerden der Aktion »in eine recht unbequeme Lage geraten«²⁰⁸. Seltsamerweise legte Habicht dennoch, dem offiziellen Charakter seiner Mission entsprechend, Wert darauf, in der deutschen Gesandtschaft in Wien abzusteigen²⁰⁹, obwohl Rieth vor diesem Quartier warnte, da die Geheimhaltung der Anwesenheit Habichts in der Gesandtschaft »weniger gewährleistet ist als anderweitig«, weil die Vorgänge im Gesandtschaftsgebäude »genau kontrolliert« würden²¹⁰. Immerhin gelang es dem Auswärtigen Amt wenigstens, Habicht zu einem Verzicht auf eine offizielle Begrüßung auf dem Flugplatz Aspern bei Wien, wo der Landesinspekteur landen sollte, zu bewegen²¹¹.

Habichts Neigung, seinen Wiener Auftritt mit möglichst viel protokollarischem Glanz zu umgeben, verrät etwas vom Geltungsdrang eines Politikers, der – nach langer Zeit der Erfolglosigkeit – plötzlich das Gefühl hat, mit dem Rückenwind eines offiziellen Auftrages einem leichten Sieg entgegenzusteuern. In dieser Euphorie wurde Habicht das Risiko, das er eingegangen war, offenbar gar nicht recht be-

wußt. Immerhin konnte er nicht absolut sicher sein, einen eventuellen Ausgleich mit Dollfuß auch bei seinen Anhängern in Österreich, insbesondere bei den Radikalen, die der anhaltende Nervenkrieg unverzüglich gestimmt hatte, unangefochten durchzusetzen. Vorerst freilich fand Habicht seine Lage günstig und keineswegs »unbequem«. Am Montag, dem 8. Januar, zwischen 14.30 und 15.00 Uhr sollte er in Aspern landen ²¹² und noch am gleichen Tage in der Villa des österreichischen Finanzministers Buresch in Groß-Enzersdorf mit Dollfuß zusammentreffen ²¹³.

Am Vorabend von Habichts Ankunft, am 7. Januar um 21.30 Uhr, bat Dollfuß einige Politiker seiner Regierung in seine Wohnung: Handelsminister Stockinger, Sozialminister Neustädter-Stürmer und die beiden Heimwehrführer Fey und Starhemberg ²¹⁴. Dollfuß legte den Anwesenden seine Absicht dar, sich am folgenden Tag mit Habicht zu treffen ²¹⁵. Dollfuß erklärte, er werde Habicht als Vertreter Hitlers empfangen, um zu erfahren, »unter welchen Bedingungen eine Befriedung und die Einstellung der Feindseligkeiten erreicht werden« könnten. Er beabsichtige »nicht das geringste Zugeständnis hinsichtlich der Unabhängigkeit Österreichs, sondern wolle nur eine »Beruhigung der österreichischen Nationalsozialisten«. Starhemberg nannte den Plan auf Anhieb »unvereinbar mit der Würde« Dollfuß' und lehnte Habicht als Verhandlungspartner strikt ab. Starhemberg meinte, wenn Hitler den Konflikt tatsächlich zu beenden wünsche, würde er »einen anständigeren Abgesandten« als Habicht ernannt haben. Schließlich drohte Starhemberg, ihre (Dollfuß' und Starhembergs) »Wege würden sich trennen, wenn er (Dollfuß) eine Unterredung mit Habicht führen sollte«. Starhemberg wurde von Stockinger unterstützt und auch von Fey, der sogar androhte, er werde »die ganze Gruppe verhaften«, falls das Treffen stattfinde. Dollfuß suchte sich mit dem Argument zu retten, es gehe nicht um die Person Habichts, sondern einzig um das sachliche Resultat des Gespräches. Doch der österreichische Bundeskanzler war dem Druck vor allem der beiden Heimwehrführer nicht gewachsen. Nach einer erregten Diskussion gab er gegen Mitternacht nach und willigte ein, das Treffen mit Habicht abzusagen.

Ogleich einige Einzelheiten des Gespräches bei Dollfuß am 7. Januar unklar bleiben, ist ganz offensichtlich, daß das entscheidende Veto von Starhemberg und Fey ausging, die bei dieser Gelegenheit sogar ihre latente Rivalität vergaßen ²¹⁶. Dollfuß, der sich die Schwenkung

nur widerwillig, aber doch recht kurzfristig abzwängen ließ, vermochte den von ihm einmal eingeschlagenen Kurs nicht zu halten²¹⁷. Unsicher ist, ob der Druck, der auf ihn einwirkte, ausschließlich von der Heimwehr ausging oder ob Fey und Starhemberg die Unterstützung Italiens hinter sich wußten. Rieth glaubte an »italienische Einflüsse«, war sich allerdings nicht klar darüber, ob die Heimwehr »von den Italienern vorgeschickt« worden war oder ob die Heimwehrführer Italien »zur Hilfe gerufen« hatten²¹⁸. Angesichts der Indizien für die gewandelte Einstellung der italienischen Regierung zu einer Verständigung zwischen Dollfuß und den Nationalsozialisten erscheint es kaum wahrscheinlich, daß die Haltung Feys und Starhembergs auf den Einfluß Mussolinis zurückgeht. Hingegen ist es nicht ausgeschlossen, daß der italienische Presseattaché in Wien, Morreale, ein entschiedener Gegner der Nationalsozialisten, die Heimwehr in ihrem Widerstand bestärkte, auch ohne dazu von seiner Regierung angewiesen zu sein²¹⁹.

Auch Dollfuß selbst war offenbar nicht der Meinung, daß die Heimwehr das Treffen mit Habicht mit Billigung oder gar auf Veranlassung Italiens boykottiert hatte. Der österreichische Bundeskanzler hoffte vielmehr, daß Suvich sich bei seinem bevorstehenden Besuch in Wien zugunsten einer Verständigung mit den Nationalsozialisten verwenden werde, so daß dann »die Frage erneut aufgenommen werden könnte«²²⁰. Dollfuß beeilte sich denn auch, Rieth durch Peter mitteilen zu lassen, er »habe keineswegs seine Absicht aufgegeben, eine Verständigung mit den Nationalsozialisten herbeizuführen«, und er »betrachte . . . die jetzt abgesagte Besprechung nur als aufgeschoben«²²¹. Bis zum Suvich-Besuch sei allerdings »in der Angelegenheit leider nichts zu machen«.

Peter suchte den deutschen Gesandten in Wien am Morgen des 8. Dezember »unangemeldet« auf, um diese Erklärungen seines Kanzlers zu überbringen. Der Generalsekretär gab deutlich zu erkennen, »wie unangenehm und peinlich ihm die ganze Angelegenheit« war, die für ihn selbst völlig überraschend gekommen war. Peters Darlegungen zeigten deshalb auch eher den Charakter einer Entschuldigung für die erfolgte Absage, als daß sie den Entschluß der österreichischen Regierung sachlich zu interpretieren und zu rechtfertigen suchten. Peter selbst wußte sehr wohl, daß die offizielle Begründung nur ein »Vorwand«²²² war, und er trug sie daher auch »ohne große Überzeugung« vor. Ungeachtet dessen wurde diese Begründung von Tauschitz derweil auch dem Auswärtigen Amt übermittelt.

Der österreichische Gesandte rief um 10 Uhr in der Wilhelmstraße

an und teilte Renthe-Fink mit, »mit Rücksicht auf die in den letzten Tagen zutagegetretene ungemein verschärfte Lage in Wien, hervorgeufen durch die aktivistische Tätigkeit der nationalsozialistischen Parteianhänger . . ., hielte es der Bundeskanzler für zweckmäßig, die für heute angesetzte Besprechung mit Herrn Habicht abzusagen«²²³. Die Nachricht löste in der Wilhelmstraße eine fieberhafte Aktivität aus. Renthe-Fink hielt die Habicht-Reise nunmehr für undurchführbar und »erledigt«. Er rief »sofort« bei der Landesleitung in München an, konnte aber zunächst niemanden erreichen. Wenig später wurde Renthe-Fink aus München angerufen und übermittelte die Absage von Tauschitz. Prinz Waldeck, der Habicht auf seiner Reise nach Wien begleiten sollte²²⁴, ließ jedoch mitteilen, »daß Habicht die Reise noch nicht definitiv aufgegeben habe, sondern sich überlegen wolle, ob es nicht doch zweckmäßig sei, die Reise nach Wien anzutreten«. Waldeck bat Renthe-Fink, Tauschitz »zunächst . . . nicht zu sagen, daß es gelungen sei, Herrn Habicht zu verständigen«. Renthe-Fink erkannte sofort Habichts Absicht, die Reise trotz der erfolgten Absage durchzuführen. Die »ernsten Bedenken« teilte er Köpke mit, der ihm in der Unmöglichkeit der Reise zustimmte. Wieder telefonierte Renthe-Fink mit München, erreichte den Stabsleiter der Landesleitung, Weydenhammer, der vor den wahrscheinlichen außenpolitischen »Komplikationen . . . dringend gewarnt« wurde. Die von Weydenhammer angeregte Ausflucht, man solle den Österreichern sagen, Habicht sei nicht mehr zu erreichen gewesen, lehnte Renthe-Fink ab, und betonte nochmals, daß das Auswärtige Amt »die Reise unter den jetzigen Umständen nicht für opportun und ausführbar« halte. Sollte Habicht dennoch fliegen, werde er das »auf seine eigene Kappe« nehmen müssen. »Jedenfalls« müsse Habicht »vorher die Instruktionen des Führers einholen«.

Obwohl Weydenhammer versprach, »sein Möglichstes zu tun«, erhielt Renthe-Fink um 12.00 Uhr vom Flughafen München den Bescheid, Habicht könne »nicht erreicht werden«, da er – »der Geheimhaltung wegen« – seinen Abflug kurzfristig von München nach Schleißheim verlegt habe, von wo der Start inzwischen »wahrscheinlich erfolgt« sei. Renthe-Fink blieb »unter diesen Umständen nichts anderes übrig«, als auf die von Waldeck und Weydenhammer angebotene Ausrede zurückzugreifen und Tauschitz mitzuteilen, Habicht sei »bei der Kürze der Zeit« nicht mehr zu verständigen gewesen und wahrscheinlich schon auf dem Wege nach Österreich. – Unmittelbar danach setzte sich Renthe-Fink mit Hitlers Adjutanten, Brückner, in Verbindung,

um doch noch einen letzten Versuch zur Verhinderung der Reise zu machen. Renthe-Fink sah die einzig verbleibende Möglichkeit darin, daß Hitler Habicht »gewissermaßen offiziell« zurückbefahl. Brückner teilte Hitler die Besorgnis des Auswärtigen Amtes mit; der Reichskanzler stimmte uneingeschränkt zu und ordnete sofort an, Habicht »radiotelegrafisch« zurückzubeordern. Der Funkspruch erreichte Habichts Flugzeug erst, als es sich schon über österreichischem Gebiet befand. Habicht ließ das Flugzeug umkehren und flog nach München zurück.²²⁵

Die dramatische Episode um die Rückberufung Habichts zeigt den Willen des Landesinspektors, seine Reise trotz der Absage, gegen den Willen des Auswärtigen Amtes und auch ohne Billigung Hitlers durchzuführen. Er wollte die Chance, die sich ihm hier nach einer langen Phase des Stillstandes und der Unwirksamkeit zu bieten schien, unbedingt nutzen, und er war auch einen Tag später noch »überzeugt davon, daß er bestimmt zu einer Einigung mit Dollfuß gelangt sein würde«²²⁶, obgleich man in Wien anscheinend Vorsorge getroffen hatte, ihn bei einer eventuellen Landung sogleich wieder zurückzuschicken²²⁷. Vom politischen Mißerfolg Habichts abgesehen, bedeutete der Vorfall für ihn persönlich eine tiefe Demütigung. Die Aussicht, endlich von Dollfuß als verhandlungswürdig akzeptiert zu werden, war ein weiteres Mal enttäuscht worden.

Als Habicht am 9. Januar in der Wilhelmstraße erschien, war er immer noch »vom Ausgang der Sache aufs äußerste erregt und tief enttäuscht«²²⁸. Habicht hielt Renthe-Fink vor, »daß, wenn er hätte landen können, es ihm geglückt wäre, trotz aller Widerstände bis zu Dollfuß vorzudringen«. Nach Habichts Meinung wäre dem österreichischen Bundeskanzler sein Besuch »vielleicht sogar willkommen gewesen«. Vergeblich wies Renthe-Fink auf die »ernsten Risiken«, die möglichen »erheblichen Komplikationen« und die »Gefährdung des großen Zieles« der Verständigung hin. Resignierend vermerkte Renthe-Fink, daß Habicht diese Hindernisse »nicht zu sehen (schien)«. Schließlich mußte Renthe-Fink sogar um das Verständnis Habichts dafür bitten, daß er der »Pflicht« gefolgt sei, »den Reichskanzler in einer so wichtigen Angelegenheit auf dem Laufenden zu halten«. Renthe-Fink fand Habichts Haltung zwar »menschlich verständlich«, da ihm ein weiteres Mal ein Erfolg versagt geblieben war, er hielt sie aber politisch für gefährlich, zumal Habicht eine »zunehmende Aktivität der Nationalsozialisten in Österreich« ankündigte. Renthe-Fink fürchtete eine »Verschärfung des Kampfes« für den Fall, daß »seine (Habichts) Pläne

genehmigt werden«, und ihn beruhigte allein die Tatsache, daß Habicht mit Hitler »allerdings noch nicht gesprochen« habe.

Die Haltung Hitlers begann in der Tat für das Auswärtige Amt ein Grund zur Hoffnung zu werden. Hitler hatte Neurath erklärt, »die Zurückrufung H.(abicht)s sei absolut erforderlich gewesen«²²⁹. Hitler wollte auch von der Verschärfung des Kampfes gegen die österreichische Regierung, die Habicht vorschlug, nichts wissen²³⁰. Das einzige, was Hitler dem Landesinspekteur zugestand, war die Erlaubnis zu einer Reise des Prinzen Waldeck nach Wien, »um sich zu informieren und mit einzelnen Leuten der Partei Fühlung zu nehmen«²³¹. Aber auch noch in dieser Frage wies Hitler Habicht an, sich bei Neurath vorher zu erkundigen, ob der Außenminister »etwas dagegen einzuwenden« habe. Nur »sofern der Herr Reichsaußenminister keine Bedenken habe«, wollte Hitler die Reise Waldecks genehmigen²³². Neurath stimmte der Reise zu, obwohl er sich von der Fahrt Waldecks nach Österreich »nicht viel Erfolg versprechen« konnte²³³.

Noch am Abend des 10. Januar reiste Waldeck mit dem Zug aus München ab und traf am 11. Januar morgens in Wien ein²³⁴. Mit welchem Auftrag Waldeck von Habicht nach Wien geschickt wurde, ist nicht ganz durchsichtig. Nach der Ankündigung Köpkes an Rieth kam Waldeck »zur Sondierung (des) dortigen Terrains wegen etwaiger Möglichkeiten der Wiederaufnahme (von) Verhandlungen mit Dollfuß.«

Außerdem sollte sich Waldeck in der »Gesandtschaft über die durch (die) Absage (des) Bundeskanzlers geschaffene Lage« unterrichten. Ob diese, in der Wilhelmstraße bekannten Aufträge die einzigen waren, läßt sich nicht mit Bestimmtheit feststellen. Es ist durchaus denkbar, daß sich hinter diesen Reisegründen andere verbargen, die Habicht mit Waldecks Besuch verband. Immerhin traf sich Waldeck während seines kurzen Aufenthaltes in Wien mit Leuten, die mit den von Köpke angegebenen Absichten nur sehr mittelbar zu tun haben konnten.

Am Abend des 11. Januar traf Waldeck in der Wohnung des Wiener Gauleiters Frauenfeld mit Habichts Bevollmächtigtem in Wien, Schattenfroh, Frauenfeld selbst und den beiden Heimwehrpolitikern Alberti und Flohr zusammen²³⁵. Nach Waldecks Angaben nahm er an dieser Zusammenkunft, die schon vorher vereinbart war, »auf Wunsch« Schattenfrohs und Frauenfelds teil²³⁶. Gegen Mitternacht erschien eine Gruppe Kriminalbeamter unter Führung des Wiener Polizeivizepräsidenten Skubl. Die Anwesenden wurden »perlustriert und längere Zeit festgehalten«²³⁷. Schließlich wurde Waldeck unter Polizei-

aufsicht zur deutschen Gesandtschaft gebracht, während Frauenfeld, Schattenfroh, Alberti und Flohr festgenommen wurden. Am Nachmittag des 12. Januar reiste Waldeck nach Berlin zurück.

Wie schon der Boykott der Habicht-Reise war auch die Abschiebung Waldecks von der Heimwehrführung ausgegangen. Fey war gerade am Tage der Ankunft Waldecks von Dollfuß wieder zum Sicherheitsminister bestellt worden und hatte seine frisch gewonnene Macht benutzt, um mit Hilfe seines »Vertrauensmanns« Skubl die Verhandlungen zwischen den Wiener Nationalsozialisten und Alberti, den er früher selbst als Kontaktmann zu Habicht benutzt hatte, zu unterbinden. Auch in diesem Fall wurde Fey von Starhemberg, der in jedem Fall fürchten mußte, das Opfer einer Verständigung mit den Nationalsozialisten zu werden, unterstützt. Darüber hinaus zeigten die Kontakte Albertis mit Schattenfroh zum erstenmal die akute Gefahr, daß einzelne Teile der Heimwehr sich unabhängig von der Bundesführung mit den Nationalsozialisten zusammentun und damit die Einheit der gesamten Organisation in Gefahr bringen konnten. Starhemberg entschloß sich deshalb auch, im Falle Albertis und Flohrs ein abschreckendes Exempel zu statuieren. Beiden warf er vor, sie würden »nächtlicherweile in die Wohnung eines nationalsozialistischen Führers schleichen, um dort an Verschwörungen teilzunehmen«²³⁸. Alberti und Flohr wurden daher »mit Schimpf und Schande aus dem Heimatschutz ausgeschlossen« und als »gemeine Verräter« gebrandmarkt. Starhemberg untersagte bei dieser Gelegenheit allen seinen Untergebenen »jedes Packeln mit den Nationalsozialisten«.

Das scharfe Vorgehen Starhembergs gegen Alberti und Flohr zeigt, daß Waldeck ein eher zufälliges Opfer wurde und daß die Aktion nicht eigentlich gegen ihn gerichtet war. Allerdings mußte er noch am gleichen Tage Österreich wieder verlassen und konnte die ihm von Habicht zugeordneten Aufträge – wie sie auch immer gelaftet haben mögen – nicht wahrnehmen. Damit war vorerst die letzte Chance, die mühsam zu Dollfuß hergestellte Verbindung aufrechtzuerhalten, vertan. Zudem waren Habichts Bevollmächtigter in Wien, Schattenfroh, und der Wiener Gauleiter Frauenfeld verhaftet und damit außer Gefecht gesetzt. Habichts tiefe Enttäuschung über diese für ihn deprimierende Entwicklung machte sich in den folgenden Tagen in einem Nachspiel Luft.

Frauenfeld, der sich noch ständig in Österreich aufhielt, war nicht zum erstenmal verhaftet worden. Erst in den letzten Tagen des Jah-

res 1933 hatten ihn die österreichischen Behörden zusammen mit dem Gauleiter von Niederösterreich, Leopold, freigelassen, und zwar im Austausch gegen drei im Reich festgehaltene Österreicher²³⁹. Bei dieser Gelegenheit hatte Himmler den österreichischen Staatssekretär für das Sicherheitswesen, Karwinsky, »telefonisch darauf aufmerksam gemacht, daß eine etwaige erneute Festnahme der nationalsozialistischen Gauleiter mit der Verhaftung von 500 Österreichern im Reiche beantwortet werden« würde. Mit der erneuten Inhaftierung Frauenfelds schien dieser Fall nunmehr gegeben. Habicht rief sofort in der Gesandtschaft in Wien an, um auf die Möglichkeit einer Anwendung der Ankündigung Himmlers hinzuweisen. Waldeck selbst, der sich noch in der Gesandtschaft aufhielt, bat jedoch, »nichts zu unternehmen«²⁴⁰, und auch Erbach meinte, daß »Repressalien nicht ohne weiteres anwendbar« seien²⁴¹, da Frauenfeld nicht als Gauleiter, sondern als Teilnehmer an der Heimwehr unliebsamen Verhandlungen festgenommen worden sei. Doch Habicht gab noch nicht auf. Am 15. Januar brachte er die Angelegenheit Hitler gegenüber zur Sprache, und Himmler setzte sich nochmals mit Karwinsky in Verbindung, fand aber bei dem österreichischen Staatssekretär »keinerlei Entgegenkommen«²⁴². Daraufhin wies Habicht »im Auftrag des Reichskanzlers« die Polizeibehörden an, sie sollten bis zum 20. Januar eine Liste sämtlicher im Reich lebender Österreicher zusammenstellen, »um aus ihr dann eine Auswahl von etwa auszuweisenden oder zu verhaftenden Österreichern zu treffen«. Vom Abend des 16. Januar an sollten die im Reich lebenden Österreicher durch Rundfunk und Presse aufgerufen werden, sich »bei den zuständigen Polizeistellen zu melden«.

Erst wenige Stunden vor dem ersten Aufruf, am Nachmittag des 16. Januar, wurde das Auswärtige Amt von den bevorstehenden Maßnahmen unterrichtet, und zwar nicht durch Habicht, sondern durch den preußischen Gestapo-Chef Diels. Hüffer setzte sich sofort mit Habicht in Verbindung, der ihm sagte, er habe die Repressalie »gestern mit dem Herrn Reichskanzler persönlich vereinbart«. Habicht gab gleichzeitig Anregungen für die diplomatische Behandlung der Angelegenheit. Auf den »zu erwartenden Protestschritt« der Österreicher bat Habicht »lediglich zu antworten, daß es sich hierbei um eine interne fremdenpolizeiliche Maßnahme handele, die sich als notwendig erwiesen habe«. Im übrigen zeigte sich Habicht überzeugt, daß allein die Ankündigung der Maßnahme ausreichen werde, um die Freilassung Frauenfelds zu erwirken.

In der Wilhelmstraße hingegen war man keineswegs sicher, daß die »versteckte Drohung« den gewünschten Effekt bringen werde und fürchtete, daß eine tatsächliche Durchführung der Maßnahmen diplomatische Weiterungen und Komplikationen mit sich bringen könnte. Renthe-Fink machte deshalb noch am gleichen Tage entschiedene Vorbehalte geltend. In einer schriftlichen »Bemerkung« legte er dar, die ins Auge gefaßten Maßnahmen seien geeignet, »uns von unserer bisherigen politischen Linie abzubringen, und die offizielle Politik des Reiches in den inneren Kampf in Österreich hineinzuziehen«²⁴³. Das Ausland werde in ihnen eine »Einmischung Deutschlands in die inneren Verhältnisse Österreichs« sehen, »wenn wir Repressalien gegen die in Deutschland lebenden Österreicher ergreifen, weil die Österreichische Regierung einen ihrer Staatsangehörigen verhaftet hat«. Man müsse »umgekehrt solche (Maßnahmen) gegen die in Österreich lebenden Deutschen erwarten«, und damit könne »der Kampf leicht die bisher eingehaltene Ebene der Partei verlassen und sich zu einem Konflikt zwischen den Regierungen auswachsen«.

Den Bedenken Renthe-Finks kam ein Zufall zu Hilfe, der die Ausführung der Pläne behinderte. Der Aufruf an die Österreicher, sich registrieren zu lassen, wurde von der Gestapo in Preußen nicht erlassen, weil diese sich Material über die in Preußen lebenden Österreicher schon »vor einiger Zeit« beschafft hatte²⁴⁴; in anderen Ländern wurde der Aufruf allerdings noch am 16. Januar zum erstenmal veröffentlicht. Diese Unstimmigkeit rief das Innenministerium auf den Plan. Es ließ Erkundigungen in der Reichskanzlei einziehen. Dabei erfuhr der Ministerialdirektor Gottheiner aus dem Reichsinnenministerium von Hitlers Staatssekretär Lammers, »daß zwar Besprechungen des Herrn Reichskanzlers mit der Landesleitung Österreich stattgefunden hätten, daß sich der Herr Reichskanzler aber nicht ganz so bestimmt geäußert haben dürfte, wie es nach den Mitteilungen der Landesleitung Österreich den Anschein hatte«²⁴⁵. Hitler werde, so teilte Lammers beruhigend mit, »die Angelegenheit morgen mit Herrn Frick besprechen«. Dieser bloße Aufschub einer Entscheidung reichte dem Auswärtigen Amt indessen nicht aus, zumal eine weitere Publikation des Aufrufs in den nichtpreußischen Ländern zu erwarten war. Lammers trug diesen Standpunkt Hitler vor, und der Reichskanzler ließ daraufhin »ein Telegramm an die nichtpreußischen Landesregierungen entwerfen, damit die schon angeordneten Maßnahmen wieder rückgängig gemacht« würden²⁴⁶. Als Tauschitz gegenüber Neurath am 17. Januar

gegen die Meldepflicht für Österreicher in Deutschland, die am Vortage in Münchner Zeitungen schon angekündigt worden war²⁴⁷, »Verwahrung« einlegte, konnte der Außenminister dem Gesandten schon mitteilen, »daß diese Anordnung bereits wieder rückgängig gemacht sei«²⁴⁸. In der Nacht zum 18. Januar wurden vom Reichsinnenministerium »durch Polizeifunk alle Registriermaßnahmen abgestellt« und die »strikte Durchführung« dieser neuen Anweisung angeordnet²⁴⁹.

Dem Auswärtigen Amt war es gerade noch rechtzeitig gelungen, eine Aktion zu verhindern, die Habichts Enttäuschung über den Fehlschlag seiner Verständigungspläne ausgelöst und forciert hatte. Habicht dürfte – nach den Erfahrungen anlässlich seiner Rückberufung vor der Landung in Wien – mit dem Widerstand des Auswärtigen Amtes gerechnet haben. Er suchte deshalb die Wilhelmstraße auch zu umgehen. Unerwartet und deprimierend aber muß es für Habicht gewesen sein, daß er zum zweitenmal innerhalb weniger Tage sehen mußte, wie sich Hitler den an außenpolitischen Rücksichten orientierten Argumenten des Auswärtigen Amtes zugänglicher zeigte als seinen Absichten: Hitler hatte Habicht sowohl verwehrt, eine »Einigung gewissermaßen zu erzwingen«²⁵⁰, als auch die Lage mit Hilfe der Machtmittel des Reiches zu verschärfen. Habicht stand vor seiner bisher peinlichsten Niederlage. Der Weg zu einem Ausgleich mußte ihm ebenso versperrt erscheinen wie die Möglichkeit, die österreichische Regierung erneut unter verstärkten Druck zu setzen.

Das Österreich-Problem verliert an Bedeutung

Der Plan einer Verständigung zwischen der österreichischen Regierung und den österreichischen Nationalsozialisten war gescheitert. Er hatte seine Entstehung den außenpolitischen Rücksichten verdankt, die man deutscherseits nehmen mußte und die eine Ausdehnung der Druckpolitik des Sommers 1933 unmöglich machten. Er wurde aufgegriffen nicht, weil der Zeitpunkt für eine Verständigung reif war, sondern weil die außenpolitische Lage ein Ausfechten des Kampfes nicht erlaubte. Alte Erwägungen des Auswärtigen Amtes hinsichtlich einer »schwarz-braunen Koalition« wurden unter dem Druck der internationalen Intervention belebt. Andererseits zeigte sich auch bei Dollfuß eine wachsende

Neigung zu einem Arrangement mit den Nationalsozialisten und vor allem mit Deutschland. Zumal die Sorge des österreichischen Bundeskanzlers und seiner Parteifreunde vor dem steigenden Einfluß der Heimwehr ließ ihn nach einer Verständigung Ausschau halten. Damit im Zusammenhang stand auch Dollfuß' Absicht, dem durch die Heimwehr forcierten Druck Italiens auf die österreichische Innenpolitik, der im Spätsommer 1933 besonders sichtbar wurde, entgegenzuwirken²⁵¹.

Auf beiden Seiten jedenfalls war die Bereitschaft zu einem Ausgleich das Produkt äußerer Einflüsse und nicht innerer Zuneigung. Im Gegenteil, in fast allen Verständigungsaktionen machte sich die im Laufe der Auseinandersetzung des Sommers 1933 aufgestaute Feindschaft bemerkbar und erschwerte eine Annäherung. Die Hypothek des Kampfes schlug sich vor allem in Personalfragen nieder, die immer wieder die sachlichen und politischen Probleme überschatteten. Noch am 21. Dezember 1933, als Dollfuß schon seine Bereitschaft zu einem persönlichen Gespräch mit Habicht andeutete, hatte Rieth »nicht den Eindruck, daß er (Dollfuß) sich bereits mit dem Gedanken abgefunden hat«, Habicht zum österreichischen Vizekanzler und damit zu seinem Stellvertreter zu machen²⁵². Dollfuß' Vorbehalte gegen Habicht waren dabei kaum persönlicher, sondern rein politischer Art. Sie erklären die dauernde Bemühung des österreichischen Bundeskanzlers, den Parteiführer Habicht möglichst zu umgehen und einen Ausgleich auf der offiziellen diplomatischen Ebene zu erreichen. Diese Versuche begannen mit dem gescheiterten Kontaktversuch zu Neurath in Genf, führten aber schließlich in der offiziellen Nominierung Habichts durch Hitler wenigstens zu einem Teilerfolg für Dollfuß.

Für Dollfuß waren die österreichischen Nationalsozialisten lediglich ein Mittel zum Zweck. Er wollte sich mit ihnen arrangieren, um die außenpolitische Spannung zu Deutschland abzubauen. Gefährdet durch den innenpolitischen Widerstand der illegalen NSDAP fühlte er sich offensichtlich nicht. Eher war er seiner eigenen Partner unsicher, besonders der Heimwehr. Von Anfang an ahnte er, daß sie einer Verständigung, sollte er sie erreichen, ihren Widerstand entgegensetzen würden, obgleich ihm nirgendwo nachgewiesen werden kann, daß er gegen die Heimwehr verhandelte²⁵³. Seine Loyalität gegenüber seinem kleinen, aber nach Lage der Dinge vorerst unentbehrlichen Partner war vielmehr sein eigentlicher Nachteil, der von Starhemberg und Fey auch im entscheidenden Augenblick erkannt und genutzt wurde.

So bot das österreichische Regierungslager keine einheitliche Ver-

handlungsfront. Während Dollfuß seine Regierungsbasis für zu schwach ansah, um seine innenpolitischen Pläne, besonders die Verfassungsreform und den Kampf gegen die Sozialdemokraten, zu realisieren und deshalb danach strebte, seine Regierungsbasis nach rechts zu den Nationalsozialisten hin zu verbreitern, mußte die Heimwehr fürchten, bei einer etwaigen Verständigung zwischen den Christlichsozialen und der NSDAP zwischen zwei größeren Blöcken eingekeilt und zerrieben zu werden. Das Mißtrauen, das dieser Konstellation entsprang, führte häufig genug zu konkurrierenden Fühlungen mit den Nationalsozialisten und schließlich zum Scheitern der Verständigungsbemühungen überhaupt.

Für die Nationalsozialisten bedeutete die Tatsache, daß sich auf österreichischer Seite keine einheitliche Verhandlungsfront und kein unbestrittener Verhandlungsführer fand, alles andere als einen Vorteil, obgleich man anfangs durchaus Hoffnungen auf die Rivalitäten und Empfindlichkeiten im österreichischen Regierungslager setzte⁵⁴. Die einzelnen Kräfte ließen sich nämlich nicht gegeneinander ausspielen, und das gegenseitige Mißtrauen in Österreich erschwerte eine Durchsetzung der nationalsozialistischen Forderungen. So mußte Habicht schließlich seine Hauptforderung, die Ausschaltung der Heimwehr, fallen lassen, da Dollfuß den Widerstand der Heimwehr gegen einen Ausgleich mit den Nationalsozialisten zu vermindern hoffte, indem er Fey und auch möglichst Starhemberg in das angestrebte Arrangement einbezog.

Auch in anderer Hinsicht mußte sich Habicht den innerösterreichischen Bedingungen anpassen. Die Ausschreibung von Neuwahlen und die Machtbeteiligung führender Nationalsozialisten, im Mai 1933 noch unabdingbare Forderungen des Landesinspektors, wurden jetzt aufgegeben oder wenigstens gemildert. Die von Dollfuß vorangetriebene Entwicklung Österreichs zu einem autoritären Staat verlangte auch von den Nationalsozialisten Konsequenzen. Die Bereitschaft, Abstriche zu machen, beweist, daß auch die Nationalsozialisten eher von einer Position der Schwäche aus verhandeln mußten. Hatten sie gleich nach der Machtübernahme Hitlers ihr eigentliches Fernziel, den Anschluß, wegen außenpolitischer Widerstände zugunsten der Gleichschaltung, der Einsetzung einer nationalsozialistisch geführten Regierung in Österreich, zurückstellen müssen, so wurden sie nunmehr durch die außenpolitischen Hindernisse, die selbst einer Gleichschaltung entgegenstanden, gezwungen, eine bloße »Machtbeteiligung« als Nahziel anzustreben.

Nicht nur im Wandel der nationalsozialistischen Zielsetzung zeigte sich, wie außenpolitische Kalkulation die Fragen der österreichischen Innenpolitik überlagerte. Wie anfällig selbst noch der gesamte Komplex der Verständigung für außenpolitische Rücksichten und Prestigeerwägungen blieb, beweist das Tauziehen in der Frage des Verhandlungsweges und um die Personen, die die Einigung aushandeln und tragen sollten. Vor allem Habicht wurde in Österreich »als besondere Belastung« empfunden. In seinem Bemühen, den Landesinspekteur zu umgehen, unternahm Dollfuß alle möglichen Versuche, auch solche, die von vornherein aussichtslos erscheinen mußten. Dazu, daß Habicht umstritten war, hatte nicht zuletzt die während der Auseinandersetzung des Sommers 1933 von deutscher Seite geübte Taktik beigetragen, jede offizielle Verantwortung an der wachsenden Terrortätigkeit zu bestreiten und sie damit indirekt allein Habicht anzulasten. So wurde Habicht über Österreich hinaus, besonders in Rom, zu einem Stein des Anstoßes, der per se einen Ausgleich erschwerte.

Die steigende Nervosität, mit der sich Habicht gegen diese Einschätzung seiner Person zur Wehr setzte, macht sichtbar, daß er selbst seiner Position nicht mehr unbedingt sicher war. Zwar fehlte zunächst jedes Anzeichen dafür, daß Hitler an ihm zu zweifeln begann, doch wurde seine Stellung gewissermaßen automatisch geschwächt dadurch, daß er als Hindernis einer Verständigung wirkte, die aus außenpolitischen Gründen auch Hitler als notwendig anzusehen begann. Die Tatsache, daß der Reichskanzler Habicht schließlich dennoch zu seinem offiziellen Abgesandten machte, widerspricht nur scheinbar dieser Entwicklung. Die Nominierung Habichts war nicht nur ein Vertrauensbeweis Hitlers, sondern zugleich ein Versuch, den Landesinspekteur gegen alle Widerstände noch einmal voll ins Spiel zu bringen. Habicht war sich dieser Chance und ihrer Einmaligkeit durchaus bewußt; das erklärt die Hartnäckigkeit, mit der er sie gegen den Willen des Auswärtigen Amtes und ohne die Konsultation Hitlers zu nutzen versuchte.

Hitler erlaubte Habichts Alleingang nicht. Er zeigte sich den vorsichtigen Erwägungen des Auswärtigen Amtes zugänglicher als den ehrgeizigen Absichten seines »absoluten Vertrauensmannes« in der Österreich-Politik. Unter dem Eindruck der internationalen Interessen, die in Österreich berührt wurden, hatte sich auch Hitlers Bereitschaft, zugunsten einer schnellen Lösung der Österreich-Frage in nationalsozialistischem Sinn außenpolitische Risiken einzugehen, vermindert. Von dem selbstsicheren Elan, mit dem Hitler zu Beginn seiner Regie-

rungszeit die Österreich-Politik angepackt hatte, war nur noch wenig zu spüren. Die Situation, in die er im Herbst 1933 unter dem Druck der internationalen Öffentlichkeit und ausländischer Regierungen geraten war, war zu unangenehm und peinlich gewesen, als daß er eine ähnliche Lage erneut herauszufordern wagte. Der Wunsch, Komplikationen zu entgehen, machte ihn aufgeschlossen für die Vorsicht und Zurückhaltung des Auswärtigen Amtes.

Das Auswärtige Amt trat auch in der Phase der Verständigungsversuche nicht aus jener Passivität heraus, die schon in der Zeit des Kampfes kennzeichnend war. An der Zielsetzung der Österreich-Politik, etwa an der Formulierung der Verhandlungsziele und möglicher Konzessionen, war es nicht beteiligt. Man fügte sich widerspruchslos der von Hitler ausgegebenen Parole, daß erst die Parteifrage in Österreich gelöst werden müsse, ehe eine zwischenstaatliche Entspannung zwischen Deutschland und Österreich eintreten könne. Neurath, dem sich gleich zu Beginn der Ausgleichsversuche in Genf die Möglichkeit zu einem Kontakt mit Dollfuß bot betrieb die Vorbereitungen betont zurückhaltend und gab dadurch zu erkennen, daß auch er den ersten Schritt von österreichischer Seite erwartete. Allein die Tatsache, daß ein friedlicher Ausgleich auch nur versucht wurde, schloß internationale Schwierigkeiten weitgehend aus und beruhigte in der Wilhelmstraße zu sehr, um eine eigene Aktivität zu fördern.

Hingegen verfolgte das Auswärtige Amt aufmerksam alles, was die praktische Durchführung der Verständigungspläne betraf und reagierte prompt, wenn – wie im Falle der Habicht-Reise – außenpolitische Belange verletzt zu werden drohten. Niemand in der Wilhelmstraße empfand jedoch die Notwendigkeit, neue und eigene Gedanken zur Österreich-Politik zu entwickeln, und es kann bezeichnend genannt werden, daß Renthe-Fink bei seiner Opposition gegen die Registrierung der Österreicher in Deutschland im Januar 1934 noch mit jenem Argument operierte, das 10 Monate zuvor, im März 1933, entworfen worden war, nämlich mit dem Hinweis, daß der Kampf nicht von der Ebene der Parteipolitik auf die der offiziellen Politik übergreifen dürfe. Eine tatsächliche Einflußnahme des Auswärtigen Amtes auf die Politik gegenüber Österreich läßt sich in der Phase der Verständigungsversuche noch weniger nachweisen als während der Zeit der scharfen Auseinandersetzung.

Die Tatsache, daß das Auswärtige Amt seinen Einfluß nur selten geltend machte, darf nicht zu dem Schluß führen, daß es ohne Einfluß

war. Eher ist das Gegenteil der Fall. Nachdem es der Wilhelmstraße im Herbst 1933 gelungen war, den Kampf der Nationalsozialisten gegen die österreichische Regierung auf ein außenpolitisch erträgliches Maß einzudämmen, hatte sie an Einfluß eher gewonnen. Wofern das Auswärtige Amt überhaupt eingriff, konnte es sich durchsetzen. Diese positive Bilanz verdankte das Auswärtige Amt nicht eigener Aktivität, denn von einer solchen läßt sich kaum sprechen, sondern der Gunst der Umstände. Die Tendenz zur Internationalisierung des Österreich-Problems, die schon in den ersten Monaten der nationalsozialistischen Herrschaft offen hervortrat, war inzwischen noch deutlicher geworden. Zwar schieden Frankreich und England aus dem Kreis der unmittelbaren Interessenten aus in dem Augenblick, als die Phase des gewaltsam geführten Kampfes beendet war, dafür aber erwies sich Italien als um so unumgänglicher.

Zeigte sich das Österreich-Problem in der Phase der Beruhigung und der Suche nach einer Verhandlungslösung auch nicht mehr als eine europäische Frage, so geriet es doch erst recht in den Mittelpunkt der deutsch-italienischen Beziehungen. Wie stark das Verhältnis zwischen Rom und Berlin auf Österreich zurückwirkte, bewies vor allem Suvichs Besuch in Deutschland Mitte Dezember. Obwohl er nicht einmal bemerkenswerte Wendungen der beiden an Österreich interessierten Mächte zeigte, sondern ihr gegensätzlicher Standpunkt gegenüber Österreich sich nicht veränderte, löste er bei Dollfuß und Habicht erhebliche Unruhe aus. Wenngleich entgegengesetzt, befanden sich beide in einer ähnlichen Lage. Dollfuß mußte fürchten, die italienische Unterstützung gegen Deutschland und damit seinen eigentlichen Rückhalt zu verlieren, wenn Mussolinis Interesse an einer Zusammenarbeit mit Deutschland größer wurde als sein Wunsch, Österreich von deutschem Einfluß so weit wie möglich freizuhalten. Und Habichts Chance, seine Wünsche in Österreich durchzusetzen, verringerte sich, je mehr Hitler das Bedürfnis nach einer italienischen Unterstützung auf anderen Gebieten der Außenpolitik empfand und sein Interesse am Schicksal der österreichischen Nationalsozialisten zurückstellte.

Jede Politik »um Österreich herum«, wie sie Hassell von Anfang an angeregt hatte, war für Dollfuß und Habicht gleichermaßen gefährlich. Im Dezember 1933 zeigten sich die ersten Anzeichen, die auf eine solche Entwicklung hindeuteten. Zwar war eine deutsch-italienische Einigung über Österreich so fern wie je zuvor, doch ließ der Besuch Suvichs zum ersten Male erkennen, daß beide Seiten bereit schienen, sich mit

dem status quo in Österreich abzufinden und eine außenpolitische Zusammenarbeit nicht von der vorherigen Lösung der Österreich-Frage abhängig zu machen. Die Österreich-Frage war jenes außenpolitische Unternehmen gewesen, das Hitler als erstes vorantrieb, in der Hoffnung, »innenpolitische« Mittel würden ausreichen, um es zu lösen; das erklärt die selbstsichere Unbefangenheit und Rücksichtslosigkeit, mit der die nationalsozialistische Österreich-Politik zunächst betrieben wurde, bis sich dann doch bei Hitler die Einsicht einstellte, daß eine Lösung unterhalb der Ebene eines internationalen Arrangements – mindestens in Italien – nicht zu haben war.

Inzwischen waren andere außenpolitische Aktionen unternommen worden: Am 14. Oktober 1933 war Deutschland aus dem Völkerbund ausgetreten. Der damit auftauchenden Gefahr einer völligen internationalen Isolierung suchte Hitler durch eine Verbesserung des zweiseitigen Verhältnisses zu Italien entgegenzuwirken²³³. Allein die Erwartung einer vermittelnden Tätigkeit Mussolinis in Sachen Völkerbund verlangte schon soviel Rücksicht auf die Empfindlichkeit Italiens in der Österreich-Frage, daß der Österreich-Politik nicht mehr jene Priorität blieb, die ihr anfangs von Hitler eingeräumt wurde. Schon während des Sommers 1933 hatten Neurath und Bülow ständig gemahnt, über der Österreich-Frage nicht andere wichtigere außenpolitische Probleme zu vergessen. Nun begann die Österreich-Politik auch in Hitlers Kalkül zweitrangig zu werden.

Dollfuß und Habicht waren sich gewiß darin einig, daß man dieser Entwicklung zuvorkommen müsse, und das erklärt zu einem guten Teil den fast fieberhaften Eifer, mit dem sich beide am Jahreswechsel 1933/34 zu einer persönlichen Begegnung bereitfanden. Die Frage, ob tatsächlich die Chance einer Einigung zwischen Dollfuß und Habicht in sachlicher Hinsicht gegeben war, muß offenbleiben. Immerhin läßt sich feststellen, daß die Neigung beider Seiten, zu einem Resultat zu kommen, allein deshalb groß sein mußte, weil jeder der beiden damit rechnen mußte, seinen eigentlichen Rückhalt in Rom, bzw. in Berlin eher verlieren als festigen zu können. Die Verständigungsbemühungen hatten begonnen eigentlich ohne den Willen der beiden Kontrahenten, sondern unter dem Zwang der außenpolitischen Unmöglichkeit, den Kampf bis zu einer Entscheidung auszufechten. Auf österreichischer Seite kam sicher innenpolitisches Unbehagen als Motiv hinzu, vor allem der unverhältnismäßig starke Einfluß der Heimwehr.

Die Verständigungsbemühungen gelangten auf ihren Höhepunkt

gleichfalls durch den Zwang, den außenpolitische Umstände auf beide Partner ausübten, um auf österreichischer Seite an innenpolitischen Rivalitäten zu scheitern. Sieht man von dem ohnehin vergeblichen Kontaktversuch zwischen Dollfuß und Neurath in Genf ab, so hatten sich die Verhandlungen von der fast privaten Ebene verlagert auf das Feld der offiziellen Politik. Sie fielen mit dem Veto der Heimwehr gegen den Habicht-Besuch in Wien wieder zurück auf die Ebene innerer Rivalitäten und privater Empfindlichkeiten. Diesen Charakter sollten von nun an alle Kontakte und Sondierungen nicht mehr loswerden.

Nicht nur auf österreichischer Seite waren während der Phase der Verständigungsversuche Risse sichtbar geworden. Auch auf seiten der Nationalsozialisten zeigten sich Gegensätze und konkurrierende Bestrebungen. Die Vermittlungsversuche Hanfstaengls und die Sondierungen, die eventuell von Röhm ausgingen, beweisen auch hier das Entstehen von Einzelinteressen und gegenseitigen Rivalitäten. Das Verhandlungsmonopol Habichts wurde durch diese Bestrebungen zwar noch nicht gefährdet, doch ihr bloßes Vorhandensein kann als Symptom für eine sich um den Landesinspekteur anbahnende Krise gelten. Schon während des Sommers war es für Habicht schwierig gewesen, die Aktivität seiner Anhänger in Österreich unter Kontrolle zu halten. Zu den Unstimmigkeiten zwischen den Nationalsozialisten in Österreich und ihrer nach Deutschland exilierten Führung kamen nunmehr Dissonanzen auf deutscher Seite selbst. Es begann zweifelhaft zu werden, ob Habicht überhaupt in der Lage sei, den Konflikt zu beenden, sei es auf dem Weg des Kampfes oder auf dem einer Verständigung. Der Mißerfolg der Auseinandersetzung im Sommer 1933 und das Scheitern der Verhandlungsversuche um die Jahreswende 1933/34 waren gewiß nicht auf die mangelnde Aktivität des Landesinspektors zurückzuführen. In beiden Fällen war Habicht an Umständen gescheitert, die sich seinem Einfluß entzogen. Aber der Nimbus der Erfolglosigkeit mußte allein deshalb an ihm haften bleiben, weil er in beiden Fällen in den Vordergrund geschoben worden war oder sich in den Vordergrund gedrängt hatte. Am 15. Januar 1934 erzählte Hueber, der sich über den Jahreswechsel bei Göring in Berlin aufgehalten hatte, Langoth und Foppa, daß man auch in der deutschen Hauptstadt nicht mehr völlig von der Eignung Habichts überzeugt sei²⁵⁶. Hitler lasse zwar, so berichtete Görings Schwager, Habicht »vorläufig noch freie Hand«. Hitler werde aber »selber eingreifen«, »wenn Habicht... nicht bald zu einem Erfolg gelangt«.

Die deutsche Österreich-Politik war – verglichen mit der Phase des Kampfes im Sommer 1933 – in der Periode der Verständigungsbemühungen in ihrer unmittelbaren Zielsetzung bescheidener geworden: Die Konzeption, die zwar nach wie vor weitgehend von nationalsozialistischen Parteiinteressen und nicht vom außenpolitischen Kalkül bestimmt wurde, war immerhin von dem anfangs angestrebten Nahziel der »Gleichschaltung« auf das einer »Machtbeteiligung« zurückgewichen, – durch die Ungunst der außenpolitischen Konstellation gezwungen. Die internationalen Rücksichten, die jede Behandlung der Österreich-Frage verlangte, bewirkten notwendig eine Einflußsteigerung des Auswärtigen Amtes. Und so wenig zu übersehen ist, daß die Wilhelmstraße kaum Anteil an der Konzipierung der Zielvorstellungen nahm, so offenkundig ist eine wachsende Aufmerksamkeit und ein bestimmender Einfluß des Auswärtigen Amtes auf die Durchführung und Gestaltung der deutschen Politik gegenüber Österreich. Dies erklärt die vorsichtiger gewordene Gangart der deutschen Österreich-Politik, der die Bereitschaft zu Risiko und Abenteuer immer mehr abging.

Insgesamt hatte die Österreich-Politik ihren Vorrang, den ihr anfangs nicht zuletzt Hitler zugestanden hatte, eingebüßt. Der Primat anderer, übergeordneter Fragen bewirkte, daß sich der Reichskanzler immer weiter dem Standpunkt des Auswärtigen Amtes annäherte und jeder Zuspitzung der Österreich-Frage auszuweichen anfang. Je größer die Abneigung der offiziellen Reichspolitik und damit auch Hitlers selbst gegen alle riskanten Wendungen in der Österreich-Politik wurde, desto mehr sollte die Neigung zum Wagnis bei den mit der Österreich-Frage befaßten Parteiinstanzen wachsen. Die Gefahr einer solchen widersprüchlichen Entwicklung hatte sich schon in der Periode der Verhandlungen angedeutet. Zunächst sahen sich die beiden Kontrahenten auf der innerösterreichischen Ebene, Dollfuß und Habicht, aus außenpolitischen Gründen zur Untätigkeit verurteilt. Das nächste Ereignis, das wieder Bewegung in die Szene bringen konnte, war der Besuch Suvichs in Österreich. Rieth meinte, es werde sich »erst nach diesem Besuch übersehen lassen, in welcher Richtung die Politik in der nächsten Zeit hier gelenkt werden wird«²⁵⁷.

DRITTES KAPITEL

Zwischen Anpassung und Verschwörung (Februar - Juli 1934)

Die Kluft zwischen Berlin und München wächst

Der italienische Unterstaatssekretär Suvich traf am 18. Januar 1934 zu seinem angekündigten Besuch in Wien ein. Suvichs Wünsche bewegten sich in zwei Richtungen: Innenpolitisch verlangte er von Dollfuß ein beschleunigtes Vorgehen gegen die Sozialdemokratie, und außenpolitisch plädierte er für eine verstärkte Zusammenarbeit Österreichs mit Italien und Ungarn, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet¹. Suvichs Forderungen bekräftigten den italienischen Anspruch auf ein Mitspracherecht in der österreichischen Politik, und sie bestätigten die nach wie vor engen Beziehungen zwischen Italien und der Heimwehr, auf deren Abkühlung man in Deutschland so große Hoffnungen gesetzt hatte. Insbesondere entsprach der von Suvich unterstützte Gedanke eines forcierten Kampfes gegen die österreichischen Sozialdemokraten völlig den Vorstellungen der Heimwehr. Wenn Dollfuß gehofft haben mag, Suvich für eine Fortsetzung des Verständigungskurses mit den Nationalsozialisten zu gewinnen, den Fey und Starhemberg ihm verbaut hatten, so wurde er enttäuscht. Seine Position gegenüber der Heimwehr wurde durch die Verhandlungen, die Suvich in Wien führte, eher geschwächt als verstärkt².

Zum Mentor einer Verständigung mit den Nationalsozialisten machte sich Suvich jedenfalls nicht. Zwar äußerte er während einer Unter-

redung mit Rieth, »er wünsche auch (eine) Bereinigung bestehender Differenzen«, aber er wollte nicht sagen, »welche Einigungsformel möglich sei«³. Und nach seiner Rückkehr nach Rom meinte er zu Hassell, die »Atmosphäre (sei) jetzt so schlecht, daß keine Möglichkeit (einer) Verständigung (zwischen) Berlin (und) Wien... zu erkennen« sei, obgleich – wie er allgemein hinzufügte – Italien natürlich eine Verständigung »nach wie vor dringend« wünsche⁴. In den Erwägungen, die man in Rom Anfang 1934 über die Innen- und Außenpolitik Österreichs anstellte, war die Frage eines Ausgleichs zwischen Österreich und Deutschland alles andere als »dringend«. Man dachte im Gegenteil, das Stadium relativer Ruhe zwischen Wien und Berlin dadurch auszunutzen, daß man die Politik Österreichs um so zügiger in italienischem Sinn beeinflusste.

Demgegenüber wurde die deutsch-österreichische Verständigung zu einem weniger eiligen Projekt. »Als einzigen konkreten Gedanken« zur Verständigungsfrage äußerte Suvich zu Rieth, »es solle zunächst (ein) etwa zweimonatiger Waffenstillstand geschlossen werden, während dessen in gebesselter Atmosphäre (eine) Lösung gesucht werden könne«⁵. Neben der eher langfristigen Zeitvorstellung fällt an Suvichs Bemerkung vor allem der Begriff »Waffenstillstand« auf. Mit dem Wunsch nach einer Beruhigung unterstellte Suvich faktisch eine akute Unruhe, was in einem bemerkenswerten Gegensatz zu dem tatsächlichen Stand der Dinge lag. Suvich suchte denn auch, zur Begründung seiner hinhaltenden Einstellung zur Verständigungsfrage, den Stand der deutsch-österreichischen Beziehungen sichtlich zu dramatisieren. Er sprach gegenüber Hassell von einer »Krise, deren Abflauen abgewartet werden müsse«⁶. Und er versuchte sogar, die nach außen hin gegebene österreichische Begründung, nach der der Besuch Habichts durch eine Steigerung des nationalsozialistischen Terrors unmöglich gemacht wurde, wieder zu beleben, wobei Hassell ihm allerdings entgegentrat und auf die Rolle der Heimwehr aufmerksam machte.

»Wie dem auch sei«⁷ – Rom hielt den Augenblick für einen deutsch-österreichischen Ausgleich nicht für günstig und fand sich nicht bereit, für eine Verständigung einzutreten. Vom deutschen Standpunkt aus gesehen, war Suvichs Besuch in Wien ohne jeden Ertrag geblieben. Die Erwartung, Italien werde die Österreich-Frage nach Suvichs Berliner Eindrücken distanzierter behandeln, war enttäuscht. Deutlich zeigte Suvichs Aufenthalt in Wien den Zweck, die »österreichische Politik noch mehr in italienisches Schlepptau zu nehmen«⁸.

Dollfuß suchte noch einmal, der allzu einseitigen italienischen Bevormundung zu entgehen. Er ließ Habicht ungeachtet der italienischen Abneigung gegen weitere Verständigungsversuche einen Tag nach Suvichs Abreise aus Wien, am 24. Januar 1934, wissen, »daß er bereit sei, auf der Basis der von Habicht s. Zt. vorgeschlagenen Bedingungen in Verhandlungen über eine Regierungsbildung einzutreten«⁹. Aber dieser Kontakt, der diesmal über den christlichsozialen Bauernführer Gebhardt lief, führte nicht weiter, obwohl »nähere Besprechungen« vorgesehen waren. Die Sondierung Gebhardts ist allein deshalb erwähnenswert, weil mit ihr zum letzten Male eine Verbindung zwischen Dollfuß und Habicht angestrebt wurde. Die späteren Verhandlungsversuche führten beide nicht mehr zusammen und gingen oft sogar beußt an ihnen vorbei.

Die deutsche Reaktion auf das Resultat des Suvichs-Besuches war unterschiedlich. Während man sich auf offizieller Ebene gelassen und abwartend einstellte, einen »deutsch-italienischen Konflikt in der österreichischen Frage« energisch bestritt und die Beziehungen zu Rom als »vertrauensvoll und eng« darstellte¹⁰, war die Landesleitung in München sichtlich enttäuscht. Die kurzlebige Mission Gebhardts konnte nur bestätigen, daß mit einer Wiederaufnahme der Verhandlungen vorerst nicht zu rechnen war. Da für eine »baldige Wiederaufnahme (von) Besprechungen Dollfuß' mit den Nationalsozialisten... keine Neigung« festzustellen war¹¹, sah Habicht nur die Möglichkeit einer neuen Kampfansage. Er verkündete sie am 27. Januar mit einem scharfen Artikel im »Österreichischen Presse-Dienst«, einer Publikation, die von ihm selbst in München herausgegeben wurde. Habicht rief auf zum »Endkampf um Österreich«¹².

Ausgehend von seiner durch die Heimwehr verhinderten Verständigungsmission und der seit Suvichs Wiener Besuch verstärkten italienischen Orientierung der österreichischen Politik, richtete Habicht scharfe Vorwürfe gegen Starhemberg und Fey, während Dollfuß immerhin »ein subjektiv und objektiv ehrlicher Verständigungswille« unterstellt wurde – »bis zum Beweis des Gegenteils«. Doch der eigentliche Zweck des Habicht-Artikels war weniger, einen Keil zwischen die Regierungspartner in Wien zu treiben, sondern vielmehr ein Aufruf »zum letzten Gefecht«. Habicht sprach offen aus, die österreichischen Nationalsozialisten seien »für die künftigen Ereignisse vorbereitet« und »die Voraussetzungen für deren Durchführung... geschaffen«. Der Kampfeswille – »heute wohlbehütet in der Tiefe unserer Seele«

– sei »jederzeit bereit, hervorzubrechen, wenn unsere Stunde kommt . . . Die Welt wird ein grandioses Schauspiel erleben, wenn diese Stunde hereinbricht«.

Wie auffallend sich die Linien der offiziellen deutschen Politik und der Politik der Führung der österreichischen NSDAP voneinander zu entfernen begannen, zeigt ein Vergleich der Äußerungen Habichts mit Hitlers Rede vom 30. Januar vor dem Reichstag¹³. Hitler beteuerte, daß die Nationalsozialisten in Österreich »nie an irgendwelche Gewaltlösungen gedacht« hätten und »die Unabhängigkeit Österreichs und dessen internationale Verpflichtungen in vollem Umfang zu respektieren« bereit seien. Es gehe der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich allein um einen »gebührenden Anteil an der Regierung«, und das seien »maßvolle, allen Grundsätzen wahrer Demokratie entsprechende Forderungen«.

So sehr bei Hitlers Erklärung zu bedenken ist, daß sie – wie die meisten seiner öffentlichen Auftritte – zur Beruhigung des Auslandes gedacht war, läßt sich Hitlers bemerkenswert milder Ton in der Österreich-Frage nicht als bloße Taktik deuten. Tatsächlich war Hitler »einigermaßen beunruhigt«¹⁴ über die Möglichkeit eines Gewaltaktes in Österreich, die durch die Krise der Verständigungsbemühungen entstanden war. Daß die Gefahr gewaltsamer Unternehmungen in Österreich wirklich bestand, dafür fanden sich Ende Januar 1934 die ersten bestimmteren Anhaltspunkte.

Am 31. Januar kam in Berlin ein Telegramm Erbachs an, das diese Gefahr eindringlich illustrierte¹⁵. Nach Erbachs Bericht hatte der deutsche Militärattaché Muff aus einem Gespräch »mit einer infolge ihrer Stellung in nationalsozialistischer Bewegung wohlunterrichteten Person . . . (die) sichere Überzeugung gewonnen, daß (die) österreichische SA-Leitung von ihrem (Gruppenführer)¹⁶ Reschny (den) bestimmten Befehl erhalten hat, alle Vorbereitungen zum Losschlagen am 15. März zu treffen«. Zur Unterstützung solle die »Österreichische Legion« »nach Österreich einbrechen«. Muff hatte den »festen Eindruck gewonnen, daß es sich hier nicht um leeres Gerede, sondern um Tatsachen handle«. Erbach verlangte ein »schleuniges Eingreifen seitens Oberster Führung in Deutschland«. Nur so sei »im Interesse der Außenpolitik des Reiches wie auch hiesiger Lage (ein) nicht wieder gut zu machendes Unheil zu verhindern«.

In der Wilhelmstraße lösten diese Nachrichten eine begreifliche Unruhe aus. Neurath brachte die Angelegenheit sofort bei Hitler zur

Sprache. Hitler war zwar davon überzeugt, daß die Nachricht eine »Erfindung« sei¹⁷, hielt es aber dennoch für nötig, zur Vermeidung etwa wirklich bestehender Pläne »Erforderliches« zu veranlassen¹⁸. Hitler ließ Reschny nach Berlin kommen und untersagte ihm, die Gewaltpläne weiter zu verfolgen¹⁹.

Auch Habicht wurde vom Auswärtigen Amt eingeschaltet²⁰, und der Landesinspekteur dürfte sich in diesem Fall mit den Beamten in der Wilhelmstraße vollkommen einig gewesen sein. Denn wie Muff erfahren hatte, war es eine erklärte Nebenabsicht des Putschplanes, Habicht »vor eine vollendete Tat zu stellen«²¹. Nach den Informationen des Militärattachés sollten der »Befehl wie überhaupt (die) Absicht zur Herbeiführung gewaltsamer Entscheidung... vor politischer Leitung (der) Partei sowohl in München wie in Österreich streng geheim gehalten werden, damit sie nicht von diesen Seiten verhindert werden können«. Wie Muff berichtete, sah die SA in dem Mitwissen der Landesleitung die »Gefahr, daß (die) österreichische Legion im Reich festgehalten werden« könnte, auf deren Unterstützung sich die Initiatoren des Planes offenbar angewiesen fühlten.

Muff glaubte sogar zu wissen, daß nicht nur die Ausführung des Planes, sondern überhaupt seine Entstehung von der Rivalität zwischen Partei und SA gekennzeichnet sei. Er erfuhr, daß »zwischen Reschny und Habicht (ein) schwerer Konflikt ausgebrochen sei und jener daher hinter (dem) Rücken dieses seinen Entschluß gefaßt und (die) Befehle hierzu aufgegeben habe«. – Der Plan zu einem Gewaltakt in Österreich richtete sich also nicht nur gegen die offizielle Reichspolitik, sondern auch gegen die Landesleitung Habichts. Der Mißerfolg des Kampfes der Nationalsozialisten gegen die Regierung Dollfuß und der Fehlschlag der Verständigungsbemühungen ließen den Wunsch nach einer »vollendeten Tat« aufkeimen, um jene zu überspielen, die sich bisher als unfähig erwiesen hatten, die Österreich-Frage in nationalsozialistischem Sinne zu lösen.

Obwohl sich weitere Einzelheiten des Planes selbst nicht rekonstruieren lassen und auch detaillierte Angaben über den Kreis der Beteiligten fehlen, läßt sich doch feststellen, daß er mehr gewesen sein muß als nur eine »Erfindung«, wie Hitler anfangs angenommen hatte. Die ihm zugrunde liegenden Erwägungen, die Suche nach einem notfalls gewaltsamen Ausweg aus dem Dilemma der Erfolglosigkeit und das durch die Mißerfolge geweckte Mißtrauen einzelner Personen und Instanzen gegeneinander, können durchaus als symptomatisch für die Mo-

tivation einzelner Vorgänge in der deutschen Österreich-Politik am Anfang des Jahres 1934 angesehen werden. Die damit zutage tretende Auflösung der Österreich-Politik in widersprüchliche und sogar gegeneinander gerichtete Tendenzen überschattete auch das lange Gespräch, zu dem Hitler am 9. Februar den Gesandten Rieth empfing²². Es war die erste Unterredung zwischen beiden, und es ist immerhin bemerkenswert, daß Hitler sich nunmehr zum ersten Male nicht allein von Habicht, sondern von dem zuständigen Diplomaten über die Lage in Österreich unterrichten ließ.

Hitler zeigte sich – ganz im Gegensatz zu seiner im Gespräch mit Diplomaten üblichen Gewohnheit – vorwiegend als Zuhörer. Schon zu Beginn der Unterhaltung sagte er zu Rieth, er habe die Absicht, sich »über die tatsächliche Lage und über die vorhandenen Möglichkeiten informieren zu lassen«. Der Gesandte entledigte sich seines Auftrages »in einem längeren Exposé«. Anspielend auf die deutschen Spekulationen hinsichtlich einer Änderung der italienischen Haltung, machte Rieth darauf aufmerksam, daß »Italien... den Kampf gegen den Nationalsozialismus in Österreich mit unverminderter Schärfe weiterführt«. Rieth hob wiederholt deshalb die »außenpolitischen Rückwirkungen« und die »außenpolitischen Gründe« hervor, von denen seiner Meinung nach alle Erwägungen in der Österreich-Frage ausgehen müßten.

Innenpolitisch, so erklärte Rieth, bestehe die ausschlaggebende Überlegung der gegenwärtigen österreichischen Regierungskreise in dem »Zweifel«, ob ein Arrangement mit dem Nationalsozialismus »dauerhaft« sein werde. Die maßgebenden österreichischen Regierungspolitiker seien besorgt wegen »ihrer politischen Tätigkeit nach Abschluß eines Abkommens« und um »ihre persönliche Sicherheit«. Um den außenpolitischen Widerstand, insbesondere Italiens, und die Befürchtungen der herrschenden österreichischen Kreise zu überwinden, sah Rieth nur eine Möglichkeit: eine »Garantie« Hitlers persönlich. Nur bei »einer befriedigenden Beantwortung dieser Frage« werde man, so meinte Rieth, in Wien und in Rom bereit sein, »sich in eine Kombination mit den Nationalsozialisten einzulassen«. Andernfalls fürchtete der Gesandte, könne sich der »Kampf... wohl noch eine nicht bestimmbare Zeit fortsetzen«.

Hier schaltete sich Hitler ein. Er wollte von Rieth wissen, wie er sich »eine solche Garantie« vorstelle. Der Gesandte bezeichnete es als »Voraussetzung« einer Regelung, »daß wir bereit seien, einem jetzt zu er-

richtenden System auch hinsichtlich der dabei zu beteiligenden Personen aus dem gegnerischen Lager eine gewisse Dauer zuzubilligen«. Nur auf diese Weise könnten außenpolitisch »manche bei anderen Lösungen etwa zu erwartenden Widerstände Italiens, Frankreichs und seiner Trabanten vermieden oder vermindert werden« und innenpolitisch »die Überwindung der in Österreich vorhandenen erheblichen Widerstände gegen eine Verständigung mit dem Nationalsozialismus wesentlich erleichtert werden«. Was Rieth vorschwebte, nannte er »eine Zusage bezüglich des Bestandes des neu zu errichtenden Systems«. Rieth suchte Hitler für eine Umstellung von der revolutionären Taktik der ersten Monate zu einer evolutionären Taktik zu gewinnen. Der Gesandte meinte, daß Dollfuß durchaus in der Lage sei, sich mit Hilfe besonders Italiens in einer kurzen, harten Kraftprobe zu behaupten; er habe jedoch kaum Aussicht, den »Kampf auf lange Sicht zu gewinnen«, denn die Nationalsozialisten würden in jeder »Kombination . . . stets die Stärkeren« sein.

Rieth vergaß auch nicht, die außenpolitischen Vorzüge seines Gedankens hervorzuheben. Er legte Hitler dar, daß seine Vorstellungen von einer Lösung »eine Entlastung und nicht eine Mehr- oder gar Dauerbelastung für unsere Außenpolitik« bringen würden. Der Gesandte warnte vor der zunehmenden »Dauer des Kampfes« und gab zu bedenken, daß »die Erschütterungen auf dem innen- und außenpolitischen Gebiet, die er noch auslösen könne, nicht abzusehen seien«.

Hitler zeigte sich der Argumentation Rieths bemerkenswert zugänglich. Er kam abschließend auf eine »Eventualität« zu sprechen, die durch den Bericht Muffs über Putschvorbereitungen akut geworden war, auf die Möglichkeit, daß »es den lokalen Führern der Bewegung auf die Dauer vielleicht nicht gelingen würde, gewaltsame Aktionen ihrer Anhänger und ein Übergreifen derselben auf ganz Österreich zu vermeiden«²³. Hitler war »einigermaßen beunruhigt darüber, ob es auf die Dauer möglich sein würde, eine solche Entwicklung zu verhindern«. Rieth bezweifelte die Erfolgsaussichten einer Gewaltaktion grundsätzlich und warnte eindringlich vor den »möglichen außenpolitischen Konsequenzen«. Hitler teilte die Sorge des Gesandten und »meinte, wenn solche gewaltsamen Aktionen stattfinden sollten, würde eine Verständigung, wie sie jetzt in Aussicht genommen sei, nur noch äußerst schwer durchzuführen sein«.

Aus den Äußerungen Hitlers geht zweierlei eindeutig hervor: einmal, daß er jetzt grundsätzlich einer Verständigungslösung zuneigte

und die Vorschläge Rieths als eine mögliche Basis anerkannte; zum andern, daß Hitler die Möglichkeit einer Gewaltaktion tatsächlich Sorgen bereitete, da sie die Chance einer Verständigung hinfällig machen mußte. Merkwürdigerweise fühlte sich Hitler der Gefahr eines Gewaltaktes fast hilflos ausgeliefert, und seine Sorge, »ob es auf die Dauer möglich sein würde, eine solche Entwicklung zu verhindern«, trägt fast Merkmale von Resignation. Hitler wurde sich in der Unterhaltung mit Rieth offenbar zum erstenmal über die Konsequenzen des Kampfes gegen die österreichische Regierung klar, den er selbst nach seiner Machtübernahme vom Reich aus in der Hoffnung auf einen schnellen Erfolg begonnen und gesteigert hatte und dessen Entscheidung sich aus außenpolitischen Gründen als unmöglich erwies.

Jedenfalls zeigte das Gespräch mit Rieth einen ganz anderen Hitler als jenen, der im Sommer 1933 offensiv und siegesgewiß die Auseinandersetzung mit der österreichischen Regierung vom Zaun gebrochen hatte. Die Personalunion von deutschem Regierungschef und österreichischem »Oppositionsführer«, die ihm damals als ein taktischer Glücksfall erschienen sein mochte, begann ihm nun offensichtlich zu einer Last zu werden, da er als deutscher Kanzler nicht jenen Kurs steuern konnte, den seine Anhänger in Österreich von ihm als Führer im Kampf gegen Dollfuß erwarteten. Die faktische Unmöglichkeit, beidem – den Erfordernissen der Außenpolitik und den Hoffnungen der Nationalsozialisten in Österreich – gerecht zu werden, kennzeichnete von nun an die deutsche Österreich-Politik, wobei sich die Bestrebungen immer mehr zersplitterten, je nachdem, welcher der beiden Gesichtspunkte, der außenpolitische oder der innerösterreichische, in den Vordergrund gestellt wurde. Noch hatte sich Hitler in dieser alternativen Frage nicht entschieden. Rieth verließ den Reichskanzler mit dem Eindruck, daß Hitler die Unterredung als einen Ausgangspunkt »der etwa im weiteren Verlauf von ihm zu fassenden Entschlüsse« ansah. Hitler zog zwar weder »bestimmte Schlußfolgerungen«, noch gab er Rieth »konkrete Weisungen«²⁴. Immerhin aber hatte die Unterredung bei Hitler grundsätzliche Überlegungen geweckt, die sich bald auswirken sollten.

Die Frage einer direkten Verständigung über Hitler selbst wurde einen Tag nach dem Gespräch zwischen Hitler und Rieth auch von österreichischer Seite wieder aufgeworfen. Tauschitz, der am 10. Februar eine Unterredung mit Neurath hatte, kam »wieder darauf zu sprechen, ob es denn nicht möglich sei, eine direkte Fühlungnahme des

Reichskanzlers mit Herrn Dollfuß herbeizuführen«²⁵. Der österreichische Gesandte hielt einen von den beiden Regierungschefs herbeigeführten Ausgleich für den »einzigen Ausweg aus der jetzigen Situation«, da »Verhandlungen, die von deutscher Seite von Herrn Habicht geführt würden, keinerlei Aussicht auf Erfolg haben könnten«. Neurath lehnte diese Anregung zwar nicht – wie in früheren Fällen – rundweg ab und enthielt sich auch hier einer eigenen Äußerung zu dem Vorschlag von Tauschitz. Aber er »glaubte kaum, daß der Kanzler zur Zeit zu einer solchen Zusammenkunft bereit wäre, solange in Österreich die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die nationalsozialistische Partei täglich verschärft würden«.

Tatsächlich hatte sich Hitler, was Neurath nicht wissen konnte, mit dem Gedanken einer Fühlungnahme mit Dollfuß bereits angefreundet. Zwar dachte er noch nicht daran, sich mit dem österreichischen Bundeskanzler persönlich in Verbindung zu setzen, aber er erwog schon Kontaktmöglichkeiten unter Umgehung Habichts auf diplomatischer Ebene. Nur fünf Tage nach seinem Gespräch mit Rieth empfing Hitler einen zweiten in Wien akkreditierten Diplomaten, den Militärattaché Muff, eine Tatsache, die auffällt, wenn man bedenkt, daß Hitler ein Jahr lang die zuständigen Diplomaten überhaupt nicht konsultiert hatte. Muff suchte Hitler, begleitet von Reichwehrminister Blomberg, am 14. Februar auf²⁶. Es gelang Muff, der selbst ein entschiedener Befürworter einer Verständigungslösung und ein Kritiker der dominierenden Rolle der Partei in der Österreich-Politik war²⁷, Hitler von der Notwendigkeit eines Ausgleichs zu überzeugen. Der Reichskanzler gab dem Militärattaché den »Auftrag«, in österreichischen Regierungskreisen wegen der Möglichkeit einer Verständigung zu sondieren. Mit dem Auftrag Hitlers an Muff war zum erstenmal ein deutscher Diplomat in die Verständigungsversuche eingeschaltet: Die Anweisung, mit der das Auswärtige Amt Rieth im Juli 1933 jede Einmischung in die Ausgleichsversuche untersagt hatte und die der Gesandte auch noch im Dezember 1933 beherzigte, schien überholt. Muff reiste noch am Abend des 14. Februar nach Wien zurück, um seinen Auftrag auszuführen.

Kurz nach seiner Ankunft in Wien erhielt Muff jedoch telefonisch die Nachricht von der »Zurücknahme (des ihm) gestern... erteilten Auftrages«²⁸. Von wem diese Absage ausging und mit welcher Begründung sie erteilt wurde, läßt sich aus den Quellen nicht eindeutig erkennen. Eindeutig ist hingegen der Hintergrund, der zur Zurücknahme des von Hitler an Muff gegebenen Auftrages führte: ein Ein-

spruch der Führung der österreichischen Nationalsozialisten gegen eine vermittelnde Tätigkeit des deutschen Militärattachés. Rieth berichtete am 15. Februar aus Wien, daß »statt gestern beschlossenenem Verfahren« der Kontaktmann der SA in Wien, In der Maur, von der SA-Führung in München beauftragt worden sei, »alsbald Verbindung mit (der) Regierung aufzunehmen und bei ihr anzufragen, ob sie auf die bekannten, letzthin durch (die) Landesleitung München in (den) Verhandlungen mit Dollfuß gestellten Bedingungen eingeht«. Ebenso wie die Initiative Muffs unter Ausschluß der Parteiinstanzen geplant worden war, so sollte In der Maur seine Sondierungen offenbar unter Umgehung der Gesandtschaft einleiten. Rieth wies in seinem Bericht ausdrücklich darauf hin, daß er über die geplanten Schritte In der Maurs »nicht durch In der Maur, sondern auf anderem Wege streng vertraulich Kenntnis erhalten« habe. – Der von Hitler kurzfristig geförderte Plan, über Muff einen diplomatischen Kontakt zur österreichischen Regierung herzustellen, wurde also überholt durch eine gegenläufige Aktion der Partei. Immerhin bleibt die wenigstens vorübergehende Bereitschaft Hitlers festzuhalten, von den gewohnten und eingefahrenen Wegen der Österreich-Politik abzuweichen und den diplomatischen Apparat stärker als bisher einzuschalten. Hitler tat diesen Schritt nicht eindeutig und nicht endgültig, bedeutete doch eine Abwendung von der Parteipolitik und eine Hinwendung zur Diplomatie in der Österreich-Frage für ihn selbst das Eingeständnis einer Fehlkalkulation. Doch allein die Tatsache, daß er sich auf die Argumentation Rieths und den Auftrag an Muff überhaupt einließ, beweist, daß er selbst unsicher und schwankend geworden war und an der seit dem Beginn seiner Regierungszeit geübten Taktik in der Österreich-Politik zu zweifeln begann.

An dieser Stelle ist ein Seitenblick auf die innenpolitische Szenerie in Österreich nötig, die den Hintergrund auch für die Erwägungen und Pläne auf deutscher Seite bildete. Am 12. Februar 1934 hatte in Österreich der endgültige Kampf der Regierung gegen die Sozialdemokraten begonnen. Die Ausschaltung der Sozialdemokratie in Österreich ging zurück auf den seit dem Sommer 1933 von Italien ausgeübten Druck und das Drängen der Heimwehr. Dollfuß selbst faßte den Entschluß, gegen die Sozialdemokraten mit Gewalt vorzugehen, scheinbar nur widerstrebend; und es ist nach wie vor eine offene Frage, ob Fey die ersten Aktionen, die sich schließlich zu einem regelrechten Bürgerkrieg steigerten, nicht eigenmächtig auslöste, um Dollfuß zu

übrumpeln und ihn vor vollendete Tatsachen zu stellen²⁹. Das Ausmaß, das der Kampf der Regierung gegen die Sozialdemokraten annahm, stellte auch die Nationalsozialisten vor neue Fragen. Besonders betroffen mußten dabei jene Kräfte sein, die gerade von sich aus die Möglichkeit eines Gewaltaktes erwogen hatten: die SA. – Am 12. Februar trafen sich in der Wohnung In der Mairs in Wien der Stabschef der österreichischen SA-Führung Kirchbach, der Vertreter der SA in Österreich, Türk, der Nationalsozialist Prinz Schönburg³⁰ und In der Maur selbst, um die Lage nach dem gerade ausgebrochenen Kampf zu beraten³¹. Im Mittelpunkt der Diskussion stand dabei die Frage, ob die Nationalsozialisten den Konflikt zu einer »unabhängigen Operation« ausnutzen sollten. Man hielt eine Aktion in einzelnen Bundesländern für »ratsam«, fühlte sich andererseits aber gezwungen, in Landesteilen wie Tirol und Kärnten auf die außenpolitischen Empfindlichkeiten Italiens und Jugoslawiens Rücksicht zu nehmen. Diese Bedenken außenpolitischer Art, die offenbar auf der Möglichkeit eines italienischen oder jugoslawischen Eingreifens beruhten, bewirkten schließlich, daß man sich für eine »abwartende Haltung« entschied.

Zwar waren sich die SA-Führer darüber klar, daß die »Rolle eines Beobachters gewisse vorübergehende, rein taktische Nachteile« für die nationalsozialistische Bewegung mit sich bringen konnte, »aber die Vorteile überwogen bei weitem, wenn man die Zukunft betrachtet«. Die Hände der Nationalsozialisten würden, so kam man überein, »frei vom Blut der Bürger bleiben«, und die Bewegung könne so »zum natürlichen Reservoir für die aufständischen Massen der deutschen Arbeiter« werden. Die Hoffnung, durch den Zulauf der sozialistischen Kräfte der eigenen Bewegung einen neuen Auftrieb zu geben, veranlaßte die SA-Führer, auf eine Beteiligung an der Auseinandersetzung zu verzichten³². Allerdings wollte die SA die Gunst der Stunde auch nicht gänzlich ungenutzt vorübergehen lassen. Man entschloß sich deshalb, das Verständigungsangebot an die österreichische Regierung zu erneuern – in dem noch ungewissen und unentschiedenen Stadium des Kampfes zweifellos ein Druckmittel gegenüber Dollfuß.

Am 13. Februar kündigte Kirchbach In der Maur an, er werde spätestens am folgenden Tage eine Anweisung darüber erhalten, »ob die Haltung der Regierung zu einem Kontakt mit der NSDAP ausgedehnt werden solle«. In der Maur solle die Anweisung, die telefonisch erfolgen werde, »als einen Auftrag Habichts« betrachten. Im Anschluß an dieses Gespräch begab sich Kirchbach offenbar nach Mün-

chen zurück. Ob er tatsächlich Habichts Zustimmung einholte, ist nicht nachzuweisen, aber durchaus wahrscheinlich, da die Sondierungen in der Maurs – im Unterschied zu den Gewaltplänen der letzten Januartage – von der SA anscheinend nicht auf eine Ausschaltung der politischen Führung der österreichischen Nationalsozialisten abzielten. Jedenfalls wurde Habicht nach dem Scheitern des Kontaktversuches von In der Maur selbst ausführlich unterrichtet ³⁴.

In der Maur erhielt die angekündigte telefonische Weisung am 14. Februar. Er sollte mit einer »privaten Initiative« in Erfahrung bringen, »ob das frühere Angebot der NSDAP . . . jetzt angenommen werden würde« ³⁵. Dabei komme »nur Annahme oder Ablehnung . . . in Frage«. Nach Rieths Informationen enthielt der Auftrag darüber hinaus noch den ultimativen Hinweis, die Nationalsozialisten würden im Falle einer Ablehnung »anders vorgehen« ³⁶. In der Maur konnte über den Hofrat Glaise-Horstenau, den Direktor des österreichischen Militärarchivs, eine Verbindung zu Schuschnigg herstellen, und er unterbreitete schriftlich seinen »persönlichen« Wunsch nach einem Gespräch mit Dollfuß über die Möglichkeit einer Vereinigung »aller positiven Kräfte« gegen die »Sowjet-Revolution« ³⁷. Dollfuß gab eine ablehnende Antwort. Am 16. Februar teilte Glaise-Horstenau mit, daß der österreichische Bundeskanzler »nach der gemachten Erfahrung« zu einer Verständigung »nur klare amtliche Wege ohne irgendwelche Mittelsmänner« beschreiten wolle ³⁸. In der Maur hielt mit diesem Bescheid seinen Auftrag für erledigt und erstattete Habicht und Kirchbach Bericht über den negativen Ausgang seiner Sondierungen. Auch Rieth wurde nunmehr unterrichtet ³⁹.

Für die Münchner Führung der österreichischen Nationalsozialisten ergab sich jetzt die Frage, ob angesichts der neuerlichen Weigerung Dollfuß', mit der Partei einen Ausgleich zu suchen, das angedrohte »andere Vorgehen« in die Tat umgesetzt werden sollte. Türk, der mit den österreichischen Verhältnissen auf Grund seiner dauernden Anwesenheit in Wien wohl am besten vertraut war, glaubte von vornherein, daß ein gewaltsames Vorgehen der Nationalsozialisten »gegenwärtig ohne Aussicht auf Erfolg« sei, und er hoffte, auch Kirchbach »davon überzeugt zu haben« ⁴⁰. Zudem war inzwischen am 16. Februar der Widerstand der Sozialdemokraten endgültig zusammengebrochen; die Regierung war damit wieder eindeutig Herr der Lage und fühlte sich »siegreich« ⁴¹.

Ein zusätzliches außenpolitisches Hindernis für ein gewaltsames Vor-

gehen der Nationalsozialisten in Österreich bildete die Mitte Februar deutlich werdende Absicht der italienischen, britischen und französischen Regierung, sich erneut für die Unabhängigkeit Österreichs zu exponieren⁴². Obwohl über die Form einer solchen Unabhängigkeitsgarantie zwischen den drei Mächten noch Unstimmigkeit herrschte, kündigte Suwich am 15. Februar dem deutschen Botschafter Hassell an, es seien »getrennte, aber übereinstimmende Erklärungen« der drei Regierungen zu erwarten, in denen die »österreichische Unabhängigkeit und Österreichs uneingeschränktes Recht, sich gegen Angriffe von außen zu verteidigen, anerkannt« werde⁴³. Den Gedanken, den man in Italien mit einer solchen Erklärung verfolgte, machte Cerruti am 16. Februar Neurath eindringlich klar. Mussolini habe ihm gegenüber, so berichtete der italienische Botschafter, »in einer sehr ernststen Weise über die österreichische Frage gesprochen« und nochmals betont, »daß er den Anschluß Österreichs an Deutschland nicht dulden werde«⁴⁴. Dabei betrachte sein Regierungschef, so fügte Cerruti hinzu, »die Gleichschaltung der österreichischen Regierung mit dem nationalsozialistischen Regime in Deutschland als gleichbedeutend mit einem formellen Anschluß«.

Das Auswärtige Amt hielt die Absicht der Mächte, »für sich die Rolle des Beschützers Österreichs in Anspruch zu nehmen«, für »ungerechtfertigt«, da ein solches Vorgehen nur zu einer neuen »Bevormundung (Österreichs) durch gewisse Mächte«, nicht aber zu einer Lösung des Problems führen könne, die allein »durch eine innere politische Befriedung« Österreichs möglich sei⁴⁵. Neurath und Bülow zeigten keine Neigung, die Österreich-Frage außenpolitisch zu diskutieren. Sie vertraten beide, wenigstens nach außen hin, den alten Standpunkt vom Primat einer innerösterreichischen Einigung – vielleicht sogar entschiedener als es nach dem Gespräch zwischen Hitler und Rieth und dem, freilich kurzlebigen, Auftrag an Muff angebracht war. Neurath hatte am 16. Februar auf eine Bitte Hassells um »Weisungen« für seine Gespräche mit Rintelen, der »nach wie vor an (der) Notwendigkeit und Möglichkeit festhält, (eine) Verständigung zwischen (den) Nationalsozialisten und Dollfuß herbeizuführen«⁴⁶, geantwortet, daß ein Ausgleich »nicht auf dem Wege von Verhandlungen zwischen den Regierungen, sondern auf dem Wege unmittelbarer Verhandlungen zwischen österreichischer Regierung und österreichischen Nationalsozialisten erfolgen« müsse⁴⁷.

Dieser Rückgriff auf alte Argumente reichte indessen nicht aus, um

die drei Mächte von einem öffentlichen Eintreten für Österreich zurückzuhalten. Am 17. Februar wurden in Rom, Paris und London getrennte, aber gleichlautende Erklärungen bekanntgegeben, in denen die drei Regierungen, ausgehend von der »deutschen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Österreichs«, eine »gemeinsame Haltung hinsichtlich der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Integrität Österreichs gemäß den entsprechenden Verträgen« betonten⁴⁸. Ein von Italien gewünschter Zusatz, der die »Hoffnung« auf eine Beilegung der Differenzen ausdrücken sollte, wurde auf Drängen Frankreichs und Englands fallengelassen⁴⁹. Die Erklärung der drei Mächte war in ihrer Form unverbindlicher und für Deutschland weniger demütigend als die alliierte Intervention zugunsten Österreichs im August 1933, entsprach jedoch inhaltlich dem schon damals von Rom, London und Paris eingenommenen Standpunkt.

Angesichts dieses außenpolitischen Widerstandes war es für die Parteiführung unmöglich, sich zu einem aggressiven Vorgehen in Österreich, wie es für den Fall einer Ablehnung einer Verständigung angedroht worden war, zu entschließen. Habicht war gezwungen, ein weiteres Mal seine Politik außenpolitischen Erfordernissen anzupassen und zurückzuweichen. Er trat diesen Rückzug in einer Form an, in der Nachgiebigkeit und Selbstbewußtsein sich mischten: mit einem ultimativen Waffenstillstand. Er verkündete ihn am 19. Februar in einer Rede über den Sender München⁵⁰.

Habicht zog in seiner Rede zunächst eine »Bilanz des Bürgerkrieges« zwischen Regierung und Sozialdemokraten. Die »furchtbare Katastrophe«, behauptete Habicht, wäre »nicht eingetreten«, wenn sich die österreichische Regierung rechtzeitig mit der NSDAP verständigt haben würde. Habicht erneuerte das Verständigungsangebot der Nationalsozialisten und versprach, im Falle einer positiven Antwort, den »inneren Frieden Österreichs« sowie »den Frieden mit dem Reich samt allen sich daraus ergebenden Folgen«. Habicht fuhr dann fort:

»Zum Beweis der angezweifelten Aufrichtigkeit ihres Friedenswillens erläßt die Führung der nationalsozialistischen Bewegung noch heute nacht an alle Gliederungen der Partei einen Befehl des Inhalts, daß mit sofortiger Wirkung... für die Dauer von acht Tagen ein Waffenstillstand eintritt, währenddessen es allen Mitgliedern der Partei bei Strafe des sofortigen Ausschlusses verboten wird, die österreichische Regierung oder ihre Organe in Wort, Schrift oder mit anderen Mitteln anzugreifen.«

Abschließend verlangte der Landesinspekteur von der österreichischen Regierung eine »eindeutige Erklärung zu der an sie gerichteten Anfrage«, die eine »Brücke« zur Verständigung sei. Für den Fall, daß eine Antwort in der gesetzten Frist »nicht oder in ungenügender Weise« gegeben werde, werde »der Kampf... von neuem wieder aufgenommen«. Mit dieser Drohung wurde Habichts Friedensangebot zum Ultimatum.

Eine bündigere nachträgliche Legitimation für die Erklärung der drei Mächte über die Unabhängigkeit Österreichs und die Einmischung Deutschlands in die österreichische Innenpolitik als sie Habichts Rede bot, ließ sich kaum denken. Habichts Waffenstillstandsangebot bedeutete zugleich das Eingeständnis, daß der Kampf der österreichischen Nationalsozialisten gegen die Regierung in Wien von Deutschland aus gesteuert wurde. Die europäische Öffentlichkeit sah in Habichts Appell eine »Demaskierung« der deutschen Österreich-Politik⁵¹, und die Reaktion in den Hauptstädten war verheerend.

Besonders entrüstet zeigte man sich in Rom. Italien ließ Berlin unmißverständlich wissen, daß es »im Ernstfall« – bei einem eventuellen Gewaltakt nach Ablauf des Habicht-Ultimatums – »marschieren« werde⁵². Mussolini äußerte am 24. Februar gegenüber Hassell sein Unverständnis darüber, daß man einem Mann wie Habicht erlauben könne, in dieser Weise vorzugehen«⁵³. Der Landesinspekteur, meinte Mussolini, habe schon »so viel Schaden angerichtet, besonders was die deutsche Lage betreffe, daß der einzig richtige Weg sein würde, ihn in eine Irrenanstalt einzusperrern«. Hassell machte gegen diese Ausfälle nur schwache Einwendungen. Er wies darauf hin, die Rede Habichts sei eine Eigenmächtigkeit des Landesinspektors und »nicht von der Berliner Regierung gebilligt« worden; er machte darauf aufmerksam, daß es für Hitler »schwierig« sei, »gegen Habicht Stellung zu nehmen«. Mussolini nannte diese Argumente rundweg »politisch unhaltbar«, und Hassell gab sich damit zufrieden. Dem Ton seiner Aufzeichnung über das Gespräch ist zu entnehmen, daß Hassell die starken Worte Mussolinis über Habicht nicht gerade bedauerte.

Mussolini zeigte über die Auswirkungen der Österreich-Frage auf die deutsch-italienischen Beziehungen eine »wachsende Nervosität«⁵⁴. Am 27. Februar schickte er Cerruti eigens zu Neurath, um der deutschen Regierung seine Sorge darüber mitteilen zu lassen, daß die gegenseitigen Beziehungen »so schlecht wie seit vielen Jahren nicht« seien⁵⁵. Auf Cerrutis besorgte Frage, was in Österreich nach dem Ablauf

des von Habicht verkündeten Waffenstillstands geschehen werde, antwortete Neurath trocken, es werde »gar nichts« geschehen. Wie weit die italienischen Erwägungen schon gingen, zeigte Cerrutis Andeutung, »daß sich die italienische Politik uns (Deutschland) gegenüber immerhin ändern könne, wenn wir unsere Haltung gegenüber Österreich nicht ändern«. Der italienische Botschafter erwähnte in diesem Zusammenhang eine mögliche Schwenkung zugunsten Frankreichs.

Von so viel außenpolitischer Rückendeckung gestärkt, sah man in Wien keinen Grund, den Aufruf Habichts besonders ernst zu nehmen. Das Angebot Habichts war in der Form zu undurchsichtig, um die österreichische Regierung zu einer Reaktion zu ermuntern. Unklar erschien vor allem, ob Habichts Appell ernst gemeint oder reine Propaganda war, und die Regierung in Wien wollte sich nur äußern, falls die »Anfrage Habichts im Einverständnis mit dem Reichskanzler beziehungsweise dem Auswärtigen Amt erfolgt sei«⁵⁶. Für alle Fälle ließ Dollfuß die österreichischen Truppen an der Grenze zu Deutschland verstärken und wartete ab⁵⁷. Die aus österreichischer Sicht entscheidende Frage, ob die Habicht-Rede ein offizielles Verständigungsangebot oder nur ein Propagandaschritt sei, wurde während der gesamten Laufzeit des Ultimatums nicht geklärt.

Das Auswärtige Amt war von dem Vorstoß Habichts ebenso überrascht worden wie das Ausland. Man war über die Entstehungsgeschichte und die Absichten des Habicht-Appells »nicht unterrichtet«⁵⁸. Angesichts der vollendeten Tatsache entschloß Köpke sich dann, zu der bekannten Argumentation zurückzukehren, Habicht habe nicht »als bevollmächtigter Unterhändler des Reichskanzlers« gesprochen, »sondern lediglich als der ... Führer der österreichischen Nationalsozialisten«. Obwohl diese Unterscheidung nach Habichts Beauftragung durch Hitler Anfang Januar noch schwieriger aufrechtzuerhalten war als zuvor, blieben diesmal selbständige Stellungnahmen des Auswärtigen Amtes aus. Es verzichtete auf jeden eigenen Kommentar zu dem Appell Habichts. Wenn auch jede schriftliche Äußerung zu der Habicht-Rede fehlt, so darf man doch annehmen, daß sie auch in Berlin lebhaft diskutiert wurde, wobei gewiß auch Hitler selbst beteiligt war. Welche Tendenz diese Diskussion hatte, ist aus der bemerkenswerten Tatsache zu erkennen, daß eine Veröffentlichung und Kommentierung der Rede in der deutschen Presse sofort verboten wurde. Mindestens Österreich sah in dem Verbot einer öffentlichen Erörterung ein Zeichen dafür, daß Habichts Vorstoß »von maßgebenden deutschen Regie-

rungsstellen nicht gebilligt werde«⁵⁹. Wieweit diese Deutung zutraf, läßt sich auch nachträglich nicht eindeutig sagen, doch die Wahrscheinlichkeit spricht durchaus für sie.

Nicht nur auf die außenpolitische Position Deutschlands wirkte sich Habichts Rede belastend aus. Auch unter den Anhängern der Partei in Österreich stiftete sie Unsicherheit und Verwirrung. Die Nationalsozialisten in Österreich zerbrachen sich »darüber den Kopf, in welcher verschärfsten Weise der Kampf nach Ablauf der von Herrn Habicht gesetzten Frist geführt werden« solle⁶⁰. Die Parteigenossen zweifelten immer mehr »an einem glücklichen Ausgang auch des illegalen Vorgehens« gegen die Regierung und drohten – enttäuscht oder resigniert –, der exilierten NSDAP-Führung den Rücken zu kehren⁶¹. Die Regierungsseite begann, nicht ohne Aussicht auf Erfolg, »Elemente, welche mit der NSDAP zwar sympathisieren, mit dem Vorgang der deutschen Regierung und speziell des Landesinspektors Theo Habicht aber nicht einverstanden sind, von der Partei« loszulösen. Ein »Auflehnen gegen die Exekutive« erschien den Nationalsozialisten nach dem Erfolg der Regierungskräfte gegen die Sozialdemokraten »unmöglich«. Andererseits ergab sich gerade aus der zunehmend aussichtslosen Entwicklung das Drängen »auf eine Entscheidung«, da sich das Gefühl ausbreitete, die NSDAP werde »ihre Anhängerschaft... verlieren«, wenn nicht bald »eine Klärung eintrete«.

Habichts Appell wirkte mithin in jeder Hinsicht negativ. Der Landesinspekteur sah sich gezwungen, noch vor Ablauf der angesagten Frist mildere Töne anzuschlagen. In einem Interview mit der englischen Tageszeitung »Evening News« vom 26. Februar suchte er die beunruhigte Öffentlichkeit zu besänftigen. Er kündigte an, die österreichischen Nationalsozialisten würden – auch wenn eine Antwort der Wiener Regierung auf sein Ultimatum ausbleiben sollte – »sich streng an ein nichtmilitärisches Vorgehen halten und sich auf Propaganda beschränken«⁶². Allerdings wollte Habicht »keine Garantien« dafür übernehmen, daß »keine volkstümlichen, gegen Dollfuß gerichteten Ausbrüche vorkommen«. Diese Einschränkungen beleuchteten die Situation Habichts, der zwischen außenpolitischen Rücksichten und den Erwartungen seiner Parteigenossen in Österreich wählen mußte. Er konnte diesem Dilemma kaum entrinnen, ohne entweder außenpolitische Unruhe zu stiften oder seine Anhänger zu enttäuschen. Selbst das Auswärtige Amt zeigte nachträglich für diese verzwickte Lage Habichts einiges Verständnis.

Köpke kam Mitte März 1934 in einem Privatbrief an Rieth – der in wichtigerem Zusammenhang noch zu erwähnen sein wird – noch einmal auf die Rede Habichts zu sprechen. Habicht sei, so schrieb Köpke entschuldigend, »in den Tagen des Aufruhrs im wesentlichen von der Verbindung mit der österreichischen Partei abgeschnitten« gewesen⁶³. Da in der gespannten Atmosphäre »unbedingt vermieden werden mußte, daß die Nationalsozialisten sich in irgendeiner Form dem sozialdemokratischen Aufstand anschlossen«, habe Habicht »die einzige Möglichkeit einer entsprechenden Einwirkung auf seine Parteigenossen nur in einer Rundfunkansprache« gesehen, die dann auch »zweifellos ihren Zweck erfüllt« habe, der nur darin bestand, eine Erhebung der Nationalsozialisten in Österreich zu verhindern. Köpke konnte aber auch nachträglich eine wenigstens milde Kritik nicht unterdrücken. Er gestand zu, daß man »über Form und Inhalt« der Rede »verschiedener Meinung sein« könne.

Die unmittelbare Wirkung seines ultimativen Waffenstillstandsangebotes war für Habicht jedoch eindeutig negativ. In den Augen des Auslandes hatte er sich mit seiner Rede als der Sündenbock der deutschen Österreich-Politik entlarvt. Die Gerüchte und Spekulationen um eine Entlassung oder Entmachtung wollten nicht verstummen. Den Auftakt gab eine HAVAS-Meldung vom 23. Februar, nach der Hitler über Habicht »so verärgert sei, daß er ihm die Vollmacht entzogen habe, die er (ihm) in Sachen der österreichischen Politik erteilt hatte«⁶⁴. In Rom wurde diese Nachricht »mit Befriedigung aufgenommen«⁶⁵, obwohl jede Bestätigung ausblieb. Dennoch hielten sich die Gerüchte bis in den März hinein: Am 8. März veröffentlichte die Straßburger »République« eine Meldung, nach der Habicht von Hitler »geopfert« werden sollte⁶⁶, und auch die Londoner »Times« deutete am 9. März die Möglichkeit eines »Wechsels« in der Führung der österreichischen NSDAP an, womit »Hitler wieder einen Beweis seines staatsmännischen Verstandes« geben werde⁶⁷.

Derweil hatte die österreichische Regierung ihre Position im Innern durch die gewaltsame Unterwerfung der Sozialdemokraten und nach außen durch die Erklärung der drei Mächte zugunsten der österreichischen Unabhängigkeit festigen können. Obwohl das rücksichtslose Vorgehen gegen die Sozialdemokraten besonders in Frankreich und England Kritik auslöste, obwohl auch der Erklärung der Mächte manche rein rhetorischen Züge anhafteten, brachte der Februar 1934 Dollfuß dennoch einen inneren Machtzuwachs und einen äußeren Prestigegewinn.

Auf deutscher Seite konnte man sich nicht der Erfahrung verschließen, daß einer forcierten deutschen Österreich-Politik immer noch die gleichen außenpolitischen Hindernisse entgegenstanden, die schon im Herbst 1933 zu einer Umstellung und zu Abstrichen gezwungen hatten. Neben der Frage der gegenüber Österreich anzuwendenden politischen Methode war inzwischen zusätzlich die Frage der Führung der österreichischen Nationalsozialisten aufgeworfen worden, die besonders die Person Habichts betraf. Kritisch begann die Entwicklung für den Landesinspekteur vor allem deshalb zu werden, weil der Zusammenhalt innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung – insbesondere das Verhältnis zwischen Partei und SA – sich immer mehr lockerte und konkurrierende Kräfte sichtbar machte. Von dieser unsicheren Basis mußten die deutschen Überlegungen ausgehen.

Hitlers »Neuer Kurs«

Den Anlaß, die deutsche Österreich-Politik neu zu überdenken, schuf eine Umschichtung in der europäischen Politik. Im Februar 1934 war immer offensichtlicher geworden, daß die italienische Regierung eine Verstärkung und eine Sanktionierung ihrer Beziehungen zu Ungarn und Österreich anstrebte, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet in Gestalt einer Zollunion⁶⁸. Damit drohte das von Hassell schon lange zuvor angekündigte Schreckgespenst einer gemeinsamen italienisch-ungarisch-österreichischen Politik unter Ausschluß Deutschlands Wirklichkeit zu werden. Die Besuche von Suvich in Wien und Dollfuß in Budapest⁶⁹ mußten den deutschen Sorgen in dieser Richtung Auftrieb geben.

Seltsamerweise war es gerade Hassell, der zuvor stets gewarnt hatte und nunmehr das Auswärtige Amt halbwegs beruhigte. In einem langen Bericht zu der Frage einer Zollunion zwischen Rom, Budapest und Wien schrieb Hassell am 15. Februar, derartige Gedanken seien zwar in Rom »ernsthaft erwogen worden«, aber man halte sie offenbar für »im Augenblick nicht realisierbar«⁷⁰. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der drei Staaten funktioniere ohnehin so reibungslos, »daß der Abschluß spezieller Verträge und Pakte unnötig« sei. Da zudem die Interessen einzelner Wirtschaftszweige, besonders der Landwirtschaft, schwer unter einen Hut zu bringen seien, meinte Hassell, daß dem

Zollunionsplan »keine akute praktische Bedeutung zuzumessen« sei, obwohl er hinzufügte, daß der Plan »existiert und nicht aus dem Auge verloren ist«. Hassell hielt es für durchaus möglich, daß der Plan »eines Tages Gestalt annehmen kann«.

Hassell fürchtete eine Belebung des Zolluniongedankens vor allem, wenn »die Furcht, daß der Nationalsozialismus in Österreich siegen könnte«, Rom auf den Gedanken brächte, Österreich noch entschiedener zu stärken. Die Schlüsselposition Österreichs in den deutsch-italienischen Beziehungen machte Hassell auch in diesem Zusammenhang wieder sichtbar, wenn er schrieb, man könne »nur hoffen, daß die Entwicklung in der Österreich-Frage uns bald die Gelegenheit wiedergeben wird, in einen Gedankenaustausch mit Italien einzutreten«. – Die Entwicklung Ende Februar lief aber in die entgegengesetzte Richtung.

Als Hassell am 24. Februar Mussolini auf das Thema ansprach, erklärte der italienische Regierungschef zwar, eine Zollunion zwischen Italien, Ungarn und Österreich sei nicht im Gespräch, da sie »mit größten Schwierigkeiten« verbunden sei, er gab aber die Absicht zu, »die drei Staaten in engere und fruchtbarere wirtschaftliche Beziehungen zueinander« zu bringen, auf der Basis »zweiseitiger Abmachungen«⁷¹. Die Möglichkeit einer noch weitergehenden Umorientierung der italienischen Außenpolitik deutete Cerruti am 27. Februar gegenüber Neurath an⁷². Cerruti erwähnte »weitgehende Annäherungsversuche« Frankreichs, auf die Italien angesichts der deutschen Haltung zu Österreich immerhin eingehen könne. Neurath wies derartige »mit Drohungen verbundene Ratschläge« zurück und replizierte selbstbewußt, auch die deutsche Regierung könne »eine andere Politik . . . treiben«. Der Außenminister nannte in diesem Zusammenhang das Verhältnis zu Jugoslawien.

Frankreich und Jugoslawien, deren Namen sich Neurath und Cerruti zum Zwecke der Abschreckung gegenseitig vorhielten, wurden in den nächsten Tagen von Rom und Berlin hochgespielt, um zu demonstrieren, daß man sich nicht aufeinander angewiesen fühlte, sondern auf beiden Seiten die Möglichkeit besaß, sich anders zu orientieren und auf diese Weise dem Gegenüber Schwierigkeiten zu machen. Weder von Rom noch von Berlin wurden, wie sich schon bald herausstellte, diese Versuche mit ernststen Absichten gemacht. Immerhin zeigte allein die Tatsache, daß es zu diesem Nervenkrieg überhaupt kommen konnte, wie weit sich Italien und Deutschland über der Österreich-Frage voneinander entfernt hatten.

Den ersten Zug tat Rom. Es ging der italienischen Regierung dabei um zweierlei: Einmal wollte sie Deutschland, wie Cerruti schon angedeutet hatte, mit der Möglichkeit einer Wendung zugunsten Frankreichs von einer Zuspitzung der Österreich-Politik abschrecken; und zum anderen gedachte sie, das französische Mißtrauen gegen die eigenen wirtschaftlichen Ambitionen in Ungarn und Österreich zu beruhigen, indem sie Paris ins Vertrauen zog und auf lange Sicht eine Zusammenarbeit im Donauraum in Aussicht stellte. Am 2. März erhielt der französische Botschafter in Rom, Chambrun, von der italienischen Regierung die Zusicherung, daß etwaige Absprachen zwischen Rom, Budapest und Wien nur das »erste Stadium« einer Entwicklung sein würden, an deren Ende »eine Zusammenarbeit der Kleinen Entente, Österreichs und Ungarns« stehen solle⁷³. Die Italiener stellten den Franzosen in Aussicht, sich mit ihnen in die politische Führung des geplanten Donaublocks teilen zu wollen. Um aber den »Anschein einer antideutschen Haltung« zu vermeiden und nicht »die innerpolitische Lage der österreichischen Regierung zu erschweren«, hielt man es in Rom für »zweckmäßig, daß Italien und Frankreich unabhängig voneinander vorgehen, ohne damit dem italienisch-französischen Einvernehmen Abbruch zu tun«.

Die Grundlage des italienischen Vorstoßes war, wie Berlin wohl wußte, das »gemeinsame Interesse an der Erhaltung der österreichischen Unabhängigkeit«⁷⁴, und der italienische Hinweis auf dieses gemeinsame Interesse verfehlte auch nicht seine Wirkung. Paris begann auf die Regierungen der Kleinen Entente einzuwirken, »um sie zu einer wohlwollenden Haltung gegenüber den italienischen Plänen auf wirtschaftlichem Gebiet zu veranlassen«⁷⁵. Rom hatte mithin den einen Zweck seines Schrittes erreicht: Frankreich machte sich gegenüber der Kleinen Entente zum Anwalt der italienischen Wünsche. In Berlin mußte das italienisch-französische Zusammenspiel Unruhe auslösen und die Möglichkeit einer Allianz zwischen Rom und Paris ins Blickfeld rücken. Auf deutscher Seite versuchte man zunächst, den italienischen Absichten mit einem eigenen bündnispolitischen Vorstoß zu begegnen. Man faßte eine Annäherung an Jugoslawien, den »entschiedensten Gegner Italiens«⁷⁶, ins Auge.

Am 9. März empfing Hitler den jugoslawischen Gesandten in Berlin, Balugdzic, in Anwesenheit Neuraths⁷⁷. Hitler griff eine Bemerkung des Gesandten über die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen auf und erklärte, Deutschland sei »gewillt, serbische Produkte zu

kaufen, soweit es in unserer Macht liegt«. Hitler gab zu, daß ein deutsch-jugoslawischer Warenaustausch wegen der mangelnden Produktionsbreite Jugoslawiens nur »in einem sehr begrenzten Ausmaß möglich« sei, aber er beabsichtige dennoch, bald eine Wirtschaftsdelegation nach Belgrad zu schicken, um »die bestehenden Möglichkeiten ernsthaft zu prüfen«. Die Eile, mit der die Wirtschaftsverhandlungen vorangetrieben wurden⁷⁸, stand in einem bemerkenswerten Gegensatz zu den wirtschaftlichen Aussichten, die sie boten, da Jugoslawien für deutsche Produkte nur ein zweitrangiges Absatzgebiet war. Die Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amtes betrachtete das ganze Projekt denn auch mit unverhüllter Abneigung.

Ritter fürchtete, daß »die Zugeständnisse, die wir möglicherweise Jugoslawien machen werden, sich als so kostspielig für die deutsche Wirtschaft erweisen, daß sie nicht gerechtfertigt werden« könnten⁷⁹. »Die politischen Rückwirkungen, die sich ergeben könnten«, schienen ihm die wirtschaftlichen Nachteile kaum aufzuwiegen. Allerdings hatte auch Ritter keinen »Zweifel, daß kürzlich, besonders in den letzten Tagen, zwischen der französischen und der italienischen Regierung konkrete Diskussionen begonnen haben, die darauf hinzielen, die wirtschaftspolitischen Konflikte und Spannungen im Donauraum unter der Führung der beiden Regierungen abzubauen, während Deutschland von diesen Gesprächen ausgeschlossen« bleibe. Angesichts dieser Entwicklung akzeptierte Ritter aus rein politischen Erwägungen die Aufnahme der Verhandlungen mit Jugoslawien, die vielleicht doch geeignet seien, Deutschland »wirtschaftliche Stützpunkte im Donauraum zu sichern«.

Ihrer wirtschaftlichen Bedeutung nach konnten die deutschen Bemühungen um Jugoslawien kaum als ein echtes Gegengewicht zu den italienischen Absichten in Ungarn und Österreich angesehen werden. Eher versprach sich Berlin eine gewisse psychologische Wirkung auf Rom, und Hassell wurde dementsprechend angewiesen, über das Echo in Italien »umgehend zu berichten«⁸⁰. Der Botschafter konnte in der Tat feststellen, in Rom verstehe man nicht, »wie Deutschland mit dem entschiedensten Gegner Italiens in Verhandlungen eintreten könne, obgleich es das Ziel dieser Verhandlungen sein muß, die Freundschaft dieses Feindes Italiens zu gewinnen«⁸¹. Das italienische Außenamt verfolgte nach Hassells Eindrücken die deutsch-jugoslawischen Verhandlungen mit »der größten Aufmerksamkeit und Besorgnis«. Indessen war das italienische Unbehagen nicht groß genug – und wur-

de auch zu spät ausgelöst –, um Rom daran zu hindern, seine eigenen Pläne zielstrebig weiterzuverfolgen. Für den 13. März wurden Dollfuß und Gömbös zu einem gemeinsamen Besuch nach Rom eingeladen.

Vor dem Beginn der Verhandlungen glaubte man weder in Wien noch in Budapest, daß das Treffen in Rom zu Abmachungen irgendwelcher Art führen werde. Am 6. März erklärte Dollfuß gegenüber Rieth »in bestimmter Form, irgendeine schriftliche Abmachung... sei nicht geplant«⁸², und noch drei Tage später überreichte Masirevich in Berlin ein ungarisches Memorandum, in dem festgestellt wurde, daß Ungarn »fest entschlossen ist, keinem exklusiven Abkommen beizutreten«⁸³. Allerdings hatte man sowohl in Wien als auch in Budapest das unguete Gefühl, Mussolini werde dem Treffen in Rom den Charakter einer politischen Demonstration geben wollen. Rieth erfuhr von Peter auf die Frage nach einem »Konsultativabkommen« etwas »weniger bestimmt«, er (Peter) »glaube nicht, daß Italien es (ein Konsultativabkommen) verlangen würde«. Nach dieser eher ausweichenden Auskunft hielt es Rieth »für nicht völlig ausgeschlossen«, daß Mussolini versuchen könnte, Ungarn und Österreich »einseitig an Italien zu binden«, obwohl er nach seiner Unterhaltung mit Dollfuß glaubte, daß »auf österreichischer Seite (die) Neigung vorherrscht, ... (die) Bewegungsfreiheit in außenpolitischen Fragen zu behalten«⁸⁴. Daß die italienische Regierung mit dem Treffen der Regierungschefs in Rom politische Hintergedanken über einen bloßen Meinungs austausch hinaus verfolgte, hielt auch Budapest für »nicht ausgeschlossen«, man wollte allerdings dafür sorgen, »daß der Text jeder Abmachung für Deutschland offen« bleibe⁸⁵.

Das Auswärtige Amt begegnete diesen immerhin recht beängstigenden Andeutungen beinahe mit Resignation. Köpke notierte nach seinem Gespräch mit Masirevich, unabhängig vom Ausgang der Verhandlungen in Rom werde man überall »vermuten, daß sie einen Gegenzug oder wenigstens einen unfreundlichen Akt gegenüber Deutschland darstellen«. Doch einen Ausweg sah Köpke nicht⁸⁶. Ebenso hilflos zeigte sich Neurath. Obwohl Cerruti ihm gegenüber recht deutlich von »evtl. Vereinbarungen« sprach und auch durchblicken ließ, die italienische Regierung würde versuchen, »evtl. auch mit der Kleinen Entente weiterzukommen«, beschränkte sich Neurath auf die Feststellung, man werde in Berlin »das Ergebnis der Verhandlungen abwarten«⁸⁷. Mit dieser Einstellung war – zumal im letzten Augenblick – ein Wandel der italienischen Absichten nicht zu erreichen.

Allerdings führte die Isolation, in die die deutsche Außenpolitik durch die Pläne Roms zu geraten drohte – und schließlich auch tatsächlich geriet – wenigstens zu einem Ergebnis: zur Umstellung der deutschen Politik gegenüber Österreich. Die einzelnen Schritte, mit denen diese Umstellung erfolgte, sind schwer zu rekonstruieren. In dem Augenblick, als sie sich in schriftlichen Zeugnissen widerspiegelt, ist die Wandlung schon eine vollzogene Tatsache. Aus den Quellen jedoch, in denen der »Neue Kurs« nach seiner Festlegung formuliert wurde⁸⁸, lassen sich einige wesentliche Rückschlüsse auf seine Entstehung ziehen.

Ausgangspunkt des »Neuen Kurses« war der von Habicht am 19. Februar verkündete Waffenstillstand. Zwar war es nicht im entferntesten Habichts Absicht gewesen, mit seinem Angebot eine neue Phase der nationalsozialistischen Österreich-Politik einzuleiten, aber das internationale Aufsehen, das er mit seinem Vorstoß erregte, gab den Anlaß zu neuen Überlegungen. Die scharfe Reaktion des Auslandes gegen das Angebot Habichts führte – zusammen mit der aufziehenden Gefahr eines italienisch-ungarisch-österreichischen Arrangements – dazu, daß Habichts eigentlich auf acht Tage befristeter Waffenstillstand »auf unbestimmte Zeit ausgedehnt« wurde⁸⁹. Das deutete darauf hin, daß Hitler über den Vorstoß des Landesinspektors oder mindestens über seine Wirkung so verärgert war, daß er dem Angebot Habichts den ultimativen Charakter nahm und es zum Prinzip für das weitere Vorgehen der Nationalsozialisten gegenüber Österreich erhob.

Diese Entscheidung fiel gegen den Willen Habichts und offenbar sogar ohne seine Konsultation. Obwohl die Wendung durchaus im Sinne des Auswärtigen Amtes lag, findet sich kein Anzeichen dafür, daß die Wilhelmstraße aktiv an der Festlegung der neuen Richtlinien beteiligt war. Allem Anschein nach handelte es sich um ein selbständiges Vorgehen der »Parteiführung«⁹⁰, wahrscheinlich vor allem Hitlers selbst. Die Änderung der Österreich-Politik scheint in der ersten Märzwoche festgestanden zu haben⁹¹, obwohl sich kein Datum exakt nachweisen läßt. Hitler verfügte, daß das Vorgehen gegenüber Österreich »unter der alten Führung in Zukunft grundlegend umgestellt« werde⁹². Den ersten schriftlichen Niederschlag fanden die neuen Richtlinien in einem Schreiben Neuraths an Hassell vom 13. März⁹³.

Hassell hatte sich in einem Privatbrief an den Außenminister am 5. März sehr besorgt über die Österreich-Politik und ihre außenpolitischen Rückwirkungen geäußert⁹⁴. Neurath teilte Hassells Besorgnisse

»völlig« und betrachtete gleichfalls »die weitere Entwicklung dieser ersten außenpolitischen Frage« mit Unbehagen. Der Außenminister sah jedoch ein günstiges Zeichen darin, daß sich die NSDAP unter dem Eindruck des Erfolges der österreichischen Regierung über die Sozialdemokraten »für einen neuen Kurs entschieden« hatte. Der von Habicht ultimativ verkündete Waffenstillstand sei »auf unbestimmte Zeit ausgedehnt«, die »Radio- und Presseangriffe ebenso wie alle Gewaltakte strikt unterbunden« worden. Die nationalsozialistische Bewegung in Österreich werde sich, so kündigte Neurath Hassell an, »auf die innere Entwicklung ihrer Organisationen und die Konsolidierung ihrer Kräfte beschränken«. Neurath sah darin eine Umstellung von der »direkten Aktivität« zu einer Entwicklung »auf lange Sicht«.

Neurath betonte den Wunsch nach einer »Beilegung des Konfliktes so bald wie möglich«, aber er mußte – mit offenkundigem Bedauern – hinzufügen, daß, »wie die Dinge liegen«, Verhandlungen von Regierung zu Regierung »wohl heute noch nicht in Betracht« kämen. »Unter diesen Umständen« hielt es der Außenminister für angebracht, wenn Hassell gegenüber der italienischen Regierung in der Österreich-Frage eine »unverbindliche Haltung« zeige. Neurath konnte Hassell »nichts Endgültiges« über die weitere Entwicklung der deutschen Österreich-Politik mitteilen. Er hatte anscheinend das Gefühl, daß sich die Erwägungen noch in einem Stadium des Überganges befanden. Einerseits war mit der unbegrenzten Verlängerung des Waffenstillstandes wenigstens für absehbare Zukunft die Politik des Druckes auf Österreich aufgegeben, andererseits war die Zeit für eine zwischenstaatliche Regelung des Streites »noch nicht« gekommen. Neuraths Schreiben zeigt aber deutlich, daß sich die Erwartungen des Außenministers in dieser Richtung bewegten. Er rechnete damit, daß eine Disposition der deutschen Österreich-Politik »auf lange Sicht« schließlich zu einem Ausgleich zwischen den beiden Regierungen führen werde.

Am 15. März wurde Rieth, der »eine eingehende Informierung von seiten des Auswärtigen Amtes über die Pläne der Partei hinsichtlich Österreichs« vermißte⁹⁵, von Köpke über den »Neuen Kurs« unterrichtet⁹⁶. Köpke gab als Gründe für die Umstellung außer der schon von Neurath angesprochenen »innerpolitischen Stärkung der österreichischen Regierung« durch »die schnelle Niederwerfung des sozialdemokratischen Aufstandes« ausdrücklich auch noch »die geläufigen außenpolitischen Vorgänge« an, ein Hinweis, der eindeutig auf das gerade in Rom begonnene Dreiertreffen anspielte. Als Folge dieser Er-

eignisse müsse sich die Partei »zwangsläufig auf einen Kampf auf lange Sicht einrichten, der dann aber naturgemäß nicht mehr unter der bisherigen Hochspannung und mit den gleichen Mitteln geführt werden« könne. Nachdem Köpke angekündigt hatte, daß »die Anwendung von Gewaltmitteln wie auch direkte Angriffe auf die österreichische Regierung in Presse und Rundfunk strikte vermieden werden« und der »Hauptnachdruck . . . künftig auf einer verstärkten innerösterreichischen Propaganda und dem organisatorischen Auf- und Ausbau der Partei liegen« werde, erläuterte Köpke das Ziel des »Neuen Kurses«.

Köpke schrieb, der Zweck der neuen Richtlinien bestehe darin, die NSDAP so weit innerlich zu stärken, »daß auf die Dauer keine österreichische Regierung ohne diese schlagkräftigste und stärkste Partei des Landes wird regieren können«. Mit dieser Spekulation auf die schließliche Unentbehrlichkeit der Nationalsozialisten war die Umstellung auch der Parteipolitik gegenüber Österreich von einem revolutionären auf einen evolutionären Kurs postuliert. Damit wurde der Wandel in der Zielsetzung, wie er schon in der Phase der Verständigungsbemühungen erkennbar war, bekräftigt. Daß diese Änderung, die bis dahin eher unbewußt geblieben war, nunmehr zum Grundsatz erhoben wurde, bedeutete in der Tat einen »grundlegenden« Wandel, über den sich auch Hitler klar war. Akut wurde damit die Frage, ob die neue Politik auch eine neue Führung der österreichischen Nationalsozialisten erfordere. Auch sie scheint offenbar im Lauf der Erörterungen um den »Neuen Kurs« aufgeworfen worden zu sein, denn Köpke sah sich veranlaßt, Rieth in seiner Information ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß die NSDAP in Österreich »unter der alten Führung« bleiben werde. Habicht konnte also – trotz der Anfeindungen aus dem Ausland – seinen persönlichen Kredit bei Hitler behaupten, allerdings nicht seine bisherige Politik.

Am 16. März erschien der Landesinspekteur im Auswärtigen Amt, um sich bei Neurath über den »Neuen Kurs«, hinter dem er wohl den Einfluß der Wilhelmstraße vermutete, zu beklagen⁹⁷. Habicht äußerte ernste »Besorgnisse wegen der weiteren Entwicklung der Dinge in Österreich« und kritisierte »insbesondere . . . das völlige Verbot der Propaganda gegen die Österreichische Regierung wie auch die ihm persönlich erteilte Weisung, keinerlei Reden mehr gegen Österreich zu halten«. Wenn die Regierung in Wien »nunmehr unbehindert durch jede Gegenwirkung« handeln könne, dann war ihr nach Habichts Mei-

nung bei der Festigung ihrer inneren Position ein »zunehmender Erfolg« gewiß. Habicht fürchtete sogar, die verstärkte Agitation der Regierung könne schließlich sogar – zusammen mit dem Verbot, die Anhängererschaft der NSDAP von Deutschland aus wenigstens propagandistisch zusammenzuhalten – »den allmählichen Zerfall der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich zur Folge haben«. Neurath ließ sich auf keine Diskussion der von Habicht vorgetragenen Sorgen ein, sondern betonte nur allgemein, die Sache »müsse . . . bei den durch den Herrn Reichskanzler selbst erteilten Weisungen sein Bewenden behalten«.

Noch am Nachmittag des 16. März trug Neurath die Klagen des Landesinspektors Hitler vor. Die Entschiedenheit, mit der sich Hitler hinter seinen Außenminister stellte und den Kurswechsel bekräftigte, war ungewöhnlich. Hitler ordnete nochmals an, daß »alle Rede- und Propagandaverbote aufrecht erhalten bleiben«⁹⁸. Er wollte die Auseinandersetzung mit Österreich »auf eine ganz andere Basis gestellt« sehen. Die bisherigen Kampfmethoden seien »nicht mehr am Platze«. Vielmehr müßten die Nationalsozialisten in Österreich »die Errungenschaften des Nationalsozialismus seit der Machtergreifung in Deutschland« als Beispiel propagieren und dem österreichischen Volk »klar machen, wie viel besser es bei uns im Reiche stehe, als jenseits der Grenze«. Hitler übersah nicht, »daß in Österreich in manchen nationalsozialistischen Kreisen eine gewisse Resignation Platz greife und daß man sich vom Reich verlassen fühle«, aber er vertrat den Standpunkt, »diese Schwächeanwandlung« müsse »in Kauf genommen« und könne schließlich »überwunden werden«.

Hitler legte sodann seine Ansichten über die weitere Entwicklung dar. Zur allgemeinen Zielsetzung der deutschen Österreich-Politik erklärte Hitler seinem Außenminister »ausdrücklich . . ., daß wir weder den Anschluß Österreichs wünschten noch Österreich gleichzuschalten beabsichtigten«. Es komme, wie Hitler sich ausdrückte, nur darauf an, »sich einzuschalten«. Für eine solche Einschaltung des Nationalsozialismus in die österreichische Politik war nach Hitlers Meinung »der Zeitpunkt . . . aber noch nicht gekommen«. Zunächst müsse man abwarten, bis sich in Österreich »herauskristallisiert . . ., wer in der Lage sei, die Regierung wirklich zu führen«⁹⁹. Mit einer »die Lage tatsächlich meisternden Regierung werde man alsdann Fühlung nehmen müssen und sie in ihren Bemühungen . . . unterstützen«.

Hitlers Äußerungen zeigten sowohl in der Zielsetzung als auch in

der Zeitplanung so viele neue Aspekte, daß auf eine grundsätzliche Umstellung der deutschen Österreich-Politik geschlossen werden darf. Aufgegeben war nunmehr ausdrücklich auch die »Gleichschaltung«, das an Stelle des außenpolitisch unmöglichen Anschlusses postulierte Ersatzziel der ersten Monate nationalsozialistischer Herrschaft. An die Stelle der Gleichschaltung war nunmehr die bloße »Einschaltung« getreten, die Beteiligung an der Macht, die schon in den Verständigungsversuchen angestrebt worden war. Diesem Wandel in der Zielsetzung lag die Einsicht zugrunde, daß nicht nur eine Änderung des völkerrechtlichen Status Österreichs an den außenpolitischen Gegebenheiten scheitern mußte, sondern daß aus den gleichen Gründen auch eine innenpolitische Angleichung Österreichs an die in Deutschland herrschende politische Linie unerreichbar war.

Im gleichen Maße wie die deutsche Österreich-Politik von Hitler in ihrer Zielsetzung bescheidener und vorsichtiger formuliert wurde, wurde sie in der Zeitplanung langfristiger und unbestimmter. Hitler gedachte nicht mehr eine innere Schwäche oder Rivalität im österreichischen Regierungslager für die nationalsozialistischen Zwecke auszunutzen; er wollte vielmehr die innere Stabilisierung der in Österreich herrschenden Kräfte abwarten und seine Anhängerschaft sodann als Partner einer »die Lage tatsächlich meisternden Regierung« als Kräfte-reservoir empfehlen. Damit machte Hitler seine Pläne – außer von den erwähnten außenpolitischen Rücksichten – auch von dem Gang der inneren Entwicklung in Österreich abhängig und ordnete sie ihr unter. Diese Umstellung verlangte in der Methode der Politik Zurückhaltung und in der Zeitplanung Geduld. Beides bedeutete eine Abkehr vom revolutionären Kurs und eine Hinwendung zum evolutionären.

Die von Hitler vollzogene Wendung mußte alle jene enttäuschen, deren politisches Prestige und deren persönliche Ambitionen einseitig und ausschließlich mit einer schnellen und vorteilhaften Lösung der Österreich-Frage in nationalsozialistischem Sinn verbunden war. In erster Linie ist auch hier vor allem Habicht zu nennen. Die neuen Richtlinien raubten dem Landesinspekteur nicht nur seine Bewegungsfreiheit auf dem Gebiet der Agitation und der Propaganda, sie nahmen ihm zugleich die Möglichkeit, seine Intentionen mit der staatlichen Autorität des Reiches zu decken und zu unterstreichen. Mitte März wurde dies an einem scheinbar unbedeutenden Vorgang deutlich.

Am 13. März unterrichtete Habicht das Auswärtige Amt, die österreichische Regierung streue systematisch die Behauptung aus, »daß die

1000-Mark-Sperre zu Beginn der Sommer-Reise-Saison vom Deutschen Reiche aufgehoben würde«¹⁰⁰. Habicht hielt die Reisesperre für ein »außerordentlich wichtiges Druckmittel der österreichischen nationalsozialistischen Partei« und ersuchte Hüffer, den österreichischen »Meldungen durch eine amtliche Äußerung entgegenzutreten und die Unrichtigkeit der in Österreich umlaufenden Gerüchte festzustellen«, um die aufkeimenden Zweifel an der Aufrechterhaltung der Maßnahme zu beseitigen. Hüffer antwortete ausweichend, er wisse nicht, »ob eine derartige amtliche Erklärung möglich sei«; er wolle sich aber »umhören«.

In seiner Aufzeichnung des Telefonats regte Hüffer an, das Auswärtige Amt solle sich mit dem Reichsinnenministerium, das für die Grenzsperrre zuständig sei, in Verbindung setzen. Köpke lehnte dieses Vorgehen ab¹⁰¹. In einem Vermerk stellte er fest, die Angelegenheit verlange »im augenblicklichen Stadium eine rein politische Entscheidung, zu der wir uns allein aufrufen müssen«. Köpke hielt es aber für angebracht, überhaupt »davon ab(zu)raten, im augenblicklichen Stadium mit einer amtl. Erklärung wegen der Nicht-Aufhebung der 1000-M.-Sperre auf den Plan zu treten«. Eine offizielle Bekräftigung der Sperre, so legte Köpke dar, »würde nicht in der Linie des vom R(eichs)-k(anzler) angeordneten Waffenstillstands liegen«. Köpke fürchtete, daß eine amtliche deutsche Erklärung zugunsten des seit nunmehr einem dreiviertel Jahr angewendeten Druckmittels die weitere Entwicklung der Österreich-Politik »zu leicht präjudizieren« würde, indem sie »Repressalien auf der einen wie auf der andern Seite« begünstigen und damit die Auseinandersetzung wieder zuspitzen könne. Zwar erwog Köpke nicht, die Reisesperre aufzuheben¹⁰², aber er meinte, es müsse »doch genügen, wenn die beteiligten Kreise in Österr(eich) selbst dem Gerücht entgegenzutreten«. Habicht wurde entsprechend unterrichtet¹⁰³.

Der Landesinspekteur gab indessen nicht auf. Während seines Gespräches mit Neurath am 16. März warf er die Frage erneut auf und beklagte, das »heute noch überaus wirksame Propagandamittel« der Reisesperre »drohe... entwertet zu werden«¹⁰⁴. Habicht verlangte »ein energisches amtliches Dementi«. Neurath lehnte ein Dementi rundweg ab; es komme, sagte er dem Landesinspekteur, »aus allgemeinen außenpolitischen Gründen nicht in Betracht«. Der Außenminister fand auch in diesem Punkt die volle Unterstützung Hitlers. Auch der Reichskanzler stellte sich auf den Standpunkt, eine amtliche Erklärung zur 1000-Mark-Sperre »komme nicht in Frage«.

Das Tauziehen um ein amtliches Dementi der Gerüchte um die Aufhebung der Reisesperre ist gewiß nur eine Episode. Sie beleuchtet aber an einem Einzelfall die Position der einzelnen, an der deutschen Österreich-Politik beteiligten Kreise durchaus charakteristisch; das Drängen Habichts auf eine »amtliche« Unterstreichung der noch aus der Phase des harten Kurses stammenden Maßnahme, das der Sorge um die sinkende Moral der Parteigenossen in Österreich entsprang; das Bemühen des Auswärtigen Amtes, sich nicht durch lautstarke Erklärungen in der weiteren Behandlung der Österreich-Frage festlegen zu lassen und keinen neuen Anlaß für eine außenpolitische Unruhe zu schaffen; und die Stellung Hitlers, der nunmehr eindeutig – und in mancher Hinsicht noch entschiedener als Vertreter der Wilhelmstraße selbst – den Standpunkt des Auswärtigen Amtes unterstützte.

Die damit verbundene Wendung der deutschen Politik gegenüber Österreich blieb auch nach außen nicht verborgen. Am 21. März erschien der österreichische Geschäftsträger in Berlin, Seemann, bei Köpke, um die »große Befriedigung und Dankbarkeit« seiner Regierung für das »Nachlassen der Angriffe« auf Österreich auszudrücken, das, wie Seemann sagte, »wohl infolge des angeblich vom Herrn Reichskanzler angeordneten Waffenstillstands« eingetreten sei ¹⁰⁵. Die österreichische Regierung hoffe, »daß diese Waffenruhe zu einer dauernden Befriedung« und »zur Bereinigung der bestehenden Zwistigkeiten« führen werde. Köpke zeigte sich gegenüber den optimistischen Äußerungen des österreichischen Diplomaten betont zurückhaltend. Seine Reserve resultierte vor allem aus der Enttäuschung, die man in Berlin über das empfand, was inzwischen während des Treffens zwischen Mussolini, Dollfuß und Gömbös in Rom geschehen war: Am 17. März hatten die drei Regierungschefs die »Römischen Protokolle« unterzeichnet, in denen eine weitgehende wirtschaftliche Zusammenarbeit und eine enge außenpolitische Konsultation der drei Staaten vereinbart wurde ¹⁰⁶.

Für die deutsche Außenpolitik war der Abschluß der Römischen Protokolle zwischen Italien, Österreich und Ungarn eine empfindliche Niederlage. Hassell, der das Ereignis als erster kommentierte, nannte »das Ergebnis der Verhandlungen nicht gerade ermutigend« ¹⁰⁷. Er meinte, daß es – »ganz unabhängig von den Rückwirkungen auf die innere Lage in Österreich« – einen »Wendepunkt« in der europäischen Politik darstellen könne. Hassell konnte nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß er selbst wiederholt gemahnt hatte, einem italienisch-öster-

reichisch-ungarischen Zusammenschluß unter Ausschluß Deutschlands vorzubeugen. Jetzt allerdings, so schrieb er spitz, sei es müßig, zu fragen, »ob dieses Ergebnis durch eine rechtzeitige Beteiligung Deutschlands, für die verschiedene Gelegenheiten bestanden, hätte vermieden werden können«¹⁰⁸. Hassell hielt trotz der Römischen Protokolle eine Zusammenarbeit Deutschlands mit Italien, Österreich und Ungarn nach wie vor für »die ideale Lösung«, aber er mußte ein weiteres Mal auch das entscheidende Hindernis auf diesem Weg erwähnen, die österreichische Frage. Er sah im deutsch-österreichischen Verhältnis auch den »entscheidenden Faktor in der weiteren Entwicklung«.

In Berlin hatte man in Anbetracht der gerade erfolgten Umstellung der Österreich-Politik in dieser Frage ein recht gutes Gewissen und entschloß sich daher, auf die Abmachungen von Rom »absichtlich scharf« zu reagieren¹⁰⁹. Neurath sah keinen Anlaß, den drei Staaten »die Fortsetzung und den Ausbau ihrer Politik durch den Anschein ruhigen Geschehenlassens diplomatisch zu erleichtern«. Am 19. März erhielt Rieth von Bülow eine Anweisung »zur Information und Regelung (der) Sprache«¹¹⁰. Rieth wurde angewiesen, die österreichische Regierung auf die »gegen Deutschland gerichtete Tendenz« der Römischen Protokolle aufmerksam zu machen. Aus deutscher Sicht stellten die Abmachungen, so schrieb Bülow, »einen regelrechten politischen Konsultativpakt dar«, mit dem sich die österreichische Regierung »verpflichtet (habe), Mussolini in bezug auf alle ihre außenpolitischen Absichten und Handlungen Rede und Antwort zu stehen«. Das widerspreche eindeutig den von Dollfuß und Peter gegebenen Zusicherungen.

So wenig die in Bülows Telegramm sich ausdrückende Enttäuschung nur gespielt war, so sehr war das Auswärtige Amt andererseits bemüht, den Bogen der Beziehungen zu Wien allein wegen der Römischen Protokolle nicht zu überspannen. Bülow meinte mit seiner Kritik »selbstverständlich nicht, daß wir mit der Rom-Abmachung das Schicksal Österreichs als im anti-deutschen Sinne entschieden ansähen«. Vielmehr zeigte sich Bülow »überzeugt, daß für das politische Schicksal Österreichs der deutsche Charakter des Landes und seiner Bevölkerung schließlich doch maßgebend sein wird«. So lief Bülows Anweisung eigentlich allein darauf hinaus, Rieth solle »die außenpolitische Methode des Herrn Dollfuß als verfehlt« kritisieren¹¹¹.

Zweifellos war das Ergebnis der Verhandlungen in Rom trotz dieser eher milden und vorsichtigen Sprache für Berlin enttäuschend, um so

mehr, als es nur wenige Tage nach der Umstellung der deutschen Politik gegenüber Österreich zustande kam. Die Römischen Protokolle bedeuteten eine weitere Isolierung der deutschen Südostpolitik, die man mit der Kursänderung gegenüber Österreich gerade hatte verhindern wollen. Die »auf lange Sicht« berechnete Umstellung der deutschen Österreich-Politik hatte sich – wenigstens im Augenblick – noch nicht bezahlt gemacht. Jene Kreise, die zu einer schnellen und notfalls gewaltsamen Entscheidung der Österreich-Frage neigten, konnten das Ergebnis von Rom nachgerade als Rechtfertigung und Ermunterung empfinden.

Die Wurzeln der Verschwörung

Die Pläne zu einer gewaltsamen Lösung der Österreich-Frage ergaben sich als eine Art von Fortsetzung der verschiedenen, teilweise miteinander konkurrierenden Versuche, eine Verständigung herbeizuführen. Das Scheitern der Verhandlungen um einen Ausgleich und die schon während der Verhandlungen sichtbaren Rivalitäten und Unstimmigkeiten auf beiden Seiten begünstigten den Gedanken, durch einen Handstreich klare Fronten zu schaffen. Nicht zuletzt schien der schnelle Erfolg der österreichischen Regierung über die Sozialdemokraten die Möglichkeit eines solchen Vorgehens in Österreich als günstig bewiesen zu haben. Zwar war der Gedanke an eine gewaltsame Ausschaltung der österreichischen Regierung schon im Sommer 1933, »bald nach dem Verbot der NSDAP in Österreich«, in Parteikreisen erwogen worden¹¹², eigentlich spruchreif wurde er aber erst in dem Augenblick, als sich der Sturz der Regierung in Wien durch den indirekten außenpolitischen Druck von Deutschland aus als unerreichbar erwiesen hatte und alle Möglichkeiten eines Ausgleichs durch Verhandlungen erschöpft schienen.

Der Plan wurde forciert durch die Schwenkung des für seine Abneigung gegen Dollfuß bekannten Rintelen zu den Nationalsozialisten. In einem Gespräch mit Weydenhammer am 8. März erklärte sich der österreichische Gesandte in Rom »bedingungslos bereit . . . (sich) den Weisungen des Landesinspektors Habicht zu unterstellen«¹¹³. Rintelen tat diesen Schritt, obwohl – wie auch er wußte – sich die NSDAP und besonders Habicht in einer Krise befanden. Rintelen war von österreichischer und italienischer Seite eröffnet worden, in der

NSDAP seien »starke Differenzen wegen der Habicht'schen Politik ausgebrochen« und Hitler habe »Habicht fallen gelassen«. Weydenhammer konnte diese übertriebenen Behauptungen zwar dementieren, er mußte aber zugeben, daß die Nationalsozialisten »die Propaganda auf anderer (sic) Weise als vor dem roten Putsch . . . handhaben« müßten.

Rintelen hielt diese Zurückhaltung für falsch. Er riet »dringend, daß eine deutliche Propaganda . . . betrieben würde und daß Habicht so bald wie möglich wieder in Erscheinung trete«. Die Differenzen im österreichischen Regierungslager müßten ausgenutzt werden, »um dazwischen propagandistisch den Keil weiterzutreiben«. Rintelen gab Weydenhammer den Rat, Fey und Starhemberg »etwas besser zu behandeln und ihnen gewisse Hoffnungen« zu machen; denn Rintelen hielt es für wahrscheinlich, »daß Fey oder Starhemberg bei entsprechenden Zusicherungen bezüglich ihrer Person Dollfuß abservierten und der NSDAP in den Sattel helfen (sic)«¹¹⁴. Obgleich Rintelen nicht ausdrücklich eine gewaltsame Aktion anregte, machte er sich mit seinen Ratschlägen an die Landesleitung in München doch eindeutig zum Verfechter eines scharfen Kurses, der eine Gewaltaktion nur fördern konnte. Welche Rolle er dabei selbst zu spielen gedachte, sagte Rintelen nicht; vorerst kam es ihm vor allem darauf an, die Stellung Dollfuß' zu schwächen, und er sagte Weydenhammer zu, »alles« zu tun, um den bevorstehenden Besuch des österreichischen Bundeskanzlers in Rom¹¹⁵ zu einem »innerpolitischen und außenpolitischen Mißerfolg von Dollfuß zu machen«.

Habicht gab Weydenhammers Bericht über dessen Unterredung mit Rintelen erst am 28. März an das Auswärtige Amt weiter¹¹⁶. Der Landesinspekteur hatte also keineswegs die Absicht, die Wilhelmstraße über die aktuelle Entwicklung auf dem laufenden zu halten. Die fast dreiwöchige Verzögerung der Information, die auch Köpke auffiel¹¹⁷, deutet eher darauf hin, daß Habicht mit dem Bericht Weydenhammers das Auswärtige Amt nochmals auf die Notwendigkeit eines schärferen Kurses, den man ihm inzwischen untersagt hatte und den Rintelen befürwortete, hinweisen wollte. In der Wilhelmstraße fand sich allerdings niemand bereit, auf diesen Fingerzeig einzugehen.

Dabei waren die Spekulationen Rintelens auf Differenzen und Rivalitäten im österreichischen Regierungslager durchaus nicht unbegründet und schienen einen Ansatzpunkt für die nationalsozialistische Taktik zu bieten. Ende März setzte in Österreich ein Stadium sich verwir-

render und rivalisierender Sondierungen und Kontakte ein, die sich im einzelnen kaum rekonstruieren lassen, die aber schon im Überblick ein kennzeichnendes Bild der Konfusion ergeben, die sich auf beiden Seiten, auf der österreichischen wie auf der nationalsozialistischen, immer deutlicher abzeichnete¹¹⁸.

Den Auftakt bildete ein Versuch Starhembergs am 26. März, über den Major Kaltenboeck, seinen ehemaligen Pressereferenten, mit der österreichischen NSDAP in Verbindung zu kommen¹¹⁹. Kaltenboeck offerierte dem Legationsrat Amann von der deutschen Gesandtschaft Wien ein originelles Vier-Punkte-Programm, nach dem u. a. Starhemberg »bis zum Anschluß« das Amt eines »Reichsverwesers« übernehmen sollte, SS und SA in die Heimwehr »überführt« werden sollten und das Reich »Unterstützungen an den Heimatschutz« zu zahlen versprach, während Kaltenboeck als Gegenleistung anbot, die österreichische »Außenpolitik nur im engsten Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt in Berlin zu machen«. Nach Kaltenboecks Angaben lag Starhemberg daran, »daß unter Umständen eine sofortige Verbindung binnen weniger Stunden mit den maßgebenden Stellen der NSDAP hergestellt werden könnte«. Das von Kaltenboeck präsentierte Programm scheint aber eher seiner eigenen Initiative entsprungen zu sein als einem direkten Auftrag Starhembergs, wenngleich die Anregung, die Verbindung überhaupt herzustellen, sicher von Starhemberg ausging. Diesen Schluß erlaubt ein Gespräch des Obersten Marnegg mit dem deutschen Geschäftsträger Erbach am 27. März, in dem Marnegg die Verhandlungsbereitschaft Starhembergs zwar unterstrich, aber zugleich zum Vier-Punkte-Plan Kaltenboecks bemerkte, »daß Starhemberg anscheinend von diesen Plänen nichts weiß, sondern erst dazu gebracht werden soll, wenn man seitens der NSDAP darauf eingeht«¹²⁰. Erbach äußerte sich zu der Anregung Marneggs nicht und hielt die Angelegenheit anscheinend auch für unwichtig, da er sie nicht einmal nach Berlin meldete, sondern gleich zu den Akten legte. Dennoch scheint Starhemberg über Kaltenboeck eine Verbindung zu Wächter hergestellt zu haben¹²¹, die dann aber offenbar über sachlichen Differenzen und der persönlichen Aversion Habichts gegenüber Starhemberg abriß.

Von dieser Wendung enttäuscht, suchte Starhemberg Ende April mit der SA-Führung Reschnys ins Gespräch zu kommen, und zwar unter Umgehung Habichts. Kaltenboeck kam am 27. April zu Vorbesprechungen mit der SA-Führung nach München¹²² und vereinbarte ein Treffen zwischen Starhemberg und Kirchbach, der zu diesem Zweck am

3. Mai nach Wien kam. Offenbar wurde das geplante Treffen aber Dollfuß bekannt, der es verhinderte¹²³. Für Starhemberg war der Kontakt mit der SA aber insofern nicht ganz unergiebig, als er aus dieser Quelle erfuhr, daß Fey unterdessen Verhandlungen mit Wächter begonnen hatte¹²⁴.

Zwischen Fey und Wächter war es sogar schon zu einigen unaufälligen Absprachen gekommen. Fey, der das Sicherheitsressort verwaltete, ließ die »Entlassung (von Nationalsozialisten) aus den Anhaltelagern« bewußt »großzügig« handhaben¹²⁵. Welche Zusagen demgegenüber Wächter machte, ist nicht zu erkennen. Jedenfalls begannen Dollfuß und Starhemberg die Ambitionen Feys mit wachsendem Mißtrauen zu verfolgen und trugen sich sogar mit dem Gedanken, Fey aus dem Kabinett zu entfernen¹²⁶. Das österreichische Regierungslager bot ein Bild rivalisierender und einander mißtrauender Kräfte, die auf die gegenseitige Ausschaltung und die eigene Machtsteigerung hinarbeiteten¹²⁷. Freilich konnte sich die österreichische Seite damit beruhigen, daß das Bild unter den Nationalsozialisten kaum anders aussah, und Starhemberg machte die für ihn anscheinend tröstliche Feststellung, daß »sogar die Nationalsozialisten in Österreich . . . nicht immer vollkommen einig« seien¹²⁸.

Wächter, der von Habicht »in steigendem Maße zur Führung der Parteigeschäfte in Österreich herangezogen« wurde¹²⁹, machte während seiner »Verhandlungen mit österreichischen Regierungspolitikern« die bedenkliche Erfahrung, »daß sich ein Schaukelspiel zwischen politischer Leitung und SA-Führung abspielte«. Wenn er »namens Habicht mit dem einen Regierungsmitglied verhandelte, verhandelte ein SA-Führer namens Reschny mit einem andern, meinem (Wächters) Verhandlungspartner feindlich gesinnten«. Das Ergebnis sei »natürlich für beide Teile negativ« gewesen, und das einzige Resultat »war eine Schwächung des Ansehens und der Stoßkraft der Bewegung«. Das Fehlen klarer Fronten und eindeutiger Führungsverhältnisse auf beiden Seiten schloß einen sachlichen Ertrag all dieser Verhandlungsversuche von vornherein aus; sie zeigten allesamt eher die Tendenz, den Konkurrenten auf der eigenen Seite auszumanövrieren als auf der gegnerischen Seite einen Partner zu gewinnen.

In der Anhängerschaft der Nationalsozialisten in Österreich mußte diese Entwicklung – verstärkt durch das Fehlen einer wenigstens propagandistischen Führung vom Reich aus – zu einer psychologischen Krise führen. Hitler selbst hatte eine »Schwächeanwandlung« auf Grund

seines »Neuen Kurses« schon Mitte März vorausgesehen. Unter den österreichischen Nationalsozialisten verbreitete sich das Gefühl, »allein gelassen« zu sein¹³⁰. Berichte, die in jenen Wochen von NSDAP-Mitgliedern aus Österreich nach Deutschland gelangten¹³¹, lassen erkennen, wie sehr die Stimmung sich zu verschlechtern begann. Man fühlte sich »in der tiefsten moralischen Not«, da man merkte, wie die verhaßte Regierung »die Macht vollkommen in ihren Händen« sammelte, und klagte darüber, daß niemand »draußen« die damit aufziehende Gefahr erkannte¹³². Sowohl von der deutschen Diplomatie als auch von der Parteiführung in München fühlten sich die österreichischen Nationalsozialisten im Stich gelassen. Rieth weigerte sich, in dem inneren Kampf »in irgendeiner Form... Stellung zu nehmen«, und auch die Landesleitung rühre sich nicht; man verstand nicht, »daß man unseren von reinem Idealismus geleiteten Bestrebungen nach außenpolitischer Hilfeleistung... derartige Hindernisse in den Weg« legte¹³³.

Aus dieser »moralischen Not« sahen die Nationalsozialisten in Österreich nur zwei mögliche Auswege: die Resignation und damit den Verzicht auf die Auseinandersetzung mit der Regierung oder die Ausschaltung der Regierung durch einen Gewaltakt. Beide Gedanken wurden erwogen. – Am 29. März übersandte Rieth dem Auswärtigen Amt eine »Denkschrift« des österreichischen Nationalsozialisten Hans Köhler, in der die kritische Stimmung deutlich zum Ausdruck kam¹³⁴. Köhler ging davon aus, daß sich unter den Anhängern der Partei das Gefühl ausbreite, »nunmehr auch vom Reiche fallen gelassen worden zu sein«. Das »Stillhalten« Deutschlands stifte Zweifel und Verwirrung. Köhler verlangte deshalb, das Reich solle seine diplomatischen Beziehungen zu Wien abbrechen und alle Verhandlungen mit den Trägern des gegenwärtigen Systems in Österreich unterlassen. Köhler sah einen Ausweg nur in der Anwendung von Gewalt und ersuchte Hitler deshalb abschließend, er »möge seine Zustimmung geben für eine Gefangensetzung der Österreichischen Bundesregierung«. Obwohl Rieth vermutete, Köhlers Pläne seien nur die »eines kleinen Kreises von Aktivisten« in der NSDAP, bat er das Auswärtige Amt dennoch, »Schritte einzuleiten, um diese Aktion abzustoppen«¹³⁵. Hüffer ersuchte daraufhin Habicht am 3. April, der Landesinspekteur möge »seinerseits die nötigen Maßnahmen zur Verhinderung etwaiger... Pläne ergreifen«¹³⁶. Damit verlieren sich die Spuren des Planes von Köhler. Obgleich man die Bedeutung der Denkschrift nicht überschätzen sollte, zumal Köhler offensichtlich ein eher unbedeutender nationalsozialisti-

scher Unterführer war, kann man sie doch als symptomatisch bezeichnen, da in ihr fast alle Motive und Erwägungen der Nationalsozialisten in Österreich Anfang 1934 zum Ausdruck kommen: das Gefühl, »fallengelassen« zu sein, die zunehmenden Zweifel am eigenen Durchhaltevermögen und die Neigung, diese Krise mit einem Handstreich gegen die Regierung zu überwinden.

Während unter den Nationalsozialisten in Österreich die explosive Stimmung wuchs und immer ersichtlicher auf eine gewaltsame Lösung von unten her zutrieb, gewann in Berlin der Gedanke einer Entspannung von oben Raum: der Plan einer Lösung der Österreich-Frage im Einvernehmen mit Italien. Einen unauffälligen Anknüpfungspunkt bot ein Urlaubsaufenthalt Papens in Italien, den er zu einer privaten Unterredung mit Mussolini am 29. März benutzte, an der auch Hassell teilnahm¹³⁷. Bei dieser Gelegenheit kam Mussolini auch auf die Österreich-Frage zu sprechen. Er gestand zwar zu, »daß Österreich ein deutscher Staat sei und eine deutsche Politik machen könne«, aber er fügte sogleich hinzu, »Italiens Furcht bestehe darin, daß die von Deutschland geleitete österreichische NSDAP (Habicht) einen de-facto-Zustand des Anschlusses schaffen könne«. Nur wenn »sichergestellt werde, daß die österreichische NSDAP nicht von Reichsdeutschen geleitet werde, würde Dollfuß bereit sein, die NSDAP an der Regierung maßgeblich zu beteiligen«.

Papen enthielt sich eines Kommentars zu diesen Ausführungen, erwähnte jedoch die Möglichkeit eines direkten Meinungsaustausches zwischen Mussolini und Hitler auch über die Österreich-Frage. Mussolini erklärte zu diesem Plan seine »volle Bereitschaft« und schlug sogleich ein Treffen für Ende April in Venedig vor. Es wurde sogar zwischen Mussolini und Papen das Programm einer solchen Aussprache »skizziert«. Unter den vier Punkten war auch »die österreichische Frage«¹³⁸. Daß sich Papen auf eine so weit ins einzelne gehende Diskussion um ein eventuelles Treffen zwischen Hitler und Mussolini einließ, deutet darauf hin, daß er seinen Vorstoß wahrscheinlich nicht ohne Billigung Hitlers unternahm. Papen selbst wollte einer »italienisch-französischen Verständigung« zuvorkommen, da er fürchtete, »Frankreich werde weiter alles versuchen, den deutsch-italienischen Konflikt über die österreichische Frage nach Möglichkeit zu verschärfen«¹³⁹, und er hoffte, den Konflikt mit Italien durch eine Aussprache über Österreich auf höchster Ebene zu beseitigen.

Auch Hassell plädierte in diesem Sinne. Der Botschafter stellte sich

das Ergebnis der Diskussion beider Regierungschefs »ungefähr folgendermaßen« vor¹⁴⁰: »Deutschland und Italien sind darüber einig, daß die Unabhängigkeit Österreichs nicht angetastet werden soll«. Als Gegenleistung erwartete Hassell von Italien, daß es die Vereinbarungen von Rom mit Österreich und Ungarn »nicht (in) einen Block« verwandele, »der gegen irgend jemand gerichtet ist«. Wie stark Hassells Vorstellungen auf eine Beruhigung auf der Grundlage des status quo hinielen, zeigte seine Hoffnung, daß »die Verständigung zwischen Berlin und Wien in Venedig selbst oder im Anschluß an Venedig vorangetrieben werden kann«. Hassell hielt es zur weiteren Beruhigung sogar für zweckmäßig, daß »man Dollfuß nach Berlin einlädt oder dergleichen«.

So weit wie Hassells Gedanken gingen die Erwägungen in Berlin freilich nicht. Aber auch hier brachte die Aussicht auf ein Treffen zwischen Hitler und Mussolini die Gedanken in neue Bewegung. Neurath hielt die von Hassell aufgezeichneten Gesichtspunkte für so wichtig, daß er meinte, sie müßten »mit dem Reichskanzler sehr sorgfältig geprüft und besprochen werden«¹⁴¹. Neurath und Bülow vereinbarten, Hassell nach Berlin kommen zu lassen, um die anstehenden Fragen gründlich zu erörtern und den Italienern eine »endgültige Antwort« zukommen zu lassen. Außenminister und Staatssekretär waren sich darüber klar, daß bei einem eventuellen Treffen die Österreich-Frage im Mittelpunkt stehen werde, und Hüffer erhielt am 5. April den Auftrag, eine eingehende Aufzeichnung über diesen Komplex anzufertigen.

In Hüffers langer Aufzeichnung, die er noch am gleichen Tage machte, wird der Gang der Auseinandersetzung mit Österreich seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland nachgezeichnet bis hin zu Hitlers letzter Weisung, daß »der Kampf der N. S. A. P. unter Vermeidung... (von) Gewaltmethoden und Angriffen in der Presse etc. auf lange Sicht umgestellt werden müsse«¹⁴². In seinen »Schlußfolgerungen« riet Hüffer dazu, die mit der Niederschlagung der Sozialdemokraten aufgekommene »Siegesstimmung der österr. Regierung erst abklingen« zu lassen, »ehe unsererseits einer Bereinigung des deutsch-österreichischen Verhältnisses nähergetreten wird«. Hinsichtlich dieser »Bereinigung« selbst legte sich Hüffer nicht mehr wie früher in der Form eindeutig fest; er ließ offen, ob »sie von staatlicher« oder »von Parteiseite in Angriff genommen wird« und deutete damit an, daß er an dem bis vor kurzem vertretenen Primat der inner-

österreichischen Lösung auf der Parteebene für die Zukunft mindestens zweifelte. Auch in der Formulierung des Inhalts einer Verständigung äußerte sich Hüffer betont allgemein und regte nur an, »als Grundlage das Recht der freien Vertretung der nationalsozialistischen Weltanschauung sowie ihre Einschaltung in den österr. Staat (zu) fordern«. Hüffer war sich klar darüber, daß eine Verfassungsreform in Österreich die NSDAP vor »eine völlig neue Situation« stellen konnte, die alle bisherigen Erwägungen hinfällig machen konnte¹⁴³.

Ganz offensichtlich wurde die Tendenz zu einer Neubestimmung der Österreich-Politik in der Denkschrift, die Bülow am 9. April über die »politische Weiterbehandlung der österreichischen Frage« verfaßte¹⁴⁴. Hitler hatte für den folgenden Tag eine Konferenz über die Österreich-Politik einberufen, die der »Klärung der Ziele« dienen sollte¹⁴⁵. Neurath hatte sich zu diesem Zweck eine grundsätzliche Stellungnahme seines Staatssekretärs erbeten, um sich auf das Gespräch bei Hitler vorzubereiten. – Bülows Anschreiben, mit dem er Neurath seine Denkschrift vorlegte, beginnt mit dem Satz: »Aus begreiflichen Gründen ist in dieser (Denkschrift) nicht klar gesagt, daß es jetzt darauf ankommt, den Kampf mit Ehren und ohne Opfer an Dritte abzubrechen«¹⁴⁶. Bülow verlangte »die Rückkehr zum Normalen« in den Beziehungen zu Österreich und forderte auch deutscherseits »erfüllbare Bedingungen« und die Bereitschaft, »unauffällig zu der Erfüllung dieser Bedingungen bei(zu)tragen«.

Für ausschlaggebend in diesem Zusammenhang sah der Staatssekretär die Beziehungen zwischen der Partei in Deutschland und in Österreich an, eine Frage, von der auch Bülow wußte, daß sie »nur vom R(eichs)k(anzler) gelöst werden« konnte. Nach der Meinung des Staatssekretärs ging es dabei darum, »wie man zwischen (früherer)¹⁴⁷ NaziPartei (sic) und künftiger Nazibewegung unterscheiden soll, welche Garantien für das Fortleben der österr. Nazibewegung gefordert werden können, und wie der (unerläßliche!)¹⁴⁷ Trennungsstrich zwischen der deutschen u(nd) österr. Partei gezogen werden soll«. Die beiden Kernpunkte, die Bülow in seinem Anschreiben an Neurath so offen ansprach – die Liquidation des Kampfes und die Trennung der österreichischen von den deutschen Nationalsozialisten – kommen auch in den umfassenderen Gedankengängen der Denkschrift selbst zum Ausdruck, wenngleich sie weit vorsichtiger angesprochen werden. Da Bülow erwartete, die Österreich-Frage werde der »Hauptgegenstand« einer etwaigen Zusammenkunft zwischen Hitler und Mussolini sein,

hielt er es für »dringend erwünscht, sich jetzt darüber klar zu werden, welches unsere letzte Zielsetzung... sein soll«¹⁴⁸, damit man »richtig und planmäßig handeln« könne. Für den Staatssekretär stand es »nach der gegenwärtigen Gesamtsituation« und nach »allen früheren Erfahrungen« fest, »daß Deutschland jetzt nicht in der Lage ist, eine Lösung der österreichischen Frage im deutschen Sinne international durchzusetzen«. Er meinte dabei »nicht nur die direkte Vollziehung des Anschlusses, sondern auch schon die Gleichschaltung«. Alle Versuche, dieses Ziel der ersten Phase nationalsozialistischer Außenpolitik weiter zu verfolgen, würden, so sah Bülow, »an dem geschlossenen Widerstande der europäischen Großmächte... scheitern« und »darüber hinausgehend die ernste Folge haben, auch alle anderen wichtigen politischen Probleme... zu unseren Ungunsten zu belasten«. Ausgehend von der Unmöglichkeit, die frühere Zielsetzung aufrechtzuerhalten, wollte es Bülow andererseits »vermeiden, daß wir jetzt in der österreichischen Politik auf irgendwelche neue Bindungen festgelegt werden«. Einen »ausdrücklichen Verzicht auf den Anschluß« hielt Bülow für »äußerst ungünstig«.

Bülow eigener Vorschlag lag auf der Mitte zwischen der außenpolitisch unerreichbaren Lösung im deutschen Sinne und einer aus Prestige Gründen ungünstigen, offiziellen deutschen Verzichtserklärung. Der Staatssekretär meinte, Deutschland werde »den Standpunkt einnehmen müssen, daß wir in der österreichischen Frage nichts anderes wollen, als daß der natürlichen politischen Entwicklung freier Raum gelassen bleibt«. Bülow hielt es in jedem Fall für nötig, »unsererseits auf alle aktivistischen Methoden im Sinne von Anschluß oder Gleichschaltung (zu) verzichten« und zu »versprechen, die Entwicklung... sich selbst zu überlassen«. Als Gegenleistung wollte Bülow fordern, »daß alle anderen Regierungen sich entsprechend verhalten«. Wenn »diese Zielsetzung angenommen« werde – die praktisch eine langfristige Stabilisierung des status quo bedeutete – müsse das Reich »sobald als möglich... den jetzigen Streitstand unmittelbar mit Österreich... liquidieren«. Eine Zwischenschaltung fremder Kräfte, etwa Italiens, nannte Bülow »weder für die Sache noch auch für unser politisches Prestige erwünscht«.

Wie aus einer anderen Aufzeichnung Bülows vom gleichen Tage hervorgeht, hatte der Staatssekretär den Gedanken an den Primat der Parteifrage – den schon Hüffer anzweifelte – endgültig aufgegeben. Er gedachte die »Beilegung des deutsch-österreichischen Streites... un-

mittelbar zwischen der Deutschen und (der) Österreichischen Regierung... herbeizuführen«¹⁴⁹. Die NSDAP war vom Verhandlungsführer zum Verhandlungsgegenstand geworden. Die »Klärung des Verhältnisses der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland zu der Bewegung in Österreich« sollte nach Bülow's Vorstellung das erste der »Hauptthemata« in den direkten Verhandlungen zwischen Berlin und Wien sein. Erst an vierter Stelle nannte Bülow jenen Punkt, der in allen Verhandlungen zwischen Dollfuß und Habicht dominiert hatte, die »Frage der künftigen Zusammensetzung der österreichischen Regierung unter persönlicher Beteiligung von österreichischen Nationalsozialisten«. Vor ihr rangierten in Bülow's Aufstellung noch die »Aufhebung der beiderseitigen Einschränkungen des Reiseverkehrs« und die »Aufhebung der Zeitungsverbote«.

Die Denkschrift Bülow's vom 9. April 1934 ist ein bemerkenswertes Zeugnis für das Umdenken in der deutschen Politik gegenüber Österreich. Der status quo in Österreich, bis vor kurzem noch der Stein des Anstoßes in allen deutschen Erwägungen, wird hier zum erstenmal hingenommen und bewußt in das Kalkül einbezogen. Bülow konnte sich bei seinen Darlegungen durchaus im Einklang mit den Entscheidungen Hitlers fühlen. Dennoch gingen Bülow's Vorschläge einige Schritte weiter als die Richtlinien des Kanzlers. Hatte Hitler den Raum der Österreich-Politik negativ eingegrenzt, so suchte Bülow – von Hitlers Entscheidung ausgehend – die Möglichkeiten der deutschen Österreich-Politik grundsätzlich neu zu bestimmen. Schon der nächste Tag sollte zeigen, ob Hitler bereit war, Bülow so weit zu folgen.

An der Besprechung über die Österreich-Politik am 10. April nahmen Hitler, Neurath, Blomberg, Bülow und Hassell teil¹⁵⁰. Schon die Auswahl der Gesprächsteilnehmer läßt erkennen, daß an eine außenpolitische Erörterung des Problems gedacht war und nicht an eine parteipolitische: Habicht, mit dem Hitler früher stets die Zielsetzung der Österreich-Politik festgelegt hatte, während das Auswärtige Amt meist nur nachträglich unterrichtet wurde, war nicht eingeladen worden. Die Parteifrage spielte denn auch in der Diskussion überhaupt keine Rolle, im Mittelpunkt standen ausschließlich die außenpolitischen Wirkungen des deutsch-österreichischen Konfliktes, besonders im Hinblick auf Italien. Hitler »führte aus, daß er sich völlig an Österreich desinteressiere, politisch und wirtschaftlich«. Für sein politisches Desinteresse gab Hitler hauptsächlich militärische Gründe an. Um überhaupt »den politischen Faktor Österreich zu verstärken«, müßte man in Österreich

Summen »für Rüstungszwecke investieren«, die »zweckmäßigerweise in Deutschland selbst investiert werden« sollten, um »die eigenen Rüstungsmöglichkeiten auszuschöpfen«. Hitlers außenpolitischer Gedankengang stand Anfang 1934 so sehr unter dem Einfluß seiner Rüstungspläne ¹⁵¹, daß er selbst die Österreich-Frage unter diesem Gesichtspunkt beurteilte – ein Gesichtspunkt, unter dem ihr freilich wenig Reiz abzugewinnen war.

Eine Aufhebung der 1000-Mark-Sperre lehnte Hitler ab, begründete sie aber bemerkenswerterweise nicht als ein erfolgversprechendes Kampfmittel gegen die österreichische Regierung, sondern als ein willkommenes Mittel zur wirtschaftlichen Stärkung der Fremdenverkehrsgebiete in »Süddeutschland . . ., in denen es nicht möglich sei, in anderer Weise die Wirtschaft anzukurbeln«. Insgesamt erklärte Hitler sich »durchaus bereit, Österreich auf Jahre hinaus abzuschreiben«, lehnte es aber ab, »eine solche Desinteressesments-Erklärung in scharfer Formulierung oder gar schriftlich« abzugeben. Dieser Standpunkt wurde von Neurath und Bülow, der selbst ähnliche Gedanken entwickelt hatte, unterstützt. Einzig Hassell setzte sich für eine wenigstens formlose Versicherung Hitlers in diesem Sinn gegenüber Mussolini ein, weil nach seiner Meinung »die Darlegung der Gründe des deutschen Desinteressesments an Österreich in Italien eine weitgehende Beruhigung herbeiführen würde, da die Italiener . . . immer davon ausgingen, daß die Vereinigung Deutschlands und Österreichs für uns ein Nahziel der Politik sei«.

Die grundsätzliche Neuorientierung der Österreich-Politik, wie Bülow sie verlangt hatte, blieb vorerst aus. Sie wurde erst später – zu spät – offiziell verkündet. Wenn Hitler auch einer förmlichen Festlegung und einem öffentlichen Verzicht in der Österreich-Frage auswich, so zeigten seine Ausführungen doch eindeutig, daß die Österreich-Politik für ihn ihre Dringlichkeit und ihre vorrangige Bedeutung verloren hatte. Andererseits aber bedeutete die Tatsache, daß Hitler sich nicht zu einer bündigen Festlegung des »Neuen Kurses« auch nach außen hin zu entschließen vermochte, eine offene Tür für jene Kräfte, die in einer Verschärfung der deutschen Politik gegenüber Österreich nach wie vor das einzige Mittel sahen, eine Entscheidung in nationalsozialistischem Sinn doch noch in unmittelbarer Zukunft herbeiführen zu können. Während Berlin die Österreich-Frage herunterspielte, sammelten sich zugleich jene Kräfte, die die Österreich-Politik wieder forcieren wollten.

Zu den neuerlichen Verfechtern einer scharfen Gangart gehörten nunmehr auch der Landbund-Führer Winkler und der aus den Verständigungsversuchen bekannte Obmann der Großdeutschen, Foppa. Am 14. und 15. April traf Habicht mit diesen beiden österreichischen Politikern in Zürich zusammen. Winkler und Foppa berichteten dem Landesinspekteur über die Stimmung nationaler und nationalsozialistischer Kreise in Österreich und zeichneten ein recht dunkles Bild¹⁵². Nach Winklers und Foppas Angaben verbreitete sich »in der Masse der nationalsozialistisch und national eingestellten Bevölkerung« in Österreich die »sehr starke Furcht, daß das Reich unter dem Druck seiner eigenen außenpolitischen Lage und der Einwirkungen Italiens eines Tages gezwungen sein könnte, sie preiszugeben«. Vor allen Dingen fürchtete die NSDAP in Österreich »eine Vereinbarung zwischen dem Reich und Italien, die der jetzigen Regierung ohne Einbeziehung von Nationalsozialisten die Existenz garantiert und eine in diesem Zuge erfolgende Einstellung der Kampfmaßnahmen«. Nach Habichts Angaben rieten Winkler und Foppa »gleichlautend« dazu, das Reich solle »nicht nur die 1000-Mark-Sperre nicht aufheben, sondern die Einfuhr (sic) aus Österreich soweit als nur irgend möglich drosseln«, um die »Stimmung« der nationalsozialistischen Anhängerschaft wieder zu heben, in der immer häufiger »ganz offen der Gedanke und Wunsch geäußert« werde, man solle einfach »die schwarzen Bonzen zum Teufel jagen«.

Wie Winkler und Foppa berichteten, hatte Dollfuß im Kabinett schon angekündigt, daß »in allernächster Zeit mit der Beendigung des Konfliktes mit dem Reich zu rechnen sei«, da Italien »die Sache in die Hand nehmen« und eine »Vermittlungsaktion« in Berlin einleiten werde, eine Aktion, der sich Deutschland nicht werde entziehen können, da es »in der Abrüstungsfrage unbedingt die Hilfe Italiens brauche«^{152a}. Winkler und Foppa waren sich mit Habicht darin einig, daß eine solche Entwicklung, sollte sie tatsächlich eintreten, die Aussichten auf einen Erfolg in Österreich weiter vermindern mußte. Sie waren sich darin auch einig mit Rintelen, den Winkler »als in unserem Sinne absolut zuverlässig« lobte¹⁵³.

Winklers Urteil über Rintelen bestätigte sich in mehreren Unterredungen, die Weydenhammer zur gleichen Zeit, als Habicht mit Winkler und Foppa in Zürich konferierte, mit dem österreichischen Gesandten in Rom hatte¹⁵⁴. Auch Rintelen hielt »eine möglichst schnelle grundsätzliche verschärfte Behandlung der österreichischen Frage für dringend notwendig«. In Österreich werde die deutsche Zurückhaltung

»als große Schwäche« und »als Brechung von nationalsozialistischen bisherigen Grundsätzen angesehen«. Die »vielen unverständliche Haltung« Deutschlands, so meinte Rintelen, könne »katastrophal nach allen Seiten« wirken. In Rintelens Äußerungen gegenüber Weydenhammer finden sich auch schon die ersten Anzeichen für die Richtung, in die die Erwägungen des Gesandten gingen; er meinte, daß »im Falle gewaltsamer Ereignisse von irgendwelcher Seite« der österreichische Bundespräsident Miklas wegen der »ewigen Schwankungen der Dollfuß-Politik... gegebenenfalls jeder anderen Regierung heute ebenfalls seinen Segen geben würde«.

Rintelen machte sich nicht ohne Grund zum Sprecher eines harten, eventuell sogar gewaltsamen Kurses. Er hoffte vielmehr schon seit langem, Dollfuß als österreichischen Regierungschef ablösen zu können. Auftrieb hatte er in diesem Bestreben vor allem dadurch erhalten, daß sich der mit den Nationalsozialisten eng liierte italienische Militärattaché in Wien, Fabbri, zum Fürsprecher einer Kanzlerschaft Rintelens gemacht hatte¹⁵⁵. Fabbri hatte schon vor dem Abschluß der Römischen Protokolle Mussolini nahegelegt, man müsse in Österreich »eine Lösung mit vollkommen neuen Männern suchen«, die »auf allen Seiten Vertrauen« besäßen und dabei vor allem auf Rintelen verwiesen¹⁵⁶. Mussolini hatte auf Fabbris Anregung nicht reagiert, doch auch in der folgenden Zeit blieb der Gedanke einer Kanzlerschaft Rintelens im Gespräch, wurde vor allem von Parteikreisen gefördert, aber auch von Diplomaten wenigstens kurzzeitig erwogen.

In den Berichten, die Habicht über seine und Weydenhammers Gespräche mit Rintelen, Winkler und Foppa an das Auswärtige Amt weiterreichte, war als gemeinsame Forderung das Verlangen nach einer Verschärfung der wirtschaftlichen Restriktionen gegenüber Österreich niedergelegt. In dieser Frage konnte Habicht wenigstens einen Teilerfolg erzielen, als er am 18. April nach Berlin kam, um Hitler doch noch für eine Verschärfung der Österreich-Politik zu gewinnen. Hitler empfing den Landesinspekteur am 18. April zu einer »mehrstündigen Unterredung« – wie Habicht Hüffer erklärte¹⁵⁷. Eine grundlegende Änderung des »Neuen Kurses« konnte Habicht bei Hitler aber nicht durchsetzen. Hitler versicherte nur, er werde »in der österreichischen Frage nicht nachgeben«, aber der Reichskanzler machte den bemerkenswerten Zusatz »auch wenn der Konflikt noch 10 Jahre dauert«. Hitler suchte den Landesinspekteur mit dem Hinweis zu beruhigen, er werde keine »Konzessionen... machen, die die österreichische

nationalsozialistische Partei als Kapitulation ansehen könnte«. Habicht konnte zwar – auf die Anregung Winklers und Foppas zurückgreifend – Hitler zu einer »Kürzung der Importe« aus Österreich überreden, doch bat sich der Kanzler ausdrücklich aus, daß dies »ohne Kündigung des Handelsvertrages« erfolge, von der er außenpolitische Rückwirkungen befürchtete.

Am 19. April berichtete Habicht bei Hüffer im Auswärtigen Amt über sein Gespräch mit Hitler. Hüffer war skeptisch. Er schrieb in seiner Aufzeichnung, daß Hitler »nach den Angaben Herrn Habichts« einen Einfuhrstopp »angeblich völlig billigte«¹⁵⁸. Auch Köpke wollte nicht recht glauben, daß Hitler in Habichts Ideen eingewilligt habe¹⁵⁹. Aber die Skepsis Köpkes und Hüffers, die ebensosehr auf Hitlers bisheriger Weigerung, die Auseinandersetzung mit Österreich wieder zu forcieren, wie auch auf Habichts Neigung, die ihm erteilten Weisungen stets weitherzig zu seinen Gunsten auszulegen, beruht haben mag, war unberechtigt: Habicht hatte Hitlers Äußerungen richtig interpretiert. Am 30. April wurden in einer interministeriellen Besprechung, an der auch Habicht teilnahm, Einfuhrbeschränkungen für Holz, Obst und Schlachtvieh beschlossen¹⁶⁰. Um aber möglichst wenig Aufsehen mit dieser Maßnahme zu erregen, wurde das Unternehmen als eine Aktion des »Reichsnährstandes« organisiert, und die notwendigen Anweisungen wurden nur mündlich herausgegeben. Für den Fall, daß die österreichische Regierung protestieren sollte, wurde sogleich vereinbart, den Verzicht auf österreichische Güter als »eine spontane Reaktion der deutschen Verbraucher gegen die Politik der österreichischen Regierung gegenüber der NSDAP« darzustellen.

Ungeachtet der Tatsache, daß Habicht mit der Verwirklichung des Einfuhrstopps wenigstens einen Teilerfolg auf der Suche nach einer Verschärfung der deutschen Haltung gegenüber Österreich erzielt hatte, beweist doch die auffallend vorsichtige und möglichst unauffällige Handhabung der Angelegenheit, wie sehr man in Berlin darauf bedacht war, eine Steigerung des Kampfes zu vermeiden. Im übrigen scheint die Maßnahme kaum wirksam geworden zu sein, denn die österreichische Regierung sah sich nicht veranlaßt, sie auf diplomatischem Weg überhaupt zur Sprache zu bringen.

Am 1. Mai 1934 wurde in Österreich die neue Verfassung verkündet, die einen »christlichen Ständestaat« proklamierte¹⁶¹. Für die Nationalsozialisten war sie ein bedrohliches Zeichen der Konsolidierung des Dollfuß-Regimes. Habicht sah sich »genötigt, von der bisher

geübten Zurückhaltung in öffentlichen Erklärungen abzuweichen« und nahm in einem Appell über Radio München zur Verfassungsreform in Österreich Stellung¹⁶². Habicht bestritt die politische und moralische Berechtigung der neuen Verfassung, die von der österreichischen Regierung fälschlicherweise »begründet (werde) mit der Notwendigkeit, die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Österreichs gegenüber dem Deutschen Reich verteidigen zu müssen«. Habicht erhob gegen diesen »der Kriegsschuldfrage gleichzustellenden internationalen Kampfruf« mit »besonderer Schärfe Einspruch« und versicherte im Namen der »nationalsozialistischen Bewegung Österreichs«, daß »die deutsche Reichsregierung zu keinem Zeitpunkt jemals die Selbständigkeit Österreichs bedroht« habe.

Verglichen mit früheren Reden des Landesinspektors mußten diese Ausführungen in der Tat »ruhig und sachlich« erscheinen, und im Auswärtigen Amt beurteilte man sie entsprechend¹⁶³. Die diplomatischen Vertreter Deutschlands im Ausland wurden sogar gebeten, die in der Rede »enthaltene Gesichtspunkte bei Gesprächen in geeignet erscheinender Weise zu verwerten«, da Habichts Appell keine Kampfansage, sondern lediglich eine Distanzierung von der österreichischen Regierungspolitik enthielt. Die scheinbare Harmonie zwischen der offiziellen Reichspolitik und der Politik der Führung der österreichischen Nationalsozialisten hielt in der ersten Hälfte des Monats Mai an. Es zeigten sich weder Dissonanzen zwischen Berlin und München, noch gaben irgendwelche aktivistische Unternehmungen der Partei Anlaß zu außenpolitischer Unruhe.

In den Beziehungen zwischen Berlin und Rom hatte das eine offensichtliche Beruhigung zur Folge, und am 15. Mai erklärte sich Hitler bereit, in der ersten Juni-Hälfte mit Mussolini in Norditalien zusammenzutreffen¹⁶⁴. Doch die Ruhe an der Oberfläche war trügerisch. Die Nationalsozialisten in Österreich hatten sich keineswegs schon damit abgefunden, daß ihr Kampf gegen die Regierung wegen außenpolitischer Rücksichten, die Deutschland zu nehmen gezwungen war, ruhen oder gar einschlafen sollte. Je mehr auch die Führung der österreichischen NSDAP in München wenigstens nach außen notgedrungen eine mildere Taktik einschlug, desto mehr wuchs besonders in radikalen Gruppen der Parteianhänger in Österreich »die Freude am Unfug«, die Neigung zu gewaltsamen Einzelaktionen¹⁶⁵.

Muff, der am 23. Mai in Berlin dem Chef der Heeresleitung, Fritsch, über die Lage in Österreich berichtete, bezweifelte »den Erfolg einer

gewaltsamen Lösung der Krise in nationalsozialistischem Sinn«¹⁶⁶. Nichtsdestoweniger hielt er derartige Versuche nicht für ganz ausgeschlossen, da der »deutschen Politik im Hinblick auf Österreich eine klare Linie fehlt«, die das Aufflammen solcher Aktionen hätte verhüten können. Auch Muff berichtete über die unsichere Atmosphäre unter den österreichischen Anhängern der NSDAP, die »nicht wissen, wer diese (deutsche) Politik macht, ob die Partei oder das Auswärtige Amt«. Muff sah »die einzige Rettung der deutschen Politik in Österreich« in einer »Einigung mit Italien«, denn nur so lasse sich die Lage, die »jetzt zweifellos stockend« für Deutschland sei, wieder in Bewegung bringen. Nach der Meinung des Militärattachés wartete das Ausland darauf, daß Hitler eine sachliche Änderung des Kurses in der Österreich-Politik durch personelle Maßnahmen unterstrich, indem er »sich von einigen seiner untergeordneten Führern (sic) trennt«. Muff hatte aus Gesprächen mit ausländischen Diplomaten in Wien den Eindruck gewonnen, daß man im Ausland in einer solchen Maßnahme »ein Zeichen der Stärke« Hitlers sehen würde. In dieser Äußerung Muffs ist eine Anspielung besonders auf Habicht nicht zu übersehen.

Die Gefahr gewaltsamer Einzelaktionen der Nationalsozialisten bestand nicht nur innerhalb Österreichs. Eine gespannte Atmosphäre ergab sich auch an der bayrisch-österreichischen Grenze, wo auf österreichischer Seite starke Heimwehrkräfte zusammengezogen wurden, während auf deutschem Gebiet die der SA-Leitung unterstehende »Österreichische Legion« eine zunehmende Aktivität entfaltete. In der Wilhelmstraße mehrten sich die Nachrichten über Zwischenfälle und Schießereien. Am 24. Mai entschloß sich daher Neurath zu einem entschiedenen Vorstoß bei allen wichtigen Regierungs- und Parteistellen, damit »umgehend geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um diesem Zustand ein Ende zu bereiten«¹⁶⁷. Der Außenminister übte scharfe Kritik an der »sogenannten österreichischen Legion«, die sich einen förmlichen »Grenzüberwachungsdienst« angemacht habe und Grenzpatrouillen sowie Paßkontrollen ausführe. Da »die häufig auf österreichisches Gebiet übergreifende Tätigkeit« der Legion »im Einvernehmen mit der Bayrischen Politischen Polizei« erfolgte, sah Neurath die Gefahr, daß »die Deutsche Reichsregierung zwangsläufig für alle Zwischenfälle... die volle Verantwortung und völkerrechtliche Haftung übernehmen« müsse.

Wie Neurath schrieb, hatten sich die Verhältnisse an der Grenze »in den letzten Wochen so bedenklich gestaltet, daß jederzeit mit ern-

sten Ereignissen gerechnet werden« mußte. Der Außenminister machte darauf aufmerksam, daß der an der Grenze herrschende Zustand den Zusicherungen widerspreche, die die deutsche Regierung Wien im Sommer 1933 gegeben habe¹⁶⁸. »Die Gefahren« wuchsen sich nach Neuraths Meinung »zu einer starken außenpolitischen Belastung der Reichsregierung aus« und waren »nachgerade für diese unerträglich« geworden. Der Außenminister fürchtete, »daß sich eines Tages an der Grenze Situationen entwickeln, die die Linie unseres außenpolitischen Handelns auf das Bedenklichste stören könnten«. Neurath ersuchte das Innenministerium, »die erforderlichen Schritte zu tun« und bat »in Anbetracht des Ernstes der Lage« um »größte Beschleunigung«.

Neuraths Wunsch nach einer schnellen Erledigung erfüllte sich nicht. Noch am 14. Juni mußte Frick, der Neurath darin völlig zustimmte, daß der Zustand an der Grenze nach Österreich »unmöglich länger geduldet werden« könne, die Bayrische Regierung und die Oberste SA-Führung in scharfen Schreiben auffordern, den Grenzüberwachungsdienst »sofort... aufzulösen« und die »Angehörigen der sogenannten Österreichischen Legion... aus dem Grenzgebiet abzutransportieren«¹⁶⁹. – Die nur zögernde Erledigung, die die Angelegenheit fand, beruhte nicht zuletzt auf Dissonanzen zwischen der Landesleitung der NSDAP und der SA-Führung über die Machtbefugnisse und Verantwortlichkeiten der Politischen Organisation der Partei und der SA. Partei und SA suchten sich denn auch gegenseitig die Verantwortung für die gespannten Verhältnisse an der Grenze anzulasten.

Der für den Grenzüberwachungsdienst verantwortliche SA-Oberführer Langer erklärte Hüffer, der Dienst sei nur geschaffen worden, »um Elemente der Österreichischen Legion, die auf eine Aktion veressen seien, von der Grenze fernzuhalten«¹⁷⁰. Nach seinen Angaben wurden die Zwischenfälle ausgelöst von »kleineren Einzelgruppen, die den Dienststellen der Österreichischen Gauleitung unterstünden« – also mithin der Landesleitung der Partei. Habicht, der Hüffer am 7. Juni aufsuchte, gab eine andere Darstellung. Der Landesinspekteur befürwortete eine »schnelle Entfernung der österreichischen SA« von der Grenze und ließ damit durchblicken, daß die Zwischenfälle auf eigenmächtige Aktionen der SA-Führung zurückgingen. Habicht stellte die Vorfälle in einen größeren Rahmen. Er kündigte Hüffer gegenüber an, er werde mit Hitler sprechen und »endlich die grundsätzliche Frage der zentralen Führung der Kräfte des österreichischen Nationalsozialismus regeln«, wobei es ihm »besonders« darauf ankam,

»die Befehle der politischen Führung auch in der österreichischen SA durchzusetzen«¹⁷¹.

Habicht sprach damit eine Frage an, die die Führung der österreichischen Nationalsozialisten schon seit einiger Zeit beunruhigte. Zugleich mit der Tendenz zur Desintegration der Anhängerschaft der NSDAP in Österreich von ihrer exilierten Führung wuchsen innerhalb dieser Führung selbst Unstimmigkeiten und Rivalitäten, die schließlich in eine kaum verhüllte »Politik des Gegeneinander« einmündeten¹⁷². Die Pole in diesem »Gegeneinander« waren die Partei und die SA¹⁷³. Die Spuren der fortschreitenden Desintegration der Führung der österreichischen Nationalsozialisten lassen sich bis in das Jahr 1933 zurückverfolgen. Offensichtlich und wirksam wurde diese Entwicklung jedoch erst in dem Augenblick, als der vorsichtige Kurs der offiziellen Politik in der Österreich-Frage unter den Anhängern der NSDAP in Österreich Verwirrung und Unsicherheit auslöste und die Neigung zu Resignation oder Gewaltanwendung förderte. Einen deutlichen Einblick in die widersprüchlichen Absichten und immer schwerer kontrollierbaren Aktionen der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich erhielt Berlin Ende Mai durch einen Besuch Wächters.

Am 29. Mai kam Wächter zu einer Unterredung mit Renthe-Fink ins Auswärtige Amt. Wächter erklärte, es werde für die nationalsozialistische Führung immer schwieriger, ihre Anhänger »in der Hand zu behalten und Auflehnungsversuche zu verhindern«¹⁷⁴. In »solchen wilden Auflehnungsversuchen« sah Wächter »eine große Gefahr«. Renthe-Fink gewann den Eindruck, Wächter stehe auf dem Standpunkt, daß angesichts der Gefahr unkontrollierter Einzelaktionen »eine organisierte Erhebung vorzuziehen sei«. Demgegenüber machte Renthe-Fink Wächter auf die »unberechenbaren Folgen« aufmerksam, die sich aus einem Gewaltakt für die Außenpolitik ergeben müßten. Im übrigen war Renthe-Fink davon überzeugt, Hitler werde »wie bisher daran festhalten, daß es nicht zu Unruhen in Österreich kommen dürfe«.

Der Ausgangspunkt der Argumentation Wächters lag eindeutig in der Befürchtung, daß Einzelaktionen, ohne Aussicht auf Erfolg zu haben, der österreichischen Regierung einen Vorwand geben könnten, die nationalsozialistische Partei in Österreich ebenso wie zuvor die sozialdemokratische, mit Hilfe des Heeres, völlig zu zerschlagen¹⁷⁵. Wächter hoffte einer solchen Entwicklung einzig mit einer »organisierten Erhebung« zuvorkommen zu können. Daß Wächter selbst indessen ein solches Vorgehen eher für eine Verlegenheitslösung als für einen

wirklichen Ausweg hielt, beweist ein Gespräch, das er zwei Tage später mit Köpke führte und in dem eher Besorgnis als Abenteuerlust zum Ausdruck kam. Jedenfalls hatte Köpke den Eindruck, daß Wächters Darstellung »von dem Bewußtsein ernster Verantwortlichkeit getragen« war¹⁷⁶.

Gegenüber Köpke äußerte sich Wächter, »der Chef der Parteiorganisation in Österreich«¹⁷⁷, weit ausführlicher und sichtlich offener als in seinem Gespräch mit Renthe-Fink. Er entwarf vor Köpke »ein Bild der Lage in Österreich, das in manchen Farben doch dunkler und erster war«, als es sich dem Auswärtigen Amt »bisher stellte«. Wächter berichtete, »die Radikalisierung der Nationalsozialisten in Österreich sei dauernd im Zunehmen«, und jeder Terrorakt löse »eine neue Welle von . . . Verzweiflungstaten aus«. Nach der Niederwerfung der Sozialdemokraten habe »eine Weile Ruhe und Ordnung geherrscht«, als Hitler »jede Propagandatätigkeit verbot« und »auf der ganzen Linie Waffenstillstand« befahl. Nach Wächters Angaben nahmen die Anhänger der NSDAP damals an, »daß sich eine Lösung vorbereite, und daß der Führer durch seine grundsätzlichen Anordnungen für bevorstehende Verhandlungen die erforderliche ruhige und günstige Atmosphäre schaffen wolle«. Da »nun aber inzwischen nichts erfolgt sei«, hätten sich in der aus der Passivität des Reiches resultierenden ungewissen Lage »die radikalen Elemente von Neuem geregt«. In den radikalen Kreisen arbeitete man nach Wächters Bericht offen mit der »Behauptung . . ., der Kanzler habe seinen Befehl nur aus taktischen Gründen gegeben, sei aber innerlich mit jeder mannhaften Tat der Opposition einverstanden und habe als eigentliches politisches Ziel lediglich die allerdings nach außen hin möglichst unauffällige Schwächung des verhaßten Systems Dollfuß im Auge«.

Aus Wächters Formulierungen geht deutlich hervor, daß er selbst diese Einstellung nicht teilte. Er nannte die möglichen Konsequenzen dieser Anschauung »ein Unglück, das außenpolitisch nicht nur für Österreich, sondern vor allem für Deutschland selbst die bösesten Folgen haben würde«. Wie Wächter erklärte, wurde die psychologische Krise unter den Nationalsozialisten in Österreich weniger von der Partei als vielmehr von der SA zur Verschärfung der Lage ausgenutzt. Es mangelte, wie Wächter »immer wieder schmerzlich betonte, an der Einheitlichkeit der Führung«. Die SA »tue, was sie wolle«, oft »gegen den Willen der politischen Leitung«. Es herrsche ein »Durcheinander«, das »schleunigst Besserung« verlange, die nur durch eine »Zentrali-

sierung sämtlicher in Österreich selbst und außerhalb Österreichs für den Nationalsozialismus tätigen Kräfte« erfolgen könne, wobei »personelle Fragen... keine Rolle spielen« dürften. Wächter erklärte, er sei »in allen diesen Dingen mit Herrn Habicht vollkommen einig, und es komme nur noch darauf an, daß Hitler selbst »das erlösende Wort« spreche und durch ihn »die einheitliche Führung wiederhergestellt« werde.

Obwohl sich Wächter um eine Aussprache mit Hitler bemühte, wurde er nicht vom Reichskanzler empfangen. Statt dessen konnte Wächter seine »Besorgnis« über das »Gegeneinander in der Führung« Heß vortragen¹⁷⁸. Wächter beklagte in seinem Gespräch mit Heß, er habe den Eindruck, daß die einzelnen Teile der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich »nicht einheitlich miteinander, sondern neben- und gegeneinander geführt« würden. Welchen Bescheid Wächter von Heß bekam, ist nicht festzustellen, jedoch ist als sicher anzunehmen, daß Heß beim damaligen Stand der Beziehungen zwischen Partei- und SA-Führung Wächter kaum irgendwelche Garantien für ein zukünftiges Wohlverhalten der SA geben konnte.

Wächter hat in seinem späteren Bericht, der freilich mit Vorbehalten betrachtet werden muß, da er erst im Mai 1938 verfaßt wurde, betont, daß das Gegeneinander von NSDAP und SA nicht das Resultat zufälliger Meinungsverschiedenheiten war, sondern daß die SA-Führung planmäßig eine auf die »Herbeiführung des SA-Primates in Österreich gerichtete Politik« betrieb¹⁷⁹. Angesichts früherer Gewaltpläne der SA und des späteren Boykotts des Putsches im Juli durch die SA, erscheint Wächters Behauptung durchaus glaubwürdig. Das Gegeneinander der beiden nationalsozialistischen Organisationen in der Österreich-Politik fügte sich zudem folgerichtig ein in den sich auch im Reich seit Beginn des Jahres 1934 zuspitzenden Gegensatz zwischen der NSDAP und der SA. In der Frage der Österreich-Politik mußte dieser Gegensatz deshalb besonders gefährlich erscheinen, weil er hier auf das Gebiet der Außenpolitik hinüberreichte.

Die Äußerungen Wächters Ende Mai in Berlin zeigen, daß sich das Kalkül der politischen Führung der österreichischen Nationalsozialisten vor allem auf zwei Elemente zu stützen begann: einerseits auf die wachsende Unruhe unter der Anhängerschaft der NSDAP in Österreich und die damit verbundene Neigung zu Einzelaktionen; und andererseits auf die Gefahr eines eigenmächtigen Vorgehens der SA in der Österreich-Frage. Beide Elemente bedeuteten für die österreichische

Parteiführung Quellen der Unsicherheit, da die Möglichkeiten der Kontrolle durch sie verringert wurden. Der Wille, diese Kontrolle über die eigene Bewegung zurückzugewinnen, wurde zum tragenden Motiv für die weiteren Pläne und Taten der Partei. Die nationalsozialistische Bewegung in Österreich und ihre Führung in Deutschland war daher von nun an fast ausschließlich mit sich selbst und ihrer zukünftigen Entwicklung beschäftigt. Die Krise in den eigenen Reihen mußte den Blickwinkel verstellen für alle Vorgänge außerhalb des eigenen Gesichtskreises. Davon wurde besonders die Rücksicht auf die außenpolitischen Abhängigkeiten der Politik um Österreich betroffen, die bisher auch von der Partei – wenn auch widerwillig und zögernd – beachtet worden war.

Am 4. Juni erklärte der italienische Militärattaché Fabbri, der den Nationalsozialisten durchaus wohlgesonnen war, seinem deutschen Kollegen Muff, man müsse in der deutschen Österreich-Politik »zwei Richtungen unterscheiden: eine Berliner Richtung, die gemäßigter sei und sich mehr von den Gesichtspunkten der großen Politik leiten lasse, und eine schärfere Münchener, die in der Hauptsache von den österreichischen Emigranten getragen und einer gewaltsamen Lösung nicht abgeneigt sei«¹⁸⁰. »Eine erträgliche Lösung«, meinte Fabbri weiter, lasse sich nur finden, wenn sich »die erstere Richtung« durchsetze. Fabbri konnte nicht wissen, daß sich die Distanz zwischen den beiden von ihm charakterisierten Richtungen immer weiter vergrößerte. Sein Gesprächspartner Muff hingegen war sich darüber klar, daß die deutsche Österreich-Politik in ein kritisches Stadium geraten war, das grundsätzliche Entscheidungen verlangte.

Muff sah drei Möglichkeiten¹⁸¹: einmal die »Fortführung des bestehenden Stellungskampfes« unter Verwendung »wirtschaftlicher Druckmittel und terroristischer Einzelaktionen, um den Gegner durch Zermürbung verhandlungsbereit zu machen«. Muff verwarf diese Möglichkeit, denn er hielt es für »fraglich, ob die außenpolitische Lage des Reichs einen länger dauernden Stellungskrieg erträgt«, da er »nicht nur moralisch, sondern auch faktisch bei den anderen großen, der Lösung harrenden Fragen« hinderlich wirke. Außerdem hatte der Militärattaché »nicht allzuviel Hoffnung« auf einen Zusammenbruch des Dollfuß-Regimes unter den Folgen eines fortgesetzten Stellungskampfes und fürchtete, daß »ein Ende in bestimmter Zeit... nicht abzusehen« sei, wenn man sich für diese Möglichkeit entscheide.

Als zweite Eventualität verwarf er auch einen »gewaltsamen Angriff

zum Sturz des gegnerischen Regimes«, da er die »außenpolitischen Folgen« eines gewaltsamen Vorgehens für »unabsehbar« hielt. Überdies meinte Muff, daß ein Gewaltakt aussichtslos sei, da sich alle Machtmittel »sicher in den Händen der Regierung« befänden. – Der Militärattaché plädierte entschieden für einen »friedlichen Systemwechsel« auf der Grundlage einer »Einigung mit Italien«. Nur er ließ sich nach Muffs Meinung »durchführen, ohne daß die anderen Mächte die Gelegenheit zum Eingreifen in die Entwicklung bekommen«. Entscheidend für den Erfolg dieses Weges sei allein, daß »der richtige Zeitpunkt für die Beendigung des Krieges ... nicht verpaßt« werde. Eine Anerkennung der staatlichen und politischen Unabhängigkeit Österreichs, für Italien nach Muffs Ansicht eine »conditio sine qua non«, müsse von Deutschland in Kauf genommen werden.

Alle drei von Muff skizzierten Möglichkeiten sollten in den nächsten Wochen noch einmal erwogen werden, ehe sich die Führung der österreichischen Nationalsozialisten für die zweite, die Anwendung von Gewalt, entschied und damit die beiden anderen endgültig hinfällig machte.

Zwischen Venedig und Zürich

In den Monat Juni des Jahres 1934 fielen die beiden Entscheidungen, die der deutschen Österreich-Politik eine grundsätzliche Wendung gaben: einmal der bisher am weitesten gehende Versuch, die Österreich-Frage auf diplomatischem Wege zwischen Berlin und Rom einer Lösung näherzubringen, und zum andern der Entschluß der österreichischen Parteiführung, den Konflikt durch einen Handstreich gewaltsam zu entscheiden. Obwohl sich beide Vorgänge unabhängig voneinander vollzogen und sogar gegeneinander gerichtet waren, fügen sie sich doch ein in den gleichen Zusammenhang und deuten beide die Entstehung einer Krise in der bisherigen Österreich-Politik an. Sowohl die Suche nach einem diplomatischen Ausgleich als auch der Putschplan sind Zeichen für die sich durchsetzende Einsicht, daß der bisherige Kurs sich nicht mehr unbegrenzt fortsetzen ließ.

Schon im April hatte die Möglichkeit eines Treffens zwischen Hitler und Mussolini die Österreich-Politik in ein neues Licht gerückt und zu grundsätzlichen Überlegungen Anlaß gegeben, die auf eine stärkere

Einschaltung der Diplomatie in der Österreich-Frage hinausliefern. Verglichen mit diesen Erwägungen, die in Bülow's Denkschrift vom 9. April gipfelten, nahmen sich die »Richtlinien«, die Hassell für die Vorbereitung einer Begegnung der beiden Regierungschefs nach Rom mitbekam, recht bescheiden aus¹⁸². Zwar sollte Hassell einen »Meinungsaustausch über Österreich« in Aussicht stellen, aber Mussolini zugleich andeuten, »daß keine Möglichkeit besteht, die Angelegenheit in konkreten Abmachungen beizulegen, solange in Österreich ein Regime an der Macht ist, das das nationalsozialistische System unterdrückt«. Zwar lag das Ausweichen vor einer schriftlichen Fixierung des deutschen Standpunktes durchaus auch im Sinne des Auswärtigen Amtes, doch der neuerliche ausdrückliche Hinweis auf die Parteifrage bedeutete eine Versteifung in der deutschen Haltung. Mussolini hörte sich denn auch diese Vorstellungen »ohne jede Erwiderung« an, nannte einen Gedankenaustausch mit Hitler über Österreich aber dennoch »nützlich«¹⁸³.

Die in den Richtlinien angedeutete Enge des Verhandlungsspielraumes in der Österreich-Frage ließ es beiden Seiten unzweckmäßig erscheinen, die Standpunkte zu vertiefen, um eine eventuelle Aussprache nicht von vornherein zu belasten. Erst am 28. Mai, als der Termin für das Treffen längst festgelegt war, kam Mussolini auf die Österreich-Frage im Zusammenhang mit der bevorstehenden Zusammenkunft in vorsichtiger und konzilianter Form wieder zu sprechen. Er anerkannte, daß Österreich »ein deutscher Staat« sei, »der auf lange Sicht niemals eine Politik gegen Deutschland, sondern nur mit Deutschland betreiben könne«¹⁸⁴. Allerdings bekräftigte Mussolini, daß Österreich »ein unabhängiger Staat« bleiben müsse. Mussolini hielt ungeachtet der Meinungsunterschiede »eine offene, ruhige Aussprache unter Männern« über Österreich für »angebracht«. Hitler erklärte sich bereit, sich »in diesem Rahmen« mit Mussolini auszusprechen¹⁸⁵.

Angesichts der nunmehr endgültig feststehenden Zusammenkunft begann man auch in der Wilhelmstraße, die Verhandlungsmarge hinsichtlich Österreichs abzustecken. Dabei griff man allerdings nicht zurück auf die spärlichen Vorschläge der Richtlinien an Hassell, sondern auf die grundsätzlichen und großzügigeren Überlegungen Bülow's vom 9. April. Am 7. Juni verfaßte Renthe-Fink eine längere Niederschrift »über die österreichische Frage für die Zusammenkunft in Venedig«¹⁸⁶, in der Bülow's Anregungen bekräftigt werden. Renthe-Fink ging davon aus, daß der »Realpolitiker« Mussolini »den deutschen Charakter Österreichs« in Rechnung stellen und nicht versuchen werde, »sich

den sich daraus ergebenden Konsequenzen auf die Dauer zu entziehen«. Renthe-Fink nahm an, daß sich die italienischen Wünsche vor allem auf den »Abbau der ... Kampfmaßnahmen« und die »prinzipielle Klärung des Verhältnisses der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland zu der Bewegung in Österreich« richteten. Wie Bülow sah auch Renthe-Fink keinen Grund, diesen Wünschen auszuweichen, wenn Italien darauf hinwirke, »daß die Nationalsozialisten angemessen an der Regierung ... beteiligt würden«. Allerdings wollte es auch Renthe-Fink vermieden sehen, daß ein derartiges Arrangement als unmittelbares Ergebnis des Treffens in Venedig erscheine oder gar in Venedig schriftlich fixiert werde.

Die Tendenz der Erwägungen des Auswärtigen Amtes kommt am deutlichsten in jenem Passus zum Ausdruck, den Renthe-Fink der »allgemeinpolitischen Zielsetzung« widmete. Hier sprach Renthe-Fink klar aus, es komme darauf an, »daß Deutschland und Italien beide auf eine forcierte aktive Beeinflussung der innerösterreichischen Entwicklung verzichten« und ein Ausgleich direkt zwischen Berlin und Wien herbeigeführt werde. Nach Renthe-Finks Überzeugung konnte eine Beendigung des Konfliktes »wohl nur in der Weise erfolgen, daß Dollfuß die Initiative zu einer Zusammenkunft mit dem Herrn Reichskanzler ergreift«. Die außenpolitische Entschärfung des Konfliktes um Österreich und anschließend ein zweiseitiger zwischenstaatlicher Ausgleich – darin bestand die Konzeption des Auswärtigen Amtes. Sie zeigte die Absicht, die Österreich-Frage völlig von der Parteiebene auf die diplomatische Ebene zu verlagern. Renthe-Finks Aufzeichnung, eine Woche vor der Zusammenkunft verfaßt, blieb das letzte Wort des Auswärtigen Amtes zum Treffen zwischen Mussolini und Hitler.

Während man in der Wilhelmstraße noch mit Dollfuß als dem künftigen Verhandlungspartner rechnete, richteten sich die Bemühungen der Führung der österreichischen NSDAP am Vorabend des Treffens von Venedig fast ausschließlich darauf, die Stellung des österreichischen Bundeskanzlers sowohl im Innern als auch gegenüber Rom möglichst zu schwächen. Den willkommenen Ansatzpunkt dazu bot die Aktivität des italienischen Militärattachés in Wien, Fabbri, gegen Dollfuß und zugunsten Rintelens. Fabbri berichtete schon seit geraumer Zeit »gegen Dollfuß« nach Rom¹⁸⁷, und er verstärkte seinen Einsatz angesichts des bevorstehenden Treffens von Venedig. In Wiener nationalsozialistischen Kreisen war es ein offenes Geheimnis, daß Fabbri seine Berichterstattung »in unserem Sinne besorgt« und daß Fabbri's Be-

richte von Nationalsozialisten »günstig stilisiert« waren¹⁸⁸. Fabbri selbst legte Wert darauf, die Wirkung seiner Aktivität als möglichst groß darzustellen. Am 4. Juni berichtete er seinem deutschen Kollegen Muff von seinen Erfolgen und behauptete, daß aus Rom schon »Weisungen ergangen sind, sich nicht mehr allzu stark für die Regierung Dollfuß zu engagieren, und daß die Stellung Rintelens in Rom sich sehr befestigt hat«¹⁸⁹.

Am 13. Juni, einen Tag vor der Zusammenkunft zwischen Mussolini und Hitler, gab Fabbri sogar an, daß sein Regierungschef auf Grund seiner Berichterstattung die »Schwäche... derzeitiger österreichischer Regierung« erkannt habe und »unter Umständen wohl bereit sein würde, Dollfuß fallen zu lassen«¹⁹⁰. Fabbri behauptete, »daß Rintelen als Nachfolger Dollfuß' für Mussolini annehmbar sein würde«. Über Rieth ließ Fabbri in Berlin anregen, Rintelen in Venedig ins Gespräch zu bringen, da in diesem Punkt »vielleicht (eine) Einigung... herbeigeführt werden könnte«. Im Gegensatz zu Fabbri hielt der kluge Taktiker Rintelen es allerdings für ungeschickt, wenn sein Name von deutscher Seite ins Spiel gebracht würde.

Nach einem Gespräch mit Rintelen am 13. Juni bezeichnete es Weydenhammer als »dringend notwendig, daß von unserer Seite nicht der Name des österreichischen Gesandten von Rintelen erwähnt, sondern diese Frage als eine innerpolitische Angelegenheit bezeichnet wird, in die das Reich sich nicht einmischt«¹⁹¹. Weydenhammer war überzeugt, »daß die Stellung von R(intelen) bei Mussolini ständig wächst, so daß dieser von selbst mit dieser Person kommt«. Weydenhammer sah in einem solchen Vorgehen – »falls Mussolini die Nachfolgerfrage... anschneidet« – die Chance, daß man dann deutscherseits Rintelens »Akzeptierung als Konzession an Italien behandeln« könnte.

Die Diskussion um die »Nachfolgerfrage« machte nur einen Teil der indirekten Aktivität der österreichischen NSDAP am Vorabend des Treffens von Venedig aus. Außerdem suchten die Nationalsozialisten die innenpolitische Position Dollfuß' durch eine neue Terrorwelle zu erschüttern. Am 12. Juni bat Dollfuß Rieth zu sich, um darauf aufmerksam zu machen, den österreichischen Behörden lägen Beweise vor, daß die neuerlichen Terrorakte der Nationalsozialisten von deutschem Boden aus »zentral geleitet« würden und die Regierung in Wien die »drakonischsten Maßnahmen« erwäge¹⁹². Rieth konnte die Berechtigung des Schrittes des österreichischen Bundeskanzlers nur unterstreichen. Auch er war der Meinung, »daß die Entwicklung in

Österreich zusehends beängstigende Formen annimmt, die vielleicht bald eine ungewöhnlich ernste Lage schaffen könnten«¹⁹³. Auch die Hinweise Dollfuß' auf die Verbindungen der österreichischen Nationalsozialisten zu »gewissen Stellen in Deutschland« hielt Rieth für »nicht gänzlich aus der Luft gegriffen«. Rieth schätzte die Lage als so »gefährlich« ein, daß er sich erbot, nach Berlin zu kommen, um über sie zu berichten.

Rieths besorgter Bericht fand jedoch am Vorabend des Treffens von Venedig kein Echo in der Wilhelmstraße. Eine gewisse Gewähr für eine Beruhigung in der Zukunft mag das Auswärtige Amt wohl auch in einer Initiative Fricks gesehen haben, der die bayrische Regierung am 14. Juni in scharfer Form für die »Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Grenzgebiet« und die »Kontrolle des Grenzüberttritts« verantwortlich machte¹⁹⁴. Währenddessen frohlockte Weydenhammer, »die Attentate und Sprengungen in Österreich« hätten »zweifellos im ungünstigen Sinn über (sic) die Beurteilung der österreichischen Regierung – also gut – gewirkt«¹⁹⁵.

Im Zusammenspiel von gezieltem Terror und indirekter diplomatischer Beeinflussung, wie sie über Fabbri unternommen wurde, sah die Führung der österreichischen NSDAP die geeignete Vorbereitung einer Aussprache Mussolinis mit Hitler über die Österreich-Frage. Die Absicht der Parteiführung ging dahin, alles zu verhindern, was »die Stellung von Dollfuß erneut international festigen« könnte. Auf diese Weise hoffte sie, den erwarteten »Anstrengungen« Mussolinis vorzubeugen, von dem man annahm, er werde sich im Gespräch mit Hitler »ablehnend gegenüber Habicht« verhalten¹⁹⁶. Im Kalkül der Partei begannen »Personenfragen« die entscheidende Rolle zu beanspruchen, ein Zeichen dafür, wie wenig sich die Nationalsozialisten auch im Vorfeld von Venedig aus dem engen Rahmen eigener Prestigeerwägungen zu lösen vermochten.

So war der NSDAP gerade jener Punkt besonders zuwider, in dem das Auswärtige Amt einen wesentlichen Zweck der Unterredung zwischen Mussolini und Hitler sah: die Möglichkeit der Herstellung eines direkten Kontaktes zwischen Wien und Berlin. Dieser Gedanke, für den sich auf italienischer Seite besonders Suvich einsetzte, erschien Weydenhammer als eine Aufwertung Dollfuß' und damit als ein Hindernis auf dem Wege zur beabsichtigten Ausschaltung des österreichischen Bundeskanzlers. Schon in dieser Frage offenbarte sich die ganze Distanz der Erwägungen des Auswärtigen Amtes und der österreichischen NSDAP-

Führung. Während das Auswärtige Amt in der Begegnung von Venedig den Ausgangspunkt für eine beabsichtigte Entspannung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Österreich erblickte, sah die Führung der österreichischen Nationalsozialisten in dem Treffen eine Chance, für die bisher an Mussolinis Widerstand gescheiterte innenpolitische Umwälzung in Österreich nun Mussolinis Zustimmung zu gewinnen.

Von diesen gegensätzlichen Anregungen begleitet, machte sich Hitler am 14. Juni auf den Weg nach Venedig, um jenen Mann persönlich kennenzulernen, den er schon lange zuvor einen »genialen Staatsmann« genannt hatte¹⁹⁷.

Von den beiden Gesprächen, zu denen sich die Regierungschefs unter vier Augen trafen, war das erste am 14. Juni ausschließlich der Österreich-Frage gewidmet. Es dauerte zweieinhalb Stunden¹⁹⁸. Verglichen mit der Länge der Unterhaltung war die Ausbeute bescheiden. Hitler bestritt die Unterhaltung weitgehend allein¹⁹⁹. Er legte seine Sicht des Österreich-Problems in fünf Punkten dar, die nach seiner Meinung die »Grundlage« für eine Lösung bilden mußten. Die Anschlußfrage nannte er »in keiner Weise akut« und ohnehin »international nicht lösbar«. An die Spitze der österreichischen Regierung müsse eine unabhängige Persönlichkeit treten, die »an keine politische Partei gebunden« sei. Mussolinis Zwischenfrage, ob er (Hitler) eine »bestimmte Person« im Auge habe, verneinte der Reichskanzler. »So bald wie möglich« müßten, so erklärte Hitler weiter, Neuwahlen in Österreich durchgeführt werden, auf Grund derer die »Nationalsozialisten in die Regierung aufgenommen« werden sollten. Abschließend schlug Hitler vor, daß »alle wirtschaftlichen Fragen« um Österreich zwischen Deutschland und Italien »im engsten Einvernehmen« geregelt werden sollten.

Mussolini nahm Hitlers Äußerungen »nur zur Kenntnis« und enthielt sich jeder eigenen Stellungnahme. Hitler selbst scheint mindestens nach der Unterredung das Gefühl gehabt zu haben, daß er sich dem italienischen Regierungschef zu entschieden und kompromißlos gezeigt hatte, denn er benutzte das nächste Gespräch am folgenden Tag, das eigentlich der Abrüstungsfrage vorbehalten war, um »besonders« zu betonen, »daß die österreichische Frage beim Ausbau dieser (deutsch-italienischen) Beziehungen kein Hindernis sein dürfe und sein werde«. Angesichts der weiterhin gegensätzlichen Standpunkte in der Österreich-Frage, spielte Hitler – wie schon im Dezember 1933 gegenüber

Suvich – das Problem Österreich insgesamt in seiner Bedeutung herunter. Und auch diesmal fand er dabei die italienische Zustimmung.

Die Einigung darüber, daß die gegensätzlichen Ansichten hinsichtlich Österreichs die deutsch-italienische Zusammenarbeit nicht belasten dürften, war das einzige Resultat der Österreich-Diskussion zwischen Mussolini und Hitler in Venedig. Die fünf Punkte Hitlers wurden lediglich »nachträglich« von Suvich als »deutscher Standpunkt« schriftlich fixiert²⁰⁰. Bei ihrer zweiten Begegnung billigten Hitler und Mussolini die Formulierung Suvichs als »richtig«²⁰¹. Zwischen den Aufzeichnungen des deutschen Außenministers und des italienischen Unterstaatssekretärs bestand, von der knapperen Formulierung Suvichs abgesehen, in einem Punkt auch ein sachlicher Unterschied. Während nach Neuraths Text nur »alle wirtschaftlichen Fragen« hinsichtlich Österreichs zwischen Rom und Berlin einvernehmlich zu lösen waren, bezog Suvich den Vorschlag für eine deutsch-italienische Abstimmung auf »alle Österreich anbelangenden Angelegenheiten«. Besonders ernst nahm Hassell diesen Unterschied, denn er sah in der Fassung Suvichs die Möglichkeit, »schon jetzt . . . alle Fragen, und nicht nur die wirtschaftlichen«, zwischen Berlin und Rom abzustimmen²⁰². Hassell konnte sich jedoch mit dieser Deutung im Auswärtigen Amt nicht durchsetzen, denn die Gedankengänge in Berlin schlugen nach dem Treffen von Venedig eine ganz andere Richtung ein.

In den Mittelpunkt geriet dabei die Frage nach der Reaktion Mussolinis auf die von Hitler dargelegten fünf Punkte. In den noch in Venedig angefertigten Aufzeichnungen Neuraths und Suvichs waren die fünf Punkte als eine einseitige Meinungsäußerung Hitlers dargestellt worden, zu der Mussolini nicht Stellung genommen hatte, weder zustimmend noch ablehnend. Nach Berlin zurückgekehrt, verfaßte Neurath jedoch schon am 16. Juni ein Rundschreiben an die deutschen Auslandsvertretungen, in das eine Formulierung Eingang fand, die Anlaß zu Mißverständnissen geben sollte. Der Außenminister schrieb, nachdem er Hitlers Wunsch nach einer neutralen Persönlichkeit an der Spitze der österreichischen Regierung wiedergegeben hatte, Mussolini habe dem »nicht widersprochen«. Neurath fügte indessen ausdrücklich hinzu, daß »Abmachungen . . . nicht getroffen« wurden²⁰³.

Die Vorstellung, Mussolini habe den Ansichten Hitlers mit seinem Stillschweigen quasi zugestimmt, nistete sich in Berlin um so leichter ein, als Hitler selbst diese optimistische Deutung unterstützte und sogar behauptete, der italienische Regierungschef habe sein Verlangen

nach einer neutralen Person an der Spitze der österreichischen Regierung förmlich »akzeptiert«²⁰⁴. Der Wunsch, die Verhältnisse in Österreich geändert zu sehen, wurde zum Vater des Gedankens, daß Mussolini gegen einen Wechsel an der österreichischen Regierungsspitze nichts einzuwenden habe. Hitlers Darstellung zeigt, wie stark er selbst in dieser Frage in den Wunschvorstellungen seiner österreichischen Parteifreunde befangen war, die in dem Treffen von Venedig eine Chance gesehen hatten, die Stellung Dollfuß' zu schwächen.

Im Auswärtigen Amt blieb man gegenüber der allzu optimistischen Deutung der italienischen Haltung skeptisch. Bülow ersuchte Hassell am 18. Juni, »möglichst vollständig« über alles zu berichten, was er in Rom »über die italienische Version der Gespräche« erfahren könne, da es in Berlin »schwierig (sei), alle Einzelheiten der persönlichen Unterhaltung... zu rekonstruieren«²⁰⁵. Was Hassell berichten konnte, schuf auch nicht gerade Klarheit. Nach italienischer Auffassung lag das Ergebnis der Gespräche von Venedig vor allem im Atmosphärischen, darin z. B., »daß sogar heikle Probleme wie die Österreich-Frage in aller Offenheit diskutiert werden konnten«²⁰⁶. Mit »Abreden im engeren Sinne« hatte Rom nach Angaben Hassells »nie gerechnet«. Hassell teilte weiter mit, daß auch in Rom »Aufzeichnungen über den Verlauf der beiden Unterredungen nicht vorhanden seien und daß man bei der Beurteilung des Ergebnisses auf die mündlichen, ziemlich knappen Erklärungen angewiesen sei, die Mussolini... abgegeben habe«. Immerhin gehe aus diesen Erklärungen hervor, daß Mussolini den fünf Punkten Hitlers keineswegs zugestimmt, sondern vielmehr erwidert habe, »daß einem derartigen Programm erst näher getreten werden könne, nachdem eine Periode der Ruhe eingetreten sei, da bei dem gegenwärtigen Kampfzustand in Österreich an ein Verhandeln schwerlich gedacht werden könne«. Rom zeigte volles Verständnis dafür, daß Dollfuß »angesichts der ihm gegenüber angewandten Kampfmethoden keine Neigung habe, seinerseits die Initiative zu Verhandlungen zu ergreifen«.

Die italienische Regierung, das geht eindeutig aus dem Bericht Hassells hervor, zeigte nicht die geringste Neigung, sich von Dollfuß zu distanzieren; sie sah in ihm vielmehr auch die Hauptperson einer etwaigen künftigen Verständigung. Rom verstärkte seine Rückendeckung für Dollfuß noch, indem es den österreichischen Bundeskanzler für Ende Juli zu einem Treffen mit Mussolini nach Riccione lud²⁰⁷. Trotz dieser eindeutigen Anzeichen dafür, daß Italien nicht im ge-

ringsten bereit war, Dollfuß fallenzulassen, unterstellte nunmehr sogar Neurath zwischen Mussolini und Hitler ein »Einverständnis darüber, daß an die Spitze der österreichischen Regierung eine neutrale, d. h. parteipolitisch nicht gebundene Persönlichkeit treten müsse«²⁰⁸. Wie Neurath am 4. Juli Hassell mitteilte, hatte sich an der Auffassung Hitlers, daß zunächst ein neuer österreichischer Regierungschef gefunden werden müsse, ehe eine Lösung gesucht werden könne, »inzwischen nichts geändert«. Neuraths Schreiben macht deutlich, wie man in Berlin die Tatsache, daß Mussolini und Hitler die nachträgliche Aufzeichnung der von Hitler vorgetragenen fünf Punkte billigten, umdeutete in eine Zustimmung des italienischen Regierungschefs zu Hitlers Ansichten. Dieser sich an die Verhandlungen von Venedig knüpfende Irrtum nahm damit ein bedrohliches Ausmaß an.

Hassell machte dann auch prompt auf dieses »Mißverständnis« aufmerksam und wies darauf hin, Mussolini habe von Hitlers Ansichten zwar »mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen«, sich aber »nicht . . . mit diesen Punkten einverstanden erklärt«²⁰⁹. Hassell erläuterte, das Einverständnis der beiden Regierungschefs habe sich lediglich auf die Formulierung Suvichs, nicht aber auf deren Inhalt bezogen. Der Botschafter hatte insgesamt aus einem Gespräch mit Mussolini am 4. Juli »den Eindruck gewonnen, daß er (Mussolini) den Zeitpunkt für einen Ausgleich zwischen Berlin und Wien heute noch nicht für gekommen hält« und erst »ein Nachlassen der Spannung« abwarten möchte. »Angesichts (der) Fortdauer (der) Gewalttätigkeiten« der Nationalsozialisten in Österreich könne man Dollfuß, so erklärte Mussolini, keine Verhandlungen »zumuten«²¹⁰.

Neurath hielt es in diesem Stadium der Entwicklung für nötig, Hitler die italienischen Ansichten über Venedig und über die weitere Entwicklung zu unterbreiten. Am 9. Juli legte er dem Reichskanzler den Standpunkt Mussolinis dar, wie Hassell ihn referiert hatte. Bei dieser Gelegenheit wurde Neurath von Hitler »eine besondere Weisung nicht gegeben«²¹¹. Hitler erklärte nur »allgemein . . ., daß in der österreichischen Frage Eile nicht notwendig sei« und deshalb »nichts veranlaßt« zu werden brauche. Der Reichskanzler bestand also nicht mehr auf der von ihm selbst anfangs geförderten Behauptung, daß Mussolini einem Wechsel an der österreichischen Regierungsspitze zugestimmt habe. Auch in seiner Zeitvorstellung näherte sich Hitler wieder dem Standpunkt Mussolinis. Im Kalkül des Reichskanzlers hatte sich offenbar die Einsicht durchgesetzt, daß die Zusammenkunft von Venedig

keine Möglichkeit geschaffen hatte, die Österreich-Frage in naher Zukunft zu lösen. Hitler mußte den Versuch einer Überrumpelung Mussolinis und auch die gezielt optimistische Deutung, die man dem Treffen anschließend von Berlin aus zu geben suchte, als gescheitert betrachten: Mussolini hatte sich weder in Venedig noch nachträglich auf die Wünsche Hitlers festlegen lassen. Auf der diplomatischen Ebene wurde die Österreich-Frage wieder auf Eis gelegt. Am 16. Juli unterrichtete Köpke Hassell von Hitlers Entscheidung, daß es mit der »österreichischen Frage keine Eile habe«²¹². Der Ministerialdirektor ließ durchblicken, daß man den Versuch, Mussolini auf eine neutrale Persönlichkeit festzulegen, als ein Manöver betrieben hatte, denn auch in Berlin sei man sich »darüber klar . . ., daß die in Venedig zusammen mit Suvich formulierten 5 Punkte nicht etwa eine Vereinbarung der beiden Regierungschefs darstellen«. Völlig wirkungslos war allerdings das Manöver auch in Berlin nicht geblieben. Ein Restbestand spiegelte sich in Köpkes Auffassung, »daß mit Dollfuß zu einer Verständigung in der österreichischen Frage nicht zu kommen sein wird«. In diesem Zusammenhang kam Köpke auch auf den seiner Meinung nach »springenden Punkt« zu sprechen, die »Terroraktionen« der Nationalsozialisten gegen die österreichische Regierung. Mit merklichem Bedauern schrieb Köpke, diese Frage liege »nicht so, daß wir von uns aus einfach die Einstellung dieser Terroraktionen anordnen könnten«.

Köpke sah »zurzeit« keine Möglichkeit, einer Lösung der Österreich-Frage näherzukommen, weder auf direktem Wege zwischen Wien und Berlin noch auf dem Umweg über Rom. Dennoch sah Hassell in Köpkes Schreiben vor allem ein Zeichen dafür, daß sich die Politik um Österreich nach der Bewegung, die das Treffen von Venedig mit sich gebracht hatte, wieder zu beruhigen begann. Insbesondere begrüßte Hassell Hitlers Absage an jede »Eile« in der Österreich-Politik, da diese Haltung, »obgleich aus völlig anderen Gründen«, durchaus dem Standpunkt Mussolinis entspreche, »der mir gegenüber immer die Meinung vertreten hat, daß die Angelegenheit vorerst zu den Akten gelegt werden sollte«²¹³. Die Frage, ob Deutschland »zu einem späteren Zeitpunkt« auf einem anderen Verhandlungspartner an Stelle von Dollfuß bestehen sollte, mußte nach Hassells Meinung »im Augenblick offen bleiben«, da man den Österreichern keinen Anlaß bieten dürfe, die Personenfrage zu einer »Frage der Ehre« zu machen; je heftiger man, so meinte Hassell, den österreichischen Bundeskanz-

ler angreife, desto weniger werde man in Wien und in Rom bereit sein, Dollfuß eventuell doch eines Tages »aufzugeben«²¹⁴.

Nur fünf Tage, nachdem dieser Bericht Hassells in Berlin einging, war Dollfuß von österreichischen Nationalsozialisten bereits ermordet worden.

Um den Weg, der die österreichische NSDAP bis zu diesem Gewaltakt führte, nachzuzeichnen, ist es notwendig, noch einmal zu jenem Punkt zurückzukehren, der auch für die Erwägungen der Partei einen gewissen Einschnitt bedeutete: zum Treffen von Venedig. Die Führung der österreichischen Nationalsozialisten hatte in der Begegnung zwischen Mussolini und Hitler vor allem eine Chance gesehen, die innerösterreichischen Machtverhältnisse von oben her zu ändern. Der in München zur Schau getragene Optimismus reichte sogar so weit, daß die NSDAP damit rechnete, Mussolini werde möglicherweise »von selbst« vorschlagen, Dollfuß durch Rintelen abzulösen²¹⁵. Man glaubte, diese erhoffte Entwicklung am besten fördern zu können, indem eine neue Terrorwelle gegen die österreichische Regierung ausgelöst wurde.

Die Erwartungen der österreichischen NSDAP wurden durch Mussolinis Haltung in Venedig völlig enttäuscht. Der italienische Regierungschef zeigte nicht die geringste Neigung, von Dollfuß abzurücken, und er lehnte – gerade unter Hinweis auf »die terroristischen Akte« der Nationalsozialisten in Österreich – selbst die von Hitler im letzten seiner fünf Punkte angeregte baldige »freundschaftliche Zusammenarbeit« zwischen Deutschland und Italien in der Österreich-Frage vorläufig ab²¹⁶. Die Führung der österreichischen NSDAP mußte ihren Versuch, den Konflikt von oben her in ihrem Sinn zu lösen oder auch nur zu beeinflussen, als gescheitert betrachten, obwohl sich Hitler selbst sehr deutlich zum Sprecher ihrer Wünsche gemacht hatte. Habicht reagierte auf dieses enttäuschende Ergebnis anders als Hitler: Während der Reichskanzler sich auf die Unnachgiebigkeit Mussolinis einstellte, indem er von jeder forcierten Behandlung der Österreich-Frage Abstand nahm, suchte der Landesinspekteur Zuflucht bei einer gesteigerten Aktivität. Neben der Enttäuschung über den negativen Ausgang der Konferenz von Venedig beruhte die Aktivität der Partei auf der Annahme, daß die innenpolitischen Verhältnisse in Österreich in Bewegung geraten seien und daß es notwendig sei, an dieser Bewegung in irgendeiner Form teilzunehmen, um schließlich nicht von einer etwaigen Entscheidung wieder ausgeschlossen zu sein. Kennzeichnend für diese Erwägungen ist ein Bericht aus Wien,

den Habicht am 18. Juni, also drei Tage nach dem Treffen von Venedig, an das Auswärtige Amt weitergab²¹⁷. Der Verfasser des Berichtes, als der mit einiger Sicherheit Wächter angenommen werden kann²¹⁸, geht davon aus, »daß vielleicht schon die nächsten Wochen eine grundsätzliche Entscheidung über das Schicksal der Regierung Dollfuß bringen könnten«. Der Autor fügte sodann alle Indizien zusammen, die ihm diese Annahme zu stützen schienen: Sondierungen Feys in Budapest über die Frage, »was Ungarn im Falle eines Staatsstreiches gegen Dollfuß machen würde«²¹⁹; »Differenzen« in der österreichischen Regierung, die der Verfasser für »ganz außerordentlich schwer« ansah; Unsicherheit innerhalb des Heeres und der Polizei, deren »Zuverlässigkeit... immer ungewisser« werde; Mutmaßungen Rintelens über einen »Sturz von Dollfuß bald nach der Unterredung Hitler-Mussolini«.

Doch der Bericht aus Wien referierte nicht nur diese, für die Nationalsozialisten hoffnungsvollen Vorgänge. Er charakterisierte auch die »Explosionsstimmung«, die auf das nationalsozialistische Lager übergrieff. Ausführlich schilderte er Versuche des Vorsitzenden des österreichisch-deutschen Volksbundes, Neubacher, die SA ins Spiel zu bringen und Habicht auszuschalten. Neubacher hatte geäußert, »die österreichische Frage könne letzten Endes nur durch die SA mit Röhms, aber unter Ausschluß von Habicht gelöst werden«. Wie der Verfasser des Berichtes weiter erfahren hatte, lehnte Dollfuß nach wie vor »eine Einschaltung von Habicht... als unmöglich« ab und hatte Neubacher vier Ministerposten angeboten für den Fall, daß »Neubacher Landesleiter der NSDAP in Österreich werde«. Auch in diplomatischen Kreisen in Wien, so wurde in dem Bericht ausgeführt, setze sich die Auffassung durch, »daß die österreichische Frage in 24 Stunden gelöst sein würde, wenn man von deutscher nationalsozialistischer Seite auf die Person von Habicht verzichte«.

Bei Habicht mußte dieser Bericht aus Wien gemischte Gefühle auslösen: einerseits die Hoffnung, daß die offenbare Bewegung in der österreichischen Innenpolitik den Nationalsozialisten eine Chance zum Eingreifen biete und andererseits die Befürchtung, bei einer etwaigen Veränderung der innerösterreichischen Machtverhältnisse ein weiteres Mal ausgeschaltet zu werden. Beide Motive mußten die Neigung zu einer Aktivität um jeden Preis steigern, zumal außerdem inzwischen das von der Münchner Führung mit so vielen Erwartungen begleitete Treffen zwischen Hitler und Mussolini ergebnislos verstrichen war.

Der außenpolitische Immobilismus in der Österreich-Frage löste, zusammen mit der wachsenden Rivalität der SA und der psychologischen Krise in der Anhängerschaft, in der österreichischen NSDAP-Führung die Bereitschaft auch zu Risiken aus, die sie bisher, wenn auch oft nur widerwillig, gemieden hatte. Wächter hat später das Zusammenwirken aller dieser Faktoren fast als zwangsläufig zu deuten versucht, wenn er schrieb, daß die »Entwicklung immer mehr auf eine gewaltsame Lösung zu(lief)«²²⁰.

Am 21. Juni berichtete Rieth erstmals von »erfolgreichen Bemühungen« der österreichischen Behörden, »Sprengstofflager österreichischer Nationalsozialisten ausfindig zu machen«²²¹. Einen Tag später meldete der Gesandte bevorstehende Sprengstofflieferungen aus Deutschland nach Österreich und ersuchte das Auswärtige Amt, einzuschreiten²²². Hüffer bat daraufhin Habicht, er möge »sofort der Sache nachgehen« und die Lieferungen »verhindern«²²³. Für wie gespannt man im Auswärtigen Amt die Beziehungen zwischen der NSDAP und der SA Österreichs hielt, beweist die Tatsache, daß die SA-Führung gesondert verständigt wurde²²⁴. Am 24. Juni schließlich schrieb Rieth besorgt an Neurath persönlich, daß in den nächsten Tagen in Österreich »auf Veranlassung (von) Münchener Stellen Terrorakte größten Stils einsetzen« sollten. Der Gesandte stützte sich bei dieser alarmierenden Meldung auf Berichte »von bestinformierter maßgebender nationalsozialistischer Seite«²²⁵.

Der Alarmruf Rieths fand beim deutschen Außenminister kein Echo. In der Haltung Neuraths zeigten sich deutlich Spuren von Resignation. Neurath hatte schon zehn Tage zuvor am Rande des Treffens von Venedig Suvich gegenüber resignierend festgestellt, daß zwischen den nationalsozialistischen Kräften in Österreich »heftige Streitigkeiten um sich griffen und daß die Lage völlig außerhalb der Kontrolle der Regierung sei«²²⁶. In Neuraths Haltung mischte sich offenbar die Ahnung, daß die Entwicklung einem kritischen Höhepunkt zutriebe, mit dem Bewußtsein, diese Entwicklung angesichts der vielen widerstreitenden Kräfte nicht aufhalten zu können. Jedenfalls entschloß sich der Außenminister zu keinem Vorstoß bei Hitler, obwohl Rieths Befürchtungen sich als berechtigt erwiesen und in der Nacht auf den 28. Juni die angekündigten »Terrorakte größten Stils« tatsächlich ausgelöst wurden²²⁷. Am 29. Juni konstatierte der »News Chronicle«, »daß die Terroristen weder von den österreichischen noch von den deutschen Führern unter Kontrolle gehalten werden könnten«²²⁸.

Als diese Nachricht veröffentlicht wurde, war im geheimen schon jener Putsch beschlossen worden, dem einen Monat später Dollfuß zum Opfer fallen sollte. Am 25. Juni trafen sich in Zürich die prominentesten Führer der Landesleitung, Habicht, Weydenhammer und Wächter. Anwesend war ferner der SS-Sturmbannführer Fridolin Glass, der die Wiener SS-Standarte 89 befehligte, die aus entlassenen nationalsozialistischen Mitgliedern des österreichischen Bundesheeres zusammengestellt worden war. Mit seiner Standarte hatte Glass »den Plan, einen tagenden Ministerrat... festzunehmen, bereits seit 1933 studiert und für alle Fälle vorbereitet«²²⁹.

Die politischen und psychologischen Vorzeichen, unter denen die Zusammenkunft in Zürich am 25. Juni 1934 stand, sind durch die nachträglichen Berichte der beiden Gesprächsteilnehmer Weydenhammer²³⁰ und Wächter²³¹ überliefert. Weydenhammer betont »die ungeheure Spannung innerhalb der schwer kämpfenden und leidenden Parteigenossenschaft«, die sich in Einzelaktionen Luft gemacht habe und die – »trotz gegenteiligen Befehls« – nicht mehr einzudämmen gewesen sei²³². Die Möglichkeit von »lokalen Aktionen« sei zusehends »mehr als wahrscheinlich« geworden. Nach Weydenhammers Angaben wuchs damit zugleich aber die Gefahr, »daß bei wilden Einzelaktionen die Regierung in einer furchtbaren Terrorwelle die Parteigenossenschaft niederknüppeln würde und das System sich dann wesentlich konsolidiere« – »wenn nichts Einheitliches geschah«. Die Nationalsozialisten in Österreich fühlten sich vor die Frage gestellt, »sich nun nach all den unermesslichen Opfern von 1933 und 1934 widerstandslos vernichten zu lassen oder lieber einen weiteren Einsatz zu wagen«.

Wächter bestätigt die von Weydenhammer angenommene Alternative und beschreibt sie mit der Formel »Nachgeben des Systems oder... bewaffnete Erhebung der Bewegung«, wobei nach Meinung Wächters an ein Nachgeben der Regierung nicht mehr zu denken war²³³. Bei Fortsetzung der »blutigen Einzelaktionen« wäre, so betont Wächter, die nationalsozialistische Bewegung in Österreich »von der Exekutive niedergeschlagen« worden, »ohne auch nur den Versuch einer gesammelten Erhebung gegen das verhaßte Regiment gemacht zu haben«. – Die Frage, ob die Partei in Österreich tatsächlich vor dieser Alternative stand oder sich nur vor sie gestellt glaubte, wird erst in dem Augenblick zu beantworten sein, wenn die Öffnung der österreichischen Akten einen Einblick in die Absichten der Regierung Dollfuß

erlaubt. Im vorliegenden Zusammenhang wichtiger ist jedoch die Feststellung, daß sich die Führung der österreichischen Nationalsozialisten ganz offensichtlich vor die Alternative gestellt fühlte, ihre Kraft entweder in wirkungslosen Einzelaktionen zu erschöpfen und damit der Regierung die Möglichkeit zu geben, mit Hilfe der ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel die Nationalsozialisten endgültig niederzuwerfen oder aber alles auf eine Karte zu setzen.

Diese Gesichtspunkte bestimmten auch die Beratungen in Zürich. Glass berichtete aus Österreich, daß »die Arbeitsmöglichkeit im Kampfgebiet immer schwieriger« werde, da »fortgesetzte Denunziationen aus dem Reich« den österreichischen Sicherheitsbehörden das Vorgehen gegen die Nationalsozialisten erleichterten²³⁴. Glass erklärte, »daß er trotz der täglich für unsere Parteigenossenschaft sich verschlechternden Verhältnisse immer noch in der Lage sei, die Aktion durchzuführen«. Der SS-Führer drängte aber auf eine schnelle Entscheidung, indem er hinzufügte, »auf Eis ließe sie (die Aktion) sich nicht mehr legen«. Glass wurde daraufhin von Habicht »beauftragt... die Aktion weiter vorzubereiten«. Damit war der Putsch praktisch endgültig beschlossen, wenn auch Einzelheiten seiner Durchführung, wie etwa der Zeitpunkt²³⁵, noch offenblieben. Während Glass die militärischen Vorbereitungen übernahm, erhielt Wächter die Aufgabe der politischen Planung des Umsturzes. Weydenhammer übernahm die Funktion des Kontaktmannes zwischen München und Wien und die Vorsorge für die notwendigen Waffenlieferungen nach Österreich²³⁶.

Es verdient festgehalten zu werden, daß an der entscheidenden Besprechung in Zürich Vertreter der österreichischen SA nicht beteiligt waren. Auch deuten einige Äußerungen während des Gesprächs – wie etwa Glass' Hinweis auf »Denunziationen aus dem Reich« – darauf hin, daß der Beschluß des Putsches von der Parteiführung unter bewußter Umgehung der SA-Führung vorbereitet wurde. Als Wächter in Zürich die Frage stellte, »was mit der SA sei«, wurde er von Habicht angewiesen, sich »nicht mit der SA in Verbindung zu setzen«, da diese »selbständig geführt« werde²³⁷. Die Weisung, eine »Fühlungnahme mit Stellen der SA zu unterlassen«, erschien Wächter angesichts der »Durchsetzung der SA mit Spitzeln des Systems begründet«²³⁸. Wächter hat denn auch nach seinen eigenen Angaben »grundsätzlich alle... Anfragen von SA-Führern negativ beantwortet«, war aber der Überzeugung, daß im Falle eines Umsturzes NSDAP und SA zwar »getrennt marschieren«, aber »vereint schlagen« würden.

Tatsächlich jedoch war die Rivalität zwischen SA und NSDAP schon bis zu einem Punkt angewachsen, der jedes Zusammenwirken unmöglich machte. Schon im Mai 1934 hatten die SA-Führer Reschny und Kirchbach den Eindruck, die Führung der Partei wolle »vorpellen . . ., so daß bei einer Machtergreifung in Österreich die SA in die zweite Linie gestellt wäre«²³⁹. In der Münchner SA-Führung sah man derartige Pläne der Partei »als unfair und bedauerlich« an und fürchtete, die Partei könne in Österreich mit »starkem Vorsprung« das Rennen um die Macht gewinnen. Um diesen Vorsprung zu verkürzen, entschloß sich die SA-Führung, der NSDAP einige Hindernisse aufzurichten. Der Kontaktmann der SA zu den österreichischen Behörden, Leopold Schaller²⁴⁰, erhielt Anfang Juni von Kirchbach den Auftrag, die Sicherheitsbehörden in Österreich auf Wächter, Glass und Weydenhammer aufmerksam zu machen und »auf die Gefährlichkeit dieser Leute« hinzuweisen. Kirchbach ließ Schaller Lebensläufe und Fotos der drei anzuzeigenden NSDAP-Führer mitgeben. Über Schaller wurden die österreichischen Stellen von der SA wenig später offenbar auch über den geplanten Juliputsch benachrichtigt²⁴¹.

Im vorliegenden Zusammenhang kann nicht untersucht werden, wie weit das »Gegeneinander« von NSDAP und SA später den Verlauf des Putsches beeinflußt oder gar entschieden hat, eine Frage, die in den nachträglichen Darstellungen der Beteiligten verständlicherweise schnell in den Mittelpunkt geriet²⁴². Wesentlich erscheint hier allein die Feststellung, daß die Rivalität zwischen Partei und SA die Motivation des Putschplanes entscheidend mitbestimmte: Während die NSDAP im Verein mit der SS bestrebt war, der SA-Führung in Österreich zuzukommen, versuchte die SA ihrerseits, den Erfolg der Parteiaktion zu verhindern. Um so auffälliger ist es, daß an der »letzten und grundlegenden Besprechung« über den Putsch, die am 16. Juli in Habichts Wohnung in München stattfand, auch Reschny teilnahm²⁴³, zumal inzwischen die Ereignisse des 30. Juni die Kluft zwischen NSDAP und SA noch vertieft haben mußten. Möglicherweise aber suchte sich Reschny, der selbst »nur durch Zufall« einer Verhaftung entgangen war²⁴⁴, aus taktischen Gründen der neuen, für seine Organisation ungünstigen Machtkonstellation anzupassen, wenn er am 16. Juli für den Putsch »die Beteiligung der SA... zusagte« und »alles vorzubereiten versprach«. Jedenfalls rührte die SA am 25. Juli, als die Putschisten auf ihre Unterstützung warteten, keinen Finger²⁴⁵.

Endgültig beschlossen war der Putsch indessen schon am 25. Juni in

Zürich. An dieser Stelle kann auf die nunmehr einsetzenden einzelnen Vorbereitungen nicht eingegangen werden²⁴⁶. Wesentlicher erscheint ein kurzer Überblick über einige Vorgänge, die zwischen dem Beschluß und der Ausführung des Putsches lagen und die die Führung der österreichischen Nationalsozialisten in ihrer Absicht, den Einsatz von Gewalt zu wagen, bestärken mußten. – Am 11. Juli suchte Weydenhammer in Rom Rintelen auf, der von den Nationalsozialisten als Nachfolger von Dollfuß ausersehen war²⁴⁷. Der österreichische Gesandte »ersuchte dringend, die Aktion noch vor Ende Juli durchzuführen«, da nach seiner Meinung das bevorstehende Treffen zwischen Mussolini und Dollfuß sich »für die deutsche Politik gefahrdrohend« auswirken könne. Rintelen wollte vollendete Tatsachen geschaffen sehen, bevor der Besuch Dollfuß' bei Mussolini die Freundschaft zwischen Wien und Rom auch nach außen hin wieder bekräftigen konnte.

Einen weiteren Anstoß zum eiligen Handeln gab die Einführung der Todesstrafe für bloßen Waffenbesitz, die die österreichische Regierung am 14. Juli ankündigte²⁴⁸. Diese Maßnahme »mußte mit Sicherheit zum Vollzug von Todesstrafen gegen Nationalsozialisten führen«²⁴⁹, und die Führung in München fürchtete, daß die Hinrichtung von Parteigenossen als »Signal zu lokalen Aktionen und vielleicht in einzelnen Landesteilen zum Bürgerkrieg« wirken könnte²⁵⁰, wobei eine Erfolgsaussicht gegen die Regierungskräfte von vornherein nicht bestand. Ermutigt zu einer schnellen Aktion wurde die nationalsozialistische Führung ferner durch das Anwachsen der Rivalitäten im österreichischen Regierungslager. Am 10. Juli bildete Dollfuß seine Regierung zu einem »Kampfkabinett« um, dessen »Hauptaufgabe ein verstärkter Versuch der Niederkämpfung der nationalen Opposition sein sollte«²⁵¹. Fey wurde von Dollfuß weiter zurückgedrängt; zwar erhielt er im neuen »Kampfkabinett« noch einen Ministersitz, aber ein Ressort bekam er nicht mehr: Dollfuß selbst übernahm auch das Sicherheitsministerium.

Um seine Zukunft besorgt, suchte Fey wiederum Kontakt mit den Nationalsozialisten. Über seinen Adjutanten, Major Lahr, regte er in Wiener nationalsozialistischen Kreisen Verhandlungen an, »deren Ziel zunächst die Errichtung eines nationalen Übergangskabinetts« sein sollte²⁵². Fey machte es zur »Voraussetzung« einer Zusammenarbeit mit der NSDAP, daß ihm auch zukünftig ein »Wirkungskreis« zugesichert werde. Obwohl nicht ersichtlich ist, ob Fey mit dem Gedanken eines Gewaltstreiches spielte, ließ er durch Lahr doch andeuten, »daß

mit einer Durchschlagskraft des Heeres im Falle eines bewaffneten Aufstandes . . . nicht zu rechnen sei«.

Die Hoffnung auf eine mindestens neutrale Haltung des Bundesheeres im Fall eines Putsches mußte den Tatendrang der österreichischen NSDAP-Führung beflügeln, die seit der Niederwerfung der Sozialdemokraten im Februar stark unter dem Eindruck der Schlagkraft der Exekutive gestanden hatte. So gab eine Erklärung des Stabschefs beim Stadtkommando Wien, Sinzinger, »nach der die Mitwirkung des Bundesheeres zu unseren (der Nationalsozialisten) Gunsten anlässlich der Aktion in bestimmter Aussicht stand«, den Erwägungen der Parteiführung »eine ausschlaggebende Wendung«²⁵³. An den abschließenden Beratungen in München am 16. Juli nahm denn auch ein »Vertrauensmann« Sinzingers teil; außerdem hatte Glass inzwischen Kontakt zu lokalen Führern der Polizei und des Heeres in Wien gesucht und offenbar auch gefunden. Mit der Aussicht auf eine Unterstützung des Putsches wenigstens durch Teile der österreichischen Exekutive schien der Erfolg ein weiteres Stück nähergerückt.

Im Kalkül der Führung der österreichischen Nationalsozialisten mischte sich das Bewußtsein der Krise in der eigenen Bewegung mit der Vorstellung einer günstigen innerösterreichischen Konstellation zu dem Entschluß, daß es nunmehr gelte, die letzte Chance wahrzunehmen. Ein Aufschub mußte entweder die eigenen Kräfte weiter schwächen und die Möglichkeit eines zentral geleiteten Handstreiches vermindern oder aber dem Gegner eine Konsolidierung seiner Machtposition erlauben. Die Entscheidung zugunsten eines gewaltsamen Vorgehens ging aus von der Sorge um den Bestand der eigenen Bewegung, und sie wurde bestärkt durch die Furcht davor, daß es der österreichischen Regierung gelingen könnte, ihre Macht zu festigen. Beidem sollte der Putsch zuvorkommen. Die NSDAP glaubte vor der Frage zu stehen, sich entweder »widerstandslos vernichten zu lassen oder lieber einen weiteren Einsatz zu wagen«. Der Putschplan entsprang bei den Nationalsozialisten nicht dem Bewußtsein der eigenen Stärke, er war vielmehr der Ausdruck einer wachsenden Schwäche, wobei freilich momentane Unsicherheiten im gegnerischen Lager bewußt in Rechnung gestellt wurden.

Erst nachdem der Gewaltstreich in allen seinen militärischen und politischen Einzelheiten festgelegt war, konnte sich Habicht entschließen, die Gedanken seines »Führers« in jene Richtung zu lenken, in die der Landesinspekteur schon längst zielstrebig marschierte. Habicht hat-

te schon zu oft die Erfahrung machen müssen, daß Hitler ihm im letzten Augenblick den Weg verlegte, als daß er auch jetzt noch bereit gewesen wäre, Hitlers Veto zu riskieren. Er suchte Zuflucht bei einem Trick. Wenige Tage vor dem Putsch erzählte Habicht dem Reichskanzler, daß das österreichische Bundesheer »entschlossen sei, von sich aus etwas zu unternehmen, um die Regierung zum Anschluß zu bewegen oder zu stürzen«²⁵⁴. Habicht stellte sodann die scheinbar harmlose Frage, wie sich die Partei in Österreich dazu verhalten solle. Hitler antwortete, falls das Bundesheer etwas unternahme, sollte es »in diesem Punkt poh.lich selbstverständlich von der Partei gestützt werden«.

Am 25. Juli 1934 um 12.53 Uhr drangen 144 Angehörige der SS-Standarte 89 in das Bundeskanzleramt am Wiener Ballhausplatz ein. Die Eindringlinge trugen Uniformen des österreichischen Bundesheeres. Der Putsch war da. Seine ganze widersprüchliche Vorgeschichte spiegelte sich noch einmal in den Reaktionen, die mit diesem Augenblick einsetzten.

Reaktionen

Im Auswärtigen Amt traf die erste Nachricht über den Putsch um 14.30 Uhr ein. Rieth, der offenbar selbst noch keine detaillierten Informationen besaß, teilte lediglich mit, daß »ein Putsch im Gange« sei und Dollfuß, Fey und Karwinsky im Bundeskanzleramt »gefangengehalten« würden²⁵⁵. Um 17.00 Uhr berichtete der Gesandte ergänzend, Dollfuß sei bei dem Handstreich »angeblich verletzt« worden und zurückgetreten²⁵⁶. Als Rieth diese Nachricht nach Berlin gab, war Dollfuß schon seit mehr als einer Stunde tot²⁵⁷. Heinburg, der die Telefonate Rieths in der Wilhelmstraße aufnahm, entschloß sich offenbar erst jetzt, die Angelegenheit ernst zu nehmen und unterrichtete Bülow. Der Staatssekretär kam ins Auswärtige Amt. Neue Nachrichten liefen indessen aus Wien vorerst nicht mehr ein, da die österreichischen Behörden über die deutsche Gesandtschaft eine Telefonsperre verhängten²⁵⁸.

Hitler hielt sich am 25. Juli zu einem Besuch der Festspiele in Bayreuth auf. Wann und auf welchem Weg Hitler vom Ausbruch des Putsches in Wien unterrichtet wurde, ist nicht zu rekonstruieren; sicher aber

ist, daß er bereits von dem Putsch wußte, als er sich zum erstenmal mit dem Auswärtigen Amt verbinden ließ²⁵⁹. Um 22.00 Uhr rief er Bülow an, um nach neuen Nachrichten aus Wien zu fragen²⁶⁰. Rieth hatte eine Viertelstunde zuvor gerade berichtet, daß der Putschversuch von den Regierungskräften »liquidiert«, Dollfuß jedoch tot sei²⁶¹. Der Gesandte hatte weiter erklärt, daß er – auf Wunsch Feys – zum Bundeskanzleramt gefahren sei, um »Zeuge« einer »Vereinbarung« zwischen Fey und den Putschisten zu sein, in der den Auführern der »freie Abzug nach der deutschen Grenze« zugesichert worden war. Nachdem Bülow Hitler diese Neuigkeiten mitgeteilt hatte, erklärte der Reichskanzler »sofort, daß Herr Rieth sich auf den Abtransport der Aufständischen an die deutsche Grenze und überhaupt auf eine Vermittlerrolle nicht hätte einlassen dürfen«²⁶². Obwohl Bülow versuchte, bei Hitler für das Vorgehen Rieths Verständnis zu wecken, entgegnete Hitler barsch, »er werde sich überlegen, was er mit den abgeschobenen Putschisten mache, jedenfalls werde er sie sofort in Schutzhaft nehmen lassen« und beabsichtige, »sie eventuell wieder auszuweisen«. Eine Stunde später hatte Hitler sich entschieden. Er teilte Bülow mit, er werde die abgeschobenen Putschisten »in ein Konzentrationslager überführen«²⁶³. Inzwischen hatte auch die Landesleitung München »im Auftrage von Habicht« wiederholt bei Bülow angerufen, um über den Stand der Ereignisse unterrichtet zu werden, ohne daß der Staatssekretär Näheres mitteilen konnte²⁶⁴.

»Nach langem vergeblichen Warten« erreichte Bülow kurz vor 23.00 Uhr Neurath. Beide waren sich »sofort darüber einig, daß Rieth unklug gehandelt habe«, als er in die »Abschiebung der Putschisten nach Deutschland« einwilligte, »ohne vorher die Zustimmung der Reichsregierung eingeholt zu haben«²⁶⁵. Neurath und Bülow vereinbarten, ein Beileidstelegramm Hindenburgs an den österreichischen Bundespräsidenten Miklas anzuregen. Hitler war »einverstanden«²⁶⁶.

Neurath setzte sich auch seinerseits mit Hitler in Verbindung. Beide waren sich einig, daß die Einschaltung Rieths »völlig unzulässig« gewesen sei, und beschlossen, »Rieth sofort abzubrufen«. Um 1.30 Uhr (am 26. Juli) teilte Neurath Bülow mit, Hitler habe eine »Verlautbarung« darüber angeordnet, daß die Reichsregierung die Vereinbarung über die Abschiebung der Auführer nach Deutschland »nicht billige« oder »als verbindlich ansehe«, sondern »die Abgeschobenen sofort verhaften werde«²⁶⁷. In einer weiteren Erklärung sollte auf Wunsch des Reichskanzlers die Abberufung Rieths bekanntgegeben

werden. Außerdem ließ Hitler bekanntmachen, daß er selbst »wegen der traurigen Vorgänge in Österreich seinen Besuch in Bayreuth abgebrochen habe«. – Schon zehn Minuten später teilte Bülow Rieth mit, daß die Reichsregierung sein Vorgehen »mißbillige« und er abberufen sei ²⁶⁸.

Noch in derselben Nacht rief Hitler Papen an und ersuchte ihn, die »verfahrene und gefährliche Situation wieder (zu) normalisieren« ²⁶⁹. Papen lehnte nach seinen Angaben – unter Hinweis auf die Vorgänge am 30. Juni – die Übernahme des Gesandtenpostens in Wien ab, erklärte sich aber bereit, am Morgen des 26. Juli nach Bayreuth zu fliegen, um die Lage mit Hitler noch einmal zu besprechen. Papen traf in Bayreuth Hitler, Göring und Goebbels an. Der Reichskanzler befand sich, wie Papen in seinen Memoiren schreibt, »in einem Zustand der Hysterie über die Unbesonnenheit der österreichischen Parteigenossen« ²⁷⁰.

Die Beratungen, die in Bayreuth während des 26. Juli 1934 stattfanden, sind in ihrem Verlauf und in den von den einzelnen Teilnehmern eingenommenen Standpunkten nicht exakt zu rekonstruieren. Protokolle und Aufzeichnungen fehlen. Die Angaben, die Papen und Göring nach 1945 gemacht haben, tragen deutlich apologetische Züge: Beide suchen das Verdienst für sich in Anspruch zu nehmen, Hitler zu seiner harten Kursänderung in der Österreich-Politik bewegt zu haben ²⁷¹, wobei besonders Papen seinen Anteil als ausschlaggebend schildert. Aus den nicht eben zuverlässigen Berichten lassen sich indessen doch einige Tatsachen als sicher erkennen.

Das wichtigste Resultat der Beratungen in Bayreuth am 26. Juli war die Amtsenthebung Habichts. Der Landesinspekteur hatte sich während des Putsches in München aufgehalten. Er ließ sich noch am Nachmittag des 26. Juli durch Weydenhammer, der über Prag mit dem Flugzeug nach München entkommen war, über das Scheitern des Aufstandes berichten ²⁷². Gegen Abend wurde Habicht von Hitler nach Bayreuth befohlen. Hitler machte seinem bisherigen »Vertrauensmann« in der Österreich-Frage die »bittersten Vorwürfe« ²⁷³ und hielt Habicht vor, daß er »ihn falsch unterrichtet und hintergangen und betrogen« habe ²⁷⁴. Habicht wurde sodann von Hitler »aus allen Funktionen entlassen« ²⁷⁵.

Damit war endgültig die politische Karriere jenes Mannes beendet, der seit der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland in immer neuen Anläufen versucht hatte, die Österreich-Frage im Sin-

ne seiner Partei zu entscheiden. Nachdem ihm zuvor weder Druck und Terror noch Verhandlungen einen sichtbaren Erfolg eingebracht hatten, war mit dem Zusammenbruch des Putsches auch sein Versuch, durch Gewaltanwendung zum Ziele zu kommen, gescheitert. Das einzige sichtbare Ergebnis seiner Aktivität war eine schlagartige außenpolitische Isolierung Deutschlands, die sich auf die allgemein verbreitete Vermutung stützte, daß die deutsche Regierung für den Putsch mindestens eine »moralische Verantwortung« trage²⁷⁶. Mussolini reagierte am eindeutigsten: Unmittelbar, nachdem er die Nachricht vom Tode Dollfuß' erhalten hatte, befahl er vier Divisionen an den Brenner und an die Kärntner Grenze; die Truppen sollten nach Österreich einmarschieren, falls der Putsch vom Reich aus unterstützt würde²⁷⁷.

Derartige Absichten bestanden auf deutscher Seite allerdings zu keinem Zeitpunkt. Hitler verfügte »sofort« nach dem Eintreffen der ersten Nachrichten über einen Putsch in Österreich eine totale Grenzsperrung, »um (den) Übertritt Reichsdeutscher und Österreicher zur Teilnahme an (den) Unruhen zu verhindern«²⁷⁸. Die Sorge des Reichskanzlers galt offenbar vor allem einem möglichen Eingreifen der »Österreichischen Legion«.

Es ist schwierig, die Reaktion Hitlers auf den Putschversuch in Wien im einzelnen zu beschreiben, da sowohl protokollarische Unterlagen als auch zuverlässige Augenzeugenberichte aus Bayreuth fehlen. Die ersten Nachrichten scheint Hitler mit einer gespannten Sympathie verfolgt zu haben²⁷⁹. Hitler dürfte sich an die Andeutungen Habichts über einen möglichen Aufstand des österreichischen Bundesheeres erinnern und vermutet haben, daß dieser Aufstand nunmehr ausgebrochen sei. Der Gedanke, Dollfuß auf diesem Wege ausgeschaltet zu sehen, dürfte Hitler nicht ungelegen gewesen sein. Wie sich in den Unterlagen des Auswärtigen Amtes zeigt, waren die Nachrichten aus Österreich, die nach Deutschland gelangten, zunächst so wenig präzise und ausführlich, daß durchaus auch für eine solche Interpretation Raum blieb.

Zwei Dinge veränderten Hitlers Haltung: die zunehmende Gewißheit, daß es sich bei dem Putsch eindeutig um eine Aktion österreichischer Nationalsozialisten handelte und die Intervention Rieths zugunsten der Aufrührer. Damit drohte Deutschland in den Konflikt hineingezogen zu werden, und die entscheidende Voraussetzung, unter der der Reichskanzler den Putsch anfangs als willkommen empfand – das Gefühl nämlich, selbst unbeteiligt zu sein²⁸⁰ – wurde hinfällig. In

diesem Sinn trifft auch sicher Görings Angabe zu, daß Hitler den Tod Dollfuß' »bedauerte . . ., weil das politisch für die Nationalsozialisten eine sehr schwer tragbare Angelegenheit war, besonders im Hinblick auf Italien«²⁸¹.

Von jenem Augenblick an, da klar wurde, daß der Putsch Indizien bot, die auf eine Beteiligung des Reiches hinzudeuten schienen, distanzierte sich Hitler von dem Umsturzversuch entschieden. Er mißbilligte als erster die Verhaltensweise Rieths; und nachdem bekanntgeworden war, daß Rieth sich auf Wunsch der Putschisten eingeschaltet hatte, entschloß er sich, den Gesandten »sofort abzuberufen«. Die Tatsache, daß Habicht von Hitler erst am Abend des 26. Juli abgesetzt wurde, ist wohl allein darauf zurückzuführen, daß der Anteil der Verantwortung, die der Landesinspekteur für den Putschversuch trug, vorher nicht eindeutig erkennbar war.

In jedem Fall beweist die erste Reaktion Hitlers, daß die Ereignisse in Wien für ihn, ebenso wie für die anderen Regierungsmitglieder, »völlig überraschend« kamen²⁸². Ebenso wie in Berlin lösten die Vorgänge auch in Bayreuth Verwirrung und Ratlosigkeit aus²⁸³. Dies war nicht die Atmosphäre für weittragende und grundsätzliche Entscheidungen. Man suchte Zuflucht bei schnellen personalpolitischen Maßnahmen, wie der Abberufung Rieths und der Absetzung Habichts, und bei eilig improvisierten Communiqués und Beileidsbezeugungen. In einem Dokument zeigten sich jedoch schon am 26. Juli die ersten Ansätze zu einer völligen Neuorientierung der deutschen Österreich-Politik: in Hitlers Brief an Papen, in dem der Reichskanzler Papen bat, »für eine befristete Zeit in Sondermission . . . den Posten des Deutschen Gesandten in Wien« zu übernehmen²⁸⁴.

Nachdem Hitler in seinem Schreiben das Attentat auf Dollfuß »auf das schärfste verurteilt und bedauert« hatte, legte er seinen »Wunsch« dar, »wenn möglich, zu einer Entspannung der Gesamtlage beizutragen und insbesondere das seit langem getrübe Verhältnis zu dem deutsch-österreichischen Staate wieder in normale und freundschaftliche Bahnen geleitet zu sehen«. Diese Andeutung ging über den Rahmen der Unschuldsbeteuerungen, wie sie in den öffentlichen Erklärungen jenes Tages üblich waren, hinaus²⁸⁵. Ob aber während der Beratungen in Bayreuth am 26. Juli schon eine grundsätzliche Fixierung eines völlig neuen »evolutionären« Kurses gegenüber Österreich stattfand, wie Papen angibt²⁸⁶, erscheint zweifelhaft, da schriftliche Unterlagen über die Neuorientierung erst in den folgenden Ta-

gen auftauchen und die einzelnen Maßnahmen eher schrittweise angeordnet wurden.

Zunächst einmal stand nur die allgemeine Absicht fest, die »Beziehungen zu Österreich wieder auf eine normale Grundlage« zurückzuführen²⁸⁷. Hitler wurde sich jedoch schnell darüber klar, daß zu diesem Zweck rein personalpolitische Entscheidungen, wie die Abberufung Rieths und die Absetzung Habichts, nicht ausreichten. Noch am 29. Juli, als sich die Erregung des Auslandes gegen Deutschland schon zu legen begann, fürchtete Hitler eine »ausländische Intervention«, und seltsamerweise mußte gerade Neurath, bisher stets Mahner vor internationalen Komplikationen, seinen Kanzler in dieser Hinsicht beruhigen²⁸⁸. Die Unsicherheit, die der Putschversuch bei Hitler hinterlassen hatte, entlud sich in dem Bedürfnis des Reichskanzlers, möglichst »strenge Maßnahmen« zu ergreifen: Am 29. Juli verfügte er die Auflösung des Gaues Österreich der NSDAP und die Überführung der »Österreichischen Legion« in den Arbeitsdienst²⁸⁹.

Schon am 3. August wurde der SS-Brigadeführer Rodenbücher von Hitler als »Verwalter der Konkursmasse« eingesetzt; Rodenbücher hatte die Aufgabe, die Auflösung der Landesleitung zu überwachen und eine soziale »Hilfsorganisation« für die Geschädigten zu schaffen²⁹⁰. »Unter Androhung schärfster Strafen verbot Hitler allen Mitgliedern der ehemaligen Landesleitung« jede Beteiligung an »illegalen Vereinigungen und Unternehmen«. – Am 8. August ordnete Hitler an, »daß künftig weder von Parteistellen noch von anderer Seite Fragen, welche die deutsch-österreichische Politik berühren, im Rundfunk oder in der Presse behandelt werden dürfen«²⁹¹. Damit war jede Propaganda gegen Österreich von Deutschland aus unterbunden. Darüber hinaus schnitt Hitler mit der Verfügung, daß »Befreiungen von Einreisevisen nach Österreich« zukünftig »nur vom Reichsinnenministerium im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt« und »nicht mehr durch die Geheime Staatspolizei oder örtliche Polizeistellen erteilt werden« dürften, alle Agentenverbindungen nach Österreich ab.

In seinem Erlaß vom 8. August erklärte Hitler auch den Zweck seiner Anordnungen. Sie seien, so schrieb er, erlassen worden, »um eine einheitliche Politik, wie ich sie in Zukunft geführt sehen will, zu gewährleisten«. Unausgesprochen, aber doch unübersehbar, spiegelt sich in dieser Formulierung auch Hitlers Urteil über jene Phase der deutschen Österreich-Politik, die mit dem Putschversuch vom 25. Juli 1934 zugleich ihren Höhepunkt und ihr Ende fand; Hitler selbst hielt die-

se Politik für uneinheitlich und widerspruchsvoll. Die Tendenz zu einer Straffung und Vereinheitlichung der deutschen Österreich-Politik fand ihren endgültigen Ausdruck in den Leitsätzen, die Hitler und Papen am 13. August festlegten und in denen jene Grundgedanken, die Bülow schon im April entworfen hatte, bemerkenswerterweise wieder aufgenommen werden.

Die »Leitsätze« basierten auf einer scharfen Trennung von Regierungs- und Parteipolitik. In ihnen wurde festgelegt, daß »die Behandlung der österreichischen Frage... ausschließlich Sache der dazu berufenen Persönlichkeiten der Außenpolitik« und »jede Einschaltung der Parteistellen im Reich in die österreichischen Dinge... zu unterbinden« sei²⁹². Für die NSDAP wurde eine »völlige Trennung der Reichspartei von der österreichischen Partei« angeordnet. Die Nationalsozialisten in Österreich mußten von nun an »selbstverantwortlich ihre Sache führen«, im Reich werde in Zukunft »keinerlei österreichische Kampforganisation... geduldet, die von dort her in die Entwicklung Österreichs einzugreifen versucht«. In diesem Zusammenhang werden ausdrücklich die Landesleitung und die »Österreichische Legion« genannt. Alle »durch die bisherige Kampfführung belasteten Persönlichkeiten« wurden »von der Führung der österreichischen Partei« ausgeschlossen und durften »auch nicht für ihre ›Leistungen‹ durch Verwendung auf wichtigen Posten im Reich ›belohnt‹ werden, denn sie haben schwere politische und Blut-Schuld auf sich geladen«.

Dieses harte Urteil ihres Führers mußte in den Kreisen der österreichischen Nationalsozialisten Bestürzung auslösen. Am 17. August wandte sich der Wiener Gauleiter Frauenfeld, nach der Absetzung Habichts der wichtigste österreichische Parteiführer, mit seinen Sorgen an Heß²⁹³. Heß stellte in seiner Antwort »noch einmal ganz klar« fest, daß »der Befehl des Führers keine Formalität..., sondern ein bestimmter Befehl (sei), der bedingungslos befolgt werden muß«²⁹⁴. Die weitere Entwicklung der NSDAP in Österreich sei, so schrieb Heß dem Gauleiter »allein eine Angelegenheit der in Österreich befindlichen Nationalsozialisten«. Zwar versicherte Heß, »daß es dem Führer und seinen Mitarbeitern sehr schwer gefallen ist, diese strenge Haltung einzunehmen, aber Deutschlands vitale Interessen... stehen auf dem Spiel«. Heß erinnerte Frauenfeld abschließend daran, daß Hitler auch nach dem mißlungenen Münchner Putsch von 1923 Entscheidungen getroffen habe, die »eine völlig neue und absolut gesetzliche Politik« der NSDAP in Deutschland eingeleitet hätten und die

inzwischen durch den Erfolg der Machtergreifung »gerechtfertigt« worden seien. Heß betonte seine Überzeugung, daß auch Hitlers jetzige Entscheidungen in der Österreich-Politik dazu führen würden, »eines Tages... alle Ihre und unsere Wünsche in bezug auf Österreich zu erfüllen«.

Bis zu diesem Tag vergingen drei Jahre und sieben Monate.

Eine »Flucht nach vorn«?

Seit dem endgültigen Scheitern der Verhandlungsversuche im Januar 1934 ging der deutschen Österreich-Politik die einheitliche Linie vollkommen verloren. Die Verständigungsversuche waren sowohl dem Bedürfnis nach außenpolitischer Ruhe, das in der Wilhelmstraße vorherrschte, als auch dem Machtstreben der österreichischen Nationalsozialisten entgegengekommen. Mit dem negativen Ausgang der Verständigungsbemühungen war die vorübergehend gemeinsame Basis wieder verlorengegangen, und die Intentionen der Partei entfernten sich wieder deutlich von denen der Regierung. Während das Auswärtige Amt langsam einzusehen begann, daß nur der Weg über Rom aus der Sackgasse, in der sich die deutsche Österreich-Politik befand, herausführen konnte, setzte die Führung der österreichischen Nationalsozialisten ihre Hoffnungen wieder auf einen Rückgriff auf Druck und Terror.

Zum erstenmal wurden nunmehr auch Pläne ernsthaft erwogen, die nicht nur auf eine Zermürbung der österreichischen Regierung, sondern auf ihre gewaltsame Ausschaltung abzielten. Schon in diesen Erwägungen, wie sie von der SA Ende Januar angestellt wurden, spielte der Gedanke, daß man lokalen Erhebungen von Nationalsozialisten in Österreich zuvorkommen müsse, eine wichtige Rolle. Ebenso sehr spielte sicher auch die – freilich sorgsam verschwiegene – Furcht der Parteiführer vor einer möglichen Resignation ihrer Anhängerschaft in Österreich mit. In jedem Fall schienen die bisher ohne Erfolg erprobten Mittel nicht mehr auszureichen, um die Zuversicht zu erhalten.

In dieser kritischen Situation zeigte sich Hitler selbst zum erstenmal geneigt, seinerseits andere Wege als die eingefahrenen, die nicht zum Ziel geführt hatten, zu erproben. Unter dem Eindruck seiner langen Unterredung mit Rieth am 9. Februar entschloß er sich zu einer

Aktivierung offizieller diplomatischer Verbindungen zu der Regierung in Wien, nahm freilich seinen Entschluß auch schnell wieder zurück, als sich von München her Widerstände zeigten. In jedem Fall aber bereitete die Möglichkeit etwaiger Gewaltanwendung Hitler Sorge. Der schnelle Erfolg der österreichischen Regierung über die Sozialdemokraten hinterließ beim Reichskanzler, wie überhaupt in Berlin, einen bemerkenswerten Eindruck, zumal die innere Standfestigkeit der Dollfuß-Regierung außenpolitisch noch durch die neuerliche Unabhängigkeitsgarantie Italiens, Englands und Frankreichs für Österreich unterstrichen wurde.

Mit der Entscheidung für den »Neuen Kurs« suchte Hitler sich der veränderten Lage anzupassen. Die neuen Richtlinien sollten sowohl für eine außenpolitische Beruhigung sorgen als auch eine Einschaltung der Nationalsozialisten in die österreichische Politik »auf lange Sicht« gewährleisten. Hitler beharrte auf dieser Wendung von einer revolutionären zu einer evolutionären Taktik trotz der Opposition Habichts, und er stellte sogar die Möglichkeit einer »Schwächeanwandlung« seiner Anhänger in Österreich in seine Entscheidung ein. Der schwache Punkt des von Hitler eingeschlagenen »Neuen Kurses« lag in der Tatsache, daß die neue Politik »unter der alten Führung« betrieben werden sollte. Die Erkenntnis, nicht mehr unbedingt auf die Unterstützung durch die Machtmittel des Reiches rechnen zu können, führte dazu, daß sich die Interessen der Führung der österreichischen Nationalsozialisten in wachsendem Maße verselbständigten: je mehr Berlin seine Rückendeckung für die österreichischen Nationalsozialisten abschwächte, desto weniger war man in München bereit, auf die außenpolitischen Belange des Reiches Rücksicht zu nehmen.

Die Neigung, eine eigene Politik zu betreiben, da man sich ohnehin zunehmend auf die eigenen Mittel verwiesen sah, wurde gefördert dadurch, daß einflußreiche österreichische Politiker, wie Rintelen und Winkler, ihre Abneigung gegen Dollfuß zu einer Annäherung an die Nationalsozialisten benutzten. Für den der Unterstützung des Reiches beraubten Habicht mußte dieser Zulauf eine weitere Ermunterung sein, sich von den Berliner Intentionen zu emanzipieren und auf eigene Faust vorzugehen. Die Kluft, die sich zwischen Berlin und München aufzutun begann, wurde schon im April sichtbar, als sich einerseits das Verschwörerdreieck Habicht-Rintelen-Winkler zu formieren begann, während Bülow den bisher am weitesten gehenden Plan zur Liquidierung der deutsch-österreichischen Auseinandersetzung entwarf.

Das Treffen zwischen Hitler und Mussolini in Venedig, zu dessen Vorbereitung auch Bülow's Erwägungen gehörten, brachte indessen nicht den gewünschten Erfolg. Hitler war zwar, wie sein »Neuer Kurs« gezeigt hatte, bereit, seine österreichischen Parteigenossen zu bremsen, er konnte sich jedoch nicht entschließen, sich Mussolini gegenüber von ihnen zu distanzieren: Der Standpunkt, den er in Venedig einnahm, entsprach durchaus den Gedankengängen der österreichischen Parteiführung, wengleich Hitler mit seiner Forderung nach einem Wechsel an der Spitze der österreichischen Regierung das meinte, was Muff einen »friedlichen Systemwechsel« im Einvernehmen mit Italien genannt hatte. Mussolini jedoch ließ sich auf diesen Vorschlag nicht ein. Immerhin wurden sich die beiden Regierungschefs darüber einig, daß die Österreich-Frage kein Hindernis für die Zusammenarbeit zwischen Rom und Berlin in anderen außenpolitischen Fragen bilden dürfe.

Doch gerade die Aussicht, daß Hitler sich mit Mussolini in der Österreich-Frage auf der Grundlage des status quo arrangieren könnte, mußte für die Führung der österreichischen Nationalsozialisten ein alarmierendes Zeichen sein. Im Dezember 1933 hatte Habicht angesichts ähnlicher Tendenzen nach Suvich's Besuch in Berlin mit einer eifertigen Verhandlungsbereitschaft reagiert. Dieser Weg war ihm nunmehr verschlossen: 10 Tage, nachdem sich Hitler von Mussolini verabschiedet hatte, gab Habicht den Auftrag, den Putsch endgültig vorzubereiten. Aus den Erwägungen, die von den Verschwörern am 25. Juni in Zürich und am 16. Juli in München angestellt wurden, geht deutlich hervor, daß der Putschplan nicht selbstsicherer Siegeszuversicht entsprang, sondern der Furcht vor einer völligen Niederlage. Die Sorge um die Festigkeit und den Fortbestand der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich beherrschte die Gespräche in Zürich und München ebenso wie die Befürchtung, daß sich Rom und Berlin wegen anderer gemeinsamer Interessen in Österreich vorerst mit dem einmal herrschenden Zustand abfinden könnten. »Auf lange Sicht« zu disponieren, sahen sich die Führer der österreichischen Nationalsozialisten nicht mehr in der Lage; sie hatten jene »Eile«, von der Hitler gesagt hatte, daß sie »nicht notwendig« sei. So weit hatten sich Habicht, Wächter und Weydenhammer in die eigenen Probleme eingesponnen, daß sie glauben konnten, sie hätten die »ausenpolitischen Fragen«, die mit ihrem Putschplan zusammenhingen, »nicht zu berücksichtigen«²⁹⁵.

Die außenpolitischen Folgen, die der Putsch auslösen mußte, waren vorhersehbar. Sie hatten sich während der verflissenen anderthalb Jahre wiederholt angekündigt, und selbst Hitler hatte sie, wenn auch nur zögernd und widerwillig, anerkennen gelernt. Er benötigte fast ein Jahr, um seine anfängliche Hoffnung auf einen leichten und schnellen Erfolg in Österreich aufzugeben und den revolutionären Kurs zugunsten eines evolutionären zu ändern. Hitlers langsam aber deutlich vollzogene Wendung in seiner Einstellung zur Österreich-Frage vom Standpunkt eines österreichischen ›Oppositionsführers‹ zu dem eines deutschen Regierungschefs läßt es ausgeschlossen erscheinen, daß Hitler von den Putschplänen seiner Anhänger in Österreich wußte, geschweige denn, daß er der »Urheber all dieses Übels« war²⁹⁶.

Der Putsch vom 25. Juli 1934 in Wien widersprach in jeder Hinsicht den Intentionen, die Hitler im Sommer 1934 sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch haben konnte. In der Wahl dieses politisch für die Nationalsozialisten völlig unzumutbaren Zeitpunktes, verrät sich – ebenso wie übrigens in der militärischen Durchführung – eine eilige Improvisation. Auch hier spiegeln sich noch einmal alle die widersprüchlichen Motive und die verschiedenen Kräfte, die schon seit langem in der nationalsozialistischen Österreich-Politik wirksam waren und die sich schließlich sogar der Kontrolle ihres Führers entzogen.

VIERTES KAPITEL

Die deutsche Österreich-Politik 1933-1934

Kein Modellfall nationalsozialistischer Außenpolitik

Die Entwicklung der Österreich-Politik während der ersten anderthalb Jahre nationalsozialistischer Herrschaft bedeutete für die deutsche Außenpolitik ein Fiasko. Sie festigte eine sich gegen Deutschland richtende Interessengemeinschaft der europäischen Staaten, die Hitler gerade hatte auflösen und durchbrechen wollen. Es bildete sich eine »Koalition des Mißtrauens«¹ gegenüber Deutschland, die selbst Staaten mit unterschiedlicher oder gar gegensätzlicher Interessenlage – wie etwa Italien und Frankreich – zusammenführte. Insbesondere aber wurde das Verhältnis zwischen Rom und Berlin, auf dessen Ausbau Hitler so viel Wert gelegt hatte, fast bis an die Grenze einer militärischen Konfrontation belastet.

Der offenkundige Mißerfolg in Österreich wie auch im übrigen Ausland wirft die Frage auf, ob hier eine zielstrebige und planmäßig verfolgte Politik an der Gegenwirkung unvorhersehbarer oder gar zufälliger Widerstände scheiterte oder ob umgekehrt eine in sich widersprüchliche und uneinheitliche Politik an einer durchaus berechenbaren und konstanten Konstellation Schiffbruch erlitt. Die Einzeluntersuchung hat gezeigt, daß diese Frage eindeutig im zweiten Sinne zu beantworten ist: Die deutsche Österreich-Politik der Jahre 1933 und 1934 führte gerade deshalb in ein Dilemma, weil es ihr sowohl an einer einheitlichen und eindeutigen politischen Konzeption als auch

an einem zentral und klar gelenkten politischen Instrumentarium mangelte, das in der Lage gewesen wäre, eine bestimmte Konzeption zielstrebig und konsequent durchzusetzen.

Die außenpolitischen Hindernisse, mit denen jede deutsche Österreich-Politik rechnen mußte, hatten sich während der gesamten hier behandelten Zeit kaum wesentlich verändert, sondern sich eher, wie z. B. das italienische Interesse am Österreich-Problem, schärfer ausgeprägt. Ebenso wenig hatten sich die innenpolitischen Bedingungen in Österreich grundsätzlich gewandelt: Das Dollfuß-Regime hatte seine Position, selbst wenn man zeitweilige Rivalitäten im Regierungslager in Rechnung stellt, festigen können. Angesichts dieser Konstanz der außen- und innenpolitischen Bedingungen der Politik um Österreich, die auch von den Verantwortlichen auf deutscher Seite nicht übersehen oder verharmlost wurde, sind die Quellen des Fehlschlages der Österreich-Politik vor allem in der unklaren Konzeption und in den Widersprüchen bei der Durchsetzung dieser Konzeption zu suchen. Der Ausgangspunkt für die widersprüchliche Entwicklung der deutschen Österreich-Politik lag schon auf der institutionellen Ebene.

Mit der Machtübernahme Hitlers in Deutschland gewann zunächst die Führung der Hitler-Anhänger in Österreich einen maßgebenden Einfluß auf die Zielvorstellungen der deutschen Politik gegenüber Österreich. Die Einflußnahme der Führung der österreichischen Nationalsozialisten wurde erleichtert dadurch, daß das eigentlich zuständige Auswärtige Amt keine Möglichkeit sah, die Österreich-Frage auf diplomatischem Weg einer Lösung näherzubringen. Die Partei füllte mit ihrem völkisch motivierten Aktivismus jene Lücke aus, die die Passivität des Auswärtigen Amtes gelassen hatte. Da sich die Bestrebungen der Wilhelmstraße und die Absichten der Partei nicht gegeneinander richteten, sondern sich vielmehr ergänzten, kam es anfangs auch zu keinerlei Kompetenzstreitigkeiten. Konfrontationen blieben allein deshalb schon aus, weil die nunmehr in Deutschland herrschende Partei mit Hilfe ihrer Anhänger in Österreich ein ganz neues, bis dahin nicht vorhandenes Mittel zur Gestaltung des deutsch-österreichischen Verhältnisses zu bieten schien: die innere »Gleichschaltung« Österreichs mit Deutschland.

Ogleich das Auswärtige Amt von vornherein daran zweifelte, daß sich mit dieser Methode die Widerstände, die ein außenpolitisches Arrangement bisher verhindert hatten, würden überwinden oder vielmehr unterlaufen lassen, griff man erst in dem Augenblick wieder

in die Österreich-Politik ein, als die Probe aufs Exempel mißlungen war. Erst der Widerstand des Auslandes auch gegen eine innenpolitische Lösung der Österreich-Frage im deutschen Sinn schuf die Ausgangslage für einen Konflikt, da nunmehr die Absichten der Partei die Pläne des Auswärtigen Amtes in Mitleidenschaft zu ziehen begannen – und umgekehrt. Der Versuch der NSDAP, gegenüber Österreich eine Außenpolitik von innen zu betreiben, wurde Deutschland als eine massive Einmischung von außen angelastet. Das Ausland ließ sich durch die, ohnehin reichlich künstliche, Trennung von deutscher Außenpolitik und nationalsozialistischer Parteipolitik gegenüber Österreich nicht täuschen, zumal das Manöver dadurch durchsichtig wurde, daß sich die Nationalsozialisten anfangs der Machtmittel und der Autorität des Reiches bedienen durften.

Von jenem Augenblick an, als erkennbar wurde, daß die Österreich-Politik der Partei die gleichen Reaktionen auslöste wie die diplomatischen Lösungsversuche der Zeit vor Hitlers Machtübernahme, machte das Auswärtige Amt seinen Einfluß dahin geltend, sowohl die Zielsetzung als auch die Durchführung der von der NSDAP betriebenen Österreich-Politik einzudämmen. Dabei operierte das Auswärtige Amt keineswegs erfolglos, sondern fand zunehmend auch die Rücken- deckung Hitlers gegen die Führung der österreichischen Nationalsozialisten. Der gesamte Komplex der Österreich-Politik war für das Auswärtige Amt auf Grund der Erfahrungen der Weimarer Zeit so sehr zum Tabu geworden, daß man sich in der Wilhelmstraße scheute, eine eigene Konzeption zu entwerfen, wie sie vor allem Hassell immer wieder anregte. Erst in der Bülow-Denkschrift vom 9. April 1934 zeigte sich ein Wendepunkt von der negativen Begrenzung der Parteipläne zu einer neuen selbständigen Konzeption. Zu einer rechtzeitigen Realisierung dieser Vorstellungen fehlte allerdings Hitlers Bereitschaft zu einer ausdrücklichen Neuorientierung. Erst in den Richtlinien nach dem Putsch tauchten Bülows Gedanken wieder auf, und zwar in weit radikalerer Form, als sie der Staatssekretär entwickelt hatte.

Immerhin aber gelang es dem Auswärtigen Amt Ende des Jahres 1933 und Anfang 1934, den Kurs der Partei entscheidend zu verändern: Sie wurde in der Zielsetzung bescheidener und in der Wahl der Mittel vorsichtiger. Der Weg führte von der anfangs angestrebten Gleichschaltung Österreichs zur bloßen Einschaltung der Nationalsozialisten in den österreichischen Staat, von der anfangs rücksichtslosen

Ausnutzung aller sich in Deutschland bietenden Hilfsquellen zu einer vorsichtigen Beschränkung auf Mittel, die den Verdacht einer deutschen Einmischung nicht nähren konnten. Die Erfolglosigkeit des Parteikurses in der Österreich-Frage wertete die Position des Auswärtigen Amtes im gleichen Grade auf wie es diejenige der NSDAP erschütterte. Das war die Situation im Herbst 1933. Im Frühjahr 1934 wurde die Erfolglosigkeit der Parteiaktivität zur Aussichtslosigkeit.

Dazu trug vor allem die Tatsache bei, daß das Österreich-Problem insgesamt die vorrangige Bedeutung, die ihm unter dem Eindruck der Machtübernahme von den Nationalsozialisten beigemessen wurde, insgesamt verlor, da andere außenpolitische Projekte, wie z. B. die Abrüstung, in den Vordergrund traten. Von nun an mußten sich fast zwangsläufig die Absichten der Führung der österreichischen Nationalsozialisten von den Intentionen der offiziellen Reichspolitik entfernen. Als eine gefährliche Belastung erwies sich nun, was anfangs als Vorteil erschienen war: der Umstand, daß Hitler die Vollmachten über die Österreich-Politik der exilierten Führung in München überlassen hatte, die ihrer Natur nach nicht in der Lage war, die Österreich-Frage in einem anderen Zusammenhang als dem des eigenen Machtkampfes und des persönlichen Prestiges zu sehen. Der einzige Punkt, in dem sich die Ebenen der Partei – und der Regierungspolitik berührten und kreuzten, blieb die Person des Reichskanzlers selbst.

Aus den Zeugnissen, die über Hitlers Einstellung zur Österreich-Frage vorliegen, ergibt sich eindeutig, daß während der hier behandelten Zeit in seinem Kalkül die parteipolitischen Gesichtspunkte zugunsten der außenpolitischen zurückgedrängt wurden: Handelte er anfangs fast ausschließlich als österreichischer »Oppositionsführer«, so operierte er schließlich vorwiegend als deutscher Regierungschef. Dennoch blieben in Hitlers Haltung auf Grund der Personalunion, die wegen des nationalsozialistischen Führerprinzips unauflösbar war, Widersprüche und Zweideutigkeiten. Ohne Zweifel stand Hitler innerlich im Juli 1934 ebenso auf der Seite seiner Anhänger in Österreich wie im Januar 1933. Die realpolitischen Erfordernisse erlaubten es Hitler jedoch nicht mehr, emotionale Neigungen als bestimmende Grundlage seiner Österreich-Politik aufrechtzuerhalten. Andererseits konnte er sich aber nicht entschließen, den Kampf der Partei gegen die Dollfuß-Regierung völlig und ausdrücklich zu liquidieren. Da Hitlers Entscheidungen auf dieser zwiespältigen Grundlage fußten, blieben sie meist nur halbe Entscheidungen. Auch der »Neue Kurs« bedeutete kei-

nen endgültigen Verzicht auf eine weitere Auseinandersetzung, sondern nur ihre Anpassung an die außenpolitischen Umstände. Die anscheinend einzige Möglichkeit für eine dauernde außenpolitische Beruhigung, die Suche nach einem Einvernehmen mit Italien über Österreich, hat Hitler nicht ernsthaft verfolgt. Auch im Auswärtigen Amt fand sich niemand, der Hitler in diesem Sinn beeinflusst hätte. Anregungen dieser Art kamen einzig von den Diplomaten, vor allem von Hassell und Muff, wurden jedoch zu keinem Zeitpunkt zielstrebig ausgebaut.

Die einzige Annäherung, zu der es in der Österreich-Frage zwischen Berlin und Rom kam, lag in der gemeinsamen Erklärung, daß der Komplex Österreich als Ganzes zu unwesentlich sei, um eine deutsch-italienische Zusammenarbeit behindern zu dürfen. In Berlin mochte man glauben, daß außenpolitische Komplikationen vermieden würden, solange das Verhältnis zu Österreich auf dem status quo beruhte. Unter den Nationalsozialisten in Österreich löste die Unmöglichkeit einer weiteren Aktivität einerseits und das Ausbleiben eines eindeutigen Verzichts andererseits eine Stimmung aus, in der Resignation und Abenteuerlust zugleich Platz fanden. Die Führung der österreichischen Nationalsozialisten konnte ihre Anhänger weder zum Kampf noch zur Kapitulation ermuntern, und nur unter dieser Alternative vermochten die Nationalsozialisten in Österreich ihr weiteres Schicksal zu sehen. Die komplizierten Grundsätze, die in Berlin entworfen worden waren, mußten ihnen undurchsichtig und zweideutig erscheinen, halb als Verbot und halb als Ermunterung eigenmächtiger Aktivitäten.

Da zudem die exilierte Führung in München in ihrem Kontakt mit der Masse der Anhänger auf die verschlungenen und oft unzuverlässigen illegalen Wege angewiesen war, bereitete die Ausrichtung der Nationalsozialisten in Österreich auf den »Neuen Kurs« erhebliche Schwierigkeiten. Hinzu kam, daß man in München selbst keineswegs von der Zweckmäßigkeit und der Wirksamkeit der neuen Richtlinien überzeugt war und sie nur mit halbem Herzen verfocht. Während Habicht einerseits in Berlin alles versuchte, um wieder freie Hand für eine Verschärfung der Auseinandersetzung zu gewinnen – was ihm verwehrt blieb – sollte er andererseits den gegen seinen Willen festgelegten milden Kurs gegenüber seinen Unterführern und Parteigenossen in Österreich durchsetzen. Zu dem Vorwurf der Erfolglosigkeit, der Habicht während der Zeit des Kampfes und der Verhandlungsversuche gemacht

worden war, gesellte sich nunmehr der Eindruck der Schwäche und machte seine Person auch innerhalb der Partei zu einer umstrittenen Größe.

Vor allem die SA wurde zum Sammelbecken jener Elemente, die sowohl mit Hitlers aus außenpolitischen Rücksichten zurückhaltenderen Entscheidungen als auch mit Habichts Führung nicht einverstanden waren. Die österreichische SA-Führung stand allein deshalb von vornherein einer Gewaltlösung näher, weil sie mit der sogenannten Österreichischen Legion über eine schlagkräftige Exiltruppe verfügte, die von Anfang an mit der kaum verhüllten Absicht aufgestellt worden war, im »Ernstfall« nach Österreich einzubrechen. Die auf deutschem Boden organisierte Legion war das einzige militärische Instrument der österreichischen Nationalsozialisten, das auch noch in der Illegalität verfügbar blieb. Unter dem Einfluß der seit Ende 1933 sprunghaft wachsenden Rivalität zwischen NSDAP und SA steigerte sich schließlich auch der Gegensatz der beiden Organisationen in Österreich bis zu einem »Entweder – Oder«. Die Tatsache, daß die SA schließlich den Putschplan der politischen Führung mindestens andeutungsweise der österreichischen Regierung hinterbrachte, nachdem sie selbst häufig genug Gewaltpläne erwogen hatte, war noch ein Echo der Frage, ob in Österreich die NSDAP oder die SA die dominierende Rolle spielen sollte. Außerdem wirkte sich hier auch die Reaktion auf die Ereignisse am 30. Juni 1934 in Deutschland aus.

Die Vielzahl der auf die deutsche Österreich-Politik wirkenden Kräfte und die unterschiedlichen zum Teil einander widersprechenden Intentionen, die dabei verfolgt wurden, machen den Begriff der »deutschen Österreich-Politik« in sich problematisch. Selbst die Unterscheidung zwischen der Österreich-Politik des Auswärtigen Amtes und derjenigen der Partei erweist sich als nicht ausreichend, um die in den ersten anderthalb Jahren nationalsozialistischer Herrschaft in Deutschland auftauchenden Erscheinungen in der Österreich-Politik zu beschreiben.

Das eine als feste Größe angenommene Kraftzentrum, das Auswärtige Amt, hatte sich im wesentlichen als einheitlich und beständig erwiesen. Zwar gab es auch in der Wilhelmstraße persönliche Nuancen: Neurath distanzierte sich von dem Parteikurs weniger entschieden und auch nicht so frühzeitig wie etwa Bülow; Köpke blieb für die Argumentation der Partei stets anfälliger als Renthe-Fink oder Heeren. Doch insgesamt blieb die Haltung des Auswärtigen Amtes einheitlich

von der Auffassung bestimmt, daß der Österreich-Politik im Rahmen der gesamten Außenpolitik keine dominierende Bedeutung zukam und sie deshalb die internationale Lage des Reiches auch nicht belasten durfte.

Zwischen dem Auswärtigen Amt und den ihm unterstehenden Diplomaten herrschte nicht immer Einstimmigkeit. Besonders Hassell versuchte während der ganzen hier behandelten Zeit immer wieder vergebens, Neurath, Bülow und Köpke über die Eindämmung des Parteikurses hinaus zu einer eigenen positiven Planung zu bewegen. In seinem Briefwechsel mit Habicht übernahm Hassell sogar die Rolle eines Advokaten für einen realpolitischen Kurs, die eigentlich eher Neurath hätte wahrnehmen müssen. Hassell verbarg zwar gelegentlich nicht seine Enttäuschung über die rein reaktive Haltung seines Duzfreundes Neurath, die unterschiedlichen Auffassungen verdichteten sich aber nie zu einem wirksam werdenden Gegensatz.

Die Passivität des Auswärtigen Amtes bekam Rieth am nachdrücklichsten zu spüren. Der deutsche Gesandte in Wien, der zu Dollfuß persönlich gute Beziehungen unterhielt, wurde durch die beherrschende Rolle der Partei bei der Durchführung der Österreich-Politik zu einem bloßen Beobachter degradiert. Auch nach seinem Gespräch mit Hitler am 9. Februar 1934, das ihn immerhin in der Funktion eines beachteten Ratgebers zeigte, blieb seine Position in Wien fast bedeutungslos. Pläne, den direkten diplomatischen Kontakt zur österreichischen Regierung wieder zu beleben, wurden im Auswärtigen Amt zwar ausgearbeitet, aber während der Amtszeit Rieths in Wien nicht mehr verwirklicht.

Insgesamt erwies sich der »technische Apparat«² des Auswärtigen Amtes in der Österreich-Politik der Jahre 1933 und 1934 als noch durchaus intakt. Die nationalsozialistischen Intentionen in der Österreich-Frage fanden nicht deshalb Eingang in die deutsche Außenpolitik, weil das Auswärtige Amt sich ihnen unterwarf, sondern weil man in der Wilhelmstraße keine eigenen Vorstellungen hinsichtlich Österreichs besaß oder entwickelte. Deshalb erübrigte es sich zunächst für die NSDAP, die Wilhelmstraße zu hintergehen oder zu unterwandern; die Nationalsozialisten brauchten nur ein bestehendes Vakuum auszufüllen. Das Auswärtige Amt nahm wenig Anstoß daran, daß die Partei anfangs die Österreich-Politik mit ihren eigenen Vorstellungen vorantrieb. Nur die Tatsache, daß die nationalsozialistische Aktivität die Österreich-Frage zum Angelpunkt der gesamten deutschen Außen-

politik werden ließ, veranlaßte das Auswärtige Amt, in der Österreich-Frage wieder Stellung zu beziehen und mitzureden.

Im gleichen Grade wie die Haltung des Auswärtigen Amtes an Bestimmtheit gewann, verloren die Nationalsozialisten in der Österreich-Frage ihre einheitliche und eindeutige Konzeption, die sich schließlich in eine Vielzahl voneinander unabhängiger und teils sogar gegeneinander gerichteter Bestrebungen auflöste. Die Skala der divergierenden Motive reichte von dem Bedürfnis nach außenpolitischer Beruhigung bei Hitler selbst bis zu dem sich unter den Nationalsozialisten in Österreich verbreitenden Gefühl, von den Parteigenossen in Deutschland fallengelassen zu sein. Zwischen diesen Extremen stand vor allem Habicht, dauernd lavierend zwischen den Wünschen seines Führers und den Erwartungen seiner Gefolgschaft in Österreich, ohne beiden zugleich gerecht werden zu können, in der Bewegungsfreiheit seiner Kampfführung gegen die österreichische Regierung immer mehr eingengt. Während Habicht im Ausland als Scharfmacher galt, kritisierte man ihn in den eigenen Reihen als zu nachgiebig. Belastender jedoch als diese Kritik wirkte sich auf die Position des Landesinspektors die Tatsache aus, daß es ihm nicht gelang, einen Erfolg zu erzielen. Weder vermochte er in der Phase des Kampfes die österreichische Regierung zum Nachgeben zu zwingen, noch konnte er eine Verhandlungslösung durchsetzen. Der Plan einer Gewaltlösung, auf den er sich schließlich einließ, bedeutete gerade für ihn eine »Flucht nach vorn«, einen letzten Versuch, die eigene Stellung und die Einheit der von ihm geführten Bewegung zu behaupten.

Die an der Vorbereitung des Putsches Beteiligten scheinen sich über das Wagnis, das sie eingingen, durchaus klar gewesen zu sein. Das Risiko des Putsches erschien ihnen aber offenbar geringer als das der Tatenlosigkeit. Der Anstoß zu dieser Haltung ging von der SA-Führung um Reschny aus. Die SA, die bei einer Verhandlungslösung bestenfalls ihre Wiederezulassung in Österreich, aber keinen politischen Einfluß gewinnen konnte, die zudem mit der Österreichischen Legion über die einzige verfügbare militärische Formation des österreichischen Nationalsozialismus verfügte, trug sich mit dem Gedanken einer Anwendung von Gewaltmitteln schon in einer Phase, als die Partei gerade begann, solchen Methoden aus außenpolitischen Gründen abzusagen.

Der dritte und eigentlich wichtigste Faktor im Kräftespiel der Nationalsozialisten war Hitler selbst. Seine Doppelrolle als deutscher Regierungschef und österreichischer »Oppositionsführer« schien ihm an-

fangs eine Fülle von Einflußmöglichkeiten zu verschaffen, um die Österreich-Frage in nationalsozialistischem Sinn zu lösen. Er vermischte zunächst bewußt Staats- und Parteiinteressen in der Hoffnung, die Rückendeckung durch die staatliche Autorität Deutschlands werde seinen Anhängern in Österreich einen leichten und schnellen Erfolg bringen. Es geschah das Gegenteil: Die außenpolitische Position des Reiches wurde belastet, ohne daß sich ein Erfolg für die Nationalsozialisten in Österreich einstellte. Diese Entwicklung zwang Hitler, zusammen mit dem Auftauchen außenpolitisch wichtiger Fragen, zu einer entscheidenden Umdisposition. Er mußte die Erwartungen, die er selbst in den ersten Monaten seiner Regierungszeit bei seinen Anhängern in Österreich geweckt hatte, wieder dämpfen. Auch in Hitlers Kalkül setzten sich damit fortschreitend jene Erwägungen durch, die für die Haltung des Auswärtigen Amtes von vornherein bestimmend waren. Die Befriedigung, die man darüber in der Wilhelmstraße empfand, hatte ihre Kehrseite in der Enttäuschung, die Hitlers Umdisposition unter den Nationalsozialisten in Österreich auslösen mußte. Hitler sah sich gezwungen, seine Rolle als Führer der österreichischen Nationalsozialisten immer mehr zurückzustellen. Das Bewußtsein, auf die Führerpersönlichkeit Hitlers verzichten zu müssen, verstärkte noch psychologisch die Ernüchterung über die Mäßigung und das schließliche Ausbleiben der politischen Unterstützung durch Deutschland. Auch die nationalsozialistische Bewegung in Österreich lebte zu stark von dem Mythos der Person Hitlers, als daß sie ohne Depression auf ihn verzichten konnte.

In das entstehende Vakuum suchten und fanden Kräfte Eingang, deren Motive von einer tatsächlichen Sorge um das weitere Schicksal der Bewegung, wie sie etwa bei Wächter und auch wohl bei Habicht gelegentlich durchbrach, bis zu persönlichem Ehrgeiz reichten, wie er sich bei Rintelen zeigte. Sie schufen ein undurchsichtiges Gewebe der verschiedensten Bestrebungen, die zuletzt allesamt einmündeten in einen aufsehenerregenden Gewaltakt, dessen sichtbarer Teil unter zeitgenössischen Beobachtern und Interessierten den Eindruck einer gezielten Planmäßigkeit erwecken mußte. Schien doch in ihm eine anderthalbjährige Entwicklung ihren Ausdruck und ihren Höhepunkt gefunden zu haben.

In der rückschauenden Betrachtung jedoch muß die Frage, ob in den Juli-Ereignissen 1934 die deutsche Österreich-Politik der vergangenen 18 Monate ihren zwangsläufigen und konsequenten Ausdruck fand,

verneint werden. Selbst die näherliegende und weithin vertretene Auffassung, der Juli-Putsch sei die planmäßige und notwendige Konsequenz mindestens der nationalsozialistischen Österreich-Politik seit dem 30. Januar 1933 gewesen, läßt sich kaum aufrechterhalten, da unter den Nationalsozialisten selbst keine einheitliche Linie, weder in den Motiven noch im politischen Willen, bestand. Seit Hitlers Machtübernahme hatte das Gefälle zwischen den unterschiedlichen Einzelinteressen im Lager der Nationalsozialisten, als deren Extreme etwa Hitler einerseits und radikale Kreise in Österreich andererseits anzusehen sind, ständig zugenommen. Der Juli-Putsch war nicht der konsequente Höhepunkt der nationalsozialistischen Österreich-Politik, sondern gerade die Folge einer Krise dieser Politik.

Es mag naheliegen, die Österreich-Politik als einen frühen Modellfall der späteren nationalsozialistischen Außenpolitik zu betrachten, denn in keiner anderen außenpolitischen Frage wurde so schnell eine so starke Aktivität entfaltet wie gegenüber Österreich in den Jahren 1933 und 1934. Auch in der von den Nationalsozialisten gegenüber Österreich anfangs angewendeten politischen Methode der »Außenpolitik von innen« scheinen sich erste Ansätze einer später – zum Beispiel in der Tschechoslowakei – geübten Taktik anzudeuten. Nicht zuletzt zeigen sich in den geistigen Triebkräften der Österreich-Politik der Jahre 1933 und 1934 Elemente jener völkischen Ideologie, die uns auch später in der nationalsozialistischen Außenpolitik als Vorstufe der raumpolitischen Expansion begegnen. Vor allem aber hat der Putschversuch vom 25. Juli 1934 Anlaß zu dem Schluß gegeben, daß in der nationalsozialistischen Politik gegenüber Österreich ein frühes Exempel der Außenpolitik Hitlers vorliege, der später bewußt mit der Gewaltanwendung vorging. Gerade weil die nationalsozialistische Österreich-Politik aus dem sonst eher friedfertigen Rahmen der frühen außenpolitischen Unternehmungen Hitlers herauszufallen schien, hat man in ihr einen Modellfall späterer Vorgänge sehen wollen.

Die innere Entwicklung der deutschen Österreich-Politik in den Jahren 1933 und 1934 läßt eine solche modellhafte Deutung jedoch kaum zu. Das Charakteristikum dieser Phase lag gerade in der Uneinheitlichkeit und Widersprüchlichkeit der auf die Politik gegenüber Österreich einwirkenden Tendenzen. Da diese Politik nicht einmal eine Planmäßigkeit in sich selbst zeigt, sondern vielmehr eher das mangelhaft kalkulierte Produkt eines unkontrollierten Kräftespiels darstellt, erscheint es nicht möglich, sie als ein frühes Exempel der späteren ex-

pansionistischen und aggressiven Außenpolitik Hitlers zu interpretieren.

Das Beispielhafte der deutschen Österreich-Politik der Jahre 1933 und 1934 liegt auf einer anderen Linie. Sie zeigt, daß Hitler in der ersten Phase seiner Herrschaft noch nicht über jene Möglichkeiten einer außenpolitischen Manipulation verfügte, die ihm später zu Erfolgen verhalf. Als hinderlich wirkte sich dabei nicht einmal die Haltung des noch nicht gleichgeschalteten Auswärtigen Amtes aus, auf die Hitler sogar immer deutlicher selbst einschwenkte; ihre kritische Wendung erhielt die Österreich-Politik vielmehr durch die Einwirkung unterschiedlicher und widerstreitender Kräfte innerhalb des nationalsozialistischen Lagers selbst. Die völlige Gleichschaltung von Staats- und Parteiinteresse unter einem Führerwillen, später das kennzeichnende Merkmal des nationalsozialistischen Herrschaftsprinzips, war Mitte des Jahres 1934 noch nicht abgeschlossen.

So ist die Österreich-Politik der Frühphase der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland keineswegs das Zeugnis eines mit Vorbedacht und Planmäßigkeit betriebenen Schrittes auf dem Weg einer a priori beabsichtigten Expansions- und Aggressionspolitik. Vielmehr beweist gerade ihre Zuspitzung im Sommer 1934, daß hier untergeordnete, »lokalpolitische« Tendenzen sich in den Vordergrund schoben und eine aus der Zwangslage der NSDAP in Österreich geborene Improvisation die deutsche Außenpolitik in ihren Schatten zog. Noch 1938 mußte sich Wächter gegen den Vorwurf verteidigen, der Putschversuch sei eine »Privataktion« gewesen, die »gegen den Willen des Führers« unternommen worden sei³. Ein Vorwurf, dem der Parteigenosse Wächter völlig verständnislos gegenüberstand, denn für ihn bedeutete »das Einvernehmen mit meiner vorgesetzten Dienststelle (der Landesleitung Habichts) gleichzeitig die Erklärung des von mir nicht zu diskutierenden Führerwillens«. Wohl traf diese Logik 1938 zu, noch nicht aber 1934.

Hans Mommsen hat in einer Untersuchung über den Reichstagsbrand gezeigt, daß in der zeitgeschichtlichen Forschung »eine gewisse methodische Verengung der Fragestellung bemerkbar« sei, »die in der Erforschung der Anfangsphase des Dritten Reiches vor allem auf die Elemente planmäßiger totalitärer Manipulation gerichtet« bleibe⁴. Mommsen hat demgegenüber betont, daß der Nationalsozialismus gerade in seiner Frühphase nicht frei war von »ungeduldigen, unbedachten und meist augenblicksgebundenen ›Sofortentscheidungen‹«.

Mommsen hat dieses Urteil gewonnen an der Untersuchung eines innenpolitischen Vorgangs; die hier nachgezeichnete Entwicklung der deutschen Österreich-Politik von der Machtübernahme Hitlers bis zur Ermordung von Dollfuß ergibt für die Außenpolitik ein ähnliches Bild.

Ebenso wie die Durchsetzung der totalitären Diktatur im Innern vollzog sich auch der Weg zur äußeren Expansion beim Nationalsozialismus durchaus nicht nur in regelmäßigen und wohlberechneten Stufen. Er führte vielmehr über zufällige Erfolge und unberechenbare Rückschläge. Eine Geschichtsdeutung, die vorwiegend auf die Suche nach Elementen der Planmäßigkeit und auf den Erweis von Spuren der Kontinuität abgestellt ist, läuft stets Gefahr, einzelnen historischen Vorgängen nicht gerecht zu werden.

Anmerkungen

ZUR EINLEITUNG

¹ W. Malanowski (Der Widerstreit von Tradition und Doktrin in der deutschen Außenpolitik 1932–1936, Diss. Hamburg 1955) untersuchte die »Doppelgleisigkeit« der frühen nationalsozialistischen Außenpolitik und stellte dabei einen schrittweisen Übergang von der traditionellen Revisionspolitik zur ideologisch motivierten Raumpolitik fest. Es ist bemerkenswert, daß Malanowski die Österreich-Politik innerhalb seiner Theorie gar nicht zu lokalisieren sucht. – K.D. Bracher (Das ›Dritte Reich‹ zwischen Abschirmung und Expansion, in: Bracher-Sauer-Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung, S. 220 ff. und besonders S. 253 ff.) vermag die Österreich-Politik gleichfalls seinem System kaum einzuordnen und definiert sie als »Krise des neuen Kurses«, obwohl er andererseits die Entwicklung der Österreich-Politik schon als ein frühes Exempel der späteren Expansionspolitik deutet. Im übrigen unterstellt Brachers knappe Analyse der Österreich-Politik eine große Folgerichtigkeit und unterschätzt jene Widersprüche, die die deutsche Österreich-Politik geradezu geprägt haben.

² Eichstädt, S. 1 ff.

³ Gehl, S. 1 ff.

⁴ Vgl. das Vorwort von Bullock bei Gehl, S. VI ff.

⁵ Mein Kampf, S. 1.

⁶ Hitlers Zweites Buch, S. 176 ff., S. 207 ff.

⁷ Hierzu vgl. die Dokumentation »Die Erhebung der österreichischen Nationalsozialisten im Juli 1934«, die – eingeleitet von Ludwig Jedlicka – unmittelbar nach Abschluß der vorliegenden Arbeit erschien (Europa-Verlag, Wien-Frankfurt-Zürich 1965).

ZUM ERSTEN KAPITEL

¹ Vgl. Malanowski, S. 141 ff. Außerhalb Deutschlands war dieser Gedanke besonders in England verbreitet, wofür die britische Presse jener Tage Zeugnis ablegt. Vgl. Bracher-Sauer-Schulz, S. 26, 47, 232 ff.

² Interview Hitlers mit dem »Sunday Express« am 13. 2. 33, ADG 1933, 694 D.

³ Gehl, Austria, Germany and the Anschluß, S. 1 ff.

⁴ Hitler an Dollfuß am 30. 1. 33; Dollfuß an Hitler 30. 1. 33; Bundesarchiv, R 43 II/1475.

⁵ Eichstädt, Von Dollfuß zu Hitler, S. 16.

⁶ Gehl, a. a. O., S. 46 ff.

⁷ Regierungsamtliche Wiener »Reichspost« vom 3. 2. 33, NZZ 1933, Nr. 211; vgl. NZZ 1933, Nr. 187 mit Bericht aus Wien vom 30. 1. 33, wonach die Entwicklung in Deutschland in Wien »vorwiegend innerpolitisch beurteilt« wurde.

⁸ Die Hirtenberg-Affäre kann hier nicht ausführlich dargestellt werden, zumal Deutschland an ihr unbeteiligt war. Eine gute Zusammenfassung aus deutscher Perspektive gibt das Rundschreiben Köpkes vom 13. 3. 33; E 44 68 91-99 (DGFP, Ser. C., Vol. I, No. 81); vgl. Gehl, S. 48 f.

⁹ Gömbös an Hitler am 6. 2. 33; E 67 31 48-50 (DGFP, C. I, No. 15).

¹⁰ Hassell an AA am 6. 2. 33; 54 01 32-33 (DGFP, C, I, No. 12).

¹¹ Hassell an AA am 11. 1. 33; E 44 83 52-55 (DGFP, C, I, No. 14, Anm. I).

¹² Neurath an Hassell am 7. 2. 33; E 57 79 41-49 (DGFP, C, I, No. 14).

¹³ Hassell an AA am 23. 2. 33; E 57 93 14-21 (DGFP, C, I, No. 35).

¹⁴ Rieth an Bülow am 18. 2. 33; E 26 94 43-49 (DGFP, C, I, No. 25).

¹⁵ So argumentierte Köpke, der Leiter der Abt. II im AA, daß Roms Stellung zur Anschluß-Frage entscheidend durch die italienische Sorge um die Brenner-Grenze vorbestimmt werde, woran auch eine wirtschaftliche Zusammenarbeit nichts ändern werde. Köpke an Hassell am 20. 2. 33; E 44 29 01-07 (DGFP, C, I, No. 27).

¹⁶ Grünau an Rieth am 28. 5. 33; E 26 94 57 (DGFP, C, I. No. 25, Anm. 8).

¹⁷ Aufzeichnung Neuraths vom 14. 3. 33; 67 57 26–29, 67 57 34–35 (DGFP, C, I, No. 83).

¹⁸ Aufz. Köpkes vom 15. 3. 33; E 45 06 15–16 (DGFP, C, I, No. 89).

¹⁹ Ungarische Aufzeichnung vom 14. 3. 33; E 45 06 17 (DGFP C, I, No. 89).

²⁰ Eine plastische, wenn auch für Dollfuß zu apologetische Schilderung der Vorgänge gibt Gordon Shepherd, Engelbert Dollfuß, S. 129 ff. Shepherd leugnet jede gezielte Absicht der Regierung auch bei der Ausnutzung der entstandenen Lage.

²¹ NZZ (1933, Nr. 415) schilderte in einem Bericht aus Wien vom 8. 3. 33 die Taktik der Regierung als ein Mittel, um die nationalsozialistische Forderung nach Neuwahlen zu verhindern, die nach Hitlers Wahlerfolg auch in Österreich einen nationalsozialistischen Stimmenzuwachs befürchten ließen. Auch Shepherd, S. 132 f., gibt zu, die Regierung habe sich veranlaßt gesehen, »der neuen dämonischen Technik der Nationalsozialisten« entgegenzuwirken. Gehl, S. 49 f. übersieht den Hintergrund der März-Wahlen völlig.

²² Miklas nahm die von Dollfuß angebotene Demission des Kabinetts nicht an (NZZ 1933, Nr. 415); vgl. Eichstädt, S. 26, f.

²³ Am 22. 3. 33 schrieb die sozialistische »Allgemeine Zeitung« in Wien: »Für Österreich gibt es nur eine Staatsaufgabe, dem Schicksal zu entrinnen, das unser deutsches Brudervolk über sich selbst verhängt hat.« (NZZ 1933, Nr. 513; vgl. auch NZZ 1933, Nr. 508.)

²⁴ ADG 1933, 736 K. Im niederösterreichischen Landtag reichte die Übereinstimmung von Nationalsozialisten und Sozialdemokraten sogar so weit, daß sie am 15. 3. 33 gemeinsam Neuwahlen für den Nationalrat verlangten. (ADG 1933, 742 C.)

²⁵ Auch Mussolini machte sich dieses Argument schließlich zu eigen; Hassell an AA am 25. 3. 33; E 45 06 19.

²⁶ E 45 05 96–99; Rohans Denkschrift ist undatiert. Auf ihr findet sich jedoch eine Marginalie Heerens, nach der sie am 9. 3. 33 überreicht wurde.

²⁷ Für das Mißtrauen, mit dem Rohan die Hitler-Regierung betrachtete, ist bezeichnend der Hinweis auf die Gefahr, daß »die bisherige Haltung des Nationalsozialismus in der Südtirolfrage auf ganz Österreich ausgedehnt« werden könnte. Zur nationalsozialistischen Haltung zu Südtirol vgl. besonders Hitlers Zweites Buch, S. 182 ff.

²⁸ Aufzeichnung Heerens vom 13. 3. 33; E 45 06 00–02.

²⁹ Wegen der Bedeutung, die diese Unterscheidung später erhalten sollte, seien hier die Ausführungen Heerens zitiert: »Ziel der Reichspolitik kann es unter diesen Umständen nur sein, der nationalsozialistischen Bewegung auch in Österreich zum Siege zu verhelfen. Es ist klar, daß diese Hilfeleistung auf Wegen geschehen muß, welche die amtliche Politik nicht belasten, schon deswegen, weil sonst höchst unerfreuliche Reibungen mit Italien unvermeidlich wären. Das Bild nach außen muß sein und bleiben, daß die nationalsozialistische Bewegung in Österreich aus eigener Kraft zum Ziel gelangt und daß ihr vom Reich keine andere Hilfe gegeben wird als das fortreisende Beispiel.«

³⁰ Notiz Bülow's vom 14. 3. 33 auf Heerens Aufzeichnung vom 13. 3. 1933; E 45 06 02.

³¹ Ob Bülow damit rechnete, daß der Nationalsozialismus in Deutschland innenpolitisch bald scheitern werde, ist nicht sicher zu erkennen. Wahrscheinlich glaubte er aber an eine Entwicklung des Nationalsozialismus vom revolutionären zum evolutionären Kurs, was nach seiner Meinung eine Neuorientierung der Außenpolitik überflüssig machte. Vgl. Bülow's Rundschreiben an die Missionen vom 30. 1. 33; E 60 73 77-79 (DGFP, C, I, No. 1); vgl. Bracher-Sauer-Schulz, S. 235.

³² Köpke an Rieth am 22. 3. 33 (Entwurf vom 20. 3. 33) E 45 05 83-88 (DGFP, C, I, No. 107).

³³ Gelb war die Farbe der österreichischen Heimwehr. Mit der schwarz-gelben Koalition meinte Köpke die Koalition aus Christlich-sozialen und Heimwehr, deren Unterstützung Mussolini und Gömbös Hitler nahegelegt hatten.

³⁴ Zur italienischen Reaktion auf die März-Wahlen vgl. Winkler, S. 45 f.

³⁵ Im Auswärtigen Amt erfuhr man von Hitlers Reaktion auf den italienisch-ungarischen Vorstoß erst durch eine Unterredung, die Köpke am 23. 3. 33 mit Cerutti hatte. Aufz. Köpkes vom 23. 3. 33; 61 64 58-60 (DGFP, C, I, No. 112), auch zum folgenden; vgl. Neurath an Hassell am 27. 3. 33; 67 57 84-88 (DGFP, C, I, No. 128).

³⁶ Über die Unterredung Hitler-Cerruti ist keine Aufzeichnung erhalten. Über sie ist nur das bekannt, was Cerruti Köpke am 23. 3. 33 berichtete.

³⁷ Hassell an AA am 25. 3. 33; E 45 06 19.

³⁸ Aufzeichnung Neuraths v. 27. 3. 33; 6164 61 (DGFP, C, I, No. 112, Anm. 5).

³⁹ Am 28. 4. 32 stellte der sozialdemokratische Parteiführer Otto

Bauer im Nationalrat einen Antrag auf Auflösung des Hauses und Ausschreibung von Neuwahlen (ADG 1931/1932, 314).

⁴⁰ Schreiben des Landesleiters der österreichischen Nationalsozialisten, Proksch, an Nationalratspräsident Renner vom 27. 4. 32 (ADG 1931/1932, 313 F).

⁴¹ Vgl. Winkler, S. 45 f.

⁴² Rieth an Köpke am 31. 3. 33; E 45 06 03-10.

⁴³ Kapitelüberschrift bei Gehl, S. 52. – Gehl, S. 53, sieht in dieser Parole eine Erfindung Hitlers, die von ihm erstmals während einer Kabinettsitzung am 26. 5. 33 formuliert worden sei, und übersieht, daß sie dem Sprach- und Gedankenschatz des Auswärtigen Amtes entstammt und schon zwei Monate vorher entwickelt wurde.

⁴⁴ Protokoll Thomsens über Kabinettsitzung vom 7. 4. 33; 79 22 80-303 (Auszugsweise DGFP, C, I, No. 142).

⁴⁵ Vgl. Winkler, S. 44 f.

⁴⁶ Zur Gleichschaltung Bayerns vgl. K. D. Bracher in: Bracher-Sauer-Schulz, S. 136 ff. – Zur Wirkung auf Österreich vgl. Eichstädt, S. 23 f. – Zu den Beziehungen zwischen Christlichsozialen und Bayerischer Volkspartei vgl. K. Schwend, Die Bayerische Volkspartei; in: Das Ende der Parteien 1933, S. 457 ff. Wie abschreckend das bayrische Beispiel in Österreich wirkte, erhellt etwa ein Satz von Fey in einem Interview mit der französischen Zeitung »Excelsior« vom 29. 4. 33: »Wir haben keine Lust, uns vom Nazi-Deutschland ins Schlepptau nehmen zu lassen, das seine Absichten in Bayern gezeigt hat.« (ADG 1933, 814 L). – Am deutlichsten wurde Dollfuß selbst in einem Gespräch, das er anlässlich seines Rom-Besuches im April mit Hassell hatte. Er sagte dem Botschafter, man habe in Österreich die reichsdeutschen Erfahrungen vor Augen, die für Österreich »eine Warnung« bedeuteten. Dollfuß sprach dann ausdrücklich von den Vorgängen in Bayern, »die den Christlichsozialen in Österreich ungewöhnlichen Auftrieb gegeben hätten«. Hassell an AA am 20. 4. 33; E 57 84 40-45 (DGFP, C, I, No. 173).

⁴⁷ Schreiben Wirths an Bülow mit anliegender Aufzeichnung vom 2. 4. 33; E 45 06 30-34 (DGFP, C, I, No. 130).

⁴⁸ Das beweist schon das spätere Vermittlungsangebot von Wirth am 29. 5. 33. Wirth an Bülow am 29. 5. 33; 61 65 07-08 (DGFP, C, I, No. 270).

⁴⁹ Hassell an AA am 20. 4. 33; E 57 84 40-45 (DGFP, C, I, No. 173).

⁵⁰ Göring hielt sich vom 10.–18. 4. 33, Papen vom 9.–18. 4. 33 in Rom auf; Hassell an AA am 20. 4. 33; H 02 86 66–71 (DGFP, C, I, No. 162, Anm. 1); vgl. auch Bergen an AA am 18. 4. 33; E 46 06 51 (DGFP, C, I, No. 162).

⁵¹ Vgl. DGFP, C, I, No. 162, Anm. 1.

⁵² Notiz Bülow's vom 20. 4. 33; D 61 64 66. Auch in der österreichischen Presse tauchten Ende April Spekulationen über eine geplante Dollfuß-Reise nach Berlin auf. Dollfuß selbst erklärte dazu, »daß sich vielleicht einmal ein Anlaß oder eine Gelegenheit zu einer solchen Reise ergeben könne«. (Rieth an AA am 24. 4. 33; AA, Abt. II, Österreich, Bd. 5).

⁵³ Aufz. des Leiters der Wirtschaftsabt. im AA, Ritter v. 25. 4. 33 mit Marginalie Neurath's; E 45 04 61–62 (DGFP, C, I, No. 187).

⁵⁴ Aufzeichnung Neurath's v. 27. 3. 33; D 61 64 72.

⁵⁵ Am 4. 2. 33 erklärte Neurath dem britischen Botschafter Rumbold, er habe sein Amt nur übernommen »on condition that he was given a free hand and that no experiments in foreign policy were to be tried«. Rumbold an Simon am 4. 2. 33 DBFP, Ser. 2, Vol. IV, No. 235.

⁵⁶ Vermerk Lammers vom 4. 5. 33 auf Schreiben Thomsens an AA vom 3. 5. 33; D 61 64 74.

⁵⁷ Im »Nationalsozialistischen Jahrbuch 1934« firmierte die Landesleitung Österreich unter Habicht als letzte unter den 34 angegebenen Gauleitungen der NSDAP. Ebenso waren die militärischen Formationen SA und SS in Österreich den entsprechenden Führungsorganen im Reich untergeordnet. Beiträge, S. 17 ff.

⁵⁸ So berichtete die »Neue Zürcher Zeitung« (Jg. 1933, Nr. 663) am 11. 4. 33 aus Wien, der Reichskanzler pflege vor jeder Entscheidung über die Beziehungen mit Wien »einige Wiener Nationalsozialisten« zu hören, während Rieth »nahezu ausgeschaltet« sei.

⁵⁹ Neurath zu Tauschitz am 1. 1. 34; Beiträge S. 50.

⁶⁰ Die »Kampfgemeinschaft« wurde am 21. 4. 33 geschlossen. Bei voller Wahrung ihrer »organisatorischen Selbständigkeit« legten beide Seiten die »Pflicht zu enger Zusammenarbeit« fest (ADG 1933, 800 E).

⁶¹ Eichstädt, S. 24.

⁶² Eichstädt, S. 24; die Großdeutsche Volkspartei schloß ihr »Kampfbündnis« mit den Nationalsozialisten am 15. 5. 33. Die »Ausführungsbestimmungen« dieses für die NSDAP wichtigsten Bündnisses sind abgedruckt bei Langoth, S. 101 f. Darin werden, neben rein organisato-

rischen Absprachen, Neuwahlen gefordert. In der öffentlichen Erklärung des Zusammenschlusses wurden außerdem »der unbedingte Anschlußwille an das heutige Deutschland« und die »Anerkennung Adolf Hitlers als des Führers des gesamten deutschen Volkes« verkündet (ADG 1933, 842 F).

⁶³ So brachten die Gemeinderatswahlen in Innsbruck am 23. 4. 33 folgende Stimmenzahlen (in Klammern die Ergebnisse vom Mai 1931): Nationalsozialisten 14 996 (1 196), Sozialdemokraten 9 932 (12 043), Christlichsoziale 9 394 (9 883), Großdeutsche 828 (5 063). (ADG 1933, 801 M).

⁶⁴ Mit diesen Worten beschrieb Rieth die Tendenz einer Dollfuß-Rede vom 30. 4. 33; Rieth an AA am 2. 5. 33, AA, Abt. II, Österreich, Bd. 23).

⁶⁵ Die Verhandlungen waren »streng vertraulich«, Indiskretionen in der Presse veranlaßten jedoch Habicht und Dollfuß nach dem Scheitern der Verhandlungen zu einer öffentlichen Darstellung. Habicht gab am 30. 5. 33 eine Pressekonferenz (Rieth an AA am 31. 5. 33; AA II – Österreich, Po. 29 – Nr. 9, Bd. 1, Geheimakten 1920–1936 60/1, mit Anlage »Neue Freie Presse« vom 31. 5. 33; ADG 1933, 865 A). Dollfuß gab einen Tag später dazu eine Stellungnahme ab, die Habichts Darstellung nicht widerspricht (ADG 1933, 865 A). Ein ausführlicher Bericht findet sich auch bei Schuschnigg, Dreimal Österreich, S. 240 ff.; vgl. ferner Winkler, S. 54 und Langoth, S. 106.

⁶⁶ ADG 1933, 865 A. Wie sehr sich Rintelen als Mentor einer Verständigung fühlte, beweist allein sein Rücktritt als Minister am 24. 5. 33, der fraglos mit dem Scheitern der Verhandlungen zusammenhängt.

⁶⁷ Langoth, S. 106.

⁶⁸ Schuschnigg, S. 240 ff.; auch zum folgenden.

⁶⁹ Habicht und Dollfuß nannten in ihren öffentlichen Erklärungen keine Zahlen. Schuschnigg, S. 241, schreibt von »drei, höchstens vier Ministerposten«, die von den Nationalsozialisten gefordert wurden, wobei er hinzufügt, ihm sei die Zahl »nicht mehr genau erinnerlich«. Langoth, S. 106, berichtet von »zwei bis drei« Ministerien. Beide, Schuschnigg und Langoth, geben an, daß sich darunter das Sicherheitsministerium befunden habe. (Vgl. Shepherd, Dollfuß, S. 141.)

⁷⁰ Ebenso wenig wie für den Beginn ist für das Ende der Gespräche ein Datum festzustellen. Die Verhandlungen dürften jedoch vor dem Österreich-Besuch Franks beendet gewesen sein, mithin in den ersten Mai-Tagen stattgefunden haben. Diese Vermutung wird gestützt durch

die Tatsache, daß Habicht, wie öffentlich bekannt wurde, am 5. 5. 33 Dollfuß aufsuchte. (Wiener »Neuigkeitsweltblatt« vom 5. 5. 33, AA, Abt. II, Österreich, Bd. 23).

⁷¹ Schuschnigg, S. 241. – Habicht vergaß nicht, darauf hinzuweisen, daß die Partner der Christlichsozialen in dieser Hinsicht nicht »so zimperlich« seien, womit er offenbar auf Kontaktversuche Starhembergs in Berlin aufmerksam machen wollte. Starhemberg suchte über Dr. Hueber, einen Schwager Görings, im April offenbar Verbindungen in Berlin anzuknüpfen, augenscheinlich ohne Erfolg. (Winkler, S. 54).

⁷² Die Annahme von Gehl (S. 55), Dollfuß habe mit den Nationalsozialisten verhandelt, um den Einfluß der Heimwehr einzudämmen, ist nach dem Verlauf der Gespräche und nach dem Standpunkt, den Dollfuß und seine Verhandlungsführer einnahmen, völlig abwegig. Gehl überträgt hier offensichtlich spätere Entwicklungen auf den Mai 1933.

⁷³ Einen gründlichen Einblick in die Abhängigkeit der Heimwehr von Italien geben die Memoiren Starhembergs. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang ein Gespräch, das Starhemberg vermutlich im April 1933 mit Mussolini führte und von dem Starhemberg selbst schreibt, daß es »probably decided the fate of Austria as she was then« (Starhemberg, S. 104 ff.).

⁷⁴ Diese Formulierung gebrauchte Dollfuß selbst in seiner öffentlichen Erklärung vom 31. 5. 33.

⁷⁵ Aufzeichnung Neuraths über das Gespräch Hitler-Tauschitz vom 10. 5. 33; D 61 64 84–85 (DGFP, C, I, No. 219); auch zum folgenden.

⁷⁶ Dollfuß vor dem Parteitag der niederösterreichischen Christlichsozialen am 1. 5. 33 (ADG 1933, 818 B).

⁷⁷ Der äußere Ablauf dieser Vorgänge wird hier nur soweit dargestellt, als das zum Verständnis des politischen Hintergrundes, insbesondere der Vermischung von Regierungs- und Parteipolitik, notwendig ist. Der äußere Hergang ist im einzelnen dargestellt in Beiträgen, S. 20 ff. (vgl. auch Gehl S. 56 ff., Shepherd, S. 241, Eichstädt, S. 28 ff.).

⁷⁸ Rieth an AA am 10. 5. 33; AA Abt. II, Österreich, Bd. 23.

⁷⁹ Frank an Frauenfeld am 10. 5. 33, von Frank als Anlage zu seinem Brief an Neurath vom 10. 5. 33 übersandt.

⁸⁰ Artikelüberschrift der regierungsamtlichen »Reichspost« vom 10. 5. 33.

⁸¹ Frank an Neurath am 10. 5. 33; AA, Abt. II, Österreich, Bd. 23.

⁸² Bülow an Rieth am 11. 5. 33; AA, Abt. II, Österreich, Bd. 23.

⁸³ Vermerk Heerens vom 12. 5. 33; AA, Abt. II, Österreich, Bd. 23.

⁸⁴ »Reichspost« vom 12. 5. 33 von Erbach am 12. 5. 33 an AA übersandt; AA, Abt. II, Österreich, Band 23.

⁸⁵ Aufzeichnung Menshausens vom 14. 5. 33 (E 45 06 75-76). Skubl nahm bei seiner Erklärung Bezug auf »die bekannte, noch nicht ausgetragene Angelegenheit«. Mit diesem Hinweis war eine Rede gemeint, die Frank am 18. 3. 33 über den Münchener Sender an die Österreicher gehalten hatte und in der er die Wiener Regierung davor warnte, »etwa die Nationalsozialisten zu veranlassen, die Sicherungen der Freiheit der deutschen Volksgenossen in Österreich zu übernehmen«. (Aufz. Heerens vom 16. 5. 33; E 45 06 86-88). Wiederholte österreichische Proteste in dieser Angelegenheit blieben unbeantwortet, und die österreichische Regierung hielt den Fall für unerledigt und deshalb Frank für besonders unwillkommen. (Vgl. Beiträge, S. 19 ff.)

⁸⁶ Bericht über Franks Rede am 14. 5. 33 in Graz in der Deutschösterreichischen Tageszeitung vom 15. 5. 33; AA, Abt. II, Österreich, Bd. 23.

⁸⁷ Aufzeichnung Köpkes vom 19. 5. 33; E 45 06 99-701 (DGFP, C, I, No. 249).

⁸⁸ Köpke an Rieth am 15. 5. 33; E 45 06 77-78.

⁸⁹ Neuraths Aufzeichnung vom 15. 5. 33; E 60 69 43 (DGFP, C, I, No. 234).

⁹⁰ Vermerk Hüffers auf Durchschlag von Neuraths Aufz. vom 15. 5. 33; Neurath an Lammers am 15. 5. 33; E 60 69 44-45 (DGFP, C, I, No. 234, Anm. 3).

⁹¹ Vermerk von Lammers vom 15. 5. 33; E 60 69 47 (DGFP, C, I, No. 234, Anm. 3).

⁹² »Neues Wiener Tageblatt« vom 16. 5. 33; AA, Abt. II, Österreich Bd. 23.

⁹³ Aufzeichnung Neuraths vom 18. 5. 33; E 45 06 89.

⁹⁴ Aufzeichnung Köpkes vom 19. 5. 33; E 45 06 90-95.

⁹⁵ Aufzeichnung Köpkes vom 19. 5. 33; E 45 06 99-701 (DGFP, C, I, No. 249), auch zum folgenden.

⁹⁶ Im Auswärtigen Amt wurde der Plan am 19. 5. 33, als Hitlers Entscheidung schon feststand, bekannt und im nachhinein dann ausgiebig diskutiert. Die Entscheidung Hitlers muß jedoch spätestens am

18. 5. 33 gefallen sein, da Habicht, der gewiß eingeschaltet wurde, am 19. 5. 33 morgens schon wieder nach Wien zurückflog; Aufz. von Völckers v. 19. 5. 33; D 61 64 95–97 (DGFP, C, I, No. 256, Anm. 2).

⁹⁷ Anweisung Neuraths vom 19. 5. 33; D 61 64 94 (DGFP, C, I, No. 256, Anm. 2).

⁹⁸ Aufzeichnung von Völckers vom 19. 5. 33; D 61 64 95–97; auch zum folgenden. – Schneider und Cohrs kamen »mit dem Wunsche, von dem Herrn Reichsminister empfangen zu werden«. Neurath lehnte einen solchen Empfang offenbar ab und wies den beiden Partefunktionären Völckers als Gesprächspartner zu.

⁹⁹ Diese Formulierung von Völckers beweist eindeutig, daß er im Auftrag Neuraths sprach und der Außenminister auch nach der Erteilung der Anweisung, Habicht und Cohrs der Gesandtschaft in Wien zu attachieren, immer noch versuchte, die drohende Vermischung von Partei- und Regierungspolitik zu verhindern und so die Wirkung seiner widerwillig gegebenen Anweisung möglichst einzugrenzen.

¹⁰⁰ Das Original der Heeren-Denkschrift, das nach einem Vermerk von Kordt »von StS. an RM gegeben« wurde, ist in den Akten des AA nicht aufzufinden. Dem folgenden liegt die Durchschrift zugrunde, die in der Abt. II verblieb. Aufz. von Heeren v. 20. 5. 33; E 45 07 02–06 (DGFP, C, I, No. 256).

¹⁰¹ In seiner Unterredung mit Tauschitz am 19. 5. 33 ging Köpke auf die Frage der etwaigen Reisesperre nicht ein, obwohl er vom österreichischen Gesandten daraufhin angesprochen wurde. Es ist nachträglich nicht zu entscheiden, ob dies aus Unwissenheit oder aus Vorsicht geschah. Da aber Köpke die Frage auch in seiner hausinternen Aufzeichnung nicht berührte, ist es wahrscheinlich, daß mindestens er am 19. 5. 33 noch nichts wußte.

¹⁰² Gutachten über den »Reiseverkehr nach Österreich« vom 20. 5. 33; E 45 07 07–08. Das Gutachten ist nicht unterschrieben, aus Form und Inhalt ergibt sich jedoch, daß es zusammen mit dem Gutachten über den »Handelsverkehr mit Österreich« verfaßt wurde und daher mit Sicherheit auch von Ritter stammt (vgl. Anm. 103).

¹⁰³ Gutachten über den »Handelsverkehr mit Österreich« vom 20. 5. 33; E 45 07 09–10.

¹⁰⁴ Aufz. Heerens vom 20. 5. 33; a. a. O.

¹⁰⁵ Rieth an Neurath am 21. 5. 33; E 26 84 36–43.

¹⁰⁶ Die Art der Habicht-Information ist bezeichnend für die Mentalität des Landesinspektors. Er stellte die Reisesperre als eine be-

schlossene Sache dar, an der Neurath mit Anteil hatte, obwohl bei Habichts Abreise aus Berlin am 19. 5. 33 das AA noch nicht einmal unterrichtet war, geschweige denn eingewilligt hatte.

¹⁰⁷ Die Deutung eines »vielleicht übertriebenen Pessimismus« gab Rieth selbst seinem Brief an Neurath.

¹⁰⁸ Schon in seinem Brief an Neurath berichtete Rieth, man habe ihm mitgeteilt, »der Ausweisungsbefehl für Herrn Habicht liege bereits unterschrieben auf dem Pult des Ministers«.

¹⁰⁹ Rieth an Neurath am 22. 5. 33. (AA; Geheim 40/33) Rieth schreibt: »Angesichts zunehmender Gefahr sofortiger Ausweisung bitet er (Habicht), seine Ernennung unverzüglich zu vollziehen.«

¹¹⁰ Rieth an Neurath am 21. 5. 33; a. a. O.

¹¹¹ Zweites Buch, S. 176 ff., 207 ff.

¹¹² Auszug Thomsens aus der Niederschrift über die Ministerbesprechung vom 26. 5. 33; 37 63 76–81 (DGFP, C, I, No. 262); auch zum folgenden.

¹¹³ Das Bestreben von Dollfuß, ein österreichisches National- und Staatsgefühl zu schaffen, war seit Anfang Mai 1933 sichtbar geworden; vgl. Rede Dollfuß am 1. 5. 33 (ADG 1933, 818 B). Dem Totalitätsanspruch der Nationalsozialisten suchte Dollfuß entgegenzuwirken, indem er eine »besondere nationale Mission« Österreichs postulierte, die er im einzelnen u. a. als »Rückhalt für den deutschen Katholizismus« und als »Aufgabe gegenüber dem Auslandsdeutschum« umschrieb.

¹¹⁴ So hatten z. B. die österreichischen Christlichsozialen am 6. Mai 1933 den Bundeskanzler Dollfuß nicht zu ihrem Parteiobmann gewählt, obwohl Dollfuß mit seiner Wahl rechnete. Parteiführer blieb Vaugoin, was Dollfuß' Stellung in der Partei nicht gerade stärkte; vgl. Shepherd, S. 141 ff.

¹¹⁵ Daß Hitler auf längere Sicht aber durchaus an einen Anschluß dachte, zeigte seine Bemerkung, man werde Roms Zustimmung dazu später »mit Vorteilen auf anderen Gebieten bezahlen müssen«. Vorerst war sich Hitler aber darüber klar, daß eine Zustimmung Italiens »nicht zu erwarten« war.

¹¹⁶ Selbst Rieth sah keine Möglichkeit, Habicht zu ersetzen, da auch nach seiner Meinung unter den österreichischen Nationalsozialisten geeignete Führungskräfte fehlten. Rieth an Neurath am 21. 5. 33; a. a. O.

¹¹⁷ Bülow an Rieth am 26. 5. 33; AA, Geheim, 40/33. Verfügung Neuraths vom 27. 5. 33. (AA, Geheim, 40/33).

¹¹⁸ Vgl. Zweites Buch, S. 180.

¹¹⁹ In den Akten des AA und der Reichskanzlei finden sich nur wenige, allerdings sehr deutliche Hinweise auf den Einfluß, den gerade Habicht auf Hitler in der Österreich-Frage ausübte, u. a. ein Vermerk Köpkes vom 19. 6. 33, nach dem »der Führer alle österr. Dinge nur mit Landesinspekteur Habicht bespricht«. (AA, Abt. II, Österreich, Po. 29, Bd. 1.)

¹²⁰ Funk vor dem Kabinett am 26. 5. 33; a. a. O.

¹²¹ Aufzeichnung Heerens vom 20. 5. 33; E 45 07 02-06 (DGFP, C, I, No. 256).

¹²² Telegramm Bülow an die deutschen Auslandsvertretungen zur Reisesperre vom 29. 5. 33; (AA, Abt. II, Österreich, Bd. 24).

¹²³ So wurde z. B. bei einer Haussuchung in Habichts Wohnung in Linz am 31. 5. 33 ein »Programm über die zur Durchführung des Anschlusses vorläufig notwendigen Maßnahmen« von der österreichischen Polizei beschlagnahmt (Kaltenbrunner an Rieth am 1. 6. 33; AA, Geheim, 40/33).

¹²⁴ Habicht in der »Deutschösterreichischen Tageszeitung« zit. nach Mai-Juni-Ausgabe der in München erscheinenden »Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft« (AA, Abt. II, Po. 2, Österreich, Bd. 2).

¹²⁵ Hassell an AA am 1. 6. 33. (AA, Abt. II, Po. 2, Österreich, Bd. 24.)

¹²⁶ Zur Entwicklung des Falles Habicht Aufzeichnung (ohne Unterschrift, vermutlich von Bülow) v. 7. 6. 33; E 60 66 49-51; auch zum folgenden.

¹²⁷ Kaltenbrunner an Rieth am 1. 6. 33; a. a. O.

¹²⁸ Bülow an Neurath am 8. 6. 33; E 60 66 48. Für wie verfahren Bülow die Angelegenheit hielt, zeigt, daß er die Frage, was geschehen solle, außer mit einem Fragezeichen auch noch mit einem Ausrufungszeichen versah.

¹²⁹ Völklers an Bülow am 9. 6. 33; E 60 66 47 (DGFP, C, I, No. 298).

¹³⁰ Aufzeichnung Heerens vom 13. 6. 33; E 60 66 52 (DGFP, C, I, No. 305).

¹³¹ 2. Aufzeichnung Hüffers vom 13. 6. 33; E 60 66 53-54 (DGFP, C, I, No. 306).

¹³² Neurath hielt sich in jenen Tagen zur Teilnahme an der Weltwirtschaftskonferenz in London auf.

¹³³ Bülow an Lammers am 13. 6. 33; E 60 69 48-49 (DGFP, C, I, No. 307).

¹³⁴ Aufzeichnung Hüffers vom 14. 6. 33; AA, Abt. II betr. Nationalsozialismus (Angelegenheit Habicht-Cohrs-Wasserbäck) Bd. 1.

¹³⁵ Aufzeichnung Heerens vom 14. 6. 33; AA, Abt. II betr. Nationalsozialismus (Angelegenheit Habicht-Cohrs-Wasserbäck), Bd. 1.

¹³⁶ Lammers vermerkte am 14. 6. 33, daß von Hitlers Entscheidung, Wasserbäck auszuweisen, auch der preußische Ministerpräsident Göring unterrichtet worden sei. Vermerk Lammers vom 14. 6. 33 auf Bülow's Schreiben vom 13. 6. 1933; a. a. O.

¹³⁷ Aufzeichnung Heerens vom 14. 6. 33; a. a. O.

¹³⁸ Bericht Langens (Konsulat Linz) an Rieth vom 14. 6. 33; AA, Geheim 40/33.

¹³⁹ Aufzeichnung Hüffers vom 14. 6. 33; E 60 66 56–57. Hüffer notierte nach Rücksprache mit Rieth: »Die bisherigen Untersuchungen der am gestrigen Tage erfolgten Terrorakte haben ergeben, daß diese politischen Attentate ohne Zweifel mit Weisungen der NSDAP in Zusammenhang stehen.« Auch der Generalsekretär Peter vom österreichischen Bundeskanzleramt begründete Rieth gegenüber Habichts Verhaftung mit dem »Verdacht der Teilnahme an den systematischen Terroraktionen der letzten Tage«.

¹⁴⁰ Vgl. Beiträge, S. 7 f.

¹⁴¹ ADG 1933, 884 H.

¹⁴² Gehl (S. 58) stellt das Verbot der NSDAP in Österreich als eine Folge der Affäre Habicht-Wasserbäck dar. Diese Darstellung wird, abgesehen von anderen Zeugnissen, am deutlichsten widerlegt durch die Erinnerungen des österreichischen Vizekanzlers Winkler (S. 66 f.), der in Abwesenheit des in London weilenden Dollfuß die entscheidende Sitzung des österreichischen Kabinetts leitete.

¹⁴³ Aufz. Bülow's vom 15. 6. 33; D 61 65 24–25. Eine Abschrift seiner Aufzeichnung schickte Bülow an Außenminister Neurath nach London.

¹⁴⁴ Neurath an AA mit dem Zusatz »Für Reichskanzler« am 15. 6. 33; D 61 65 26–27 (DGFP, C, I, No. 313).

¹⁴⁵ Vgl. Neurath an Hindenburg am 19. 6. 33; IMT, XL, S. 465 ff.

¹⁴⁶ Hoesch an Bülow am 16. 6. 33; E 45 37 08–15.

¹⁴⁷ Forster an AA am 23. 6. 33; (Akten des AA, Abt. II, P. 2, Österreich, Bd. 24).

¹⁴⁸ Vgl. Gehl, S. 45 ff.

¹⁴⁹ Eine Aufzeichnung der Verhandlungen Mussolini-Dollfuß liegt nicht vor. Jedoch lassen sich Rückschlüsse aus Mussolinis Brief an

Dollfuß vom 1. 7. 33 (Briefwechsel, S. 16 ff.) ziehen, in dem Mussolini auch die Punkte anspricht, »die wir schon besprochen haben«, was sich nur auf die Juni-Begegnung beziehen kann.

¹⁵⁰ Selbst Shepherd, der die Bewegungsfreiheit von Dollfuß im allgemeinen höher einschätzt, als sie tatsächlich war, gibt (S. 233 ff.) zu, daß das Bündnis Rom-Wien einfach in der Logik »Die Feinde meiner Feinde sind meine Freunde« gründete. Aufschluß über Dollfuß' widerwilliges Eingehen auf Mussolinis Wünsche gibt auch Dollfuß' Brief an Mussolini vom 22. 7. 33 (Briefwechsel, S. 23 ff.).

¹⁵¹ Dollfuß zu Hoesch; Hoesch an Bülow am 16. 6. 33; E 45 37 08–15; auch zum folgenden.

¹⁵² Rieth an Bülow am 1. 7. 33; E 45 40 56–59 (DGFP, C, I, No. 346); auch zum folgenden.

¹⁵³ Köpke, der Rieths Schreiben an Bülow ausgiebig mit Marginalien versah, bezeichnete diese Vorstellungen von Dollfuß sogar als »naiv«. Köpkes Marginalie beweist, daß sich Köpke schon weitgehend mit der Gleichsetzung von Staats- und Parteipolitik abgefunden hatte.

¹⁵⁴ Rieth an Broich am 1. 7. 33; E 26 92 20–21.

¹⁵⁵ Entwurf eines Briefes von Rieth an Broich vom 1. 7. 33; E 26 92 35–38.

¹⁵⁶ Daß der Entwurf Rieths viel entschiedener und konkreter als das spätere Schreiben an Broich abgefaßt war und Rieth schließlich im Brief auf die Nennung von Namen überhaupt verzichtete, dürfte auf die Absicht des Gesandten zurückgehen, Habicht, dessen Einfluß er kannte, nicht zu verärgern.

¹⁵⁷ Vermerk Hüffers vom 10. 7. 33 auf dem Brief Rieths an Bülow vom 1. 7. 33

¹⁵⁸ Vermerk Köpkes vom 19. 6. 33; AA, Abt. II, Österreich, Geheimakten (betr. Nationalsozialismus), Bd. 1.

¹⁵⁹ Erklärung der Reichsparteileitung der NSDAP vom 15. 6. 33 (ADG 1933, 886 E).

¹⁶⁰ So schrieb die regierungsamtliche »Reichspost« vom 20. 6. 33, die NSDAP habe sich »von der Partei der österreichischen Nationalsozialisten losgesagt« und mutmaßte sogar, Habicht sei abgesetzt worden und die Nationalsozialisten Österreichs hätten »in Herrn Frauenfeld einen inländischen Landesinspekteur« bekommen. – Auch Rintelen (S. 264) gibt Heß' Erklärung noch nachträglich als einen Beweis für die Nichteinmischung der deutschen NSDAP in Österreich an, wobei er freilich das Dementi vom 22. 6. 33 bewußt verschweigt.

¹⁶¹ Erklärung der Reichsparteileitung v. 22. 6. 33 (ADG 1933, 895 E).

¹⁶² Beiträge, S. 6.

¹⁶³ Habicht in der »Deutscherösterreichischen Tageszeitung«; a. a. O.

¹⁶⁴ Eichstädt, S. 32 f.

¹⁶⁵ Eichstädt, S. 30 f.

¹⁶⁶ Über Formen und Umfang der neuen Propagandamethoden s. Beiträge, S. 26 ff.

¹⁶⁷ Vgl. Gehl, S. 60 ff.

¹⁶⁸ Aufzeichnung Köpkes vom 7. 7. 33; E 60 63 44–46.

¹⁶⁹ In den Akten des Auswärtigen Amtes finden sich keinerlei Hinweise auf eine vorherige Konsultation. Auch darf die Tatsache, daß der Ordner, Abt. II, Akten betr. Nationalsozialismus (Rundfunkreden des Landesinspektors Habicht) E 60 63 43 – erst mit Meins Protest angelegt wurde, als Indiz dafür gelten, daß eine Konsultation vorher nicht stattfand.

¹⁷⁰ Noch am 23. 6. 33 erklärte Neurath in einem Bericht über die Weltwirtschaftskonferenz, das Urteil über die »nationale Revolution« in Deutschland werde durch die Judenverfolgungen und »die Ereignisse in Österreich... völlig überschattet«. Aufzeichnung Hoffmanns vom 23. 6. 33; 79 29 89–97 (DGFP, C, I, No. 335).

¹⁷¹ Marginalie Neuraths vom 12. 7. 33 auf Aufzeichnung Köpkes vom 7. 7. 33; a. a. O.

¹⁷² Vermerk Hüffers vom 19. 7. 33; E 60 63 48.

¹⁷³ Hüffer an Esser am 22. 7. 33 (Durchschrift); E 60 63 49, mit Vermerk Hüffers für Köpke.

¹⁷⁴ Beiträge, S. 28 ff.

¹⁷⁵ Aufzeichnung Köpkes vom 17. 7. 33; D 61 65 93–96

¹⁷⁶ Köpke an Staatskanzlei in München am 19. 7. 33; Akten des AA Abt. II – Österreich – betr. Nationalsozialismus (Abwurf von Flugzetteln über Österreich durch deutsche Flugzeuge) Bd. 1.

¹⁷⁷ Aufzeichnung Hüffers vom 24. 7. 33; E 60 68 40.

¹⁷⁸ Aufzeichnung Köpkes vom 25. 7. 33; E 60 68 49–51.

¹⁷⁹ Aufzeichnung Bülows vom 27. 7. 33; E 60 68 52–54.

¹⁸⁰ Bülow an Neurath am 27. 7. 33; D 61 65 97–6 00 (DGFP, C, I, No. 376).

¹⁸¹ Neurath an Bülow am 29. 7. 33; E 19 77 00–03 (DGFP, C, I, No. 381) Durchschrift in Akten der Abt. II; D 61 66 01–04.

¹⁸² Erwin Schneiders Brief liegt nicht im Original vor, wie über-

haupt die Akten des APA der NSDAP fehlen. E. Schneiders Brief wurde am 12. 8. 33 von den österreichischen Behörden bei einer Haus-suchung bei Herbert Schneider in Wien beschlagnahmt (Rieth an AA am 12. 8. 33; Akten des AA, Abt. II, Pol. 29 Österreich, Nr. 8 b, betr. Verhaftung Dr. Schneider). Am 14. 8. 33 veröffentlichte die »Reichs-post« den Brief neben anderen beschlagnahmten Dokumenten. An der Echtheit des Dokumentes besteht kein Zweifel (Rieth an Bülow am 17. 8. 33; E 45 47 02-06 DGFP, C, I, No. 407). Das Schreiben hat besonderes Gewicht deshalb, weil es eindringlich Einblick in die Über-legungen der Partei gibt. Die beschlagnahmten Dokumente wiesen zum Teil auch auf die Benutzung des amtlichen Kurierweges der deut-schen Gesandtschaft in Wien durch die Partei hin, was Rieth verständ-licherweise beunruhigte. Es stellte sich dann heraus, daß »in einigen Fällen dem amtlichen deutschen Kurier Post mitgegeben worden sei, die dieser ohne Wissen der Gesandtschaft in seiner Eigenschaft als Par-teimitglied mitgenommen« hatte (Rieth an AA am 12. 8. 33). Der Vor-gang erregte auch im AA beträchtliches Aufsehen und veranlaßte Bü-low, einen besorgten Brief an Neurath zu schreiben (Bülow an Neu-rath am 15. 8. 33; E 62 77 32-35). Die »Reichspost« vom 14. 8. 33 befindet sich in den Akten des AA (E 62 77 24-31). Schneiders Brief ist in der »Reichspost« nicht datiert. Aus ihm geht aber hervor, daß er einen Tag vor Habichts Besuch im AA, also am 30. 7. 33, geschrie-ben wurde.

¹⁸³ E. Schneider schreibt: »... das letzte Mittel Reschny...«. Die Österreichische Legion, wie sich die Einheiten österreichischer Flücht-linge nannte, unterstand der Führung des SA-Obergruppenführers Reschny und war im Lager Lechfeld stationiert (s. Beiträge S. 30 ff.). Schneiders Formulierung deutet an, daß diese Legion für den Fall einer gewaltsamen Intervention gedacht war.

¹⁸⁴ Waldeck, SS-Gruppenführer, war der erste Nationalsozialist, der in den Apparat des AA Eingang fand. Seine Karriere als Legations-rat in der Personalabteilung des Ministeriums war aber äußerst kurz-lebig (vgl. Weizsäcker, Erinnerungen, S. 107 und Seabury, Die Wil-helmstraße, S. 58). In der Österreich-Politik war und blieb Waldeck jedoch ein wichtiger Kontaktmann zwischen AA und NSDAP, ohne daß er freilich je eigenen Einfluß gewann.

¹⁸⁵ Aufzeichnung Heerens vom 31. 7. 33; D 61 66 27-32; auch zum folgenden.

¹⁸⁶ Die weitverbreitete Skepsis den Nationalsozialisten nahest-

hender Kreise in Österreich beweist ein Bericht des Kontaktmannes der SA in Wien, Gilbert In der Maur, vom Ende Juli. In der Maur hatte die Aufgabe, mit »nationalgesinnten« einflußreichen Österreichern Verbindung zu halten, wobei er wiederholt auf das Urteil stieß, Habichts Methode sei eine »Schülerarbeit«, die keinen Erfolg verspreche. Den hier zitierten Bericht In der Maurs sandte Rieth am 21. 7. 33 an Habicht; E 26 82 40-64.

¹⁸⁷ Bülow an Neurath am 1. 8. 33; D 6166 14-19 (DGFP, C, I, No. 385).

¹⁸⁸ Auch die Untersuchungen der österreichischen Behörden konnten die Lieferung deutschen Sprengmaterials nach Österreich erst »in der zweiten Hälfte des Jahres 1933« nachweisen, wobei eine regelrechte planmäßige Terrortätigkeit erst Anfang 1934 um sich griff (vgl. Beiträge, S. 44 ff.).

¹⁸⁹ Nach österreichischen Angaben, die Bülows Frage zugrunde lagen, umfaßte die Legion etwa 5-6000 nationalsozialistische Flüchtlinge aus Österreich, die militärisch ausgebildet wurden. Habicht hingegen sprach von nur 1000 Mann, die »dieselbe Ausbildung wie die SA« erhielten (vgl. Beiträge S. 30 ff.).

¹⁹⁰ Bülow an Neurath am 1. 8. 33; a. a. O.

¹⁹¹ Wie wenig Bülow selbst das Gefühl hatte, daß in Heerens Aufzeichnung (a. a. O.) trotz ihrer Ausführlichkeit alle aufgetauchten Gesichtspunkte genügend gewürdigt seien, zeigen allein die Ergänzungen, die Bülow selbst in seinem Brief an Neurath (a. a. O.) hinzufügte, womit er einzelne Punkte der Diskussion, wie z. B. die Österreichische Legion, erst ins rechte Licht rückte. Die wieder pessimistischere Gesamtentendenz des Bülow-Briefes gegenüber der Heeren-Aufzeichnung erklärt sich nicht nur aus der grundsätzlichen Vorsicht des Staatssekretärs, sondern wohl auch aus dem zeitlichen Abstand, zumal in der Zwischenzeit sich die außenpolitischen Gefahren verstärkt hatten.

¹⁹² Aufzeichnung Bülows vom 31. 7. 33; D 61 66 20-25.

¹⁹³ So erklärte Mussolini später gegenüber Hassell, Dollfuß habe seinen Schritt in London entgegen dem ausdrücklichen italienischen Wunsch unternommen. Hassell an AA am 8. 8. 33; D 61 67 41-42.

¹⁹⁴ Auch Bülow hatte den Eindruck, daß der italienische Schritt nicht gegen, sondern »in Verabredung mit Paris und London« unternommen wurde. Obgleich dieser Eindruck nicht zutraf, sah Bülow sehr richtig, daß der Alleingang Mussolinis für das Reich keineswegs die materiellen Forderungen verminderte. Mussolini wolle für seinen »Ver-

mittlungsversuch« nämlich »eine Vermittlungsgebühr einstreichen«. Bülow an Neurath am 1. 8. 33; a. a. O.

¹⁹⁵ Bülow an Neurath am 1. 8. 33; D 61 66 14–19 (DGFP, I, C, No. 385).

¹⁹⁶ Marginalie Neuraths »mir auch«.

¹⁹⁷ Entwurf Heerens für den Brief Bülows an Neurath vom 31. 7. 33; D 61 66 40–42.

¹⁹⁸ Aufzeichnung Heerens vom 1. 8. 33; D 61 66 33–39. Die Aufzeichnung ist nicht unterschrieben, aus Bülows Brief an Neurath geht aber hervor, daß sie von Heeren stammt.

¹⁹⁹ Entwurf Heerens vom 31. 7. 33; a. a. O.

²⁰⁰ Neurath an Bülow am 31. 7. 33; K 17 12 54–57 (DGFP, C, I, No. 384).

²⁰¹ Neurath an Bülow am 4. 8. 33; D 61 66 69 (DGFP, C, I, No. 390). Der Brief ist irrtümlich datiert vom 4. 7. 33, offensichtlich ein Schreibfehler.

²⁰² Aufzeichnung Bülows vom 5. 8. 33; E 45 37 72–73 (DGFP, C, I, No. 391).

²⁰³ Aufz. Bülows vom 7. 8. 33; E 45 37 92–93 (DGFP, C, I, No. 393).

²⁰⁴ Aufz. Bülows vom 7. 8. 33; E 45 37 85–90 (DGFP, C, I, No. 392).

²⁰⁵ Koester an AA am 6. 8. 33; D 61 66 95–96.

²⁰⁶ Hassell an AA am 8. 8. 33; D 61 67 41–42.

²⁰⁷ Neurath an Hitler am 9. 8. 33; D 61 67 62–63 (DGFP, C, I, No. 398).

²⁰⁸ ADG 1933, 973 F; vgl. DGFP, C, I, No. 401, Anm. 6.

²⁰⁹ Neurath an Bülow am 4. 8. 33; a. a. O. – Aufzeichnung Bülows vom 5. 8. 33; E 45 37 72–73 (DGFP, C, I, No. 391). Cerutti bestätigte diese Formulierung später ausdrücklich und sagte, er habe sie auch nach Rom weitergegeben (Aufzeichnung Bülows vom 12. 8. 33; D 61 68 42–46 (DGFP, C, I, No. 401).

²¹⁰ Eine Kopie der Habicht-Rede wurde Neurath von der Landesleitung am 11. 8. 33 übersandt. Tunkl-Hohenstedt an Neurath am 11. 8. 33; D 61 68 26. Die anliegende Rede Habichts trägt die Nr. D 61 68 27–35.

²¹¹ Aufzeichnung Heerens vom 12. 8. 33; D 61 68 42–46 (DGFP, C, I, No. 401), vgl. Telegramm Heerens an Neurath vom 12. 8. 33; D 61 68 41 (Abschrift) und Smend an AA am 12. 8. 33; D 61 68 47–48.

Smend wurde im italienischen Außenministerium mitgeteilt, der italienische »Regierungschef sei von neuester Rede Habichts aufs peinlichste berührt, da sie entgegen Sinn deutscher Erklärung eklatanten Rückfall in alte Propagandamethode bedeute... Es könne hier bei Fortsetzung bisheriger Methode leicht (der) Eindruck entstehen, als ob wir uns über Italien lustig machten«. Smend suchte aus seiner prekären Lage einen Ausweg, indem er darauf aufmerksam machte, daß Habicht »keine beamtete Persönlichkeit« des Reiches sei.

²¹² Aufz. Neuraths vom 14. 8. 33; D 61 68 49-51 (DGFP, C, I, No. 402). Die Kernpunkte seiner Unterredung mit Hitler am 12. 8. 33 in Hohenschwangau legte Neurath vorher handschriftlich auf der ersten Seite des Manuskriptes der Habicht-Rede nieder.

²¹³ Rieth an AA am 26. 7. 33; E 45 15 37-73.

²¹⁴ Rieth an Bülow am 27. 7. 33; E 45 15 82-83.

²¹⁵ Rieth an Bülow am 17. 8. 33; E 45 47 02-06 (DGFP, C, I, No. 407).

²¹⁶ Muff an RWM am 17. 8. 33; E 45 47 07-16 (Durchschrift in AA-Akten).

²¹⁷ Aufzeichnung Bülows vom 23. 8. 33; 54 02 08-11.

²¹⁸ Bülow an Neurath am 25. 8. 33; D 61 68 88-91 (DGFP, C, I, No. 411).

²¹⁹ Die Eindrücke Kanyas sind niedergelegt in dem ungarischen Memorandum, das Masirevich am 30. 8. 33 Neurath übergab. Ungarisches Memorandum vom 30. 8. 33; D 61 69 01-02.

²²⁰ Aufzeichnung Neuraths vom 12. 9. 33; E 45 47 43 (DGFP, C, I, No. 427).

²²¹ Marginalie Neuraths vom 12. 9. 33 auf der Durchschrift des Bülow-Briefes vom 25. 8. 33; E 45 47 17-21.

²²² Bülow an Neurath am 1. 8. 33; a. a. O.

²²³ Neurath an Bülow am 4. 8. 33; a. a. O.

²²⁴ Die politische Gedankenwelt von Dollfuß ist am ausführlichsten, wenn auch stark idealisiert, geschildert bei Shepherd S. 113 ff. Zum Problem des »Austrofaschismus« vgl. E. Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche, S. 41; ders. Zur Phänomenologie des Faschismus, in: VjhZg. 10 (1962), S. 398 f.

²²⁵ Geheimer Briefwechsel (dt. Ausgabe, die auch für im folgenden herangezogen wird), S. 16 ff.

²²⁶ Starhemberg (S. 104 ff.) beschreibt ein Gespräch, das er offenbar Ende Februar 1933 mit Mussolini führte und in dem der italieni-

sche Regierungschef das »Italianità«, als »höchstes Ideal im faschistischen Italien« pries und anregte, man müsse »in Österreich etwas Ähnliches schaffen«.

²²⁷ Gömbös und Dollfuß trafen sich am 9. 7. 33 in Wien (vgl. Gehl, S. 51 f.). Die beiden Regierungschefs sprachen sich für die »Freundschaft zu Italien« und eine »möglichst enge Zusammenarbeit . . . auf wirtschaftlichem wie auch politischem Gebiet« aus. Dollfuß an Mussolini am 22. 7. 33; a. a. O.

²²⁸ Ender wurde am 19. 7. 33 als Minister ohne Portefeuille ins Kabinett berufen, um die neue Verfassung zu entwerfen (vgl. Sailer in: Geheimer Briefwechsel, S. 22).

²²⁹ Dollfuß an Mussolini am 22. 7. 33, Geheimer Briefwechsel, S. 23 ff.

²³⁰ »Bundeskanzler Dr. Dollfuß zu unterbreitende Erwägungen«, Geheimer Briefwechsel, S. 32 f. Die Aufzeichnung (Original in italienischer Sprache) ist nicht datiert und unterschrieben. Sie dürfte Dollfuß während der Konferenz von Riccione von italienischer Seite überreicht worden sein (vgl. Sweet in: Braunthal, S. 192, Anm. 1).

²³¹ »Amtserinnerung«; Geheimer Briefwechsel, S. 34 f. Die Aufzeichnung enthält einige Gesichtspunkte der Besprechungen von Riccione, wie sie offenbar nach Dollfuß' Angaben von einem österreichischen Beamten niedergelegt wurden (vgl. Sailer in: Geheimer Briefwechsel, S. 34).

²³² Dollfuß hielt diese Rede am 11. September 1933; vgl. Shepherd, S. 145 f., 212 ff., 248 f.

²³³ Smend an AA am 21. 8. 33; E 45 38 60–61 (DGFP, C, I, No. 408).

²³⁴ »Amtserinnerung«, a. a. O. – Mussolini bekräftigte diese Absicht noch Mitte September gegenüber dem österreichischen Gesandten Schüller und fügte sogar hinzu, er habe »schon gewisse Vorbereitungen für diesen Fall getroffen«. Allerdings hielt Mussolini eine Invasion vom Reich aus für unwahrscheinlich und sagte zu Schüller: »J'exclue l'idée d'une invasion« (Bericht Schüllers vom 15. 9. 33; in: Geheimer Briefwechsel, S. 40 ff.).

²³⁵ Smend an AA am 21. 8. 33; a. a. O.

²³⁶ Bericht Schüllers vom 15. 9. 33; a. a. O.

²³⁷ »Erwägungen«, a. a. O.

²³⁸ Mussolini an Dollfuß am 9. 9. 33 in: Geheimer Briefwechsel, S. 37 f. (vgl. Sweet in: Braunthal, S. 170 f.). Starhemberg selbst er-

wähnt in seinen Erinnerungen nicht, daß er Mussolini veranlaßt habe, bei Dollfuß auf die »Faschisierung des österreichischen Staates« zu dringen. Starhemberg (S. 114 ff.) spricht nur von seinen Besuchen in italienischen Jugendlagern und Mütterheimen.

²³⁹ In der allgemeinen Charakteristik Dollfuß', die nach wie vor umstritten ist, kann man dem maßvollen und abgewogenen Urteil von Gehl (S. 74 f.) zustimmen: »Dollfuß was neither the courageous defender of Austria's independence, the imaginative creator of the authoritarian state, nor the ruthless suppressor of the Socialists and parliamentary democracy. He played the part of a skilful tactician, who embodied the unsteady equilibrium of Austrian politics.«

²⁴⁰ Aufzeichnung Hassells vom 24. 9. 33; E 57 81 35–38 (DGFP, C, I, No. 448) Die Aufzeichnung ist nicht unterschrieben, aus Hassells Bericht vom 6. 10. 33 (a. a. O.) geht jedoch hervor, daß sie von ihm stammt.

²⁴¹ Hassell legte diesen Plan – in fünf Punkten formuliert – erstmals am 3. 8. 33 vor (Hassell an AA am 3. 8. 33; E 41 05 95–97; DGFP, C, I, No. 388) und wiederholte seinen Vorschlag am 6. 10. 33 (Hassell an AA am 6. 10. 33; H 02 87 55–51; DGFP, C, I, No. 485), nicht ohne sich darüber zu beklagen, »seitdem... nichts weiter aus Berlin gehört« zu haben.

²⁴² Aufzeichnung Hassells vom 24. 9. 33; a. a. O.

²⁴³ In diesem Sinne kommentierte Erwin Schneider vom APA der NSDAP die Auswahl der Legionäre. (Erwin Schneider an Herbert Schneider am 30. 7. 33; a. a. O.)

²⁴⁴ Bullock, Foreword zu Gehl, S. VI ff.; Eichstädt, S. 1 ff.

²⁴⁵ Hitler vor dem Kabinett am 26. 5. 33; Aufzeichnung Thomsens vom 26. 5. 33; 37 63 76–81.

²⁴⁶ Neben dieser Motivierung der Verhandlungen, im Einklang mit den italienischen Wünschen, läßt sich eine weitere anführen, nämlich die, daß Dollfuß eine Verhandlungslösung mit den Nationalsozialisten gerade gesucht habe, um der rein italienischen Ausrichtung der österreichischen Innenpolitik entgegenzuwirken. Auch für diese Deutung lassen sich zahlreiche Indizien anführen (vgl. Gehl S. 70 ff.). Beide Gesichtspunkte schließen indessen einander nicht aus, da sie zeitlich nacheinander ausschlaggebend wurden. Die Aufnahme der Kontakte stand zweifellos im Zusammenhang mit Mussolinis Wünschen. Als die Verhandlungen später von den Nationalsozialisten mit dem ausdrücklichen Ziel geführt wurden, die Heimwehr und besonders

Starhemberg von der Macht zu verdrängen, wurden sie von der Heimwehr sabotiert. Allerdings ist die These von Gehl (S. 71) etwas überspitzt, Dollfuß sei »ein Gefangener seiner eigenen Politik« gewesen, und er habe damit rechnen müssen, daß eine Fortsetzung seiner italienfreundlichen Politik »schließlich zu seinem eigenen Sturz führen« könnte. Zwar finden sich im Briefwechsel Mussolini-Dollfuß einige Anzeichen der Ungeduld des Duce, doch gibt es keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß Mussolini Dollfuß fallenlassen wollte.

ZUM ZWEITEN KAPITEL

¹ Aufzeichnung Heerens vom 5. 9. 33; E 45 47 30-32 (DGFP, C, I, No. 416).

² V-Bericht vom 18. 9. 33; E 45 25 30-31 (auch zum folgenden). Der vorliegende V-Bericht stammt von einem (ungenannten) der NSDAP nahestehenden Beamten im österr. Bundeskanzleramt. In den Akten des AA findet sich eine große Zahl derartiger Berichte, die von Vertrauensleuten der NSDAP in Österreich für die Landesleitung verfaßt wurden und von denen Habicht eine Auswahl an das AA weiterleitete. Die V-Berichte sind besonders wichtig zur Illustration der Lage der Nationalsozialisten in Österreich und ihrer Pläne und vermitteln oft ein sehr ungeschminktes Bild, zumal Habicht wenigstens gelegentlich auch Berichte an das AA weitergab, die für ihn selbst nicht eben schmeichelhaft waren.

³ Rieth an AA am 10. 9. 33; E 60 59 35-39.

⁴ Zur Rivalität Dollfuß-Rintelen vgl. Rieth an AA am 10. 9. 33; a. a. O. Rieth nennt Rintelen eine »unmittelbare Gefahr« für Dollfuß. Die Abschiebung nach Rom bedeute für den »verschlagenen Politiker« Rintelen eine »Schlappe«; s. u. S. 127 f.

⁵ Rintelen selbst hat seine Berufung nach Rom in diesem Sinne gedeutet (Rintelen, S. 243 ff.).

⁶ Aufzeichnungen Heerens vom 5. 9. 33; a. a. O.

⁷ Bülow an Neurath am 1. 8. 33; a. a. O.

⁸ a. a. O. Skeptischer als Bülow urteilte Neurath über diese Frage. Er glaubte, daß ein »Nachgeben... zwar vielleicht Dollfuß angenehm wäre, daß aber Vauguin (sic) und Fey, deren Sklave Dollfuß jetzt schon ist, kein Kompromiß wollen«. Ein Hindernis sah Neurath auch in der Haltung Hitlers, bei dem »ein Kompromiß mit Dollfuß... zur Zeit

nicht zu erreichen sei«. (Neurath an Bülow am 4. 8. 33; a. a. O.) Andererseits beweist die Tatsache, daß sich der Außenminister eine Absage holte, daß er sich die italienische Anregung zu eigen machte, ebenso wie er schon zuvor, gemeinsam mit Papen, versucht hatte, eine »Änderung des Kurses« gegenüber Österreich durchzusetzen.

⁹ So hatte der ital. Militärattaché am 3. 8. 33 in Berlin eine »Koalitionsregierung zwischen Nationalsozialisten und Christlich-Sozialen« angeregt; Aufz. Hüffers vom 4. 8. 33 (E 45 40 61).

^{9a} Smend an AA am 21. 9. 33; E 61 01 10-13 (DGFP, C, I, No. 443); auch zum folgenden.

¹⁰ Beiträge, S. 48. In dieser Publikation, die 1934 von der österreichischen Regierung herausgegeben wurde, wird die Unterredung Dollfuß-Rieth so dargestellt, als sei sie vom Gesandten ausgegangen. Eine genaue Rekonstruktion des Gespräches erscheint unmöglich, da offenbar auch auf österreichischer Seite keine Aufzeichnungen angefertigt wurden, sondern sich auch die »Beiträge« auf eine »Formulierung« berufen, die Dollfuß »unmittelbar nach der Unterredung... einigen Freunden mitgeteilt hat«. Für die Annahme, daß das Gespräch von Dollfuß ausging, spricht allein die Tatsache, daß es am 12. 9. 33 stattfand, einen Tag, nachdem Dollfuß auf dem Wiener Trabrennplatz seine große programmatische Rede gehalten hatte, in der er eine »ständische Verfassung« ankündigte. Nach dieser innenpolitischen Stabilisierung erscheint ein außenpolitischer Vorstoß durchaus wahrscheinlich.

¹¹ In den deutschen Akten findet sich keine Aufzeichnung Rieths über sein Gespräch mit Dollfuß, um so weniger eine Weitergabe nach Berlin, die Rieth nach österreichischen Angaben »mit Lebhaftigkeit« zugesichert hatte. Rieth scheint das Gespräch also als rein privat angesehen zu haben.

¹² Bericht Langen an AA (Akten des AA, Abt. II, Österreich, Po. 29-Nr. 9 betr. Nationalsozialismus-Einigungsverhandlungen (E 45 40 46); auch zum folgenden. Das Datum des Berichtes ist nicht festzustellen, da der obere Rand, wie auch bei anderen Stücken des gleichen Ordners, verbrannt ist. Bülow zeichnete den Bericht, von dem sich auch kein Durchschlag finden läßt, am 30. 9. 33 ab.

¹³ Langoth wird von Langen zwar ausdrücklich nicht genannt; es ist nur von einem »unbedingt zuverlässigen Gewährsmann« die Rede. Indessen sprechen drei Indizien eindeutig für Langoth: 1. Die engen Beziehungen zwischen Langen und Langoth (s. Langoth S. 132 f.) 2. Das im Bericht erwähnte enge Verhältnis zwischen Dollfuß und Lan-

goth, der als »Freund des Bundeskanzlers« bezeichnet wird (s. Langoth, S. 124) 3. Die spätere tatsächliche Vermittlerrolle Langoths, die hier von ihm schon angedeutet wird.

¹⁴ Mussolini an Dollfuß am 9. 9. 33 in: Geheimer Briefwechsel, S. 37 f.

¹⁵ Vgl. Gehl, S. 71.

¹⁶ Diese Tendenz glaubte ein Vertrauensmann der Nationalsozialisten nach einem Gespräch mit dem christlichsozialen Politiker Bachinger feststellen zu können. Bachinger berichtete auch ausführlich über die Hintergründe der Regierungsumbildung vom 20. 9. 33. Das Gespräch fand am 23. 9. 33 statt. Der V-Bericht selbst ist weder datiert noch unterzeichnet. (E 45 40 68–70.)

¹⁷ Habicht zu Foppa und Langoth am 27. 9. 33; Langoth, S. 122.

¹⁸ Habichts Unterredung mit Foppa und Langoth am 27. 9. 33 – also noch während der Vorbereitungen zu einem Treffen Dollfuß-Neurath in Genf – beweist, daß Habicht eingeweiht war.

¹⁹ Diese Position wurde im Dezember 1933, nach einer entsprechenden Anweisung Hitlers, vom AA wiederholt bekräftigt.

²⁰ Aufzeichnung Völklers' vom 26. 9. 33; D 61 69 48 (DGFP, C, I, No. 450).

²¹ Aufzeichnung Siegfrieds vom 26. 9. 33; D 61 69 48 (DGFP, C, I, No. 450).

²² Dollfuß ließ ausdrücklich sagen, daß er »nach dem Protokoll« nicht den ersten Schritt tun könne. Aufzeichnung Siegfrieds vom 26. 9. 33; a. a. O.

²³ Aufzeichnung Völklers' vom 28. 9. 33; D 61 69 56

²⁴ Aufzeichnung Hahns vom 28. 9. 33; D 61 69 57–59 (DGFP, C, I, No. 465); auch zum folgenden.

²⁵ Dollfuß betonte diese »Verantwortung für sein Land« wiederholt gegenüber Baron Hahn. Aufzeichnung Hahns vom 28. 9. 33; a. a. O.

²⁶ Dollfuß erläuterte gegenüber Hoesch, daß er Neurath »hochschätze«. Hoesch an Bülow am 16. 6. 33; a. a. O.

²⁷ Dollfuß zu Hoesch, Hoesch an Bülow am 16. 6. 33; a. a. O.

²⁸ Neurath an Bülow am 4. 8. 33; a. a. O.

²⁹ Einblick in die innenpolitischen Erwägungen in Österreich seit August 1933 gibt Langoth, S. 106 ff. in dem Kapitel »Vorbereitung zu Verständigungsverhandlungen«, in dem einige wichtige Protokolle über Unterredungen mit maßgebenden Politikern aus allen Lagern abgedruckt sind.

³⁰ Zum Standpunkt der Großdeutschen vgl. Langoth, S. 107 ff.; zu dem der Sozialdemokraten Langoths Gespräch mit dem Obmann der SPÖ in Oberösterreich, Gruber (Langoth, S. 117 ff.).

³¹ Gespräch Langoths mit Vizekanzler Winkler am 1. 8. 33; Langoth, S. 107 ff. – Gespräche Langoths mit dem christlichsozialen Landesrat Hirsch am 23. u. 25. 8. 33; Langoth, S. 114 ff.

³² Langoth zu Winkler am 1. 8. 33; Langoth, S. 107.

³³ Langoth, S. 106.

³⁴ Langoth, S. 120.

³⁵ Langoth, S. 112 ff.; auch zum folgenden.

³⁶ Langoth und Foppa beriefen sich am 27. 9. 33 Habicht gegenüber nicht auf einen Auftrag Dollfuß', was sie zweifellos getan hätten, wenn ein solcher Auftrag bestanden hätte, sondern deuteten ihren Kontakt als eigene Initiative. Langoth, S. 120.

³⁷ Mit dieser »unterrichteten Persönlichkeit« kann nur Habicht gemeint sein, obwohl sein Name nicht genannt wird; Langoth, S. 115.

³⁸ Wassilew zu Habicht; Langoth, S. 121. – Hauptmann Wassilew war ein bulgarischer Faschistenführer und mit Fey befreundet. Außer Wassilew benutzte Fey die Heimwehroffiziere Lahr und Pabst als Kontaktmänner. – Über die Verhandlungen zwischen Fey und den Nationalsozialisten ist nur bekannt, was Habicht Langoth und Foppa am 27. 9. 33 mitteilte (Langoth, S. 121 f.). Daß die Verhandlungen im September noch nicht ins Materielle gingen, bestätigte Habicht am 5. 10. 33 auch Hüffer (Aufz. Hüffers vom 5. 10. 33; E 45 40 81–83).

³⁹ Protokoll des Treffens vom 27. 9. 33 (Langoth, S. 120 ff.); auch zum folgenden.

⁴⁰ Die folgende Aufstellung folgt in Numerierung und Reihenfolge nicht derjenigen Langoths (S. 125 f.). Hier werden die einzelnen Punkte systematisch zusammengestellt, während sie bei Langoth ungeordnet erscheinen.

⁴¹ Langoth und Foppa bestanden darauf, nicht nur für die NSDAP, sondern namens der »Nationalen Kampffront«, der außer den Nationalsozialisten auch die Großdeutschen und der Steirische Heimatschutz angehörten, mit Dollfuß zu verhandeln. (Langoth, S. 123).

⁴² Der Gedanke einer selbständigen Organisation der österreichischen NSDAP gehörte zu Langoths Lieblingsideen. Schon am 23. 8. 33 hatte er auf die Frage des christlich-sozialen Landesrates Hirsch nach den etwaigen Verhandlungsvorstellungen der NSDAP geantwortet: »Es ist ohneweiters vorstellbar, daß die NS-Partei in Österreich aus

dem Verhältnis der Unterstellung zur Partei im Reich losgelöst und als österreichische nationale Partei ausgebaut werden könnte.« (Langoth, S. 114).

⁴³ Langoth zu Hirsch am 23. 8. 33; Langoth, S. 114.

⁴⁴ Aufzeichnungen Bülow-Schwantes vom 29. 9. 33; E 45 40 73 bis 76.

⁴⁵ Aufzeichnungen Heerens vom 30. 9. 33; E 45 40 77.

⁴⁶ Köpke an Gesandtschaft Wien am 30. 9. 33; E 45 40 78.

⁴⁷ Erbach an AA am 3. 10. 33; E 45 40 79.

⁴⁸ Aufzeichnungen Hüffers vom 5. 10. 33; E 45 40 81–83.

⁴⁹ Über das Treffen in Odenburg liegen zwei Darstellungen Habichts vor: 1. der Bericht Habichts an Hüffer vom 13. 10. 33; (Aufzeichnung Hüffers vom 13. 10. 33; E 45 40 85–88 (DGFP, C, I, No. 497) und 2. der Bericht, den Habicht am 20. 10. 33 gegenüber Langoth und Foppa gab (Langoth, S. 134 f.). Im folgenden werden beide Berichte herangezogen, wobei auf Differenzen hingewiesen wird.

⁵⁰ Es ist bezeichnend für Habichts Absicht, die Verhandlungen mit Fey gegenüber seinen Mittelsmännern zu Dollfuß herunterzuspielen, daß er Langoth und Foppa sagte: »Alberti erklärte... im Einvernehmen mit Fey erschienen zu sein.« Hüffer gegenüber erklärte er jedoch, daß Alberti »eine schriftliche Vollmacht... vorwies«. Ansonsten gab Habicht jedoch Langoth und Foppa einen durchaus zutreffenden Einblick in seine Verhandlungen mit der Heimwehr, womit er zweifellos unterstrich, daß er die Kontakte zu Dollfuß ernster nahm als die zu Fey.

⁵¹ Der General Karl Frh. von Bardolff war der Präsident des »Deutschen Volksrates«. Er galt in Österreich als eine angesehene Persönlichkeit des sog. nationalen Lagers. Der von Bardolff geführte Volksrat hatte schon im Juli 1933 erklärt, daß er »den Weisungen Habichts bedingungslos folgen werde«. V-Bericht, von Hüffer am 4. 7. 33 abgezeichnet; E 45 25 14–15.

⁵² Aufzeichnung Hüffers vom 13. 10. 33; a. a. O.

⁵³ Aufzeichnung Hüffers vom 16. 10. 33; E 45 40 89.

⁵⁴ Aufzeichnung Hüffers vom 16. 10. 33; a. a. O.

⁵⁵ Habicht zu Langoth und Foppa am 20. 10. 33; Langoth, S. 134 f.

⁵⁶ Aufzeichnung Hüffers vom 19. 10. 33; E 45 40 90–91.

⁵⁷ Informatorische Gespräche zwischen Heimwehr und NSDAP fanden zwischen Fey und Schattenfroh auch noch Ende Oktober in Wien statt. Feys Verlangen, »daß vor direkten Verhandlungen... erst eine

Periode der Beruhigung und des Waffenstillstandes eintreten müsse«, lehnte Schattenfroh als »unmöglich« ab. Aufz. Hüffers v. 30. 10. 33; D 61 70 01-04 (DGFP, C, II, No. 35).

⁵⁸ Gegenüber Langoth und Foppa betonte Habicht wiederholt, daß er nicht daran denke, sich »mit der Heimwehr wirklich zu verbinden«. (Langoth, S. 122, 135, 136) Neben der fraglos vorhandenen taktischen Absicht dieser Beteuerung, die darauf zielte, Langoth und Foppa die Kontakte zu Dollfuß als wichtiger zu zeigen, kann man ihr wohl einen gewissen objektiven Wahrheitsgehalt unterstellen.

⁵⁹ Langoth, S. 133 f.

⁶⁰ Protokoll der Aussprache vom 13. 10. 33; Langoth, S. 124 ff.

⁶¹ Auch Habicht mußte eingestehen, »es sei Dollfuß besonders darum zu tun, zu einer Bereinigung seines Verhältnisses mit dem Deutschen Reich zu kommen«. Aufzeichnung Hüffers vom 21. 10. 33; E 45 40 94-95 (DGFP, C, II, No. 20).

⁶² Rieth an AA am 10. 9. 33; E 60 59 35-39.

⁶³ Auch unter den österr. Nationalsozialisten galt Rintelen als »mit allen Salben geschmiert« und NS-Kreise warnten davor, ihm eine »Papenrolle« einzuräumen. V-Bericht v. 27. 9. 33; E 45 25 81-88.

⁶⁴ In den Akten findet sich kein Fingerzeig dafür, daß Hassell Kontakte zu Rintelen anstreben sollte.

⁶⁵ Aufzeichnung Hüffers v. 13. 10. 33; E 45 40 85-88 (DGFP, C, I, No. 497); vgl. Langoth, S. 135.

⁶⁶ Langoth, S. 136.

⁶⁷ Aufzeichnung Hüffers vom 19. 10. 33; E 45 40 90-91.

⁶⁸ Dollfuß berichtete Langoth und Foppa am 25. 10. 33, er habe von »anderen Fäden« erfahren, die über Venedig gesponnen würden. Dollfuß wußte jedoch nicht, wer an ihnen beteiligt war. (Langoth, S. 139.)

⁶⁹ Protokoll der Aussprache vom 20. 10. 33; Langoth, S. 132 ff.

⁷⁰ Habicht bezog sich mit dieser Stellungnahme auf Andeutungen, die Dollfuß gegenüber Langoth und Foppa am 13. 10. 33 gemacht hatte. Dollfuß hatte davon gesprochen, daß Habicht »auch im Reich ein umstrittener Faktor« sei und »verschiedene Kräfte tätig (seien), die die Taktik Habichts verurteilen«. (Langoth, S. 130.)

⁷¹ Nach der Darstellung, die Habicht über sein Gespräch mit Langoth und Foppa Hüffer gegenüber gab, war sogar beabsichtigt, »Habicht in den nächsten 14 Tagen auf Grund eines Geleitbriefes nach Wien kommen zu lassen, um persönlich mit Dollfuß zu verhandeln«. Auf-

zeichnung Hüffers v. 21. 10. 33; E 45 40 94–95 (DGFP, C, II, No. 20).

⁷² Dem österreichischen Minister Ender, der einen Kontakt Dollfuß-Habicht herstellen wollte, hatte Dollfuß gesagt, er stehe »bereits in direkten Verhandlungen mit Berlin«. Habicht erkundigte sich sofort bei Hüffer, »ob dies zutrefte und in welcher Weise«. Aufzeichnung Hüffers vom 19. 10. 33; a. a. O.

⁷³ Aufzeichnung Hüffers vom 21. 10. 33; a. a. O.

⁷⁴ Aufzeichnung Hüffers vom 21. 10. 33; a. a. O. Habichts Befürchtungen, daß eine neue Terrortätigkeit die Verhandlungen gefährden könnte, waren nicht unberechtigt. Der Chefredakteur der »Münchener Zeitung«, Beckmann, war bei seinem Besuch in Österreich Anfang Oktober »in bestimmten nationalsozialistischen Kreisen in Wien« wiederholt »der Auffassung begegnet, die Dinge in Österreich könnten auf aktivistischem Wege günstig beeinflußt werden«. Beckmann wies mahnend auf die »Gefahren innenpolitischer und vor allem außenpolitischer Natur« hin, die mit solchen Plänen verbunden waren. Von dem Bericht von Beckmann über seine Reise finden sich die Seiten 5–8 als Durchschlag in den Akten des AA; E 45 25 57–59.

⁷⁵ Aufzeichnungen über Absprachen zwischen dem Auswärtigen Amt und der Landesleitung Habichts finden sich zwar nicht, jedoch vermerkte Hüffer am 21. 10. 33, daß Habicht, Langoth und Foppa »in der hier (im AA) besprochenen Weise« verhandelten. Aufzeichnung Hüffers vom 21. 10. 33; a. a. O.

⁷⁶ Hitler wurde auch über den Verlauf der Verhandlungen von Habicht laufend persönlich unterrichtet; (Langoth, S. 137).

⁷⁷ Aufzeichnung Hüffers vom 21. 10. 33; a. a. O.

⁷⁸ Protokoll der Aussprache vom 25. 10. 33; Langoth, S. 136 ff., auch zum folgenden.

⁷⁹ Es finden sich keine Beweise dafür, daß sich Langoth und Foppa um Unterredungen mit Hitler oder Heß bemüht hätten. Sie bezogen sich offenbar ausschließlich auf die Angaben Habichts.

⁸⁰ Tatsächlich war es Ende Oktober noch einmal zu Kontaktgesprächen zwischen Fey und Habichts Vertrautem in Wien, Schattenfroh, gekommen. Die Kontakte endeten jedoch völlig ergebnislos. Aufz. Hüffers vom 30. 10. 33; D 61 70 01–04 (DGFP, C, II, No. 35).

⁸¹ Über das »Neun-Punkte-Programm« Hanfstaengls finden sich in den erhaltenen Akten keinerlei Einzelheiten. (vgl. DGFP, C, II, No. 71, Anm. 2). Erwähnt wird die Aktion Hanfstaengls in zwei Auf-

zeichnungen Hüffers vom 30. 10. 33 (D 61 70 01-04) und vom 16. 11. 33 (E 45 41 09-11), wobei Hüffer beide Male Äußerungen Habichts wiedergibt. Der einzige detaillierte Bericht über Hanfstaengls Aktion stammt von Habicht, wie er ihn am 14. 11. 33 gegenüber Langoth und Foppa gab (Langoth, S. 145 f.). Diesem Bericht, der im ganzen als zutreffend gelten kann, wenn er auch in Einzelheiten überspitzt sein mag, da Habicht sein eifersüchtig gehütetes Verhandlungsmonopol durch Hanfstaengl gefährdet sehen mußte, folgt auch die vorliegende Darstellung. Die Tatsache, daß Hanfstaengl selbst in seinen Erinnerungen seine Vermittlertätigkeit, die für ihn nicht eben rühmlich endete, überhaupt verschweigt, wird Habichts Bericht eher bestätigen als in Frage stellen. Eine genaue Datierung der Aktion und ihrer einzelnen Etappen ist anhand der vorliegenden Unterlage nicht möglich.

⁸² Aufzeichnung Hüffers vom 30. 10. 33; D 61 70 01-04 (DGFP, C, II, No. 35).

⁸³ Telefonisch teilte Habicht am 30. 10. 33 Hüffer mit, Dollfuß »habe sich inzwischen von der Bedeutungslosigkeit dieser Aktion überzeugt«. Eine Begründung dieser Meinung gab Habicht allerdings nicht. Aufzeichnung Hüffers vom 30. 10. 33; a. a. O.

⁸⁴ Aufzeichnung Bülow-Schwantes vom 30. 10. 33; E 45 40 96-98. Nach dieser Aufzeichnung verabschiedete sich Alvensleben um den 20. 10. 33 herum im Auswärtigen Amt und wurde dort am 28. 10. 33 wieder vorstellig. Die Aufzeichnung Bülow-Schwantes liegt auch dem folgenden zugrunde.

⁸⁵ Alvensleben wollte mit den österreichischen Behörden wegen der Freilassung seines Sohnes verhandeln, der in ein Attentat gegen den Sicherheitsdirektor von Tirol, Steidle, verwickelt war. Aufzeichnung Bülow-Schwantes vom 30. 10. 33; a. a. O.

⁸⁶ Aufzeichnung Bülow-Schwantes vom 30. 10. 33; a. a. O.

⁸⁷ Marginalie Hüffers auf der Aufzeichnung Bülow-Schwantes vom 30. 10. 33; a. a. O. – Die Einschränkung »auszugsweise« bezieht sich offensichtlich auf den zweiten Teil der Aufzeichnung, in dem Alvenslebens Bericht über die Verhandlungen wegen seines Sohnes festgehalten ist.

⁸⁸ Aufzeichnung Hüffers vom 8. 11. 33; E 45 41 00-01; vgl. Langoth, S. 147.

⁸⁹ So motivierte Habicht sein Vorgehen gegenüber Langoth und Foppa am 14. 11. 33; Langoth, S. 147.

⁹⁰ Alvensleben an Neurath am 8. 11. 33; E 45 41 03-04

⁹¹ Diese Darstellung von Alvenslebens Aktion gab Habicht gegenüber Langoth und Foppa (Langoth, S. 146 f.). Der Name Hüffers wird von Langoth mit »Hülfert« angegeben.

⁹² Langoth, S. 147.

⁹³ Habicht zu Langoth und Foppa am 14. 11. 33; Langoth, S. 146.

⁹⁴ Alvensleben an Neurath am 8. 11. 33; a. a. O.

⁹⁵ In den Akten ist eine Beteiligung Wächters an den Verhandlungen im Herbst 1933 nicht nachzuweisen. Da er jedoch – neben Schattenfroh – das prominenteste Mitglied der Landesleitung war, das sich in jener Zeit in Österreich aufhielt, ist seine Beteiligung als sicher anzunehmen. Wächter selbst nennt u. a. Fey, Starhemberg und Gleißner als seine Kontaktpartner; s. u. Anm. 96.

⁹⁶ Bericht Wächters vom 31. 5. 38; Anlage VjhfZg. 12 (1964), S. 213. Im übrigen decken sich die Bemerkungen Wächters völlig mit den Beobachtungen, die Langoth und Foppa machten. Die beiden Unterhändler gewannen in Wien »mit aller Bestimmtheit« den Eindruck, »daß die Regierung Informationen von Persönlichkeiten, denen sie Gewicht beilegt, erhalten hat, wonach der Widerstand Habichts zu brechen und die Landesleitung München auszuschalten sei, ohne das Einigungswerk zu gefährden«. Langoth zu Habicht am 14. 11. 33. (Langoth, S. 145.)

⁹⁷ Sauer, in: Bracher-Sauer-Schulz, S. 880 ff.

⁹⁸ Schon am 13. 10. 33 spielte Dollfuß gegenüber Langoth und Foppa darauf an, daß Habicht »auch im Reich ein umstrittener Faktor« sei und daß es »Kräfte (gebe), die eine andere Lösung wünschen«. (Langoth, S. 130 f.)

⁹⁹ Über die Schuschnigg-Mission existiert allein Schuschniggs eigener Bericht (Dreimal Österreich, S. 242 ff.). In den Akten finden sich keinerlei Hinweise (vgl. DGFP, C, II, p. 60). Es ist daher auch nicht festzustellen, wer an der Vorbereitung der Reise auf österreichischer und deutscher Seite mitwirkte.

¹⁰⁰ Langoth, S. 143. – Langoth und Foppa wurden offensichtlich durch Habicht von Schuschniggs Besuch in München nachträglich unterrichtet, und Langoth versäumte nicht, festzuhalten, daß Gleißner ihm und Foppa am 4. 11. 33 die Schuschnigg-Reise verschwiegen hatte.

¹⁰¹ Langoth, S. 143.

¹⁰² Langoth, S. 145 ff.

¹⁰³ Aufzeichnung Hüffers vom 30. 10. 33; D 61 70 01–04 (DGFP, C, II, No. 35).

¹⁰⁴ Über das Gespräch vom 29. 10. 33 findet sich kein Protokoll bei Langoth. Der einzige Bericht darüber ist der Habichts, wie er ihn am 30. 10. 33 an Hüffer gab. Aufzeichnung Hüffers vom 30. 10. 33; a. a. O. – Die Unterredung wird bei Langoth, S. 140, nur erwähnt.

¹⁰⁵ Habicht suchte gegenüber Hüffer (dessen Aufz. v. 30. 10. 33; a. a. O.) seinen Vorstoß so darzustellen, als sei er von Dollfuß ausgelöst worden. Habicht teilte Hüffer mit, Dollfuß habe sich »prinzipiell zur Aufnahme von Verhandlungen bereiterklärt und um Präzisierung der nationalsozialistischen Forderungen gebeten«. Tatsächlich hatte Dollfuß den Verhandlungsweg noch völlig offengelassen und nur »Punktationen« für einen »stillen Waffenstillstand« erbeten. Auch hier zeigt sich wiederum Habichts Neigung zur Schönfärberei.

¹⁰⁶ Aufzeichnung Hüffers vom 30. 10. 33; a. a. O.

¹⁰⁷ Die folgende Aufzählung der Forderungen ist in Hüffers Niederschrift, auf die sie sich stützt, nicht numeriert.

¹⁰⁸ U. a. Fey zu Alvensleben; Aufzeichnung Bülow-Schwantes vom 30. 10. 33; a. a. O.

¹⁰⁹ Aufzeichnung Hüffers vom 30. 10. 33; a. a. O. Habicht nahm für sich das gleiche Recht in Anspruch; s. Langoth, S. 136.

¹¹⁰ So etwa, wenn Habicht am 20. 10. 33 Langoth und Foppa sagte: »Wir haben nichts dagegen, wenn Dollfuß an Fey festhalten will. Er muß ihn aber dann auf seine Gruppe übernehmen.« (Langoth, S. 135).

¹¹¹ Langoth, S. 140.

¹¹² Niederschrift des Gesprächs zwischen Gleißner, Langoth und Foppa bei Langoth, S. 140 ff.; auch zum folgenden.

¹¹³ Beilage zur Niederschrift des Gesprächs zwischen Gleißner, Langoth und Foppa am 4. 11. 33. (Langoth, S. 142 f.)

¹¹⁴ Niederschrift über die Unterredung zwischen Gleißner, Langoth und Foppa am 13. 11. 33. (Langoth, S. 143 f.)

¹¹⁵ Gleißner, Langoth und Foppa trafen sich noch am 20. 11. 33 (Langoth, S. 148 ff.), am 23. 11. 33 (Langoth, S. 151), am 11. 12. 33 (Langoth, S. 152 ff.), am 18. 12. 33 (Langoth, S. 154 f.) und am 2. 1. 34 (Langoth, S. 155 ff.)

¹¹⁶ Niederschrift über Gespräch zwischen Habicht, Langoth und Foppa am 14. 11. 33. (Langoth, S. 144 ff.)

¹¹⁷ Auch Gleißner gewann den Eindruck, »daß Dollfuß sich wieder auf jenen Standpunkt zurückziehe, den er in der ersten Besprechung mit Foppa und Langoth hinsichtlich der Verhandlungen mit Habicht eingenommen habe«, nachdem er »bei der zweiten Aussprache die Er-

mächtigung gegeben (habe), zu verhandeln und Föhlung zu nehmen, mit wem sie es für gut und richtig finden«. Gleißner zu Langoth und Foppa am 4. 11. 33. (Langoth, S. 140)

¹¹⁸ Aufzeichnung Hüffers vom 8. 11. 33; E 45 41 00-01 (DGFP, C, II, No. 49)

¹¹⁹ Gleißner erklärte am 13. 11. 33 gegenüber Langoth und Foppa, man sei in der Regierung »einig und geschlossen in dem Willen, eine Befriedung mit dem nationalen Lager herbeizuföhren«, wobei er ausdrücklich auch Feys »Verständigungswillen« hervorhob. Langoth, S. 143 f.

¹²⁰ Das berichtete Göring über seine Unterredung mit Mussolini; Aufzeichnung Neuraths vom 20. 11. 33; D 61 70 14-15.

¹²¹ Langoth, S. 140

¹²² Langoth, S. 138

¹²³ Gleißner zu Langoth und Foppa am 11. 12. 33. (Langoth, S. 153); auch zum folgenden.

¹²⁴ Habicht zu Hüffer; Aufzeichnung Hüffers vom 16. 11. 33; E 45 41 09-11 (DGFP, C, II, No. 71) auch zum folgenden.

¹²⁵ Aufzeichnung Hüffers vom 16. 11. 33; a. a. O.

¹²⁶ Hueber zu Foppa am 25. 11. 33 (Langoth, S. 151 f.); auch zum folgenden.

¹²⁷ Foppa zu Gleißner am 11. 12. 33 (Langoth, S. 153)

¹²⁸ Der »Kampfring der Österreicher im Deutschen Reich« sollte als eine lockere Organisation der in Deutschland lebenden Österreicher in Kassel aus der Taufe gehoben werden. Sein Ziel sollte darin bestehen, die vorhandenen Vereine von Österreichern zusammenzuschließen in einer Form, »die den jetzigen innerdeutschen Verhältnissen konform geht«, wobei sich die »parteiämtlichen Stellen« betont zurückhielten. Dennoch war Habicht als Eröffnungsredner vorgesehen und ließ sich auch durch die Bedenken des AA von der Gründung nicht abhalten. Aufz. Hüffers vom 4. 11. 33; D 61 70 09-11 (DGFP, C, II, No. 46).

¹²⁹ Habicht zu Langoth und Foppa am 14. 11. 33 (Langoth, S. 147)

¹³⁰ Aufzeichnung Hüffers vom 16. 11. 33; a. a. O.

¹³¹ Hahn an AA am 15. 11. 33; Bundesarchiv Koblenz, Best.: R 43 II/1476.

¹³² Neben dem Bericht des »Journal des Debats« vom 21. 11. 33 (a. a. O.), in dem eine etwaige Einigung charakterisiert wird als »eine Operation . . . , die Mitteleuropa dem dritten Reich ausliefere« und als

ein Verrat Dollfuß' an den »wahren Freunden Österreichs«, vgl. den Bericht des Geheimen Staatspolizeiamtes an das AA vom 12. 12. 33, wonach »der auffallend milde Ton« zwischen Wien und Berlin »in Frankreich Besorgnis erregt«; Bericht vom 12. 12. 33; E 45 41 23–24.

¹³³ »Journal des Debats« vom 21. 11. 33; Pressetelegramm an AA vom 21. 11. 33; D 61 70 16–17.

¹³⁴ Rieth an AA am 24. 11. 33; E 45 41 12–13.

¹³⁵ Ausschnitt aus der »Reichspost« vom 24. 11. 33; Anlage zu Rieths Bericht vom 24. 11. 33; a. a. O.

¹³⁶ Göring hielt sich vom 6. bis 7. 11. 33 in Rom auf. Der eigentliche Zweck seines Besuches war die Überbringung eines Briefes Hitlers an Mussolini zum Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund. Wie Göring nach seiner Rückkehr berichtete, zeigte Mussolini für die deutsche Haltung »volles Verständnis«. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Österreich-Frage »eingehend« erörtert. Aufzeichnung Neuraths vom 20. 11. 33; D 61 70 14–15; auch zum folgenden.

¹³⁷ Über Görings Gespräche mit Mussolini liegt nur der Bericht vor, den Göring selbst Neurath gab (a. a. O.). Sicher hatte Göring ein Interesse daran, seinen Kontakt mit Mussolini in möglichst günstigem Licht darzustellen, zumal gegenüber Neurath, und es sind daher mindestens Vorbehalte angebracht, ob Göring Mussolinis Reaktion wirklich objektiv wiedergab.

¹³⁸ Entwurf Hüffers vom 5. 12. 33; E 45 26 36–39

¹³⁹ So erklärte Dollfuß u. a. in einer Rede in Amstetten am 26. 11. 33, er sei »unter der Voraussetzung der Unabhängigkeit und Nichteinmischung . . . zur Beseitigung der Mißhelligkeiten« mit dem Reich bereit. Die »Berliner Börsen-Zeitung« vom 27. 11. 33 veröffentlichte einen Bericht über diese Rede unter dem bezeichnenden Titel »Lenkt Dollfuß ein?« Berliner Börsen-Zeitung vom 27. 11. 33; Akten des AA, Abt. II, Österreich, Po. 29 – No. 9, 60/1 Geheimakten betr. Nationalsozialismus – Einigungsverhandlungen. Schon in einer Rede in Retz am 16. 11. 33 hatte sich Dollfuß zu Regierungsverhandlungen bereit erklärt, da der »Streit . . . zwischen zwei deutschen Staaten« bestehe. Erbach an AA am 16. 11. 33; Bundesarchiv – Bestand: R 43 II/1476.

¹⁴⁰ Aufzeichnung Hüffers vom 5. 12. 33; E 45 26 40–42

¹⁴¹ Aufzeichnung Hüffers vom 6. 12. 33; E 45 26 46–48

¹⁴² Erbach an AA am 23. 11. 33; Bundesarchiv Best.: R 43 II/1476; vgl. Gehl, S. 75. Eine recht objektive Schilderung der Bemühungen

Dollfuß' um den Landbund und die daraus folgenden Unstimmigkeiten gibt auch Winkler, S. 125 ff.

¹⁴³ Rieth an AA am 12. 12. 33; E 60 62 83-86 (DGFP, C, II, No. 124).

¹⁴⁴ So bezweifelte Hüffer, ob es Rintelen mit seinen Bemühungen »wirklich ernst« sei. Entwurf Hüffers vom 5. 12. 33; a. a. O.

¹⁴⁵ Entwurf und Aufz. Hüffers vom 5. 12. 33; a. a. O.

¹⁴⁶ Agenten-Bericht aus Wien, undatiert und nicht unterzeichnet, dem AA vom Geheimen Staatspolizeiamt am 6. 12. 33 zugesandt; E 60 62 69-70

¹⁴⁷ Rieth an AA am 12. 12. 33; a. a. O.

¹⁴⁸ Habicht an Hüffer am 6. 12. 33. – Das Original des Briefes findet sich nicht in den Akten des AA. Hier wird zitiert aus dem Auszug, den Hüffer für Neurath und Bülow machte. E 45 41 14-15 (DGFP, C, II, No. 106)

¹⁴⁹ Habicht erwähnt hier besonders den italienischen Presseattaché in Wien, Morreale, der als Kontaktmann der Heimwehr zu Mussolini galt; vgl. Gehl, S 76

¹⁵⁰ Anschreiben Hüffers zum Briefauszug (a. a. O.) v. 7. 12. 33; E 45 41 16 (DGFP, C, II, No. 106)

¹⁵¹ Köpke an Rieth am 11. 12. 33; E 60 62 72

¹⁵² Rieth an AA am 12. 12. 33; a. a. O.

¹⁵³ Entwurf der Aufzeichnung Hüffers vom 5. 12. 33; a. a. O.; auch zum folgenden.

¹⁵⁴ Seinen vorerst letzten Versuch, die deutsche Österreich-Politik in den Rahmen einer deutsch-italienischen Verständigung zu stellen, hatte Hassell am 25. 10. 33 gemacht. Wie wenig Verständnis der Botschafter mit seinen Anregungen fand, zeigt Neuraths Marginalie: »Ein nutzloser Sermon«. Hassell an Neurath am 25. 10. 33; H 02 87 62 bis 67 (DGFP, C, II, No. 28)

¹⁵⁵ Habicht an Hüffer am 6. 12. 33; a. a. O.; auch zum folgenden. – Außer den reichlich unpräzisen Angaben Habichts finden sich keine Unterlagen über Dollfuß' Kontaktsuche, und über Personen, Daten und Sachfragen lassen sich deshalb keine genaueren Angaben machen.

¹⁵⁶ Aufzeichnung Neuraths vom 11. 12. 33; D 61 70 41 (DGFP, C, II, No. 115)

¹⁵⁷ Aufzeichnung Bülows vom 12. 12. 33; 54 04 67-70 (DGFP, C, II, No. 120)

¹⁵⁸ Aufzeichnung Neuraths vom 13. 12. 33; 54 04 60-63 (DGFP, C, II, No. 126); auch zum folgenden.

¹⁵⁹ Als parallele Absichten Hitlers und Dollfuß' nannte Suvich »den Kampf gegen den Marxismus und das Freimaurertum«, wobei er – nicht ohne eigenen Unwillen – zugestand, Dollfuß habe bisher diesen Kampf »nach österreichischer Art nicht sehr energisch betrieben«.

¹⁶⁰ Gesperrt in Neuraths Aufzeichnung v. 13. 12. 33; a. a. O.

¹⁶¹ Rieth, der im übrigen ohnehin keine Anzeichen für einen italienischen Sinneswandel sah, erwartete von Suvich schon vorher am wenigsten ein Zugeständnis, da ihm der italienische Unterstaatssekretär »einer der Hauptverantwortlichen für (die) scharfe Einstellung italienischer Politik in Österreich gegen (den) Nationalsozialismus zu sein« schien. Rieth an AA am 12. 12. 33; a. a. O.

¹⁶² Habicht an Hassell am 22. 12. 33; Abschrift D 61 70 66–67 (DGFP, C, II, No. 144). – Das Original des Habicht-Briefes ist nicht aufzufinden. Erhalten ist nur eine Abschrift, die Hassell am 28. 12. 33 an Neurath zur »persönlichen Unterrichtung« sandte. Hassell an Neurath am 28. 12. 1935; a. a. O.; auch zum folgenden.

¹⁶³ Habicht traf am 14. 12. 33 in Görings Jagdhaus in der Schorfheide zu einer »kurzen Unterredung« mit Suvich zusammen. Über das Gespräch liegt keine Unterlage vor, es scheint Habicht jedoch tief enttäuscht zu haben, wie sich aus seinem Brief an Hassell ergibt.

¹⁶⁴ Hassell an Habicht am 28. 12. 33; Abschrift D 61 70 62–65 (DGFP, C, II, No. 153). – Auch Hassells Schreiben ist nur in der Abschrift für Neurath erhalten.

¹⁶⁵ Schon am 15. 12. 33 hatte Hassell berichtet, daß sich die italienische Sorge wegen des Anschlusses von der Abneigung gegen eine deutsch-italienische Grenze am Brenner zur Furcht vor einer deutschen Einflußnahme auf dem Balkan zu verlagern beginne. Hassell an AA am 15. 12. 33; Akten des AA, Abt. II, Pol. 2 – Österreich, Bd. 24

¹⁶⁶ Hassell an Neurath am 28. 12. 33; D 61 70 61, auch zum folgenden.

¹⁶⁷ Habicht an Hassell am 22. 12. 33; a. a. O.

¹⁶⁸ Hassell an Habicht am 28. 12. 33; a. a. O.

¹⁶⁹ Hassell an Neurath am 21. 12. 33; E 45 41 33–38; auch zum folgenden. Vgl. auch Hassell an Köpke am 22. 12. 33; 54 02 96–99 (DGFP, C, II, No. 145). In seinem Schreiben an Köpke schildert Hassell ausführlich das italienische Echo auf Suvichs Besuch, die Österreich-Frage wird aber nur gestreift.

¹⁷⁰ Hassell an Neurath am 21. 12. 33; a. a. O.

¹⁷¹ Marginalie Neuraths auf dem Brief Hassell vom 21. 12. 33; a. a. O.

¹⁷² Rieth an Bülow am 21. 12. 33; E 45 41 25–32 (DGFP, C, II, No. 143).

¹⁷³ Rieth an Bülow am 21. 12. 33; a. a. O.

¹⁷⁴ Shepherd, S. 258 f. Shepherd sieht in Suvichs Zustimmung zu Hitlers Formulierung von Österreich als einem »nichtssagenden Objekt« reichlich vorschnell einen Beweis dafür, daß die Italiener »tatsächlich« eine Rückversicherung eingingen, muß indessen selbst zugeben, daß sie dies taten, »ohne ihre Grundeinstellung gegenüber Österreich aufzugeben«.

¹⁷⁵ Suvich besuchte noch am 16. 12. 33 Heß in München; Rundschreiben im AA vom 18. 12. 33; E 57 83 73–84. Über den Inhalt der Unterredung Heß-Suvich finden sich keine Unterlagen; vgl. DGFP, C, II, No. 145, Anm. 3.

¹⁷⁶ In den deutschen Akten findet sich keine Aufzeichnung des Gesprächs Frick-Tauschitz, das auch wohl eher inoffizieller Art war. Von österreichischer Seite wurde hingegen später ein Auszug aus dem Bericht Tauschitz' über sein Gespräch mit Frick veröffentlicht. Aus diesem Auszug wird hier zitiert. Beiträge, S. 49. – Erwähnt wird das Gespräch jedoch auch von Rieth (Brief an Neurath vom 21. 12. 33; a. a. O.) und von Hüffer (Aufzeichnung vom 30. 12. 33; a. a. O.)

¹⁷⁷ Beiträge, S. 49.

¹⁷⁸ Rieth an Bülow am 21. 12. 33; E 45 41 25–32 (DGFP, C, II, No. 143). – Auf diesem ausführlichen Brief Rieths, der die Vorgänge in Wien Mitte Dezember eingehend schildert, beruht auch weitgehend das folgende, soweit nicht auf andere Quellen verwiesen wird.

¹⁷⁹ Daß »die Italiener jetzt auf eine Verständigung mit dem Nationalsozialismus in Österreich hinarbeiteten«, hatte Rieth auch von dem Generalsekretär für Auswärtiges im Wiener Kanzleramt, Peter, »in ganz positiver Form« erfahren.

¹⁸⁰ Um nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, er mische sich selbst – entgegen der seit Juli bestehenden Weisung – in die Verständigungsbemühungen ein, beteuerte Rieth in seinem Brief: »Offiziell halte ich stets an dem von mir seit Monaten eingenommenen Standpunkt fest, daß an eine Bereinigung der Situation zwischen Deutschland und Österreich erst herangetreten werden könne, wenn eine Verständigung mit dem hiesigen Nationalsozialismus erzielt worden« ist.

¹⁸¹ U. a. versah Köpke jene Passagen mit Fragezeichen, in denen Dollfuß eine Einigung nicht allein mit der NSDAP, sondern mit der gesamten »Nationalen Kampffront« anbot, sowie jene, in der Dollfuß vorschlug, Habicht solle »im Auftrag« Hitlers mit ihm verhandeln. Marginalien Köpkes vom 23. 12. 33 auf dem Brief Rieths vom 21. 12. 33; a. a. O.

¹⁸² Vermerk Köpkes vom 23. 12. 33 auf dem Brief Rieths; a. a. O.

¹⁸³ Der Kontakt wurde hergestellt über den Sohn des österreichischen Heeresministers Schönburg-Hartenstein. Rieth an Bülow am 21. 12. 33; a. a. O.

¹⁸⁴ Nach Rieths Schreiben an Bülow ließ Dollfuß über Gleißner auch Foppa wissen, »daß er die vor einiger Zeit unterbrochenen Besprechungen wieder fortzusetzen wünsche«. Bei Langoth, S. 154, ist jedoch nur von einem Telefongespräch Gleißner-Langoth am 18. 12. 33 die Rede, in dem Gleißner überdies mitteilte, daß Dollfuß gegenwärtig einen Besuch von Langoth und Foppa in Deutschland nicht für zweckmäßig halte und deshalb die schon zugesagten Visa nicht erteilen werde.

¹⁸⁵ Über das Treffen Habicht-Schattenfroh gibt es keine Unterlagen. – Am 21. 12. 33 war Schattenfroh offensichtlich noch nicht nach Wien zurückgekehrt, da sonst Rieths Brief an Bülow schon Informationen Schattenfrohs, mit dem der Gesandte »in ständiger Fühlungnahme« stand, enthalten haben würde.

¹⁸⁶ Schattenfroh zu Rieth; Rieth an Bülow am 21. 12. 33; a. a. O.

¹⁸⁷ Rieth an Bülow am 21. 12. 33; a. a. O.

¹⁸⁸ So erfuhren die Führer der Heimwehr, Starhemberg und Fey, von dem Plan erst einen Tag vor Habichts Ankunft, am 7. 1. 34, und zwar bemerkenswerterweise aus dem Munde Dollfuß'. Starhemberg, S. 120 ff.

¹⁸⁹ Erlaß des Bundeskanzleramtes (Auswärtige Angelegenheiten) an Tauschitz vom 27. 12. 33; Beiträge, S. 49 f.; auch zum folgenden.

¹⁹⁰ Aufzeichnung Hüffers vom 30. 12. 33; E 45 41 39–42 (DGFP, C, II, No. 156).

¹⁹¹ Aufzeichnung Hüffers vom 30. 12. 33; a. a. O.

¹⁹² Aufzeichnung Hüffers vom 30. 12. 33; a. a. O.; auch zum folgenden.

¹⁹³ Wie kritisch dieser Punkt Hüffer erschien, geht daraus hervor, daß er Zuflucht bei dem denkwürdigen Hinweis suchte, »Österreich (habe) ja stets und noch bis in die Gegenwart eine große Zahl Reichs-

deutscher unter seinen Staatsmännern gezählt«. Hüffer wies dabei merkwürdigerweise auf den Grafen Beust hin, der eher für die Rivalität als für die Geschlossenheit der deutschen Staaten ein Zeuge war.

¹⁹⁴ Marginalie Köpkes vom 30. 12. 33 auf der Aufzeichnung Hüffers vom 30. 12. 33; a. a. O.

¹⁹⁵ Über das Gespräch Neurath-Tauschitz am 1. 1. 34 gibt es eine deutsche (Aufzeichnung Neuraths vom 1. 1. 34; D 61 70 72 (DGFP, C, II, No. 160) und eine österreichische Unterlage (Beiträge, S. 50 f.). Im folgenden werden beide herangezogen, wobei auf Unterschiede hingewiesen wird.

¹⁹⁶ Aufzeichnung Neuraths vom 1. 1. 34; a. a. O.

¹⁹⁷ Beiträge, S. 50 f.

¹⁹⁸ Vgl. Aufzeichnung Neuraths vom 1. 1. 34; a. a. O. Was Neurath zu Tauschitz sagte, ist nicht als eine Klage aus Selbstmitleid zu verstehen, sondern als sachliche Erläuterung zu Neuraths Annahme, Hitler werde den österreichischen Bedingungen »wahrscheinlich« zustimmen. Das geht aus Tauschitz' Bericht klar hervor und entspricht auch der vorwiegend passiven Rolle Neuraths.

¹⁹⁹ Vermerk Neurath auf seiner Aufz. vom 1. 1. 34; a. a. O.

²⁰⁰ Beiträge, S. 50 f.

²⁰¹ Rieth an Bülow am 21. 12. 33; E 45 41 25–32 (DGFP, C, II, No. 143); Rieth an AA am 28. 12. 33; D 61 70 68–69.

²⁰² Peter zu Rieth; Rieth an Bülow am 21. 12. 33; a. a. O.

²⁰³ Neurath zu Tauschitz am 1. 1. 34; Beiträge, S. 51, auch zum folgenden.

²⁰⁴ Aufzeichnung Renthe-Finks vom 3. 1. 34; E 45 41 46.

²⁰⁵ Köpke an Rieth am 5. 1. 34; E 45 41 56.

²⁰⁶ Rieth an Bülow am 21. 12. 33; a. a. O.

²⁰⁷ Erlaß des Bundeskanzleramtes an Tauschitz vom 27. 12. 33; Beiträge, S. 49 f.

²⁰⁸ Schattenfroh zu Rieth; Rieth an Bülow am 21. 12. 33; a. a. O.

²⁰⁹ Köpke an Rieth am 4. 1. 34; E 45 41 47, und Köpke an Rieth am 5. 1. 34; E 45 41 56.

²¹⁰ Rieth an AA am 6. 1. 34; E 45 41 48–49

²¹¹ Köpke an Rieth am 5. 1. 34; a. a. O.

²¹² Köpke an Rieth am 5. 1. 34; a. a. O.

²¹³ Köpke an Rieth am 4. 1. 34; a. a. O.

²¹⁴ Den detailliertesten Bericht über das Gespräch bei Dollfuß am 7. 1. 34 gibt Starhemberg, S. 116 ff. Die folgende Darstellung geht –

mit den notwendigen Einschränkungen – auf Starhemberg zurück. In der Darstellung der politischen Motive ist am objektivsten Winkler, S. 86 ff., ohne jedoch Einzelheiten berichten zu können, da er an dem Gespräch nicht beteiligt war.

²¹⁵ Gehl (S. 76), der im übrigen eine ausgewogene, knappe Darstellung der Vorgänge vom 7. I. 34 bietet, nimmt an, Dollfuß habe nicht von sich aus seinen Plan kundgetan, sondern weil er zur Rede gestellt wurde. Der Plan selbst sei der Heimwehr aus anderer, unbekannter Quelle schon vorher bekannt geworden. Für diese Auffassung Gehls spricht zwar die Wahrscheinlichkeit, sie läßt sich aber durch die vorhandenen Unterlagen nicht als sicher beweisen.

²¹⁶ Vgl. Gehl, S. 74.

²¹⁷ Gehl (S. 76) urteilt zutreffend, Dollfuß sei angesichts des auf ihn ausgeübten Druckes »nicht mehr Herr der Lage« gewesen. – Eine völlig verzerrte und auch in Einzelheiten unrichtige Darstellung der Ereignisse am 7. I. 34 in Wien gibt Shepherd (S. 261 ff.). Shepherds Schilderung ist entlarvend für seine durchgängige Tendenz, die Motive und Handlungen von Dollfuß ohne Rücksicht auf die Tatsachen zu verherrlichen.

²¹⁸ Rieth an AA am 9. I. 34; E 45 41 66–71.

²¹⁹ Zur Aktivität Morreales zugunsten der Heimwehr und seine »Brunnenvergiftung« gegen die Nationalsozialisten vgl. Hassell an Habicht am 28. I. 33; a. a. O.; vgl. auch Gehl, S. 76, Anm. 2.

²²⁰ Peter zu Rieth am 8. I. 34; Rieth an AA am 9. I. 34; E 45 41 66–71.

²²¹ Rieth an AA am 9. I. 34; a. a. O.; auch zum folgenden.

²²² Starhemberg, S. 119.

²²³ Aufzeichnung Renthe-Finks vom 8. I. 34; D 61 71 02–04 (DGFP, C, II, No. 166); auch zum folgenden.

²²⁴ Aufzeichnung Renthe-Finks vom 3. I. 34; E 45 41 46. Die Tatsache, daß Waldeck noch zu erreichen war, beweist im übrigen eindeutig, daß auch Habicht noch in der Nähe war.

²²⁵ Marginalie Köpkes vom 8. I. 34 auf der Aufzeichnung Renthe-Finks vom 8. I. 34; a. a. O.

²²⁶ Aufzeichnung Renthe-Finks vom 9. I. 34; D 61 70 79–81 (DGFP, C, II No. 167).

²²⁷ Shepherd (S. 262) bringt diesen Fakt unter Berufung auf »Augenzeugen«. Angesichts der Vorgänge bei dem Österreich-Besuch Franks im Mai 1933 scheint Shepherds Darstellung glaubwürdig.

²²⁸ Aufzeichnung Renthe-Finks vom 9. I. 34; a. a. O.; auch zum folgenden.

²²⁹ Vermerk Neuraths vom 10. I. 34 auf der Aufzeichnung Renthe-Finks vom 9. I. 34; a. a. O.

²³⁰ Hitler empfing Habicht am 9. I. 34 mittags; Aufzeichnung Renthe-Finks vom 9. I. 34; a. a. O. – Einzelheiten der Unterhaltung sind nicht bekannt, sondern nur ihre Ergebnisse.

²³¹ Vermerk Neuraths vom 10. I. 34; a. a. O.; auch zum folgenden.

²³² Vermerk Köpkes vom 10. I. 34 auf seinem Schreiben an Rieth vom 10. I. 34; E 45 41 65.

²³³ Vermerk Neuraths vom 10. I. 34; a. a. O. – Vermerk Köpkes vom 10. I. 34; s. o. Anm. 4.

²³⁴ Köpke an Rieth am 10. I. 34; E 45 41 65; auch zum folgenden.

²³⁵ Erbach an AA am 12. I. 34; E 45 41 79–80 (DGFP, C, II, No. 179).

²³⁶ Aufzeichnung Waldecks, undatiert, von Erbach am 13. I. 34 abgezeichnet; E 26 99 81–83.

²³⁷ Erbach an AA am 12. I. 34; a. a. O.; auch zum folgenden.

²³⁸ Befehl Starhembergs vom 17. I. 34; »Reichspost« vom 17. I. 34; Bundesarchiv, Best. Nr. R 43 II/1477.

²³⁹ Aufzeichnung Hüffers vom 13. I. 34; E 60 64 82; vgl. Aufzeichnung Hüffers vom 12. I. 33; D 61 70 43.

²⁴⁰ Notiz Erbachs vom 13. I. 34; E 26 99 60–67.

²⁴¹ Erbach an AA am 12. I. 34; E 45 41 79–80 (DGFP, C, II, No. 179).

²⁴² Aufzeichnung Hüffers vom 16. I. 34; D 61 71 14–15 (DGFP, C, II, No. 184); auch zum folgenden.

²⁴³ »Bemerkung« Renthe-Finks vom 16. I. 34; D 61 71 16–17. – Das hier angegebene Original der Bemerkung Renthe-Finks ist undatiert. Aus einer Durchschrift (AA, Abt. II, Po. 29, Österreich Nr. 7, Bd. 1) geht jedoch hervor, daß Renthe-Fink sie unmittelbar nach der Aufzeichnung Hüffers vom 16. I. 34 (a. a. O.) noch am gleichen Tage schrieb.

²⁴⁴ Aufzeichnung Renthe-Finks vom 17. I. 34; E 60 64 83–84, auch zum folgenden; vgl. Vermerk von Merwald (Reichskanzlei) vom 16. I. 34; Bundesarchiv, Bestand: R 43 II/1477.

²⁴⁵ Gottheiner zu Renthe-Fink am 17. I. 34; Aufzeichnung Renthe-Finks am 17. I. 34; a. a. O.; auch zum folgenden.

- ²⁴⁶ Lammers zu Renthe-Fink; Aufzeichnung Renthe-Finks vom 17. 7. 34; a. a. O.
- ²⁴⁷ Hinter den Veröffentlichungen in Münchner Zeitungen ist ohne Frage Habichts Initiative zu suchen.
- ²⁴⁸ Notiz Neuraths vom 17. 1. 34; D 61 71 41.
- ²⁴⁹ Aktenvermerk von Renthe-Fink vom 18. 1. 34; AA, Abt. II, Po. 29, Österreich Nr. 7, Bd. 1.
- ²⁵⁰ Aufzeichnung Renthe-Finks vom 9. 1. 34; a. a. O.
- ²⁵¹ Peter zu Rieth; Rieth an AA am 12. 12. 33; E 60 62 83-86 (DGFP, C, II, No. 124); vgl. Gehl, S. 71 f.
- ²⁵² Rieth an Bülow am 21. 12. 33; a. a. O.
- ²⁵³ Sogar Starhemberg (S. 117) gesteht zu, daß Dollfuß selbst bei der Vorbereitung der Habicht-Reise »unzweifelhaft vom besten Willen der Welt beseelt« gewesen sei.
- ²⁵⁴ So hielt es Beckmann nach seinen Gesprächen in Österreich für möglich, »durch geschickte Andeutungen nach der einen und nach der andern Seite hin die Dinge in Österreich vorwärts zu treiben«. Beckmann an Habicht am 9. 10. 33; die Seiten 5-7 des Berichtes finden sich als Durchschlag in den Akten des AA; E 45 25 57-59.
- ²⁵⁵ Zu Hitlers Erwartung einer »gesteigerten politischen Aktivität Italiens« vgl. Thomsens Niederschrift der Kabinettsitzung vom 13. und 14. 10. 33; (DGFP, C, I, No. 499).
- ²⁵⁶ Hueber zu Langoth und Foppa am 15. 1. 34; Langoth, S. 161.
- ²⁵⁷ Rieth an AA am 9. 1. 34; E 45 41 66-71

ZUM DRITTEN KAPITEL

- ¹ Suvich an Dollfuß am 26. 1. 34; Geheimer Briefwechsel, S. 42 ff.
- ² In Berlin glaubte man sogar »erst zu nehmende Nachrichten« zu besitzen, nach denen »auf italienischer Seite im Einvernehmen mit den Heimwehren der Gedanke ventiliert wird, ob nicht Fey als Bundeskanzler vorzuziehen sei«. Aufzeichnung Hüffers vom 24. 1. 34; D 61 71 49-51 (DGFP, C, II, No. 213).
- ³ Rieth an AA am 23. 1. 34; D 61 71 43.
- ⁴ Hassell an AA am 25. 1. 34; D 61 71 53-54.
- ⁵ Rieth an AA am 23. 1. 34; a. a. O.
- ⁶ Hassell an AA am 25. 1. 34; a. a. O. - Nach einem Bericht Hassells an das AA vom 26. 1. 34 (E 57 85 17-20 - DGFP, C, II, No.

225) meinte Suvich gar, der Kampf habe neuerdings »Formen angenommen, die einen freundschaftlichen Ausgleich für die nahe Zukunft unmöglich zu machen scheinen«.

⁷ Mit dieser Floskel wehrte Suvich Hassells Einwände gegen die Behauptung einer »Krise« ab. Hassell an AA 25. 1. 34; a. a. O.

⁸ Rieth an AA am 23. 1. 34; a. a. O.

⁹ Aufzeichnung Hüffers vom 24. 1. 34; D 61 71 49-51 (DGFP, C, II, No. 213).

¹⁰ Bülow zum ungarischen Gesandten Masirevich am 24. 1. 34; Aufzeichnung Bülows vom 24. 1. 34; 58 05 00-02 (DGFP, C, II, No. 216). – Bülow deutete, als er die Besorgnis des Gesandten wegen einer deutsch-italienischen Spannung zerstreuen wollte, selbst die Möglichkeit an, daß in der Bewertung des Suvich-Besuches in Wien Unterschiede zwischen dem Urteil der Partei und dem AA bestehen könnten.

¹¹ Rieth an AA am 23. 1. 34; a. a. O.

¹² Österreichischer Presse-Dienst vom 27. 1. 34; AA, Abt. II, Po. 29, Geheimakten betr. Nationalsozialismus, Bd. 1; auch zum folgenden.

¹³ Hitler-Rede vor dem Reichstag am 30. 1. 34; Domarus I, S. 352 ff.

¹⁴ Hitler zu Rieth am 9. 2. 34; Aufzeichnung Rieths vom 10. 2. 34; E 45 27 28-34 (DGFP, C, II, No. 247).

¹⁵ Erbach an AA am 31. 1. 34; E 45 48 02 (DGFP, C, II, No. 229).

¹⁶ Das Wort »Gruppenführer« war bei der Übermittlung des Telegramms verlorengegangen und wurde nachträglich im AA eingefügt.

¹⁷ Entwurf Köpkes für ein Schreiben über die Angelegenheit an die Mission in London, Paris, Rom, Prag, Budapest und Belgrad vom 1. 2. 34 mit Marginalie Köpkes; E 45 48 04-05.

¹⁸ Vermerk von Lammers vom 2. 2. 34 auf der für die Reichskanzlei bestimmten Kopie des Erbach-Telegramms vom 31. 1. 34; a. a. O.

¹⁹ Über das Gespräch Hitler-Reschny findet sich in den Akten keine Unterlage. Weder Datum noch genauer Inhalt lassen sich deshalb feststellen. Es muß aber nach dem 31. 1. 34, dem Tage des Eingangs des Erbach-Telegramms, und vor dem 9. 2. 1934, dem Tage der Unterredung Hitler-Rieth, stattgefunden haben. Nach dem, was Hitler Rieth über sein Gespräch mit Reschny mitteilte, war der Reichskanzler vom Ausgang der Unterhaltung mit Reschny kaum befriedigt, da der SA-Gruppenführer offenbar zwar versprach, von sich aus keine Gewaltpläne zu verfolgen, aber andererseits die Gefahr schilderte, daß in Öster-

reich auch ohne Zutun aus Deutschland Gewaltakte unternommen werden könnten. Aufzeichnung Rieths vom 10. 2. 34; a. a. O.

²⁰ Entwurf Köpkes vom 1. 2. 34; a. a. O.

²¹ Erbach an AA am 31. 1. 34; a. a. O.; auch zum folgenden.

²² Aufzeichnung Rieths vom 10. 2. 34; E 45 42 06-11 (DGFP, C, II, No. 247). – Die Aufzeichnung ist nicht unterschrieben, die Worte »Gesandter Rieth« stehen aber im Kopf; auch zum folgenden.

²³ Diese milde Charakterisierung der Vorgänge, die Muff berichtet hatte, zeigt, daß Reschny Hitler inzwischen offenbar davon überzeugt hatte, daß die Gewaltpläne nicht von ihm, sondern von SA-Führern in Österreich ausgegangen waren.

²⁴ Aufzeichnung Rieths vom 10. 2. 34; a. a. O.

²⁵ Aufzeichnung Neuraths vom 10. 2. 34 (Auszug); E 45 42 05.

²⁶ Über das Gespräch zwischen Hitler, Blomberg und Muff finden sich in den Akten keine Unterlagen. Datum und wesentlicher Inhalt des Gespräches lassen sich aber aus Rieths Bericht an AA vom 15. 2. 34 (a. a. O.) erschließen.

²⁷ Nach dem Scheitern des Juli-Putsches war Muff der bei weitem schärfste Kritiker des Kurses der Nationalsozialisten gegenüber Österreich 1933/34. Denkschrift Muffs vom 30. 8. 33; E 26 95 57-62.

²⁸ Rieth an AA am 15. 2. 34; E 45 42 23 (DGFP, C, II, No. 253); auch zum folgenden.

²⁹ Die Vorgeschichte und die Geschichte der sog. Februar-Revolution kann hier nicht im einzelnen dargestellt werden. Die Resultate der Forschung über dieses Thema, das in Österreich noch immer im Mittelpunkt des Meinungsstreites steht, sind, je nach dem politischen Standort der Untersuchung, zum größten Teil kontrovers ausgefallen. Wie weit die Spannweite der Interpretationen reicht, zeigen die Arbeiten von Braunthal (*The Tragedy of Austria*) und Shepherd (Engelbert Dollfuß). Eine unvoreingenommene Darstellung gibt Goldinger (*Geschichte der Republik Österreich*). Ausgewogen ist auch die knappe Darstellung von Jedlicka: *Die Jahre 1933-35 in der österreichischen Innenpolitik* (in: *Veröff. d. Verb. österreichischer Geschichtsvereine* 15, S. 257 ff.).

³⁰ Prinz Schönburg war ein Sohn des österreichischen Verteidigungsministers.

³¹ Aufzeichnung In der Maurs vom 16. 2. 34; E 45 08 97-103 (DGFP, C, II, No. 263); auch zum folgenden.

³² Die Nationalsozialisten begannen auch sogleich mit Propaganda-

aktionen unter der sozialistischen Arbeiterschaft; vgl. »Der Angriff« (Illegales Organ der NSBO) vom Februar–März 1934; Bundesarchiv, Best. NS 26/vorl. 638.

³⁴ In der Maur schickte ein Exemplar seiner Aufzeichnung vom 16. 2. 34, auf der die vorliegende Darstellung weitgehend beruht, auch an Habicht. Rieth an Bülow am 16. 2. 34; E 45 08 91–94 (DGFP, C, II, No. 264).

³⁵ Mit diesem Angebot waren offensichtlich die schon Ende Oktober zwischen Habicht, Langoth und Foppa vereinbarten Punkte gemeint.

³⁶ Rieth an AA am 15. 2. 34; a. a. O.

³⁷ In der Maur an Glaise am 14. 2. 34; Anlage zu der Aufzeichnung In der Maurs vom 16. 2. 34; a. a. O.

³⁸ Aufzeichnung In der Maurs vom 16. 2. 34; a. a. O.

³⁹ Rieth an Bülow am 16. 2. 34 als Anschreiben zu der an Bülow übersandten Aufzeichnung In der Maurs; E 45 08 91–94 (DGFP, C, II, No. 264). Rieth bat übrigens, sowohl seinen Brief als auch die Aufzeichnung In der Maurs »vertraulich zu behandeln«.

⁴⁰ Rieth an Bülow am 16. 2. 34; a. a. O.

⁴¹ Aufzeichnung In der Maurs vom 16. 2. 34; a. a. O.

⁴² Zur Vorgeschichte der Erklärung über die Unabhängigkeit Österreichs und die während ihrer Vorbereitung in den einzelnen Hauptstädten aufgetauchten Gesichtspunkte vgl. die knappe, aber umsichtige Darstellung von Gehl, S. 78 ff.

⁴³ Hassell an AA am 15. 2. 34; E 45 39 41–42 (DGFP, C, II, No. 255).

⁴⁴ Aufzeichnung Neuraths vom 16. 2. 34; 54 03 09 (DGFP, C, II, No. 258)

⁴⁵ Bülow an Dt. Botschaft in London am 16. 2. 34; E 45 39 43 bis 44 (DGFP, C, II, No. 261)

⁴⁶ Hassell an Neurath am 14. 2. 34; E 45 42 18–19

⁴⁷ Neurath an Hassell am 16. 2. 34; E 45 42 20–21 (DGFP, C, II, No. 260)

⁴⁸ Survey of International Affairs, 1934, p. 455 (Übersetzung des Verfassers).

⁴⁹ Hassell an AA am 15. 2. 34; E 45 39 41–42 (DGFP, C, II, No. 255).

⁵⁰ Rede Habichts vom 19. 2. 34; Text in der vom DNB verbreiteten Fassung; AA, Abt. II, Österreich, Po. 29, betr. Nationalsozialismus, Reden Habichts, Bd. 1; auch zum folgenden.

⁵¹ »Neue Zürcher Zeitung« vom 20. 2. 34; AA, Abt. II, Österreich Po. 29, betr. Nationalsozialismus, Reden Habichts, Bd. 1. Der Ordner enthält noch weitere Presseauschnitte zum Habicht-Ultimatum, deren einhelliger Tenor eine scharfe Kritik ist.

⁵² Bergen an Neurath am 23. 2. 34; D 61 72 25.

⁵³ Aufzeichnung Hassells vom 26. 2. 34; E 32 41 95–96 (DGFP, C, II, No. 278); auch zum folgenden.

⁵⁴ Suvich zu Kanya anlässlich seines Besuches in Budapest vom 21. bis 23. 2. 34; Kanya zu Mackensen am 26. 2. 34; Mackensen an AA am 26. 2. 34; E 57 87 22–23 (DGFP, C, II, No. 279).

⁵⁵ Aufzeichnung Neuraths vom 17. 2. 34; 54 03 11–12 (DGFP, C, II, No. 282); auch zum folgenden.

⁵⁶ Rieth an AA am 21. 2. 34; E 60 63 50–51.

⁵⁷ Dollfuß in einem Interview mit den »Evening News« vom 26. 2. 34; AA, Abt. II, Österreich, Po. 29, betr. Nationalsozialismus, Reden Habichts, Bd. 1.

⁵⁸ Aufzeichnung Köpkes vom 23. 2. 34 (Auszug); AA, Abt. II, Österreich, Po. 29 betr. Nationalsozialismus, Reden Habichts, Bd. 1; auch zum folgenden.

⁵⁹ Rieth an AA am 21. 2. 34; a. a. O.

⁶⁰ Rieth an AA am 24. 2. 34; E 45 42 28–31; auch zum folgenden. – Rieth referierte in seinem Bericht überwiegend Mitteilungen des Konsuls Langen (Linz) über die Lage in Oberösterreich. Langen selbst war aber der Meinung, daß seine Beobachtungen »auch in Wien und in den anderen Bundesländern« zuträfen.

⁶¹ Für die Unzufriedenheit der österreichischen Nationalsozialisten mit der Münchner Führung bezeichnend ist ein Brief des österreichischen NS-Politikers Riehl an Fey vom 29. 1. 34, in dem Riehl die Schaffung eines rein österreichischen – von Deutschland völlig unabhängigen – Nationalsozialismus vorschlug. Fey reagierte auf diese Anregung nicht. Riehl an Fey am 29. 1. 34 (in: Winkler, S. 92 ff.).

⁶² »Evening News« vom 26. 2. 34; AA, Abt. II, Österreich, Po. 29, betr. Nationalsozialismus, Reden Habichts, Bd. 1.

⁶³ Köpke an Rieth am 15. 3. 34; E 56 27 21–24 (DGFP, C, II, No. 328); auch zum folgenden.

⁶⁴ HAVAS-Meldung vom 23. 2. 34; AA, Abt. II, Österreich, Po. 29, betr. Nationalsozialismus, Reden Habichts, Bd. 1.

⁶⁵ »Mitteilung der Übertragungszentrale« aus Rom vom 23. 2. 34; D 61 72 24.

- ⁶⁶ »République« vom 8. 3. 34 (Auszug); E 45 42 48.
- ⁶⁷ »Times« vom 9. 3. 34 (Auszug) E 45 42 49.
- ⁶⁸ Andeutende Informationen in dieser Richtung besaß man in Berlin schon Ende Januar; Rundschreiben des AA vom 31. 1. 34; E 41 12 99–302.
- ⁶⁹ Dollfuß besuchte Budapest vom 7.–8. 2. 34.
- ⁷⁰ Hassell an AA am 15. 2. 34, a. a. O.; auch zum folgenden.
- ⁷¹ Aufzeichnung Hassells vom 26. 2. 34; E 32 41 95–96 (DGFP, C, II, No. 278).
- ⁷² Aufzeichnung Neuraths vom 27. 2. 34; 54 03 11–12 (DGFP, C, II, No. 282).
- ⁷³ Der Inhalt der Unterredung Chambruns mit seinem (ungenannten) italienischen Partner wurde in Berlin »aus ganz geheimer, aber absolut zuverlässiger Quelle« bekannt. Bülow, der am 10. 3. 34 Hassell darüber berichtete, bat den Botschafter, den Inhalt »nur zur persönlichen Information« zu verwenden und das Schreiben zu »vernichten«. Hassell hielt sich offenbar an diesen Rat, denn in den Akten der Botschaft Rom findet sich das Schreiben nicht. Erhalten ist lediglich ein Durchschlag in den Akten des AA. Bülow an Hassell am 10. 3. 34; E 20 04–14–19 (DGFP, C, II, No. 317); auch zum folgenden.
- ⁷⁴ Bülow an Hassell am 10. 3. 34; a. a. O.
- ⁷⁵ Der jugoslawische Gesandte in Wien, Natasijevic, zu Rieth am 10. 3. 34; Rieth an AA am 10. 3. 34; E 60 59 58–63 (DGFP, C, II, No. 316).
- ⁷⁶ Mit diesen Worten charakterisierte Hassell Jugoslawien. Hassell an AA am 22. 3. 34; E 66 28 55–56.
- ⁷⁷ Aufzeichnung Neuraths vom 9. 3. 34; 58 26 60–61 (DGFP, C, II, No. 309).
- ⁷⁸ Die Verhandlungen begannen am 15. 3. 34 in Belgrad und wurden am 1. Mai 34 mit einem Handelsvertrag abgeschlossen.
- ⁷⁹ Ritter an Hassell am 12. 3. 34; H 00 62 75–83 (DGFP, C, II, No. 318).
- ⁸⁰ Ritter an Hassell am 12. 3. 34; a. a. O.
- ⁸¹ Hassell an AA am 22. 3. 34; E 66 28 55–56.
- ⁸² Rieth an AA am 6. 3. 34; D 61 72 32–33 (DGFP, C, II, No. 299).
- ⁸³ Aufzeichnung Köpkes vom 9. 3. 34 (mit Anlage: Ungarisches Memorandum vom 9. 3. 34); H 04 00 72–76 (DGFP, C, II, No. 311).

⁸⁴ Rieth an AA am 6. 3. 34; a. a. O. – Die auf österreichischer Seite treibende Kraft zugunsten eines Zusammenschlusses mit Italien und Ungarn war die Heimwehr. Am 23. 2. 34 schon erklärte Starhemberg in einer Rede, es gebe für Österreich »nur zwei Lösungen, den Anschluß an Deutschland oder eine weitgehende Zusammenarbeit mit Ungarn unter der Obhut Italiens«. Starhemberg sprach sich »entschieden« gegen den Anschluß aus. NZZ 1934, Nr. 330, Bericht aus Wien v. 23. 2. 34.

⁸⁵ Ungarisches Memorandum vom 9. 3. 34; a. a. O.

⁸⁶ Aufzeichnung Köpkes über sein Gespräch mit Masirevich am 9. 3. 34; a. a. O.

⁸⁷ Aufzeichnung Neuraths vom 12. 3. 34; D 61 72 34.

⁸⁸ Zum »Neuen Kurs« finden sich in den Akten drei wichtige Unterlagen, auf denen auch die folgende Darstellung weitgehend beruht: 1. Neurath an Hassell am 13. 3. 34; H 04 00 82–85 (DGFP, C, II, No. 320); 2. Köpke an Rieth am 15. 3. 34; E 56 27 21–24 (DGFP, C, II, No. 328); 3. Aufzeichnung Köpkes vom 16. 3. 34 (über ein Gespräch Neurath-Habicht und eine Unterredung Hitler-Neurath); E 45 27 25–27 (DGFP, C, II, No. 329).

⁸⁹ Neurath an Hassell am 13. 3. 34; a. a. O.

⁹⁰ Neurath an Hassell am 13. 3. 34; a. a. O. – Von einer Beteiligung des Auswärtigen Amtes erwähnt Neurath nichts, obwohl er eine solche Hassell gegenüber kaum verschwiegen haben würde.

⁹¹ Am 15. 3. 34 schrieb Köpke an Rieth, Hitler habe Neurath seine Entscheidung mitgeteilt und ihm (Köpke) gegenüber sei sie »in den letzten Tagen ... noch einmal wiederholt« worden. Köpke an Rieth am 15. 3. 34; a. a. O. – Unterlagen über das Gespräch Hitler-Neurath finden sich nicht.

⁹² Köpke an Rieth am 15. 3. 34; a. a. O.

⁹³ Neurath an Hassell am 13. 3. 34; a. a. O.; auch zum folgenden.

⁹⁴ Der Brief Hassells ist nicht erhalten. Sein Datum und sein Inhalt gehen jedoch aus Neuraths Antwort hervor.

⁹⁵ Rieth hatte seinen Wunsch nach einer bündigen Informierung durch das AA über den Legationsrat Aschmann von der Gesandtschaft in Wien vortragen lassen. Köpke an Rieth am 15. 3. 34, a. a. O.

⁹⁶ Köpke an Rieth am 15. 3. 34; a. a. O.; auch zum folgenden.

⁹⁷ Aufzeichnung Köpkes vom 16. 3. 34 über das Gespräch Neurath-Habicht; a. a. O.; auch zum folgenden.

⁹⁸ Aufzeichnung Köpkes vom 16. 3. 34 über das Gespräch Hitler-Neurath; a. a. O.; auch zum folgenden.

⁹⁹ Damit spielte Hitler auf die machtpolitischen Unklarheiten im österreichischen Regierungslager an, die sich durch den Kampf gegen die Sozialdemokraten ergeben hatten, insbesondere zwischen Dollfuß und Fey; vgl. Rieth an Bülow am 16. 2. 34; a. a. O.

¹⁰⁰ Aufzeichnung Hüffers vom 13. 3. 34; AA, Abt. II, Österreich, Po. 29, betr. Nationalsozialismus, Dt. Beschwerden, Bd. 1; auch zum folgenden.

¹⁰¹ Handschriftlicher Vermerk Köpkes vom 14. 3. 34 auf der Aufzeichnung Hüffers vom 13. 3. 34; a. a. O.; auch zum folgenden.

¹⁰² In den Akten findet sich kein Anzeichen dafür, daß von deutscher Seite überhaupt der Gedanke einer Aufhebung der Reisesperre erwogen wurde. Es handelte sich offenbar tatsächlich um eine Zweckpropaganda der österreichischen Regierung im Rahmen ihrer Kampagne unter den Nationalsozialisten in Österreich.

¹⁰³ Der Bescheid an Habicht erfolgte anscheinend telefonisch. Jedenfalls geht aus der Aufzeichnung Köpkes vom 16. 3. 34 (a. a. O.) hervor, daß Habicht unterrichtet war.

¹⁰⁴ Aufz. Köpkes vom 16. 3. 34; a. a. O.; auch zum folgenden.

¹⁰⁵ Aufzeichnung Köpkes vom 21. 3. 34; AA, Abt. II, Österreich, Po. 29, betr. Nationalsozialismus, Dt. Beschwerden, Bd. 1; auch zum folgenden.

¹⁰⁶ Der Text der Römischen Protokolle ist abgedruckt in: Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten (hg. v. M. Freund), Bd. 1, S. 253 ff. – Eine detaillierte Darstellung der Verhandlungen von Rom kann wegen der fehlenden Quellenbasis noch nicht gegeben werden. Einen eingehenden Bericht und eine gründliche Analyse der einzelnen Gesichtspunkte und der Absichten der drei Vertragspartner enthält das Schreiben Hassells an das AA vom 17. 3. 34 (a. a. O.) mit Anlagen über Gespräche Hassells mit Dollfuß, Gömbös und Suvich am Rande der Konferenz. Für die deutsche Seite war aber weniger der Gang der Verhandlungen, in denen sich Dollfuß anfangs den weitreichenden italienischen Wünschen offenbar entgegenstellte (vgl. Gehl, S. 86) als vielmehr das schließliche Ergebnis wesentlich.

¹⁰⁷ Hassell an das AA am 17. 3. 34; H 04 02 04-15 (DGFP, C, II, No. 332); auch zum folgenden.

¹⁰⁸ In einer Kopie des Hassell-Berichtes (M 00 31 31-42) vermerkte Köpke an dieser Stelle am Rand: »Hassell: ceterum censeo!«

¹⁰⁹ Neurath an Lammers am 20. 3. 34; 37 65 07; auch zum folgenden.

¹¹⁰ Bülow an Gesandtschaft Wien am 19. 3. 34; H 04 01 25–26 (DGFP, C, II, No. 333). – Eine ähnliche, im Ton aber schärfere Anweisung erhielt am gleichen Tag die Gesandtschaft Budapest (DGFP, C, II, No. 334).

¹¹¹ Das zurückhaltende Taktieren gegenüber Wien wird besonders deutlich durch den Kontrast des Schreibens, das Bülow am gleichen Tag an die Gesandtschaft in Budapest richtete (a. a. O.). Darin zeigt sich Bülow »befremdet« über das Vorgehen der ungarischen Regierung, die mit ihrem scheinbar freundschaftlichen Verhältnis zu Deutschland nur »ein Alibi« für andere Interessen gesucht habe. Bülow drohte sogar an, daß »die künftige Entwicklung der deutsch-ungarischen Beziehungen (durch die Römischen Protokolle) beeinflußt werden wird«.

¹¹² Weydenhammer-Bericht, S. 2; Bundesarchiv, Best.: NS 26/vorl. 634.

¹¹³ Bericht Weydenhammers über seine Gespräche mit Rintelen in Rom am 7. und 8. 3. 34; E 45 27 98–800 (DGFP, C, II, No. 308); auch zum folgenden.

¹¹⁴ Mit diesem Ratschlag widersprach Rintelen sich selbst. Kurz zuvor hatte er nämlich erklärt, die eigentliche Macht in Österreich besitze »zuerst Fey, nach diesem Starhemberg, dann lange nichts und nochmals nichts und dann erst Dollfuß«, ein Urteil, das Rintelens umständliche taktische Vorschläge überflüssig machte und das daher auch von Köpke mit einem Fragezeichen versehen wurde.

¹¹⁵ Gemeint ist der Besuch vom 13.–17. 3. 34, der schließlich zum Abschluß der Römischen Protokolle führte.

¹¹⁶ Vermerk Hüffers vom 28. 3. 34 auf Weydenhammers Bericht. – Die Angabe in DGFP, C, II, Anm. 1, Weydenhammers Bericht sei dem Auswärtigen Amt schon am 18. 3. 34 zugeleitet worden, beruht eindeutig auf einem Lesefehler der Herausgeber.

¹¹⁷ Köpke unterstrich das Datum der Gespräche Rintelen-Weydenhammer und setzte an den Rand zwei Ausrufungszeichen. Köpke las den Bericht am 31. 3. 34.

¹¹⁸ Im folgenden soll nur ein Überblick über die einzelnen Kontakte gegeben werden, soweit sie für die Stimmungen und Ambitionen der einzelnen Personen oder Gruppen kennzeichnend sind; vgl. Gehl, S. 87 ff.

¹¹⁹ Amann hatte schon Mitte Februar 1934 eine Verbindung zwischen Kaltenboeck, der angab, »im Wissen und Auftrag vom Fürsten

Starhemberg« zu handeln, und Wächter hergestellt. Über den Verlauf der Gespräche Kaltenboeck-Wächter hatte Amann »nichts Positives mehr gehört«. Aufzeichnung Amanns vom 26. 3. 34; E 27 00 21–26; auch zum folgenden.

¹²⁰ Aufzeichnung Erbachs vom 27. 3. 34; E 27 00 18–20.

¹²¹ Darauf läßt der Wächter-Bericht (VjhfZg. 12 [1964], S. 213) schließen, in dem Wächter Verhandlungen mit Starhemberg erwähnt, ohne allerdings Einzelheiten mitzuteilen.

¹²² Winkler, S. 141; Starhemberg, S. 135.

¹²³ Starhemberg (S. 135) stellt seine Kontakte mit der SA so dar, als seien sie im Einvernehmen mit Dollfuß erfolgt. Glaubwürdiger ist aber die Darstellung von Winkler (S. 141), nach der Dollfuß die Verhandlungen unterband.

¹²⁴ Starhemberg, S. 135.

¹²⁵ Agenten-Bericht aus Wien, den Habicht am 27. 3. 34 an Hüffer weiterleitete; E 45 28 16–21.

¹²⁶ Starhemberg, S. 135 f. – Wie Starhemberg berichtete, entschloß sich Dollfuß schließlich doch, Fey auf seinem Posten zu belassen, da er glaubte, Fey sei innerhalb des Kabinetts »weniger gefährlich als außerhalb«.

¹²⁷ Vgl. Agenten-Bericht aus Wien; a. a. O.

¹²⁸ Starhemberg, S. 135.

¹²⁹ Wächter-Bericht; VjhfZg. 12 (1964), S. 213; auch zum folgenden.

¹³⁰ Agentenbericht aus Wien vom 16. 3. 34; a. a. O.

¹³¹ Zur Schilderung der Stimmung der österreichischen Nationalsozialisten wird hier ein Briefwechsel verwendet, den Dr. Leibbrandt vom APA der Partei in Berlin mit Kontakteuten in Wien führte. Der Hauptgegenstand des Briefwechsels war eine finanzielle Unterstützung des APA für deutschfreundliche Publikationen in Österreich, die sich aber in kleinstem Rahmen hielten. Wesentlicher ist der Wert des Briefwechsels für die Darstellung der Stimmung in Österreich. Die einzelnen Verfasser der Berichte sind nicht zu identifizieren, zur Illustration der Lage der NSDAP in Österreich tragen sie aber einige aufschlußreiche Beobachtungen bei. Briefwechsel Leibbrandts: Institut für Zeitgeschichte, MA 128/3–VII, 28.

¹³² Agentenbericht aus Wien vom 8. 4. 34; a. a. O.

¹³³ Agentenbericht aus Wien vom 23. 4. 34; a. a. O.

¹³⁴ Von Rieth am 29. 3. 34 an das AA übersandt; E 45 27 40–53.

¹³⁵ Anschreiben Rieths zur Köhler-Denkschrift vom 29. 3. 34; E 45 27 39 (DGFP, C, II, No, 369).

¹³⁶ Vermerk Hüffers auf dem Anschreiben Rieths vom 3. 4. 34 (a. a. O.).

¹³⁷ Aufzeichnung Hassells vom 3. 4. 34; D 61 74 82–88 (DGFP, C, II, No. 377); auch zum folgenden.

¹³⁸ Außerdem waren die Abrüstungsfrage, die Römischen Protokolle und »das zentraleuropäische Problem« als Verhandlungspunkte vorgesehen. Aufzeichnung Hassells vom 3. 4. 34; a. a. O.

¹³⁹ Papen zu Hassell, Aufz. Hassells vom 3. 4. 34; a. a. O.

¹⁴⁰ Aufz. Hassells vom 3. 4. 34; a. a. O.; auch zum folgenden.

¹⁴¹ Aufzeichnung Bülow's vom 5. 4. 34; E 57 77 73 (DGFP, C, II, No. 380); auch zum folgenden.

¹⁴² Aufzeichnung Hüffers vom 5. 4. 34; E 45 27 63–76; auch zum folgenden.

¹⁴³ Wie stark sich die Vorstellungen des AA der Entwicklung in Österreich angepaßt hatten, zeigen zwei Marginalien Köpkes auf der Aufzeichnung Hüffers vom 5. 4. 34 (a. a. O.), in denen Köpke feststellt, Neuwahlen kämen »jetzt nicht mehr in Frage« und eine »Zulassung (der NSDAP) als Partei« komme »nicht in Betracht«.

¹⁴⁴ Denkschrift Bülow's vom 9. 4. 34; a. a. O.

¹⁴⁵ Vermerk Köpkes vom 9. 4. 34; 38 12 53.

¹⁴⁶ Anschreiben Bülow's an Neurath vom 9. 4. 34; D 61 74 54 (DGFP, C, II, No. 389); auch zum folgenden. – Die kursiv gesetzten Stellen bezeichnen Unterstreichungen von Bülow selbst.

¹⁴⁷ Klammer in Bülow's Text.

¹⁴⁸ Denkschrift Bülow's vom 9. 4. 34; D 61 74 59–63 (DGFP, C, II, No. 389); auch zum folgenden.

¹⁴⁹ Aufzeichnung Bülow's vom 9. 4. 34; D 61 74 69–74. Diese Aufzeichnung befaßt sich allgemein mit den bei einem etwaigen Treffen Hitler-Mussolini anstehenden Fragen. Das Österreich-Problem wird nur kurz erwähnt.

¹⁵⁰ Aufzeichnung Bülow's vom 10. 4. 34; D 61 74 65–68 (DGFP, C, II, No. 393); auch zum folgenden. – In der Frage eines eventuellen Treffens Hitler-Mussolini, für das sich besonders Hassell einsetzte, fiel noch »keine Entscheidung«; man beschloß, Papens Rückkehr am 16. 4. 34 »abzuwarten«.

¹⁵¹ Vgl. Bracher-Sauer-Schulz, S. 785 ff.

¹⁵² Aufzeichnung Habichts vom 16. 4. 34; Hüffer übergeben am

17. 4. 34; E 45 27 84–91. – Habicht betont einleitend, daß der in der Aufzeichnung dargelegte Standpunkt von Winkler und Foppa mit seinem eigenen Urteil »vollkommen übereinstimmt«. Man kann daher in Habichts Aufzeichnung auch ein Zeugnis seiner eigenen Intentionen sehen. Es ist sogar denkbar, daß Habicht einige eigene Meinungen Winkler und Foppa in den Mund legte, um ihre Glaubwürdigkeit zu steigern. Eine präzise Trennung von Eigenem und Fremdem in der Aufzeichnung Habichts ist jedoch nicht möglich, da andere Berichte über das Treffen in Zürich fehlen und auch Winkler in seinen Erinnerungen das Gespräch nicht erwähnt.

^{152a} Diese Information hatte Winkler durch seine Parteifreunde Kerber und Glas, die noch Kabinettsposten innehatten, erhalten.

¹⁵³ Winkler hatte Rintelen während der Ostertage (1. u. 2. 4. 34) in Rom getroffen.

¹⁵⁴ Aufzeichnung Weydenhammers vom 17. 4. 34; Hüffer übergeben am 19. 4. 34; E 45 28 06–13; auch zum folgenden.

¹⁵⁵ Über die Rolle Fabbri als Verbündeten der Nationalsozialisten vgl. die Aufzeichnung Weydenhammers vom 17. 4. 34 (a. a. O.). Weydenhammer schrieb, daß Fabbri »auch weiterhin gegen Dollfuß berichtet« und Rintelen den Rat gab, die NSDAP solle ihr Verhältnis zu Fabbri »so intim wie möglich . . . gestalten«. Fabbri wurde auch später noch zugunsten der NSDAP und Rintelens aktiv.

¹⁵⁶ Fabbri zu Muff; Muff an Reichswehrministerium am 5. 4. 34; 26 96 73–77.

¹⁵⁷ Eine Aufzeichnung des Gespräches Hitler-Habicht vom 18. 4. 34 findet sich in den Akten nicht. – Bekannt ist nur der Bericht, den Habicht über seine Unterredung am 19. 4. 34 Hüffer gab. Aufzeichnung Hüffers vom 19. 4. 34; E 45 51 11–12 (DGFP, C, II, No. 409); auch zum folgenden.

¹⁵⁸ Aufzeichnung Hüffers vom 19. 4. 34; a. a. O.

¹⁵⁹ Köpke versah den entsprechenden Passus in der Aufzeichnung Hüffers vom 19. 4. 34 am Rande mit einem Fragezeichen.

¹⁶⁰ Aufzeichnung Ulrichs vom 30. 4. 34; E 45 51 52–54 (DGFP, C, II, No. 431); auch zum folgenden.

¹⁶¹ Zur Mai-Verfassung in Österreich vgl. die stark idealisierende, aber sehr materialreiche Darstellung bei Shepherd, S. 193 ff., die folgendermaßen beginnt: »Am 1. Mai 1934 wurde in Wien der erste und höchstwahrscheinlich letzte Versuch im 20. Jahrhundert gemacht, das Reich Gottes auf Erden zu errichten . . .«

¹⁶² Renthe-Fink an die deutschen Auslandsvertretungen am 9. 5. 34, mit anliegender Rede Habichts vom 3. 5. 34; Bundesarchiv: Schumacher-Ordner 302

¹⁶³ Renthe-Fink an die deutschen Auslandsvertretungen am 9. 5. 34; a. a. O.; auch zum folgenden.

¹⁶⁴ Neurath an Hassell am 15. 5. 34; E 44 48 04 (DGFP, C, II, No. 449). Das exakte Datum des Treffens (14. 6. 34) wurde erst zehn Tage später vereinbart; Neurath an Hassell am 25. 5. 34; 64 14 23.

¹⁶⁵ Hahn an AA am 14. 5. 34; E 45 34 07-16.

¹⁶⁶ Aufzeichnung Pappenheims vom 24. 5. 34; E 69 56 13-16 (DGFP, C, II, No. 459); auch zum folgenden.

¹⁶⁷ Neurath an Frick am 24. 5. 34; E 60 67 43-47 (DGFP, C, II, No. 462). – Abschriften seines Schreibens sandte Neurath an die Reichskanzlei, das Reichswehrministerium sowie an Heß und Röhm; auch zum folgenden.

¹⁶⁸ Wie Neurath schrieb, waren Hitlers seinerzeitige Anweisungen zwar insofern befolgt worden, als das Lager Lechfeld tatsächlich aufgelöst worden war. Die Legion wurde aber auf kleinere Lager verteilt, die wiederum »in nächster Nähe der bayrisch-österreichischen Grenze« lagen. Neurath nannte Passau, Saldenburg und Freilassing.

¹⁶⁹ Frick an den bayr. Ministerpräsidenten Siebert am 14. 6. 34; Abschrift für das AA, E 60 67 51-52, mit Anschreiben Fricks E 60 67 50 (DGFP, C, III, No. 3). Eine Abschrift ging an die Oberste SA-Führung mit dem Zusatz, daß den Verhältnissen »sofort ein Ende gemacht« werden müsse.

¹⁷⁰ Aufzeichnung Hüffers vom 8. 6. 34; E 62 97 54-56 (DGFP, C, II, No. 492); auch zum folgenden.

¹⁷¹ Eine Aufzeichnung der Unterredung Hitler-Habicht, die nach Hüffers Angaben für den 9. 6. 34 geplant war, liegt nicht vor.

¹⁷² Wächter-Bericht; in VjhZg. 12 (1964), S. 213.

¹⁷³ Die Zuspitzung der Lage zwischen der österreichischen NSDAP und der österreichischen SA gehört in den Rahmen der allgemeinen Auseinandersetzung zwischen NSDAP und SA in den ersten Monaten des Jahres 1934; vgl. Bracher-Sauer-Schulz, S. 934 ff.

¹⁷⁴ Aufzeichnung Renthe-Finks vom 29. 5. 34; E 45 34 05-06 (DGFP, C, II, No. 469); auch zum folgenden.

¹⁷⁵ Die Möglichkeit, daß die Regierung »einen Putsch gegen die Nationalsozialisten« unternehmen könnte, hatte auch Muff angedeutet. Aufzeichnung Pappenheims vom 24. 5. 34; a. a. O.

¹⁷⁶ Aufzeichnung Köpkes vom 31. 5. 34; 37 65 86–89. Die Aufzeichnung Köpkes ist als Dokument 868–D abgedruckt in: Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. XXXV, S. 617 ff.; auch zum folgenden.

¹⁷⁷ Mit diesen Worten charakterisierte Renthe-Fink die Funktion Wächters, wobei er ausdrücklich hinzufügte, daß sich Wächters Befugnisse nicht auf die SA erstreckten. Aufzeichnung Renthe-Finks vom 29. 5. 34; a. a. O.

¹⁷⁸ Eine Aufzeichnung über Datum und Ergebnis des Gesprächs Heß-Wächter läßt sich nicht auffinden. Wächters Äußerungen sind aber bekannt durch seinen späteren Bericht. Was Heß sagte, hat Wächter nicht überliefert. Wächter-Bericht, in: VjhFZg. 12 (1964), S. 213 f.

¹⁷⁹ Wächter-Bericht, in VjhFZg. 12 (1964), S. 217.

¹⁸⁰ Muff an AA am 5. 6. 34 (1. Bericht), E 45 28 48–50. – Übrigens berichtete Fabbrì, daß er seine Regierung erneut darauf hingewiesen habe, daß »die Männer der jetzigen österreichischen Regierung für Deutschland nicht mehr in Frage kommen« und »eine ganz neue starke und den Beteiligten gleich genehme Persönlichkeit« gefunden werden müsse, ein deutlicher Fingerzeig auf Rintelen.

¹⁸¹ Muff an AA am 5. 6. 34 (2. Bericht), E 45 28 51–53; auch zum folgenden.

¹⁸² »Richtlinien für eine Zusammenkunft mit Mussolini«, Kopie ohne Datum und Unterschrift; 64 14 05. – Aus Hassells Bericht an das AA vom 23. 4. 34 (E 44 47 89–91; DGFP, C, II, No. 420) geht hervor, daß Hassell beauftragt war, auf der Grundlage dieser Richtlinien das Treffen vorzubereiten.

¹⁸³ Hassell an AA am 23. 4. 34; a. a. O.

¹⁸⁴ Hassell an AA am 29. 5. 34; 64 14 25–27 (DGFP, C, II, No. 472).

¹⁸⁵ Neurath an Hassell a 1. 6. 34; 46 97 19–20.

¹⁸⁶ Aufzeichnung vom 7. 6. 34; E 45 42 67–72. – Die Aufzeichnung ist nicht unterschrieben; einige handschriftliche Korrekturen Renthe-Finks deuten jedoch auf seine Verfasserschaft hin; auch zum folgenden.

¹⁸⁷ Aufzeichnung Weydenhammers vom 17. 4. 34; a. a. O.

¹⁸⁸ V-Bericht aus Wien, von Habicht dem AA am 19. 6. 34 zugeleitet; E 45 28 97–904. – Aus dem Inhalt des Berichtes, der undatiert und nicht unterzeichnet ist, geht hervor, daß er vor dem Treffen von Venedig geschrieben wurde.

¹⁸⁹ Muff an AA am 5. 6. 34; a. a. O.

¹⁹⁰ Rieth an AA am 13. 6. 34; E 26 91 90–92; auch zum folgenden.

¹⁹¹ Weydenhammer an Habicht am 14. 6. 34; E 45 28 90–92; auch zum folgenden. – Im AA ging der Bericht am 4. 7. 34 ein.

¹⁹² Rieth an AA am 12. 6. 34; E 45 34 37–40.

¹⁹³ Rieth an Bülow am 12. 6. 34; E 20 08 68–69 (DGFP, C, II, No. 501); auch zum folgenden.

¹⁹⁴ Frick an Siebert am 14. 6. 34; a. a. O.

¹⁹⁵ Weydenhammer an Habicht am 14. 6. 34; a. a. O.

¹⁹⁶ Weydenhammer an Habicht am 14. 6. 34; a. a. O.

¹⁹⁷ Zweites Buch, S. 182.

¹⁹⁸ Aufzeichnung Neuraths vom 15. 6. 34; D 61 73 28–32 (DGFP, C, III, No. 5); auch zum folgenden. – Neuraths Aufzeichnung beruht auf den Angaben, die Hitler im Anschluß an seine Gespräche mit Mussolini dem Außenminister machte. Die volle Authentizität der Angaben Hitlers ist nicht unbedingt sicher und wurde später eifrig und ausführlich diskutiert. Auf diese Differenzen wird noch einzugehen sein. Dennoch erscheint es berechtigt, von Hitlers durch Neurath überlieferte Angaben auszugehen, da sie zugleich Hitlers Selbstverständnis beleuchten.

¹⁹⁹ Suvich zum britischen Botschafter in Rom, Drummond; Drummond an Foreign Office am 20. 6. 34; DBFP, Ser. 2, Vol. VI, No. 462.

²⁰⁰ Neurath an Rieth am 16. 6. 34; E 45 42 73.

²⁰¹ Aufzeichnung Neuraths vom 15. 6. 34; E 44 48 68 (DGFP, C, III, No. 7). – Die Aufzeichnung ist nicht unterschrieben. Daß sie jedoch von Neurath stammt, geht aus einem Schreiben Köpkes an Hassell vom 20. 6. 34 (64 14 69–78) hervor.

²⁰² Marginalie Hassells auf dem Schreiben Köpkes vom 20. 6. 34; a. a. O.

²⁰³ Rundschreiben Neuraths vom 16. 6. 34; E 44 48 64–66 (DGFP, C, III, No. 10).

²⁰⁴ Hitler zu Rosenberg; Tagebuch Rosenbergs (dtv-Ausgabe), S. 40. – Rosenbergs Eintragung findet sich unter dem 11. 6. 34, ganz offensichtlich ein Schreibfehler Rosenbergs. – Rosenbergs Eintragung gibt im übrigen einen guten Einblick in die Hochstimmung, in der sich Hitler nach seiner Rückkehr aus Venedig befand und die nicht zuletzt für seine optimistische Deutung des Verhandlungsergebnisses verantwortlich gewesen sein dürfte. Hitler sei, so schreibt Rosenberg (S. 39 f.),

»ganz berauscht« von Venedig gewesen und betrachtete das Treffen »als großen Erfolg«.

²⁰⁵ Bülow an Hassell am 18. 6. 34; 64 14 65.

²⁰⁶ Hassell an AA am 21. 6. 34; H 03 02 97-304 (DGFP, C, III, No. 26); auch zum folgenden.

²⁰⁷ Hassell an AA am 28. 6. 34; E 45 34 92-95. — Erste Andeutungen über ein Treffen Mussolini-Dollfuß machte Rieth schon in einem Bericht an das AA am 24. 6. 34; E 45 42 76-78 (DGFP, C, III, No. 34).

²⁰⁸ Neurath an Hassell am 4. 7. 34; E 45 42 93-94 (DGFP, C, III, No. 56); auch zum folgenden.

²⁰⁹ Hassell an AA am 5. 7. 34 (2. Bericht); E 45 43 04-05; auch zum folgenden.

²¹⁰ Hassell an AA am 5. 7. 34 (1. Bericht); E 45 42 97-98 (DGFP, C, III, No. 62).

²¹¹ Vermerk Heinburgs vom 9. 7. 34; E 45 43 03; auch zum folgenden.

²¹² Köpke an Hassell am 16. 6. 34; E 45 43 08-10 (DGFP, C, III, No. 89); auch zum folgenden.

²¹³ Hassell an Köpke am 19. 6. 34; E 57 78 17-19 (DGFP, C, III, No. 100); auch zum folgenden.

²¹⁴ In diesem Zusammenhang kritisierte Hassell besonders »die deutsche Presse«, in der Rintelen schon »als voraussichtlicher Nachfolger« von Dollfuß genannt worden sei. Derartige Meldungen scheinen eher in Propagandaschriften als in Zeitungen erschienen zu sein. Mindestens nannte Köpke die sich daran knüpfenden Besorgnisse Hassells in einer Marginalie »etwas übertrieben«. Hassell an Köpke am 19. 6. 34; a. a. O.

²¹⁵ Weydenhammer an Habicht am 14. 6. 34; a. a. O.

²¹⁶ Hassell an AA am 5. 7. 34 (1. Bericht); a. a. O. — Suvich hatte diesen Standpunkt schon zwei Wochen zuvor gegenüber Hassell klargestellt; Hassell an AA am 21. 6. 34; a. a. O.

²¹⁷ Habicht an Hüffer am 18. 6. 34; E 45 28 80 (DGFP, C, III, No. 17); anliegend der Bericht aus Wien; E 45 28 81-84; auch zum folgenden.

²¹⁸ Der dem Schreiben Habichts anliegende Bericht ist weder datiert noch unterschrieben. Aus seinem Inhalt geht aber hervor, daß er kurz vor dem Treffen von Venedig verfaßt wurde. Die Annahme, daß Wächter der Verfasser war, stützt sich vor allem darauf, daß allein

Wächter von den noch in Österreich befindlichen NSDAP-Führern derart viele Kontakte besaß, wie sie in dem Bericht erwähnt werden; vgl. Wächter-Bericht, in: VjhZg. 12 (1964), S. 207 ff.

²¹⁹ Fey hielt sich vom 12.–13. 6. 34 in Budapest auf. Die These, daß er dort die ungarische Haltung bei einem eventuellen Staatsstreich gegen Dollfuß auskundschaften wollte, wird unterstützt durch entsprechende Andeutungen von Gömbös gegenüber Starhemberg; Starhemberg, S. 143 ff.

²²⁰ Wächter-Bericht, in VjhZg. 12 (1964), S. 213.

²²¹ Rieth an AA am 21. 6. 34; E 45 34 74–76.

²²² Rieth an AA am 22. 6. 34; E 45, 34 66.

²²³ Vermerk Hüffers vom 23. 6. 34; E 45 34 68.

²²⁴ Marginalie Renthe-Finks vom 23. 6. 34 auf Vermerk Hüffers vom 23. 6. 34; a. a. O.

²²⁵ Rieth an Neurath am 24. 6. 34; E 45 34 74

²²⁶ Suvich zu Drummond; Drummond an Foreign Office am 20. 6. 34; DBFP, Ser. 2, Vol. VI, No. 462.

²²⁷ Rieth an AA am 28. 6. 34; E 45 34 88–89. – Auszüge aus Berichten der Konsulate Salzburg (28. 6. 34) und Innsbruck (30. 6. 34); E 45 34 90.

²²⁸ Auszug aus dem »News Chronicle« vom 29. 6. 34; E 45 34 82.

²²⁹ Weydenhammer-Bericht (a. a. O.); S. 4.

²³⁰ Der Bericht Weydenhammers, der unmittelbar nach dem Anschluß 1938 verfaßt wurde, schildert vor allem den Verlauf des Putsches selbst, gibt aber einleitend auch wichtige Hinweise auf dessen Voraussetzungen. Wenngleich unverkennbar aus nationalsozialistischer Perspektive geschrieben, ist er doch nicht apologetisch im engeren Sinn und in der Darstellung der Fakten zuverlässig. Eine gewisse Tendenz zur Heroisierung ist allerdings nicht zu übersehen. – Die im folgenden zitierten Seitenangaben beziehen sich auf das bisher als Ganzes unveröffentlichte Original; Bundesarchiv, Best. NS 26/vorl. 634.

²³¹ Der Bericht Wächters entstand im Mai 1938, also unmittelbar nach dem Anschluß Österreichs. Wächter richtete ihn an das Oberste Parteigericht der NSDAP in München, um sich gegen den Vorwurf zu verteidigen, er habe den Putsch als »Privataktion« aufgezogen »und bewußt gegen den erklärten Willen des Führers gehandelt«. Unter diesem Gesichtspunkt ist es verständlich, wenn der Bericht Wächters, weit mehr als derjenige Weydenhammers, apologetische Züge trägt. Er gibt aber auch unter dieser Einschränkung aufschlußreiche Einblicke in die

Vorgeschichte des Putsches. Die im folgenden zitierten Seitenangaben beziehen sich auf den Abdruck des Berichtes in den VjhfZg. 12 (1964), S. 207 ff.

²³² Weydenhammer-Bericht, S. 4 f.; auch zum folgenden.

²³³ Wächter-Bericht, S. 208; auch zum folgenden.

²³⁴ Weydenhammer-Bericht, S. 5 f.; auch zum folgenden.

²³⁵ Der Termin des Putsches wurde erst am 16. 7. 34 auf den 24. 7. 34 festgelegt und dann noch einmal kurzfristig verschoben, weil der österreichische Ministerrat seine Sitzung überraschend erst am 25. 7. 34 durchführte; Weydenhammer-Bericht, S. 7 f.

²³⁶ Zur Verteilung der Kompetenzen vgl. Wächter-Bericht, S. 211.

²³⁷ Wächter-Bericht, S. 210; auch zum folgenden.

²³⁸ Es läßt sich nachträglich nicht klären, inwieweit in diesem Urteil Wächters spätere Vorgänge – wie etwa Schallers Aussage im Hamburger-Prozeß (a. a. O.) – ihren Niederschlag fanden. Wächters Vorbehalte gegenüber der SA, die auch bei seinen Unterredungen in Berlin zum Ausdruck kamen, machen es jedoch wahrscheinlich, daß er schon in Zürich diesen Standpunkt vertrat.

²³⁹ Niederschrift Schallers vom 1. 4. 35 für den Militärgerichtsprozeß gegen den SA-Obersturmbannführer Hamburger im Februar 1935 in Wien; Weydenhammer-Bericht, Beilage Nr. 2; auch zum folgenden.

²⁴⁰ Schaller hatte nach eigenen Angaben die Aufgabe, zur »Irreführung der österreichischen Behörden« Informationen von München nach Wien zu liefern. Er mußte gelegentlich, um seine Glaubwürdigkeit zu sichern, »auch richtige Nachrichten weitergeben«. Niederschrift Schallers vom 1. 4. 35; Weydenhammer-Bericht, Beilage Nr. 2.

²⁴¹ vgl. Wächter-Bericht, S. 215.

²⁴² In den Berichten Wächters und Weydenhammers wird ausführlich zu belegen versucht, daß das Beiseitestehen der SA entscheidend zum Scheitern des Putsches beigetragen habe.

²⁴³ Weydenhammer-Bericht, S. 6 f.; Wächter-Bericht, S. 210 f.

²⁴⁴ Spätere Angabe Weydenhammers; Hellmuth Auerbach in: VjhfZg. 12 (1964), S. 205.

²⁴⁵ Wächter-Bericht, S. 210.

²⁴⁶ Vgl. hierzu den Bericht Weydenhammers und insbesondere den »Bericht der Historischen Kommission des Reichsführers SS« über »Die Erhebung der österreichischen Nationalsozialisten im Juli 1934«, der nach Abschluß der vorliegenden Untersuchung veröffentlicht wurde. Dieser Bericht, der Ende 1938 verfaßt und erst 1964 von tschechoslo-

wakischen Behörden unter anderen SS-Akten im Schwarzen See aufgefunden wurde, sollte die Grundlage für ein strafrechtliches Vorgehen gegen Schuschnigg bilden, enthält aber – neben vielen tendenziösen Interpretationen – eine materialreiche und recht zuverlässige Darstellung der Putschvorbereitung. Die in der vorliegenden Arbeit ausführlich zitierten Berichte von Weydenhammer und Wächter sind Vorstufen dieses Berichtes. – Wesentliche Einzelheiten enthalten auch die von der österreichischen Regierung 1934 herausgegebenen »Beiträge zur Vorgeschichte und Geschichte der Julirevolte«.

²⁴⁷ Weydenhammer-Bericht, S. 6; auch zum folgenden.

²⁴⁸ Rieth an AA am 14. 7. 34; E 62 76 67–68. – Selbst Rieth hielt diese Maßnahme, die am 19. 7. 34 in Kraft treten sollte, für so gefährlich, daß er Dollfuß »inoffiziell« von ihrer Anwendung abraten wollte (Rieth an Bülow am 15. 7. 34; E 45 35 35–38). Bülow wies den Gesandten jedoch an, mit Rücksicht auf den Grundsatz der Nichteinmischung, von einer Intervention »unter allen Umständen... abzusehen« (Bülow an Rieth am 16. 7. 34; E 45 35 40).

²⁴⁹ Wächter-Bericht, S. 208.

²⁵⁰ Weydenhammer-Bericht, S. 4.

²⁵¹ Rieth an Bülow am 23. 7. 34; E 20 08 70–78 (DGFP, C, III, No. 112).

²⁵² Bericht eines ungenannten »Gewährsmannes« der NSDAP in Wien vom 19. 7. 34; E 27 00 49–51. Das Gespräch mit Lahr fand am 18. 7. 34 statt. – Wann und auf welchem Weg dieser Bericht in die deutsche Gesandtschaft in Wien gelangte, in deren Akten er sich befindet, ist nicht zu erkennen. Der Verfasser des Berichtes selbst hielt eine Weitergabe an die Gesandtschaft für »unerwünscht« und verlangte auch, daß der Inhalt »dem Auswärtigen Amt nicht zur Kenntnis gebracht werden« solle. Diese Hinweise deuten auf einen konspirativen Hintergrund, der indessen in dem Bericht selbst kaum bestätigt wird. – Rieth unterrichtete Bülow am 23. 7. 34 von dem Inhalt (Rieth an Bülow am 23. 7. 34; a. a. O.), ohne das Gefühl zu haben, etwas Ungewöhnliches zu berichten, da Fey schon vorher gelegentlich Kontakte zur NSDAP gesucht hatte.

²⁵³ Weydenhammer-Bericht, S. 4 ff.; auch zum folgenden.

²⁵⁴ Die einzigen Anhaltspunkte über das Gespräch Hitler-Habicht gibt Görings Aussage in Nürnberg (IMT, Bd. IX, S. 330 f.), auf die sich auch das folgende stützt. Dafür, daß Görings Aussage im wesentlichen zutrifft, spricht auch Hitlers spätere Reaktion gegenüber Habicht.

²⁵⁵ Aufzeichnung Heinburgs vom 25. 7. 34; D 61 72 46.

²⁵⁶ Aufzeichnung Heinburgs vom 25. 7. 34; D 61 72 48–49.

²⁵⁷ Dollfuß erlag den Verletzungen, die ihm von einem Putschisten durch zwei Revolverschüsse zugefügt worden waren, gegen 15.45 Uhr; Beiträge, S. 72.

²⁵⁸ Rieth zu Bülow um 21.45 Uhr am 25. 7. 34; Aktennotiz Bülows vom 26. 7. 34; D 61 72 52–58 (DGFP, C, III, No. 115).

²⁵⁹ Für eine Unterrichtung Hitlers durch das AA finden sich keine Hinweise in den Akten. Sie ist aber dennoch nicht auszuschließen. Andererseits ist es auch durchaus möglich, daß Hitler von anderer Seite unterrichtet wurde. Denn die Tatsache eines Putsches in Wien war schon am Nachmittag in Deutschland öffentlich bekannt: Um 16.00 Uhr verbreitete das DNB eine entsprechende Meldung; Aufzeichnung Heinburgs vom 25. 7. 34; D 61 72 47. – Es erscheint daher möglich, daß sich Hitler während der »Rheingold«-Vorstellung, die er am Abend besuchte, von seinen Adjutanten Schaub und Brückner über die Ereignisse in Wien laufend unterrichten ließ, wie Friedelind Wagner (The Royal Family of Bayreuth, S. 98 f.) berichtet.

²⁶⁰ Aktennotiz Bülows vom 26. 7. 34; D 61 72 52–58 (DGFP, C, III, No. 115). In Bülows Aktennotiz sind alle weiteren Vorgänge der Nacht vom 25. zum 26. 7. 34 festgehalten. Die Notiz liegt auch dem folgenden zugrunde.

²⁶¹ Rieth zu Bülow am 25. 7. 34 (21.45 Uhr); Aktennotiz Bülows vom 26. 7. 34; a. a. O.

²⁶² Hitler zu Bülow am 25. 7. 34 (22.00 Uhr); Aktennotiz Bülows vom 26. 7. 34; a. a. O.

²⁶³ Hitler zu Bülow am 25. 7. 34 (23.00 Uhr); Aktennotiz Bülows vom 26. 7. 34; a. a. O.

²⁶⁴ Auch Bülow war, da von Rieth keine weiteren Informationen einliefen, auf die Meldungen des österreichischen Rundfunks angewiesen, den er zwischen seinen Telefonaten abhörte.

²⁶⁵ Aktennotiz Bülows vom 26. 7. 34; a. a. O.

²⁶⁶ Hitler zu Bülow am 25. 7. 34 (23.00 Uhr); a. a. O.

²⁶⁷ Neurath zu Bülow am 26. 7. 34 (1.30); Aktennotiz Bülows vom 26. 7. 34; a. a. O.

²⁶⁸ Bülow zu Rieth am 26. 7. 34 (1.40); Aktennotiz Bülows vom 26. 7. 34; a. a. O.

²⁶⁹ Papen, S. 379 ff.; auch zum folgenden.

²⁷⁰ Auch Göring erklärte, Hitler sei über den Gewaltakt »außer-

ordentlich empört« gewesen (Schmidt-Prozeß, S. 299 ff.). Und Friedelind Wagner beobachtete schon am Abend des 25. 7. 34, Hitler sei, nachdem er die Nachricht vom Putsch erhalten hatte, »sehr aufgeregt« und »furchtbar anzusehen« gewesen (The Royal Family of Bayreuth, S. 98 f.).

²⁷¹ Vgl. Papen-Memorandum in: Schmidt-Prozeß, S. 345 ff. und Aussage Görings in: Schmidt-Prozeß, S. 299 ff.

²⁷² Weydenhammer-Bericht, S. 29.

²⁷³ Papen, S. 384. Auch Göring erklärte, daß Hitler dem Landesinspekteur »die allerschwersten Vorwürfe« gemacht habe; Aussage Görings, IMT, IX, S. 331.

²⁷⁴ Aussage Görings, IMT, IX, S. 331.

²⁷⁵ Papen, S. 384.

²⁷⁶ Hassell zu Bülow, Aufzeichnung Bülows vom 27. 7. 34; D 61 72 72-73; zur englischen Reaktion s. Aktennotiz Bülows vom 26. 7. 34; D 61 72 59.

²⁷⁷ Aktennotiz Bülows vom 26. 7. 34; a. a. O.

²⁷⁸ Bülow an die deutschen Auslandsvertretungen am 26. 7. 34; D 61 72 67-68.

²⁷⁹ Friedelind Wagner (S. 98 f.) berichtet, Hitler habe anfangs »die Freude in seinem Gesicht kaum verbergen« können.

²⁸⁰ Vgl. Gehl, S. 96.

²⁸¹ IMT, IX, S. 331.

²⁸² Bülow an Auslandsvertretungen am 26. 7. 34; a. a. O.

²⁸³ Einen plastischen, wenn auch in Einzelheiten unzuverlässigen Einblick in die Atmosphäre in Bayreuth am Abend des 26. 7. 34 gibt der Auslandspresseschef der NSDAP, Ernst Hanfstaengl, in seinen Erinnerungen (Hitler – The Missing Years), S. 259 ff.

²⁸⁴ Hitler an Papen am 26. 7. 34; Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten, 1934/1935, Teil 1, S. 266 f.; auch zum folgenden. – Der Brief wurde sogleich bekanntgegeben, da man sich in der Öffentlichkeit von ihm eine beruhigende Wirkung erhoffte.

²⁸⁵ Auch in dem Brief Hitlers an Papen finden sich noch die bezeichnenden Hinweise, Rieth habe »ohne jeden Grund das deutsche Reich in eine interne österreichische Angelegenheit hineingezogen« und die Lage habe sich »ohne unsere Schuld« zugespitzt. Hitler an Papen am 26. 7. 34; a. a. O.

²⁸⁶ Papen, S. 384 f., und Papen-Memorandum in: Schmidt-Prozeß, S. 345 ff.

²⁸⁷ Neurath an Hassell am 27. 7. 34; E 57 89 57–58 (DGFP, C, III, No. 127).

²⁸⁸ Aufzeichnung Bülow's am 30. 7. 34; D 61 72 88–90 (DGFP, C, III, No. 134).

²⁸⁹ Aufzeichnung Bülow's vom 30. 7. 34; a. a. O.; vgl. auch Aufzeichnung Bülow's vom 1. 8. 34; D 61 73 02 (DGFP, C, III, No. 141).

²⁹⁰ Aufzeichnung Hüffers vom 7. 8. 34; D 61 73 20–22 (DGFP, C, III, No. 149); auch zum folgenden.

²⁹¹ Hitler an Heß, Goebbels, Papen und die Gestapo am 8. 8. 34; E 45 29 26 (DGFP, C, III, No. 151); auch zum folgenden.

²⁹² »Leitsätze für die deutsche Politik gegenüber Österreich für die nächste Zeit«, von Papen am 19. 8. 34 Bülow zugeleitet. E 45 10 90 bis 92 (DGFP, C, III, No. 167 (S. 342 f.)); auch zum folgenden.

²⁹³ Der Brief Frauenfeld's an Heß ist nicht aufzufinden. Sein Inhalt ergibt sich jedoch aus der Antwort von Heß.

²⁹⁴ Heß an Frauenfeld am 21. 8. 34; Abschrift für das AA; E 45 29 42–43 (DGFP, C, III, No. 173). – Das Anschreiben an das AA ist datiert vom Obersalzberg am 22. 8. 34, womit sicher ist, daß Hitler selbst an der Entstehung beteiligt war.

²⁹⁵ Weisung Habichts an Wächter; Wächter-Bericht, S. 209 f.

²⁹⁶ Shepherd, S. 331 ff. – Zu den Spekulationen Shepherds vgl. auch Gehl, S. 96. – Jedlicka (Die Erhebung der österreichischen Nationalsozialisten im Juli 1934, S. 213 ff.) hält Hitlers Anteil am Putsch für »ungeklärt«. Jedlickas These, Neurath sei Mitwisser des Putsches gewesen, läßt sich nicht verifizieren. Jedlicka folgt hier der Unterstellung des Anklagevertreters Sir David Maxwell-Fyfe im Nürnberger Prozeß (IMT, Bd. XVII, S. 39 ff.), daß Neuraths Kenntnisnahme des Berichts über das Gespräch Köpke-Wächter vom 31. 5. 33 eine Einweihung des Außenministers in die Putschpläne bedeutet habe. Allein die Datierung enthüllt – vom Inhalt des Gesprächs abgesehen – den Irrtum dieser Annahme.

ZUM VIERTEN KAPITEL

¹ Bracher-Sauer-Schulz, S. 259.

² Weizsäcker, S. 129.

³ Wächter-Bericht, in: VjhfZg. 12 (1964), S. 207 ff.

⁴ Hans Mommsen, Der Reichstagsbrand und seine politischen Folgen, in: VjhfZg. 12 (1964), S. 352 ff.; auch zum folgenden.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

Veröffentlichte Quellen:

Archiv der Gegenwart 1932/1933 und 1934

Beiträge zur Vorgeschichte und Geschichte der Julirevolte, hrg. auf Grund amtlicher Quellen, Wien 1934

Documentary Background of World War II, 1931–1941, Compiled and edited by James W. Gantenbein, New York 1949

Documents on British Foreign Policy, Second Series, Vol. V: 1933; Vol. I–III, London 1957 ff.

Documents on German Foreign Policy 1918–1945, Second Series, Vol. I–III, London 1957 ff.

Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930–1933, bearb. von Thilo Vogelsang, in: VjhZg. 2 (1954)

Die Erhebung der österreichischen Nationalsozialisten (Bericht der Historischen Kommission des Reichsführers SS), Wien-Frankfurt-Zürich 1965

Der Februar-Aufbruch 1934, Manuskript für den Dienstgebrauch des Bundesministeriums für Landesverteidigung, als Manuskript gedruckt, Wien 1935

Hitler – Reden und Proklamationen, hrg. von Max Domarus, Teil I (1932–1938), Würzburg 1962

Internationaler Militärgerichtshof, Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, Nürnberg 1948 f. (zit. IMT)

Die Juli-Revolution 1934, Manuskript für den Dienstgebrauch des Bundes-

- ministeriums für Landesverteidigung, als Manuskript gedruckt, Wien 1936
- Mussolini-Dollfuß, Geheimer Briefwechsel, mit einem Vorwort von A. Schärf, Erläuterungen von K. H. Sailer, Wien 1949
- Neue Zürcher Zeitung, Jahrgang 1933 und Jahrgang 1934
- Putsch vom 25. Juli 1934; Eine nationalsozialistische Stimme zum Wiener Putsch vom 25. Juli 1934, von Otto Gustav Wächter, kommentiert von Hellmuth Auerbach, in: VjhZg. 12 (1964), (zit. Wächter-Bericht)
- Rintelen-Prozeß, Bericht der amtlichen Nachrichtenstelle über den Prozeß gegen Dr. Anton Rintelen, Wien 1935
- Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs, hrg. von Hans-Günther Seraphim (dtv-Ausgabe), München 1964
- Rot-Weiß-Rot-Buch, Darstellungen, Dokumente und Nachweise zur Vorgeschichte und Geschichte der Okkupation Österreichs, (nach amtlichen Quellen) I. Teil, Wien 1946
- Schmidt-Prozeß; Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht, Protokolle und Dokumente, Wien 1947
- Schultheiß' Europäischer Geschichtskalender, Band 74 (1933) und Band 75 (1934)
- Survey of International Affairs, London 1928 ff.
- Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten, hrg. von Michael Freund und Werner Frauendienst, Band 1-5, Essen 1940

Unveröffentlichtes Quellenmaterial:

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn

Die Akten des Auswärtigen Amtes sind die bei weitem wichtigste Grundlage der vorliegenden Arbeit. Bei nicht nummerierten Stücken ist der entsprechende Ordner an der zitierten Stelle vermerkt. Der überwiegende Teil der Akten des AA, der bei der Aufnahme auf Mikrofilm fortlaufend nummeriert wurde, wird in der Arbeit nur mit diesen Nummern angegeben. Die fortlaufende Numerierung ist auch das ordnende Prinzip der folgenden Zusammenstellung, wobei auf den ent-

sprechenden Bestand im Politischen Archiv des AA und außerdem auf die Nummern der Mikrofilmserien verwiesen wird.

H 00 62 75 ff.	Handakten Ritter	5664
H 02 85 82 ff.	Abteilung II Italien: Politische Beziehungen Italien-Deutschland	5737
H 03 02 97 ff.	Abt. II Italien: Gegenseitige Besuche führender Staatsmänner	5739
H 04 01 25 ff.	Abt. II Italien: Die italienisch-österreichisch- ungarischen Besprechungen in Rom im März 1934	5753
K 17 12 54 ff.	Büro des RM: Ausw. Amt. Organisation Per- sonalfragen	K 652
E 19 77 00 ff.	Büro des Staatssekretärs: Schriftwechsel mit dem Herrn RM sowie Aufzeichnungen des Herrn RM	4619
E 20 04 14 ff.	Büro des Staatssekretärs: Politischer Schrift- wechsel des Herrn St.S. mit Beamten des Aus- wärtigen Dienstes	4620
E 26 91 24 ff.	Gesandtschaft Wien: Geheimakten	4938
E 32 41 95 ff.	Botschaft Rom (Geheimakten): Österreich, Va- tikan, deutsch-österr. Zollunion	5269
E 37 63 76 ff.	Reichskanzlei: Österreich	1549
38 12 53 ff.	Büro des RM: Aufzeichnungen des Staatssekre- tärs von Bülow	1574
E 41 05 95 ff.	Handakten Ritter: Italien	5642
E 44 29 01 ff.	Geheimakten 1920-36: Italien; Politische Be- ziehungen Italien-Deutschland	6001
E 44 47 89 ff.	Geheimakten 1920-36: Italien; Gegenseitige Besuche führender Staatsmänner	6036
E 44 64 72 ff.	Geheimakten 1920-36: Italien; Politische Be- ziehungen Italien-Österreich	6051
E 44 68 91 ff.	Geheimakten 1920-36: Italien; Politische Be- ziehungen Italien-Ungarn	6057
E 44 83 52 ff.	Geheimakten 1920-36: Italien; Wirtschaftliche Beziehungen Italien-Deutschland	6062
E 45 04 61 ff.	Geheimakten 1920-36: Österreich; Handels- vertragsverhältnis zu Deutschland	6076
E 45 04 85 ff.	Geheimakten 1920-36: Österreich; Politische Beziehungen Österreich-Deutschland	6077

- E 45 07 28 ff. Geheimakten 1920–36: Österreich; Politische Beziehungen Österreich-Ungarn 6078
- E 45 07 40 ff. Geheimakten 1920–36: Österreich; Innere Politik 6079
- E 45 10 77 ff. Geheimakten 1920–36: Berichte von Papen an den Führer 6081
- E 45 15 37 ff. Geheimakten 1920–36: Personalien früher regierender Familien 6084
- E 45 24 75 ff. Geheimakten 1920–36: Österreich; Nationalsozialismus 6111
- E 45 34 05 ff. Geheimakten 1920–36: Österreich; Nationalsozialismus (Terrorakte) 6112
- E 45 37 04 ff. Geheimakten 1920–36: Österreich; Intervention Englands, Frankreichs und Italiens zugunsten Österreichs 6113
- E 45 40 45 ff. Geheimakten 1920–36: Österreich; Nationalsozialismus (Einigungsverhandlungen) 6114
- E 45 46 98 ff. Geheimakten 1920–36: Österreich; Nationalsozialismus (Österreichische Legion) 6115
- E 45 50 79 ff. Geheimakten 1920–36: Österreich; Wirtschaftliche Maßnahmen 6116
- E 45 68 04 ff. Geheimakten 1920–36: Österreich; Nationalsozialismus (Unterstützung für österreichische Flüchtlinge) 6133
- E 46 06 51 ff. Geheimakten 1920–36: Vatikan, Abschluß von Konkordaten mit dem Reich und deutschen Ländern 6153
- 46 97 19 ff. Büro des Reichsministers 2158
- E 53 72 83 ff. Abt. II F Abrüstung: Allgemeine Abrüstungskonferenz 1932 7360
- 54 01 32 ff. Büro des Reichsministers: Italien 2784
- 54 02 08 ff. Büro des Reichsministers: Italien 2784
- 54 03 09 ff. Büro des Reichsministers: Österreich 3086
- E 56 70 30 ff. Abt. II: Frankreich; Politische Beziehungen Frankreich-Italien 7819
- E 57 77 73 ff. Nachlässe: Handakten Renthe-Fink; Anweisungen für das Treffen Hitler-Mussolini in Venedig im April 1934 8027

- E 57 78 17 ff. Geheimakten 1920–36: Gegenseitige Besuche führender Staatsmänner 8031
- E 57 79 41 ff. Botschaft Rom: Donaustaaten (1932–1936) 8036
- E 57 81 35 ff. Botschaft Rom (geheim): Süd-Tirol, deutsch-italienische Beziehungen, Italien, Österreich und Ungarn etc. 8038
- E 57 83 73 ff. Abt. II Italien: Gegenseitige Besuche führender Staatsmänner 8046
- E 57 84 40 ff. Abt. II Italien: Politische Beziehungen Italien-Österreich 8048
- E 57 87 22 ff. Abt. II Italien: Politische Beziehungen Italien-Ungarn 8050
- E 57 89 57 ff. Botschaft Rom: Politische Beziehungen Italiens zu Deutschland 8054
- E 57 93 14 ff. Sonderreferat Wirtschaft: Handelsverhältnis zu Italien 8070
- 58 05 00 ff. Büro des Reichsministers: Ungarn, Bulgarien, Albanien 2980
- E 60 49 54 ff. Geheimakten 1920–36: Österreich; Nationalsozialismus (Terrorakte) 8638
- E 60 51 38 ff. Abt. II Österreich: Politische Beziehungen Österreich-Deutschland 8643
- E 60 55 60 ff. Abt. II Österreich: Stellung Deutschlands zum Putsch vom 25. Juli 1934 8648
- E 60 56 16 ff. Abt. II Österreich: Stellung Italiens zum Putsch vom 25. Juli 1934 8649
- E 60 56 96 ff. Abt. II Österreich: Stellung des Auslandes zum Putsch vom 25. Juli 1934 8650
- E 60 59 58 ff. Abt. II Österreich: Personalien früher regierender Familien 8656
- E 60 62 31 ff. Abt. II Österreich: Innenpolitische Abwehrmaßnahmen gegen den Nationalsozialismus 8659
- E 60 63 42 ff. Abt. II Österreich: Nationalsozialismus (Rundfunkreden des Landesinspektors Habicht) 8661
- E 60 63 62 ff. Abt. II Österreich: Nationalsozialismus (Österreichische Beschwerden) 8662
- E 60 64 72 ff. Abt. II Österreich: Nationalsozialismus (Deutsche Beschwerden und Gegenmaßnahmen) 8663

326 QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

- E 60 66 45 ff. Abt. II Österreich: Nationalsozialismus (Angelegenheit Habicht-Cohrs-Wasserbäck) 8665
- E 60 67 43 ff. Abt. II Österreich: Nationalsozialismus (Grenzzwischenfälle) 8668
- E 60 68 37 ff. Abt. II Österreich: Nationalsozialismus (Abwurf von Flugzetteln über Österreich durch deutsche Flugzeuge) 8670
- E 60 73 77 ff. Referat Deutschland: Ministerien 8683
- E 61 01 10 ff. Abt. II Österreich: Nationalsozialismus (Stellungnahme fremder Staaten) 8737
- D 61 62 14 ff. Büro des Reichsministers: Österreich 3086
- E 62 77 19 ff. Abt. II Österreich: Nationalsozialismus (Verhaftung Dr. Schneider) 8946
- E 62 77 47 ff. Abt. II Österreich: Nationalsozialismus (Propagandistische Tätigkeit von Parteiorganisationen im Ausland gegen die österreichische Regierung) 8673
- E 62 97 54 ff. Abt. II Österreich: Nationalsozialismus (Grenzzwischenfälle) 8976
- 64 14 05 ff. Botschaft Rom: Treffen Hitler-Mussolini im Juni 1934 3117
- E 66 28 55 ff. Abt. II Jugoslawien: Politische Beziehungen Jugoslawien-Deutschland 9356
- E 67 31 48 ff. Abt. II Ungarn: Politische Beziehungen Ungarn-Deutschland 9564
- E 67 57 26 ff. Büro des Reichsministers: Mussolini-Pakt, Donauffrage etc. 3170
- E 69 56 13 ff. Reichswehrministerium: Außenpolitik 1934 bis 1935 9937
- 79 22 83 ff. Alte Reichskanzlei: Kabinettsprotokolle 3598
- 79 29 87 ff. Alte Reichskanzlei: Kabinettsprotokolle 1932 bis 1938 3598
- AA Geheim 40/33: Österreich

Bundesarchiv Koblenz

- 37 63 63 ff. Akten der Reichskanzlei: Bestand: RK 43 II/ 1475
Österreich bis RK 43 II/ 1478
- Hauptarchiv der NSDAP, Schumacher- Bestand: NS 26/ 143
Ordner 302-306: Österreich,

- Hauptarchiv der NSDAP, Mappe 634-654: Österreich Bestand: NS 26/ vorl. 638
- Hauptarchiv der NSDAP: Bericht über die Erhebung der Nationalsozialisten am 25. Juli 1934, von Dr. Rudolf Weydenhammer Bestand: NS 26/ vorl. 634

Institut für Zeitgeschichte München

- Briefwechsel Dr. Leibbrandt (APA der NSDAP) mit V-Leuten in Österreich
Bestand: MA 128/3-VIII, 28

Literatur

Im folgenden Literaturverzeichnis werden nur Arbeiten berücksichtigt, die mit der vorliegenden Untersuchung in einem engeren, unmittelbaren Zusammenhang stehen. Auf allgemeine Darstellungen, die das hier behandelte Thema nur oberflächlich berühren, wurde ebenso verzichtet wie auf jene Fülle zeitgenössischer Schriften, deren eindeutiges Merkmal politische Polemik und nicht das Bemühen um wissenschaftliche Objektivität ist.

Memoiren und Erinnerungen:

- Bauer, Otto – Zwischen zwei Weltkriegen, Wien 1937
- Brandl, Franz – Kaiser, Politiker und Menschen, Leipzig 1936
- Curtius, Julius – Bemühung um Österreich, Heidelberg 1947
- Curtius, Julius – Sechs Jahre Minister der deutschen Republik, Heidelberg 1948
- Deusch, Julius – The Civil War in Austria, Chicago 1934
- Deusch, Julius – Ein weiter Weg, Wien 1960
- Ender, Otto – Die neue österreichische Verfassung, Wien 1934
- Franckenstein, Georg – Diplomat of Destiny, New York 1940
- François-Poncet, André – Als Botschafter in Berlin, Mainz 1949
- Funder, Friedrich – Vom Gestern ins Heute, Wien 1952
- Funder, Friedrich – Als Österreich den Sturm bestand, Wien-München 1957
- Hanfstaengl, Ernst (»Putzi«) – Hitler – The Missing Years, London 1957

- Hitler, Adolf – Die Südtiroler Frage und das deutsche Bündnisproblem, München 1926
- Hitler, Adolf – Mein Kampf (Einbändige Ausgabe), München 1940
Hitlers »Zweites Buch« – Eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg, Stuttgart 1961
- Karwinsky, Carl – Vor zwanzig Jahren . . . , zur Geschichte des 25. Juli 1934, in: Die Österreichische Furche, Jg. 10, Nr. 30, Wien 1954
- Kunschak, Leopold – Österreich 1918–1934, Wien 1934
- Langoth, Franz – Kampf um Österreich, Wels 1951
- Ludwig, Eduard – Österreichs Sendung im Donaauraum, Wien 1954
- Nadolny, Rudolf – Mein Beitrag, Wiesbaden 1955
- Papen, Franz von – Der Wahrheit eine Gasse, München 1952
- Renner, Karl – Österreich von der ersten zur zweiten Republik, Wien 1953
- Riehl, Walter – Geschichte des Nationalsozialismus in Österreich, Leipzig 1933
- Rintelen, Anton – Erinnerung an Österreichs Weg, München 1941
- Schuschnigg, Kurt von – My Austria, New York 1938
- Schuschnigg, Kurt von – Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot, Zürich 1946
- Schuschnigg, Kurt von – Dreimal Österreich, Wien 1937
- Starhemberg, Ernst Rüdiger von – Between Hitler and Mussolini, London 1941
- Streeruwitz, E. – Springflut über Österreich, New York 1938
- Wagner, Friedelind – The Royal Family of Bayreuth, London 1948
- Wimmer, Lothar – Experiences et tribulations d'un diplomate autrichien entre deux guerres, Neufchatel 1946
- Winkler, Franz – Die Diktatur in Österreich, Zürich 1935
- Weizsäcker, Ernst von – Erinnerungen, München 1950

Darstellungen:

- Andics, Hellmut – Der Staat, den keiner wollte, Wien 1962
- Arendt, Hannah – Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt 1955
- Ball, Mary Margaret – Post-War German-Austrian Relations, Stanford 1937
- Baumgärtner, Ernst Georg – Die österreichische Presse in ihrer Stellungnahme zur Anschlußfrage 1918–1938, Wien (Diss. phil.) 1951

- Beer, Max – Die Auswärtige Politik des Dritten Reiches, Zürich 1934
- Benedikt, Heinrich (Hrg.) – Geschichte der Republik Österreich, München 1954
- Benes, Eduard – Problem of Central Europe and the Austrian question, Prag 1934
- Berger, Paul – Faschismus und Nationalsozialismus, Wien 1934
- Besci, K. – Die auswärtige Pressepolitik Österreichs von Saint Germain bis Berchtesgaden, Wien (Diss. phil.) 1948
- Böhm, W. – Feber 1934. Ein Akt der österreichischen Tragödie, Wien 1948
- Borkenau, Franz – Austria and After, London 1938
- Bracher, Karl Dietrich – Das Anfangsstadium der Hitlerschen Außenpolitik, in: VjhZg. 5 (1957)
- Bracher, Karl Dietrich – Die Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart-Düsseldorf, 1960
- Bracher, Karl Dietrich – Sauer, Wolfgang – Schulz, Gerhard – Die nationalsozialistische Machtergreifung, Köln-Opladen, 1962 (zit. Bracher-Sauer-Schulz)
- Braunthal, J. – The Tragedy of Austria, London 1948
- Broszat, Martin – Der Nationalsozialismus – Weltanschauung, Programm und Wirklichkeit, Hannover 1960
- Bullock, Alan – Hitler. Eine Studie über Tyrannei (Fischer-Ausgabe), Frankfurt 1964
- Bullock, Malcolm – Austria 1918–1938, Toronto 1939
- Buttinger, Joseph – Am Beispiel Österreichs. Ein geschichtlicher Beitrag zur Krise der sozialistischen Bewegung, Köln. 1953
- Craig, Gordon A. und Gilbert, Felix (Hrg.) – The Diplomats 1919 bis 1939, Princeton 1953
- Deakin, F. W. – Die brutale Freundschaft. Hitler, Mussolini und der Untergang des italienischen Faschismus, Köln-Berlin 1964
- Diamant, Alfred – Austrian catholics and the first republic 1918 bis 1934, in: West. Polit. Quart. 10 (1957)
- Döhne, W. – Presse- und Nachrichtenpolitik in Österreich von der ersten bis zur zweiten Republik 1918–1946, Wien (Diss. phil.) 1947
- Dutch, Oswald – Thus Died Austria, London 1938
- Eichstädt, Ulrich – Von Dollfuß zu Hitler. Geschichte des Anschlusses Österreichs 1933–1938, Wiesbaden 1955
- McElroy, David Brian – The domestic and foreign policy of Austria and her relations with Germany and Italy, Rice University 1955/56

- Ferber, Walter – Die Vorgeschichte der NSDAP in Österreich. Ein Beitrag zur Geschichtsrevision, Konstanz 1954
- Freytagh-Loringhoven, Axel von – Deutschlands Außenpolitik 1933 bis 1939, Berlin 1939
- Fried, Jakob – Nationalsozialismus und katholische Kirche in Österreich, Wien 1948
- Frisch, Hans von – Die Gewaltherrschaft in Österreich 1933–1938, Leipzig 1938
- Garbner, Franz – Der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion von 1931 und die Wiener Presse, Wien (Diss. phil.) 1949
- Gehl, Jürgen – Austria, Germany and the Anschluß 1931–1938, Foreword by Alan Bullock, London 1963
- Geyde, G. E. R. – Die Bastionen fielen, Wien 1947
- Giovannucci, Francesco Saverio – Il Problema Austriaco e l'Italia, Rom 1934
- Goldinger, Walter – Geschichte der Republik Österreich, München 1962
- Granzow, Brigitte – A Mirror of Nazism. British Opinion and the Emergence of Hitler 1929–1933, London 1964
- Gregory, John Duncan – Dollfuss and his times, London 1935
- Gulick, C. A. – Österreich von Habsburg zu Hitler, Wien 1948
- Hannak, Jacques – Im Sturm eines Jahrhunderts, Wien 1952
- Hannak, Jacques – Der Fürst, der sein Land verkaufte, Wien 1949
- Hartlieb, Wladimir von – Parole: Das Reich, Wien 1939
- Hauser, Oswald – Der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion und die Europäische Föderation, in: Historische Zeitschrift 179 (1955)
- Hesse, Fritz – Spiel um Deutschland, München 1953
- Holldack, Heinz – Was wirklich geschah, München 1949
- Huber, Edeltraut – Die Verfassung des Ständestaates in ihrer politischen Auswirkung, Wien (Diss. phil.) 1961
- Huebner, Hans – Österreich 1933–1938, Wien 1949
- Ingrim, Robert – Der Griff nach Österreich, Zürich 1938
- Jedlicka, Ludwig – Das Österreich-Thema in Akten des Dritten Reiches, in: Österreichische Furche 7 (1951) Heft 11
- Jedlicka, Ludwig – Ein Heer im Schatten der Parteien. Die militärpolitische Lage Österreichs 1918–1938, Graz-Köln 1955
- Jedlicka, Ludwig – Heer und Staat in Österreich 1918–1938, in: Bücherschau der Weltkriegsbücherei, 28 (1956)

- Jedlicka, Ludwig – Die österreichische Innenpolitik 1934–1935, in: Österreich in Geschichte und Literatur 6 (1962)
- Jedlicka, Ludwig – Die Jahre 1933–1935 in der österreichischen Innenpolitik, in: Veröffentlichungen des Verbandes österreichischer Geschichtsvereine 15
- Kendrick, Clyde K. – Austria under the chancelorship of Engelbert Dollfuss 1932–1934, Georgetown University 1957
- Kluke, Paul – Nationalsozialistische Europaideologie, in: VjhZg. 3 (1955)
- Körner, Ralf Richard – So haben sie es damals gemacht. Die Propagandavorbereitungen zum Österreich-Anschluß durch das Hitler-Regime 1933–1938, Wien 1958
- Kordt, Erich – Wahn und Wirklichkeit, Stuttgart 1948
- Kordt, Erich – Nicht aus den Akten, Stuttgart 1950
- Leuschner, Joachim – Volk und Raum. Zum Stil der nationalsozialistischen Außenpolitik, Göttingen 1958
- Krausnick, Helmut – Legenden um Hitlers Außenpolitik, in: VjhZg. 2 (1954)
- Krulis-Randa, Jan – Das deutsch-österreichische Zollunionsprojekt von 1931, Zürich 1955
- Leibholz, Gerhard – Ideologie und Macht in den zwischenstaatlichen Beziehungen des 20. Jahrhunderts, in: Strukturprobleme der modernen Demokratie, Karlsruhe 1958
- Lorenz, Reinhold – Der Staat wider Willen: Österreich 1918–1939, Berlin 1940
- MacDonald, Mary – The Republic of Austria 1918–1934, New York-London-Toronto 1946
- Malanowski, Wolfgang – Die deutsche Außenpolitik zwischen Revision und Doktrin 1932–1936, Hamburg, (Diss. phil.) 1956
- Matthias, Erich und Morsey, Rudolf (Hrg.) – Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960
- Mauser, Rosa – Die Genesis des politisch-sozialen Ideengutes des Bundeskanzlers Dr. Engelbert Dollfuß, Wien (Diss. phil.) 1959
- Meinck, Gerhard – Hitler und die deutsche Aufrüstung, Wiesbaden 1959
- Mommsen, Hans – Der Reichstagsbrand und seine politischen Folgen, in: VjhZg. 12 (1964)
- Nolte, Ernst – Zur Phänomenologie des Faschismus, in: VjhZg. 10 (1962)

- Nolte, Ernst – Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963
- Riedl, I. – Statistische Untersuchungen über die politischen Zeitungen Österreichs 1914–1949, Wien (Diss. phil.) 1950
- Robertson, E. M. – Hitler's Pre-War Policy and Military Plans 1933 bis 1939, London 1963
- Schäfer, Wolfgang – NSDAP – Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches, Hannover-Frankfurt 1957
- Schopper, Hans – Presse im Kampf. Geschichte der Presse während der Kampfjahre 1933–1938 der NSDAP in Österreich, Wien, 1939
- Schubert, Günter – Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik, Köln 1963
- Schumann, Werner – Die Römischen Protokolle als wirtschaftspolitisches Problem, Leipzig 1939
- Seabury, Paul – Die Wilhelmstraße 1930–1945, Frankfurt 1956
- Shepherd, Gordon – Engelbert Dollfuß, Graz-Wien-Köln 1961; Shepherd gibt den größten Teil der zeitgenössischen Literatur über Dollfuß an.
- Shepherd, Gordon – Anschluß – The Rape of Austria, London 1963
- Shepherd, Gordon – Die österreichische Odyssee, Wien 1958
- Sweet, P. R. – Mussolini and Dollfuss. An episode in fascist diplomacy, in: Braunthal, The Tragedy of Austria, London 1948
- Taylor, A. J. P. – Die Ursprünge des 2. Weltkrieges, Gütersloh 1962
- Tobias, Fritz – Der Reichstagsbrand – Legende und Wirklichkeit, Rastatt 1962
- Tremel, F. – Die erste Republik 1918–1938, Graz-Wien 1946
- Treue, Wilhelm – Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan. Zur Struktur der Außenpolitik Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs 1933–1939, in: VjhfZg. 1 (1953)
- Villari, Luigi – Italian Foreign Policy under Mussolini, New York 1956
- Wheeler-Bennett, John W. – Die Nemesis der Macht, Düsseldorf 1954
- Wißhaupt, Walter – Das Wiener Pressewesen von Dollfuß bis zum Zusammenbruch 1933–1945, Wien (Diss. phil.) 1951
- Wiskemann, Elizabeth – The Rome-Berlin Axis, London 1949
- Zara, Philippe de – Mussolini contre Hitler, Paris 1938
- Zimmermann, Ludwig – Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, Göttingen 1958

Personen- und Sachregister

Die folgenden Erklärungen und Bezeichnungen beziehen sich nur auf den Zeitraum, der in der Untersuchung behandelt wird (Januar 1933 – Juli 1934).

Alberti, Graf

(Landesführer der niederösterreichischen Heimwehr) 105, 130, 154

Alvensleben, Werner von

(Mitglied des »Herrenklubs«) 114 f., 118, 120, 123

Anschluß

9 f., 17, 21, 23, 25 ff., 32, 47, 51, 80, 82, 85 ff., 132, 135 f., 159, 178, 192 f., 205

Balugdzic, Zivojin

(Jugoslawischer Gesandter in Berlin) 186

Bardolff, Karl von

(Präsident des »Deutschen Volksrates«, der sich im Juli 1933 Hitler unterstellte) 105

Beckmann

(Chefredakteur der »Münchener Zeitung«) 109

Blomberg, Werner von

(Reichswehrminister) 174, 206

Broidh

(Legationssekretär an der Deutschen Gesandtschaft in Wien) 58

Brückner, Friedrich Wilhelm

(Adjutant Hitlers) 151 f.

Bülow, Bernhard von

(Staatssekretär im Auswärtigen Amt) 11, 21 ff., 27 ff., 38, 51 ff., 58, 62 ff., 74 f., 84, 90, 92, 98, 111, 130 f., 133, 136, 141, 143, 163, 178, 196, 203 ff., 219 f., 225, 236 ff., 244 f., 249, 252 f.

Bülow-Schwante, Vico Karl von

(Ministerialdirigent im Auswärtigen Amt) 115

Buresch, Karl

(Christlichsozialer Politiker, österreichischer Finanzminister) 34, 149

Cerruti, Vittorio

(Italienischer Botschafter in Berlin) 17 ff., 25 ff., 32, 68 f., 72 f., 178, 180 f., 185 f., 188

Cohrs

(Österreichischer Nationalsozialist, Mitglied der Gauleitung Wien) 41 f., 52

- Diels, Rudolf
(Chef der geheimen Staatspolizei) 155
- Dollfuß, Engelbert
(Österreichischer Bundeskanzler) passim
- Ender, Otto
(Landeshauptmann von Vorarlberg, seit Juli 1933 Minister für Verfassungsreform im Kabinett Dollfuß) 78
- Erbach, Prinz
(Geschäftsträger an der deutschen Gesandtschaft in Wien) 104, 155, 169, 199
- Esser, Hermann
(Bayrischer Staatsminister, Chef der Staatskanzlei, seit Februar 1934 Wirtschaftsminister) 61, 63
- Fabbri
(Italienischer Militärattaché in Wien) 209, 217, 220 ff.
- »Februar-Revolte«
(Gewaltsame Niederwerfung der österreichischen Sozialdemokraten durch die österreichische Regierung im Februar 1934) 175 ff., 183, 197, 203, 235
- Fey, Emil
(Heimwehrführer; Staatssekretär, seit Mai 1933 Minister für das Sicherheitswesen; seit September 1933 Vizekanzler o. G.; seit Januar 1934 zuständig für das Sicherheitswesen; seit Mai 1934 Minister für das Sicherheitswesen) 58, 94, 98 ff., 104 ff., 114 ff., 123, 130, 149 f., 154, 158 f., 166, 168, 175, 198, 200 229, 234, 236 f.
- Flohr
(Heimwehrführer) 153 f.
- Foppa, Hermann
(Obmann der Großdeutschen Volkspartei in Österreich; anerkannte für seine Partei im Mai 1933 Hitler als »Führer des gesamten deutschen Volkes« und verbündete sie mit den österreichischen Nationalsozialisten) 99 ff., 106 ff., 110, 112 f., 118, 120 ff., 125 f., 145 ff., 164, 208 ff.
- François-Poncet, André
(Französischer Botschafter in Berlin) 71
- Frank, Hans
(Bayrischer Justizminister; seit April 1933 auch Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz) 38 ff., 43
- Frauenfeld, Alfred Eduard
(Nationalsozialistischer Gauleiter von Wien) 53, 58 f., 84, 105, 153 ff., 242
- Frick, Wilhelm
(Reichsinnenminister) 140, 142 f., 156, 213, 222
- Fritsch, Werner von
(Chef der Heeresleitung) 211

- Funk, Walther
(Staatssekretär; Leiter der Reichspresseabteilung) 47
- Gebhardt
(Christlichsozialer Bauernführer in Österreich) 168
- Glass, Fridolin
(SS-Standartenführer, befehligte die Wiener SS-Standarte 89, die aus entlassenen nationalsozialistischen Mitgliedern des österreichischen Bundesheeres bestand) 231 ff., 235
- »Gleichschaltung« Österreichs
24 f., 27 f., 47, 82, 87, 159, 165, 178, 193, 205
- Gleißner, Heinrich
(Christlichsozialer Politiker; seit September 1933 Staatssekretär im österreichischen Landwirtschaftsministerium, das von Dollfuß mit verwaltet wurde) 106, 112, 120 ff., 124
- Goebbels, Joseph
(Reichspropagandaminister) 41, 238
- Gömbös von Jákfa, Julius
(Ungarischer Ministerpräsident) 15, 18 ff., 25, 35, 78, 188, 195
- Göring, Hermann
(Reichsluftfahrtminister; m. d. W. d. G. des preußischen Innenministers be-
traut) 31, 52, 124, 127, 238, 240
- Gottheiner, Georg
(Ministerialdirektor im Reichsinnenministerium) 156
- Großdeutsche Volkspartei
(Seit Mai 1933 – bei organisatorischer Selbständigkeit – mit den österreichischen Nationalsozialisten verbündet) 16, 34, 93 f., 98, 100, 103
- Habicht, Theodor
(Als Landesinspekteur höchster Funktionär der österreichischen NSDAP; Mitglied des Reichstags) 11, 33 ff., 38, 40 ff., 45 f., 49 ff., 58 ff., 70 ff., 75, 84, 87, 90 ff., 95, 98 ff., 108 ff., 115 ff., 122 ff., 140 ff., 146 ff., 157 ff., 162 ff., 167 ff., 174, 176 f., 179 ff., 189 ff., 197 ff., 206, 208 ff., 216, 228 ff., 235, 237 f., 240, 242, 244 f., 251 ff., 257
- Hahn, Baron
(Genfer Korrespondent der »Telegraphen-Union«) 96, 126
- Hanfstaengl, Ernst
(Auslandspressechef der NSDAP) 114, 118, 120, 123, 164
- Hassell, Ulrich von
(Deutscher Botschafter in Rom) 15 ff., 26, 30 f., 48, 81 f., 109, 133 ff., 162, 166, 178, 180, 184 f., 187, 189 f., 195 f., 202 f., 206 f., 219, 224 ff., 251, 253
- Heeren, Viktor von
(Ministerialdirigent im Auswärtigen Amt) 21 ff., 27, 42 ff., 48, 65, 67, 70, 128, 252

Heimwehr, auch Heimatschutz

(Nach dem Ersten Weltkrieg als Selbstschutzverband zum Grenzeinsatz und gegen den Kommunismus gegründet; entwickelte sich bald zu einer politischen Kampfbewegung faschistischer Prägung) 14, 16, 18, 21, 31, 33 ff., 58, 79, 88, 94, 97 ff., 104 ff., 113, 119 f., 123, 129 f., 142, 149 f., 154, 158 f., 163 f., 166 ff., 176, 199

Heinburg

(Legationsrat im Auswärtigen Amt) 236

Heß, Rudolf

(Stellvertreter Hitlers als Parteiführer; seit Dezember 1933 Reichsminister o. G.) 59 f., 107, 112, 117 f., 216, 242 f.

Himmler, Heinrich

(Reichsführer der SS) 117, 155

Hindenburg, Paul von

(Reichspräsident) 237

Hirsch, Ernst

(Christlichsozialer Landtagsabgeordneter in Oberösterreich) 99 f.

Hitler, Adolf

(Reichskanzler) passim

Hoesch, Leopold von

(Deutscher Botschafter in London) 54, 56, 98

Hohenlohe-Langenburg, Max Prinz zu

104 f., 111

Hueber, Franz

(Landesführer der Salzburger Heimwehr; legte im Juni 1933 seine Ämter aus Protest gegen die Politik der Heimwehr-Bundesführung nieder; verheiratet mit einer Schwester Görings) 124 f., 164

Hüffer

(Legationsrat im Auswärtigen Amt) 52, 65, 111, 115 f., 118, 124 f., 128, 130 f., 143 f., 147, 155, 194, 201, 203 ff., 209 f., 213, 230

Hugenberg, Alfred

(Reichswirtschaftsminister) 48

In der Maur, Gilbert

(Österreichischer SA-Offizier) 175 ff.

Juli-Putsch 1934

12, 216, 232 ff., 236 ff., 255 ff.

Kaltenboeck, Major

(Ehemaliger Adjutant Feys) 199

Kanya, Kálmán von

(Ungarischer Außenminister) 18, 75, 95 f.

- Karwinsky, Carl von
(Sicherheitsdirektor von Niederösterreich; seit September 1933 Staatssekretär für das Sicherheitswesen im Kabinett Dollfuß) 155, 236
- Kerrl, Hanns
(Preußischer Landtagspräsident; seit März 1933 Reichskommissar für das preußische Justizministerium; seit April 1933 preußischer Justizminister) 38
- Kirchbach
(Österreichischer SA-Führer) 176 f., 199, 233
- Köhler, Hans
(Österreichischer Nationalsozialist) 201
- Köpke, Gerhard
(Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt) 17 ff., 22 ff., 29, 37, 40 f., 61 ff., 104, 111, 130, 141, 145, 151, 153, 181, 183, 188, 190 f., 194 f., 198, 210, 215, 227, 252 f.
- Kothen, von
(Nationalsozialistischer Gauleiter von Kärnten) 42
- Lahr, Fritz
(Stellvertretender Landesführer der Wiener Heimwehr; seit April 1934 Vizebürgermeister von Wien) 234
- Lammers, Hans-Heinrich
(Staatssekretär in der Reichskanzlei) 33, 39, 52, 156
- Landbund
(Partei in Österreich; im Mai 1934 im Zuge der Verfassungsreform als Organisation liquidiert) 34, 94, 98, 129
- Langen, Kurt von
(Deutscher Konsul in Linz) 93 f.
- Langoth, Franz
(Politiker der Großdeutschen Volkspartei) 93 f., 98 ff., 106 ff., 110, 112 f., 118, 120 ff., 126, 145 ff., 164
- Leopold, Josef
(Nationalsozialistischer Gauleiter von Niederösterreich) 155
- Mai-Verhandlungen 1933
34 ff., 55, 90 f., 102
- Masirevich, Constantin von
(Ungarischer Gesandter in Berlin) 75, 188
- Meinl
(Österreichischer Geschäftsträger in Berlin) 61
- Miklas, Wilhelm
(Österreichischer Bundespräsident) 19, 209, 237
- Morreale
(Italienischer Presseattaché in Wien) 130, 150

Muff, Wolfgang

(Deutscher Militärattaché in Wien) 74, 169 f., 172, 174 f., 178, 211 f., 217 f., 221, 245, 251

Mussolini, Benito

(Italienischer Regierungschef) 15 ff., 20, 25 f., 30 f., 34 f., 55 f., 68, 70 ff., 75, 77 ff., 87 ff., 91 f., 94, 101, 109, 123, 127, 134, 138, 150, 162 f., 178, 180, 185, 188, 196, 202 ff., 207, 209, 218 ff., 234, 239, 245

Neubacher, Hermann

(Österreichischer Politiker großdeutscher Richtung; Mitglied des »Österreichisch-Deutschen Volksbundes«) 229

Neurath, Konstantin von

(Reichsaußenminister) 11, 15 ff., 20, 22 f., 26, 28 f., 32, 36 ff., 45 f., 48 ff., 52 f., 61, 63 f., 69 ff., 75, 88, 95 ff., 109, 111, 114, 122, 130 f., 133, 137 ff., 143 ff., 147, 153, 156 ff., 161, 163 f., 169, 173 f., 178, 180 f., 185 f., 188 ff., 192, 194, 196, 203 f., 206 f., 212 f., 224, 226, 230, 237, 241, 252 f.

Neustädter-Stürmer, Odo von

(Heimwehrführer; Staatssekretär für Arbeitsbeschaffung; seit Februar 1934 Sozialminister im Kabinett Dollfuß) 149

Newton, Basil Cochrane

(Britischer Geschäftsträger in Berlin) 71

Österreichische Legion

(Paramilitärische Truppe, die aus geflüchteten oder ausgewiesenen österreichischen Nationalsozialisten in Deutschland gebildet wurde und dem SA-Kommando unterstand) 64 f., 67, 74 f., 84, 212 f., 239, 241, 252, 254

Papen, Franz von

(Vizekanzler) 13, 18, 28, 31, 48 f., 70, 202, 238, 240, 242

Peter

(Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten im österreichischen Bundeskanzleramt) 114 ff., 150, 188

Pfrimer, Walther

(Steirischer Heimwehrführer; unterstellte sich schon im Mai 1932 der Führung Hitlers) 33

Proksch, Alfred

(Landesleiter der österreichischen Nationalsozialisten) 34

Reisesperre

43 f., 46 ff., 51, 53, 64, 194 f., 207 f.

Renthe-Fink, Cecil von

(Ministerialdirigent im Auswärtigen Amt) 151 f., 156, 161, 214 f., 219 f., 252

- Reschny, Hermann
 (SA-Obergruppenführer; Führer der SA in Österreich) 62, 84, 169 f., 199 f.,
 233, 254
- Riehl, Walter
 (Österreichischer Nationalsozialist; Landtagsabgeordneter in Wien) 53,
 58 f., 84
- Rieth, Kurt
 (Deutscher Gesandter in Wien) 16 f., 23 ff., 27, 38 f., 44 ff., 48, 52, 57 ff.,
 66, 74, 92 f., 108 ff., 129 f., 140 ff., 145, 148, 150, 153, 158, 165 f., 171 ff.,
 175, 177 f., 183, 188, 190 f., 196, 201, 221 f., 230, 237 ff., 243, 253
- Rintelen, Anton
 (Christlichsozialer Politiker, der Heimwehr nahestehend; Unterrichtsmini-
 ster; im Mai 1933 zurückgetreten; seit August 1933 österreichischer Gesand-
 ter in Rom) 34, 91, 105 f., 108 ff., 129 f., 138 f., 178, 197 f., 208 f., 220 f.,
 228 f., 234, 244, 255
- Ritter, Karl
 (Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt) 44, 187
- Röhm, Ernst
 (Stabschef der SA; seit Dezember 1933 Reichsminister o. G.) 116, 164, 229
- Römische Protokolle 1934
 184 f., 188, 195 ff., 209
- Rohan, Prinz
 20 f., 23
- SA in Österreich
 11, 67, 74 ff., 84, 116, 119, 169 f., 175 ff., 184, 199 f., 212 ff., 229 f., 232 f.,
 243, 252, 254
- Schaller, Leopold
 (Österreichischer SA-Offizier) 233
- Schattenfroh, Franz
 (Österreichischer Nationalsozialist; Chefredakteur der »Deutschösterrei-
 chischen Tageszeitung«) 105, 130, 141 ff., 148, 153 f.
- Schneider, Erwin
 (Mitglied des Außenpolitischen Amtes der NSDAP) 42, 52, 59, 64 f.
- Schneider, Herbert
 (Österreichischer Nationalsozialist) 64
- Schumy, Vinzenz
 (Landbund-Politiker; Minister o. G. im Kabinett Dollfuß; im September
 1933 ausgeschieden) 94
- Schuschnigg, Kurt von
 (Christlichsozialer Politiker; Justizminister im Kabinett Dollfuß; seit Mai
 1933 auch Unterrichtsminister; seit Juli 1934 nur noch Justizminister) 34,
 117 f., 177

Sinzinger

(Stabschef beim Stadtkommando Wien des österreichischen Bundesheeres)
235

Skubl, Michael

(Polizeivizepräsident von Wien) 39, 153 f.

Sozialdemokratische Partei Österreichs

19 f., 56, 77 f., 98, 119, 159, 166, 175 ff., 244

Starhemberg, Ernst Rüdiger Fürst

(Bundesführer der Heimwehr in Österreich; seit Mai 1934 Vizekanzler im Kabinett Dollfuß) 33, 81, 98, 107, 130, 149 f., 154, 158 f., 166, 168, 198 ff.

Steidle, Richard

(Heimwehrführer; Sicherheitsdirektor von Tirol) 130

Stockinger, Friedrich

(Christlichsozialer Politiker; seit Mai 1933 Handelsminister im Kabinett Dollfuß) 149

Suvich, Fulvio

(Italienischer Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten) 30, 127 ff., 138 ff., 147, 150, 162, 165 ff., 178, 184, 224, 226 f., 230, 245

Tauschitz, Stephan

(Landbund-Politiker; österreichischer Gesandter in Berlin; seit Juli 1934 Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten im Kabinett Dollfuß) 36 f., 39 f., 50, 52, 62 f., 114, 125, 140, 142 ff., 150 f., 156, 173 f.

Treffen von Venedig (Juni 1934)

202 ff., 211, 218 ff., 245

Türk

(Österreichischer SA-Offizier) 176 f.

Vaugoin, Karl

(Christlichsozialer Politiker; bis September 1933 Heeresminister im Kabinett Dollfuß) 34

Völklers, Hans Hermann

(Legationsrat im Auswärtigen Amt) 42

Wächter, Otto

(Hauptamtsleiter der NSDAP in Wien) 116, 199 f., 214 f., 229 ff., 245, 255, 257

Waldeck, Josias Prinz von

(SS-Gruppenführer; Legationsrat im Auswärtigen Amt) 65, 151, 153 ff.

Wasserbäck, Erwin

(Österreichischer Presseattaché in Berlin) 52 ff.

Wettstein, Baron

(Ungarischer Geschäftsträger in Berlin) 18 ff.

- Weydenhammer, Rudolf
 (Stabsleiter der Landesleitung Österreich der NSDAP) 151, 197 f., 208 f.,
 221 f., 231 ff., 238, 245
- Winkler, Franz
 (Landbund-Politiker; bis September 1933 Vizekanzler im Kabinett Doll-
 fuß) 94, 129, 208 ff., 244
- Wirth, Joseph
 (Zentrumspolitiker) 30

Mit der »verbotenen Revolution« Bern Nellesens liegt uns ein Buch vor, das als historische »key-study« zur Erfassung des Phänomens des Franco-Regimes und des heutigen Spanien überhaupt jedem politisch Interessierten ein wissenschaftliches Werk in die Hand gibt, dessen lebendiger Stil – aus der geschulten Journalisten-Feder Nellesens – auch manch anderen für die angeblich so trockene Geschichte interessieren wird.

Norddeutscher Rundfunk

Der Ton ist immer ruhig, jede Polemik ist vermieden, so daß der Leser ein klares Bild von dem erschütternden Schicksal der falangistischen Revolution erhält. Die leidenschaftslose Sachlichkeit der Darstellung verdient besondere Anerkennung. Quellen- und Literaturverzeichnis lassen an Gründlichkeit kaum zu wünschen übrig; Nellesen hat auch ungedruckte Quellen erschlossen.

Historische Zeitschrift, München

BAND I DER HAMBURGER BEITRÄGE
ZUR ZEITGESCHICHTE

BERND NELLESSEN

Die verbotene Revolution

Aufstieg und Niedergang der Falange

216 SEITEN. LEINEN DM 14.80

LEIBNIZ-VERLAG

Eine Gestalt des Widerstandes, die in ihrer Bedeutung bisher nicht genügend beachtet worden ist, hat durch eine Biographie von Albert Krebs eine Würdigung gefunden: Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg. Obwohl für wesentliche Stationen im Leben dieses Mannes kaum Quellenmaterial vorhanden war, hat es der Verfasser verstanden, aus Mitteilungen von Kollegen und Berichten der Familie sachkundig einen Lebensbericht zu schreiben, der über die behandelte Persönlichkeit hinaus exemplarische Bedeutung hat.

Neue politische Literatur, Villingen

Krebs, der selbst einen ähnlichen Werdegang wie Schulenburg durchlaufen hat, schildert hier seinen Lebensgang, genauer: er empfindet ihn nach. Was den Wert seiner Darstellungsart ausmacht, ist dies: daß er nicht aus der Wesensgleichheit eine emphatische Saga gemacht, sondern sich erst nach gründlichem Quellenstudium an das Thema herangewagt hat. Es finden sich zudem interessante Porträtstudien über zeitgenössische Persönlichkeiten, wie sie sonst nur selten anzutreffen sind. Das Werk ist in Form und Inhalt ein wertvoller zeitgeschichtlicher Beitrag.

Deutsche Fragen, Berlin

BAND II DER HAMBURGER BEITRÄGE
ZUR ZEITGESCHICHTE

ALBERT KREBS

Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg

Zwischen Staatsraison und Hochverrat

340 SEITEN. LEINEN DM 22,50

LEIBNIZ-VERLAG

Blöcker präsentiert uns hier nicht eine Sammlung von Kritiken, sondern ein selbständiges Buch aus einem Guß, das von einer geschlossenen Persönlichkeit ausgeht und diese Geschlossenheit auf das Ganze überträgt. Die Bezeichnung eines Lesebuches ist nicht willkürlich und ist ohne Koketterie gewählt. Denn die Anlage des Buches ist so, daß sie »zum Lesen anleitet« und aus dieser gedrängten Folge von Texten gleichsam eine Geschichte macht, die uns erzählt wird und einen Anfang und ein Ende hat . . .

Dem Autor ist das Kraftstück gelungen, aus einem Werk literarischer Kritik ein spannendes Buch zu machen.

Friedrich Sieburg in der Frankfurter Allgemeinen

Blöcker verfügt über die Gabe, klar darzustellen, schlagend zu formulieren, das Wesentliche rasch zu ergreifen. Sehr bestimmte Anschauungen von moderner Literatur ergeben eine außerordentliche Prägnanz des Urteils, ohne Herumgerede und Sichdrücken. Im einzelnen werden nicht weniger als 110 Werke vorgestellt, die meisten aus unseren Jahren, einige im Rückgriff bis etwa Larbaud.

Helmut Olles in Hochland

GÜNTER BLÖCKER

Kritisches Lesebuch

Literatur unserer Zeit in Probe und Bericht.

448 SEITEN. IN LEINEN DM 19,80

STUDIENAUSGABE PAPERBACK DM 14,80

LEIBNIZ-VERLAG